

AktG

Aktiengesetz

Großkommentar

5., neu bearbeitete Auflage

herausgegeben von
Heribert Hirte, Peter O. Mülbert, Markus Roth

Siebter Band

Teilband 2
§§ 131–149

– Vorveröffentlichung von §§ 131–132

Bearbeiter: Christian E. Decher

Stand der Bearbeitung: 1.10.2017

ISBN 978-3-11-049479-2
© 2018 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

DE GRUYTER

§ 131

Auskunftsrecht des Aktionärs

(1) ¹Jedem Aktionär ist auf Verlangen in der Hauptversammlung vom Vorstand Auskunft über Angelegenheiten der Gesellschaft zu geben, soweit sie zur sachgemäßen Beurteilung des Gegenstands der Tagesordnung erforderlich ist. ²Die Auskunftspflicht erstreckt sich auch auf die rechtlichen und geschäftlichen Beziehungen der Gesellschaft zu einem verbundenen Unternehmen. ³Macht eine Gesellschaft von den Erleichterungen nach § 266 Abs 1 Satz 3, § 276 oder § 288 des Handelsgesetzbuchs Gebrauch, so kann jeder Aktionär verlangen, dass ihm in der Hauptversammlung über den Jahresabschluss der Jahresabschluss in der Form vorgelegt wird, die er ohne Anwendung dieser Vorschriften hätte. ⁴Die Auskunftspflicht des Vorstands eines Mutterunternehmens (§ 290 Abs 1, 2 des Handelsgesetzbuchs) in der Hauptversammlung, der der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht vorgelegt werden, erstreckt sich auch auf die Lage des Konzerns und der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen.

(2) ¹Die Auskunft hat den Grundsätzen einer gewissenhaften und getreuen Rechenschaft zu entsprechen. ²Die Satzung oder die Geschäftsordnung gemäss § 129 kann den Versammlungsleiter ermächtigen, das Frage- und Rederecht des Aktionärs zeitlich angemessen zu beschränken, und Näheres dazu bestimmen.

(3) ¹Der Vorstand darf die Auskunft verweigern,

1. soweit die Erteilung der Auskunft nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung geeignet ist, der Gesellschaft oder einem verbundenen Unternehmen einen nicht unerheblichen Nachteil zuzufügen;
2. soweit sie sich auf steuerliche Wertansätze oder die Höhe einzelner Steuern bezieht;
3. über den Unterschied zwischen dem Wert, mit dem Gegenstände in der Jahresbilanz angesetzt worden sind, und einem höheren Wert dieser Gegenstände, es sei denn, dass die Hauptversammlung den Jahresabschluss feststellt;
4. über die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, soweit die Angabe dieser Methoden im Anhang ausreicht, um ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft im Sinne des § 264 Abs 2 des Handelsgesetzbuchs zu vermitteln; dies gilt nicht, wenn die Hauptversammlung den Jahresabschluss feststellt;
5. soweit sich der Vorstand durch die Erteilung der Auskunft strafbar machen würde;
6. soweit bei einem Kreditinstitut oder Finanzdienstleistungsinstitut Angaben über angewandte Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie vorgenommene Verrechnungen im Jahresabschluss, Lagebericht, Konzernabschluss oder Konzernlagebericht nicht gemacht zu werden brauchen;
7. soweit die Auskunft auf der Internetseite der Gesellschaft über mindestens sieben Tage vor Beginn und in der Hauptversammlung durchgängig zugänglich ist.

²Aus anderen Gründen darf die Auskunft nicht verweigert werden.

(4) ¹Ist einem Aktionär wegen seiner Eigenschaft als Aktionär eine Auskunft ausserhalb der Hauptversammlung gegeben worden, so ist sie jedem anderen Aktionär auf dessen Verlangen in der Hauptversammlung zu geben, auch wenn sie zur sachgemäßen Beurteilung des Gegenstands der Tagesordnung nicht erforderlich ist. ²Der Vorstand darf die Auskunft nicht nach Absatz 3 Satz 1 Nr 1 bis 4 verweigern. ³Sätze 1 und 2 gelten nicht, wenn ein Tochterunternehmen (§ 290

Abs 1, 2 des Handelsgesetzbuchs), ein Gemeinschaftsunternehmen (§ 310 Abs 1 des Handelsgesetzbuchs) oder ein assoziiertes Unternehmen (§ 311 Abs 1 des Handelsgesetzbuchs) die Auskunft einem Mutterunternehmen (§ 290 Abs 1, 2 des Handelsgesetzbuchs) zum Zwecke der Einbeziehung der Gesellschaft in den Konzernabschluss des Mutterunternehmens erteilt und die Auskunft für diesen Zweck benötigt wird.

(5) Wird einem Aktionär eine Auskunft verweigert, so kann er verlangen, dass seine Frage und der Grund, aus dem die Auskunft verweigert worden ist, in die Niederschrift über die Verhandlung aufgenommen werden.

* Die Kommentierung der §§ 131, 132 wurde 2015/2016 erstellt und mit Stand 31.12.2016 hinsichtlich der wesentlichen, für die HV-Saison 2017 relevanten Passagen vorab online veröffentlicht. Sie wurde zum Stand 1.10.2017 aktualisiert und im Anhang etwas ergänzt. Jens Koch, Dietmar Kubis, Reinhold Marsch-Barner und Thomas Wachter danke ich für die Vorabüberlassung ihrer Manuskripte der Neuauflagen 2018.

** Meiner Sekretärin, Frau Nadine Wolff, und Frau Iris Heppel danke ich für die sorgfältige Erstellung des umfangreichen Manuskripts. Für die Aufbereitung der Rechtsprechung sowie der rechtsvergleichenden Hinweise danke ich Staatsanwältin Julia Heuschkel sowie den Referendaren Hasan Kaya und Thomas Schnülle.

Schrifttum

Angerer Die Beschränkung des Rede- und Fragerechts des Aktionärs in der Hauptversammlung – Begründung der Entscheidung BGH, NJW 2010, 1604; *Redezeitbeschränkung* – ZGR 2011, 27–37; *Arnold/Carl/Götze* Aktuelle Fragen bei der Durchführung der Hauptversammlung, AG 2011, 349–362; *Arnold/Gärtner* Beschränkung des Frage- und Rederechts der Aktionäre – Ist eine Anpassung der Satzung wirklich sinnvoll?, GWR 2010, 288–290; *Bachmann* Kapitalmarktpublizität und informationelle Gleichbehandlung, FS Schwark, 2009, S 331–347; *Bachmann* Dialog zwischen Investor und Aufsichtsrat, in VGR (Hrsg), Bd. 22, Gesellschaftsrecht in der Diskussion 2016, 2017, S 135–180; *H Bälz* Der Auskunftsanspruch gemäß § 131 AktG und das Informationsbedürfnis des Aktionärs als Verbandsmitglied und Kapitalanleger, 2001; *Barz* Das Auskunftsrecht nach §§ 131, 132 AktG in der Rechtsprechung, FS Möhring, 1975, 153–171; *Baums* in Deutscher Juristentag (Hrsg), Verhandlungen des 63. Deutschen Juristentages Leipzig 2000, Bd I Gutachten, Empfiehlt sich eine Neuregelung des aktienrechtlichen Anfechtungs- und Organhaftungsrechts, insbesondere der Klagemöglichkeit von Aktionären? Gutachten F, 2000, F 1–F 263; *Baums* (Hrsg), Bericht der Regierungskommission Corporate Governance: Unternehmensführung, Unternehmenskontrolle, Modernisierung des Aktienrechts, 2001; *W Bayer* in Deutscher Juristentag (Hrsg), Verhandlungen des 67. Deutschen Juristentages Erfurt 2008, Bd I, Gutachten, Empfehlen sich besondere Regelungen für börsennotierte und für geschlossene Gesellschaften?, Gutachten E, 2008, E 9–E 126; *Benner-Heinacher* Kollidiert die Auskunftspflicht des Vorstands mit dem Insidergesetz?, DB 1995, 765–766; *Bredol* „Noch offene Fragen?“ – Zur Nachfrageobligieitheit des Aktionärs auf der Hauptversammlung, NZG 2012, 613–616; *Bungert* Die UMG-Hauptversammlung aus Sicht des Praktikers, in VGR (Hrsg), Bd 9, Gesellschaftsrecht in der Diskussion 2004, 2005, S 59–101; *Burgard* Die Offenlegung von Beteiligungen, Abhängigkeits- und Konzernlagen bei der Aktiengesellschaft, 1990; *Busche* Die Information der Aktionäre über Angelegenheiten der Gesellschaft, FS Reuter, 2010, S 939–955; *Butzke* Die Hauptversammlung der Aktiengesellschaft, 5. Aufl 2011; *Butzke* Interessenkonflikte von Aufsichtsratsmitgliedern als Thema der Hauptversammlung, FS Hoffmann-Becking, 2013, S 229–246; *Casper* in Bayer/Habersack (Hrsg), Aktienrecht im Wandel, Band II – Grundsatzfragen des Aktienrechts, 12. Kapitel: Informationsrechte der Aktionäre, 2007, S 546–578; *Decher* Information im Konzern und Auskunftsrecht der Aktionäre gemäß § 131 Abs 4 AktG, ZHR 158 (1994), 473–494; *Decher* Die Information der Aktionäre über die Unternehmensbewertung bei Strukturmaßnahmen in der Hauptversammlungs- und Gerichtspraxis, FS Hoffmann-Becking, 2013, S 295–312; *Druey* Die Pflicht zur Halbwahrheit – Über die Aporien organisationsrechtlicher Informationsansprüche anhand des Aktienärs-Auskunftsrechts, FS K Schmidt, 2009, S 249–268; *Duden* Gleichbehandlung bei Auskünften an Aktionäre, FS von Caemmerer, 1978, 499–515; *Ebenroth* Das Auskunftsrecht des Aktionärs und seine Durchsetzung im Prozeß unter besonderer Berücksichtigung des Rechtes der verbundenen Unternehmen, 1970; *Ebenroth*/

Koos Die Verfassungsmäßigkeit des Auskunftsverweigerungsrechts gemäß § 131 Abs 3 AktG bei Aktionärsanfragen bezüglich stiller Reserven, BB 1995 Beil 8, S 1–14; *Ebenroth/Wilken* Zum Auskunftsrecht des Aktionärs im Konzern, zugleich Anmerkung zu LG Berlin, Beschl v 24.6.1993 – 93 O 244/92 –, BB 1993, 1827, BB 1993, 1818–1823; *Fleischer* Investor Relations und informationelle Gleichbehandlung im Aktien-, Konzern- und Kapitalmarktrecht, ZGR 2009, 505–541; *Fleischer* Anforderungen an Anfechtungskläger im Aktienrecht: Widerspruchserfordernis – Verbot widersprüchlichen Verhaltens – Rügeobligeneit, FS Stilz, 2014, S 142–158; *Franken/Heinsius* Das Spannungsverhältnis der allgemeinen Publizität zum Auskunftsrecht des Aktionärs, FS Budde, 1995, S 213–242; *E Gessler* Auskunftsrechts des Aktionärs – Gedanken zur Aktienrechtsreform, DB 1957, 1254–1259; *Geißler* Der aktienrechtliche Auskunftsanspruch an Grenzbereich des Missbrauchs, NZG 2001, 539–545; *W Goette* Neuere aktienrechtliche Rechtsprechung des II. Civilsenats des Bundesgerichtshofs, DStR 2010, 2579–2588; *HNGötz* Empfiehlt sich eine Neuregelung des aktienrechtlichen Anfechtungs- und Organhaftungsrechts, insbesondere der Klagemöglichkeiten von Aktionären? Referat, in Deutscher Juristentag (Hrsg), Bd II Sitzungsberichte, Sitzungsbericht R, 2000; *J. Götz* Die unbefugte Weitergabe von Insidertsachen – Anmerkungen zu § 14 Abs 1 Nr 2 WpHG –, DB 1995, 1949–1953; *Grage* Das Auskunftsrecht des Aktionärs unter besonderer Berücksichtigung von Minderheitsbeteiligungen als Gegenstand aktienrechtlicher Auskunftsbegehren, 1999; *Groß* Informations- und Auskunftsrecht des Aktionärs, AG 1997, 97–107; *Großfeld/Möhlenkamp* Zum Auskunftsrecht des Aktionärs – Eine Besprechung des „Allianz“-Beschlusses des Kammergerichts vom 30.6.1994, ZIP 1994, 1267, ZIP 1994, 1425–1428; *Grüner* Zeitliche Einschränkung des Rede- und Fragerights auf Hauptversammlungen – zugleich Besprechung der BVerfG-Entscheidung „Wenger/Daimler-Benz“, NZG 2000, 192, NZG 2000, 770–779; *Habersack/Versle* Zum Auskunftsrecht des Aktionärs im faktischen Konzern – Zugleich Besprechung des Beschlusses des OLG Frankfurt aM vom 6.1.2003 – 20 W 449/93, AG 2003, 300–307; *Haggenny/Hausmanns* Der Einfluß von Geheimhaltungsvereinbarungen auf die Informationsrechte des Aktionärs und des GmbH-Geschafter, NZG 2016, 814–818; *Hefermehl* Umfang und Grenzen des Auskunftsrechts des Aktionärs in der Hauptversammlung, FS Duden 1977, 109–135; *Hellwig* Der Auskunftsanspruch des Aktionärs nach unrichtiger Auskunftserteilung, FS Budde, 1995, S 265–286; *Herrler* Generelle Beschränkung der Frage- und Redezeit durch den Versammlungsleiter – Erweiterte Befugnisse durch eine Regelung i.S. von § 131 Abs 2 Satz 2 AktG – Zugleich Anmerkungen zum Urt. des BGH v. 8.2.2010 – II ZR 94/08, DNotZ 2010, 331–345; *Hirte* Die ad hoc-Publizität im System des Aktien- und Börsenrechts in: Das Zweite Finanzmarktförderungsgesetz in der praktischen Umsetzung, Bankrechtstag 1995, 1996, S 47–93; *Hirte* Der Einfluss neuer Informations-techniken auf das Gesellschaftsrecht und die corporate-governance-Debatte, FS Buxbaum, 2000, S 283–297; *Hirte* Die Ausübung der Informationsrechte von Gesellschaftern durch Sachverständige, FS Röhricht, 2005, S 217–233; *Höfs* Das Auskunftsrecht des Aktionärs in der Hauptversammlung und die Folgen seiner Verletzung, 2013; *Hoffmann-Becking* Das erweiterte Auskunftsrecht des Aktionärs nach § 131 Abs 4 AktG, FS Roweder 1994, S 155–170; *Hoffmann-Becking* (Hrsg) Stellungnahmen des Handelsrechtsausschusses des DAV, 2016; *Hoffmann-Becking* Der Aufsichtsrat der AG und sein Vorsitzender in der Hauptversammlung. Einige bekannte und weniger bekannte Aspekte, NZG 2017, 281–291; *Hüffer* Minderheitsbeteiligungen als Gegenstand aktienrechtlicher Auskunftsbegehren, ZIP 1996, 401–411; *Jercynski* Beschränkung des Frage- und Rederechts der Aktionäre in der Hauptversammlung, NJW 2010, 1566–1568; *Joussen* Auskunfts-pflicht des Vorstands nach § 131 AktG und Insiderrecht, DB 1994, 2485–2489; *Joussen* Der Auskunftsanspruch des Aktionärs, Versuch einer Neuorientierung, AG 2000, 241–257; *Kamprad* Informations- und Auskunfts-pflicht über die steuerliche Tarifbelastung und Rücklagen im Jahresabschluß der AG?, AG 1991, 396–398; *Kaserer* Offenlegung stiller Reserven – Eine internationale Perspektive, Anmerkungen zum Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 20. September 1999 – 1 BvR 168/93, ZIP 1999, 2085–2087; *Kersting* Eine Niederlage für Berufskläger? Zur Zulässigkeit inhaltlicher Beschränkungen des Frage- und Rederechts der Aktionäre gem § 131 II 2 AktG. Zugleich Besprechung von BGH, Urt v 8.2.2010 – II ZR 94/08 – Redezeitbeschränkung, NZG 2010, 446–449; *Kersting*, Erforderlichkeit der Auskunft und Aktionärsrech-terichtlinie, FS Hoffmann-Becking, 2013, S 651–668; *Kiethe* Das Recht des Aktionärs auf Auskunft über riskante Geschäfte (Risikovorsorge), NZG 2003, 401–408; *Kocher* Einschränkungen des Anspruchs auf gleiche Information für alle Aktionäre – Keine Angst vor § 131 Abs 4 AktG?, Der Konzern 2008, 611–617; *Kocher/Lönnér* Das Auskunftsrecht nach der Aktionärsrechterichtlinie, AG 2010, 153–158; *Kocher/Lönnér* Erforderlichkeit, Nachfrageobliegenheiten und Gremienvertraulichkeit – Begrenzungen des Auskunfts-rechts in der Hauptversammlung, Kommentar zu BGH v 5.11.2013 – II ZB 28/12, AG 2014, 81–84; *Kort* Das Informationsrecht des Geschafters der Konzernobergesellschaft, ZGR 1987, 46–75; *Kremer* Zur Praxis der Hauptversammlungsleitung, FS Hoffmann-Becking, 2013, S 697–709; *Krieger* Auskunftsanspruch der

Aktionäre hinsichtlich der an anderen AG gehaltenen Anteile – Anmerkung zum KG-Beschluss vom 26.8. 1993, 2 W 6111/92 –, DStR 1994, 177–179; *Krieger* Unbeantwortete Aktionärsfragen im notariellen Hauptversammlungsprotokoll, FS Priester, 2007, S 387–404; *Kubis* Die „formunwirksame“ schriftliche Auskunftserteilung nach § 131 AktG, FS Kropff, 1997, S 171–189; *Kubis* Auskunft ohne Grenzen? Europarechtliche Einflüsse auf den Informationsanspruch nach § 131 AktG – Zugleich eine Anmerkung zum Beschluss des BGH vom 5.11.2013 (II ZB 28/12, ZGR 2014, 608–628); *Lieder* Höchstrichterliche Fingerzeige in Sachen Porsche/VW-Beteiligungsaufbau, NZG 2004, 601–609; *Luther* Überlegungen zur Handhabung von Auskunftsrecht und Auskunftspflicht in Hauptversammlungen von Publikums-Aktiengesellschaften, FS Möhring 1975, S 221–249; *Mader* Informationsfluss im Unternehmensverbund, 2016; *Marsch-Barner* Zum Auskunftsrecht des Aktionärs in der Hauptversammlung, zugleich Anmerkung zum Beschluss des OLG Frankfurt vom 22.7.1983, WM 1984, 41–43; *Marsch-Barner* Zu den Rechtsfolgen von Fehlern bei der Leitung der Hauptversammlung, FS Brambring, 2011, S 267–282; *Marsch-Barner* Zur Anfechtung der Wahl des Abschlussprüfers wegen Verletzung von Informationsrechten, FS Hommelhoff, 2012, S 691–709; *Martens* Mißbrauch des Auskunfts-, Frage- und Rederechts sowie im Spruchstellenverfahren – Theoretische Grundlagen, in: Timm (Hrsg), Mißbräuchliches Aktionärsverhalten, 1990, 63–84; *Martens* Leitfaden für die Leitung der Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft, 3. Aufl 2003; *Martens* Reform der aktienrechtlichen Hauptversammlung, AG 2004, 238–245; *H Meilicke* Ist die Tarifbelastung des verwendbaren Eigenkapitals im Jahresabschluß der AG und gegenüber dem Aktionär offenzulegen?, BB 1991, 241–242; *Merkner/Schmidt-Bendu* Auskunftserteilung des Aufsichtsrats in der Hauptversammlung – Ein weiteres Thema für die Aktienrechtsnovelle 2011/2012?, AG 2011, 734–740; *Merk* Unternehmenspublizität: Offenlegung von Unternehmensdaten als Korrelat der Marktteilnahme, 2001; *Meyer-Landrut* Der „Mißbrauch“ aktienrechtlicher Minderheits- oder Individualrechte, insbesondere des Auskunftsrechts, FS Schilling, 1973, S 235–251; *Meyer-Löwy* Das Auskunftsrecht des Aktionärs in der Hauptversammlung und seine Grenzen bei Fragenkatalogen und Massenauskünften, 2000; *Mutter*, Auskunftsansprüche des Aktionärs in der HV – die Spruchpraxis der Gerichte von A bis Z, 2002; *Nitschke/Bartsch* Über Bedeutung und Umfang des Auskunftsrechts, insbesondere im Zusammenhang mit Entlastungsbeschlüssen, AG 1969, AG 1969, 95–100; *Noack* Die Reform der Hauptversammlung – insbesondere durch das UAG, in VGR (Hrsg), Bd 9, Gesellschaftsrecht in der Diskussion 2004, 2005, S 37–57; *Pentz* Erweitertes Auskunftsrecht und faktische Unternehmensverbindungen, ZIP 2007, 2298–2301; *Pütz* Funktion und Reichweite der aktien- und kapitalmarktrechtlichen Aktionärsinformation in Deutschland, Frankreich und England, 2006; *Pöschke* Auskunft ohne Grenzen? Die Bedeutung der Aktionärsrechterichtlinie für die Auslegung des § 131 Abs 1 Satz 1 AktG, ZIP 2010, 1221–1224; *Reger* Neues zum Auskunftsrecht in der Hauptversammlung, NZG 2013, 48–50; *A Reuter* Das Auskunftsrecht des Aktionärs – neuere Rechtsprechung zu § 131 AktG, DB 1988, 2615–2620; *Saenger* Zum Auskunftsanspruch des Aktionärs über Minderheitsbeteiligungen, DB 1997, 145–151; *Schaaf* Praxis der Hauptversammlung, 3. Aufl 2011; *Schäfer* Das Recht des Aktionärs auf Auskunft über Beteiligungen, 1999; *Schäfers* Informationsrechte von Aktionären, 2006; *Schiessl* Die Kontrollfunktion der aktienrechtlichen Anfechtungsklage, VGR (Hrsg), Gesellschaftsrecht in der Diskussion 1999, 2000, S 57–80; *K Schmidt* Informationsrechte in Gesellschaften und Verbänden, 1984; *U H Schneider* Der Auskunftsanspruch des Aktionärs im Konzern – Ein Beitrag zum Konzernverfassungsrecht, FS Lutter, 2000, S 1193–1205; *U H Schneider/Singhof* Weitergabe von Insidertsachen in der konzernfreien Aktiengesellschaft, insbesondere im Rahmen der Hauptversammlung und an einzelne Aktionäre – Ein Beitrag zum Verhältnis von Gesellschaftsrecht und Kapitalmarktrecht –, FS Kraft, 1998, 585–605; *Schwartzkopff* Vorbereitung und Durchführung der Hauptversammlung, 2012; *Seibert* UAG und Hauptversammlung – Der Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Unternehmensintegrität und Modernisierung des Anfechtungsrechts (UMAG), WM 2005, 157–161; *Seibert* Kapitalmarktrechtliche Überlagerungen im Aktienrecht, in VGR (Hrsg), Bd 3, Gesellschaftsrecht in der Diskussion, 2000, 2001, S 37–75; *Semler/Volhard/Reichert* Arbeitshandbuch für die Hauptversammlung, 3. Aufl 2011; *Siegel/Bareis/Rückle/D Schneider/Sigloch/Streim/Wagner* Stille Reserven und aktienrechtliche Informationspflichten, ZIP 1999, 2077–2085; *Simon* Der „verschwundene“ Aktionär, ein Sonderfall des Rechts auf Auskunft in der Hauptversammlung, AG 1996, 540–542; *Siems* Die Konvergenz der Rechtssysteme im Recht der Aktionäre, 2005; *Spitze/Diekmann* Verbundene Unternehmen als Gegenstand des Interesses von Aktionären, Inhalt des Auskunftsanspruchs nach § 131 Abs 1 S 1 und 2 AktG, ZHR 158 (1994), 447–472; *Steiner* Die Hauptversammlung der Aktiengesellschaft, 1995; *Stöber* Das Auskunftsrecht der Aktionäre und seine Beschränkungen im Lichte des Europarechts DStR 2014, 1680–1684; *Teichmann* Fragerecht und Aktionärsrechterichtlinie NZG 2014, 401–408; *Trescher* Die Auskunftspflicht des Aufsichtsrats in der Hauptversammlung, DB 1990, 515–516; *Trouet* Die Hauptversammlung – Organ der Aktiengesellschaft oder

Forum der Aktionäre?, NJW 1986, 1302–1307; *Tüngler* Aufsichtsrat & Kommunikation – die Büchse der Pandora? Board 2016, 173–174; *Verse* Der Gleichbehandlungsgrundsatz im Recht der Kapitalgesellschaften, 2006; *E Vetter* Auskünfte des Aufsichtsrates in der Hauptversammlung – Gedanken de lege ferenda, FS Westermann, 2008, S 1589–1604; *Vossel* Auskunftsrecht im Aktienkonzern, 1996; *Wachter* Beschränkung des Frage- und Rederechts von Aktionären – Chancen und Risiken der Satzungsgestaltung Aktienrecht, DB 2010, 829–835; *Wandt* Die Auswirkungen des Vorstandsvergütungs-Offenlegungsgesetzes auf das Auskunftsrecht gemäß § 131 Abs 1 Satz 1 AktG, DStR 2006, 1460–1464; *Weißhaupt* Informationsmängel in der Hauptversammlung: Die Neuregelung durch das UAG, ZIP 2005, 1766–1773; *Wenger/Knoll/Knoesel* Der systematische Besuch von Hauptversammlungen im Rahmen der betriebswirtschaftlichen Hochschulausbildung, FS Schneider, 1995, 748–774; *Werner* Zur Treupflicht des Kleinaktionärs, FS J Semler, 1993, 419–437; *Wilde* Informationsrechte und Informationspflichten im Gefüge der Gesellschaftsorgane, ZGR 1998, 423–465; *Wilsing/von der Linden* Statutarische Ermächtigungen des Hauptversammlungsleiters zur Beschränkung des Frage- und Rederechts – Praktische Konsequenzen des BGH-Urteils v. 8.2.2010 – II ZR 94/08 – „Redezeitbeschränkung“, DB 2010, S 718, für die Satzungsgestaltung, DB 2010, 1277–1280; *Witt* Das Informationsrecht des Aktionärs und seine Durchsetzung in den USA, Großbritannien und Frankreich – Funktionale Gesamtbeurteilung im Vergleich zum deutschen Recht, AG 2000, 257–267; *Wohlleben* Informationsrechte des Gesellschafters, 1989; *Wüsthoff* Der Auskunftsanspruch des Aktionärs nach § 131 Aktiengesetz zwischen Insider-Verboten und Ad hoc-Publizität nach dem Wertpapierhandelsgesetz, 2000; *Zetsche* Aktionärsinformation in der börsennotierten Aktiengesellschaft, 2006; *Zöllner* Kontrollrechte des einzelnen Aktionärs: Beschränkung, Erweiterung und Mißbrauchsbekämpfung in: *Semler/Hommelhoff/Doralt/Druey* (Hrsg), Reformbedarf im Aktienrecht, 1994, S 147–166.

Übersicht

<p>I. Grundlagen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Gesetzesgeschichte — 1–6 2. Normzweck <ol style="list-style-type: none"> a) Mittel zur Ausübung der Mitgliedschaftsrechte des Aktionärs — 7–13 b) Kein Mittel zur Durchsetzung eines allgemeinen Rechenschaftsanspruchs des Aktionärs — 14–16 c) Kein Schutz des Aktionärs als Kapitalanleger — 17–18 3. Anwendungsbereich <ol style="list-style-type: none"> a) Erfasste Gesellschaften — 19 b) Börsennotierte – nicht börsennotierte Gesellschaften — 20 4. Zwingender Charakter — 21–23 5. Verhältnis des § 131 zu anderen Informationen <ol style="list-style-type: none"> a) Auskunftsrecht als Bestandteil eines Informationssystems — 24 b) Verhältnis zu speziellen aktien- und umwandlungsrechtlichen Auskunftsrechten — 25–26 c) Verhältnis zu organschaftlichen Informations- und Berichtspflichten — 27–28 d) Verhältnis zur Rechnungslegungspublizität — 29 	<p>e) Verhältnis zu kapitalmarktrechtlichen Informationspflichten <ol style="list-style-type: none"> aa) Verhältnis zu Stimmrechtsmitteilungen — 31–32 bb) Verhältnis zu ad hoc-Publizität — 33 </p> <p>f) Verhältnis zu freiwilligen Informationen — 34</p> <p>6. Praktische Bedeutung, Kritik, Reformvorschläge <ol style="list-style-type: none"> a) Praktische Bedeutung — 35–37 b) Kritik — 38–41 c) Reformvorschläge — 42–45 </p> <p>7. Recht der EU — 46–48</p> <p>8. Rechtsvergleichung <ol style="list-style-type: none"> a) Übersicht — 49 b) Frankreich — 50 c) Italien — 51 d) Österreich — 52 e) Spanien — 53 f) Vereinigtes Königreich — 54 g) Schweiz — 55 h) Japan — 56 i) USA — 57 </p> <p>II. Voraussetzungen des Auskunftsrechts (§ 131 Abs 1 Satz 1)</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Auskunftsberechtigte <ol style="list-style-type: none"> a) Aktionäre — 58–59 b) Dritte — 60 c) Nicht Auskunftsberechtigte — 61–63
--	---

<p>2. Auskunftsverpflichtete — 64–67</p> <p>3. Auskunftsverlangen</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Verlangen — 68–73 b) Form — 74–77 c) „in der Hauptversammlung“ — 78–80 d) Rücknahme — 81 <p>III. Gegenstand des Auskunftsrechts</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Angelegenheiten der Gesellschaft (§ 131 Abs 1 Satz 1) a) Begriff — 82–84 b) Bedeutung — 85 c) Einzelfragen <ul style="list-style-type: none"> aa) Angelegenheiten von Organmitgliedern — 86–89 bb) Geschäftspartner — 90–91 cc) Aktionäre — 92 dd) Verbundene Unternehmen — 93–104 2. Beziehungen zu verbundenen Unternehmen (§ 131 Abs 1 Satz 2) a) Bedeutung — 105–106 b) Verbundene Unternehmen — 107 c) Rechtliche und geschäftliche Beziehungen — 108–109 d) Spezielle Auskunftsrechte zu verbundenen Unternehmen — 110 3. Lage des Konzerns und konsolidierter Unternehmen (§ 131 Abs 1 Satz 4) a) Bedeutung — 111 b) Anwendungsbereich — 112–113 c) Lage — 114 4. Vorlage des vollständigen Jahresabschlusses (§ 131 Abs 1 Satz 3) a) Normzweck, praktische Bedeutung — 115 b) Anspruchsvoraussetzungen — 116–118 c) Anspruchsinhalt — 119–120 <p>IV. Erforderlichkeit der Auskunft</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Bedeutung <ul style="list-style-type: none"> a) Normzweck — 121 b) Praktische Bedeutung — 122–123 c) Vereinbarkeit mit der Aktionärsrechterichtlinie — 124–125 2. Allgemeine Grundsätze <ul style="list-style-type: none"> a) Maßstab — 126–128 b) Beurteilung der Tagesordnung — 129–131 c) Qualitative Anforderungen — 132–136 d) Quantitative Grenzen — 137–139 e) Detaillierungsgrad — 140–141 	<p>f) Anderweitige Befriedigung des Informationsbedürfnisses — 142–144</p> <p>g) Zeitliche Aspekte — 145–151</p> <p>h) Darlegungslast — 152–153</p> <p>3. Einzelfragen zur Erforderlichkeit der Auskunft</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Übersicht — 154–156 b) Vorlage des Jahresabschlusses <ul style="list-style-type: none"> aa) Grundsätze — 157–163 bb) Einzelheiten — 164–170 c) Verwendung des Bilanzgewinns — 171–172 d) Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat <ul style="list-style-type: none"> aa) Grundsätze — 173–178 bb) Aufdeckung von Pflichtverletzungen der Verwaltung — 179–188 cc) Einzelheiten — 189–203 e) Bestellung des Abschlussprüfers <ul style="list-style-type: none"> aa) Grundsätze — 204–208 bb) Einzelheiten — 209–210 f) Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern <ul style="list-style-type: none"> aa) Grundsätze — 211–213 bb) Einzelheiten — 214–215 g) Satzungsänderungen — 216–217 h) Kapitalmaßnahmen <ul style="list-style-type: none"> aa) Ordentliche Kapitalerhöhung — 218–221 bb) Genehmigtes Kapital — 222–224 cc) Bedingte Kapitalerhöhung — 225–226 dd) Kapitalherabsetzung — 227 i) „Holzmüller“-Beschlüsse — 228–234 j) Unternehmensverträge, Squeeze out <ul style="list-style-type: none"> aa) Grundsätze — 235–237 bb) Unternehmensverträge — 238–242 cc) Squeeze-out — 243–248 k) Umwandlungen <ul style="list-style-type: none"> aa) Grundsätze — 249–251 bb) Verschmelzung — 252–255 cc) Spaltung — 256 dd) Formwechsel — 257 l) Bestätigungsbeschlüsse — 259–261 <p>V. Anforderungen an die Auskunftserteilung</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Gewissenhafte und getreue Rechenschaft (§ 131 Abs 2 Satz 1) — 262–270
---	---

- | | |
|--|--|
| <ol style="list-style-type: none"> 2. Zeitpunkt — 271–274 3. Form der Auskunft — 275–280 4. Pflicht zur angemessenen Vorbereitung <ol style="list-style-type: none"> a) Grundsatz — 281–284 b) Grenzen — 285–290 <p>VI. Beschränkung des Auskunftsrechts
(<u>§ 131 Abs 2 Satz 2</u>)</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Grundlagen <ol style="list-style-type: none"> a) Gesetzeszweck — 291–292 b) Praktische Bedeutung — 293 2. Ermächtigung durch Satzung oder Geschäftsausordnung <ol style="list-style-type: none"> a) Notwendigkeit der Ermächtigung? — 294–296 b) Kumulative oder differenzierte Regelung? — 297 c) Generall-abstrakte oder konkrete Ermächtigung? — 298–301 3. Allgemeine Frage- und Redezeitbeschränkung <ol style="list-style-type: none"> a) Angemesenheit — 302–310 b) Anordnung der allgemeinen Frage- und Redezeitbeschränkung — 311–322 c) Durchsetzung der allgemeinen Frage- und Redzeitbeschränkung — 323–326 d) Gerichtliche Überprüfung — 327–329 4. Sonstige Beschränkungen des Frage- und Rederechts <ol style="list-style-type: none"> a) Individuelle Beschränkung des Frage- und Rederechts — 330–339 b) Schließung der Rednerliste — 340–345 c) Schluss der Debatte — 346–349 <p>VII. Auskunftsverweigerungsgründe (<u>§ 131 Abs 3</u>)</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Grundlagen <ol style="list-style-type: none"> a) Bedeutung — 350–353 b) Auskunftsverweigerung — 354–356 c) Begründung — 357–358 d) Pflicht — 359 e) Abschließender Katalog — 360–361 2. Auskunftsverweigerung gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 2 <ol style="list-style-type: none"> a) Bedeutung — 362–363 b) Eignung zur Nachteilszufügung — 364–366 c) Objektive Beurteilung — 367–371 d) Plausibilitätslast — 372–377 e) Einzelheiten — 378–389 | <ol style="list-style-type: none"> 3. Auskunftsverweigerung gemäß § 131 Abs 3 Nr 2 <ol style="list-style-type: none"> a) Bedeutung — 390–391 b) Umfang — 392–394 c) Einzelheiten — 395 4. Auskunftsverweigerung gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 3 <ol style="list-style-type: none"> a) Bedeutung — 396–400 b) Umfang — 401–404 c) Einzelheiten — 405 5. Auskunftsverweigerung gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 4 — 406–407 6. Auskunftsverweigerung gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 5 <ol style="list-style-type: none"> a) Bedeutung — 408–409 b) Umfang — 410–413 c) Verhältnis zu Insiderverbot, Ad-hoc-Publizität — 414–418 7. Auskunftsverweigerung gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 6 <ol style="list-style-type: none"> a) Bedeutung — 419–420 b) Umfang — 421–423 c) Einzelheiten — 424 8. Auskunftsverweigerung gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 7 <ol style="list-style-type: none"> a) Bedeutung — 425–427 b) Voraussetzungen — 428–433 <p>VIII. Weitere Schranken des Auskunftsrechts</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Grundlagen — 434–436 2. Fallgruppen <ol style="list-style-type: none"> a) Illoyale, grob eigennützige Rechtsausübung — 437–440 b) Verfolgung von gesellschaftsfremden Interessen — 441–442 c) Übermäßige Rechtsausübung — 443–448 d) Verbot widersprüchlichen Verhaltens — 449 3. Obliegenheitsverletzungen <p>IX. Erweiterung des Auskunftsrechts (<u>§ 131 Abs 4</u>)</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Grundlagen <ol style="list-style-type: none"> a) Gesetzeszweck — 450 b) Bedeutung <ol style="list-style-type: none"> aa) Praktische Bedeutung — 451 bb) Verhältnis zum allgemeinen Gleichbehandlungsgrundgesetz (<u>§ 53a</u>) — 452–454 cc) Kritik — 455–456 2. Anspruchsvoraussetzungen <ol style="list-style-type: none"> a) Auskunftserteilung an einen Aktionär — 457–459 b) Auskunftserteilung durch AG — 460–462 |
|--|--|

<p>c) Auskunftserteilung außerhalb der Hauptversammlung — 463</p> <p>d) Auskunft wegen seiner Eigenschaft als Aktionär — 464–466</p> <p>e) Auskünfte im Konzern</p> <ul style="list-style-type: none"> aa) Grundlagen — 467–468 bb) Vertragskonzern — 469 cc) Faktischer Konzern — 470 dd) Auskünfte an herrschendes Unternehmen — 471–472 <p>ee) Auskünfte beim Squeeze-out — 473</p> <p>ff) Auskünfte zur Konzernrechnungslegung, § 131 Abs 4 Satz 3 — 474–477</p> <p>f) Verbleibender praktischer Anwendungsbereich — 478–483</p> <p>g) Konkretes Auskunftsverlangen — 484–485</p> <p>h) Auskunft in der Hauptversammlung — 486–488</p> <p>i) Auskunftsverweigerungsgründe — 489–491</p> <p>X. Anspruch auf Protokollierung (§ 131 Abs 5)</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Bedeutung — 492–493 2. Voraussetzungen <ul style="list-style-type: none"> a) Auskunftsverlangen — 494–495 b) Auskunftsverweigerung — 496–498 c) Protokollierungsverlangen — 499–500 3. Aufnahmedurch den Notar — 501–502 4. Rechtsfolgen — 503–504 	<p>XI. Besonderheiten der elektronischen Teilnahme an der Hauptversammlung — 505–509</p> <p>XII. Rechtsfolgen einer Verletzung des Auskunftsrechts</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Auskunftserzwingungsverfahren — 510 2. Beschlussanfechtung <ul style="list-style-type: none"> a) Praktische Bedeutung — 511–512 b) Gerichtliche Prüfung im Anfechtungsverfahren — 513–516 c) Grenzen der Anfechtbarkeit <ul style="list-style-type: none"> aa) Wesentlichkeit, § 243 Abs 4 Satz 1 — 517–520 bb) Bewertungsrelevante Auskunftspflichtverletzungen, § 243 IV S 2 — 521–523 cc) Rechtsmissbrauch — 524–525 dd) Obliegenheitsverletzungen — 526–533 ee) Abwägung im Freigabeverfahren — 534 3. Schadenersatzpflicht <ul style="list-style-type: none"> a) gegenüber der Gesellschaft — 535 b) gegenüber den Aktionären — 536 4. Strafbarkeit — 537 5. Sonderprüfung — 538–539 <p>Anhang: Kasuistik (alphabetisch)</p>
---	--

I. Grundlagen

1. Gesetzesgeschichte. Das **HGB 1897** enthielt **keine Regelung** des Auskunftsrechts der Aktionäre. Gemäß § 264 Abs 1 HGB konnte lediglich die Verhandlung über die Genehmigung der Bilanz vertagt werden, wenn dies in der Generalversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit beschlossen oder von einer Minderheit von 10% der Aktionäre verlangt wurde, im letzteren Fall jedoch nur, soweit von ihr bestimmte Ansätze der Bilanz bemängelt wurden. Eine erneute Vertagung konnte gemäß § 264 Abs 2 HGB nur gefordert werden, wenn über die in der früheren Verhandlung bemängelten Ansätze der Bilanz die erforderliche Aufklärung nicht erteilt worden war. In diesem Zusammenhang konnten auch Fragen in der Hauptversammlung gestellt werden, sofern deren Beantwortung ohne Verletzung der Interessen der Gesellschaft möglich war. Nach der **Rechtsprechung des RG** bestand jedoch kein Anspruch des einzelnen Aktionärs auf Auskunftserteilung, sondern die Generalversammlung entschied über die Stellung einer Frage mit Mehrheitsbeschluss.¹ Angesichts der Kritik der Rechtslehre an der fehlenden Anerken-

¹ RG 22.4.1913 – II 636/12, RGZ 82, 182, 187; RG 16.6.1922 – II 621/21, RGZ 105, 40, 42; näher Casper, in Bayer/Habersack (Hrsg), AktienR im Wandel, Bd II, Kap 12 Rdn 11; Joussen AG 2000, 241; Lack S 29; Mader S 193; Schäfers S 31.

nung des Auskunftsrechts als Individualrecht² war erstmals in einem Entwurf eines Aktiengesetzes von 1930 das Recht des Einzelaktionärs auf Erteilung einer Auskunft in der Generalversammlung und ein Auskunftsverweigerungsrecht bei überwiegendem Interesse der Gesellschaft oder der Allgemeinheit vorgesehen. Dieser Entwurf wurde jedoch letztlich nicht umgesetzt.³

- 2** Erst mit dem **Aktiengesetz 1937** wurde das individuelle Auskunftsrecht eines Aktionärs in § 112 anerkannt. Danach war jedem Aktionär auf Verlangen in der Hauptversammlung Auskunft über Angelegenheiten der Gesellschaft zu geben, die mit dem Gegenstand der Verhandlung im Zusammenhang stehen. Gemäß § 112 Abs 3 AktG 1937 durfte die Auskunft nur soweit verweigert werden, wie überwiegende Belange der Gesellschaft oder eines beteiligten Unternehmens oder der gemeinsame Nutzen von Volk und Reich es fordern. Ob diese Voraussetzung vorlag, entschied der Vorstand nach pflichtgemäßem Ermessen. Die Entscheidung des Vorstands über die Auskunftsverweigerung wurde in der Folge Gegenstand erheblicher Kritik, weil der Vorstand Richter in eigener Sache sei.⁴
- 3** In **§ 131 AktG 1965** hat das Auskunftsrecht einige wesentliche Änderungen erfahren. § 131 Abs 1 enthält im Vergleich zu § 112 Abs 1 Satz 1 AktG 1937 die Einschränkung, dass die Auskunft zur sachgemäßen Beurteilung des Gegenstands der Tagesordnung erforderlich sein muss. Andererseits wurde das Auskunftsrecht gemäß § 131 Abs 1 Satz 2 auf die rechtlichen und geschäftlichen Beziehungen der Gesellschaft zu einem verbundenen Unternehmen erstreckt. Die Auskunftsverweigerungsmöglichkeiten wurden in § 131 Abs 3 enumerativ aufgeführt und sachlich präzisiert. Vor allem aber obliegt die Entscheidung über das Vorliegen eines Auskunftsverweigerungsrechts nicht mehr dem Vorstand nach pflichtgemäßem Ermessen, sondern sie ist gerichtlich voll überprüfbar. Zudem wurde mit § 132 eine gerichtliche Erzwingung der Auskunft im Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit ermöglicht, die die bis dahin notwendige Erhebung einer Leistungsklage im ordentlichen Zivilprozessverfahren entbehrlich machte.
- 4** Die gesetzliche Regelung des § 131 hat durch das **Bilanzrichtliniengesetz** vom 19.12.1985⁵ (Einführung von **§ 131 Abs 1 Satz 3**) und durch das **Bankbilanzrichtliniengesetz** vom 30.11.1990⁶ (Einführung von **§ 131 Abs 3 Satz 1 Nr 6** und **§ 131 Abs 4 Satz 3**) erstmals Änderungen erfahren. Diese haben jedoch im Wesentlichen klarstellenden Charakter. Durch das Transparenz- und Publizitätsgesetz (**TransPuG**) vom 19.7.2002⁷ wurde **§ 131 Abs 1 Satz 4** angefügt, der das nahezu wortgleiche Auskunftsrecht des § 337 Abs 4 aF ersetzt.
- 5** Große praktische Bedeutung hat die Anfügung von **§ 131 Abs 2 Satz 2** durch das Gesetz zur Unternehmensintegrität und Modernisierung des Anfechtungsrechts (**UMAG**) vom 22.9.2005⁸: Die Regelung ermöglicht erstmals eine rechtsichere Beschränkung nicht nur des Rede-, sondern auch des Fragerechts der Aktionäre. Damit verfolgt der Gesetzgeber das Ziel, die Hauptversammlung zeitlich zu straffen und zu entlasten.⁹ Die Regelung

2 S etwa die Nachweise bei *Casper*, in Bayer/Habersack (Hrsg), *AktienR im Wandel*, Bd II, Kap 12 Rdn 11; *Gessler* DB 1957, 1254, 1255; *Joussen* AG 2000, 241; *Lack* S 30; *Mader* S 193; *Schäfers* S 33.

3 *Casper*, in Bayer/Habersack, *AktienR im Wandel*, Bd II, Kap 12 Rdn 12; *Schäfers* S 36.

4 *Gessler* DB 1957, 1254, 1257; vgl auch BGH 23.11.1961 – II ZR 4/60, BGHZ 36, 121, 130; ferner die Nachweise bei *Casper*, in Bayer/Habersack (Hrsg), *AktienR im Wandel*, Bd II, Kap 12 Rdn 14; KK/Kersting § 131 Rdn 2; *Lack* S 32; *Schäfers* S 40.

5 BGBI I 1985, 2355.

6 BGBI I 1990, 2570.

7 BGBI I 2002, 2681.

8 BGBI I 2005, 2802.

9 BT-Drucks 15/5092 S 17 (zu Nummer 9).

erfolgte unter dem Eindruck überlanger Hauptversammlungen mit umfangreichen Fra-
gekatalogen und der Häufigkeit von auf die Verletzung des Auskunftsrechts gestützten
Anfechtungsklagen (Rdn 291).¹⁰ Ergänzend wurde in **§ 243 Abs 4 Satz 1** das Wesentlich-
keitserfordernis bei Anfechtungsklagen wegen Informationspflichtverletzungen einge-
führt (Rdn 517). Zudem wurde die Anfechtungsklage für bewertungsbezogene Informa-
tionspflichtverletzungen in **§ 243 Abs 4 Satz 2** ausgeschlossen, wenn Bewertungsrußen
im Spruchverfahren verfolgt werden können (Rdn 521). Schließlich wurde ein neuer Aus-
kunftsverweigerungsgrund in **§ 131 Abs 3 Satz 1 Nr 7** normiert (Rdn 425).

Anlässlich der Umsetzung der europäischen Richtlinie über Aktionärsrechte vom 6
11.7.2007¹¹ (**Aktionärsrechte-RL 2007**) hat der deutsche Gesetzgeber keinen Handlungs-
bedarf im Bereich des § 131 gesehen.¹² Insbesondere hielt der Gesetzgeber eine Ein-
schränkung der Erforderlichkeit der Auskunft iSv § 131 Abs 1 Satz 1 nicht für europarecht-
lich geboten (Rdn 124). Eine praktisch bedeutsame Einschränkung der Folgen einer Rüge
der Verletzung des Auskunftsrechts bei Klagen gegen wesentliche Strukturmaßnahmen
hat die Erleichterung des Freigabeverfahrens des § 246a durch das Gesetz zur Umsetzung
der Aktionärsrechte-RL vom 30.7.2009 (**ARUG**)¹³ zur Folge (Rdn 511, 534). Die **Aktien-
rechtsnovelle** vom 22.12.2015 hat zu einer redaktionellen Klarstellung des **§ 131 Abs 1
Satz 3** geführt.¹⁴

2. Normzweck

a) Mittel zur Ausübung der Mitgliedschaftsrechte des Aktionärs. Das Aus-
kunftsrecht gemäß § 131 ist ein **aus der Mitgliedschaft folgendes Recht**.¹⁵ Der Aktionär
kann von seinen Mitgliedschaftsrechten nur dann sinnvoll Gebrauch machen, wenn er
die Umstände kennt, die für die Ausübung seiner Rechte wesentlich sind. Das Aus-
kunftsrecht des Aktionärs ist somit Mittel zur sachgerechten Ausübung der Mitglied-
schaftsrechte als Aktionär.¹⁶ Ein Aktionär ist auch dann zur Auskunft berechtigt, wenn
er selbst die Antwort schon kennt.¹⁷ Das Auskunftsrecht des Aktionärs dient auch der
Meinungs- und Urteilsbildung der übrigen Aktionäre in der Hauptversammlung.¹⁸ Das
Auskunftsrecht korrespondiert mit den vermögensrechtlichen Ansprüchen, die die
mitgliedschaftliche Stellung in einer AG vermittelt. Die mit der Mitgliedschaft verbun-
dene Eigentumsstellung des Aktionärs ist durch **Artikel 14 Abs 1 GG** geschützt. Dieser
Grundrechtsschutz umfasst auch das Recht eines Aktionärs, Informationen über seine

10 Dazu Baums, 63. DJT Gutachten F 129; Baums (Hrsg), Regierungskommission Corporate Governance, Rdn 133, 145; Joussen AG 2000, 241, 255; Vorauf § 131 Rdn 50.

11 2007/36/EG ABI Nr L 184.

12 BT-Drucks 16/11642 S 20 ff.

13 BGBl I 2009, 2479.

14 BGBl I 2015, 2566.

15 BGH 18.10.2004 – II ZR 250/02, BGHZ 160, 385, 388; OLG München 4. 7. 2001 – 7 U 5285/00, NZG 2002, 187, 188; Casper in Bayer/Habersack (Hrsg), AktienR im Wandel, Bd II, Kap 12 Rdn 18; Druey FS K Schmidt, S 249, 252; KK/Kersting § 131 Rdn 6; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 2; Lack S 44; Mader S 198; Schäfers S 62.

16 Begr RegE bei Kropff Aktiengesetz 1965, S 184; BVerFG 20.9.1999 – 1 BvR 636/95, ZIP 1999, 1798, 1799: Wenger/Daimler-Benz; BayObLG 9.9.1996 – 3 Z BR 36/94, ZIP 1996, 1945, 1948; Hypobank; BayObLG 23.8.1996 – 3 Z BR 130/96, ZIP 1996, 1743, 1744: Münchener Rück; Druey FS K Schmidt, 249, 251; Hüffer ZIP 1996, 401, 405; KK/Kersting § 131 Rdn 6; Hüffer/Koch § 131 Rdn 1; K Schmidt Informationsrechte, S 21; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 1.

17 OLG Düsseldorf 22.7.1986 – 19 W 2/86, AG 1987, 21, 22f; Butzke G 30; KK/Kersting § 131 Rdn 61; Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner § 34 Rdn 32.

18 BGH 5.11.2013 – II ZB 28/12, BGHZ 198, 354, Rdn 20; BGH 18.10.2004 – II ZR 250/02, BGHZ 160, 385, 389; BGH 12.11.2001 – II ZR 225/99, BGHZ 149, 158, 164.

Gesellschaft zu erhalten.¹⁹ Das Auskunftsrecht des § 131 findet seine Legitimation, aber auch seine Grenze, in den Mitgliedschaftsrechten des Aktionärs.²⁰ Diese Bindung und Begrenzung des Auskunftsrechts durch die Mitgliedschaftsrechte des Aktionärs wird in der Literatur zum Teil überbetont, wenn das Auskunftsrecht als Hilfsrecht bezeichnet wird;²¹ der Bedeutung des Auskunftsrechts wird diese Bezeichnung nur unzureichend gerecht.²²

- 8** Das Auskunftsrecht ist ein **Individualrecht**: Es steht jedem Aktionär zu, und zwar unabhängig von der Höhe seiner Beteiligung (Rdn 58).²³ Das Auskunftsrecht schützt insbesondere auch private Kleinanleger, die unter Umständen stärker als Großaktionäre und institutionelle Anleger auf Informationen für die Beurteilung der Tagesordnung einer Hauptversammlung angewiesen sind.²⁴ Als individuelles Recht unterscheidet sich das Auskunftsrecht von kollektiven Informationsrechten der Hauptversammlung (Rdn 27).
- 9** Das Auskunftsrecht ist ein **eigenbürtiges Recht** zur Verfolgung der mitgliedschaftlichen Interessen des Aktionärs.²⁵ Es muss also nicht im Interesse der Gesellschaft oder der übrigen Aktionäre ausgeübt werden. Den Interessen der Gesellschaft wird hinreichend durch die Erforderlichkeit der Auskunft gemäß § 131 Abs 1 Satz 1, die Auskunftsverweigerungsgründe des § 131 Abs 3 Satz 1 sowie durch immanente Ausübungs-schranken des Aktionärs bei der Ausübung des Auskunftsrechts (Rdn 435) Rechnung getragen.
- 10** Nicht in § 131 geregelt, sondern nur in § 131 Abs 2 Satz 2 vorausgesetzt ist das **Rederecht** des Aktionärs. Dieses ergänzt das Auskunftsrecht und wird aus § 118 Abs 1 Satz 1 abgeleitet. Das Rederecht hat eine dem Auskunftsrecht vergleichbare Funktion zur Ausübung der Mitgliedschaftsrechte des Aktionärs in der Hauptversammlung (*Mülbert* § 118 Rdn 41; zur Frage eines Stufenverhältnisses zwischen Frage- und Rederecht Rdn 316).
- 11** Das Auskunftsrecht gemäß § 131 ist nicht Mittel zur Wahrnehmung jedes individuellen Mitgliedschaftsrechts des Aktionärs, sondern es dient (ebenso wie das Rederecht) ausschließlich der sachgerechten Ausübung der Mitgliedschaftsrechte **in der Hauptversammlung**. Das Auskunftsrecht soll dem Aktionär die konkreten Informationen ver-

19 BVerfG 20.9.1999 – 1 BvR 636/95, ZIP 1999, 1798, 1799; Wenger/Daimler-Benz; BVerfG 20.9.1999 – 1 BvR 168/93, NJW 2000, 129, 129 f; dazu Henze/Born/Drescher Rdn 1396; ferner OLG Frankfurt/M 15.5.2012 – 5 U 66/11, Rdn 143 (juris); s auch *K Schmidt* Gesellschaftsrecht, S 842 und *Wiedemann* Gesellschaftsrecht I, S 374: mitgliedschaftliches Grundrecht; ferner Bätz S 130; Casper in Bayer/Habersack (Hrsg), AktienR im Wandel, Bd II, Kap 12 Rdn 20; Heidel/Heidel § 131 Rdn 3; KK/Kersting § 131 Rdn 7; Hüffer/Koch § 131 Rdn 2; Lack S 35; Schäfers S 94; Schön FS Ulmer, 2003, S 1359, 1377; Zetsche S 136, 145.

20 BVerfG 20.9.1999 – 1 BvR 636/95, ZIP 1999, 1798, 1799; Wenger/Daimler-Benz; BGH 8.2.2010 – II ZR 94/08, BGHZ 184, 239, Rdn 14: Redezeitbeschränkung; KK/Kersting § 131 Rdn 7; *K Schmidt* Informationsrechte, S 23; Schäfers S 94, 97; insow krit Heidel/Heidel § 131 Rdn 3.

21 Druey FS K Schmidt, S 249, 267; Hüffer ZIP 1996, 401, 406; Mader S 196; Lack S 43; *K Schmidt* Informationsrechte, S 23; Teichmann NZG 2014, 401, 402.

22 Casper in Bayer/Habersack (Hrsg), AktienR im Wandel, Bd II, Kap 12 Rdn 23; Schäfers S 160; Wohlleben S 49.

23 Begr RegE bei *Kropff* Aktiengesetz 1965, S 185; BGH 15.6.1992 – II ZR 18/91, BGHZ 119, 1, 17: Asea/BBC; Butzke G 3; Hüffer/Koch § 131 Rdn 3; KK/Kersting § 131 Rdn 8; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 3; Lack S 43; *K Schmidt* Informationsrechte S 15; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 4.

24 OLG München 4. 7. 2001 – 7 U 5285/00, NZG 2002, 187, 188; vgl auch Baums, 63. DJT Gutachten F 131; Hüffer/Koch § 131 Rdn 2; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 3; Wachter/Wachter § 131 Rdn 1.

25 OLG München 4.7.2001 – 7 U 5285/00, NZG 2002, 187, 188; BayObLG 21.3.2001 – 3 Z BR 318/00, DB 2001, 1138, 1139; Casper in Bayer/Habersack (Hrsg), AktienR im Wandel, Bd II, Kap 12 Rdn 23, 24; Hüffer/Koch § 131 Rdn 2; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 4; Lack S 45; Schäfers S 164; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 6; Wachter/Wachter § 131 Rdn 1; zurückhaltend Spindler/Stilz/Siemss § 131 Rdn 2; Wohlleben S 33: selbst- und gemeinnützig.

schaffen, die er zur sachgerechten Ausübung seines Rechts auf Teilnahme an der Hauptversammlung benötigt.²⁶ Das Auskunftsrecht dient damit in erster Linie der Ausübung des Stimmrechts in der Hauptversammlung. Das Auskunftsrecht besteht aber auch für Tagesordnungspunkte der Hauptversammlung, die keiner Beschlussfassung bedürfen, weil es auch der Ausübung anderer Mitgliedschaftsrechte wie des Antrags- und Anfechtungsrechts sowie von Minderheitenrechten dient (Rdn 157).²⁷

Mit dem Funktionsbezug des Auskunftsrechts auf die Hauptversammlung ist zugleich eine **Beschränkung in zeitlicher Hinsicht** verbunden. Der Aktionär kann das Auskunftsrecht nicht jederzeit, sondern nur in der Hauptversammlung geltend machen (Rdn 78). Diese Einschränkung des Auskunftsrechts in zeitlicher Hinsicht hat der Gesetzgeber damit gerechtfertigt, dass nur ein auf die Hauptversammlung beschränkter Auskunftsanspruch eine gleichmäßige Unterrichtung aller Aktionäre gewährleiste.²⁸ Das ist eine legitime gesetzgeberische Erwägung, die in Artikel 3 Abs 1 GG eine verfassungsrechtliche Stütze hat.²⁹

Das Auskunftsrecht ist zudem **gegenständlich beschränkt** durch die jeweilige Tagesordnung der Hauptversammlung. Diese gegenständliche Beschränkung, die auch durch das Erfordernis der Erforderlichkeit der Auskunft für die Beurteilung der Tagesordnung betont wird, findet ihren Grund in der Verknüpfung von Auskunftsanspruch und Mitgliedschaftsrecht. Da die Mitgliedschaftsrechte der Aktionäre nach der Organisationsverfassung der AG beschränkt sind, ist es verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden, dass der Gesetzgeber das individuelle Informationsrecht der Aktionäre in § 131 Abs 1 Satz 1 gegenständlich beschränkt hat. Der Gesetzgeber durfte berücksichtigen, dass der individuelle Auskunftsanspruch nicht die einzige Informationsquelle des Aktionärs ist (Rdn 24).³⁰

b) Kein Mittel zur Durchsetzung eines allgemeinen Rechenschaftsanspruchs des Aktionärs. Über die Funktion als Mittel zur Ausübung der Mitgliedschaftsrechte des Aktionärs hinausgehend wird dem Auskunftsrecht des § 131 vielfach die Funktion der Verwirklichung eines allgemeinen Rechenschaftsanspruchs des Aktionärs gegenüber der AG zugesprochen. Das Auskunftsrecht dient danach auch der Verwirklichung des verfassungsrechtlich gewährleisteten Anspruchs des Aktionärs, Rechenschaft über die Verwaltung des in dem Unternehmen investierten Kapitals zu verlangen.³¹ Ansätze für ein derartiges Verständnis finden sich schon in den Gesetzesmaterialien, wenn davon die Rede ist, der Aktionär wolle sich durch Fragen darüber vergewissern, wie der Vorstand mit dem von den Aktionären zur Verfügung gestellten Kapital gewirtschaftet hat.³²

²⁶ OLG München 4.7.2001 – 7 U 5285/00, NZG 2002, 187, 188; BayObLG 9.9.1996 – 3 Z BR 36/94, ZIP 1996, 1945, 1947; Hypobank; BayObLG 23.8.1996 – 3 Z BR 130/96, ZIP 1996, 1743, 1744; Münchener Rück; vgl auch BGH 15.6.1992 – II ZR 18/91, BGHZ 119, 1, 17; Asea/BBC; KK/Kersting § 131 Rdn 6; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 1; vgl ferner Baums, 63. DJT Gutachten F 131.

²⁷ Casper in Bayer/Habersack (Hrsg), AktienR im Wandel, Bd II, Kap 12 Rdn 24; Hüffer/Koch § 131 Rdn 1, 2; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 1; Merkt S 259, 323, 338.

²⁸ Begr RegE bei Kropff Aktiengesetz 1965, S 187; KK/Kersting § 131 Rdn 7; Schäfers S 94, 97.

²⁹ BVerfG 20.9.1999 – 1 BvR 636/95, ZIP 1999, 1798, 1799; Wenger/Daimler-Benz.

³⁰ BVerfG 20.9.1999 – 1 BvR 636/95, ZIP 1999, 1798, 1800; Wenger/Daimler-Benz; krit Heidel/Heidel § 131 Rdn 3.

³¹ BGH 29.11.1982 – II ZR 88/81, BGHZ 86, 1, 19; KG 15.2.2001 – 2 W 3288/00, AG 2001, 421; KG 24.8.1995 – 2 W 1255/95, ZIP 1995, 1585, 1587; Allianz; BayObLG 30.11.1995 – 3 Z BR 161/93, WM 1996, 119, 121:

Allianz; näher Grage, S 104 ff; vgl auch Merkt S 340; ferner Heidel/Heidel § 131 Rdn 1; Kiethe NZG 2003, 401, 406; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 1; Ziemons/Binnewies, Bd I Rz 10.636.

³² Begr RegE bei Kropff Aktiengesetz 1965, S 184.

- 15** Zutreffend ist, dass der Aktionär im Zusammenhang mit der konkret anstehenden Tagesordnung, etwa zur Beurteilung der Tagesordnungspunkte „Vorlage des Jahresabschlusses“, „Gewinnverwendung“ oder „Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat“, bei Erreichen der Maßgeblichkeitsschwelle für die Erforderlichkeit einer Auskunft (Rdn 132) Fragen stellen kann, die dazu führen, dass der Vorstand Rechenschaft über die mit der Tagesordnung verbundenen Beschlussvorschläge und das zur Aussprache anstehende Geschäftsjahr ablegt. Unrichtig wäre es jedoch, dem Auskunftsrecht der Aktionäre die Funktion zur Durchsetzung eines allgemeinen Rechenschaftsanspruchs zuzuweisen.³³ Ein individueller mitgliedschaftlicher **Anspruch** des Aktionärs **auf Rechenschaft** gegenüber Vorstand und Aufsichtsrat einer AG ist **nicht anzuerkennen**. Er lässt sich auch nicht mit Hilfe des Auskunftsrechts der Aktionäre begründen, da dieses in den individuellen Mitgliedschaftsrechten des Aktionärs Legitimation und Grenze findet. Auch eine Pflicht des Vorstands zu allgemeiner Rechenschaftslegung gegenüber der Hauptversammlung entspricht nicht dem Kompetenzgefüge bei der AG, das dem Aufsichtsrat die Kontrolle über den Vorstand zuweist.³⁴ Ohnehin entspricht eine Geltendmachung des Auskunftsrechts durch den einzelnen Aktionär zugunsten der Hauptversammlung nicht dem Verständnis des § 131 als individuelles Recht (Rdn 8).³⁵ Aus denselben Gründen dient das Auskunftsrecht auch **nicht einer allgemeinen Kontrolle** der Verwaltung auf pflichtgemäßes Verhalten.³⁶ Das schließt es nicht aus, dass die Aktionäre im Zusammenhang mit der Entlastung der Verwaltung bei konkreten Anhaltspunkten für ein pflichtwidriges Verhalten insoweit auch nähere Auskünfte verlangen können (Rdn 179).
- 16** Die Frage, ob das Auskunftsrecht auch zur Durchsetzung eines allgemeinen Rechenschaftsanspruchs oder einer allgemeinen Kontrolle der Verwaltung dient, hat in der Praxis **Auswirkungen für die Beurteilung der Erforderlichkeit** der Auskunft, insbesondere im Zusammenhang mit der Vorlage des Jahresabschlusses und der Entlastung der Verwaltung³⁷: Soweit die Rechtsprechung, dem Auskunftsrecht eine derartige Funktion zuweist, neigt sie zu einer großzügigen Bejahung der Erforderlichkeit der Auskunft (Rdn 127).³⁸
- 17 c) Kein Schutz des Aktionärs als Kapitalanleger.** Das Auskunftsrecht wird teilweise auch als Mittel zum Schutz des Aktionärs in seiner Eigenschaft als Kapitalanleger angesehen. Danach haben Aktionäre als Teil ihrer Mitgliedschaftsrechte aus der Aktie immer zugleich Vermögensrechte und können in ihrer Eigenschaft als Kapitalanleger Informationen verlangen.³⁹ Der Aktionär kann danach von seinen Rechten (insbesondere

³³ Groß AG 1997, 97, 99f; MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 2; Hüffer ZIP 1996, 401, 403f; KK/Kersting § 131 Rdn 9; Hüffer/Koch § 131 Rdn 2; Schäfers S 154; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 7; insowurst KG 15.2.2001 – 2 W 3288/00, ZIP 2001, 1200, 1203; Kötitzer Ledertuch.

³⁴ BVerfG 20.9.1999 – 1 BvR 636/95, ZIP 1999, 1798, 1799; vgl auch Druey FS K Schmidt, S 249, 267.

³⁵ Schäfers S 146.

³⁶ OLG Stuttgart 8.7.2015 – 20 U 2/14, Rdn 333 (juris); OLG Stuttgart 2.12.2014 – 20 AktG 1/14, Rdn 119 (juris); OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 357 (juris); OLG Frankfurt/M 23.7.2010 – 5 W 91/09, Rdn 23 (juris); s auch BVerfG 20.9.1999 – 1 BvR 636/95, ZIP 1999, 1798, 1800.

³⁷ Abw MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 2; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 1: keine praktische Auswirkung.

³⁸ KG 15.2.2001 – 2 W 3288/00, ZIP 2001, 1200, 1202; Kötitzer Ledertuch; KG 24.8.1995 – 2 W 1255/95, ZIP 1995, 1585, 1587; Allianz; BayObLG 30.11.1995 – 3 Z BR 161/93, WM 1996, 119, 121; Allianz; Kiethe NZG 2003, 401, 406.

³⁹ KG 24.8.1995 – 2 W 1255/95, ZIP 1995, 1585, 1587; Allianz; KG 30.6.1994 – 2 W 4531, 4642/93, WM 1994, 1480, 1483; Allianz; KG 26.8.1993 – 2 W 6111/92, ZIP 1993, 1618, 1619; Siemens; näher Merkt S 259, 323; Zetsche S 137, 171, 192, 196; ferner Großfeld/Möhlenkamp ZIP 1994, 1425, 1426; Hommelhoff ZGR 2000, 748, 768; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 2; Wenger ZIP 1993, 1622; im Ansatz schon Hopt Der Kapitalanlegerschutz im Recht der Banken, 1975, S 309, 334.

vom Stimmrecht) und von der Möglichkeit, weitere Aktien der Gesellschaft zu erwerben oder seine Aktien zu verkaufen, nur dann sinnvollen Gebrauch machen, wenn er die Lage der Gesellschaft und die Fähigkeiten der Verwaltung kennt und die Zukunftsaussichten der Gesellschaft abschätzen kann.⁴⁰ Das Auskunftsrecht soll nach diesem Verständnis auch Informationen abdecken, die für eine sachgerechte Aktien- und Bilanzanalyse zum Zwecke der Unternehmensbewertung benötigt werden.⁴¹

Dieser Ansatz entspricht im Ausgangspunkt der zunehmenden Erkenntnis, dass der **18** (Klein-)Aktionär einer börsennotierten AG in erster Linie als Kapitalanleger zu sehen ist, dessen Schutz sich deshalb vorrangig auf die Vermögensinteressen konzentrieren sollte.⁴² Ein Ausbau des Auskunftsrechts des § 131 in der Hauptversammlung durch ein **kapitalmarktrechtliches Verständnis** ist jedoch **nicht sachgerecht**. Der Schutz des Kapitalanlegers ist mit den Mitteln des Kapitalmarktrechts und einem Vermögensschutz bei Strukturmaßnahmen sicherzustellen, vgl auch § 243 Abs 4 Satz 2. Dem Auskunftsrecht des § 131 sollte nicht die Funktion zugewiesen werden, den Schutz des Kapitalanlegers über das im Kapitalmarktrecht und das durch den Vermögensschutz bei Strukturmaßnahmen geforderte Niveau hinaus anzuheben.⁴³

3. Anwendungsbereich

a) Erfasste Gesellschaften. Das Auskunftsrecht des § 131 gilt für alle Formen der **19** AG, also auch für die Investment-Aktiengesellschaft (§§ 96ff InvestmentG) und die REIT-Aktiengesellschaft, § 1 Abs 3 REITG.⁴⁴ Darüber hinaus gilt § 131 auch für die SE (Art 53 SE-VO)⁴⁵ sowie für die KGaA.⁴⁶ Für die GmbH gilt gemäß § 51 a GmbHG ein weitergehendes Informationsrecht der Gesellschafter auch außerhalb der Gesellschafterversammlung. Ein entsprechender Ausbau der Informationsrechte der Aktionäre jedenfalls einer nicht börsennotierten AG kommt nach geltendem Recht nicht in Betracht (Rdn 20, 22).

b) Börsennotierte – nicht börsennotierte Gesellschaften. Das Auskunftsrecht des **20** § 131 unterscheidet nicht zwischen börsennotierten und nicht börsennotierten Aktiengesellschaften. Das AktG 1965 orientiert sich am Leitbild der großen börsennotierten AG.⁴⁷ Die Spruchpraxis der Gerichte betrifft ganz überwiegend börsennotierte Aktiengesellschaften.⁴⁸ Auch die Rechtsliteratur orientiert sich bei der Befassung mit dem Auskunftsrecht des § 131 an der börsennotierten AG. Die vorliegende Kommentierung konzentriert

⁴⁰ LG München I 16.4.1986 – 7 HKO 8835/85, AG 1987, 185, 186.

⁴¹ KG 15.2.2001 – 2 W 3288/00, ZIP 2001, 1200, 1202; KG 24.8.1995 – 2 W 1255/95, ZIP 1995, 1585, 1587; KG 30.6.1994 – 2 W 4531, 4642/93, WM 1994, 1480, 1483; KG 26.8.1993 – 2 W 6111/92, ZIP 1993, 1618, 1619; vgl auch Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 2, 3.

⁴² Mülbert Aktiengesellschaft, Unternehmensgruppe und Kapitalmarkt, 2. Aufl 1996, S 5, 97, 154; ferner etwa Bälz S 62, 82; Joussen AG 2000, 241, 252; KK/Kersting § 131 Rdn 40, 170; Lack S 56; Möllers ZGR 1997, 334; Röhricht, ZGR 1999, 445, 474; Schiessl AG 1999, 442, 446; vgl auch Bayer 67. DJT, Gutachten E 101, 107.

⁴³ Ebenroth/Wilken BB 1983, 1818, 1820; Hüffer ZIP 1996, 401, 408; KK/Kersting § 131 Rdn 15, 19, 42; Hüffer/Koch § 131 Rdn 2; Lack S 60; Noack DZWiR 1994, 121, 122; Saenger DB 1997, 145, 147; Schäfer, S 105; Seibt in VGR (Hrsg) Bd 3, S 37, 43; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 7.

⁴⁴ KK/Kersting § 131 Rdn 56.

⁴⁵ BGH 10.7.2012 – II ZR 48/11, BGHZ 194, 14 Rdn 35; Fresenius; s auch BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 24 (juris): Porsche.

⁴⁶ Beispielhaft BayObLG 14.7.1999 – 3 Z BR 11/99, NJW-RR 1999, 1487; LG Landshut 27.7.2005 – 1 HKO 1446/05, AG 2005, 934.

⁴⁷ Bayer 67. DJT, Gutachten E 22; Lutter FS Vieregge, 1995, S 603, 603; Mülbert 67. DJT, Referat, 2008, N 51; K Schmidt Gesellschaftsrecht S 771f; Wiedemann Gesellschaftsrecht I 1980, S 319.

⁴⁸ Allg Baums/Vogel/Tacheva ZIP 2000, 1649, 1651.

sich ebenfalls auf die börsennotierte AG (im weitesten Sinne, also über § 3 Abs 2 und über § 2 Abs 5 WpHG hinausgehend auch unter Einschluss von Publikumsgesellschaften mit im börslichen Freiverkehr gehandelten Aktien). Die Ergebnisse dieser Kommentierung werden dagegen trotz der fehlenden Differenzierung im Gesetz nicht immer ohne weiteres auf die – zahlenmäßig bei weitem überwiegende⁴⁹ – nicht börsennotierte AG mit einem geschlossenen Aktionärskreis anwendbar sein. Die beträchtlichen Unterschiede in der Realstruktur zwischen einer börsennotierten AG und einer geschlossenen, nicht börsennotierten AG⁵⁰ und die mit der verstärkten Ausstrahlung des Kapitalmarktrechts auf das Aktienrecht verbundene Entwicklung zu einem Sonderrecht der börsennotierten AG⁵¹ könnten schon nach geltendem Recht im Einzelfall eine unterschiedliche Wertung über das Bestehen eines Auskunftsrechts – insbesondere mit Blick auf die Erforderlichkeit der Auskunft – rechtfertigen.⁵² Der Gesetzgeber, der erstmals im Jahre 1994 Sonderregeln für die „kleine“ (nicht börsennotierte) AG eingeführt hat, könnte *de lege ferenda* auch beim Auskunftsrecht des § 131 differenzieren (Rdn 45).⁵³

- 21 4. Zwingender Charakter.** Das Auskunftsrecht des § 131 hat zwingenden Charakter. Es kann durch die **Satzung** nicht **eingeschränkt** werden, sofern das Gesetz nicht ausdrücklich diese Möglichkeit vorsieht, § 23 Abs 5.⁵⁴ § 131 Abs 2 Satz 2 sieht seit dem UAG die Möglichkeit einer zeitlich angemessenen Beschränkung des Frage- und Rederechts des Aktionärs durch den Versammlungsleiter auf der Grundlage einer entsprechenden Satzungsermächtigung vor (Rdn 291). Für die elektronische Teilnahme an einer Hauptversammlung räumt § 118 Abs 1 Satz 2 dem Satzungsgabe einen größeren Gestaltungsspielraum für eine Einschränkung des Auskunftsrechts ein (Rdn 505; näher *Mülbert* § 118 Rdn 104). Mangels einer gesetzlich vorgesehenen Möglichkeit ist auch die **Erweiterung** des Auskunftsrechts durch die Satzung unzulässig.⁵⁵ Eine derartige Erweiterung müsste sich auch daran messen lassen, ob sie das allgemeine Kompetenzgefüge der Organe und die austarierte Regelung des § 131 stört.⁵⁶ Sie hat deshalb jedenfalls für börsennotierte Aktiengesellschaften bislang keine praktische Bedeutung erlangt. Auch durch einen auf eine Einzelfallregelung bezogenen **Hauptversammlungsbeschluss** kann das Auskunftsrecht nicht erweitert oder eingeschränkt werden.⁵⁷ Ebensowenig darf eine gemäß § 129 Abs 1 Satz 1 erlassene **Geschäftsordnung** für die Vorbereitung und Durchführung der Hauptversammlung eine Erweiterung oder Einschränkung des Auskunftsrechts der

49 Baums/Vogel/Tacheva ZIP 2000, 1649; Bayer 67. DJT, Gutachten E 14, 20.

50 Friedewald, Personalistische Aktiengesellschaft, 1991, S 3ff; ferner die Unterscheidung bei Albach/Corte/Friedewald/Lutter/Richter, Deregulierung des Aktienrechts: Das 3-Stufen-Modell, 1988, S 36ff; Bayer 67. DJT, Gutachten E 14.

51 Bayer 67. DJT, Gutachten E 57; Fleischer ZHR 165 (2001), 514, 515; Hommelhoff ZGR 2000, 748, 769; Lutter FS Zöllner I, 1998, 363; Seibt in VGR (Hrsg), Bd 3, S 37, 38.

52 Lack S 50, 57.

53 Dafür Bayer 67. DJT, Gutachten E 108; offen Baums (Hrsg), Regierungskommission Corporate Governance, Rdn 132.

54 LG Heidelberg 7.8.1996 – O 4/96 KfH II, AG 1996, 523; Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 45; Franken/Heinsius FS Budde, 213, 218; KK/Kersting § 131 Rdn 57; Hüffer/Koch § 131 Rdn 2a; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 8; Wachter/Wachter § 131 Rdn 3.

55 LG Heidelberg 7.8.1996 – O 4/96 KfH II, AG 1996, 523, 523; Franken/Heinsius FS Budde, 213, 218; K Schmidt Gesellschaftsrecht, S 842; KK/Kersting § 131 Rdn 58; Hüffer/Koch § 131 Rdn 1, 3; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 8; Wachter/Wachter § 131 Rdn 3; abw Hirte FS Röhricht, S 217, 230; Heidel/Heidel § 131 Rdn 4; Spindler/Stilz/Siemss § 131 Rdn 4; eingeschr auch MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 183, 184.

56 KK/Kersting § 131 Rdn 58; Hüffer/Koch § 131 Rdn 3; insow auch MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 183, 184.

57 LG Heidelberg 7.8.1996 – O 4/96 KfH II, AG 1996, 523, 523.

Aktionäre enthalten.⁵⁸ Die durch § 131 Abs 2 Satz 2 eingeführte Möglichkeit einer zeitlichen Beschränkung des Frage- und Rederechts der Aktionäre ist für die Geschäftsordnung praktisch nicht relevant (Rdn 293).

Regelungen in Satzung oder Geschäftsordnung über das **Verfahren der Ausübung** 22 des **Auskunftsrechts** werden für zulässig gehalten; dabei soll es jedoch nur um eine Konkretisierung der Art und Weise der Ausübung des Auskunftsrechts gehen, die weder eine Einschränkung noch eine Erweiterung (Rdn 21) des Auskunftsrechts darstellen.⁵⁹ Schon angesichts der nicht immer klaren Grenze zwischen klarstellender Regelung und Abweichung von § 131⁶⁰, aber auch angesichts der hinsichtlich des Verfahrens der Ausübung des Auskunftsrechts weitreichenden originären Anordnungskompetenz des Versammlungsleiters (Rdn 294, 330) wird sich eine derartige Regelung regelmäßig nicht empfehlen und hat in der Praxis auch bislang keine wesentliche Bedeutung erlangt.⁶¹

Für unter Beachtung der Grenze des § 93 Abs 1 Satz 3 zulässig gehalten wird ferner 23 eine Regelung in Satzung oder Geschäftsordnung, mit der **Informationsrechte** der Aktionäre **außerhalb § 131** begründet werden.⁶² Praktische Bedeutung haben derartige Regelungen bislang jedenfalls für die börsennotierte AG nicht erlangt. Eine Regelung, dass Aktionäre in Anlehnung an § 51 a GmbHG auch außerhalb der Hauptversammlung Informations- und Einsichtsrechte haben, ist auch für die nicht börsennotierte AG mit § 23 Abs 5 nicht vereinbar.⁶³

5. Verhältnis des § 131 zu anderen Informationen

a) Auskunftsrecht als Bestandteil eines Informationssystems. Das Auskunfts- 24 recht des Aktionärs gemäß § 131 ist Bestandteil eines umfassenden Systems von Informationsrechten und Informationspflichten, die insbesondere im Aktien- und Umwandlungsrecht, im Bilanzrecht und im Kapitalmarktrecht bestehen.⁶⁴ Dieses Gesamtsystem von Informationsrechten und -pflichten kann auf den Umfang und die Auslegung des individuellen Auskunftsrechts des Aktionärs gemäß § 131 Einfluss haben und es fortentwickeln, dieses aber auch begrenzen (Rdn 27, 28, 30, 32). Darüber hinausgehende freiwillige Informationen, die eine Gesellschaft ihren Aktionären, dem Kapitalmarkt oder der Öffentlichkeit erteilt, gewinnen in der Praxis eine immer größere Bedeutung. Auch derartige Informationen können einen Einfluss auf das Auskunftsrecht des § 131 haben (Rdn 34).

b) Verhältnis zu speziellen aktien- und umwandlungsrechtlichen Auskunftsrechten. Neben § 131 bestehen eine Reihe spezialgesetzlicher Regelungen zum Auskunftsrecht der Aktionäre. Die speziellen aktien- und umwandlungsrechtlichen Aus-

58 Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 45; Hüffer/Koch § 131 Rdn 3; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 8; eingeschr MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 187; gegen eine Regelungskompetenz in der Geschäftsordnung Mülbert § 129 Rdn 24.

59 Butzke G 8; KK/Kersting § 131 Rdn 59; Hüffer/Koch § 131 Rdn 3; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 185; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 2.

60 Insow auch MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 183, 185.

61 S die Beispiele bei Butzke G 8; Hüffer/Koch § 131 Rdn 3; insow auch Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 1; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 182.

62 Butzke G 8; KK/Kersting § 131 Rdn 60; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 186; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 8.

63 Nur *de lege ferenda* dafür Bayer 67. DJT, Gutachten E 108; offen Baums (Hrsg), Regierungskommission Corporate Governance, Rdn 132.

64 Grundlegend Merkt S 13, 22; K Schmidt Informationsrechte, passim; Zetsche, passim; ferner etwa Franken/Heinsius FS Budde, 213; Hirte, FS Buxbaum, 2000, 283, 292; Hommelhoff ZGR 2000, 748; KK/Kersting § 131 Rdn 24; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 6; Möllers ZGR 1997, 334; Vorauf § 131 Rdn 21–33.

kunftsrechte der Aktionäre insbes im Zusammenhang mit Unternehmensvertrag (§ 293g Abs 3, § 295 Abs 2 Satz 3), Verschmelzung und Spaltung (§ 64 Abs 2, § 73 UmwG und §§ 125, 135, 64 Abs 2 UmwG) stellen **keine Einschränkung** des allgemeinen Auskunftsrechts der Aktionäre gemäß § 131 dar. Insbesondere kann nicht im Umkehrschluss aus diesen Vorschriften geschlossen werden, dass außerhalb dieser Spezialregelungen oder des § 131 Abs 1 Satz 2 Auskünfte zu verbundenen Unternehmen oder zu einem anderen Vertragspartner im Zusammenhang mit Strukturmaßnahmen nicht begehrt werden können. Die speziellen aktien- und umwandlungsrechtlichen Auskunftsrechte stellen andererseits auch **keine Erweiterung** des allgemeinen Auskunftsanspruchs gemäß § 131 dar. Über die wesentlichen Angelegenheiten des anderen Vertragsteils haben die Aktionäre bei solchen Strukturmaßnahmen bereits gemäß § 131 Abs 1 Satz 1 einen Anspruch auf Auskunft, weil sie für die Strukturmaßnahme von Bedeutung sind und damit zugleich eine Angelegenheit der Gesellschaft selbst betreffen. Dies gilt nicht nur dann, wenn der andere Vertragsteil – wie im Regelfall – ein verbundenes Unternehmen ist (Rdn 93), sondern auch für nicht konzernverbundene Vertragspartner (Rdn 83, 90).

- 26** Die aktien- und umwandlungsrechtlichen Auskunftsrechte zu wesentlichen Angelegenheiten des anderen Vertragsteils haben daher lediglich **klarstellende Bedeutung**.⁶⁵ Demgegenüber stellt die Erstreckung des Auskunftsrechts auf alle Angelegenheiten eines eingegliederten Unternehmens gemäß § 326 eine **Erweiterung** des allgemeinen Auskunftsanspruchs gemäß § 131 dar.⁶⁶ In der Praxis haben die spezialgesetzlichen individuellen Auskunftsrechte bislang **keine größere praktische Bedeutung** gewonnen. Vielmehr beurteilen die Gerichte die Frage des Bestehens von Auskunftsrechten der Aktionäre häufig allein anhand oder kumulativ mit der allgemeinen Regelung des § 131.

- 27 c) Verhältnis zu organ-schaftlichen Informations- und Berichtspflichten.** Neben den individuellen Auskunftsrechten gemäß § 131 sowie den speziellen aktien- und umwandlungsrechtlichen Auskunftsrechten stehen **kollektive Informations- und Berichtspflichten** des Vorstands **gegenüber der Hauptversammlung**⁶⁷ (insbesondere bei Grundlagen- und Strukturentscheidungen, s § 186 Abs 4 Satz 2, § 293a, § 319 Abs 4, § 327c Abs 2 Satz 1, § 8 UmwG, ferner etwa § 121 Abs 3, § 124 Abs 1, 3, § 124 Abs 2 Satz 2 1. Altern, 2. Altern, § 179a Abs 2 Satz 3, § 293f, § 327c Abs 3, § 63 UmwG). Von großer Bedeutung und im internationalen Vergleich besonders weitreichend sind insbesondere die Anforderungen an die Berichterstattung zur Angemessenheit von Umtauschverhältnis und Barabfindung, die in der Praxis zur Offenlegung der aktuellen Unternehmenspläne bei Umwandlungsfällen (insbes Verschmelzung), bei Unternehmensvertrag und Squeeze out führen. Mittelbar werden durch solche weitreichenden Informationen auch dem individuellen Auskunftsrecht des Aktionärs neue Bereiche erschlossen, etwa soweit es um Fragen zur Plausibilisierung und um Verständnisfragen zu den erstellten Berichten geht. Insoweit hat das Auskunftsrecht des § 131 eine **ergänzende Funktion**, wenn

65 RegBegr UMAG, BT-Drucks 15/5092, 17; *Grage*, S 92; *Groß* AG 1997, 97, 99; *Habersack/Verso* AG 2003, 300, 303f; KK/*Kersting* § 131 Rdn 39; MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 9, 69; Hessler/Strohn/*Liebscher* § 131 AktG Rdn 10; Schmidt/Lutter/*Spindler* § 131 Rdn 38; offenlassend etwa BayOblG 25.6.1975 – 2 Z 15/75, AG 1997, 325, 326; **abw** für Erweiterung OLG Frankfurt/M 6.1.2003 – 20 W 449/93, AG 2003, 335, 336; OLG Koblenz 26.4.2001 – 6 U 746/95, BeckRS 2001, 10422; *Butzke* G 63; *Ebenroth*, S 62ff; Hüffer/Koch § 293g Rdn 3, § 319 Rdn 12; *Mutter* S 21.

66 MünchKomm/*Grunewald* § 326 Rdn 2, 4; KK/*Kersting* § 131 Rdn 38; Hüffer/Koch § 326 Rdn 1; Hölters/*Leuerling/Goertz* § 326 Rdn 1; *Schäfer*, S 161ff.

67 K Schmidt Informationsrechte, S 15; *zust Casper* in *Bayer/Habersack* (Hrsg), AktienR im Wandel, Bd II, 12. Kap Rdn 22, 25; *Groß* AG 1997, 97, 100; *Hüffer* ZIP 1996, 401, 404; *Schäfers* S 102; *Wilde* ZGR 1998, 423, 423; *Wohlleben* S 2.

Auskünfte zur sachgerechten Beurteilung der Behandlung der betreffenden Grundlagen- und Strukturmaßnahme erforderlich sind.⁶⁸

Andererseits hat das vielfach erreichte hohe Niveau der Berichterstattung des Vorstands sowie des Prüfungsberichts des gerichtlich bestellten Prüfers⁶⁹ auch eine das individuelle Auskunftsrecht **begrenzende Wirkung**.⁷⁰ Eine umfängliche Information im Vorfeld der Hauptversammlung hat auf die Beurteilung der Erforderlichkeit weiterer Auskünfte in der Hauptversammlung gemäß § 131 Einfluss.⁷¹ So ist die Erforderlichkeit weiterer Auskünfte gemäß § 131 Abs 1 Satz 1 zu einer Grundlagen- und Strukturmaßnahme um so eher zu verneinen, je ausführlicher und transparenter der Bericht des Vorstands zu der betreffenden Maßnahme ist.⁷² Die Entscheidung des Gesetzgebers, durch organ-schaftliche Berichtspflichten zu Grundlagen- und Strukturmaßnahmen den Aktionären eine **Plausibilitätskontrolle, nicht aber eine Detailkontrolle** zu ermöglichen,⁷³ setzt auch dem Auskunftsrecht gemäß § 131 Grenzen. Das Auskunftsrecht des Aktionärs soll diesen nicht in die Lage versetzen, selbst die Richtigkeit aller Einzelheiten einer Grundlagen- und Strukturentscheidung oder etwa die Richtigkeit einer Unternehmensbewertung in diesem Zusammenhang zu beurteilen und damit letztlich sein eigenes wirtschaftliches Urteil an die Stelle des Urteils von Vorstand und Aufsichtsrat einer AG zu setzen (Rdn 235, 246, 249).⁷⁴

d) Verhältnis zur Rechnungslegungspublizität. Für das Verhältnis des Auskunftsrechts gemäß § 131 zu den bilanzrechtlichen Informationspflichten gemäß §§ 242ff, 325 ff HGB lässt sich den **Gesetzesmaterialien** zum AktG 1965 ein Nebeneinander der beiden Informationspflichten entnehmen. Danach können die allgemeinen Publizitätsvorschriften nicht berücksichtigen, dass nach den Besonderheiten des einzelnen Falls der Aktionär noch weiterer Aufklärungen bedarf, um seine Rechte angemessen ausüben zu können. Sie gewährleisten deshalb noch nicht eine ausreichende Unterrichtung der Aktionäre. Vielmehr müssen sie durch das Auskunftsrecht des Aktionärs ergänzt werden, mit dessen Hilfe er sich die zusätzlichen Kenntnisse verschaffen kann, die er für den sinnvollen Gebrauch seiner Rechte benötigt.⁷⁵ Die Gliederungsvorschriften für die Bilanz

68 Vgl Groß AG 1996, 111, 118; Heidel/Heidel § 131 Rdn 2; KK/Kersting § 131 Rdn 27; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 7; Lutter FS Fleck 1988, S 169, 180; Schäfers S 170; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 12; Wilde ZGR 1998, 423, 443; abw LG Berlin 26.2.1997 – 99 O 178/96, AG 1997, 335, 336.

69 Näher Decher FS Hoffmann-Becking, S 297, 299, 300.

70 KK/Kersting § 131 Rdn 29; Hüffer/Koch § 131 Rdn 26 MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 7, 9; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 10; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 12; abw Heidel/Heidel § 131 Rdn 2.

71 Groß AG 1996, 111, 118; Hüffer/Koch § 131 Rdn 26; Schiessl in VGR (Hrsg) Bd 2, S 57, 66; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 10; Zöllner AG 2000, 145, 153; vgl auch Joussen AG 2000, 241, 250.

72 OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, AG 1992, 34, 36 (zur Rechnungslegungspublizität); Casper, in Bayer/Habersack (Hrsg), AktienR im Wandel, Bd II, Kap 12 Rdn 28; Groß AG 1996, 111, 118; KK/Kersting § 131 Rdn 29; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 7; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 10; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 12; Wilde ZGR 1998, 423, 443; Zöllner AG 2000, 145, 153; ähnlich Schäfers S 172.

73 S zum Squeeze out BGH 18.9.2006 – II ZR 225/04, ZIP 2006, 2580, 2083, Rdn 17; OLG Düsseldorf 29.12.2009 – I-6 U 69/08, Rdn 103 (juris); OLG Stuttgart 3.12.2008 – 20 W 12/08, AG 2009, 204, Rdn 124; OLG München 30.4.2008 – 7 U 3326/07, Rdn 21 (juris); zum Unternehmensvertrag KG 9.6.2008 – 2 W 101/07, 3K294774 Absch III.6.1 (cas.curion.de); zur Verschmelzung BGH 22.5.1989 – II ZR 206/88, BGHZ 107, 296, 302; Kochs Adler; BGH 18.12.1989 – II ZR 254/88, ZIP 1990, 168, 169; DAT/Altana II; OLG Düsseldorf 11.8.2006 – I-15 W 110/05, Rdn 45 (juris); OLG Düsseldorf 15.3.1999 – 17 W 18/99, ZIP 1999, 793, 795 und OLG Hamm 4.3.1999 – 8 W 11/99, ZIP 1999, 798, 802; Thyssen/Krupp.

74 S zur Verschmelzung OLG Celle 7.5.2008 – 9 U 195/07, Rdn 16 (juris); zu „Holzmüller“-Beschlüssen LG München I 29.10.1997, 15 HKO 14613/94 (nv); Viag; LG Berlin 24.6.1998, 100 O 62/98 (nv); O & K.

75 Begr RegE bei Kropff Aktiengesetz 1965, S 184; ebenso etwa BGH 7.4.1960 – II ZR 143/58, BGHZ 32, 159, 162; BGH 23.11.1961 – II ZR 4/60, BGHZ 36, 121, 124; OLG Düsseldorf 5.11.1987 – 19 W 6/87, ZIP 1987, 1555, 1558; LG München 1 16.4.1986 – 7 HKO 8835/85, AG 1987, 185, 186.

und die Gewinn- und Verlustrechnung sowie die kontinuierlich ausgebauten Offenlegungspflichten im Anhang und im Lagebericht legen danach nur ein **Mindestmaß an Publizität** fest.⁷⁶

- 30** Aus heutiger Sicht fällt die Beurteilung angesichts des zwischenzeitlich erfolgten erheblichen Ausbaus der bilanzrechtlichen, aber auch kapitalmarktrechtlichen und aktien- und umwandlungsrechtlichen Informationspflichten (Rdn 24) differenzierter aus. Insbesondere zur Beurteilung der Tagesordnungspunkte „Vorlage des Jahresabschlusses“, „Gewinnverwendung“ und „Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat“ können Auskünfte gemäß § 131 zum besseren Verständnis des handelsrechtlichen Jahresabschlusses erforderlich sein. Das Auskunftsrecht ergänzt insoweit die handelsrechtliche Publizität. Umgekehrt kann das Auskunftsrecht des § 131 mangels Erforderlichkeit einer (erneuten) Information entfallen, wenn die erbetene Information aufgrund einer Erfüllung der bilanzrechtlichen Informationspflichten schon im Vorfeld der Hauptversammlung erteilt worden ist und wenn den Aktionären diese Information in der Hauptversammlung zugänglich ist (Rdn 142).⁷⁷ Zudem kann mit der Entscheidung des Gesetzgebers zum Ausbau der bilanzrechtlichen Publizität gleichzeitig zum Schutz der Gesellschaft vor der Nachteiligkeit der Offenlegung weiterer Informationen eine **Begrenzung** darüber hinausgehender Informationsrechte und mithin auch des individuellen Auskunftsrechts des § 131 verbunden sein.⁷⁸

- 31 e) Verhältnis zu kapitalmarktrechtlichen Informationspflichten. aa) Verhältnis zu Stimmrechtsmitteilungen.** Das Verhältnis des § 131 zu den kapitalmarktrechtlichen Informationspflichten hat insbesondere im Zusammenhang mit Fragen von Aktionären nach dem Beteiligungsbesitz großer börsennotierter Aktiengesellschaften Bedeutung erlangt. Nach verbreiteter Auffassung setzen die Regelungen der §§ 21ff WpHG einen **Mindeststandard** für die Transparenz von mit Beteiligungen verbundenen Stimmrechten (bzw. zurechenbaren Stimmrechten), der auch für das Auskunftsrecht des § 131 Gel tung beansprucht. Die kapitalmarktrechtlichen Meldepflichten bilden danach den Maßstab für die Information, die ein durchschnittlicher Aktionär auch gemäß § 131 erwarten darf.⁷⁹ Gegen die Möglichkeit einer Erweiterung des Auskunftsrechts des § 131 durch die kapitalmarktrechtlichen Offenlegungspflichten der §§ 21ff WpHG spricht nicht von vornherein das Verständnis, dass das Auskunftsrecht nicht zum Schutz des Aktionärs als Kapitalanleger dient (Rdn 17).⁸⁰ Die Fortentwicklung von kapitalmarktrechtlichen Offenlegungspflichten kann auch zur Ausweitung des Auskunftsanspruchs gemäß § 131 über bis dahin anerkannte Standards hinaus führen. Mit der Etablierung kapitalmarktrechtlicher Standards einer Offenlegung ist zugleich ein Urteil des Gesetzgebers über die We-

76 OLG Frankfurt 18.2.1981 – 20 W 201/80, AG 1981, 232; Deutsche Bank; OLG Düsseldorf 26.6.1997 – 19 W 2/97 AktE, AG 1997, 420; LG München I 1.4.1985 – 7 HKO 3971/84, AG 1987, 26, 27; Grage, S 94; Heidel/Heidel § 131 Rdn 2.

77 Casper in Bayer/Habersack (Hrsg), AktienR im Wandel, Bd II, Kap 12 Rdn 28; Franken/Heinsius FS Budde, 213, 241; KK/Kersting § 131 Rdn 37; Hüffer/Koch § 131 Rdn 26; s auch MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 6: Erfüllungswirkung.

78 Druey FS K Schmidt, S 249, 265; Zetzsche S 253ff.

79 KG 26.8.1993 – 2 W 6111/92, ZIP 1993, 1618, 1619; Siemens; KG 30.6.1994 – 2 W 4531, 4642/93, WM 1994, 1479, 1483; Allianz; KG 26.8.1995 – 2 W 115/95, ZIP 1995, 1590; BayObLG 9.9.1996 – 3 Z BR 36/94, ZIP 1996, 1945, 1948; BayObLG 23.8.1996 – 3 Z BR 130/96, ZIP 1996, 1743, 1746; Großfeld/Möhlenkamp ZIP 1994, 1425, 1427; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 12; Seibt in VGR (Hrsg), Bd 3, S 37, 45; Wenger ZIP 1993, 1622; grundlegend Merkt S 259ff, 323.

80 Abw LG Frankfurt/M 16.9.1994 – 3/3 O 83/92, WM 1994, 1931, 1932; Ebenroth/Wilken BB 1993, 1818, 1820; Hüffer ZIP 1996, 401, 409; KK/Kersting § 131 Rdn 42; Noack DZWiR 1994, 121, 123; Saenger DB 1997, 145, 149.

sentlichkeit von Informationen verbunden, die eine (Neu-)Bewertung der Maßgeblichkeitsschwelle für die Beurteilung der Angelegenheiten einer Gesellschaft (Rdn 83) und der Erforderlichkeit einer Auskunft (Rdn 132) im Sinne von § 131 Abs 1 Satz 1 zur Folge haben kann.⁸¹ Die Erforderlichkeit kann bei Fragen über bedeutsame Minderheitsbeteiligungen einer AG für den Tagesordnungspunkt „Vorlage des Jahresabschlusses“ zu bejahen sein (Rdn 167).

Zu weit ginge es allerdings, dem Auskunftsrecht des § 131 die Aufgabe zuzuweisen, das Informationsniveau der Aktionäre im Sinne einer umfassenden Ermöglichung einer Aktienanalyse sicherzustellen und so die kapitalmarktrechtlichen Informationspflichten auszubauen. Eine Erweiterung des aktienrechtlichen Auskunftsrechts durch ein kapitalmarktrechtliches Verständnis ist nicht angezeigt (Rdn 17). Zudem kann eine Erfüllung der kapitalmarktrechtlichen Offenlegungspflichten der §§ 21ff WpHG gleichzeitig das Auskunftsrecht des § 131 **begrenzen**. Soweit eine Gesellschaft im Vorfeld einer Hauptversammlung ihren kapitalmarktrechtlichen Verpflichtungen nachgekommen ist und die entsprechende Information auch in der Hauptversammlung zugänglich ist, ist eine erneute Information nicht erforderlich.⁸² Im Übrigen kann die Entscheidung des Gesetzgebers für ein bestimmtes Maß an kapitalmarktrechtlicher Offenlegung zugleich ein Negativurteil für weitergehende Informationspflichten bedeuten.

bb) Verhältnis zur *ad hoc*-Publizität. Die Notwendigkeit der Veröffentlichung von Insiderinformationen gemäß Art 17 MAR (früher § 15 WpHG) kann Auswirkungen auf das Auskunftsrecht gemäß § 131 in der Hauptversammlung haben. Das gilt nicht für die nur von § 131 erfassten vergangenheitsbezogenen Auskünfte zum in der Hauptversammlung behandelten letzten Geschäftsjahr, wohl aber für aktuelle Informationen, die Gegenstand eines Auskunftsbegehrens sein können (Rdn 150). Eine gemäß Art 17 MAR *ad hoc*-veröffentlichungspflichtige Tatsache stellt wegen Erreichens der Maßgeblichkeitsschwelle bei einer ordentlichen Hauptversammlung in aller Regel gleichzeitig eine Angelegenheit der Gesellschaft dar (Rdn 83), deren Kenntnis auch zur Beurteilung der Tagesordnung erforderlich ist (Rdn 132).⁸³ Umgekehrt kann im Einzelfall die Erforderlichkeit einer Auskunft zu verneinen sein, wenn die begehrte Auskunft keine kursrelevanten Informationen betrifft (Rdn 132).⁸⁴ Liegen Gründe für einen Aufschub der *ad hoc*-Publizität gemäß Art 17 Abs 4 MAR vor, wird gleichzeitig davon auszugehen sein, dass die Veröffentlichung der Information geeignet ist, den berechtigten Interessen der Gesellschaft zu schaden, mit der Folge eines Auskunftsverweigerungsrechts gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 1 (Rdn 384).⁸⁵ Ist eine Insiderinformation gemäß Art 17 MAR unverzüglich zu veröffentlichen, die Veröffentlichung aber noch nicht vorgenommen worden, und werden in der Hauptversammlung gemäß § 131 insoweit Auskünfte verlangt, so bedarf es zunächst – ggf aus der Hauptversammlung heraus – einer Veröffentlichung gemäß Art 17 MAR (Rdn 416).⁸⁶

⁸¹ Vgl auch Zetsche S 227.

⁸² MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 8; Seibt in VGR (Hrsg), Bd 3, S 37, 45; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 12.

⁸³ Joussen DB 1994, 2485, 2487; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 8; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 12; Wüsthoff S 70; s auch Hirte in: Das Zweite Finanzmarktförderungsgesetz in der praktischen Umsetzung, S 47, 56, 91; Möllers ZGR 1997, 334, 357 f.

⁸⁴ Vgl auch Hüffer/Koch § 131 Rdn 27; weitergehend für Gleichsetzung Hirte aaO; s auch Joussen DB 1994, 2485, 2487.

⁸⁵ Franken/Heinsius FS Budde, 213, 241; Hirte, aaO, S 47, 61; KK/Kersting § 131 Rdn 46; Hüffer/Koch § 131 Rdn 27; Wüsthoff S 159.

⁸⁶ KK/Kersting § 131 Rdn 47; Hüffer/Koch § 131 Rdn 27.

34 f) Verhältnis zu freiwilligen Informationen. Neben gesetzlichen Informations- und Offenlegungspflichten gewinnen in der Praxis der börsennotierten Gesellschaft zusätzliche freiwillige Informationen eine immer größere Rolle. In *Investor Relations*-Veranstaltungen, *Road Shows* bei aktuellen oder potentiellen Investoren, Analysten-Präsentationen, durch Pressearbeit, Informationen auf der *Homepage* der Gesellschaft und auf anderem Wege kann die Gesellschaft freiwillig Informationen erteilen, die die Bindung zu aktuellen Aktionären festigen, neue Aktionäre anziehen, die Einschätzung von Analysten oder der Öffentlichkeit zu der Gesellschaft positiv gestalten sollen.⁸⁷ Auch derartige freiwillige Informationen können Einfluss auf das Auskunftsrecht des § 131 haben. Je mehr entsprechende Informationen bei vergleichbaren Gesellschaften zum Standard werden, desto eher können solche Informationen auch zur Beurteilung der Tagesordnung erforderlich werden. Zudem stellt sich die Frage, ob entsprechende Informationen von den Aktionären in der Hauptversammlung auch unter dem Aspekt der Gleichbehandlung gemäß § 131 Abs 4 verlangt werden können (Rdn 482). Umgekehrt kann sich ein Informationsstand im Vorfeld der Hauptversammlung, der auch von einem Durchschnittsaktionär aufgrund freiwilliger Informationen erwartet werden kann, auf die Erforderlichkeit entsprechender Informationen in der Hauptversammlung auch begrenzend auswirken⁸⁸ (Rdn 143).

6. Praktische Bedeutung, Kritik, Reformvorschläge

35 a) Praktische Bedeutung. Das Auskunftsrecht der Aktionäre gemäß § 131 hat eine für die Praxis börsennotierter Aktiengesellschaften außerordentlich **hohe Bedeutung**.⁸⁹ Diese Bedeutung ist Ausdruck des nach wie vor verbreiteten Verständnisses (auch) vom (Klein-)Aktionär als wirtschaftlichem Eigentümer der Gesellschaft (Rdn 14, aber Rdn 18) und des Auskunftsrechts als Mittel zur sachgerechten Ausübung von Stimm-, Minderheits- und Individualrechten des Aktionärs⁹⁰ (Rdn 7). Auskunftsrechte werden dementsprechend in der **Praxis deutscher Hauptversammlungen** selbstverständlich und extensiv geltend gemacht. Hauptversammlungen sind nicht selten durch Hunderte von Aktionärsfragen und stundenlange Antwortenrunden der Verwaltung geprägt. Die Qualität der Fragen schwankt dabei beträchtlich. Insbesondere die Aktionärsschutzvereinigungen und Vertreter institutioneller Anleger stellen vielfach die Diskussion und die Behandlung der Tagesordnung weiterführende und fördernde Fragen. Andere Aktionäre sind eher an Nebensächlichkeiten interessiert, wieder andere Aktionäre verfolgen mit ihren Fragen eher allgemeinpolitische oder eigennützige Ziele (Rdn 39). Die Antworten auf die Fragen werden regelmäßig nicht vom Vorstand auf der Bühne, sondern von internen und externen Experten im *Backoffice* vorbereitet (Rdn 283) und dann auf der Bühne wörtlich verlesen. Dies ist nicht selten auch dann der Fall, wenn der Vorstand die Fragen ohne weiteres aus eigener Kenntnis selbst spontan beantworten könnte. Auch die Qualität der Antworten durch die Verwaltung ist unterschiedlich. Es kommt immer noch vor, dass die Aktionäre eher inhaltsleere, floskelhafte Auskünfte erhalten. Insbesondere bei größeren Aktiengesellschaften ist für den Regelfall aber eher festzustellen, dass die Verwaltung bemüht ist, die Fragen möglichst vollständig zu beantworten.

⁸⁷ Zur Praxis Butzke G 5; allg Zetsche S 71.

⁸⁸ Hirte FS Buxbaum, S 283, 293; abw Seibt in VGR (Hrsg), Bd 3, S 37, 45.

⁸⁹ Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 2; Hüffer/Koch § 131 Rdn 1; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 5; Spindler/Stilz/Siemss § 131 Rdn 6; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 11.

⁹⁰ Kropff Aktiengesetz 1965, S 14; Lutter AcP (1980), 84 ff; K Schmidt Gesellschaftsrecht, S 842; Wiedemann Gesellschaftsrecht I, S 357 ff.

ten.⁹¹ Das führt nicht selten auch zur Beantwortung von Fragen trotz fehlender Betroffenheit einer Angelegenheit der Gesellschaft oder fehlender Erforderlichkeit der Auskunft (Rdn 119).

Der Grund für diese überwiegend vorsichtige Praxis ist die Sorge, dass jede Verletzung des Auskunftsrechts einen Hauptversammlungsbeschluss zu Fall bringen kann.⁹² Der Umstand, dass insbesondere die Erforderlichkeit der Auskunft nicht immer rechtsicher beantwortet werden kann (Rdn 122, 124) und dass zudem für die Prüfung in der Hauptversammlung regelmäßig nur wenig Zeit zur Verfügung steht, begünstigt eine risikoaverse Haltung bei der Beantwortung von Fragen. Denn auf die Verletzung des Auskunftsrechts reagieren Aktionäre oft mit der Anfechtungsklage gemäß § 243 gegen die Hauptversammlungsbeschlüsse. Tatsächlich ist die Rüge der Verletzung des Auskunftsrechts in der Praxis ein **häufiger Anfechtungsgrund**. Sie findet sich als flankierende Rüge neben anderen Anfechtungsrügen in nahezu jeder Anfechtungsklage und bildet nicht selten einen wesentlichen Anfechtungsgrund.⁹³ Dementsprechend sind allein in den letzten 25 Jahren mehr als 600 veröffentlichte Entscheidungen zu verzeichnen, die die Behandlung von behaupteten Informationspflichtverletzungen des § 131 zum Gegenstand haben (unter Einschluss von Verfahren nach § 132).⁹⁴ Dazu kommt eine erhebliche Anzahl von unveröffentlichten Entscheidungen.

Die Einfügung des **§ 243 Abs 4 Satz 2**, wonach bewertungsrelevante Rügen nicht mehr im Wege der Anfechtungsklage geltend gemacht werden können, wenn insoweit das Spruchverfahren eröffnet ist (Rdn 5), und die **Erleichterung des Freigabeverfahrens** (§ 246 a, § 16 Abs 3 UmwG) durch das ARUG (Rdn 6) haben für **Grundlagen- und Strukturmaßnahmen** zu einem **Rückgang** von Klagen und damit auch zur Rüge von Informationspflichtverletzungen geführt (Rdn 511). Dagegen gewannen Klagen gegen die Beschlüsse ordentlicher Hauptversammlungen – insbesondere gegen die Entlastung, die Bestellung des Abschlussprüfers und gegen Aufsichtsratswahlen – an praktischer Bedeutung, wobei insbesondere bei Klagen gegen die Entlastung die Berufung auf die Verletzung des Auskunftsrechts eine große Rolle spielte (Rdn 173). Seit 2016 ist allerdings auch insoweit ein Rückgang von Gerichtsentscheidungen zu § 131 zu konstatieren. Die Quantität von Fragen und von Antworten in der Hauptversammlung hat jedoch nicht wesentlich abgenommen (Rdn 237, 249), sodass das Auskunftsrecht für die Praxis deutscher Hauptversammlungen nach wie vor eine hohe Bedeutung hat.

b) Kritik. Die große Bedeutung des Auskunftsrechts in der Praxis börsennotierter Aktiengesellschaften ist mit Blick auf die zentrale Rolle des Auskunftsrechts als Mittel zur Ausübung der Mitgliedschaftsrechte des Aktionärs verständlich (vgl Rdn 7). Stehen wichtige Tagesordnungspunkte zur Beschlussfassung an, kann ein erheblicher Diskussions- und Informationsbedarf bestehen. Auch bei Hauptversammlungen mit einer Stan-

⁹¹ Martens, S 16; zurückhaltend MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 5; abw Wenger/Knoll/Knoesel, FS D Schneider, 748, 753.

⁹² Butzke G 46; Spindler/Stilz/Siemss § 131 Rdn 6.

⁹³ Baums, 63. DJT Gutachten F 55, 129; Baums/Vogel/Tacheva ZIP 2000, 1649, 1652, 1654; Butzke G 46, O 24; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 5; Martens, S 17; Zöllner in Semler/Hommelhoff/Doralt/Druey (Hrsg) Reformbedarf im Aktienrecht, S 147, 151; beispielhaft OLG Stuttgart 8.7.2015 – 20 U 2/14, Rdn 328–440 (juris): Porsche HV 2013; OLG Frankfurt/M 2.10.2012 – 5 U 10/12; Deutsche Bank HV 2011 (nv); OLG Frankfurt/M 26.6.2012 – 5 U 144/09; Deutsche Bank HV 2008; OLG Frankfurt/M 15.5.2012 – 5 U 66/11; Deutsche Bank HV 2010; OLG Köln 28.7.2011 – 18 U 213/10; IVG; OLG Frankfurt/M 5.7.2011 – 5 U 104/10; Deutsche Bank HV 2008; LG Stuttgart 17.5.2011 – 31 O 30/10 KfH: Porsche HV 2009.

⁹⁴ 626 Urteile und Beschlüsse veröffentlicht seit 1993 in beck online, Stand Mitte Februar 2016, Quelle: eigene Erhebung.

dard-Tagesordnung kann etwa bei einer unbefriedigenden Ertragslage oder Börsenkursentwicklung Anlass zu vermehrten Fragen bestehen. Dennoch wird von dem Auskunftsrechts des § 131 nicht selten **allzu extensiv** Gebrauch gemacht. Die Einfügung von § 131 Abs 2 Satz 2, die eine Begrenzung des Rede- und Fragerights der Aktionäre ermöglicht (Rdn 291), hat zwar insoweit eine gewisse Erleichterung gebracht. Dementsprechend gehören zweitägige Hauptversammlungen bei wesentlichen Grundlagen- und Strukturmaßnahmen der Vergangenheit an und können auch große Hauptversammlungen bei gewöhnlicher Tagesordnung meist deutlich unter acht Stunden beendet werden (Rdn 305, 306). Dennoch dauern Hauptversammlungen im internationalen Vergleich immer noch zu lange.

- 39** Zu dieser Praxis haben vor allem zwei Typen von Aktionären beigetragen, die das Auskunftsrecht aus unterschiedlichen Beweggründen extensiv nutzen. Diese prägen nicht selten die weitere Aussprache in der Hauptversammlung, nachdem in einer ersten Rednerrunde die Aktionärs- und Kapitalanlegerschutzvereinigungen sowie institutionelle Investoren im wesentlichen bereits die für die Beurteilung der Tagesordnung erforderlichen Fragen gestellt haben. Eine erste Gruppe von Aktionären setzt das Auskunftsrecht zur **Verfolgung** insbesondere **öffentlicher oder politischer Interessen** ein. Diese Aktionäre stellen in mehreren Redebeiträgen eine Vielzahl von thematisch aufeinander abgestimmten Fragen etwa zu den Themen Rüstungsexporte, Umweltbelastung oder ethische Standards bei Zulieferfirmen in Entwicklungsländern. Damit verfolgen sie das Ziel, die Diskussion in der Hauptversammlung thematisch auf diese Bereiche zu konzentrieren (s auch Rdn 149).⁹⁵ Die entsprechenden Fragen lassen häufig die Erforderlichkeit zur Beurteilung der Tagesordnung vermissen; die Abgrenzung ist aber nicht immer eindeutig, zumal die *corporate social responsibility* von Unternehmen an Bedeutung gewinnt (Rdn 136, 149). Eine zweite Gruppe von Aktionären verfolgt eigene finanzielle Interessen. Diese **professionellen Aktionäre** stellen – ebenfalls abgestimmt – eine Vielzahl von Fragen zur Vorbereitung eigener Kapitalanlegerklagen, zur Unterstützung von Auseinandersetzungen Dritter mit der Gesellschaft oder zur Provokation von Informationspflichtverletzungen mit dem Ziel einer anschließenden Anfechtungsklage.⁹⁶ Die Fragen dieser Aktionäre sind oft im Ausgangspunkt für die Beurteilung der Tagesordnung erforderlich, die Vielzahl und Detailtiefe der Fragen geht aber nicht selten über das notwendige Maß hinaus. Auch insoweit fällt eine rechtsichere Verneinung der Erforderlichkeit der Auskünfte in der Kürze der Prüfungszeit oft nicht leicht (Rdn 137, 140).

- 40** Als Folge der dargestellten Praxis werden deutsche Hauptversammlungen von der Verwaltung, aber auch von institutionellen Anlegern und der interessierten Öffentlichkeit als **langwierige** technische **Veranstaltungen ohne hohen Informationswert** angesehen. Die Fragen und deren Beantwortung in der Hauptversammlung haben nur in seltenen Fällen Einfluss auf die Stimmabgabe in der Hauptversammlung. Maßgebliche Aktionäre geben ihre Stimmen im Vorfeld ab und vermeiden den Zeitaufwand der Teilnahme an der Hauptversammlung. Eine Verkürzung der Hauptversammlung bei gleichzeitiger Steigerung ihrer Attraktivität erscheint danach wünschenswert. Dazu könnten auch konzentrierte Ausführungen der Verwaltung in der HV (Vorstandssrede, Bericht des Aufsichtsratsvorsitzenden) sowie eine striktere Linie der Verwaltung bei der Fragenbeantwortung beitragen. Rechtlich kann sich die Gesellschaft darauf beschränken, die un-

⁹⁵ Kallmeyer AG 1998, 123; Hüffer/Koch § 131 Rdn 1; Lack S 64; Lehmann in Timm (Hrsg) Mißbräuchliches Aktionärsverhalten 1990, S 51, 57; Martens, S 9f; Trouet NJW 1986, 1302.

⁹⁶ Baums, 63. DJT Gutachten F 56; Joussen AG 2000, 241, 248; Hüffer/Koch § 131 Rdn 1; Krieger ZHR 163 (1999), 343, 358; Lack S 66, 74; Martens, S 11ff; Schiessl in: VGR (Hrsg) Bd 2, S 57, 67; Wilde ZGR 1998, 423, 444; s auch MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 5.

ter Berücksichtigung der qualitativen und quantitativen Anforderungen zur Beurteilung der Tagesordnung erforderlichen Antworten zu erteilen (Rdn 132, 137, 140); bei aus Kommunikationssicht dennoch sinnvollen Antworten könnte auf Informationsstände am Rande der Hauptversammlung mit geschulten Mitarbeitern verwiesen werden (s auch Rdn 122).

In jüngerer Zeit sind darüber hinaus gehend erste Überlegungen aufgekommen, die 41 Hauptversammlung in Richtung auf ein Informations- und Entscheidungsforum mit einer eher strategischen und Marketing bezogenen Kommunikation zu entwickeln.⁹⁷ Eine derartige **Veränderung der Praxis** deutscher Hauptversammlung stößt allerdings nach geltendem Recht an ihre **Grenzen**, weil Auskünfte in der Hauptversammlung zu erteilen sind. Vorstellungen von einer innovativen Hauptversammlung als strategische Informations- und Marketingveranstaltung sind nur *de lege ferenda* zu verwirklichen.

c) Reformvorschläge. Reformüberlegungen stehen unter dem Eindruck der unbefriedigenden Praxis deutscher Hauptversammlungen. Sie zielen auf eine Verlagerung des Auskunftsrechts in das Vorfeld der Hauptversammlung (Rdn 43) und eine (weitere) Einschränkung der Anfechtbarkeit der Hauptversammlungsbeschlüsse bei Verletzung des Auskunftsrechts ab (Rdn 44). Dagegen sind frühere Forderungen nach einer Ausgestaltung des Auskunftsrechts als Minderheitenrecht, das nur ab einem bestimmten Quorum in der Hauptversammlung geltend gemacht werden kann⁹⁸, nicht mehr europarechtskonform: Die Aktionärsrechterichtlinie hat das Auskunftsrecht als Individualrecht ausgestaltet (Rdn 48). Die Reformüberlegungen differenzieren zudem zwischen der börsennotierten und der nicht börsennotierten Gesellschaft. Für letztere wird eher ein Ausbau des Auskunftsrechts erwogen (Rdn 45).

Der Vorschlag einer **Verlagerung des Auskunftsrechts in das Vorfeld der 43 Hauptversammlung**⁹⁹ trägt dem kontinuierlichen Ausbau von aktien- und umwandlungsrechtlichen, bilanzrechtlichen, kapitalmarktrechtlichen und freiwilligen Informationen im Vorfeld der Hauptversammlung (Rdn 24) sowie der Erkenntnis Rechnung, dass die maßgeblichen institutionellen Anleger ihr Stimmrecht bereits im Vorfeld der Hauptversammlung ausüben. Werden die für die Beschlussfassung der Hauptversammlung erforderlichen Informationen in Fortentwicklung des Gedankens des § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 7 und im Ausgangspunkt übereinstimmend mit Art 9 Aktionärsrechte-RL-E (Rdn 48) den Aktionären auf deren Anforderung gemeinsam mit den kollektiven Informationspflichten rechtzeitig vor der Hauptversammlung *online* zugänglich gemacht, so könnte das Auskunftsrecht des § 131 in der Hauptversammlung entsprechend abgebaut und die Hauptversammlung wesentlich entlastet werden. Gleichzeitig würde die Qualität der Antworten erhöht, weil diese nicht unter dem Zeitdruck der Hauptversammlung stehen. In der Hauptversammlung selbst wären allenfalls noch Nachfragen zum Verständnis der vorab zugänglich gemachten Informationen zuzulassen. Eine derartige Verlagerung des Auskunftsrechts in das Vorfeld der Hauptversammlung findet sich insbes in Frankreich (Rdn 50) sowie im Ansatz auch in Spanien

⁹⁷ Seibt FAZ 2.9.2015 S 16; s auch Seibert Board 2016, 50; weitergehend *de lege ferenda* für Abschaffung Bachmann, FS Roth, 2011, S 37, 48; Noack in Fleischer/Koch/Kropff/Lutter, 50 Jahre Aktiengesetz, 2016, S 163, 180.

⁹⁸ Joussen AG 2000, 241, 253; vgl auch schon Gessler DB 1957, 1253, 1256; dazu Casper in Bayer/Habersack (Hrsg.), AktienR im Wandel, Bd II, 12, Kap Rdn 41.

⁹⁹ Baums, 63. DJT, Gutachten F 108; 63. DJT DB 2000, 2108, 2109; Casper in Bayer/Habersack (Hrsg.), AktienR im Wandel, Bd II, 12, Kap Rdn 38; Habersack ZHR 165 (2001), 172, 199; Hirte FS Buxbaum, 2000, S 283, 293f; Noack in VGR (Hrsg.), Bd 9, S 37, 56; Schiessl in VGR (Hrsg.), Bd 2, S 57, 68; Spindler/Stilz/Siemss § 131 Rdn 10; s auch MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 5.

(Rdn 53). Sie ist europarechtlich zulässig, da die Aktionärsrechte-RL den Mitgliedstaaten die Regelung des individuellen Auskunftsrechts vor und/oder in der Hauptversammlung überlässt.¹⁰⁰

- 44 Allerdings sollte mit einer Verlagerung der Auskunftspflicht in das Vorfeld der Hauptversammlung kein (auch unter Berücksichtigung der Entlastung der Hauptversammlung) wesentlich erhöhter Aufwand für die Unternehmen und kein erhöhtes Anfechtungsrisiko verbunden sein. Dem zunehmenden Missbehagen über die Kassation des Hauptversammlungsbeschlusses aufgrund von Beschlussmängelklagen als primärem Rechtsbehelf der Aktionäre bei Verletzung des Auskunftsrechts (Rdn 511) sollte durch eine **Reform der Rechtsfolgen einer Verletzung des Auskunftsrechts** Rechnung getragen werden. Dazu bedarf es jedoch einer Generalreform des Beschlussmängelrechts, die bereits vorgeschlagen wurde und die weiterer Erörterung wert ist.¹⁰¹ Eine Reform der Rechtsfolgen einer Verletzung des Auskunftsrechts wird zu berücksichtigen haben, dass die Rechtschutzmöglichkeiten der Aktionäre im Gesamtkontext nicht unangemessen eingeschränkt werden und angemessene Sanktionen zur Verfügung stehen.
- 45 Für die **nicht börsennotierte**, geschlossene AG besteht für eine Verlagerung des Auskunftsrechts ins Vorfeld der Hauptversammlung kein praktisches Bedürfnis. Zudem fallen bei ihr kapitalmarktrechtliche Informationspflichten und freiwilligen Informationen (Rdn 34) aus. Stattdessen könnte das Informationsrecht in der geschlossenen AG in Anlehnung an § 51 a GmbHG auch außerhalb der Hauptversammlung gewahrt werden.¹⁰² Eine Reform des Beschlussmängelrechts erscheint ebenfalls vorrangig für die börsennotierte Gesellschaft sinnvoll.
- 46 **7. Recht der EU.** Die auf der Ebene der EU ergangenen Richtlinien haben für die Regelung des individuellen Auskunftsrechts der Aktionäre gemäß § 131 **nur in Randbereichen unmittelbare Auswirkungen** gehabt. Das Auskunftsverweigerungsrecht des § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 6 für Banken geht auf die Bankbilanzrichtlinie der EU von 1986¹⁰³ und das zu ihrer Umsetzung ergangene Bankbilanzrichtliniegesetz von 1990¹⁰⁴ zurück, entspricht aber in der Sache der früher in § 26a Abs 3 Satz 2 KWG enthaltenen Regelung. Auch die Sondervorschrift des § 131 Abs 4 Satz 3 für die Konzernrechnungslegung ist auf die Bankbilanzrichtlinie zurückzuführen; sie enthält mit der Einschränkung der erweiterten Auskunftspflicht im Bereich der Konzernrechnungslegung jedoch im Wesentlichen nur eine Klarstellung im Vergleich zum bisherigen Recht.
- 47 Einzelne EU-Richtlinien haben sich **mittelbar** auf den Umfang des Auskunftsrechts der Aktionäre gemäß § 131 ausgewirkt, so zB die Neuerungen des Bilanzrichtliniengesetzes von 1985¹⁰⁵ (aufgrund der 4. EU-Richtlinie und der 7. (Konzernbilanz-)Richtlinie¹⁰⁶ für Fragen zur Rechnungslegung und die Einführung einer Berichtspflicht im UmwG bei

100 Lack S 264; Noack FS Westermann, 2008, S 1203, 1213.

101 Arbeitskreis Beschlussmängelrecht AG 2008, 617; Assmann AG 2008, 208; Baums/Drinhausen ZIP 2008, 145; Bayer/Fiebelkorn ZIP 2012, 2181; Florstedt AG 2009, 465; Habersack/Stilz ZGR 2010, 710; Müllert 67. DJT, Referat, 2008, N 51, 69; C Schäfer in Veil (Hrsg), Unternehmensrecht in der Reformdiskussion, 2013, S 97, 102; K Schmidt AG 2009, 248; Verse NZH 2009, 1127.

102 Bayer 67. DJT, Gutachten E 57.

103 (Richtlinie) 86/635/EWG des Rates vom 8. Dezember 1986 über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Banken und anderen Finanzinstituten, ABl Nr L 372 S 1.

104 BGBI I S 2570.

105 BGBI I S 2355.

106 (Vierte Richtlinie) 78/660/EWG des Rates vom 25. Juli 1978 aufgrund von Art 54 Abs 3 g des Vertrages über den Jahresabschluss von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen, ABl Nr L 222 S 11 und (Siebte Richtlinie) 83/349/EWG des Rates vom 13. Juni 1983 aufgrund von Art 54 Abs 3 g des Vertrages über den konsolidierten Abschluss, ABl Nr L 193 S 1.

Verschmelzungen und Spaltungen gemäß der 3. (Fusions-)Richtlinie¹⁰⁷ und der 6. (Spaltungs-)Richtlinie.¹⁰⁸ Ebenfalls mittelbare Auswirkungen hatte die SE-VO;¹⁰⁹ gemäß Art 53 SE-VO unterliegt zB das Frage- und Rederecht in der SE den aktienrechtlichen Regeln.

Die **Aktionärsrechte-RL 2007**¹¹⁰ hat erstmals eine Regelung des Auskunftsrechts **48** der Aktionäre einer börsennotierten Gesellschaft für alle Mitgliedstaaten zum Gegenstand. Gemäß Art 9 Abs 1 und Erwägungsgrund 8 der Richtlinie hat jeder Aktionär grundsätzlich die Möglichkeit, Fragen zu Punkten auf der Hauptversammlung zu stellen und Antworten hierauf zu erhalten. Die Modalitäten der Fragestellung und der Antworten können die Mitgliedstaaten selbst regeln. Der Vorschlag für eine Aktionärsrechte-RL hatte in Art 9 RL-E noch ein Auskunftsrecht der Aktionäre vorgesehen, das in der Hauptversammlung, aber auch im Vorfeld der Hauptversammlung ausübar sein sollte.¹¹¹ Diese kumulative Möglichkeit wurde nach Kritik an einer übermäßigen Belastung der Unternehmen¹¹² auf ein Wahlrecht der Mitgliedstaaten zurückgeführt. Nach Auffassung des deutschen Gesetzgebers ergab sich für das Auskunftsrecht des § 131 kein Regelungsbedarf.¹¹³ Insbesondere ist das Merkmal der Erforderlichkeit iSv § 131 Abs 1 Satz 1 mit dieser Richtlinie vereinbar (Rdn 125).

8. Rechtsvergleichung

a) Übersicht. Alle wesentlichen ausländischen Rechtsordnungen teilen das Anliegen, den Aktionären eine sachgerechte Information über ihr Unternehmen zu ermöglichen. Auch der OECD-Kodex zur *Corporate Governance* aus dem Jahr 2004 spricht sich für eine regelmäßige, volle und zeitgerechte Information der Aktionäre aus; von einem individuellen Auskunftsrecht der Aktionäre in der Hauptversammlung ist insoweit nicht explizit die Rede.¹¹⁴ Für die **EU-Mitgliedstaaten** hat die Aktionärsrechte-RL ein individuelles Auskunftsrecht der Aktionäre einer börsennotierten AG etabliert (Rdn 48). Auch in vielen Staaten außerhalb der EU wird die Information durch ein individuelles Auskunftsrecht der Aktionäre sichergestellt. Allerdings führt die Verletzung des Auskunftsrechts innerhalb und außerhalb der EU **zumeist nicht** wie in Deutschland zur **Kassation** des entsprechenden Hauptversammlungsbeschlusses.¹¹⁵ Insbesondere im **anglo-amerikanischen Rechtsraum** entspricht nicht die Einräumung eines individuellen Rechtsanspruchs der Aktionäre auf Auskunft der Rechtstradition, sondern staatliche Aufsichtsämter nehmen die Funktion wahr, eine angemessene Information der Aktionäre sicherzustellen. Für das Vereinigte Königreich und Irland ergab sich aus der Aktionärsrechte-RL die Notwendigkeit zu einer Änderung dieses Konzeptes. Im Einzelnen:

107 (Dritte Richtlinie) 78/855/EWG des Rates vom 9. Oktober 1978 gemäß Art 54 Abs 3 g des Vertrages betreffend die Verschmelzung von Aktiengesellschaften, ABI Nr L 295 S 36.

108 (Sechste Richtlinie) 82/891/EWG des Rates vom 17. Dezember 1982 gemäß Art 54 Abs 3 g des Vertrages gemäß die Spaltung von Aktiengesellschaften, ABI Nr L 378 S 48.

109 Verordnung (EG) Nr 2157/2001 des Rates vom 8. 10. 2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE), ABI EG Nr L 294 S 1 (SE-VO).

110 2007/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Ausübung bestimmter Rechte von Aktionären in börsennotierten Gesellschaften, ABI Nr L 184.

111 KOM (2005) 685 endg, S 16.

112 Für Deutschland etwa: Gemeinsame Stellungnahme des *BDA, BDI, DAI, DIHK/GDV, NZG* 2006, 300, 302; *DAV-HRA NZG* 2006, 577, 578.

113 BT-Drucks 16/11642 S 26.

114 Abrufbar unter: <http://www.oecd.org/corporate/ca/corporategovernanceprinciples/32159487.pdf>.

115 Baums, 63. DJT Gutachten F 44; Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz, DSW-Europastudie 1999; Spindler/Stilz/Siemss § 131 Rdn 10; diesen Aspekt vernachlässigt Heidel/Heidel § 131 Rdn 6.

- 50 b) Frankreich.** Das französische Recht sieht ein nach der Höhe der Beteiligungen der Aktionäre gestaffeltes Auskunftsrecht vor. Gemäß Article L 225–108 Abs 3 des *Code de Commerce*¹¹⁶ können Aktionäre schriftlich Fragen zu den nach Abs 1 der Vorschrift zur Verfügung stellenden Dokumenten stellen, welche der Vorstand oder die Verwaltung im Laufe der Hauptversammlung zu beantworten hat, es sei denn, die Information ist auf der Internetseite der Gesellschaft in einer speziellen Rubrik (*questions-réponses*) verfügbar (Abs 4). Ein Auskunftsverweigerungsrecht ist nicht vorgesehen. Nach der Literatur steht der Gesellschaft jedoch der Missbrauchseinwand zu.¹¹⁷ Gemäß Art L 225–231 *Code de Commerce*¹¹⁸ haben Aktionäre, die allein oder als Vereinigung mehr als 5% des Gesellschaftskapitals inne halten, ein Fragerecht auch zu Geschäftsführungsmaßnahmen der Gesellschaft und ihrer kontrollierten Unternehmen. Die binnen eines Monats zu erteilende Antwort ist auch den Rechnungsprüfern mitzuteilen. Auch insoweit ist kein Auskunftsverweigerungsrecht vorgesehen.¹¹⁹ Nach Art L 225–232 *Code de Commerce*¹²⁰ besteht zusätzlich ein Fragerecht für Aktionäre, die mehr als 5% des Gesellschaftskapitals inne halten, betreffend alle Umstände, welche die Kontinuität der Geschäftstätigkeit gefährden.¹²¹ Diese Möglichkeit kann zwei Mal pro Jahr schriftlich wahrgenommen werden.
- 51 c) Italien.** Im italienischen Recht sind Gesellschafter berechtigt, von der Verwaltung über Geschäftsfragen Auskunft zu erhalten und Einsicht zu nehmen in die Gesellschaftsbücher sowie in die die Verwaltung betreffenden Unterlagen.¹²² Hierfür können die Gesellschafter auch Fachleute ihres Vertrauens beziehen, Art 2476 Abs 2 *Codicé Civile*.¹²³ Darüber hinaus normiert Art 2422 Abs 1 *Codicé Civile* ein allgemeines Einsichtnahmerecht in die Bücher der Gesellschaft. Art 2429 Abs 3 *Codicé Civile* sieht ein Recht zur

116 Art L 220-108: “(1) Le conseil d’administration ou le directoire, selon le cas, doit adresser ou mettre à la disposition des actionnaires les documents nécessaires pour permettre à ceux-ci de se prononcer en connaissance de cause et de porter un jugement informé sur la gestion et la marche des affaires de la société. (2) La nature de ces documents et les conditions de leur envoi ou de leur mise à la disposition des actionnaires sont déterminées par décret en Conseil d’Etat. (3) A compter de la communication prévue au premier alinéa, tout actionnaire a la faculté de poser par écrit des questions auxquelles le conseil d’administration ou le directoire, selon le cas, est tenu de répondre au cours de l’assemblée. Une réponse commune peut être apportée à ces questions dès lors qu’elles présentent le même contenu. (4) La réponse à une question écrite est réputée avoir été donnée dès lors qu’elle figure sur le site internet de la société dans une rubrique consacrée aux questions-réponses.”

117 Basuyoux/Delpech/de Labrouhe in Wegen/Spahlingen/Barth, Gesellschaftsrecht des Auslands, Frankreich Rdn 23 ff; KK/Kersting § 131 Rdn 83 mwN; Pütz S 103 mwN.

118 Art L 225-231: “(1) Une association répondant aux conditions fixées à l’article L. 225-120, ainsi que un ou plusieurs actionnaires représentant au moins 5% du capital social, soit individuellement, soit en se groupant sous quelque forme que ce soit, peuvent poser par écrit au président du conseil d’administration ou au directoire des questions sur une ou plusieurs opérations de gestion de la société, ainsi que, le cas échéant, des sociétés qu’elle contrôle au sens de l’article L. 233-3. Dans ce dernier cas, la demande doit être appréciée au regard de l’intérêt du groupe. La réponse doit être communiquée aux commissaires aux comptes. (2) A défaut de réponse dans un délai d’un mois ou à défaut de communication d’éléments de réponse satisfaisants, ces actionnaires peuvent demander en référé la désignation d’un ou plusieurs experts chargés de présenter un rapport sur une ou plusieurs opérations de gestion. [...].”

119 Pütz S 106 mwN; Siems S 159.

120 Art 225–232: “Un ou plusieurs actionnaires représentant au moins 5% du capital social ou une association répondant aux conditions fixées à l’article L. 225-120 peuvent, deux fois par exercice, poser par écrit des questions au président du conseil d’administration ou au directoire sur tout fait de nature à compromettre la continuité de l’exploitation. La réponse est communiquée au commissaire aux comptes.”

121 Pütz S 107 mwN; Siems S 159.

122 Falco in Wegen/Spahlingen/Barth, Gesellschaftsrecht des Auslands, Italien Rdn 49.

123 Art 2476 Abs 2: “I soci che non partecipano all’amministrazione hanno diritto di avere dagli amministratori notizie sullo svolgimento degli affari sociali e di consultare, anche tramite professionisti di loro fiducia, i libri sociali ed i documenti relative all’amministrazione.”

Einsichtnahme in die Bilanz, in die Gewinn- und Verlustrechnung und in die Geschäftsberichte des Vorstands und des Aufsichtsrats innerhalb von fünfzehn Tagen im Vorfeld der Hauptversammlung vor. Zudem ist in Art 2409 Abs 1 lit f) *Codice Civile* normiert, dass in der Hauptversammlung Vorfälle in der Geschäftsführung bekanntgegeben und erläutert werden, die ein Gesellschafter (außerhalb der Hauptversammlung) dem Aufsichtsrat angezeigt hat, damit dieser der Versammlung darüber berichtet.¹²⁴

d) Österreich. Österreich hat die Aktionärsrechterichtlinie zum Anlass genommen, 52 das noch weitgehend dem früheren Rechtszustand in Deutschland gemäß § 112 AktG 1937 ähnelnde Auskunftsrecht zu ändern und durch § 118 Abs 1 des österreichischen Aktiengesetzes weitgehend an § 131 AktG anzulehnen.¹²⁵ Das Auskunftsverweigerungsrecht ist in § 118 Abs 3, Abs 4 Satz 1 weniger umfassend als in Deutschland geregelt. Daneben ist ein ungeschriebenes Auskunftsverweigerungsrecht aufgrund rechtsmissbräuchlichen Verhaltens des Aktionärs anerkannt.¹²⁶ Eine Beschränkung des Fragerechts durch den Versammlungsleiter ist aufgrund seiner Leitungskompetenz zulässig.¹²⁷ In Anlehnung an § 243 Abs 4 Sätze 1, 2 ist in § 195 Abs 4 öAktG seit 2009 die Anfechtungsmöglichkeit wegen unrichtiger Information durch das Merkmal der Wesentlichkeit beschränkt und eine Anfechtung für bewertungsrelevante Informationen ausgeschlossen, soweit für deren Überprüfung ein besonderes gerichtliches Verfahren vorgesehen ist.

e) Spanien. Das spanische Aktiengesetz (*Ley de Sociedades de Capital*¹²⁸) sieht in 53 Art 93 No 4 ein generelles Informationsrecht der Aktionäre vor,¹²⁹ welches für die *sociedad anónima* (AG) in Art 197 konkretisiert wird.¹³⁰ Nach Abs 1 können Aktionäre bis sie-

124 *Falco* (Fn 122) aaO.

125 § 118 Österreichisches AktG 2009: *Auskunftsrecht* – „(1) Jedem Aktionär ist auf Verlangen in der Hauptversammlung Auskunft über Angelegenheiten der Gesellschaft zu geben, soweit sie zur sachgemäßen Beurteilung eines Tagesordnungspunkts erforderlich ist. Die Auskunftspflicht erstreckt sich auch auf die rechtlichen und geschäftlichen Beziehungen der Gesellschaft zu einem verbundenen Unternehmen. 3Werden in der Hauptversammlung eines Mutterunternehmens (§ 244 UGB) der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht vorgelegt, so erstreckt sich die Auskunftspflicht auch auf die Lage des Konzerns sowie der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen. (2) Die Auskunft hat den Grundsätzen einer gewissenhaften und getreuen Rechenschaft zu entsprechen. (3) Die Auskunft darf verweigert werden, soweit 1.sie nach vernünftiger unternehmerischer Beurteilung geeignet ist, dem Unternehmen oder einem verbundenen Unternehmen einen erheblichen Nachteil zuzufügen, oder 2.ihre Erteilung strafbar wäre. (4) Die Auskunft darf auch verweigert werden, soweit sie auf der Internetseite der Gesellschaft in Form von Frage und Antwort über mindestens sieben Tage vor Beginn der Hauptversammlung durchgehend zugänglich war; § 108 Abs 4 letzter Satz gilt sinngemäß. 2 Auf den Grund der Auskunftsverweigerung ist hinzuweisen.“ Näher MünchKomm/M Doralt § 131 Rdn 251ff; Kalss/Nowotny/Schauer, GesR, 2. Aufl 2017, Abschn I Rdn 42ff.

126 MünchKomm/M Doralt § 131 Rdn 289 mwN; Kalss/Nowotny/Schauer, GesR, 2. Aufl 2017, Abschn I Rdn 50.

127 MünchKomm/M Doralt § 131 Rdn 280 mwN.

128 Ley de Sociedades de Capital, in der Fassung vom 24.12.2014, in englischer Sprache abrufbar unter: <http://www.mjjusticia.gob.es>.

129 Artículo 93 -*Derechos del socio* „En los términos establecidos en esta Ley, y salvo en los casos previstos, el socio tendrá, como mínimo, los siguientes derechos: [...] 4º El de información.“

130 Artículo 197 -*Derechos de información en la sociedad anónima* „(1) Hasta el séptimo día anterior al previsto para la celebración de la junta, los accionistas podrán solicitar de los administradores las informaciones o aclaraciones que estimen precisas acerca de los asuntos comprendidos en el orden del día, o formular por escrito las preguntas que consideren pertinentes. Los administradores estarán obligados a facilitar la información por escrito hasta el día de la celebración de la junta general. (2) Durante la celebración de la junta general, los accionistas de la sociedad podrán solicitar verbalmente las informaciones o aclaraciones que consideren convenientes acerca de los asuntos comprendidos en el orden del día. Si el derecho del accionista no se pudiera satisfacer en ese momento, los administradores

ben Tage vor der Hauptversammlung schriftlich alle Informationen abfragen, die ihnen für die Beurteilung der Tagesordnungspunkte bedeutsam erscheinen oder die sie aus Klarstellungsgründen benötigen. In diesem Fall sind *administradores* verpflichtet, die Antworten spätestens bis zum Tag der Hauptversammlung schriftlich zur Verfügung zu stellen. Nach Abs 2 besteht das Recht, in der Hauptversammlung Fragen zu stellen, die nach Ansicht der Aktionäre zur sachgemäßen Beurteilung der Tagesordnungspunkte erforderlich erscheinen. Die Antwort hat dann grundsätzlich auch mündlich zu erfolgen, es sei denn, eine Beantwortung in der Hauptversammlung ist nicht möglich. In diesem Fall muss die Antwort binnen sieben Tagen nach Ende der Hauptversammlung schriftlich erteilt werden. Gemäß Art 197 Abs 3 kann die Auskunft grundsätzlich verweigert werden, wenn die Offenlegung der Information dem öffentlichen Interesse zuwider laufen würde oder wenn die Auskunft nicht zur Wahrnehmung der Aktionärsrechte erforderlich erscheint. Allerdings greift dieses Auskunftsverweigerungsrecht dann nicht, wenn Aktionäre, die mindestens ein Viertel des Grundkapitals repräsentieren, das Auskunftsverlangen aufrecht erhalten (Abs 4). Nach Art 197 Abs 5 kann die Informationserteilung gerichtlich durchgesetzt und darüber hinaus Schadensersatz geltend gemacht werden. Eine Anfechtung des unter Verletzung des Informationsrechts zustande gekommenen Beschlusses ist ausgeschlossen. Gemäß Abs 6 trifft den Aktionär eine Schadensersatzpflicht, wenn er die erteilte Information missbräuchlich verwendet. Bei virtueller Anwesenheit auf Hauptversammlungen besteht gemäß Art 182 Satz 3 ebenfalls ein Auskunftsrecht der Aktionäre; allerdings sind derart gestellte Fragen (nur) innerhalb von 7 Tagen nach der Hauptversammlung schriftlich zu antworten.¹³¹

- 54 f) **Vereinigtes Königreich.** Im Vereinigten Königreich wurde in Umsetzung der Aktionsrechterichtlinie 2007 ein Auskunfts- und Fragerecht in den *Companies Act 2006*¹³² eingefügt. Dieses gilt jedoch gemäß Sec 319A Abs 1 Hs 1¹³³ nur für börsennotierte Aktiengesellschaften. Vom Auskunftsrecht erfasst sind alle Fragen, die sich auf Umstände beziehen, die auf der Hauptversammlung behandelt werden. Die Notwendigkeit einer Erforderlichkeit der Auskunft besteht nicht; allerdings ist der Verwaltung ein weitrei-

están obligados a facilitar la información solicitada por escrito, dentro de los siete días siguientes al de la terminación de la junta. (3) Los administradores estarán obligados a proporcionar la información solicitada al amparo de los dos apartados anteriores, salvo que esa información sea innecesaria para la tutela de los derechos del socio, o existan razones objetivas para considerar que podría utilizarse para fines extrasociales o su publicidad perjudique a la sociedad o a las sociedades vinculadas. (4) La información solicitada no podrá denegarse cuando la solicitud esté apoyada por accionistas que representen, al menos, el veinticinco por ciento del capital social. Los estatutos podrán fijar un porcentaje menor, siempre que sea superior al cinco por ciento del capital social. (5) La vulneración del derecho de información previsto en el apartado 2 solo facultará al accionista para exigir el cumplimiento de la obligación de información y los daños y perjuicios que se le hayan podido causar, pero no será causa de impugnación de la junta general. (6) En el supuesto de utilización abusiva o perjudicial de la información solicitada, el socio será responsable de los daños y perjuicios causados.”

131 Artículo 182.-*Asistencia telemática* [...] “Las respuestas a los accionistas que ejerciten su derecho de información durante la junta se producirán por escrito durante los siete días siguientes a la finalización de la junta.”

132 Statutory Instrument 2009 No 1632 – The Companies (Shareholders’ Rights) Regulation 2009.

133 319A *Traded companies: questions at meetings* “(1) At a general meeting of a traded company, the company must cause to be answered any question relating to the business being dealt with at the meeting put by a member attending the meeting. (2) No such answer need be given – (a) if to do so would – (i) interfere unduly with the preparation for the meeting, or (ii) involve the disclosure of confidential information; (b) if the answer has already been given on a website in the form of an answer to a question; or (c) if it is undesirable in the interests of the company or the good order of the meeting that the question be answered.”

chendes Auskunftsverweigerungsrecht eingeräumt. Es genügt, dass der Hauptversammlungsleiter eine Antwort als für den geordneten Ablauf der Hauptversammlung „nicht wünschenswert“ ansieht. Die **Republik Irland** hat die Vorgaben der Aktionärsrechtsrichtlinie 2009 umgesetzt, unter Übernahme des Konzepts des Vereinigten Königreiches Sec 134C in den *Companies Act 1963* (No 33 of 1963) eingefügt und durch den *Companies Act 2014* (No. 38 of 2014)¹³⁴ geringfügig sprachlich modifiziert.

g) Schweiz. Im schweizerischen Obligationsrecht (OR) ist das Auskunftsrecht des **Aktionärs** in Art 697 geregelt.¹³⁵ Anlässlich der Generalversammlung ist jeder Aktionär berechtigt, vom Verwaltungsrat Auskunft über die Angelegenheiten der Gesellschaft und von der Revisionsstelle über Durchführung und Ergebnis der Prüfung zu verlangen, wobei dieses Recht unter dem Vorbehalt des Geschäftsgesheimnisses und anderer schutzwürdiger Gesellschaftsinteressen steht (Abs 2 Satz 2).¹³⁶ Daneben sieht Art 697 Abs 3 OR unter engen Voraussetzungen auch ein Einsichtsrecht in Geschäftsbücher und Korrespondenzen in der Generalversammlung vor.¹³⁷ Wird die Auskunft verweigert, so kann der Aktionär bei ungerechtfertigter Verweigerung einen Antrag an das Gericht auf Anordnung der Auskunftserteilung stellen, Art 697 Abs 4. Zudem besteht gemäß Art 697a OR das Recht, in der Generalversammlung einen Antrag auf Durchführung einer Sonderprüfung zu stellen. Wird dem Antrag von der Generalversammlung nicht stattgegeben, so können Aktionäre unter vergleichbaren Voraussetzungen wie in § 142 eine gerichtliche Anordnung der Sonderprüfung beantragen, Art 697b OR. Die Rechtsbehelfe nach Art 697 a und Art 697 Abs 4 stehen in einem Alternativverhältnis zueinander.¹³⁸

h) Japan. In Japan besteht nach Art 314 des *Companies Act 2005* ein allgemeines **Auskunftsrecht** der Aktionäre, das schon im Vorfeld der Aktionärsversammlung geltend gemacht und erfüllt werden kann.¹³⁹ Den japanischen Wertvorstellungen soll eine Wahrnehmung des Auskunftsrechts durch Stellen von Fragen in einer Aktionärsversammlung

134 Right to ask questions.1107. “(1) A member of a traded PLC has the right to ask questions related to items on the agenda of a general meeting and to have such questions answered by the PLC subject to any reasonable measures the PLC may take to ensure the identification of the member. (2) An answer to a question asked pursuant to subsection (1) is not required where—(a) to give an answer would interfere unduly with the preparation for the meeting or the confidentiality and business interests of the PLC, (b) the answer has already been given on the PLC's website by means of what is commonly known as “a question and answer forum”; or (c) it appears to the chairperson of the meeting that it is undesirable in the interests of good order of the meeting that the question be answered.”.

135 Art 697 OR: *Auskunft und Einsicht*, „(1) Jeder Aktionär ist berechtigt, an der Generalversammlung vom Verwaltungsrat Auskunft über die Angelegenheiten der Gesellschaft und von der Revisionsstelle über Durchführung und Ergebnis ihrer Prüfung zu verlangen. (2) Die Auskunft ist insoweit zu erteilen, als sie für die Ausübung der Aktionärsrechte erforderlich ist. Sie kann verweigert werden, wenn durch sie Geschäftsgesheimnisse oder andere schutzwürdige Interessen der Gesellschaft gefährdet werden. (3) Die Geschäftsbücher und Korrespondenzen können nur mit ausdrücklicher Ermächtigung der Generalversammlung oder durch Beschluss des Verwaltungsrates und unter Wahrung der Geschäftsgesheimnisse eingesehen werden. (4) Wird die Auskunft oder die Einsicht ungerechtfertigterweise verweigert, so ordnet das Gericht sie auf Antrag an.“ S auch Entwurf einer Aktienrechtsrevision 2016 (hier: Auskunftsrecht, Einsichtsrecht und Sonderuntersuchung, E OR 697, 697a–h), BBl 2017, 683, 707.

136 Rudin in Fischer/Drenckhan/Gwelessiami/Simoni (Hrsg), Hdb Schweizer AktienR, 2014, Rdn 52,44 ff; Schäfer S 139; Schäfer/Grünblatt/Eisenhut in Wegen/Sphalingen/Barth, Gesellschaftsrecht des Auslands, Schweiz Rdn 45.

137 Rudin aao, Rdn 52.66; Schäfer S 138.

138 BGer Lausanne 20.12.2006 – 4 C 278/06, BeckRS 2009, 24378; Rudin aao, Rdn 52.79.

139 Law number: Act No 86 of 2005, in englischer Fassung abrufbar unter <http://www.japaneselawtranslation.go.jp/>

allerdings nicht entsprechen, so dass in der Praxis regelmäßig keine Fragen gestellt werden. Es wird jedoch berichtet, dass sog Aktionärsgangster (*sôkaiya*) systematisch japanische Aktiengesellschaften mit der Androhung erpresst haben, als Aktionäre Versammlungen zu besuchen und dort eine Vielzahl von unbequemen Fragen zu stellen. Das hat in der Praxis dazu geführt, dass die Hauptversammlungen der meisten Unternehmen am selben Tag stattfinden.¹⁴⁰

- 57 **i) USA.** Weder in einzelstaatlichen Kodifikationen noch im *Federal Security Law* (insbesondere dem *Security Act* von 1933 und dem *Security Exchange Act* von 1934 sowie den dazu erlassenen *SEC Rules*) finden sich Regeln über ein Auskunftsrecht des Aktionärs in der Hauptversammlung. An der Hauptversammlung nehmen regelmäßig nur eine kleine Anzahl von Aktionären in Person teil, während die überwältigende Mehrheit der Aktionäre über eine schriftliche Stimmabgabe durch Einsendung von sog *Proxies* ihr Stimmrecht ausübt.¹⁴¹ Im Allgemeinen erfolgt die Aktionärsinformation in den USA bereits vor der Hauptversammlung, diese dient eher der Feststellung als der Bildung des kollektiven Willens der Aktionäre.¹⁴² Aktionäre haben unabhängig von in der Hauptversammlung gestellten Fragen ein Recht auf volle Offenlegung aller wesentlichen Informationen, die im Zeitpunkt einer Beschlussvorlage vernünftigerweise verfügbar sind.¹⁴³ Die *American Bar Association* empfiehlt, Fragen von erschienenen Aktionären aus Gründen der Höflichkeit und Vorsicht zu beantworten.¹⁴⁴ In der Praxis werden Fragen einzelner Aktionäre beantwortet, es wird aber alsbald – ggf unter Abbruch der Fragenrunde – in die Stimmauswertung eingetreten.¹⁴⁵ Darüber hinausgehend bestehen in zahlreichen Bundesstaaten gesetzliche Regelungen, die den Aktionären das Recht auf Einsichtnahme (*right of inspection*) in bestimmte Gesellschaftsdokumente einräumen.¹⁴⁶

II. Voraussetzungen des Auskunftsrechts (§ 131 Abs 1 Satz 1)

1. Auskunftsberechtigte

- 58 **a) Aktionäre.** Das Auskunftsrecht ist ein Individualrecht (Rdn 8). Auskunftsberechtigt ist daher jeder Aktionär, und zwar **unabhängig von der Höhe seiner Beteiligung**. Auch ein Aktionär, der nur eine einzige Aktie besitzt und dessen Stimmabgabe angesichts der bestehenden Mehrheitsverhältnisse für das Zustandekommen eines Hauptversammlungsbeschlusses ohne Bedeutung ist, kann von der Gesellschaft Auskunft verlan-

140 Burian/Shinkawa in Wegen/Spahlingen/Barth, Gesellschaftsrecht des Auslands, Japan Rdn 54; Siems, S 142, 159 mwN.

141 Hellgardt/Hoger ZGR 2011, 38, 40 ff; zu sog proxy fights etwa Schockenhoff NZG 2015, 657.

142 Gevurtz Corporation Law, 2000, S 210 ff; Hellgardt/Hoger ZGR 2011, 38, 44; Siems S 155, 160.

143 So explizit in Loudon v. Archer-Daniels-Midland Co., 700 A.2d 135 (Del. 1997): "We recognize that the Delaware law of the fiduciary duties of directors, as developed in our judicial decisions, establishes a general duty of directors to disclose to stockholders all material information reasonably available when seeking stockholder action."; für den Bereich der Vorstandsvergütung vgl auch Schmidt-Bendun, Prusko NZG 2010, 1128, 1130.

144 American Bar Association, Handbook for the Conduct of Shareholders' Meetings, 2. Aufl 2010, zitiert nach KK/Kersting § 131 Rdn 88.

145 Schiessl in VGR (Hrsg) Bd 2 S 57, 58: zur Hauptversammlung bei Chrysler betreffend den Zusammenschluss mit Daimler.

146 Bungert Gesellschaftsrecht in den USA S 47; Gevurtz Corporation Law, 2000, S 210 ff; KK/Kersting § 131 Rdn 88; Merkt US-amerikanisches Gesellschaftsrecht, 1991, Rdn 583 ff, 638 ff; Paeffgen AG 1992, 133, 149; Siems S 162; Witt AG 2000, 258, 259; zum Recht von New York: Harrison in Wegen/Spahlingen/Barth, Gesellschaftsrecht des Auslands, USA-New York Rdn 53.

gen.¹⁴⁷ Das Auskunftsrecht ist an die Aktionärsstellung, nicht jedoch an die Stimmberechtigung des Aktionärs geknüpft. Dementsprechend besteht ein Auskunftsrecht auch zu Tagesordnungspunkten, bei denen keine Beschlussfassung der Hauptversammlung erforderlich ist (Rdn 11). Auskunftsberichtigt ist auch ein Aktionär, der in der Hauptversammlung kein Stimmrecht hat, weil er seiner Einlagepflicht noch nicht nachgekommen ist (§ 134 Abs 2) oder der hinsichtlich einzelner Beschlussgegenstände gemäß § 136 einem Stimmverbot unterliegt; ebenso ist der stimmrechtslose Vorzugsaktionär (§§ 139ff) erfasst (s auch *Mülbert* § 118 Rdn 67).¹⁴⁸ Die Auskunftsberichtigung eines Aktionärs entfällt nicht deshalb, weil er seine Aktie dinglich belastet (s auch *Mülbert* § 118 Rdn 69). Auskunftsberichtigt ist auch derjenige, der im Verhältnis zur Gesellschaft gemäß § 67 Abs 2 wegen seiner Eintragung im Aktienbuch als **Aktionär gilt**, mag er auch materiell-rechtlich nicht (mehr) Aktionär sein.¹⁴⁹ Eine isolierte Abtretung des Auskunftsrechts unabhängig von der Aktionärsstellung ist rechtlich ebenso unzulässig wie die Abtretung des Rederechts (Abspaltungsverbot, § 8 Abs 5).¹⁵⁰

Voraussetzung für das Auskunftsrecht ist das **Recht auf Teilnahme an der Hauptversammlung** und die tatsächliche Teilnahme an der Hauptversammlung; das Auskunftsrecht ist in der Hauptversammlung geltend zu machen (zur *online* Teilnahme Rdn 505). Dementsprechend ist nicht auskunftsberichtigt, wer die satzungsgemäßen Anforderungen für die Teilnahme an der Hauptversammlung wie die Anmeldung (§ 123 Abs 2) oder den *Record Date*-Nachweis des § 123 Abs 3 nicht oder nicht rechtzeitig erfüllt hat. Erwirbt ein Aktionär nach dem *Record Date* Aktien, so ist – ebenso wie bei fehlender Eintragung des Namensaktionärs im Aktienregister (Rdn 58) – nicht der materiell berechtigte Aktionär zur Teilnahme an der Hauptversammlung und der Ausübung des Auskunftsrecht berechtigt, sondern dessen Rechtsvorgänger.¹⁵¹ Der materiell Berechtigte kann sich aber bevollmächtigen lassen (Rdn 60). Wird ein nicht teilnahmeberechtigter Aktionär als Guest zur Hauptversammlung zugelassen, so hat er als solcher kein Auskunftsrecht (Rdn 61). Nicht auskunftsberichtigt ist derjenige Aktionär, dessen Mitgliedschaftsrechte insgesamt ruhen, zB wegen fehlender Offenlegung seiner Stimmrechte gemäß § 20 Abs 7, § 28 WpHG oder wegen Verstoßes gegen die Pflicht zur Unterbreitung eines Übernahmeangebotes, § 59 WpÜG.¹⁵²

b) Dritte. Das Auskunftsrecht ist kein höchstpersönliches Recht; es kann daher auch durch Dritte ausgeübt werden, sofern sie von einem Aktionär **bevollmächtigt** werden (s auch *Mülbert* § 118 Rdn 71).¹⁵³ In der Praxis werden insbesondere Aktionärsvereinigungen

147 Begr RegE bei *Kropff* Aktiengesetz 1965, S 185; BGH 15.6.1992 – II ZR 18/91, BGHZ 119, 1,17 (zu § 293 Abs 4 aF); BayObLG 8. 5. 1974 – 2 Z 73/73, NJW 1974, 2094, 2094; KK/Kersting § 131 Rdn 61; Hüffer/Koch § 131 Rdn 4; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 10; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 13.

148 OLG Stuttgart 19.7.2012 – 8 W 274/10 (nv) und OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 515 (juris); Porsche HV 2009; *Geißler* NZG 2001, 539, 540; KK/Kersting § 131 Rdn 61; Hüffer/Koch § 131 Rdn 4; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 10; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 12; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 13.

149 Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 3; Hüffer/Koch § 131 Rdn 4; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 11; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 4; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 13.

150 Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 6; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 2; Wachter/Wachter § 131 Rdn 1; zum Rederecht OLG München 28.9.2011 – 7 U 711/11, Rdn 84 (juris); HRE.

151 Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 3; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 12; Lack S 90; Bürger/Körber/Reger § 131 Rdn 4; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 13.

152 Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 5; KK/Kersting § 131 Rdn 62; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 13; Ziemons/Binnewies Rz I 10.650.

153 BayObLG 14. 7. 1999 – 3 Z BR 11/99, BayObLGZ 1999, 193; Hölters/Drinhausen § 118 Rdn 20, 23 und § 131 Rdn 4; Hüffer/Koch § 131 Rdn 5; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 15; Heidel/Heidel § 131 Rdn 8; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 15; zur Hinzuziehung eines Sachverständigen als Hilfsperson *Hirte* FS Röhricht, S 217, 231.

und andere professionelle Aktionäre mit der Ausübung des Stimmrechts bevollmächtigt. Die Vollmacht zur Ausübung des Stimmrechts gemäß § 134 Abs 3 schließt die Ausübung des Auskunftsrechts ein.¹⁵⁴ Eine Vollmacht an den Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft (§ 134 Abs 3 Satz 5) legitimiert diesen jedoch nicht zur Ausübung des Auskunftsrechts. Trotz insoweit fehlender Vollmacht kann das Auskunftsrecht auch für Tagesordnungspunkte ausgeübt werden, bei denen keine Stimmabgabe erforderlich ist, die jedoch – wie die Vorlage des Jahresabschlusses – typischerweise mit Beschlussgegenständen (insbesondere der Entlastung) im Zusammenhang stehen.¹⁵⁵ Eine Bevollmächtigung kann auch noch im Laufe der Hauptversammlung durch einen Aktionär erfolgen, der die Hauptversammlung selbst verlässt; ein Auskunftsbegehrten ist durch die Bevollmächtigung bis zur Schließung der Aussprache gedeckt (Rdn 80). Das Auskunftsrecht ausüben kann auch der **Legitimationsaktionär**, ein gesetzlicher Vertreter, ein Testamentsvollstrecker, Insolvenzverwalter oder eine sonstige Partei kraft Amtes (s auch *Mülbert* § 118 Rdn 71, 75, 76).¹⁵⁶

- 61 **c) Nicht Auskunftsberechtigte.** Nicht zur Auskunft berechtigt sind die Inhaber von Wandelschuldverschreibungen, Gewinnschuldverschreibungen oder von Genussrechten. Nicht auskunftsberrechtigt ist auch der Inhaber eines Pfandrechts oder der Nießbraucher (Rdn 58).¹⁵⁷ Ebenso wenig sind der Vorstand oder der Aufsichtsrat als Organe auskunftsberrechtigt; das gilt auch für einen von der Hauptversammlung gemäß § 147 bestellten besonderen Vertreter.¹⁵⁸ Nicht auskunftsberrechtigt sind ferner Pressevertreter, Arbeitnehmer (als solche) oder Gäste;¹⁵⁹ diesen kann ein Auskunftsrecht auch nicht durch den auskunftsberrechtigten Aktionär übertragen werden (Rdn 58).
- 62 Im Einzelfall räumen spezialgesetzliche Regelungen auch Nichtaktionären, die keine Legitimation von einem Aktionär ableiten können, Auskunftsrechte gegenüber der Gesellschaft und ein Teilnahmerecht an der Hauptversammlung ein; ein solches Auskunfts- und Teilnahmerecht besteht insbesondere zugunsten von Aufsichtsbehörden, § 44 Abs 1 Nr 1, Abs 4 Satz 2 KWG, § 33 Abs 1 Nr 5, 5 VAG (*Mülbert* § 118 Rdn 87). Diese **öffentlicht-rechtlichen Auskunftsrechte** vermitteln jedoch keine Auskunftsberrechtigung gemäß § 131.¹⁶⁰
- 63 Neben dem Auskunftsrecht des Aktionärs besteht kein Auskunftsrecht der **Hauptversammlung** gemäß § 131, und zwar auch nicht aufgrund eines entsprechenden Hauptversammlungsbeschlusses.¹⁶¹ Das Auskunftsrecht gemäß § 131 ist als individuelles

¹⁵⁴ *Butzke* G 10; *Hölters/Drinhausen* § 131 Rdn 4; *Spindler/Stilz/Hoffmann* § 118 Rdn 13; *MünchHdb AG/Hoffmann-Becking* § 38 Rdn 5; *KK/Kersting* § 131 Rdn 66; *Hüffer/Koch* § 131 Rdn 5; *MünchKomm/Kubis* § 131 Rdn 15; *Spindler/Stilz/Siems* § 131 Rdn 14.

¹⁵⁵ LG Köln 2.4.1990 – 91 O 132/89, AG 1991, 38; *Hölters/Drinhausen* § 131 Rdn 4; *Grigoleit/Herrler* § 131 Rdn 6; *Heidel/Heidel* § 131 Rdn 8; *KK/Kersting* § 131 Rdn 66; *Hüffer/Koch* § 131 Rdn 5; *MünchKomm/Kubis* § 131 Rdn 15.

¹⁵⁶ LG Heilbronn 6.3.1967 – KfH AktE 1/67, NJW 1967, 1715, 1716 f(zum Legitimationsaktionär); *Butzke* G 10; *Grigoleit/Herrler* § 131 Rdn 6; *KK/Kersting* § 131 Rdn 64–66; *Hüffer/Koch* § 131 Rdn 5; *MünchKomm/Kubis* § 131 Rdn 16, 17; *Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner* § 34 Rdn 31.

¹⁵⁷ *Hölters/Drinhausen* § 131 Rdn 5; *MünchHdb AG/Hoffmann-Becking* § 38 Rdn 5; *MünchKomm/Kubis* § 131 Rdn 10; *Schmidt/Lutter/Spindler* § 131 Rdn 5; zweifelnd für Nießbrauch *KK/Kersting* § 131 Rdn 63.

¹⁵⁸ LG München I 28.7.2008 – 5 HK O 12504/08, ZIP 2008, 1588, 1590; *KK/Kersting* § 131 Rdn 73; *Hüffer/Koch* § 131 Rdn 4; **abw** *Heidel/Heidel* § 131 Rdn 17 a.

¹⁵⁹ *MünchKomm/Kubis* § 131 Rdn 14; *Henssler/Strohn/Liebscher* § 131 AktG Rdn 2; *Wachter/Wachter* § 131 Rdn 5; vgl aber AG Nürtingen 14.10.1993 – I 1160/93, AG 1995, 287.

¹⁶⁰ *Butzke* G 12; *Ebenroth*, S 13 f.; *KK/Kersting* § 131 Rdn 69; *MünchKomm/Kubis* § 131 Rdn 14; *Schmidt/Lutter/Spindler* § 131 Rdn 14.

¹⁶¹ *Butzke* G 11; *Hölters/Drinhausen* § 131 Rdn 5; *KK/Kersting* § 131 Rdn 68; *MünchKomm/Kubis* § 131 Rdn 18; *Bürgers/Körber/Reger* § 131 Rdn 4; *Spindler/Stilz/Siems* § 131 Rdn 15; *Schmidt/Lutter/Spindler* § 131 Rdn 13.

Recht des Aktionärs von organschaftlichen Informationsrechten der Hauptversammlung zu unterscheiden (Rdn 27). Die Hauptversammlung kann auch nicht durch Beschluss nicht auskunftsberichtigten Personen ein Auskunftsrecht zugestehen (Rdn 21).¹⁶² Der Versammlungsleiter kann zwar Dritte (zB Gäste, Presse) zur Hauptversammlung zulassen (*Mülibert* § 118 Rdn 93), zur Einräumung eines Auskunftsrechts ist er jedoch nicht befugt.¹⁶³

2. Auskunftsverpflichtete

Auskunftsverpflichtet ist ungeachtet des Wortlautes des § 131 Abs 1 Satz 1 die **Ge- 64
sellschaft** und nicht etwa der Vorstand.¹⁶⁴ Der Vorstand vertritt lediglich die AG bei der Erfüllung ihrer Auskunftspflicht. Dementsprechend richtet sich auch ein Verfahren nach § 132 gegen die AG, vertreten durch den Vorstand (§ 132 Rdn 28). Zuständig für die Erfüllung der Auskunftspflicht ist der **Vorstand** als Gesamtorgan. Die Auskunftserteilung erfolgt durch den amtierenden Vorstand. Ausgeschiedene Vorstandsmitglieder sind auch dann keine Auskunftspersonen, wenn sich die Fragen auf das Geschäftsjahr oder Vorgänge der Amtszeit des damaligen Vorstands beziehen.¹⁶⁵ Die Auskunftserteilung bedarf als Geschäftsführungsmaßnahme gemäß § 77 eines einstimmigen Beschlusses des Vorstands, sofern nicht Satzung oder Geschäftsordnung einen Mehrheitsbeschluss vorsehen.¹⁶⁶

In der **Praxis** erfolgt die Auskunftserteilung durch den **Vorstandsvorsitzenden** 65 oder das für die betreffende Frage besonders sachkundige **Ressortmitglied**. Darin ist eine Auskunftserteilung durch den Gesamtvorstand zu sehen: Er macht sich die Ausführungen des auskunftgebenden Vorstandskollegen konkludent zu eigen, wenn kein Vorstandsmitglied den Ausführungen widerspricht.¹⁶⁷ Ein Aktionär kann nicht verlangen, dass ihm die Auskunft durch ein von ihm bestimmtes Vorstandsmitglied erteilt wird.¹⁶⁸ Der Vorstand darf für einzelne Fragen(-komplexe) die Auskunftserteilung auch auf besonders sachkundige Dritte (zB Mitarbeiter, Abschlussprüfer, Steuerberater, Rechtsberater) delegieren.¹⁶⁹ Sofern insoweit nicht eine ausdrückliche Bitte des Vorstands zur

162 *Butzke* G 11; KK/*Kersting* § 131 Rdn 68 f; *Bürgers/Körber/Reger* § 131 Rdn 4.

163 *Hölters/Drinhausen* § 131 Rdn 5; s auch *Butzke* G 11.

164 OLG Stuttgart 12.8.1998 – 20 U 111/97, ZIP 1998, 1482, 1491; vgl auch BGH 6.3.1997 – II ZB 4/96, BGHZ 135, 48, 51; zu § 51a GmbHG; *Casper* in *Bayer/Habersack* (Hrsg), *AktienR im Wandel*, Bd II, 12. Kap Rdn 26; *Hölters/Drinhausen* § 131 Rdn 6; *Geißler* NZG 2001, 539, 540; *Grigoleit/Herrler* § 131 Rdn 7; KK/*Kersting* § 131 Rdn 70; *Hüffer/Koch* § 131 Rdn 6; *MünchKomm/Kubis* § 131 Rdn 19; *Merkner/Schmidt-Bendun AG* 2011, 734, 735; *Schmidt/Lutter/Spindler* § 131 Rdn 16.

165 KK/*Kersting* § 131 Rdn 71; *MünchKomm/Kubis* § 131 Rdn 20; *Spindler/Stilz/Siemss* § 131 Rdn 17; *Schmidt/Lutter/Spindler* § 131 Rdn 16.

166 LG München I 20.1.2011 – 5 HKO 18800/09, AG 2011, 211, 218 – HRE; *Hölters/Drinhausen* § 131 Rdn 6; KK/*Kersting* § 131 Rdn 74; *Hüffer/Koch* § 131 Rdn 8; *MünchKomm/Kubis* § 131 Rdn 20; *Merkner/Schmidt-Bendun AG* 2011, 734, 736; *Schmidt/Lutter/Spindler* § 131 Rdn 17; *Wachter/Wachter* § 131 Rdn 6; anders noch wegen § 70 Abs 2 S 2 AktG 1937 s BGH 23.11.1961 – II ZR 4/60, BGHZ 36, 121, 129; s aber *Hoffmann-Becking* NZG 2017, 281, 286: Realakt.

167 BGH 23.11.1961 – II ZR 4/60, BGHZ 36, 121, 127; LG München I 20.1.2011 – 5 HKO 18800/09, Rdn 266 (juris); HRE *Squeeze-out*; *Butzke* G 26; *Hölters/Drinhausen* § 131 Rdn 6; *MünchHdb AG/Hoffmann-Becking* § 38 Rdn 6; KK/*Kersting* § 133 Rdn 175; *MünchKomm/Kubis* § 131 Rdn 20; *Merkner/Schmidt-Bendun AG* 2011, 734, 736; *Bürgers/Körber/Reger* § 131 Rdn 5; *Schmidt/Lutter/Spindler* § 131 Rdn 17; *Spindler/Stilz/Siemss* § 131 Rdn 16.

168 *Butzke* G 26; *Hüffer/Koch* § 131 Rdn 8.

169 RG 12.6.1941 – II 122/40, RGZ 167, 151, 169; KK/*Kersting* § 131 Rdn 75; *MünchKomm/Kubis* § 131 Rdn 21; *Lack* S 102; *Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner* § 34 Rdn 34; *Schmidt/Lutter/Spindler* § 131 Rdn 16; *Wachter/Wachter* § 131 Rdn 6; *Ziemons/Binnewies* Rz I 10.654.

Auskunftserteilung erfolgt, macht sich der Vorstand in einem solchen – praktisch seltenen – Fall die Auskünfte sachkundiger Dritter konkludent zu eigen. Jedenfalls in der Praxis großer Publikumshauptversammlungen ist es im Übrigen die Regel, dass sich der Vorstand bei der Vorbereitung der Antwort eines mit unternehmensinternen und gegebenenfalls externen Experten besetzten *Back Office* bedient und die dort erstellten Antwortvorschläge nach Prüfung – oft unverändert – verliest (Rdn 284).

66 Nicht zur Auskunftserteilung verpflichtet ist der **Aufsichtsrat** und hier insbesondere der Aufsichtsratsvorsitzende in seiner Eigenschaft als Leiter der Hauptversammlung.¹⁷⁰ Dies gilt auch dann, wenn eine Frage ausdrücklich an ihn gerichtet ist oder eine Handlung des Aufsichtsrats betrifft.¹⁷¹ In der Praxis werden derartige Fragen dessen ungeachtet regelmäßig vom Versammlungsleiter in seiner Eigenschaft als Aufsichtsratsvorsitzender beantwortet. Diese auch aus der Sicht der Aktionäre sinnvolle Praxis entspricht einem (oft unausgesprochenen) Vorverständnis zwischen Vorstand und Aufsichtsratsvorsitzendem. Damit geht eine konkludente Delegation der Auskunftserteilung vom Vorstand auf den Aufsichtsratsvorsitzenden einher.¹⁷² Eine Erfüllung der Auskunftspflicht tritt ein, wenn sich der **Vorstand** die vom Aufsichtsratsvorsitzenden gegebenen Auskünfte **konkludent zu eigen** macht. An die insoweit vielfach geforderte Erkennbarkeit¹⁷³ eines konkulenten Zueigenmachens sollten keine hohen Anforderungen gestellt werden: es genügt, wenn der Vorstand der Auskunft nicht widerspricht.¹⁷⁴ Angesichts dieser pragmatisch niedrigen Anforderungen an eine Zurechenbarkeit der vom Aufsichtsratsvorsitzenden in der Hauptversammlung gegebenen Auskünfte zum Vorstand erschien es *de lege ferenda* konsequenter, für originäre Aufsichtsratsangelegenheiten auch eine Verpflichtung des Aufsichtsrats zur Auskunftserteilung gemäß § 131 vorzusehen.¹⁷⁵ Damit würden auch Zweifelsfragen vermieden, wenn im Vorfeld der Hauptversammlung oder in der Hauptversammlung selbst unterschiedliche Auffassungen zwischen Vorstand und Aufsichtsrat zur Behandlung von Gesellschaftsangelegenheiten deutlich werden. Fragen, die sich nicht an den Vorstand, sondern an den Aufsichtsratsvorsitzenden persönlich richten, brauchen nicht beantwortet zu werden, wenn und weil sie keine Angelegenheit der Gesellschaft betreffen, sondern die persönlichen Meinungen und Motive des Versammlungsleiters (Rdn 88, s aber Rdn 68).

170 BVerF 20.9.1999 – 1 BvR 636/95, ZIP 1999, 1798, 1800; Daimler Benz; RG 12.6.1941 – II 122/40, RGZ 167, 151, 161; OLG Celle 24.11.2004 – 9 U 119/04, AG 2005, 438, 440; OLG Hamburg 12.1.2001 – 11 U 162/00, AG 2001, 359, 362; OLG Stuttgart 15.2.1995 – 3 U 118/94, AG 1995, 234, 235; Daimler Benz.

171 OLG München 6.8.2008 – 7 U 5628/07, Rdn 52 (juris); Bachmann in VGR (Hrsg), Bd 22, S 135, 156; Casper in Bayer/Habersack (Hrsg), AktienR im Wandel, Bd II, 12. Kap Rdn 26; Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 6; Geißler NZG 2001, 539, 540; MünchHdb AG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 7; KK/Kersting § 131 Rdn 72; Hüffer/Koch § 131 Rdn 7; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 22; Schäfers S 141; Wachter/Wachter § 131 Rdn 6; krit Butzke G 28; abw Heidel/Heidel § 131 Rdn 17 a; Steiner § 11 Rdn 7; Trescher DB 1990, 515.

172 Butzke G 28; Drinhausen/Marsch-Barner AG 2014, 757, 759; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 18; Ziemons/Binniewies Rz I 10.653; für eigenes Recht des Aufsichtsratsvorsitzenden s Groß AG 1997, 97, 99; KK/Kersting § 131 Rdn 72; Hüffer/Koch § 131 Rdn 7; Vorauf Rdn 91; s auch Hoffmann-Becking NZG 2017, 281, 286; Recht aus § 176 Abs 1 S 2; abw Ebenroth, S 17.

173 OLG Celle 24.11.2004 – 9 U 119/04, AG 2005, 438, 440; OLG Düsseldorf 5.11.1987 – 19 W 6/87, ZIP 1987, 1555 (zur Auskunftsverweigerung); s auch BGH 15.3.1993 – II ZR 118/92 (nv) in Anm Goette DStR 1993, 733, 734; Groß AG 1997, 97, 99; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 21; Merkner/Schmidt-Bendun AG 2011, 734, 737; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 16.

174 KK/Kersting § 131 Rdn 72; Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner § 34 Rdn 35; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 5; E Vetter FS Westermann, S 1589, 1590.

175 Merkner/Schmidt-Bendun AG 2011, 734, 738; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 17; E Vetter FS Westermann, S 1589, 1592, 1600; s auch Butzke G 28; Hoffmann-Becking NZG 2017, 281, 286; zurückhaltend Bachmann in VGR (Hrsg), Bd 22, S 135, 156, 158; abw Baums (Hrsg), Regierungskommission Corporate Governance, Rdn 61.

Nicht zur Auskunft verpflichtet ist ferner der **Abschlussprüfer**, § 176 Abs 2 Satz 3. **67**
 Auch der **Besondere Vertreter** (§ 147) oder ein Sonderprüfer (§ 142) sind nicht auskunftspflichtig,¹⁷⁶ und zwar auch dann nicht, wenn deren Bericht Gegenstand der Aussprache in der Hauptversammlung ist. Auch ein **Repräsentant des Hauptaktionärs**, der im Rahmen eines Squeeze-out gemäß § 327d Satz 2 in der Hauptversammlung mündlich Stellung nehmen darf, wenn der Vorstand ihm dazu Gelegenheit gibt, ist keine Auskunfts person gemäß § 131.

3. Auskunftsverlangen

a) Verlangen. Die Pflicht zur Auskunftserteilung setzt ein entsprechendes Verlangen eines Aktionärs (Rdn 58) oder eines sonstigen zur Ausübung Berechtigten (Rdn 60) voraus, § 131 Abs 1 Satz 1. Das Verlangen muss auf Erteilung einer Auskunft zu Tatsachen, Prognosen oder Meinungen betreffend die Gesellschaft oder – in begrenztem Umfang (Rdn 135) – zu rechtlichen Sachverhalten gerichtet sein. Das Auskunftsverlangen wird in der Regel **ausdrücklich** gestellt. Es genügt, wenn das Auskunftsverlangen gestellt wird, ohne dass ein konkreter Adressat (insbes der Vorstand) benannt wird. Wird ein Verlangen an den Versammlungsleiter gerichtet, ist es nicht unzulässig, sondern der AG zuzurechnen: Derartige Fragen werden von der Gesellschaft im *Backoffice* aufgenommen (Rdn 284) und an das vorab für die Beantwortung der Fragen bestimmte Organmitglied (mit vorbereiteter Antwort) weitergeleitet (s auch Rdn 66);¹⁷⁷ die Frage muss aber ggf nicht beantwortet werden, wenn keine Angelegenheit der Gesellschaft betroffen ist (Rdn 88). Andere Aktionären können sich eine **Frage zu eigen machen**. Es genügt allerdings nicht, dass sich ein Aktionär pauschal alle Fragen seiner Vorredner oder alle Fragen eines bestimmten Aktionärs zu eigen macht, sondern er muss eine konkrete Frage benennen.¹⁷⁸

Es kann auch ein **konkludentes** Verlangen genügen, wenn es dem Aktionär erkennbar um eine Auskunft geht.¹⁷⁹ Ob ein Auskunftsverlangen vorliegt und welchen Inhalt es hat, ist in entsprechender Anwendung der §§ 133, 157 BGB durch Auslegung aus der Sicht eines objektiven Empfängers zu bestimmen.¹⁸⁰ Dementsprechend ist die Aufruforderung zur Aufschlüsselung einer Bilanzposition als Frage zu verstehen.¹⁸¹ Ist unklar, ob ein Aktionär eine konkrete Frage stellt oder lediglich eine mangelhafte Aufklärung rügen will, geht dies zu Lasten des Aktionärs (Rdn 268).¹⁸² Bei in Frageform gekleidete

176 LG München I 28.7.2008 – 5 HK O 12504/08, Rdn 27 (juris); HVB/UniCredit; KK/Kersting § 131 Rdn 73; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 23; Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner § 34 Rdn 33; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 5; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 19 und 59; **abw** Heidel/Heidel § 131 Rdn 17a.

177 KK/Kersting § 131 Rdn 74; Hüffer/Koch § 131 Rdn 9; Lack S 103; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 23; abw MünchKomm/Kubis 131 Rdn 26; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 6; vgl auch OLG Stuttgart 15.2.1995 – 3 U 118/94, AG 1995, 234, 235.

178 OLG Frankfurt/M 17.7.2007 – 5 U 229/05, AG 2007, 672, 673f; LG Frankfurt/M 24.1.2005 – 3-05 O 61/03, NZG 2005, 937, 938; LG Frankfurt/M 18.1.2005 – 3-5 O 83/04, AG 2005, 259, 259; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 11; KK/Kersting § 131 Rdn 487; Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner § 34 Rdn 32; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 6a; vgl auch Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 27.

179 LG München I 28.1.2010 – 5 HK O 15937/09, Rdn 58 (juris); Butzke G 30; Heidel/Heidel § 131 Rdn 11; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 9; KK/Kersting § 131 Rdn 471; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 6; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 23; **abw** OLG Celle 7.9.1983 – 9 U 43/83, AG 1984, 266, 272; Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 13; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 26; Wachter/Wachter § 131 Rdn 7.

180 OLG Stuttgart 19.7.2012 – 32 O 14/09; Porsche MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 28; Spindler/Stilz/Siemss § 131 Rdn 20.

181 LG München I 28.1.2010 – 5 HK O 15937/09, Rdn 58 (juris).

182 OLG Frankfurt/M 15.5.2012 – 5 U 66/11, Rdn 91, 92 (juris).

Behauptungen des Aktionärs oder sonstigen Suggestivfragen liegt kein Auskunftsverlangen vor.¹⁸³

- 70** Eine vorherige **Ankündigung** ist **nicht Voraussetzung** für das Auskunftsrecht. Insbesondere ist der Auskunftsberechtigte nicht verpflichtet, seine Fragen im Vorfeld der Hauptversammlung schriftlich bei der Gesellschaft einzureichen.¹⁸⁴ Die fehlende vorherige Ankündigung von Fragen kann im Einzelfall aber Auswirkungen auf den Umfang der Auskunftspflicht haben (zur Vorbereitungspflicht der Gesellschaft s Rdn 281). Die Pflicht zur Beantwortung von Fragen kann mangels entsprechender Vorbereitungsmöglichkeit entfallen, wenn der Vorstand mit diesen Fragen nicht ohne weiteres rechnen musste (Rdn 286). Eine vorherige schriftliche Ankündigung eines Auskunftsverlangens ist aber auch nicht ausreichend, da das Verlangen „in der Hauptversammlung“ gestellt werden muss (Rdn 78).¹⁸⁵
- 71** Die Pflicht zur Auskunfterteilung besteht nur „auf Verlangen“. Werden keine Fragen gestellt, so besteht kein Auskunftsrecht der Aktionäre gemäß § 131. Es kommt nicht darauf an, ob eine Frage gestellt worden wäre, wenn sich der Vorstand in der Hauptversammlung auf ein Auskunftsverweigerungsrecht berufen hätte, sondern nur darauf, ob die Frage tatsächlich gestellt worden ist.¹⁸⁶ Der Vorstand hat seine Auskunftspflicht nach § 131 selbst dann nicht verletzt, wenn er Informationen zurückgehalten oder ungefragt unrichtige Mitteilungen gemacht hat. Die Vorschrift ist nur berührt, wenn eine tatsächlich verlangte Auskunft zu Unrecht verweigert oder unrichtig erteilt wird.¹⁸⁷ Dennoch darf der Vorstand auch ungefragt nicht lügen. Ungefragt unrichtige Mitteilungen können daher wegen Verstoßes gegen Informationspflichten gegenüber der Hauptversammlung (Rdn 27) oder gemäß § 400 Rechtsfolgen auslösen (Rdn 537).
- 72** Es besteht auch dann **keine Pflicht zu unaufgeforderten Auskünften**, wenn diese für das Abstimmungsverhalten für Bedeutung sein könnten.¹⁸⁸ Erst recht besteht keine Pflicht des Vorstands, von sich aus alles, was er weiß und was auch nur mittelbar mit den Tagesordnungspunkten zusammenhängt, zu offenbaren.¹⁸⁹ Ebenso wenig besteht eine Verpflichtung, ohne konkrete Fragen über den Stand laufender Vertragsverhandlungen über ein Milliarden-Projekt Auskunft zu geben oder zur unaufgeforderten Offenbarung von internen Management-Überlegungen in diesem Zusammenhang.¹⁹⁰

183 OLG Stuttgart 8.7.2015 – 20 U 2/14, Rdn 396 (juris); Porsche HV 2012; OLG Stuttgart 19.7.2012 – 32 O 14/09 (nv); Porsche HV 2010; LG Stuttgart 28.5.2010 – 31 O 56/09, Rdn 265 (juris); Porsche HV 2009; LG Düsseldorf 20.10.2005 – 32 O 113/05, Rdn 79 (juris); Butzke G 29; KK/Kersting § 131 Rdn 471; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 28; Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 13; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 20; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 23.

184 LG Stuttgart 17.5.2011 – 32 O 33/10, Rdn 341 (juris); Porsche HV 2010; LG München I 28.5.2010 – 5 HK O 14307/07, Rdn 53 (juris); LG Frankfurt/M 22. 11. 2006 – 3/4 O 68/06, AG 2007, 375, 376; Mangusta/Commerzbank; Butzke G 29; Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 15; KK/Kersting § 131 Rdn 481; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 31; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 21.

185 Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 8; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 6; abw Heidel/Heidel § 131 Rdn 22.

186 BayObLG 30.11.1995 – 3 Z BR 161/93, WM 1996, 119, 122; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 20.

187 OLG Celle 7.9.1983 – 9 U 43/83, AG 1984, 266, 272; Pelikan; vgl auch RG 12.6.1941 – II 122/40, RGZ 167, 151, 165, 167; Bälz S 103; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 24.

188 LG Frankfurt/M 20.12.2013 – 3-05 O 157/13, ZIP 2014, 322, 325; Bälz S 103; Butzke G 36; Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 13; Hüffer/Koch § 131 Rdn 9; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 24; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 20; abw LG Berlin 2.12.1996 AG 1997, 183, 185; de lege ferenda Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 18.

189 KG 31.1.1996 – 23 U 3989/94, AG 1996, 421, 423; Viag (Nichtannahmebeschluss BGH 26.5.1997 – II ZR 119/96); vgl auch LG Köln 10.6.1998 – 91 O 15/98, AG 1999, 137, 138; Connex Holding; Butzke G 36; Hüffer/Koch § 131 Rdn 9.

190 KG 31.1.1996 – 23 U 3989/94, AG 1996, 421, 423; Viag (Nichtannahmebeschluss BGH 26.5.1997 – II ZR 119/96).

Bei einem ausdrücklichen Auskunftsverlangen sind allerdings auch damit zusammenhängende Tatsachen oder sonstige Umstände mitzuteilen, wenn das Verlangen des Aktionärs erkennbar darauf abzielt, mag der Aktionär auch nicht ausdrücklich danach gefragt haben (Rdn 68).

Eine Pflicht zu unaufgeforderten Informationen kann sich **außerhalb von § 131** 73 aufgrund besonderer Pflichten des Vorstands gegenüber der Hauptversammlung ergeben (Rdn 27). Darüber hinausgehend ist eine Pflicht zur unaufgeforderten Information in Fällen denkbar, in denen die betreffende Tatsache ohnehin aus der Hauptversammlung heraus im Wege der *ad hoc*-Publizität gemäß Art 17 MAR (früher § 15 WpHG) bekannt gemacht werden muss (Rdn 415), ebenso bei Nichterfüllung einer bilanziellen oder organschaftlichen Informationspflicht im Vorfeld der Hauptversammlung. Auch in diesen Fällen lässt sich die **Pflicht** zur unaufgeforderten Information in der Hauptversammlung angesichts des gesetzlichen Erfordernisses eines Aktionärsverlangens nicht aus § 131 herleiten, wohl aber **aus §§ 76, 93 iVm § 176 Abs 1 Satz 2.**¹⁹¹ Die Verletzung einer solchen Pflicht kann eine Anfechtbarkeit des unter Verletzung der Pflicht zustandegekommenen Hauptversammlungsbeschlusses über die Entlastung rechtfertigen.¹⁹²

b) Form. Das Auskunftsverlangen erfolgt **mündlich**.¹⁹³ Wird ein Auskunftsverlangen **schriftlich** durch Einreichung einer Fragenliste gestellt, so ist es nur beachtlich, wenn es von der Gesellschaft entgegengenommen und dabei gegenüber dem Aktionär durch ausdrückliche Zusage oder konkludent der Eindruck erweckt wird, die Gesellschaft sei zur Beantwortung bereit. Davon wird man bei einer vorbehaltlosen Entgegennahme eines schriftlichen Fragenkataloges zur Abkürzung eines Rede- und Fragebeitrages eines Aktionärs durch den Versammlungsleiter oder den Vorstand vor Schließung der Rednerliste (Rdn 340) ausgehen können. Die bloße Entgegennahme eines schriftlichen Kataloges angeblich nicht beantworteter Fragen zu Protokoll des Notars genügt dagegen nicht (vgl auch Rdn 503).¹⁹⁴ Die Entgegennahme schriftlicher Fragen kann von der Gesellschaft auch abgelehnt oder zusätzlich ein mündliches Auskunftsverlangen gefordert werden.¹⁹⁵ Bei Entgegennahme eines schriftlichen Fragenkataloges und (konkludenter) Zusage der Beantwortung muss den Aktionären der Gegenstand der Fragen durch deren wortwörtliche Wiederholung oder Zusammenfassung im Rahmen der Auskunfterteilung zur Kenntnis gebracht werden.¹⁹⁶ Die Einreichung eines schriftlichen Fragenkatalogs durch den Aktionär kann weder vom

¹⁹¹ Bätz S 104; Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 13; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Fn 91.

¹⁹² Im Ergebnis daher zutreffend LG Berlin 2.12.1996 – 99 O 173/96, AG 1997, 183, 185: Unregelmäßigkeiten bei der Grundstücksverwaltung, die drei Tage nach der Hauptversammlung durch Presseveröffentlichung bekannt wurden.

¹⁹³ OLG Frankfurt/M 17.7.2007 – 5 U 229/05, Rdn 39 (juris); OLG Frankfurt/M 19.9.2006 – 20 W 55/05, Rdn 15 (juris); MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 31; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 29; Hüffer/Koch § 131 Rdn 9; Lack S 104; Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner § 34 Rdn 36; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 6; Wachter/Wachter § 131 Rdn 7; *de lege ferenda* für Zulassung moderner Kommunikationsmittel Martens AG 2004, 238, 244.

¹⁹⁴ OLG Frankfurt/M 17.7.2007 – 5 U 229/05, Rdn 39 (juris); LG München I 21.1.2011 – 5 HK O 18800/09, Rdn 289 (juris); HRE *Squeeze-out*; LG München I 24.4.2008 – 5 HK O 23244/07, Rdn 390 (juris); HVB; LG Köln 2. 4. 1990 – 91 O 132/89, AG 1991, 38, 38; abw Heidel/Heidel § 131 Rdn 11, 22; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 9; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 24; vgl auch Spindler/Stilz/Siemss § 131 Rdn 19; Vorauf Rdn 98.

¹⁹⁵ OLG Frankfurt/M 19. 9. 2006 – 20 W 55/05, Rdn 15 (juris); Wachter/Wachter § 131 Rdn 7.

¹⁹⁶ OLG Frankfurt/M 19. 9. 2006 – 20 W 55/05, Rdn 15 (juris); LG Köln 2.4.1990 – 91 O 132/89, AG 1991, 38; Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 13; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 9; KK/Kersting, § 131 Rdn 470; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 24; Wachter/Wachter § 131 Rdn 7.

Versammlungsleiter¹⁹⁷ noch aufgrund Satzung oder Geschäftsordnung verlangt werden.¹⁹⁸

- 75 In der **Praxis** bittet der Versammlungsleiter zur Erleichterung der Fragensammlung und zur Beschleunigung der Fragenbeantwortung gelegentlich einen Aktionär um die Überlassung des **schriftlichen Fragenkatalogs**, sofern sich abzeichnet, dass ein Aktionär eine Vielzahl von Fragen stellen will. Seit der Möglichkeit einer zeitlichen Beschränkung des Auskunftsrechts (und damit im Ergebnis auch der Anzahl der Fragen) durch den Versammlungsleiter gemäß § 131 Abs 2 Satz 2 (Rdn 291) ist ein derartiges Vorgehen allerdings oft nicht empfehlenswert, da mit ihm die Zusage der Beantwortung (sofern die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind) verbunden ist.¹⁹⁹ Zudem begibt sich der Versammlungsleiter dadurch der Möglichkeit, den Aktionär bei einer übermäßigen Anzahl von Fragen zu deren Reduzierung aufzufordern (Rdn 138, 338, 452).
- 76 Das Auskunftsbegehr ist in **deutscher Sprache** vorzubringen.²⁰⁰ In ausländischer Sprache gestellte Auskunftsverlangen können deshalb zurückgewiesen werden. Für die **SE** wird die Zulässigkeit von Redebeiträgen und Fragen in englischer Sprache befürwortet.²⁰¹ In der Praxis der Publikumshauptversammlungen werden fremdsprachig vorgetragene Fragen oft durch eine den Aktionär begleitende Person in die deutsche Sprache übersetzt. Bei Vorhandensein eigener Dolmetscher kann der Versammlungsleiter auch eine Übersetzung durch die Gesellschaft zulassen; einer Zustimmung der übrigen Versammlungsteilnehmer bedarf es nicht.²⁰² Wird ein in ausländischer Sprache gestelltes Auskunftsverlangen in ausländischer Sprache beantwortet, so muss die Frage und die Antwort den übrigen Aktionären auch übersetzt in deutscher Sprache mitgeteilt werden (Rdn 276). Bei einer geschlossenen Gesellschaft mit ausschließlich der Fremdsprache mächtigen Aktionären spricht rechtlich nichts gegen die Möglichkeit fremdsprachiger Fragen und Antworten.²⁰³
- 77 Eine Pflicht zur **Begründung** des Auskunftsverlangens besteht nicht.²⁰⁴ Der Aktionär muss im Rahmen einer Generaldebatte auch nicht von sich aus darlegen, auf welchen Tagesordnungspunkt er sich mit seiner Frage bezieht (Rdn 153).²⁰⁵ Im Einzelfall hat der Aktionär allerdings die Erforderlichkeit der Auskunft darzulegen, wenn diese zwei-

197 MünchHdb AG/*Hoffmann-Becking* § 38 Rdn 31; Heidel/*Heidel* § 131 Rdn 11; Hüffer/*Koch* § 131 Rdn 9; *Kubis* FS Kropff, S 171, 189; **abw** *Luther* FS Möhring, 221, 223; *Wohleben*, S 69.

198 Grigoleit/*Herrler* § 131 Rdn 9; Hüffer/*Koch* § 131 Rdn 9; *Kubis* FS Kropff, S 171, 189; *Lack* S 104; Schmidt/Lutter/*Spindler* § 131 Rdn 24; **abw** für Geschäftsordnung vgl *Bachmann* AG 1999, 210, 212.

199 Weitergehend *Lack* S 104: unzulässige Aushebelung von § 131 Abs 2 Satz 2.

200 MünchHdb AG/*Hoffmann-Becking* § 38 Rdn 31; KK/*Kersting* § 131 Rdn 476; *Krause/Jenderek* NZG 2007, 246; MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 27; Marsch-Barner/Schäfer/*Marsch-Barner* § 34 Rdn 37; Schmidt/Lutter/*Spindler* § 131 Rdn 25; eingeschr *Spindler/Stilz/Siemss* Rdn 19; Wachter/*Wachter* § 131 Rdn 8: wenn alle Versammlungsteilnehmer die Fremdsprache verstehen; **abw** Heidel/*Heidel* § 131 Rdn 11: sofern ein Vorstandsmitglied die Fremdsprache versteht.

201 Habersack/Drinhausen/*Bücker* SE-VO Art 53 Rdn 26; *Spindler/Stilz/Eberspächer* SE-VO Art 53 Rdn 6; weitergehend MünchKomm/*Kubis* SE-VO Art 53 Rdn 15: alle EU-Amtssprachen.

202 Schmidt/Lutter/*Spindler* § 131 Rdn 25; KK/*Kersting* § 131 Rdn 476; *Krause/Jenderek* NZG 2007, 246; s auch *Drinhausen/Marsch-Barner* AG 2014, 757, 764; MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 27, § 118 Rdn 77; **abw** Grigoleit/*Herrler* § 131 Rdn 10; Hüffer/*Koch* § 131 Rdn 9.

203 *Spindler/Stilz/Siemss* § 131 Rdn 19.

204 OLG Frankfurt/M 24.6.2009 – 23 U 90/07, AG 2009 542, 546; KG 24.8.1995 – 2 W 4557/94, AG 1996, 135, 135; OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2152; OLG Hamburg 12.12.1969 – 11 W 34/69, AG 1970, 50, 51; KK/*Kersting* § 131 Rdn 477; Hüffer/*Koch* § 131 Rdn 9; MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 30; Marsch-Barner/Schäfer/*Marsch-Barner* § 34 Rdn 38; Schmidt/Lutter/*Spindler* § 131 Rdn 25.

205 OLG Frankfurt/M 5.7.2011 – 5 15; MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 25, 30; vgl aber Hölters/*Drinhausen* § 131 Rdn 13; Marsch-Barner/Schäfer/*Marsch-Barner* § 34 Rdn 38; Bürgers/Körber/*Reger* § 131 Rdn 6.

felhaft ist und der Vorstand ihn auf die nach seiner Auffassung fehlende Erforderlichkeit hingewiesen hat (Rdn 152). Im Übrigen muss der Aktionär bei unklaren Fragen oder offenkundigen Missverständnissen seine Frage präzisieren (Rdn 268).

c) „**in der Hauptversammlung**“. Das Auskunftsrecht ist in der Hauptversammlung auszuüben. Diese ausdrückliche Regelung in § 131 Abs 1 Satz 1 verdeutlicht, dass das Auskunftsrecht zwar als Individualrecht dem einzelnen Aktionär zusteht und von ihm geltend zu machen ist, dass es aber auch auf die Meinungsbildung aller Aktionäre in der Hauptversammlung abzielt (Rdn 7).²⁰⁶ Im Vorfeld der Hauptversammlung mündlich oder schriftlich angekündigte Fragen müssen in der Hauptversammlung wiederholt werden (Rdn 70).²⁰⁷ Zum Auskunftsverlangen bei einer *online*-Teilnahme an der Hauptversammlung gemäß § 118 Abs 1 Satz 2, 3 s Rdn 505. Ebenso wie das Auskunftsverlangen muss auch die Auskunftserteilung in der Hauptversammlung erfolgen (Rdn 270).

Das Auskunftsverlangen erfolgt in der Praxis größerer börsennotierter Hauptversammlungen in dem vom Versammlungsleiter konkret gesetzten zeitlichen Rahmen (Rdn 311) und nur nach Wortmeldung und Aufnahme in eine Rednerliste sowie **Aufruf durch den Versammlungsleiter**. Außerhalb eines Aufrufs erfolgende Auskunftsverlangen durch Zwischenruf aus dem Auditorium sind ebenso unbeachtlich²⁰⁸ wie am Rande der Hauptversammlung (zB in einer Pause) an einen Mitarbeiter des Unternehmens, den Vorstand oder Versammlungsleiter gerichtete Fragen.²⁰⁹ Auf aus dem Auditorium erfolgende Zwischenrufe wird der Versammlungsleiter zweckmäßig reagieren, indem er den betreffenden Aktionär bittet, sich in die Rednerliste einzutragen und sein Anliegen nach Aufruf zu Gehör aller Aktionäre zu bringen. In einer späten Phase der Hauptversammlung verfahren Versammlungsleiter und Vorstand gelegentlich pragmatisch und beantworten aus dem Auditorium erfolgende Nachfragen zu erteilten Antworten.

Das Auskunftsverlangen kann zeitlich **während der gesamten Dauer der Aussprache** in der Hauptversammlung geltend gemacht werden. Wird eine Einzeldebatte zu den Tagesordnungspunkten geführt oder erfolgt eine Debatte in Form von Themenblöcken, so kann ein Auskunftsverlangen auch noch nach Beendigung der Debatte zu dem einzelnen Tagesordnungspunkt bzw dem Themenblock gestellt werden, solange die Aussprache im übrigen noch andauert.²¹⁰ Deshalb ist es vorzugswürdig und entspricht es verbreiteter Praxis, eine Generaldebatte zu allen Tagesordnungspunkten zu führen. Solange der Versammlungsleiter keine Maßnahmen zur Sicherung einer zeitgerechten Beendigung der Hauptversammlung ergriffen hat (Rdn 340), kann ein Auskunftsverlangen zu einem Tagesordnungspunkt grundsätzlich bis zum Eintritt in die Abstimmung erfolgen. Bei Fragen eines Aktionärs, der erst im Verlauf der Aussprache an der Hauptversammlung teilnimmt, kann allerdings auf zu inhaltsgleichen Fragen erteilte Antworten ohne die Notwendigkeit einer Wiederholung verwiesen werden (Rdn 271). Nach Eintritt in eine konzentriative Abstimmung zu allen Tagesordnungspunkten kann ein Auskunfts-

²⁰⁶ OLG München 4. 7. 2001 – 7 U 5285/00, NZG 2002, 187, 188; Hüffer ZIP 1996, 401, 405; Lieder NZG 2014, 601, 602; vgl aber Kubis FS Kropff, 171, 182: Information der Hauptversammlung als Organ.

²⁰⁷ Butzke G 29; KK/Kersting § 131 Rdn 481; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 25; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 21.

²⁰⁸ Butzke G 29; KK/Kersting § 131 Rdn 406; Hüffer/Koch § 131 Rdn 9; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 25; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 6; offen lassend OLG Frankfurt/M 7.12.2010 – 5 U 29/10, Rdn 203 (juris); abw Heidel/Heidel § 131 Rdn 11.

²⁰⁹ KK/Kersting § 131 Rdn 470, 483; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 25.

²¹⁰ KK/Kersting § 131 Rdn 483; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 22.

verlangen nicht mehr gestellt werden; möglich bleiben nur noch Verständnisfragen zum Abstimmungsverfahren.²¹¹

- 81 d) Rücknahme.** Angesichts des Charakters des Auskunftsrechts als Individualrecht (Rdn 8) kann ein Aktionär sein Auskunftsverlangen im Laufe der Hauptversammlung jederzeit zurücknehmen, auch wenn die Frage für die Willensbildung der Hauptversammlung von Bedeutung sein mag.²¹² Aus den Umständen kann sich auch eine konkludente Rücknahme eines Auskunftsverlangens ergeben. Von einer konkludenten Rücknahme des Auskunftsverlangens ist auszugehen, wenn ein **Aktionär** die Hauptversammlung **vorzeitig verlässt**, ohne einem anderen Aktionär Vollmacht (Rdn 59) zu erteilen (Rdn 273).²¹³ Der Versammlungsleiter oder der Vorstand haben in diesem Fall darauf hinzuweisen, dass sie die Frage nicht mehr beantworten, damit die übrigen Aktionäre Gelegenheit haben, sich die Fragen des betreffenden Aktionärs zu eigen zu machen²¹⁴ (Rdn 68). Keine konkludente Rücknahme eines Auskunftsverlangens liegt vor, wenn ein Aktionär auf die Frage des Versammlungsleiters, ob noch Fragen offen sind, schweigt²¹⁵ (zur Frage einer Obliegenheitsverletzung vgl Rdn 528).

III. Gegenstand des Auskunftsrechts

1. Angelegenheiten der Gesellschaft (§ 131 Abs 1 Satz 1)

- 82 a) Begriff.** Die begehrte Auskunft muss gemäß § 131 Abs 1 Satz 1 Angelegenheiten der Gesellschaft betreffen. Der Begriff „Angelegenheiten der Gesellschaft“ – der sich auch für das Auskunftsrecht des § 51a GmbHG findet – ist **weit auszulegen**.²¹⁶ Er umfasst alles, was sich auf die Gesellschaft (oder ihre Rechtsvorgänger²¹⁷) und ihre Tätigkeit bezieht.²¹⁸ Angelegenheiten der Gesellschaft sind danach alle Tatsachen und Umstände, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft, ihre rechtlichen und tatsächlichen Verhältnisse, ihre Geschäftspolitik und die Darstellung des Unternehmens in der Öffentlichkeit oder ihre Beziehungen zu Dritten, insbesondere Vertragspartnern, betref-

211 KK/Kersting § 131 Rdn 483; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 22; s auch KG 9.6.2008 – 2 W 101/07, Rdn 97 (juris); **abw** für Auskunftsverlangen bis zur Schließung der HV (aber ggf fehlende Erforderlichkeit der Auskunft) MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 25.

212 Butzke G 30; Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 14; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 11; KK/Kersting § 131 Rdn 486; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 32; Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner § 34 Rdn 32; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 6a; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 27; Wachter/Wachter § 131 Rdn 9.

213 Butzke G 30; Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 14; KK/Kersting § 131 Rdn 487; Hüffer/Koch § 131 Rdn 8; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 34; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 6a; s aber Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 27: im Zweifel Beantwortung anzuraten, da Bevollmächtigung nicht auszuschließen; vgl auch Wachter/Wachter § 131 Rdn 9; **abw** Heidel/Heidel § 131 Rdn 22; Steiner § 11 Rdn 20.

214 Butzke G 30; Hüffer/Koch § 131 Rdn 9; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 34; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 27; **abw** Simon AG 1996, 540, 541; Vorauf Rdn 108: Frage, ob noch Antworten offen, genügt.

215 Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 11; KK/Kersting § 131 Rdn 486; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 33; s auch Hüffer/Koch § 131 Rdn 9; **abw** LG Mainz 13.7.1987 – 10 HO 141/86.

216 BayObLG 4. 4. 2001 – 3 Z BR 70/00, NZG 2001, 608, 610; LG München I 28.5.2010 – 5 HKO 14307/07, Rdn 31 (juris); Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 8; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 12; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 7; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 28.

217 BGH 18.10.2004 – II ZR 250/02, AG 2005, 87, 88; Heidel/Heidel § 131 Rdn 28.

218 BayObLG 22.3.1999 – 3 Z BR 250/98, AG 1999, 320, 321; ERC Frankona Rückversicherungs AG; BayObLG 9.9.1996 – 3 Z BR 36/94, ZIP 1996, 1945, 1949; Hypobank; BayObLG 23.8.1996 – 3 Z BR 130/96, ZIP 1996, 1743, 1746; Münchener Rück; Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 8; Heidel/Heidel § 131 Rdn 28; Hüffer/Koch § 131 Rdn 12; KK/Kersting § 131 Rdn 91; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 7; Spindler/Stilz/Siemss § 131 Rdn 23; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 28; Wachter/Wachter § 131 Rdn 10.

fen.²¹⁹ Die Frage der nummerischen Aufschlüsselung der Verwaltungskosten betrifft ebenso Angelegenheiten der Gesellschaft²²⁰ wie Fragen nach der Höhe von Prozesskosten aufgrund einer Anfechtungsklage gegen die Gesellschaft und des Bestehens von Kostenersstattungsansprüchen von Aktionären, die hieraus resultieren.²²¹ Die Frage nach den Beteiligungen einer Gesellschaft, die auf dem Gebiet der Vermögensverwaltung und Finanzierung tätig ist, betrifft ebenfalls deren Angelegenheiten.²²²

Über **fremde Angelegenheiten** – etwa über eine andere Gesellschaft oder Person – ist grundsätzlich keine Auskunft geschuldet.²²³ Ebensowenig ist jede irgendwie geartete Beziehung einer Drittgesellschaft oder eines Dritten zur Gesellschaft ausreichend. Auch fremde Angelegenheiten können allerdings zu **mittelbaren Angelegenheiten** der Gesellschaft werden.²²⁴ Das ist etwa der Fall, wenn sich fremde Angelegenheiten auch auf die Gesellschaft auswirken und wenn diese Auswirkungen für die Gesellschaft von einiger Bedeutung sind.²²⁵ Es muss also eine **Erheblichkeitsschwelle** überschritten werden.²²⁶ Das ist der Fall, wenn bei einer an sich fremden Angelegenheit eine Schmälerung des Geschäftsergebnisses der Gesellschaft oder Schadenersatzansprüche gegen die Gesellschaft konkret zu befürchten sind.²²⁷ Auch relevante Daten von Wettbewerbern können im Einzelfall mittelbare Angelegenheit der Gesellschaft sein.²²⁸ Selbst externe Faktoren, die vordergründig keine Angelegenheit der Gesellschaft sind, können wegen ihrer Auswirkungen auf die Gesellschaft zu deren mittelbaren Angelegenheit werden. So können etwa das tatsächliche Umfeld, wie zB wirtschaftliche oder politische Verhältnisse an einem ausländischen Produktionsstandort²²⁹ oder sonstige externe Risikofaktoren,²³⁰ bei entsprechender Erheblichkeit für die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft selbst das Wetter²³¹, zu Angelegenheiten der Gesellschaft werden.

Ist ein Auskunftsrecht nicht gegeben, weil keine Angelegenheiten der Gesellschaft betroffen sind, so lässt es sich auch nicht dadurch begründen, dass der Gegenstand des Auskunftsverlangens durch einen Antrag auf Sonderprüfung zum Beschlussgegenstand der Hauptversammlung gemacht wird.²³² Erschließt sich aus der Frage eines Aktionärs nicht, dass eine fremde Angelegenheit wegen Erreichens der Erheblichkeitsschwelle

²¹⁹ LG München I 28.5.2010 – 5 HK O 14307/07, Rdn 31 (juris); Hölters/*Drinhausen* § 131 Rdn 8; Heidel/*Heidel* § 131 Rdn 28; Grigoleit/*Herrler* § 131 Rdn 12; KK/*Kersting* § 131 Rdn 91; Hüffer/*Koch* § 131 Rdn 12; MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 36; Bürgers/*Körber*/*Reger* § 131 Rdn 7; Schmidt/Lutter/*Spindler* § 131 Rdn 28.

²²⁰ LG München I 28.1.2010 – 5 HK O 15937/09, Rdn 57 (juris).

²²¹ LG München I 28.5.2010 – 5 HK O 14307/07, Rdn 31, 32 (juris).

²²² KG 15.2.2001 – 2W 328/00, Rdn 59 (juris).

²²³ BayObLG 9.9.1996 – 3 Z BR 36/94, ZIP 1996, 1945, 1949.

²²⁴ Hölters/*Drinhausen* § 131 Rdn 8; Grigoleit/*Herrler* § 131 Rdn 12; Hüffer/*Koch* § 131 Rdn 12; MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 35, 37; Bürgers/*Körber*/*Reger* § 131 Rdn 7; Wachter/*Wachter* § 131 Rdn 10.

²²⁵ Begr RegE bei *Kropff Aktiengesetz* 1965, S 185; Vorgänge bei einem verbundenen Unternehmen; OLG Köln 27.9.2001 – 18 U 49/01, AG 2002, 89, 91; BayObLG 14.7.1999 – 3 Z BR 11/99, NZG 1999, 1218, 1219; BayObLG 23. 8. 1996 – 3 Z BR 130/96, DStR 1997, 832, 833; OLG Düsseldorf 5.11.1987 – 19 W 6/87, AG 1988, 53, 53f; Heidel/*Heidel* § 131 Rdn 28; KK/*Kersting* § 131 Rdn 92; MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 37.

²²⁶ BayObLG 4. 4. 2001 – 3 Z BR 70/00, NZG 2001, 608, 610; Hölters/*Drinhausen* § 131 Rdn 8; Grigoleit/*Herrler* § 131 Rdn 12; MünchHdb AG/*Hoffmann-Becking* § 38 Rdn 14; MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 67; Spindler/Stilz/*Siems* § 131 Rdn 23; Schmidt/Lutter/*Spindler* § 131 Rdn 28, 40; Wohlleben, S 102, 108; weitergehend Wüsthoff S 7.

²²⁷ BayObLG 9.9.1996 – 3 Z BR 36/94, ZIP 1996, 1945, 1949.

²²⁸ Kiethe NZG 2003, 401, 403; MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 37.

²²⁹ Kiethe NZG 2003, 401, 403; MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 37; eingeschränkt Trouet NJW 1986, 1302, 1303.

²³⁰ Kiethe NZG 2003, 401, 403; Bürgers/*Körber*/*Reger* § 131 Rdn 7.

²³¹ Heidel/*Heidel* § 131 Rdn 29.

²³² BayObLG 9.9.1996 – 3 Z BR 36/94, ZIP 1996, 1945, 1949: Hypobank: Abstimmungsempfehlungen Kreditinstitut gegenüber Depotkunden (Rdn 91); Butzke G 40; Bürgers/*Körber*/*Reger* § 131 Rdn 7.

gleichzeitig eine mittelbare Angelegenheit der Gesellschaft darstellt, so trägt der Aktiönnär die **Darlegungslast** (s auch Rdn 152).²³³

- 85 **b) Bedeutung.** Trotz des weiten Begriffsverständnisses ist die Notwendigkeit einer Betroffenheit von Angelegenheiten der Gesellschaft nicht überflüssig, sondern sie stellt eine selbstständige tatbestandliche **Einschränkung der Reichweite des Auskunftsrechts** dar.²³⁴ Die Spruchpraxis belegt, dass das Tatbestandsmerkmal als Einschränkung des Anwendungsbereichs des § 131 nicht ohne praktische Bedeutung ist. Zutreffend ist aber, dass ein Auskunftsbegehren in der Gerichtspraxis viel seltener an der fehlenden Angelegenheit der Gesellschaft als an der fehlenden Erforderlichkeit der Auskunft oder einem Auskunftsverweigerungsrecht scheitert.²³⁵ Der Umstand, dass die Aktionärsrechte-RL keine ausdrückliche Beschränkung des Auskunftsrechts auf Angelegenheiten der Gesellschaft enthält, führt nicht zur fehlenden **Konformität** des Tatbestandsmerkmals mit **EU-Recht** (vgl auch Rdn 125).²³⁶
- 86 **c) Einzelfragen. aa) Angelegenheiten von Organmitgliedern.** Persönliche Angelegenheiten von einzelnen Vorstands- oder Aufsichtsratsmitgliedern sind **grundsätzlich keine** Angelegenheiten der Gesellschaft. Die persönlichen Einkommensverhältnisse von Organmitgliedern sind daher keine Angelegenheit der Gesellschaft. Sie können jedoch einen so starken Bezug zur Organtätigkeit haben, dass sie zu einer Angelegenheit der Gesellschaft werden (s auch Rdn 87).²³⁷ Die Frage nach der Gesamtvergütung und auch der Vergütung der einzelnen Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat betrifft nicht nur deren persönliche Angelegenheit, sondern auch eine Angelegenheit der Gesellschaft, s § 285 Nr 9 a, 10 HGB. Die Frage nach der Gesamtvergütung der nicht im Vorstand vertretenen Mitglieder eines Management-Committees betrifft ebenfalls eine Angelegenheit der Gesellschaft.²³⁸
- 87 Fragen nach **Nebentätigkeiten und Vorbildung** betreffen nicht nur persönliche Angelegenheiten der einzelnen Organmitglieder, sondern zugleich Angelegenheiten der Gesellschaft:²³⁹ Sie können Rückschlüsse darauf zulassen, ob die Organmitglieder zur Übernahme ihrer Aufgaben geeignet und befähigt sind und ob sie sich ihrer Organtätigkeit hinreichend sorgfältig und intensiv widmen können (Rdn 195). Gleches gilt für die **Wahrnehmung von konzernfremden Aufsichtsratsmandaten** durch ein Vorstandsmitglied,²⁴⁰ s für börsennotierte Gesellschaften auch § 125 Abs 1 Satz 3 und § 285 Nr 10

²³³ Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 8; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 12; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 35, 37; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 7.

²³⁴ BayObLG 9.9.1996 – 3 Z BR 36/94, ZIP 1996, 1945, 1949: Hypobank; Groß AG 1997, 97, 104; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 35; Schäfer S 64; Spitz/Diekmann ZHR 158 (1994), 447, 453; eingeschr Hüffer/Koch § 131 Rdn 12; abw KK/Kersting § 131 Rdn 94, 96, 98; s auch Bätz S 12, 37; Heidel/Heidel § 131 Rdn 29; Schwartzkopff Rdn 42; Wachter/Wachter § 131 Rdn 10; Ziemons/Binnewies Rz I 10.666.

²³⁵ Butzke G 40; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 35, 37; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 28.

²³⁶ Abw Heidel/Heidel § 131 Rdn 29; KK/Kersting § 131 Rdn 98.

²³⁷ Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 8; MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 12; Hüffer/Koch § 131 Rdn 13; Wachter/Wachter § 131 Rdn 10.

²³⁸ OLG Frankfurt/M 30.1.2006 – 20W 52/05, Rdn 10 (juris).

²³⁹ OLG Frankfurt/M 30.1.2006 – 20 W 56/05, AG 2006, 336, 337; OLG Düsseldorf 22.7.1986 – 19 W 2/86, ZIP 1986, 1557, 1558: RWE; KK/Kersting § 131 Rdn 92; Hüffer/Koch § 131 Rdn 13; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 36, 230; Lutter ZGR 1985, 117, 121.

²⁴⁰ BayObLG 30.11.1995 – 3 Z BR 161/93, WM 1996, 119, 121: Allianz; KG 24.8.1995 – 2 W 4557/94, ZIP 1995, 1592, 1594; Siemens; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 13; Hüffer/Koch § 131 Rdn 13; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 198; einschränkend OLG Düsseldorf 5.11.1987 – 19 W 6/87, WM 1986, 1435, 1436; LG Frankfurt/M 16.9.1994 – 3/3 O 873/92, WM 1994, 1929, 1931.

HGB. Auch Fragen zu den wirtschaftlichen Verhältnissen von Organmitgliedern wie die Frage nach persönlichen bzw wirtschaftlichen Verpflichtungen können im Einzelfall eine Angelegenheit der Gesellschaft betreffen.²⁴¹ Die Frage nach den wirtschaftlichen Beziehungen eines Kandidaten für den Aufsichtsrat zu einem Großaktionär der Gesellschaft (quantitativer Anteil von Honorareinkünften als Rechtsanwalt) betrifft eine mittelbare Angelegenheit der Gesellschaft (s aber Rdn 215).²⁴²

Bei der Frage nach der Teilnahme einzelner Aufsichtsratsmitglieder an Aufsichtsratssitzungen handelt es sich im Lichte von § 109 und Ziff 5.4.7 DCGK um eine Angelegenheit der Gesellschaft.²⁴³ **Konkrete Vorgänge in der Aufsichtsratssitzung** betreffen eine Angelegenheit der Gesellschaft.²⁴⁴ Dennoch besteht regelmäßig kein Auskunftsrecht mangels Erforderlichkeit der Auskunft (Rdn 189) und wegen eines Auskunftsverweigerungsrechts gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 1 (Rdn 384).²⁴⁵ Die Frage nach persönlichen Erwägungen, Motiven und Auffassungen **des Aufsichtsratsvorsitzenden** oder einzelner Aufsichtsratsmitglieder im Zusammenhang mit der Beschlussfassung im Aufsichtsrat betrifft dagegen keine Angelegenheiten der Gesellschaft.²⁴⁶ Auch die Frage nach der persönlichen Einschätzung des Vorstandsvorsitzenden oder eines zuständigen Vorstandsmitgliedes zu etwaigen Unregelmäßigkeiten im Unternehmen oder ihrer strafrechtlichen Verantwortung in diesem Zusammenhang betrifft keine Angelegenheit der Gesellschaft.

Die Frage nach der Kenntnis der Gesellschaft über das Vorliegen einer Strafanzeige **89** gegen ein ehemaliges Vorstandsmitglied, das in den Aufsichtsrat gewechselt ist, betrifft jedenfalls bei Unklarheit über die Einleitung von Ermittlungen keine Angelegenheit der Gesellschaft.²⁴⁷ Dagegen können laufende **Strafverfahren** gegen Organmitglieder, sofern sie die Organtätigkeit eines Organmitglieds betreffen oder deren Ausübung beeinträchtigen können, eine mittelbare Angelegenheit der Gesellschaft sein.²⁴⁸ Die Kommunikation eines Vorstandsmitglieds mit seinem Strafverteidiger stellt keine Angelegenheit der Gesellschaft dar.²⁴⁹

241 OLG Frankfurt/M 21.3.2006 – 10 U 17/05, AG 2007, 374, 375; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 37.

242 LG Hannover 19.8.2009 – 23 O 90/09, AG 2009, 914, 915; Continental; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 13; Hüffer/Koch § 131 Rdn 13; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 7.

243 OLG Frankfurt/M 15.5.2012 – 5 U 66/11, Rdn 161 (juris).

244 BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 74 (juris) und OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20W 5/11, Rdn 521 (juris); Porsche HV 2010; MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 13; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 199; **abw** OLG Frankfurt/M 8.11.2012 – 21W 33/11, Rdn 36, 42 (juris); LG München I 28.8.2008 – 5 HK O 23244/07, Rdn 382 (juris); Hüffer/Koch § 131 Rdn 14; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 7.

245 BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12 Rdn 74 (juris) und OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20W 5/11, Rdn 521 (juris); Porsche HV 2010; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 199; MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 13; vgl auch BVerfG 20.9.1999 – 1 BvR 636/95, NJW 2000, 349, 351; OLG Stuttgart 15.2.1999 – 3U 118/94, WM 1995, 617, 620; Daimler-Benz/Wenger; **abw** Heidel/Heidel § 131 Rdn 28.

246 BVerfG 20.9.1999 – 1 BvR 636/95, ZIP 1999, 1798, 1800 und OLG Stuttgart 15.2.1995 – 3 U 118/94, WM 1995, 617, 620; Daimler Benz/Wenger; BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12 Rdn 74 (juris) und OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20W 5/11, Rdn 519 (juris); Porsche HV 2010; LG München I 28.8.2008 – 5 HK O 12681/07, Rdn 557 (juris); LG München I 24.4.2008 – 5 HKO 23244/07, Rdn 382 (juris); LG München I 13.4.2006 – 5 HK O 4326/05, Rdn 73 (juris), Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 7; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 28; Wachter/Wachter § 131 Rdn 10; **abw** KK/Kersting § 131 Rdn 93, 94; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 199; Ziemons/Binnewies, Rz 110.665.

247 LG Frankfurt/M 24.1.2005 – 3-5 O 61/03, NZG 2005, 937, 940; Hoffmann-Becking NZG 2017, 281, 285; Hüffer/Koch § 131 Rdn 11; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 242; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 7; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 28; **abw** KK/Kersting § 131 Rdn 94.

248 Hoffmann-Becking NZG 2017, 281, 285; Hüffer/Koch § 131 Rdn 13; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 242; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 28.

249 BGH 16.2.2009 – II ZR 185/07, BGHZ 180, 9, Rdn 44; Kirch/Deutsche Bank; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 28.

- 90 bb) Geschäftspartner.** Vertragliche Beziehungen der Gesellschaft zu Dritten wie Kunden- und Lieferantenbeziehungen sind gleichzeitig unmittelbare Angelegenheiten der Gesellschaft.²⁵⁰ Dementsprechend sind Fragen bezüglich der Vergabe von Mandaten an eine Rechtsanwaltskanzlei sowie hinsichtlich der Bezahlung und der Genehmigung durch den Aufsichtsrat Angelegenheiten der Gesellschaft.²⁵¹ Auch eine verweigerte Geschäftsbeziehung, wie zB ein Liefer- oder Bezugsboykott, kann als Gesellschaftsangelegenheit anzusehen sein.²⁵² Dagegen handelt es sich bei Vorgängen, die sich ausschließlich in der Sphäre eines Geschäftspartners abspielen, grundsätzlich nicht gleichzeitig um eine mittelbare Angelegenheit der Gesellschaft. Anders ist nur dann zu entscheiden, wenn sich aus dem Vorgang in der Sphäre des Geschäftspartners **erhebliche Auswirkungen auf die Gesellschaft** ergeben.²⁵³ So kann etwa die wirtschaftliche Lage eines Geschäftspartners und ggf dessen Eigentümerstruktur zur mittelbaren Angelegenheit der Gesellschaft werden, wenn zu besorgen ist, dass der Geschäftspartner seine Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschaft nicht erfüllen kann.²⁵⁴ Auch die Kundenstruktur kann eine mittelbare Angelegenheit der Gesellschaft sein, wenn sie etwa Rückschlüsse auf eine Abhängigkeit von einzelnen Abnehmern oder Lieferanten oder eine starke geographische Fokussierung zulässt.²⁵⁵ Auch Mißstände bei einem Geschäftspartner (zB unzumutbare Arbeitsbedingungen) können angesichts der zunehmenden Bedeutung der *corporate social responsibility* (Rdn 136) zu einer eigenen Angelegenheit der Gesellschaft werden.
- 91** Die Frage nach berufsrechtlichen Verfahren gegen den **Abschlussprüfer** oder nach dessen Prüfungsaufträgen bei anderen Unternehmen betrifft keine Angelegenheit der Gesellschaft, sofern sich daraus nicht erhebliche Auswirkungen auf die Gesellschaft ergeben.²⁵⁶ Die Frage nach den **Abstimmungsempfehlungen einer Bank gegenüber ihren Depotkunden** betreffend die Ausübung des Vollmachtstimmrechts bei Drittgesellschaften betrifft ebenfalls keine Angelegenheit der Gesellschaft.²⁵⁷
- 92 cc) Aktionäre.** Die Frage nach dem **Namen** von Aktionären, nach der **Höhe des Aktienbesitzes** oder dem Buchwert der Beteiligung von Aktionären betrifft keine Angelegenheit der Gesellschaft.²⁵⁸ Über das Einsichtsrecht der Aktionäre gemäß § 129 Abs 4 in der Hauptversammlung hinaus besteht keine Auskunftspflicht. Gleiches gilt für Fragen nach der Aktiönersstruktur.²⁵⁹ Etwas anderes gilt nur für Informationen betreffend ge-

²⁵⁰ MünchHdb AG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 10; Hüffer/Koch § 131 Rdn 11; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 36; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 23; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 28; Wohlleben, S 109.

²⁵¹ OLG Frankfurt/M 23.7.2010 – 5W 91/09, Rdn 30 (juris); Hüffer/Koch § 131 Rdn 13.

²⁵² Hüffer/Koch § 131 Rdn 13; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 36.

²⁵³ Heidel/Heidel § 131 Rdn 28; MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 10; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 37.

²⁵⁴ Heidel/Heidel § 131 Rdn 28; Wohlleben, S 109.

²⁵⁵ Heidel/Heidel § 131 Rdn 28; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 221.

²⁵⁶ LG Frankfurt/M 20.1.1992 – 3/1 O 169/91, AG 1992, 235, 236; Hornblower Fischer; Butzke G 59; KK/Kersting § 131 Rdn 226 Fn 408; Hüffer/Koch § 131 Rdn 13; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 60.

²⁵⁷ BayObLG 9.9.1996 – 3 Z BR 36/94, ZIP 1996, 1945, 1949; Hypobank; Butzke G 40; Hüffer/Koch § 131 Rdn 13; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 7; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 28; abw Heidel/Heidel § 131 Rdn 28; KK/Kersting § 131 Rdn 95; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 190, 191.

²⁵⁸ LG Frankfurt/M 24.4.2007 – 3-5 O 80/06, BeckRS 2007, 16382, Rdn 24; LG Düsseldorf 25.4.2008 – 39 O 144/07, Rdn 84 (juris); LG Bonn 9.3.2004 – 11 O 35/03, Rdn 34 (juris); Hüffer/Koch § 131 Rdn 13; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 192; Schaaf, S 208; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 23; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 28; Wachter/Wachter § 131 Rdn 10; vgl auch KG 30.6.1994 – 2 W 4531/93 und 4642/93, WM 1994, 1479, 1487: keine Auskunft über alle Aktionäre, die mehr als 0,5% des Grundkapitals halten.

²⁵⁹ LG Düsseldorf 25.4.2008 – 39 O 144/07, Rdn 84 (juris); LG München I 13.4.2006 – 5 HK O 4326/05, Rdn 74 (juris); LG Frankfurt/M 16.9.1994 – 3-3 O 83/92, WM 1994, 1929; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 192;

mäß §§ 21, 22 WpHG oder §§ 20, 21 meldepflichtige Stimmrechtsanteile, die dem Vorstand infolge der Mitteilung bekannt geworden sind. Soweit keine Kenntnis der Gesellschaft besteht, besteht auch keine Auskunftspflicht.²⁶⁰ Auch die Frage nach der Staatsangehörigkeit und der regionalen Struktur der Anleger betrifft keine Angelegenheit der Gesellschaft.²⁶¹ Keine Angelegenheit der Gesellschaft betreffen Fragen nach der Zahl und dem **Abstimmungsverhalten von Briefwählern** oder nach Weisungen von Aktionären an Stimmrechtsvertreter.²⁶² Die Frage nach der Benennnung von an dem Verkauf von Aktien interessierten Personen betrifft auch dann eine Privatangelegenheit und keine Angelegenheit der Gesellschaft, wenn es um An- und Verkaufsgespräche eines Vorstandsmitglieds in seiner Eigenschaft als Aktionär geht.²⁶³ Zu Fragen betreffend den Großaktionär s Rdn 101.

dd) Verbundene Unternehmen. Mit der Gesellschaft verbundene Unternehmen **93** (Rdn 107) können nicht generell der Gesellschaft selbst gleichgestellt werden. Deshalb ist die Angelegenheit eines verbundenen Unternehmens **nicht stets eine Angelegenheit der Gesellschaft selbst**.²⁶⁴ Auch die wirtschaftliche Lage eines verbundenen Unternehmens ist nicht stets gleichzeitig eine Angelegenheit der Gesellschaft im Sinne von § 131 Abs 1 Satz 1 (zur Erfassung durch § 131 Abs 1 Satz 4 s Rdn 111).²⁶⁵ Gleichwohl führt die enge Beziehung zwischen der Gesellschaft und einem verbundenen Unternehmen häufig dazu, dass eine **unmittelbare Angelegenheit der Gesellschaft** selbst betroffen ist. Insbesondere betreffen die **rechtlichen und geschäftlichen Beziehungen zu einem verbundenen Unternehmen** Angelegenheiten der Gesellschaft. Die ausdrückliche gesetzliche Regelung der Auskunftspflicht in § 131 Abs 1 Satz 2 hat lediglich klarstellenden Charakter (Rdn 106). Auch außerhalb von § 131 bestehen besondere Auskunftsrechte der Aktionäre zu verbundenen Unternehmen bei Unternehmensverträgen (§ 293g Abs 3), bei der Eingliederung (§ 319 Abs 3 Satz 4), der Umwandlung (§ 64 Abs 2 UmwG) sowie zum Konzernabschluss (§ 326) (Rdn 110). Weder § 131 Abs 1 Satz 2 noch diese besonderen Vorschriften schränken das allgemeine Auskunftsrecht des Aktionärs gemäß § 131 Abs 1 Satz 1 ein. Deshalb wäre ein *argumentum e contrario* unrichtig, dass außerhalb dieser Vorschriften gemäß § 131 Abs 1 Satz 1 keine Auskünfte zu verbundenen Unternehmen zu erteilen sind.²⁶⁶

Spindler/Stilz/Siemss § 131 Rdn 23; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 28; Wachter/Wachter § 131 Rdn 10; weitergehend Heidel/Heidel § 131 Rdn 85: „Aktionärskreis“; Mutter S 17.

260 LG Düsseldorf 25.4.2008 – 39 O 144/07, Rdn 84 (juris).

261 LG München I 13.4.2006 – 5 HK O 4326/05, Rdn 74 (juris).

262 Arnold/Carl/Götze AG 2011, 349, 359; Kocher BB 2014, 2317, 2318; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 28; abw Heidel/Heidel § 131 Rdn 85 „Briefwahl“.

263 OLG Dresden 1.12.1998 – 7 W 426/98, AG 1999, 274, 275.

264 Begr RegE bei Kropff Aktiengesetz 1965, S 185; KK/Kersting § 131 Rdn 94, 249, 252; Hüffer/Koch § 131 Rdn 15; Kort ZGR 1987, 46, 53; Spitz/Diekmann ZHR 158 (1994), 447, 453; Wohlleben, S 105; abw U H Schneider FS Lutter, S 1193, 1195; Ziemons/Binnewies, Rz 110.663; ferner (für GmbH) OLG Hamm 6.2.1986 – 8 W 52/85, AG 1987, 20.

265 Begr RegE bei Kropff, Aktiengesetz 1965, S 185; BayObLG 23.8.1996 – 3 Z BR 130/96, ZIP 1996, 1743, 1746; OLG Hamburg 12.12.1969 – 11 W 34/69, AG 1970, 50, 52; LG München I 10.12.1998 – 5 HKO 10806/97, NZG 1999, 674, 676; einschr KK/Kersting § 131 Rdn 94; abw KG 30.6.1994 – 2 W 4531, 4642/93, WM 1994, 1479, 1485 (unter unzutr Bezugnahme auf BGH 5.4.1993 – II ZR 238/91, BGHZ 122, 211, 238); KG 24.8.1995 – 2 W 1255/95, ZIP 1995, 1585, 1588; Allianz; KG 26.8.1993 – 2 W 6111/92, ZIP 1993, 1618, 1620; hiergegen zutr Krieger DStR 1994, 177, 178.

266 BayObLG 23.8.1996 – 3 Z BR 130/96, ZIP 1996, 1743, 1746; OLG Düsseldorf 5.11.1987 – 19 W 6/87, ZIP 1987, 1555, 1556; OLG Bremen 20.10.1980 – 2 W 35/80, AG 1981, 229, 230; Kort ZGR 1987, 46, 51; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 67, 69; Lutter AG 1985, 117, 120; Spindler/Stilz/Siemss § 131 Rdn 24; abw Trouet NJW 1986, 1302, 1303; Vossel, S 87.

94 Ein Vorgang bei einem verbundenen Unternehmen kann auch außerhalb rechtlicher und geschäftlicher Beziehungen mit der Gesellschaft von solcher Bedeutung sein, dass er zu einer mittelbaren Angelegenheit der Gesellschaft iSv § 131 Abs 1 wird.²⁶⁷ Ebenso wie bei anderen Vorgängen, die sich in der Sphäre eines Dritten abspielen (Rdn 83), sind nur solche Vorgänge bei einem verbundenen Unternehmen, die eine **erhebliche Auswirkung auf die Gesellschaft** haben, gleichzeitig Angelegenheiten der Gesellschaft.²⁶⁸ Auch Angelegenheiten einer 100%-Tochtergesellschaft sind nicht stets Angelegenheit der Muttergesellschaft selbst, sondern nur bei wichtigen Tochtergesellschaften oder Vorgängen mit erheblicher Auswirkung auf die Muttergesellschaft. Erheblichkeit in diesem Sinne ist bei Erreichen der Maßgeblichkeitsschwelle für die Erforderlichkeit der Auskunft iSv § 131 Abs 1 Satz 1 zu bejahen (Rdn 126, 132).²⁶⁹ Soweit die Gesellschaft nicht über die Information zur Auskunftserteilung verfügt, muss sie sich bei einem verbundenen Unternehmen um entsprechende Informationen bemühen (Rdn 290).

95 Von einer hinreichenden Erheblichkeit ist bei allen Vorgängen auf der Ebene einer verbundenen Gesellschaft auszugehen, die den **originären Bereich der Konzernleitung** durch die Obergesellschaft betreffen.²⁷⁰ So sind alle Vorgänge auf der Ebene von verbundenen Unternehmen, die der konzernweiten Unternehmensplanung, Koordination, Kontrolle und Besetzung der Führungsstellen zuzuordnen sind, gleichzeitig Angelegenheiten der (Ober-)Gesellschaft. Deshalb betrifft die Bestellung zum Vorstandsvorsitzenden einer wesentlichen Vertriebsgesellschaft durch den Aufsichtsrat der Tochtergesellschaft eine unmittelbare Angelegenheit der Gesellschaft.²⁷¹ Ebenso können Fragen nach den (Gesamt-)Bezügen von Vorständen verbundener Unternehmen eine Angelegenheit der Gesellschaft betreffen.²⁷²

96 Für die Beurteilung ist auch die **Intensität der Unternehmensverbindung** zwischen der Gesellschaft und ihren Tochtergesellschaften von Bedeutung.²⁷³ Bei der intensivsten Form der Konzernbeziehung aufgrund Eingliederung wird durch § 326 klargestellt, dass eine Angelegenheit der eingegliederten Gesellschaft stets eine Angelegenheit der Gesellschaft ist. Auch beim Bestehen eines Unternehmensvertrages sind Angelegenheiten verbundener Unternehmen angesichts der Verlustausgleichspflicht gemäß § 302 unmittelbare Angelegenheiten der Gesellschaft, sofern es sich nicht um unbedeutende Tochtergesellschaften mit unwesentlichem Verlustrisiko handelt.²⁷⁴

267 Begr RegE bei *Kroppf* Aktiengesetz 1965, S 185; OLG Köln 27.9.2001 – 18 U 49/01, AG 2002, 89, 91; BayObLG 14.7.1999 – 3 Z BR 11/99, NZG 1999, 1218, 1219; Patrizier Bräu; BayObLG 23.8.1996 – 3 Z BR 130/96, ZIP 1996, 1743, 1746; Münchener Rück; OLG Düsseldorf 5.11.1987 – 19 W 6/87, ZIP 1987, 1555, 1556; ebenso zum Vereinsrecht BGH 11.11.2002 – II ZR 125/02, NZG 2003, 396, 397.

268 OLG München 12.3.2014 – 7 U 476/13, Rdn 43, 44; Münchener Rück/Ergo (juris); Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 9; Heidel/Heidel § 131 Rdn 31; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 14; Kort ZGR 1987, 46, 61; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 67; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 8; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 41; Spitze/Diekmann ZHR 158 (1994), 447, 454; Wohlleben, S 102, 108.

269 vgl auch KK/Kersting § 131 Rdn 252; Kort ZGR 1987, 46, 62, 66; Spitze/Diekmann ZHR 158 (1994), 447, 457; **abw** Grage S 198; *Vorauf* Rdn 119.

270 KK/Kersting § 131 Rdn 252; Lutter AG 1985, 117, 121; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 245; Spitze/Diekmann ZHR 158 (1994), 447, 456; im Ergebnis **abw** OLG München 12.3.2014 – 7 U 476/13, Rdn 44, 45; Münchener Rück/“Bonusveranstaltungen“ Ergo (juris).

271 OLG Düsseldorf 13.7.2015 – I-26 W 16/14 (AktE), Rdn 64 (juris); Postbank; vgl auch Lutter AG 1985, 117, 121.

272 OLG Düsseldorf 5.11.1987 – 19 W 6/87, ZIP 1987, 1555, 1557; LG Dortmund 1.10.1998 – 20 AktE 8/98, AG 1999, 133; MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 14; Hüffer/Koch § 131 Rdn 18.

273 OLG München 12.3.2014 – 7 U 476/13, Rdn 43 (juris); Butzke G 56; MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 14; KK/Kersting § 131 Rdn 252; Hüffer/Koch § 131 Rdn 18; Kort ZGR 1987, 46, 62; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 72; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 25; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 41.

274 Hüffer/Koch § 131 Rdn 16; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 72; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 41.

Bei faktischen Konzernbeziehungen werden Vorgänge auf der Ebene der Tochtergesellschaft wie größere Einzelverluste nicht ohne weiteres gleichzeitig zur Angelegenheit der Obergesellschaft. Rechtliche und geschäftliche Beziehungen zu einer Tochtergesellschaft sind allerdings stets unmittelbare Angelegenheiten der Gesellschaft (Rdn 93), s auch § 131 Abs 1 Satz 2 (Rdn 108). Die Veranlassung von Nachteilen bei der Tochtergesellschaft begründet einen Anspruch gegen die Gesellschaft auf Nachteilausgleich gemäß §§ 311, 317, so dass Fragen zu nachteiligen Maßnahmen und Einzelgeschäften eine unmittelbare Angelegenheit der Gesellschaft betreffen.²⁷⁵ Deshalb können auch Fragen nach Konzernumlagen eine Angelegenheit der Gesellschaft betreffen.²⁷⁶

Das Auskunftsrecht des Aktionärs einer abhängigen AG über Beziehungen zu einem herrschenden Unternehmen wird nicht durch die Pflicht zur Erstellung eines Abhängigkeitsberichts (§ 312) eingeschränkt.²⁷⁷ Der Abhängigkeitsbericht kann schon deshalb nicht eine Information der Aktionäre über Beziehungen und Vorgänge im Verhältnis zum herrschenden Unternehmen ersetzen, weil er nur durch den Abschlussprüfer und den Aufsichtsrat zu prüfen ist und den Aktionären gegenüber nicht offen gelegt wird. Gegenüber den Aktionären ist der Abhängigkeitsbericht nicht offenlegungspflichtig; deshalb kann der Inhalt des Abhängigkeitsberichts auch nicht zum Gegenstand eines Auskunftsverlangens gemacht werden.²⁷⁸

Für die Beurteilung des Vorliegens einer Angelegenheit der Gesellschaft kann es auch eine Rolle spielen, ob die Gesellschaft eine unternehmensleitende Holding ist oder ob sie selbst ein operatives Geschäft wahrnimmt. Im ersten Fall sind Vorgänge bei verbundenen Unternehmen eher auch Angelegenheiten der Holding-Gesellschaft, deren Unternehmensgegenstand gerade in der Leitung der Tochtergesellschaften besteht.²⁷⁹ Besteht der Unternehmensgegenstand einer Gesellschaft fast ausschließlich aus einer Mehrheitsbeteiligung an einer operativ tätigen Gesellschaft, so gehören die für die Bewertung dieser operativen Gesellschaft wesentlichen Umstände (hier: Umsatz, Eigenkapital, Ergebnis des letzten Geschäftsjahres) zu den Angelegenheiten der Gesellschaft.²⁸⁰ Schließlich kann für die Beurteilung, ob eine Angelegenheit einer Tochtergesellschaft zugleich eine Angelegenheit der Muttergesellschaft ist, auch der Grad der Konzernstufung eine Rolle spielen. Bei einer unmittelbaren Tochtergesellschaft wird eher eine unmittelbare Auswirkung auf die Muttergesellschaft bestehen als bei einer über viele Konzernstufen vermittelten Beteiligungsgesellschaft.²⁸¹

²⁷⁵ Kort ZGR 1987, 46, 63; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 41; Spitze/Diekmann ZHR 158 (1994), 447, 457.

²⁷⁶ Heidel/Heidel § 131 Rdn 32; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 218; s auch OLG Karlsruhe 29.6.1989 – 11 W 57/89, AG 1990, 82; Asia/BBC; LG Frankfurt/M 14.10.1993 – 3/3 O 65/93, DB 1993, 2371; abw OLG Frankfurt/M 6.1.2003 – 20W 449/93, NZG 2003, 223, 225.

²⁷⁷ OLG Stuttgart 11.8.2004 – 20 U 3/04, NZG 2004, 966, 968; OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2154; OLG Karlsruhe 30.5.1972 – 8 U 231/71, AG 1973, 28, 29; Habersack/Versie AG 2003, 300, 304; Heidel/Heidel § 131 Rdn 32; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 15; Hüffer/Koch § 131 Rdn 15; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 189; UH Schneider FS Lutter, S 1193, 1198; offen lassend OLG Frankfurt/M 20.10.2009 – 5 U 22/09, Rdn 153 (juris); abw OLG Frankfurt/M 26.8.2009 – 23 U 69/08, Rdn 64 (juris); OLG Frankfurt/M 6.1.2003 – 20 W 449/93, NZG 2003, 223, 225; KG 11.2.1972 – 1 W 1672/71, NJW 1972, 2307, 2309.

²⁷⁸ MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 189; insowzut OLG Frankfurt/M 6.1.2003 – 20 W 449/93, NZG 2003, 223, 225.

²⁷⁹ Butzke G 56; Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 19; Heidel/Heidel § 131 Rdn 31; MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 14; KK/Kersting § 131 Rdn 252; Hüffer/Koch § 131 Rdn 18; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 72, 226; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 41; Spitze/Diekmann ZHR 158 (1994), 447, 457.

²⁸⁰ BayObLG 14.7.1999 – 3 Z BR 11/99, NZG 1999, 1218, 1219; Patrizier Bräu/Tucher.

²⁸¹ Ebenroth/Wilken BB 1993, 1818, 1819; s aber MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 73; Spitze/Diekmann ZHR 158 (1994), 447, 468: Auswirkung auf Erforderlichkeit der Auskunft.

- 100** Fragen über **Anteile von verbundenen Unternehmen an börsennotierten Aktiengesellschaften** in Höhe von mindestens 3% erreichen die Erheblichkeitsschwelle und betreffen damit eine mittelbare Angelegenheit der (Ober-)Gesellschaft (Rdn 94).²⁸² Ein Aktionär der Obergesellschaft darf Auskunft über gemäß § 21 WpHG offenlegungspflichtige Stimmrechtsanteile der Tochter an anderen Gesellschaften erwarten (Rdn 31). Dagegen kann die Erheblichkeitsschwelle nicht an absoluten Wertgrenzen festgemacht werden, sondern es kommt in jedem Einzelfall auf die Auswirkungen auf die konkrete Gesellschaft an. Ein Wert von EUR 50 Mio. kann im Einzelfall die Erheblichkeitsschwelle bei weitem überschreiten, bei Großunternehmen mit Milliardenumsätzen und entsprechenden Bilanzsummen jedoch so wenig ins Gewicht fallen, dass eine Angelegenheit bei einer verbundenen Gesellschaft nicht bereits zur mittelbaren Angelegenheit der Gesellschaft wird²⁸³ (Rdn 94, 168).
- 101** **Angelegenheiten eines herrschenden Unternehmens** oder von Schwestergesellschaften sind nicht im gleichen Maße mittelbare Angelegenheiten der Gesellschaft wie Vorgänge auf der Ebene einer Tochtergesellschaft.²⁸⁴ Anders ist die Beurteilung, wenn sie für deren Bestands-, Vermögens-, Gewinn- und Marktinteressen von Bedeutung sind.²⁸⁵ Rechtliche und geschäftliche Beziehungen zur Muttergesellschaft oder zu einer Schwestergesellschaft sind stets unmittelbare Angelegenheiten der Gesellschaft (Rdn 93, 110). Auch die Frage nach Sachverhalten, die einen Anspruch der Gesellschaft auf Nachteilsausgleich gemäß §§ 311, 317 gegen die Muttergesellschaft begründen können, betrifft eine eigene Angelegenheit der (abhängigen) Gesellschaft (Rdn 97). Eine unmittelbare Angelegenheit der Gesellschaft betreffen auch deren Geschäfte mit Mitgliedern der Verwaltung der herrschenden Gesellschaft.²⁸⁶
- 102** Der **Buchwert der Beteiligung des Großaktionärs** an der Gesellschaft betrifft grundsätzlich keine Angelegenheit der Gesellschaft selbst.²⁸⁷ Die Frage, wann der Großaktionär zuletzt Aktien der Gesellschaft zu welchem bestimmtem Preis gekauft hat, betrifft grundsätzlich keine Angelegenheit der Gesellschaft (Rdn 103, 240).²⁸⁸ Persönliche Angelegenheiten eines **Großaktionärs** können nur dann Angelegenheiten der Gesellschaft sein, wenn erhebliche Auswirkungen auf die Gesellschaft möglich sind.²⁸⁹
- 103** **Keine** Angelegenheiten der Gesellschaft sind Vorgänge auf der Ebene eines Mehrheits- oder Hauptaktionärs, die sich nicht gleichzeitig auf die Gesellschaft erheblich

282 S für Beteiligungen von 5% (vor Einführung der Meldepflicht für 3%) KG 15.2.2001 – 2 W 3288/00, AG 2001, 421, 421; BayObLG 23.8.1996 – 3 Z BR 130/96, ZIP 1996, 1743, 1746; Münchener Rück; in der Sache noch weitergehend (unter Heranziehung von § 131 Abs 1 S 2) KG 15.2.2001 – 2 W 3288/00, AG 2001, 421, 421; KG 24.8.1995 – 2 W 1255/95, ZIP 1995, 1585, 1588; Allianz; KG 30.6.1994 – 2 W 4531, 4642/93, WM 1994, 1479, 1485; KG 26.8.1993 – 2 W 6111/92, ZIP 1993, 1618, 1620; *Großfeld/Möhlenkamp* ZIP 1994, 1425, 1425; KK/Kersting § 131 Rdn 92; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 226; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 10.

283 *Ebenroth/Wilken* BB 1993, 1818, 1819; *Grage*, S 199; *Hüffer* ZIP 1996, 401, 406; *Krieger* DStR, 1994, 177, 178; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 218; *Saenger* DB 1997, 145, 147; *Schäfer*, S 122; **abw** KG 15.2.2001 – 2 W 3288/00, ZIP 2001, 1200, 1201; BayObLG 9.9.1996 – 3 Z BR 36/94, ZIP 1996, 1945, 1948; BayObLG 23.8.1996 – 3 Z BR 130/96, ZIP 1996, 1743, 1745; KG 24.8.1995 – 2 W 1255/95, ZIP 1995, 1585, 1587; KG 24.8.1995 – 2 W 4557/94, ZIP 1995, 1592; noch weitergehend *Heidel/Heidel* § 131 Rdn 28 Fn 151.

284 *Butzke* G 40.

285 LG Berlin 17.1.1990 – 98 AktE 10/89, WM 1990, 978, 981; *Vossel*, S 42; ebenso für den GmbH-Konzern etwa *Roth/Altmeppen* GmbHG § 51a Rdn 8; *Baumbach/Hueck/Zöllner* GmbHG § 51a Rdn 12; weitergehend *Lutter/Hommelhoff/Bayer* GmbHG § 51a Rdn 18; *U H Schneider* FS Lutter, S 1193, 1199.

286 OLG Hamburg 30.12.2004 – 11 U 98/04, NZG 2005, 218, 219; *AGIV*; BayObLG 22.3.1999 – 3 ZBR 250/98, AG 1999, 320, 321.

287 LG Heidelberg 7.8.1996 – II KfH O 4/96, AG 1996, 523, 525: Formwechsel Scheidemandel.

288 LG Heidelberg 7.8.1996 – II KfH O 4/96, AG 1996, 523, 525; LG Berlin 17.1.1990 – 98 AktE 10/89, WM 1990, 978, 981.

289 LG Berlin 19.7.2000 – 105 O 32/00, AG 2001, 95, 97.

auswirken. Fragen nach der **Bonität oder Solvenz des Hauptaktionärs** im Zusammenhang mit einem *Squeeze out* betreffen ebenso wenig eine Angelegenheit der Gesellschaft²⁹⁰ wie Fragen nach der Kapitalausstattung eines Kreditinstituts, das gegenüber dem Hauptaktionär eine Gewährleistung für die Erfüllung der Barabfindungsansprüche der außenstehenden Aktionäre gemäß § 327b Abs 3 übernommen hat.²⁹¹ Nur bei Anhaltspunkten für eine Gefährdung der Zahlung der angemessenen Barabfindung kann sich eine Auswirkung auf die Gesellschaft ergeben, weil sie einen *Squeeze out* dann nicht unterstützen dürfte. Ebenso wenig betreffen im Rahmen eines *Squeeze out* Fragen nach dem Buchwert der Gesellschaft bei dem Hauptaktionär oder nach dem letzten Jahresabschluss des Hauptaktionärs eine Angelegenheit der Gesellschaft (Rdn 244).²⁹²

Fragen nach einem Bescheid der **BaFin** und nach dem zugrunde liegenden **Befreiungsantrag eines Großaktionärs** sowie nach einem in diesem Zusammenhang von dem Großaktionär eingeholten Sanierungsgutachten betreffen keine Angelegenheit der Gesellschaft.²⁹³ Ebenso wenig betrifft die Frage, wann die Hauptaktionärin sich **zur Hauptversammlung angemeldet** hat, eine Angelegenheit der Gesellschaft.²⁹⁴ Keine Angelegenheiten der Gesellschaft sind **Gewinne von nicht mit dem Großaktionär verbundenen Unternehmen** aus Geschäften mit dem Großaktionär. So betrifft die Frage nach Gewinnen von Drittgesellschaften aus Derivatgeschäften, die diese mit wesentlichen Aktionären der Gesellschaft abgeschlossen hat, selbst dann keine Angelegenheit der Gesellschaft, wenn die Derivatgeschäfte zwischen der Gesellschaft und ihren Großaktionären abgesprochen sein sollten.²⁹⁵

2. Beziehungen zu verbundenen Unternehmen (§ 131 Abs 1 Satz 2)

a) Bedeutung. Gemäß § 131 Abs 1 Satz 2 erstreckt sich die Auskunftspflicht auch auf **105** die rechtlichen und geschäftlichen Beziehungen der Gesellschaft zu einem verbundenen Unternehmen. Die Ausdehnung auf verbundene Unternehmen ist ausweislich der Gesetzesmaterialien erforderlich, weil die Kenntnis der Beziehungen zu allen verbundenen Unternehmen für die **Beurteilung der Lage der Gesellschaft** wesentlich sei.²⁹⁶ Die Beschränkung auf die rechtlichen und geschäftlichen Beziehungen zu einem verbundenen Unternehmen soll klarstellen, dass sich das Auskunftsrecht nicht auf die Lage der verbundenen Unternehmen erstreckt. Sofern ein Vorgang bei einem verbundenen Unternehmen allerdings so bedeutungsvoll ist, dass er die Lage der Gesellschaft beeinflussen kann, besteht zwar kein Auskunftsrecht gemäß § 131 Abs 1 Satz 2, wohl aber gemäß § 131 Abs 1 Satz 1, weil es sich dann um eine Angelegenheit der Gesellschaft handelt (Rdn 94).²⁹⁷

Die Regelung des § 131 Abs 1 Satz 2 ist **nicht** als **Einschränkung des § 131 Abs 1 106 Satz 1** zu verstehen. Die begehrte Auskunft nach den rechtlichen und geschäftlichen Beziehungen der Gesellschaft zu ihren verbundenen Unternehmen, aber auch zu Drittunternehmen, ist zugleich eine Angelegenheit der Gesellschaft iSv § 131 Abs 1 Satz 1

²⁹⁰ OLG Düsseldorf 19.12.2008 – 17 U 63/08, Rdn 68 (juris) und LG Krefeld 20.8.2008 – 11 O 14/08, Rdn 65 (juris); LG Düsseldorf 25.4.2008 – 39 O 144/07, Rdn 84 (juris); LG Bonn 9.3.2004 – 11 O 35/03, Rdn 78 (juris).

²⁹¹ LG München I 28.8.2008 – 5 HKO 12861/07, Rdn 564 (juris).

²⁹² OLG Düsseldorf 19.12.2008 – 17 U 63/08, Rdn 68 (juris) und LG Krefeld 20.8.2008 – 11 O 14/08, Rdn 65 (juris); LG Bonn 9.3.2004 – 11 O 35/03, Rdn 34, 38 (juris).

²⁹³ OLG Frankfurt/M 16.2.2009 – 5 W 38/08, Rdn 33 (juris); Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 28.

²⁹⁴ LG Frankfurt/M 28.10.2008 – 3-50 113/08, Rdn 53 (juris).

²⁹⁵ OLG Stuttgart 8.7.2015 – 20 U 2/14, Rdn 350 (juris); Porsche.

²⁹⁶ Begr RegE bei *Kropff Aktiengesetz* 1965, S 185.

²⁹⁷ Begr RegE bei *Kropff Aktiengesetz* 1965, S 185.

(Rdn 90, 93). Die Regelung des § 131 Abs 1 Satz 2 bedeutet umgekehrt auch keine Erweiterung des Auskunftsrechts gemäß § 131 Abs 1 Satz 1. Insbesondere unterliegt auch die Auskunftspflicht gemäß § 131 Abs 1 Satz 2 der sich aus Satz 1 ergebenden Beschränkung, wonach nur insoweit Auskunft zu geben ist, wie dies zur sachgemäßen Beurteilung des Gegenstandes der Tagesordnung erforderlich ist. Die Vorschrift des § 131 Abs 1 Satz 2 hat demnach insgesamt nur **deklaratorische Bedeutung**.²⁹⁸

107 b) Verbundene Unternehmen. Der Begriff des verbundenen Unternehmens iSv § 131 Abs 1 Satz 2 entspricht demjenigen des § 15. Neben unmittelbaren und mittelbaren Tochtergesellschaften der Gesellschaft sind auch deren Schwestergesellschaften sowie mittelbare und unmittelbare Obergesellschaften und wechselseitig beteiligte Unternehmen (§ 19) oder der andere Vertragsteil eines Unternehmensvertrags (§§ 291, 292) erfasst.²⁹⁹ Einer Ausdehnung des Begriffes des verbundenen Unternehmens über die Legaldefinition des § 15 hinaus auch auf maßgebliche Minderheitsbeteiligungen bedarf es nicht,³⁰⁰ zumal auch in solchen Fällen eine Angelegenheit der Gesellschaft iSv § 131 Abs 1 Satz 1 betroffen sein kann. Lediglich schuldrechtliche Abreden der Gesellschaft mit einem Drittunternehmen, wie zB ein Lizenzvertrag, begründen keine Beziehung zwischen verbundenen Unternehmen und damit auch kein Auskunftsrecht gemäß § 131 Abs 1 Satz 2.³⁰¹ Auch die Beziehung der Gesellschaft oder ihres Mehrheitsaktionärs zu stillen Gesellschaftern ist nicht von § 131 Abs 1 Satz 2 erfasst.³⁰²

108 c) Rechtliche und geschäftliche Beziehungen. Unter rechtlichen und geschäftlichen Beziehungen im Sinne des § 131 Abs 1 Satz 2 sind alle Umstände zu verstehen, die die Beziehung der Gesellschaft zu einem verbundenen Unternehmen begründen oder ausgestalten.³⁰³ Hierunter fallen etwa der Umfang des Beteiligungsbesitzes an einem verbundenen Unternehmen, personelle Verflechtungen, die Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen durch etwaige Unternehmensverträge und der Abschluss und Inhalt von sonstigen Verträgen aller Art mit verbundenen Unternehmen.³⁰⁴ Erfasst sein können etwa wesentliche Aspekte von Service-Agreements und Kooperationsverträgen mit der Muttergesellschaft,³⁰⁵ die vom herrschenden Unternehmen berechneten Vertriebskosten,³⁰⁶ die

298 BayOBLG 23.8.1996 – 3 Z BR 130/96, ZIP 1996, 1743,1746; Münchener Rück; OLG Bremen 20.10.1980 – 2 W 35/80, AG 1981, 229, 230; LG Berlin 17.1.1990 – 98 AktE 10/89, WM 1990, 978, 981; Heidel/Heidel § 131 Rdn 30; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 14; KK/Kersting § 131 Rdn 249; Hüffer/Koch § 131 Rdn 15; Kort ZGR 1987, 46, 51; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 69; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 8; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 37; **abw** Vossel, S 74, 87.

299 MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 14; Hüffer/Koch § 131 Rdn 16; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 70; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 39; Spitz/Diekmann ZHR 158 (1994), 447, 451.

300 KK/Kersting § 131 Rdn 251; Hüffer/Koch § 131 Rdn 16; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 70; Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner § 34 Rdn 51; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 39; **abw** wohl Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 19.

301 Hüffer/Koch § 131 Rdn 16; Kort ZGR 1987, 46, 51; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 70; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 39; Spitz/Diekmann ZHR 158 (1994), 447, 452; **abw** LG Heilbronn 6.3.1967 – KfH AktE 1/67, AG 1967, 81, 82.

302 BGH 21.7.2003 – II ZR 109/02, Rdn 13 (juris).

303 Heidel/Heidel § 131 Rdn 30; KK/Kersting § 131 Rdn 250; Hüffer/Koch § 131 Rdn 17; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 71; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 40; Spitz/Diekmann ZHR 158 (1994), 447, 453.

304 KK/Kersting § 131 Rdn 250; Hüffer/Koch § 131 Rdn 17; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 8; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 40; Spitz/Diekmann, ZHR 158 (1994), 447, 453.

305 OLG Stuttgart 11.8.2004 – 20U 3/04, NZG 2004, 966, 968.

306 Vgl OLG Stuttgart 11.8.2004 – 20U 3/04, NZG 2004, 966, 968; Hüffer/Koch § 131 Rdn 17; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 40; Spitz/Diekmann ZHR 158 (1994) 447, 453; **abw** OLG Frankfurt/M 6.1.2003 – 20 W 449/93, AG 2003, 335, 335 f; KG 11.2.1972 – 1 W 1672/71, NJW 1972, 2307, 2309.

Höhe von **Konzernumlagen**³⁰⁷ oder die Tatsache einer Mithaftung für verbundene Unternehmen.³⁰⁸ Von § 131 Abs 1 Satz 2 gedeckt ist auch die Frage, ob die Abrechnungspreise für Rohöl zwischen einer Muttergesellschaft und ihrer Tochter die Marktpreise übersteigen.³⁰⁹ Eine geschäftliche Beziehung der Gesellschaft zu der Muttergesellschaft betrifft auch die Frage, ob die Muttergesellschaft Geschäftschancen der Gesellschaft (*corporate opportunities*) für sich selbst ausgenutzt hat.

Wie sich schon aus den Gesetzesmaterialien ergibt, ist mit rechtlichen und geschäftlichen Beziehungen iSv § 131 Abs 1 Satz 2 **nicht** die **wirtschaftliche Lage der verbundenen Unternehmen** erfasst (Rdn 105); ein Anspruch aus Auskunft hierüber kann sich im Einzelfall bei Erreichen der Erheblichkeitsschwelle aus § 131 Abs 1 Satz 1 ergeben, da dann gleichzeitig eine Angelegenheit der Gesellschaft selbst betroffen ist (Rdn 94).³¹⁰ Zudem besteht ein Auskunftsrecht gemäß § 131 Abs 1 Satz 4 zur Lage des Konzerns (Rdn 111).

d) Spezielle Auskunftsrechte zu verbundenen Unternehmen. Außerhalb von § 131 Abs 1 Satz 2 und dem allgemeinen Auskunftsanspruch gemäß § 131 Abs 1 Satz 1 bestehen eine Reihe von spezialgesetzlichen Auskunftsansprüchen der Aktionäre zu verbundenen Unternehmen. So bestehen Auskunftsrechte im Zusammenhang mit dem Abschluss und der Änderung eines Unternehmensvertrages (§ 293g Abs 3, § 295 Abs 2 Satz 3), im Zusammenhang mit und infolge einer Eingliederung (§ 319 Abs 3 Satz 4, § 320 Abs 4 Satz 3, § 326) sowie anlässlich einer Verschmelzung (§ 64 Abs 2 UmwG) oder einer Spaltung (§ 125 UmwG). Diese speziellen Auskunftsrechte schränken den Auskunftsanspruch des § 131 nicht ein und stellen – mit Ausnahme des § 326 – auch keine Erweiterung des § 131 dar, sondern haben lediglich klarstellenden Charakter (Rdn 25).

3. Lage des Konzerns und konsolidierter Unternehmen (§ 131 Abs 1 Satz 4)

a) Bedeutung. Gemäß § 131 Abs 1 Satz 4 erstreckt sich die Auskunftspflicht in der Hauptversammlung, der der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht vorgelegt werden, auch auf die Lage des Konzerns und der Unternehmen, welche in den Konzernabschluss einbezogen sind. Die Vorschrift wurde 2002 durch das TransPuG eingefügt und ersetzt den nahezu wortgleichen § 337 Abs 4 aF.³¹¹ Die Auskunftspflicht des Vorstands eines Mutterunternehmens (§ 290 Abs 1, 2 HGB) wird durch § 131 Abs 1 Satz 4 inhaltlich **erweitert**.³¹² Die Lage des Konzern und der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen ist gemäß § 131 Abs 1 Satz 1, 2 nur dann als Angelegenheit der Gesellschaft erfasst, wenn sie erhebliche Bedeutung für die Bedeutung selbst hat (Rdn 83, 94, 109). Abgesehen von dieser Erweiterung besteht auch gemäß § 131 Abs 1 Satz 4 nur

307 OLG Karlsruhe 29.6.1989 – 11W 57/89, AG 1990, 82; Asea/BBC; LG Frankfurt/M 14.10.1993 – 3/3 O 65/93, DB 1993, 2371; **abw** OLG Frankfurt/M 6.1.2003 – 20 W 449/93, NZG 2003, 224, 225.

308 LG Frankfurt/M 7.6.1993 – 3/1 O 10/93, ZIP 1994, 784, 785; Diskuswerke/Naxos.

309 OLG Hamburg 6.11.1970 – 11 W 18/70, AG 1970, 372.

310 Begr RegE bei *Kropff*, Aktiengesetz 1965, S 185; BayObLG 23.8.1996 – 3 Z BR 130/96, ZIP 1996, 1743, 1746; OLG Hamburg 12.12.1969 – 11 W 34/69, AG 1970, 50, 52; LG München I 10.12.1998 – 5 HKO 10806/97, NZG 1999, 674, 676; *Krieger* DStR 1994, 177, 178; **abw** KG 30.6.1994 – 2 W 4531, 4642/93, WM 1994, 1479, 1485 (unter unzutr. Bezugnahme auf BGH 5.4.1993 – II ZR 238/91, BGHZ 122, 211, 238); KG 24.8.1995 – 2 W 1255/95, ZIP 1995, 1585, 1588; Allianz; KG 26.8.1993 – 2 W 6111/92, ZIP 1993, 1618, 1620.

311 BGBI I 2002, 2681.

312 OLG München 12.3.2014 – 7 U 476/13, Rdn 47 (juris); *Butzke* G 56; MünchHdb AG/*Hoffmann-Becking* § 38 Rdn 15; KK/*Kersting* § 131 Rdn 254; *Hüffer/Koch* § 131 Rdn 20; *Schmidt/Lutter/Spindler* § 131 Rdn 42; **abw** Heidel/*Heidel* § 131 Rdn 49; *Grigoleit/Herrler* § 131 Rdn 17: Klarstellung.

dann eine Auskunftsverpflichtung, wenn die übrigen Tatbestandsvoraussetzungen des § 131 erfüllt sind. Die verlangte Auskunft muss deshalb iSv § 131 Abs 1 Satz 1 zur sachgerechten Beurteilung des Gegenstands der Tagesordnung erforderlich sein.³¹³ Auch das Auskunftsverweigerungsrecht des § 131 Abs 3 gilt uneingeschränkt, und zwar gleichermaßen bezüglich der in die Konsolidierung einbezogenen Einzelabschlüsse wie für den Konzernabschluss selbst.³¹⁴ Die Gegenausnahmen in § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 3 und 4 bei Feststellung des Jahresabschlusses durch die Hauptversammlung sind jedoch nicht einschlägig.³¹⁵

- 112 b) Anwendungsbereich.** Erfasst sind von § 131 Abs 1 Satz 4 alle gemäß §§ 294, 296 HGB **voll konsolidierten** Unternehmen. Darüber hinaus erstreckt sich der Anwendungsbereich auch auf **quotenkonsolidierte** Unternehmen (§ 310 HGB), **nicht** aber auf **assoziierte** Unternehmen iSd §§ 311f HGB.³¹⁶ Im letzteren Fall kann nur bei Erreichen der Erheblichkeitsschwelle eine Angelegenheit der Gesellschaft gemäß § 131 Abs 1 Satz 1 betroffen sein (Rdn 83). Über den Wortlaut hinausgehend sind von § 131 Abs 1 Satz 4 alle Unternehmen erfasst, die gesetzlich in den Konzernabschluss einzubeziehen sind, auch wenn sie pflichtwidrig nicht einbezogen wurden.³¹⁷
- 113** Die Auskunftspflicht des § 131 Abs 1 Satz 4 gilt nur in der Hauptversammlung, der der Konzernabschluss und der Konzernlage vorgelegt werden; sie gilt damit nur für die **ordentliche Hauptversammlung** der konsolidierungspflichtigen Muttergesellschaft; für außerordentliche Hauptversammlungen, in denen der Konzernabschluss nicht vorgelegt wird, kommen Auskünfte zur Lage der Konzerns und der in den Konzernabschluss einzubeziehenden Unternehmen nur bei Erreichen der Erheblichkeitsschwelle des § 131 Abs 1 Satz 1 in Betracht (Rdn 94, 132), wobei zusätzlich die Erforderlichkeit der Auskunft zur Beurteilung eines konkreten Tagesordnungspunktes zweifelhaft sein kann (Rdn 154 ff).³¹⁸ Ist die Muttergesellschaft nicht konsolidierungspflichtig, weil sie gemäß §§ 341i, 291 HGB wegen Aufstellungen des Konzernabschlusses durch die Konzerngroßmutter befreit ist, so greift § 131 Abs 1 Satz 4 in der ordentlichen Hauptversammlung der Muttergesellschaft nicht; entsprechende Auskünfte können dann nur bei Erreichen der Erheblichkeitsschwelle (Rdn 94) für eine Angelegenheit der Muttergesellschaft selbst gemäß § 131 Abs 1 Satz 1 verlangt werden.³¹⁹
- 114 c) Lage.** Auskünfte zur Lage des Konzerns und der in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften betreffen nicht nur einen groben Gesamtüberblick über

313 Heidel/Heidel § 131 Rdn 49; MünchHdb AG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 15; KK/Kersting § 131 Rdn 256; Hüffer/Koch § 131 Rdn 20; MünchKommAktG/Kubis § 131 Rdn 68; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 16; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 42.

314 Heidel/Heidel § 131 Rdn 54; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 17; Hüffer/Koch § 131 Rdn 20; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 68; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 42.

315 Hüffer/Koch § 131 Rdn 20; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 68; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 16; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 42.

316 Heidel/Heidel § 131 Rdn 50; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 16; KK/Kersting § 131 Rdn 255; Hüffer/Koch § 131 Rdn 19; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 68; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 16; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 42.

317 Hölters/Drinhausen AktG § 131 Rdn 20; Heidel/Heidel § 131 Rdn 50; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 17; KK/Kersting § 131 Rdn 255; MünchKommAktG/Kubis § 131 Rdn 68; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 16; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 42.

318 Hölters/Drinhausen AktG § 131 Rdn 20; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 17; KK/Kersting § 131 Rdn 257; MünchKommAktG/Kubis § 131 Rdn 68; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 16; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 42; vgl auch Heidel/Heidel § 131 Rdn 53.

319 Abw Heidel/Heidel § 131 Rdn 53.

die geschäftliche Entwicklung des Konzerns und der Unternehmen insgesamt, sondern auch Jahresergebnisse der in den Konzern einbezogenen Unternehmen.³²⁰ Allerdings besteht keine Verpflichtung zu Auskünften über alle Einzelergebnisse von Konzerngesellschaften, sondern es müssen Vorgänge von Bedeutung für die Gesellschaft selbst betroffen sein.³²¹ Erfasst sind danach nur solche Auskünfte, die unter Beachtung der Bilanzdimension der näheren Erläuterung bedeutender Bilanzansätze und Geschäftsvorfälle bzw dem Vergleich mit den Ergebnissen der Vorjahre dienen oder die für die Beurteilung der Ertragslage der Gesellschaft selbst wesentlich sind (Rdn 94, 109).

4. Vorlage des vollständigen Jahresabschlusses (§ 131 Abs 1 Satz 3)

a) Normzweck, praktische Bedeutung. Macht eine kleine bzw. mittelgroße Gesellschaft iSv § 267 Abs 1, 2 HGB von der Möglichkeit der Aufstellung eines abgekürzten Jahresabschlusses gemäß § 266 Abs 1 Satz 3 HGB, § 276 HGB oder § 288 HGB Gebrauch, so kann jeder Aktionär verlangen, dass ihm in der Hauptversammlung über den Jahresabschluss der vollständige Jahresabschluss vorgelegt wird, § 131 Abs 1 Satz 3. Die Vorschrift ist im Rahmen des Bilanzrichtliniengesetzes³²² angefügt worden. Durch die Aktienrechtsnovelle 2016 wurde das redaktionelle Versehen beseitigt, dass ursprünglich auf § 266 Abs 1 Satz 2 HGB (statt Satz 3) abgestellt wurde.³²³ § 131 Abs 1 Satz 3 soll dem Umstand Rechnung tragen, dass ein abgekürzter Jahresabschluss keine vollständige Rechenschaft enthält. Die Gesellschafter sollen in die Lage versetzt werden, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ihrer Gesellschaft beurteilen zu können.³²⁴ Die Regelung des § 131 Abs 1 Satz 3 hat nur **geringe praktische Bedeutung**,³²⁵ weil Aktiengesellschaften typischerweise die Merkmale auch von mittelgroßen Kapitalgesellschaften des § 267 Abs 2 HGB überschreiten und als große Kapitalgesellschaften nicht die Möglichkeit zur Erstellung eines abgekürzten Jahresabschlusses haben.

b) Anspruchsvoraussetzungen. Voraussetzung für einen Anspruch gemäß § 131 Abs 1 Satz 3 ist, dass eine der Erleichterungen für kleine und mittelgroße Kaitalgesellschaften für die Aufstellung der Bilanz (§ 266 Abs 1 Satz 3 HGB), die Aufstellung der Gewinn- und Verlustrechnung (§ 276 HGB) oder für den Anhang (§ 288 HGB) in Anspruch genommen wird; eine kumulative Inanspruchnahme dieser Erleichterungen ist nicht erforderlich.³²⁶ Der Anspruch auf Vorlage des vollständigen Jahresabschlusses besteht ausschließlich, aber auch stets in der Hauptversammlung, die sich mit dem Jahresabschluss zu befassen hat, also in der **ordentlichen Hauptversammlung**. Nicht erforderlich ist, dass die Hauptversammlung den Jahresabschluss selbst feststellt.³²⁷ Die Anspruchsvoraussetzungen entsprechen – mit wesentlichen Ausnahmen (Rdn 118) – den allgemeinen Anforderungen an das Auskunftsrecht des § 131 Abs 1. Ebensowenig wie

³²⁰ OLG Hamburg 24.2.1994 – 11 W 6/94, ZIP 1994, 373; Heidel/Heidel § 131 Rdn 51; abw Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 16; vgl auch OLG Karlsruhe 09.06.1999 – 1 U 288/98, AG 2000, 78.

³²¹ OLG Hamburg 24.2.1994 – 11 W 6/94, ZIP 1994, 373; OLG Hamburg 12.12.1969 – 11 W 34/69, AG 1970, 50; weitergehend Heidel/Heidel § 131 Rdn 49.

³²² BGBl I 1985, S 2355.

³²³ BT Drucks 18/4349 S 25.

³²⁴ Begr RegE bei Biener/Bernecke BiRiliG 1986, S 495.

³²⁵ Heidel/Heidel § 131 Rdn 45.

³²⁶ Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 21; KK/Kersting § 131 Rdn 261; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 96; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 43.

³²⁷ Heidel/Heidel § 131 Rdn 45; KK/Kersting § 131 Rdn 261; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 96.

dort ist für den Anspruch gemäß § 131 Abs 1 Satz 3 die vorherige Ankündigung des Verlangens auf Vorlage durch den Aktionär erforderlich³²⁸ (Rdn 70).

- 117** Ein **analoge Anwendung** von § 131 Abs 1 Satz 3 auf Fälle, in denen die Gesellschaft von anderen gesetzlichen Erleichterungen als denen nach § 266 Abs 1 Satz 3, § 276 oder § 288 HGB Gebrauch macht (zB nach § 286, § 291 HGB), kommt mangels vergleichbaren Informationsbedürfnisses der Aktionäre nicht im Betracht. Unberührt bleibt ein etwaiger Anspruch gemäß § 131 Abs 1 Satz 1 bei Erforderlichkeit der Auskunft zur Beurteilung der Tageordnung.³²⁹ Dagegen ist (erst recht) ein Anspruch gemäß § 131 Abs 1 Satz 3 (analog) in Fällen zu bejahen, in denen die Gesellschaft ohne gesetzliche Grundlage einen unvollständigen Jahresabschluss erstellt.³³⁰ Ebenso liegt eine analoge Anwendung des § 131 Abs 1 Satz 3 in Fällen nahe, in denen eine Kleinstgesellschaft (§ 267a HGB) von den gesetzlichen Erleichterungen zur Aufstellung eines Jahresabschlusses gemäß § 264 Abs 1 Satz 4 HGB Gebrauch macht.³³¹

- 118** § 131 Abs 1 Satz 3 fordert **nicht**, dass die Vorlage des vollständigen Jahresabschlusses gemäß § 131 Abs 1 Satz 1 zur Beurteilung der Tagesordnung erforderlich sein muss. Eine solche **Erforderlichkeit** ist ohnehin gegeben, weil die bilanzrechtliche Publizität einen Standard auch für die Informationen setzt, die ein Aktionär gemäß § 131 erwarten darf (Rdn 31). Erleichterungen für kleine oder mittelgroße Gesellschaften bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ändern nichts am Inforamationsbedürfnis der Aktionäre gemäß § 131 über den vollständigen Jahresabschluss.³³² Eine **Auskunftsverweigerung** nach § 131 Abs 3 Satz 1 ist ausgeschlossen.³³³

- 119** **c) Anspruchscontent.** § 131 Abs 1 Satz 3 gewährt einen Anspruch des Aktionärs auf Vorlage eines vollständigen Jahresabschlusses in der Hauptversammlung. Dieser Anspruch beinhaltet lediglich eine **besondere, genauere Art der Auskunft**.³³⁴ Die Besonderheit besteht darin, dass die Auskunft nicht mündlich zu erteilen ist, sondern durch Vorlage eines schriftlichen Dokuments. Die Gesellschaft muss sich durch Vorhalten einer ausreichenden Anzahl von Exemplaren des vollständigen Jahresabschlusses auf die Erfüllung ihrer Verpflichtung gemäß § 131 Abs 1 Satz 3 vorbereiten.³³⁵ Der Anspruch auf Vorlage schließt den Erhalt einer Abschrift oder Kopie ein. Angesichts des klaren Wortlautes des § 131 Abs 1 Satz 3 wird man es grundsätzlich (Rdn 120) nicht genügen lassen können, dass die Gesellschaft dem Aktionär nur die im abgekürzten Jahresabschluss fehlenden Angaben vorlegt.³³⁶ Der Anspruch des § 131 Abs 1 Satz 3 kann gemäß § 132 durchgesetzt³³⁷ oder zum Gegenstand einer Anfechtungsklage wegen Verletzung des Auskunftsrechts gemacht werden.

- 120** Neben dem Anspruch auf Vorlage eines Jahresabschlusses in nicht abgekürzter Form gemäß § 131 Abs 1 Satz 3 ist ein inhaltsgleicher Anspruch auf **mündliche Auskunft**

³²⁸ Heidel/Heidel § 131 Rdn 47; KK/Kersting § 131 Rdn 262.

³²⁹ MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 101.

³³⁰ MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 101.

³³¹ Hüffer/Koch § 131 Rdn 39.

³³² Heidel/Heidel § 131 Rdn 46; Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 71; KK/Kersting § 131 Rdn 261; Hüffer/Koch § 131 Rdn 20; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 96; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 43.

³³³ KK/Kersting § 131 Rdn 262.

³³⁴ OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2151; KK/Kersting § 131 Rdn 262; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 96; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 43.

³³⁵ Heidel/Heidel § 131 Rdn 47; KK/Kersting § 131 Rdn 262; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 97; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 43.

³³⁶ KK/Kersting § 131 Rdn 262; abw MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 97.

³³⁷ OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2151; Hüffer/Koch § 131 Rdn 39; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 100.

gemäß § 131 Abs 1 Satz 1 ausgeschlossen. Wird in der Hauptversammlung ein Jahresabschluss in nicht abgekürzter Form gemäß § 131 Abs 1 Satz 3 vorgelegt, ist der Anspruch des die Auskunft begehrenden Aktionärs erfüllt.³³⁸ Wird ein Jahresabschluss entgegen der Verpflichtung aus § 131 Abs 1 Satz 3 nicht vorgelegt, kann der **Aktionär** aber nach eigener **Wahl** eine entsprechende Auskunft in mündlicher Form beghren.³³⁹ Verlangt ein Aktionär von vornherein statt einer Vorlage des Jahresabschlusses im nicht abgekürzter Form eine mündliche Auskunft, so wäre es ein unnötiger Formalismus, der Gesellschaft, die sich darauf einlässt, die Möglichkeit einer Erfüllung durch mündliche Auskunft zu versagen und stattdessen die Vorlage des vollständigen schriftlichen Jahresabschlusses zu verlangen.³⁴⁰ Die **Gesellschaft** kann aber grundsätzlich nicht den Anspruch auf Vorlage gemäß § 131 Abs 1 Satz 3 durch eine mündliche Auskunft erfüllen (Rdn 119).³⁴¹ Sofern es nur um wenige Positionen des Anhangs geht, deren mündliche Mitteilung ein Aktionär leicht nachvollziehen kann, dürfte aber kein schutzwürdiges Interesse eines Aktionärs auf gerichtliche Durchsetzung einer schriftlichen Vorlage eines vollständigen Jahresabschlusses gemäß § 131 Abs 1 Satz 3 bestehen.³⁴²

IV. Erforderlichkeit der Auskunft

1. Bedeutung

a) Normzweck. Die Auskunftspflicht ist auf solche Auskünfte beschränkt, die zur **121** sachgemäßen Beurteilung des Gegenstandes der Tagesordnung erforderlich sind. Die Notwendigkeit der Erforderlichkeit der Auskunft soll **Missbräuche des Auskunftsrechts verhindern** und einen **ordnungsgemäßen Ablauf der Hauptversammlung gewährleisten**. Die Hauptversammlung soll nicht durch Fragen gestört werden, die zwar mit dem Gegenstand der Verhandlung im Zusammenhang stehen, deren Beantwortung jedoch nicht nötig ist, um ihn sachgemäß zu beurteilen.³⁴³ Nach § 112 Abs 1 Satz 1 AktG 1937 genügte es dagegen, dass die begehrte Auskunft mit dem Gegenstand der Verhandlung im Zusammenhang stand. Für die dementsprechend seinerzeit geübte großzügige Auslegung³⁴⁴ besteht im Hinblick auf die vom Gesetzgeber mit dem Merkmal der Erforderlichkeit beabsichtigte Einschränkung des Auskunftsrechts kein Raum mehr (Rdn 127).

b) Praktische Bedeutung. Das Merkmal der Erforderlichkeit ist – neben Maßnahmen zur Beschränkung des Rede- und Fragerechts durch den Versammlungsleiter gemäß § 131 Abs 2 Satz 2 (Rdn 291) – ein wesentlicher Filter zur Abwicklung der Hauptversammlung in einem angemessenen zeitlichen Rahmen. Dennoch ist dieses vom Gesetzgeber

³³⁸ BGH 29.1.1985 – X ZR 54/83, BGHZ 93, 327, 329; OLG Karlsruhe 9.6.1999 – 1 U 288/98, DB 1999, 1998, 1999; OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2153; KK/Kersting § 131 Rdn 263; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 98.

³³⁹ OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2153; Anspruch nach § 131 Abs 1 S 1; KK/Kersting § 131 Rdn 263; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 98; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 43; abw LG Köln 2.4.1990 – 91 O 132/89, AG 1991, 38.

³⁴⁰ Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 71; KK/Kersting § 131 Rdn 263; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 98; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 43.

³⁴¹ KK/Kersting § 131 Rdn 263; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 39.

³⁴² LG München I 3.5.2001 – 5 HKO 23950/00, ZIP 2001, 1148, 1151; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 98; abw KK/Kersting § 131 Rdn 263; Vorauf Rdn 243.

³⁴³ Begr RegE bei Kropff Aktiengesetz 1965, S 185.

³⁴⁴ BGH 7.4.1960 – II ZR 143/58, BGHZ 32, 159, 165.

mit dem begrenzenden Tatbestandsmerkmal der Erforderlichkeit verfolgte Ziel in der **Hauptversammlungspraxis** nach wie vor nicht vollständig erreicht worden. Das Auskunftsrecht wird immer noch zu häufig für nicht an den Tagesordnungspunkten der Hauptversammlung orientierte oder bis ins Detail gehende Fragen genutzt (Rdn 35, 39). Die Verwaltung vieler Gesellschaften ist dennoch bei der Beantwortung der Aktionärsfragen großzügig, weil sie die Konfrontation mit den Aktionären scheut und in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit für die Prüfung der Erforderlichkeit einer Vielzahl von Fragen sowie der nicht immer klaren rechtlichen Beurteilung der Erforderlichkeit (Rdn 156) keine rechtlichen Risiken eingehen will.³⁴⁵ Immerhin gibt es bei großen Hauptversammlungen erste Anzeichen für eine restriktivere Linie bei der Fragenbeantwortung mit Blick auf die fehlende Erforderlichkeit von Auskünften.³⁴⁶

123 Ihre eigentliche Bedeutung erlangt die Erforderlichkeit der Auskunft in der **Gerichtspraxis**. Dort scheitern entsprechende Rügen der Aktionäre einer Verletzung ihres Auskunftsrechts in Anfechtungsverfahren und Verfahren gemäß § 132 am häufigsten daran, dass die Erforderlichkeit der Auskunft verneint wird (Rdn 132ff). Das Tatbestandsmerkmal der Erforderlichkeit der Auskunft hat damit **große Bedeutung** für die Begrenzung des Auskunftsrechts.³⁴⁷

124 c) Vereinbarkeit mit der Aktionärsrechterichtlinie. Die Aktionärsrechte-RL³⁴⁸ gewährleistet in Art 9 für börsennotierte Gesellschaften³⁴⁹ ein Auskunftsrecht der Aktionäre. Eine ausdrückliche Einschränkung auf zur sachgemäßen Beurteilung eines Tagesordnungspunktes erforderliche Informationen findet sich nicht. Der Gesetzgeber hat im Rahmen der Umsetzung der Aktionärsrechte-RL durch das ARUG³⁵⁰ keine Veranlassung zu einer Änderung des § 131 im Allgemeinen sowie des Merkmals der Erforderlichkeit gemäß § 131 Abs 1 Satz 1 im Besonderen gesehen. Dem gegenüber wurde in der Literatur vereinzelt aus Art 9 Abs 1 Aktionärsrechte-RL die Notwendigkeit einer richtlinienkonformen einschränkenden Auslegung der Erforderlichkeit der Auskunft im Sinne eines bloßen Bezuges zur Tagesordnung gefolgt.³⁵¹

125 Der **BGH** hat in Übereinstimmung mit der hL zu Recht die Vereinbarkeit der Erforderlichkeit der Auskunft gemäß § 131 Abs 1 Satz 1 mit der Aktionärsrechte-RL festgestellt.³⁵² Zwar lässt sich die Erforderlichkeit der Auskunft nicht auf Art 9 Abs 1 Aktionärsrechte-RL stützen, da es insoweit genügt, dass eine Frage zu einem Punkt der Tagesordnung gestellt wird, was sachlich der großzügigeren Regelung des § 112 Abs 1

³⁴⁵ Butzke G 46; Kubis ZGR 2014, 608, 611; Noack in VGR (Hrsg), Bd 9, S 37, 44; Tüngler Board 2016, 173, 174.

³⁴⁶ Dafür auch Tüngler Board 2016, 173, 174.

³⁴⁷ Butzke G 42; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 18; Hüffer/Koch § 131 Rdn 21; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 29; s auch Heidel/Heidel § 131 Rdn 33: „kritische Klippe“.

³⁴⁸ 2007/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Ausübung bestimmter Rechte von Aktionären in börsennotierten Gesellschaften, ABl Nr L 184.

³⁴⁹ S aber KK/Kersting Rdn 80: Bedeutung für Auslegung des § 131 auch bei nicht börsennotierten Gesellschaften.

³⁵⁰ Gesetz zur Umsetzung der Aktionärsrechterichtlinie vom 30.7.2009, BGBl I 2009, 2479.

³⁵¹ KK/Kersting § 131 Rdn 112, 128; ders FS Hoffmann-Becking, 651, 652; zust Heidel/Heidel § 131 Rdn 35.

³⁵² BGH 5.11.2013 – II ZB 28/12, BGHZ 198, 354 Rdn 21: Deutsche Bank HV 2010; bestätigt durch BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 27 (juris): Porsche; ebenso schon OLG Frankfurt/M 8. 11. 2012 – 21 W 33/11, AG 2013, 302; OLG Stuttgart 29.2.2012– 20 W 5/11, Rdn 378 (juris); Busche FS Reuter, 939, 948; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 20; Höfs S 15; Hüffer/Koch § 131 Rdn 21; Kocher/Lönnher AG 2010, 153, 155; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 66; Pöschke ZIP 2010, 1221, 1223; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 3a, 11; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 29; Wachter NJW 2014, 547; J Wagner BB 2014, 337; trotz Kritik im Ergebnis auch Teichmann NZG 2014, 401, 407.

Satz 1 AktG 1937 entspricht (Rdn 121).³⁵³ Auch die Entstehungsgeschichte der Aktionärsrechte-RL und deren auf börsennotierte Gesellschaften beschränkter Anwendungsbereich lassen keine Rückschlüsse auf die Zulässigkeit einer Beschränkung der Auskunft im Sinne einer Erforderlichkeit zu.³⁵⁴ Das einschränkende Tatbestandsmerkmal der Erforderlichkeit ist aber eine zulässige Maßnahme zur Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Vorbereitung und eines ordnungsgemäßen Ablaufes der Hauptversammlung im Sinne von Art 9 Abs 2 Aktionärsrechte-RL. Dabei handelt es sich nicht nur um Maßnahmen organisatorischer Art (§ 131 Abs 2 Satz 2), sondern es sind auch Maßnahmen erfasst, die wie die Erforderlichkeit der Auskunft Missbräuche des Auskunftsrechts verhindern und einen ordnungsgemäßen Ablauf der Hauptversammlung gewährleisten sollen (Rdn 121).³⁵⁵ Der BGH hat daraus abgeleitet, dass die Erforderlichkeit der Auskunft offenkundig ein geeignetes und nicht über das erforderliche Maß hinausgehendes Mittel zur Erreichung der der Aktionärsrechte-RL zugrunde liegenden Ziele ist und hat deshalb von einer Vorlage an den EuGH abgesehen.³⁵⁶

2. Allgemeine Grundsätze

a) Maßstab. Für die Beurteilung der Erforderlichkeit kommt es nicht auf die subjektive Sicht des auskunftbegehrenden Aktionärs oder auf die Sicht des Vorstands als Auskunfts-person (Rdn 64) an, sondern es gilt ein **objektiver Maßstab**. Dieser objektive Maßstab gilt unabhängig davon, ob der eine Auskunft begehrende Aktionär eine wesentliche Beteiligung oder nur eine einzige Aktie hält.³⁵⁷ Abzustellen ist auf einen objektiv denkenden (Durchschnitts-)Aktionär, der die Gesellschaftsverhältnisse nur auf Grund allgemein bekannter Tatsachen kennt und deshalb die Auskunft zur Beurteilung der Tagesordnung als nicht nur unwesentliches Beurteilungselement benötigt.³⁵⁸ Ungeachtet dieser seit Jahrzehnten etablierten Formel wird das Tatbestandsmerkmal der Erforderlichkeit in der Literatur vielfach als unbestimmt und als wesentlicher Grund für die fehlende Rechtsicherheit in der Hauptversammlungspraxis bei der Beantwortung von Fragen (Rdn 122) kritisiert.³⁵⁹

353 BGH 5.11.2013 – II ZB 28/12, BGHZ 198, 354 Rdn 23; KK/Kersting § 131 Rdn 113; ders. FS Hoffmann-Becking, 651, 652; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 66; Lack, S 264; Pöschke ZIP 2010, 1221, 1222; zurückhaltend OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 377 (juris); Porsche; insow abw Busche FS Reuter, 939, 948; Teichmann NZG 2014, 401, 405.

354 BGH 5.11.2013 – II ZB 28/12, BGHZ 198, 354 Rdn 25, 26; Kersting FS Hoffmann-Becking, 651, 653; Kubis ZGR 2014, 608, 618; abw OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 378 (juris); Ziemons/Binnewies Rz I 10.667.

355 BGH 5.11.2013 – II ZB 28/12, BGHZ 198, 354 Rdn 27, 28; OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 379 (juris); Hüffer/Koch § 131 Rdn 21; Kocher/Lönnher AG 2010, 153, 156; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 66; Lack, S 265; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 11; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 29; Stöber DStR 2014, 1680, 1683; abw Heidel/Heidel § 131 Rdn 35; KK/Kersting § 131 Rdn 117; ders. FS Hoffmann-Becking, 651, 660; insow auch Pöschke ZIP 2010, 1221, 1222; Teichmann NZG 2014, 401, 404.

356 BGH 5.11.2013 – II ZB 28/12, BGHZ 198, 354 Rdn 27, 37; Kocher/Lönnher AG 2014, 81, 82; krit Kersting ZIP 2013, 2460, 2462; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 29; Stöber DStR 2014, 1680, 1684; Teichmann NZG 2014, 401, 406.

357 KK/Kersting § 131 Rdn 101; abw LG Berlin 17.1.1990 – 98 AktE 10/89, WM 1990, 978, 980: 10%-Beteiligung an Springer AG.

358 BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 26 (juris): Porsche; BGH 5.11.2013 – II ZB 28/12, BGHZ 198, 354 Rdn 20; Deutsche Bank HV 2010; BGH 16.2.2009 – II ZR 185/07, BGHZ 180, 9 Rdn 39; Kirch/Deutsche Bank HV 2003; BGH 18.10.2004 – II ZR 250/02, BGHZ 160, 385, 389; ThyssenKrupp; OLG Düsseldorf 13.7.2015 – I-26 W 16/14 (AktE), NZG 2015, 1115, 1116; OLG Stuttgart 8.7.2015 – 20 U 2/14, Rdn 332 (juris); Porsche HV 2012; OLG München 11.6.2015 – 23 U 4375/14, BeckRS 2015, 11164, Rdn 18; OLG Frankfurt/M 8.11.2012 – 21 W 33/11, NZG 2013, 23, 24.

359 Butzke G 44; Hüffer/Koch § 131 Rdn 22; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 38, 196.

Die Rechtsprechung hat die Erforderlichkeit in jüngerer Zeit dahingehend konkretisiert, dass sie das Auskunftsrecht in qualitativer (Rdn 132) und quantitativer (Rdn 137) Hinsicht sowie hinsichtlich seines Detailierungsgrads (Rdn 140) begrenzt.³⁶⁰ Das Vorliegen der Erforderlichkeit ist vom Gericht **voll überprüfbar**; es besteht weder ein Beurteilungs- noch gar ein Ermessensspielraum des Vorstands (s auch Rdn 513, 515).³⁶¹

127 Bei der Anwendung dieses Maßstabs bestand in Spruchpraxis und Literatur lange Unsicherheit darüber, ob relativ strenge oder eher großzügige Anforderungen gelten. In der Literatur wird zum Teil allgemein ein strenger Maßstab angelegt.³⁶² Die Spruchpraxis wendete früher zur Beurteilung der Entlastung der Verwaltung einen strengen Maßstab der an (Rdn 174).³⁶³ Demgegenüber fanden sich auch Entscheidungen, in denen die Erforderlichkeit einer Auskunft ohne eine nähere Auseinandersetzung mit der konkreten Tagesordnung bejaht wurde.³⁶⁴ Dahinter steht offenbar die Erwägung, dass jedenfalls Tagesordnungspunkte wie die Vorlage des Jahresabschlusses oder die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat in weitgehendem Umfang Fragen ermöglichen.³⁶⁵ Weitergehend wird eine einschränkende Auslegung des Erforderlichkeitmerkmals und damit ein großzügiger Maßstab damit begründet, dass das Tatbestandsmerkmal nur der Missbrauchsvermeidung diene (Rdn 121).³⁶⁶ In der jüngeren Rechtsprechung finden sich demgegenüber **keine Festlegungen** mehr auf **einen strengen oder weiten Prüfungsmaßstab** der Erforderlichkeit der Auskunft. Die Gerichte konzentrieren sich vielmehr sachgerecht auf die Prüfung, ob eine Frage im Einzelfall zur Beurteilung der konkreten Tagesordnung erforderlich ist. Die neuere Spruchpraxis belegt, dass es sich letztlich um Leerformeln handelt, wenn die Erforderlichkeit der Auskunft großzüig oder streng zu handhaben sein soll (Rdn 132ff).³⁶⁷

128 Da auf den Standpunkt eines objektiv urteilenden Aktionärs abzustellen ist, steht der Erforderlichkeit der Auskunft nicht entgegen, dass die entsprechenden **Umstände**

360 BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 26 (juris); Porsche HV 2010; BGH 5.11.2013 – II ZB 28/12, BGHZ 198, 354 Rdn 20; Deutsche Bank HV 2010; BGH 16.2.2009 – II ZR 18507, BGHZ 180, 9, Rdn 39; Kirch/Deutsche Bank; OLG Düsseldorf 13.7.2015 – I-26 W 16/14, Rdn 56 (juris); OLG Stuttgart 8.7.2015 – 20 U 2/14, Rdn 332 (juris); Porsche HV 2012; OLG Stuttgart 2.12.2014 – 20 AktG 1/14, Rdn 118 (juris); Celesio; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 19; Hüffer/Koch § 131 Rdn 29; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 38; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 29.

361 Begr RegE bei *Kroppf* Aktiengesetz 1965, S 185; KG 11.2.1972 – 1 W 1672/71, NJW 1972, 2307, 2308; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 18; MünchHdb AG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 20; KK/Kersting § 131 Rdn 106; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 45; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 33; abw Ebenroth, S 42.

362 Ebenroth, S 38; Groß AG 1997, 97, 100; MünchKommAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 18; Henssler/Strohn/Liebscher § 131 AktG Rdn 6; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 11; Trouet NJW 1986, 1301, 1303; Volhard in Semler/Volhard/Reichert Hdb HV § 11 Rdn 23; grds auch KK/Kersting § 131 Rdn 101 (aber richtlinienkonforme Auslegung, dazu Rdn 125); abw Burgard, S 76; Busche FS Reuter, 939, 948; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 20; Hüffer/Koch § 131 Rdn 25; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 38; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 29.

363 OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2153; OLG Düsseldorf 22.7.1986 – 19 W 2/86, ZIP 1986, 1557, 1558; RWE; KG 11.2.1972 – 1 W 1672/71 NJW 1972, 2307, 2308; LG München I 16.4.1986 – 7 HKO 8835/85, AG 1987, 185, 186; LG München I 10.3.1980 – 7 HKO 7427/79, AG 1981, 79, 81; Paulaner; LG Berlin 17.10.1975 – 91 Akt. E 1/75, AG 1976, 109, 110.

364 S etwa die Spruchpraxis des KG und des BayObLG zu Auskünften betreffend Unternehmensbeteiligungen, näher Rdn 167.

365 Grage, S 50; vgl auch Butzke G 43; Hüffer/Koch § 131 Rdn 12; Schaaf Rdn 757.

366 LG Köln 7.11.2013 – 91 O 64/13 (nv): Deutsche Postbank (aufgehoben durch OLG Düsseldorf 13.7.2015 – I-26 W 16/14 AktE); Heidel/Heidel § 131 Rdn 35; Kiethe NZG 2003, 401, 406; vgl auch Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 10.

367 Bälz S 18; Hefermehl FS Duden 109, 112; Luther FS Möhring, 222, 238; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 29; Wüsthoff S 10.

dem die Auskunft begehrenden **Aktionär** (nicht aber den übrigen Aktionären) bereits **bekannt** sind.³⁶⁸ Entsprechend der Funktion des Auskunftsrechts, das auch zur Meinungs- und Urteilsbildung anderer Aktionäre in der Hauptversammlung beitragen soll (Rdn 7), entfällt die Erforderlichkeit nicht schon deshalb, weil der auskunftsbegehrende Aktionär seine persönliche Entscheidung unabhängig von dieser Auskunft bereits im voraus getroffen hat. Eine Auskunft kann der Aktionär allein deshalb fordern, damit er andere Aktionäre in der Hauptversammlung „auf seine Seite ziehen“ und von seiner bereits feststehenden Entscheidung überzeugen kann.³⁶⁹

b) Beurteilung der Tagesordnung. Ob und in welchem Umfang eine Auskunft erforderlich ist, kann nur im Zusammenhang mit der konkreten Tagesordnung der Hauptversammlung beurteilt und beantwortet werden (Rdn 154 ff).³⁷⁰ Das Auskunftsrecht ist kein Vehikel zur allgemeinen Informationsbefriedigung.³⁷¹ Nicht erforderlich ist, dass der Gegenstand der Tagesordnung, zu dessen sachgemäßer Beurteilung die Auskunft verlangt wird, mit einer Beschlussfassung verbunden ist. Auch die Entgegennahme von Berichten, insbesondere die Vorlage des Jahresabschlusses als erster Tagesordnungspunkt jeder ordentlichen Hauptversammlung, berechtigt zur Einholung von Auskünften (Rdn 157).³⁷² An die Erforderlichkeit einer Auskunft sind insoweit keine anderen Anforderungen zu stellen als bei Tagesordnungspunkten, zu denen eine Beschlussfassung der Hauptversammlung erfolgt.³⁷³ Maßgeblich für die Beurteilung ist nicht die angekündigte, sondern die tatsächlich abgehandelte Tagesordnung.

Durch **Ergänzungsanträge** gemäß §§ 122 Abs 2, 124 Abs 1 sowie Anträge auf Bestellung eines Sonderprüfers (§§ 122 Abs 2, 142) kann zulässigerweise die Tagesordnung erweitert werden. Auch wenn die entsprechenden Anträge in der Hauptversammlung entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung regelmäßig mit großer Mehrheit abgelehnt werden, können Auskünfte zur ergänzten Tagesordnung erforderlich sein.³⁷⁴ Wird ein Tagesordnungspunkt abgesetzt oder vertagt, so entfällt insoweit auch das Auskunftsbedürfnis.³⁷⁵ Durch die Stellung von Gegenanträgen gemäß § 126 wird die Tagesordnung nicht erweitert; soweit Fragen zu dem Tagesordnungspunkt, auf den sich der Gegenantrag bezieht, nicht erforderlich sind, werden sie deshalb auch nicht erforderlich zur Beurteilung des Gegenantrags.³⁷⁶ Werden in der Hauptversammlung **Geschäftsordnungs-**

368 OLG Düsseldorf 22.7.1986 – 19 W 2/86, ZIP 1986, 1557, 1558: RWE; *Butzke* G 44; KK/Kersting § 131 Rdn 156; Hüffer/Koch § 131 Rdn 26; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 43; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 31; *Wohlleben*, S 71; **abw** LG Dortmund 25.10.1985 – 18 AktE 2/85, AG 1987, 21, 22 (Vorinstanz); *A Reuter* DB 1988, 2615, 2616; *Werner* FS Semler, 419, 425.

369 OLG Düsseldorf 22.7.1986 – 19 W 2/86, ZIP 1986, 1557, 1558: RWE; KK/Kersting § 131 Rdn 105; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 43; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 31.

370 BGH 15.6.1992 – II ZR 18/91, BGHZ 119, 1, 14; *Asea/BBC*; OLG Düsseldorf 18.2.2013 – I-26 W 21/12 (AktE), Rdn 46 (juris); OLG Frankfurt/M 8.11.2012 – 21 W 33/11, NZG 2013, 23, 24; OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 357 (juris); KG 3.5.2010 – 23 U 63/09, Rdn 55 (juris); OLG Frankfurt/M 30.1.2006 – 20 W 52/09, Rdn 8 (juris); OLG München 4.7.2001 – 7 U 5285/00, NZG 2002, 187, 188.

371 OLG Düsseldorf 13.7.2015 – I-26 W 16/14, Rdn 57 (juris); OLG Frankfurt/M 26.6.2012 – 5 U 144/09, Rdn 201 (juris); Deutsche Bank HV 2008; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 12.

372 BayObLG 14.7.1999 – 3 Z BR 11/99, NZG 1999, 1218, 1219; OLG Karlsruhe 29.6.1989 – 11 W 57/89, AG 1990, 82; Heidel/Heidel § 131 Rdn 36; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 40; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 30.

373 Heidel/Heidel § 131 Rdn 36; KK/Kersting § 131 Rdn 109; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 40; **abw** *Trouet* NJW 1986, 1302, 1304.

374 Franken/Heinsius FS Budde, 213, 228, 230; KK/Kersting § 131 Rdn 108; **abw** BayObLG 9.9.1996 – 3 Z BR 36/94, Rdn 82 f(juris); zweifelnd LG Frankfurt/M 16.9.1994 – 3-3 O 82/92, WM 1994, 1931, 1932.

375 KK/Kersting § 131 Rdn 108.

376 Franken/Heinsius FS Budde, 213, 226 f; Schäfer, S 69; **abw** Grage, S 48.

anträge gestellt, über die eine Beschlussfassung der Hauptversammlung erforderlich ist (zB Antrag auf Vertagung der Hauptversammlung oder einzelner Tagesordnungspunkte, in Ausnahmefällen Abwahl des Versammlungsleiters, s *Mülbert* § 129 Rdn 119, 175, 181), so können Fragen zur Behandlung solcher Anträge erforderlich werden.

- 131 Da die Erforderlichkeit einer Auskunft nur im Zusammenhang mit einem konkreten Tagesordnungspunkt gegeben sein kann, müssen bei einer **Einzeldebatte** über die Tagesordnungspunkte die hierauf bezogenen Fragen vor dem Abschluss der Stimmabgabe zum betreffenden Tagesordnungspunkt gestellt werden.³⁷⁷ Werden beispielsweise in einer ordentlichen Hauptversammlung zunächst die regulären Tagesordnungspunkte zur Aussprache und Abstimmung gestellt, so kann in der anschließenden Aussprache über einen *Squeeze out* nicht mehr eine Frage gestellt werden, die nur für die Vorlage des Jahresabschlusses und die Entlastung von Bedeutung ist (näher Rdn 243). Umgekehrt können im Rahmen der Aussprache über die Standardtagesordnungspunkte noch keine Fragen zum *Squeeze out* gestellt werden, sondern diese müssen ggf wiederholt werden. In der Praxis ist allerdings eine **Generaldebatte** zu allen Tagesordnungspunkten üblich. In einem solchen Fall genügt es, wenn die Auskunft nur für einen der Tagesordnungspunkte erforderlich ist.³⁷⁸

- 132 **c) Qualitative Anforderungen.** Der Aktionär muss die begehrte Auskunft als nicht nur unwesentliches Beurteilungselement benötigen.³⁷⁹ Die Auskunft muss also ein **wesentliches Element** für die Beurteilung der Tagesordnung bilden.³⁸⁰ Die Erforderlichkeit der Auskunft setzt daher das Erreichen einer gewissen **Maßgeblichkeitsschwelle** voraus.³⁸¹ Auch insoweit kann die Beurteilung letztlich nur im Zusammenhang mit dem konkreten Tagesordnungspunkt der Hauptversammlung erfolgen (Rdn 157 ff). Ein irgendwie gearteter loser Zusammenhang mit den Tagesordnungspunkten genügt im Unterschied zur alten Rechtslage (Rdn 121) nicht.³⁸²

- 133 In der Rechtsprechung werden der Begriff der Erforderlichkeit des § 131 Abs 1 Satz 1 und der Begriff der **Wesentlichkeit** gemäß **§ 243 Abs 4 Satz 1** für die Anfechtbarkeit

377 BGH 15.6.1992 – II ZR 18/91, BGHZ 119, 1, 14; Asia/BBC; LG Köln 02.04.1990 – 91 O 132/89, AG 1991, 38; KK/Kersting § 131 Rdn 107; Hüffer/Koch § 131 Rdn 23; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 39; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 11a; abw Heidel/Heidel § 131 Rdn 39; Kiethe NZG 2003, 401, 406.

378 OLG Frankfurt/M 5.7.2011 – 5 U 104/10, Rdn 88 (juris); Deutsche Bank HV 2009; OLG Frankfurt/M 18.3.2008 – 5 U 171/06, Rdn 41 (juris); Deutsche Bank HV 2005; OLG München 4.7.2001 – 7 U 5285/00, NZG 2002, 187, 188; OLG München 3.12.1997 – 7 U 1849/97, AG 1998, 238; Heidel/Heidel § 131 Rdn 36, 39; KK/Kersting § 131 Rdn 107; Hüffer/Koch § 131 Rdn 23; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 39; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 11a.

379 BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 26 (juris); Porsche; BGH 5.11.2013 – II ZB 28/12, BGHZ 198, 354 Rdn 20; Deutsche Bank HV 2010; OLG Düsseldorf 13.7.2015 – I-36 W 16/14 (AktE), NZG 2015, 1115, 1116; OLG München 11.6.2015 – 23 U 4375/14, AG 2015, 677, 678; OLG Düsseldorf 23.2.2015 – I-26 W 14/14, Rdn 28 (juris); OLG Düsseldorf 18.2.2013 – I-26 W 21/12 (AktE), Rdn 45 (juris); OLG Frankfurt/M 8.11.2012 – 21 W 33/11, NZG 2013, 23, 24; OLG München 28.9.2011 – 7 U 711/11, Rdn 95 (juris); OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 511 (juris).

380 BGH 16.2.2009 – II ZR 185/07, BGHZ 180, 9 Rdn 39; Kirch/Deutsche Bank; OLG München 11.6.2015 – 23 U 4375/14, AG 2015, 677, 678; OLG Düsseldorf 23.2.2015 – I-26 W 14/14, Rdn 24 (juris); OLG Frankfurt/M 8.11.2012 – 21 W 33/11, NZG 2013, 23, 24; OLG Frankfurt/M 7.12.2010 – 5 U 29/10, Rdn 189 (juris); KG 3.5.2010 – 23 U 63/09, Rdn 55 (juris); OLG Stuttgart 13.6.2001 – 20 U 75/00, NZG 2001, 1089, 1092.

381 OLG Stuttgart 8.7.2015 – 20 U 2/14, Rdn 333 (juris); OLG Düsseldorf 23.2.2015 – I-26 W 14/14, Rdn 28 (juris); OLG Stuttgart 2.12.2014 – 20 AktG 1/14, Rdn 119 (juris); OLG Düsseldorf 13.6.2013 – I-6 U 148/12, Rdn 166 (juris); OLG Düsseldorf 22.11.2012 – I-6 U 18/12, Rdn 40 (juris); OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 511 (juris).

382 KG 31.1.1996 – 23 U 3989/94, AG 1996, 421, 423; Viag; KG 11.2.1972 – 1 W 1672/71, NJW 1972, 2307, 2308; LG Frankfurt/M 16.9.1994 – 3/30 82/92, WM 1994, 1929, 1930; abw zu § 112 AktG 1937 vgl BGH 7.4.1960 BGHZ 32, 159, 165; ebenso noch zu § 131 AktG 1965 vgl OLG Hamburg 11.4.1969 – 11 W 77/68, AG 1969, 150.

eines Hauptversammlungsbeschlusses vielfach als inhaltsgleich angesehen.³⁸³ Zwar wird bei einer Anfechtbarkeit wegen einer Auskunftspflichtverletzung gemäß § 243 Abs 4 Satz 1 auch der Tatbestand der Erforderlichkeit der Auskunft erfüllt sein; es ist aber nicht zulässig, von einer fehlenden Anfechtbarkeit mangels einer wesentlichen Informationspflichtverletzung auf die mangelnde Erforderlichkeit der Auskunft zu schließen.³⁸⁴ Entgegen der Rechtsprechung sollte auch nicht umgekehrt von dem Vorliegen einer erforderlichen Auskunft auf die Wesentlichkeit der Rechtsverletzung und damit die Anfechtbarkeit im Sinne von § 243 Abs 4 Satz 1 geschlossen werden. Es handelt sich bei der Wesentlichkeit des § 243 Abs 4 Satz 1 um eine zusätzliche Voraussetzung, die für die Anfechtbarkeit eines Hauptversammlungsbeschlusses wegen Informationspflichtverletzung erfüllt sein muss (Rdn 518).

Es ist nicht notwendig, dass die Auskunft für sich genommen die Beurteilung eines Tagesordnungspunkts ermöglicht. Vielmehr können auch Auskünfte verlangt werden, die den bisherigen **Kenntnisstand** eines Aktionärs nur **ergänzen**. Deshalb ist es im Ansatz zu eng, wenn Fragen schon deshalb für nicht erforderlich gehalten werden, weil sie isoliert nicht zur an sich erstrebten Kenntnis führen.³⁸⁵ Fragen, deren Beantwortung das Verständnis in keiner Weise erweitern, sind allerdings nicht erforderlich.³⁸⁶ Ungeeignet sind außerdem Fragen, deren Beantwortung einen objektiven Durchschnittsaktionär bei der sachgemäßen Beurteilung der Tagesordnung in die Irre führen.³⁸⁷ Das Auskunftsrecht dient auch nicht dazu, lediglich die Grundlage für weitere Fragen zu schaffen. Ebenso wenig sind in Abwesenheit unklarer oder widersprüchlicher Auskünfte Fragen erforderlich, die nur dazu dienen, die Richtigkeit einer gegebenen Antwort zu prüfen.³⁸⁸ Anders kann die Beurteilung sein, wenn eine weitere Frage zur Klärung von objektiv bestehenden Unklarheiten im Zusammenhang mit einer gegebenen Auskunft dient, zB bei einem Widerspruch zu anderen Auskünften, abweichenden Presseberichten oder bei mehrdeutigen Auskünften.

Das Auskunftsrecht dient nicht zur Klärung allgemeiner Rechtsfragen eines Aktionärs. Daraus kann jedoch nicht geschlossen werden, dass eine begehrte Auskunft zur Beurteilung der Tagesordnung stets nicht erforderlich ist, wenn sie eine **Rechtsfrage** zum Gegenstand hat. Die rechtliche Einschätzung der Gesellschaft – etwa zur Frage der Beurteilung einer Schadenersatzverpflichtung des früheren Vorstands – kann zur Beurteilung der Entlastung dieses Vorstands erforderlich sein. Auf reine Tatsachen muss sich

³⁸³ OLG Stuttgart 8.7.2015 – 20 U 2/14, Rdn 331 (juris); OLG Stuttgart 2.12.2014 – 20 AktG 1/14, Rdn 117 (juris); LG Stuttgart 17.5.2011 – 31 O 30/10, Rdn 338 (juris); Porsche HV 2010; vgl auch OLG Düsseldorf 13.6.2013 – I-6 U 148/12, Rdn 167 (juris); für die Relevanz des Verfahrensverstoßes gemäß § 243 Abs 4 aF s BGH 18.10.2004 – II ZR 250/02, BGHZ 160, 385, 392; ebenso Lack S 213; zurückhaltend Butzke G 46; abw OLG Frankfurt/M 20.10.2010 – 23 U 121/08, Rdn 132 (juris); Deutsche Bank HV 2007; Noack/Zetsche ZHR 170 (2006), 218, 226; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 29; Weißhaupt ZIP 2005, 1766, 1771.

³⁸⁴ Heidel/Heidel § 131 Rdn 34; KK/Kersting § 131 Rdn 11.

³⁸⁵ OLG Frankfurt/M 8.11.2012 – 21 W 33/11, NZG 2013, 23, 24; OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 362 (juris); OLG Frankfurt/M 7.12.2012 – 5 U 29/10, Rdn 84 (juris); KG 30.6.1994 – 2 W 4531/93, WM 1994, 1479, 1483; KG 26.8.1993 – 2 W 6111/92, ZIP 1993, 1618, 1619; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 19; KK/Kersting § 131 Rdn 102; Hüffer/Koch § 131 Rdn 24; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 41; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 11; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 30; abw LG München I 16.4.1986 – 7 HKO 8835/85, AG 1987, 185, 188; A Reuter DB 1988, 2615, 2616.

³⁸⁶ OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 362 (juris); OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 717 (juris); im Erg LG München I 16.4.1986 – 7 HKO 8835/85, AG 1987, 185, 188; KK/Kersting § 131 Rdn 104.

³⁸⁷ OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 363 (juris); OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 796 (juris).

³⁸⁸ KG 11.2.1972 – 1 W 1672/71, NJW 1972, 2307, 2308; Trouet NJW 1986, 1302, 1304; vgl auch Luther FS Möhring, 221, 229.

also eine Auskunft nicht beziehen.³⁸⁹ Fragen ins Blaue hinein oder **spekulative Fragen** mit lediglich hypothetischem Charakter, für die es an konkreten Anhaltspunkten fehlt, sind zur Beurteilung der Tagesordnung nicht erforderlich.³⁹⁰ Nicht erforderlich sind auch Auskünfte zu künftigen ungewissen Ereignissen, deren Eintritt nicht hinreichend wahrscheinlich ist.³⁹¹ Fragen betreffend **Alternativszenarien** können erforderlich sein, sofern sie die Begründung betreffen, warum die Gesellschaft diese nicht für berücksichtigenswert hielt; dagegen sind Fragen zu den Auswirkungen, die sich bei Anwendung der hypothetischen Alternativszenarien ergeben hätten, nicht erforderlich (Rdn 231).³⁹²

136 Es genügt auch nicht ein allgemeines **öffentliches, politisches** oder persönliches **Interesse** an einer Auskunft.³⁹³ Allerdings gewinnt die Haltung des Unternehmens zu Umweltfragen, ethischen und sozialen Standards bei Tochtergesellschaften, Niederlassungen oder Zulieferfirmen in Drittländern, zu Rüstungsexporten oder zur *Diversity* zunehmende Bedeutung. Dementsprechend müssen ab dem 1.1.2017 Erklärungen nach dem *Corporate Social Responsibility* (CSR)-RL-Umsetzungsgesetz³⁹⁴ zu Umweltbelangen, Arbeitnehmerbelangen, Sozialbelangen, Achtung der Menschenrechte und Bekämpfung von Korruption entlang der Lieferkette (§§ 289b–e HGB, §§ 315b–d HGB) im Lagebericht und Konzernlagebericht oder einem gesonderten nichtfinanziellen Bericht enthalten sein. Die Erforderlichkeit von Fragen hierzu kann vorbehaltlich der Beachtung der Maßgeblichkeitsschwelle (Rdn 132) nicht mehr von vornherein abgelehnt werden. Zudem können erhebliche Störfälle oder Unfälle oder andere aktuelle Entwicklungen wie politische Veränderungen zusätzliche Fragen zum Engagement des Unternehmens in Drittländern oder zu Drittunternehmen entlang der Lieferkette erforderlich machen. Das allgemeine gesellschafts- und wirtschaftspolitische Interesse an der Aufdeckung der nationalen und internationalen Verflechtungen der Kapitalgesellschaften reicht jedoch nicht zur Begründung der Erforderlichkeit einer Auskunft aus.³⁹⁵

137 d) Quantitative Grenzen. Nach der jüngeren Rechtsprechung begrenzt das Kriterium der Erforderlichkeit das Auskunftsrecht auch in quantitativer Hinsicht.³⁹⁶ In der Lite-

389 Wüsthoff S 53; s auch Butzke G 44; **abw** LG Dortmund 9.1.1987 – 18 AktE 3/86, AG 1987, 190; Westfalia Separator; OLG Frankfurt/M 15.11.1996 – 20 W 610/94, DB 1997, 85, 86 (zu § 51a GmbHG); A Reuter DB 1988, 2616, 2620.

390 OLG Frankfurt/M 26.6.2012 – 5 U 144/09, Rdn 111, 130, 184 (juris); LG Berlin 25.5.2005 – 99 O 110/04, Rdn 23 (juris); Butzke G 46; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 11; vgl auch BGH 16.2.2009 – II ZR 185/07, BGHZ 180, 9 Rdn 41; öffentliches Sensationsinteresse.

391 OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 360 (juris), bestätigt durch BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 84 (juris); OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 585 (juris); KG 3.5.2010 – 23 U 63/09, Rdn 93 (juris); OLG Hamburg 29.9.2004 – 11 W 78/04, ZIP 2004, 2288, 2289; KK/Kersting § 131 Rdn 164.

392 OLG München 22.12.2010 – 7 U 1584/10, Rdn 99 (juris); HVB; **abw** LG München I 31.1.2008 – 5 HK O 19782/06, Rdn 346, 348; LG Frankfurt/M 27.8.2003 – 3-13 O 205/02, NZG 2003, 1027, 1028; KK/Kersting § 131 Rdn 164; Ziemons/Binnewies, Rz I 10.672.

393 OLG Frankfurt/M 26.6.2012 – 5 U 144/09, Rdn 201 (juris); OLG Frankfurt/M 17.7.2007 – 5 U 229/05, Rdn 32 (juris); OLG Stuttgart 12.8.1998 – 20 U 111/97, ZIP 1998, 1482, 1492; Wenger/Daimler-Benz; KK/Kersting § 131 Rdn 248; Kubis ZGR 2014, 608, 611; A Reuter DB 1988, 2615; vgl auch Ziemons/Binnewies, Rz I 10.615.

394 Gesetz zur Stärkung der nichtfinanziellen Berichterstattung der Unternehmen in ihren Lage- und Konzernlageberichten, BT Drucks 18/11450.

395 KG 26.8.1993 – 2 W 6111/92, ZIP 1993, 1618, 1619; Siemens.

396 BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 26 (juris): Porsche; BGH 5.11.2013 – II ZB 28/12, BGHZ 198, 354 Rdn 20; Deutsche Bank HV 2010; BGH 16.2.2009 – II ZR 18507, BGHZ 180, 9, Rdn 39; Kirch/Deutsche Bank; OLG Düsseldorf 13.7.2015 – I-26 W 16/14, Rdn 56 (juris); OLG Stuttgart 8.7.2015 – 20 U 2/14, Rdn 332 (juris); OLG Düsseldorf 23.2.2015 – I-26 W 14/14, Rdn 28 (juris); OLG Düsseldorf 13.6.2013 – I-6 U 148/12, Rdn 166 (juris); OLG Düsseldorf 22.11.2012 – I-6 U 18/12, NZG 2013, 178, 179; OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 355 (juris), OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 511 (juris).

ratur wird diese Aussage zum Teil dahingehend konkretisiert, dass eine unangemessene Zahl von Fragen trotz der Erforderlichkeit der Einzelfragen die Erforderlichkeit der Fragen insgesamt entfallen lassen kann.³⁹⁷ Nach anderer Auffassung kann die Überschreitung einer quantitativen Grenze von Fragen nicht dazu führen, dass für sich gesehen qualitativ zur Beurteilung der Tagesordnung erforderliche Fragen nicht zu beantworten sind.³⁹⁸ Denkbar sei nur eine quantitative Begrenzung von Fragen unter dem Aspekt des Verstoßes gegen immanente Ausübungsschranken des Aktionärs (Rdn 443).³⁹⁹ Eine **absolute quantitative Grenze**, bei deren Überschreitung die Erforderlichkeit der Auskunft zu verneinen ist, wird in der Literatur überwiegend **abgelehnt** (s auch Rdn 446).⁴⁰⁰ Auch die Rechtsprechung ist hinsichtlich der Verneinung der Erforderlichkeit der Auskunft wegen der Überschreitung einer absoluten quantitativen Grenze von verlangten Auskünften zurückhaltend.⁴⁰¹ Zudem ist Voraussetzung für die Verneinung des Auskunftsrechts, dass der Versammlungsleiter den Aktionär zunächst zur Reduzierung seiner Fragen auf eine quantitativ angemessene Zahl aufgefordert hat (Rdn 447).⁴⁰²

Zutreffend erscheint, dass die Beurteilung einer für sich gesehen qualitativ zur Beurteilung der Tagesordnung erforderlichen Frage (Rdn 132) nicht *per se* bei Überschreiten einer quantitativen Grenze zu einer fehlenden Erforderlichkeit der Auskunft führt. Dennoch kann der Umstand, dass eine Vielzahl von Auskünften verlangt wird, im Rahmen einer **Gesamtwürdigung** mit deren Detaillierungsgrad und den qualitativen Anforderungen eine fehlende Erforderlichkeit einzelner oder sogar sämtlicher begehrter Auskünfte rechtfertigen. In der Praxis treffen eine hohe Quantität der Fragen und ein hoher Detaillierungsgrad (Rdn 140) oft zusammen, weshalb es im Zusammenwirken beider Elemente zugleich an der Qualität der begehrten Auskünfte als wesentliches Element für die Beurteilung der Tagesordnung fehlen kann (Rdn 132).⁴⁰³

Wird dagegen ein Vielzahl von Fragen gestellt, die – praktisch eher selten – für sich gesehen auch unter Berücksichtigung des (geringen) Detaillierungsgrades und der Maßgeblichkeitsschwelle jeweils zur Beurteilung der Tagesordnung erforderlich sind, kommt eine Begrenzung der Auskunftspflicht nur unter dem Aspekt des Übermaßverbotes in Frage (Rdn 443). Daneben besteht die Möglichkeit des Versammlungsleiters, bei übermäßiger Inanspruchnahme von Fragezeit dem Aktionär individuell das Wort zu entziehen (Rdn 336). Im Übrigen kann gemäß § 131 Abs 2 Satz 2 durch ein konsequentes Zeitmanagement mit einer verschärften Beschränkung der Rede- und Fragezeit die Möglichkeit einer hohen quantitativen Zahl von Fragen eingedämmt werden (Rdn 311).

397 Butzke G 45; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 19; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 38, 62; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 11; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 35.

398 Heidel/Heidel § 131 Rdn 40; KK/Kersting § 131 Rdn 160; Hüffer/Koch § 131 Rdn 24, 66; Ziemons/Binniewies, Rz I 10.669.

399 KK/Kersting § 131 Rdn 163; vgl auch Hüffer/Koch § 131 Rdn 24, 66; für zusätzliche Berücksichtigung Butzke G 45; auch insow abw Heidel/Heidel § 131 Rdn 43; Ziemons/Binniewies, Rz I 10.669.

400 Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 19; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 35; insow auch KK/Kersting § 131 Rdn 163; abw MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 63; > 50 Fragen; > 20 Fragen Darlegungslast Aktionär (näher Rdn 152); ferner Franken/Heinzius FS Budde, S 233: 100 Fragen; Martens S 65; Max AG 1991, 75, 93; Quack AG 1985, 145, 148.

401 OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 358, 365 (juris); bejahend im Einzelfall KG 16.7.2009 – 23 W 69/08, Rdn 43 (juris): Einzelergebnisse von über 100 Tochtergesellschaften einer erworbenen Unternehmensgruppe.

402 OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 365 (juris); OLG Frankfurt 23.7.2010 – 5 W 91/09, Rdn 26 (juris); LG München I 28.5.2010 – 5 HK O 14307/07, Rdn 52 (juris); Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 19; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 64; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 35.

403 Vgl auch OLG Frankfurt/M 26.6.2012 – 5 U 144/09, Rdn 40, 55, 57, 64 (juris); Deutsche Bank HV 2008; LG Essen 8.2.1999 – 44 O 249/98, AG 1999, 329, 333.

- 140 e) Detaillierungsgrad.** Nach verbreiteter jüngerer Rechtsprechung wird das Auskunftsrecht durch das Kriterium der Erforderlichkeit auch hinsichtlich seines Detaillierungsgrads **begrenzt**.⁴⁰⁴ Das Auskunftsrecht dient nicht dazu, die Rechnungslegung der Gesellschaft im Detail nachvollziehen zu können (Rdn 158), eine Detailkontrolle des Verhaltens der Verwaltung zu ermöglichen (Rdn 181) oder Unternehmensbewertungen bei der Akquisition, Veräußerung oder bei in die Rechte der Aktionäre eingreifenden Grundlagen- und Strukturmaßnahmen (Unternehmensvertrag, *Squeeze out*, Verschmelzung) im Einzelnen nachvollziehen zu können (Rdn 235, 246, 248). Anders als bei Überschreiten der quantitativen Anforderungen (Rdn 138) kann eine Detailfrage schon für sich gesehen nicht zur Beurteilung der Tagesordnung erforderlich sein. Sie wird dann gleichzeitig die qualitativen Anforderungen an die Wesentlichkeit der für die Beurteilung der Tagesordnung erforderlichen Auskunft verfehlen (Rdn 132).
- 141** In der Praxis werden häufig eine hohe Quantität der Fragen und ein hoher Detaillierungsgrad zusammentreffen. Zudem wird für die Beurteilung zu berücksichtigen sein, ob der Aktionär zunächst weniger detaillierte Fragen gestellt hat, deren Beantwortung bereits die Beurteilung des betreffenden Tagesordnungspunktes im Großen und Ganzen ermöglicht. Weitere Detailfragen wird ein objektiv denkender Durchschnittsaktionär dann nicht mehr als wesentliches Element für die Beurteilung der Tagesordnungs benötigen. Wird beispielsweise auf die Frage eines Aktionärs zur kritischen Hinterfragung des Erwerbs einer Unternehmensgruppe die Auskunft erteilt, diese und ihre Einzelgesellschaften seien hinsichtlich ihrer Finanzlage vor Erwerb geprüft worden, so bedarf es nicht einer Auskunft über die Einzelergebnisse der mehr als 100 Tochtergesellschaften der erworbenen Unternehmensgruppe.⁴⁰⁵ Die Beurteilung hängt zudem wesentlich vom konkreten Tagesordnungspunkt und den Umständen des Einzelfalls ab. Je wesentlicher die von einer Frage betroffenen Vorgänge für die Gesellschaft sind, desto eher wird man Detailfragen für erforderlich halten können. Liegen ungewöhnliche Umstände vor wie hohe Verluste,⁴⁰⁶ hinreichend konkrete Anhaltspunkte für ein pflichtwidriges Verhalten der Verwaltung (Rdn 181) oder für nachteilige Rechtsgeschäfte mit dem Mehrheitsaktionär oder stehen ungewöhnliche Geschäfte der Gesellschaft mit einem Organmitglied in Rede (Rdn 193),⁴⁰⁷ so kann im Einzelfall ein höherer Detaillierungsgrad von Fragen zur Beurteilung erforderlich sein.
- 142 f) Anderweitige Befriedigung des Informationsbedürfnisses.** Die an sich gebene Erforderlichkeit der begehrten Auskunft für die sachgerechte Beurteilung der Tagesordnung kann im Einzelfall entfallen, wenn dem Informationsbedürfnis des Aktionärs zu dieser Frage bereits im **Vorfeld der Hauptversammlung** Genüge getan worden ist. Dementsprechend wurde durch das UAG das Auskunftsverweigerungsrecht des § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 7 eingeführt, soweit die Auskunft auf der Internetseite der Gesellschaft über mindestens sieben Tage vor Beginn und in der Hauptversammlung durch-
-
- 404** BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12 Rdn 26 (juris); Porsche; BGH 5.11.2013 – II ZB 28/12, BGHZ 198, 354 Rdn 20; Deutsche Bank HV 2010; BGH 16.2.2009 – II ZR 18507, BGHZ 180, 9 Rdn 39; Kirch/Deutsche Bank; OLG Düsseldorf 13.7.2015 – I-26 W 16/14, Rdn 56 (juris); OLG Stuttgart 8.7.2015 – 20 U 2/14, Rdn 332 (juris); OLG Düsseldorf 23.2.2015 – I-26 W 14/14, Rdn 28 (juris); OLG Düsseldorf 13.6.2013 – I-6 U 148/12, Rdn 166 (juris); OLG Düsseldorf 22.11.2012 – I-6 U 18/12, NZG 2013, 178, 179; OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 355, 498 (juris), OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 511, 617 (juris); Hüffer/Koch § 131 Rdn 24.
- 405** KG 16.7.2009 – 23 W 69/08, Rdn 43 (juris).
- 406** OLG Hamburg 20.1.2001 – 11 U 162/00, NZG 2001, 513; Spar Handels AG; LG Düsseldorf 28.9.2011 – 41 O 40/09, Rdn 53 (juris); vgl auch BGH 18.10.2004 – II ZR 250/02, BGHZ 160, 385, 390: Anteile der verschmolzenen Rechtsträger an enttäuschendem Jahresergebnis.
- 407** OLG Hamburg 30.12.2004 – 11 U 98/04, NZG 2005, 218, 219.

gängig zugänglich ist (Rdn 4, 425). Andere Möglichkeiten der Befriedigung des Informationsbedürfnisses der Aktionäre außerhalb der Hauptversammlung mit der Folge eines Entfallens der Erforderlichkeit der Auskunft werden durch § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 7 nicht ausgeschlossen. Für die Beurteilung der Erforderlichkeit einer begehrten Auskunft ist zu berücksichtigen, von welchem Informationsniveau aus gefragt wird.⁴⁰⁸

Eine Erfüllung insbesondere der **aktien- und umwandlungsrechtlichen, bilanzrechtlichen** oder **kapitalmarktrechtlichen Informationspflichten** der Gesellschaft (Rdn 24) kann dazu führen, dass diesbezügliche Fragen in der Hauptversammlung gemäß § 131 nicht (mehr) zur Beurteilung der Tagesordnung erforderlich sind.⁴⁰⁹ Allerdings kann von einem Aktionär nicht erwartet werden, dass er sämtliche die Gesellschaft betreffenden Informationen zur Kenntnis nimmt. Auch erscheint es nicht sachgerecht, den Aktionär in der Hauptversammlung darauf zu verweisen, er möge die Information einem voluminösen Prospekt entnehmen, der auf der Website der Gesellschaft allen Aktionären zugänglich gemacht worden sei. Vielmehr müssen die entsprechenden Informationen auch in der Hauptversammlung zugänglich sein und es muss ggf bei umfänglichen Dokumenten konkret auf die entsprechende Passage in der Informationsquelle verwiesen werden.⁴¹⁰ Sind diese Voraussetzungen erfüllt, so kann die Erforderlichkeit einer Auskunft nicht nur bei einer gesetzlich erforderlichen Information der Aktionäre bzw des Kapitalmarkts entfallen, sondern auch bei freiwilligen Informationen auf der Website durch Presseberichte etc (Rdn 34), die in der Hauptversammlung zugänglich gemacht werden.⁴¹¹ Auch Presseberichte können im Einzelfall dazu führen, dass Tatsachen dem objektiven Durchschnittsaktionär bekannt sind und die Wiederholung der dort berichteten Tatsachen in der Hauptversammlung zur Beurteilung der Tagesordnung nicht erforderlich ist.⁴¹²

Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Information der Aktionäre im **Geschäftsbericht**, der neben den Pflichtangaben im Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang) im Lagebericht nebst Erklärung zur Unternehmensführung und im Bericht des Aufsichtsrats (einschließlich des Vergütungsberichts, Ziff 4.2.5 DCGK) eine Vielzahl von zusätzlichen Informationen über das Unternehmen enthält. Soweit sich die begehrte Auskunft eines Aktionärs ohne weiteres dem in der Hauptversammlung vorliegenden Geschäftsbericht entnehmen lässt, entfällt eine sonst gegebene Erforderlichkeit der Auskunft. Ebenso fehlt es an der Erforderlichkeit, wenn in der Hauptversammlung ein Jahresabschluß in nicht abgekürzter Form gemäß § 131 Abs 1 Satz 3 vorgelegt wird, aus welchem sich eine Beantwortung des Auskunftsbegehrens ergibt.⁴¹³ So enthalten etwa die Pflichtangaben im Anhang gemäß § 285 HGB mittlerweile Informationen ua zur Vergütung von Vorstand und/oder Aufsichtsrat (Nr 9, Nr 10), die früher häufig Gegenstand von Auskunftsverlangen waren (Rdn 170).

408 Marsch-Barner WM 1984, 41, 42; Meyer-Löwy, S 33; vgl auch Grüner NZG 2000, 770, 778.

409 OLG Düsseldorf 22.6.2017 – I 6 AktG 1/17 (nv): METRO; OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 404 (juris); KG 9.6.2008 – 2 W 101/07, Rdn 82 (juris); Hüffer/Koch § 131 Rdn 26; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 6; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 8, 10, 29; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 31.

410 Butzke G 65; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 21; MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 22; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 6; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 31; Ziemons/Binnewies Rz I 10.670; s auch Hüffer/Koch § 131 Rdn 27; für Erfüllungswirkung KK/Kersting § 131 Rdn 405; vgl auch Zetsche S 263: Abrufbarkeit genügt.

411 S auch Hirte FS Buxbaum, S 283, 293; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 8, 10, 29; abw Heidel/Heidel § 131 Rdn 36; KK/Kersting § 131 Rdn 156, 408.

412 BGH 16.2.2009 – II ZR 185/07, BGHZ 180, 9, 30 Rdn 41; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 11; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 10.

413 OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 404, 693 (juris); OLG Karlsruhe 9.6.1999 – 1 U 288/98, DB 1999, 1998, 1999; OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2153; Butzke G 53; Hüffer/Koch § 131 Rdn 19; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 49; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 13.

- 145 **g) Zeitliche Aspekte.** Das Auskunftsrecht des Aktionärs ist grundsätzlich beschränkt auf **Geschäftsvorfälle des Zeitraums, auf den sich die Hauptversammlung bezieht**. Die Tagesordnungspunkte einer ordentlichen Hauptversammlung betreffen regelmäßig das abgeschlossene vorangegangene Geschäftsjahr (Rdn 157, 171, 173).
- 146 Auskünfte über **länger zurückliegende Vorfälle** müssen nur gegeben werden, wenn und soweit sie sich gerade in dem betreffenden Geschäftsjahr ausgewirkt haben, wenn diese erst in dem betreffenden Geschäftsjahr bekanntgeworden sind oder wenn Gesichtspunkte bekannt werden, die einen zurückliegenden Vorgang in einem neuen Licht erscheinen lassen, so dass die seinerzeit erfolgte Beschlussfassung der Hauptversammlung (zB Entlastung) nicht in Kenntnis aller maßgebenden Umstände erfolgte.⁴¹⁴ Erforderlich sein können auch Auskünfte zu dem Geschäftsjahr, das dem in der Hauptversammlung behandelten Geschäftsjahr unmittelbar vorangeht, wenn und weil ein solcher Vergleich mit den Vorjahreszahlen für die Behandlung der konkreten Tagesordnung wesentliche Erkenntnisse liefert.⁴¹⁵ Das ist aber beispielsweise nicht der Fall, wenn in der vorangegangenen Hauptversammlung eine Grundlagen- und Strukturmaßnahme zur Beschlussfassung anstand und die begehrten Auskünfte in der nachfolgenden Hauptversammlung nur eine Verprobung der im vorangegangenen Jahr zur Beschlussfassung gegebenen Informationen ermöglichen soll. Darüber hinausgehend sind Auskünfte zu länger zurückliegenden Vorfällen zur Beurteilung der Tagesordnung erforderlich, wenn die Tagesordnung ausnahmsweise solche länger zurückliegenden Geschäftsjahre oder Vorfälle zum Gegenstand hat, zB bei der Beschlussfassung über eine auf einer früheren Hauptversammlung vertagten Entlastung oder bei der Entscheidung über einen Antrag auf Sonderprüfung betreffend Vorgänge aus zurückliegenden Jahren.
- 147 Der Umstand, dass ein in der Vergangenheit liegender Geschäftsvorfall **Dauerwirkungen** bis hinein in das auf der Hauptversammlung zu behandelnde Geschäftsjahr hat, rechtfertigt nicht stets Auskünfte zu diesem Geschäftsvorfall, wenn dieser bereits in früheren Hauptversammlungen Gegenstand von Erörterungen und Beschlüssen gewesen ist: Es ist nicht Sinn und Zweck des Auskunftsrechts des Aktionärs, den Vorstand der Gesellschaft ohne zeitliche Begrenzung zur Auskunft über die Folgen aus solchen unternehmerischen Entscheidungen zu verpflichten, die bereits Jahre zurückliegen und die Gegenstände der aktuellen Tagesordnung nur deswegen berühren, weil die damalige Weichenstellung sich seither – und für alle Zukunft – auch auf die Ertragslage des Unternehmens auswirkt.⁴¹⁶ Die Erforderlichkeit von Auskünften zu solchen Vorgängen mit Dauerwirkungen besteht nur dann, wenn neue Sachverhalte eingetreten oder bekanntgeworden sind, die den Vorgang in einem anderen Licht erscheinen lassen.⁴¹⁷
- 148 Der Umstand, dass zu einem Fragenkomplex, der sich (auch) im relevanten Geschäftsjahr ausgewirkt hat, in der vergangenen Hauptversammlung Auskünfte verwei-

414 BGH 18.10.2004 – II ZR 215/02, BGHZ 160, 385, 391; OLG Stuttgart 8.7.2015 – 20 U 2/14, Rdn 335 (juris); OLG Frankfurt/M 26.6.2012 – 5 U 144/09, Rdn 71, 92, 215 (juris); OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 373 (juris); OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 370; OLG Frankfurt/M 18.12.2007 – 5 U 177/06, Rdn 45 (juris); OLG München 4.7.2001 – 7 U 5285/00, NZG 2002, 187, 188; KG 26.8.1993 – 2 W 6111/92, ZIP 1993, 1618, 1621; OLG Zweibrücken 11.12.1989 – 3 W 148/89, AG 1990, 496; KK/Kersting § 131 Rdn 150, 152; Hüffer/Koch § 131 Rdn 27; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 55; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 32.

415 MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 50.

416 BGH 21.9.2009 – II ZR 174/08, BGHZ 182, 272, Rdn 24; OLG Zweibrücken 11.12.1989 – 3 W 148/89, AG 1990, 496; Umsatzerlöse aus lange zurückliegenden Geschäftsjahren; OLG Düsseldorf 28.11.1967 – 19 W 2/67, AG 1968, 23, 24; Butzke G 58; KK/Kersting § 131 Rdn 153; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 55; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 32; vgl aber LG Frankfurt/M 24.1.2005 – 3-5 O 61/03, ZIP 2005, 1275.

417 S die Nachweise Fn 416; ferner KK/Kersting § 131 Rdn 153; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 55; Trouet NJW 1986, 1302, 1304; enger OLG Düsseldorf 28.11.1967 – 19 W 2/67, AG 1968, 23, 24.

gert oder nicht umfassend erteilt wurden, führt nicht dazu, dass sich unabhängig von den vorstehenden Grundsätzen das Auskunftsrecht fortsetzt.⁴¹⁸ Umgekehrt führt nicht generell der Umstand, dass ein bestimmter Sachverhalt in früheren Hauptversammlungen bereits diskutiert und hierzu Fragen beantwortet sind, dazu, dass erneute Fragen zu diesem Sachverhalt nicht mehr zur Beurteilung der Tagesordnung erforderlich sind⁴¹⁹ (s aber Rdn 149).

Es ist nicht Sinn und Zweck des Auskunftsrechts der Aktionäre, Jahr für Jahr eine **unternehmenspolitische Grundsatzdiskussion** zu ermöglichen. Sofern sich eine solche Grundsatzdiskussion wesentlich auf die Gesellschaft auswirkt (Rdn 132) und bereits in früheren Jahren in der Hauptversammlung geführt worden ist, sind über kurze zusammenfassende Antworten hinausgehende Auskünfte in den Folgejahren häufig nicht mehr erforderlich.⁴²⁰ Anders ist die Beurteilung, wenn wesentliche neue Sachverhalte – zB neue Anhaltspunkte für eigene Pflichtverletzungen der Gesellschaft oder politische Veränderungen – eingetreten oder bekanntgeworden sind. Allerdings wird die Haltung des Unternehmens zu Umweltfragen, zu ethischen und sozialen Standards bei Zulieferunternehmen in Entwicklungsländern, zu Rüstungsexporten oder zur *Diversity* im Rahmen der ab dem 1.1.2017 erforderlichen Erklärung im CSR-Bericht in Zukunft jährlich Auskünfte erforderlich machen können, etwa wenn der Bericht Anlass für Fragen gibt (Rdn 136).

Fragen nach Geschäftsvorfällen, die sich erst **im laufenden Geschäftsjahr** ergeben 150 haben oder die erst im laufenden Geschäftsjahr bekanntgeworden sind, können im Einzelfall zur Beurteilung der Vorlage des Jahresabschlusses und der Gewinnverwendung sowie der Entlastung der Verwaltung erforderlich sein, wenn sie von besonderer Bedeutung sind.⁴²¹ So können etwa Fragen zu aktuellen, publizierten Quartalszahlen⁴²² oder zu erst im laufenden Geschäftsjahr bekannt gewordenen wesentlichen neuen Entwicklungen erforderlich sein (Rdn 162, 178). Fragen zu noch nicht veröffentlichten Geschäftszahlen betreffen die Zukunft und sind daher zur Beurteilung der Vorlage des Jahresabschlusses oder der Entlastung nicht erforderlich.⁴²³ Ebensowenig sind Planzahlen zum laufenden Geschäftsjahr zur Beurteilung von Jahresabschluss, Gewinnverwendung oder Entlastung erforderlich⁴²⁴ (zu bewertungsrelevanten Strukturmaßnahmen Rdn 239, 246, 252).

Fragen nach **zukünftigen Vorgängen** oder Entwicklungen sind grundsätzlich nicht 151 erforderlich.⁴²⁵ Die Auskunft nach der Möglichkeit einer groben Prognose der Geschäftsentwicklung für das laufende Geschäftsjahr oder der Dividendenpolitik für das laufende Geschäftsjahr kann allerdings angesichts der insoweit üblichen Information des Kapitalmarktes erwartet werden.⁴²⁶

h) Darlegungslast. Ist bei einer Frage nicht erkennbar, dass die Auskunft zur sach- 152 gemäßen Beurteilung des Gegenstands der Tagesordnung erforderlich ist, muss der Ak-

⁴¹⁸ S auch Butzke G 58; abw Heidel/Heidel § 131 Rdn 37.

⁴¹⁹ OLG München 24.9.2008 – 7 U 4230/07, Rdn 41 (juris); KK/Kersting § 131 Rdn 153; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 44; abw OLG Düsseldorf 16.1.1997 – 6 U 280/66, AG 1968, 19, 21; Ebenroth S 39; Nitschke/Bartsch AG 1969, 95, 98.

⁴²⁰ S auch Martens in Timm (Hrsg) Mißbräuchliches Aktionärsverhalten, S 64, 75.

⁴²¹ RG 12.6.1941 – II 122/40, RGZ 167, 151, 166; BGH 7.4.1960 – II ZR 143/58, BGHZ 32, 159, 164; OLG Frankfurt/M 7.12.2010 – 5 U 29/10, Rdn 316 (juris); OLG Düsseldorf 28.11.1967 – 19 W 2/67, AG 1968, 23, 24; Butzke G 15, 43; KK/Kersting § 131 Rdn 154; enger MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 55.

⁴²² Mutter S 33.

⁴²³ OLG Hamburg 12.1.2001 – 11 U 162/00, NZG 2001, 513, 515: Frage in HV vom 1.7. zu Halbjahreszahlen.

⁴²⁴ OLG Frankfurt/M 7.12.2010 – 5 U 29/10, Rdn 322 (juris).

⁴²⁵ OLG Frankfurt/M 7.12.2010 – 5 U 29/10, Rdn 317, 322 (juris): Künftige Abschreibungen, Planzahlen für künftige Geschäftsjahre.

⁴²⁶ Weitergehend Heidel/Heidel § 131 Rdn 85 „Ergebnisse, zukünftige Vorhersagen“.

tionär konkret darlegen, inwieweit die erbetene Auskunft nicht nur für ihn, sondern für den objektiven Durchschnittsaktionär relevant sein soll (zur Darlegungslast im Anfechtungsverfahren Rdn 515; im Auskunftserzwingungsverfahren § 132 Rdn 49).⁴²⁷ Hierauf muss er aber **vom Versammlungsleiter hingewiesen** werden. Zu seiner Versammlungsleitung gehört, dass er seines Erachtens nicht zur Sache gehörende Fragen eindeutig als solche zurückweist und so den Fragesteller ggf zu einer Ergänzung veranlasst.⁴²⁸ Weigert sich der Fragesteller in einem solchen Fall, die Erforderlichkeit der Auskunft konkret darzulegen, so ist die Auskunft vom Vorstand nicht zu geben. Insbesondere ist der Vorstand nicht verpflichtet, eine Frage auf ein zulässiges Maß zu reduzieren.⁴²⁹

153 Auch im übrigen trifft den Aktionär bei einem Hinweis des Versammlungsleiters eine **Konkretisierungspflicht** dahingehend, ob er konkret zu dem Tagesordnungspunkt Auskunft verlangt, der gerade abgehandelt wird. Er kann nicht bei einer Einzeldebatte oder bei einer Debatte nach Themenblöcken sein Auskunftsbegehren vortragen und dem Vorstand die Entscheidung darüber überlassen, welcher Punkt der Tagesordnung davon betroffen ist und zu welchem Tagesordnungspunkt die Antwort gegeben wird.⁴³⁰ Dagegen trifft den Aktionär **keine** Konkretisierungspflicht bei der – in der Praxis verbreiteten – **Generaldebatte** zu allen Punkten der Tagesordnung.⁴³¹ Ohnehin erklären bei einer Generaldebatte erfahrene Aktionäre auf dem Wortmeldeformular oder zu Beginn ihrer Ausführungen routinemäßig, dass sie zu allen Punkten der Tagesordnung sprechen.⁴³²

3. Einzelfragen zur Erforderlichkeit der Auskunft

154 **a) Übersicht.** Ob und in welchem Umfang eine Auskunft zur Beurteilung der Tagesordnung erforderlich ist, kann nur im Einzelfall und im Zusammenhang mit dem konkreten Tagesordnungspunkt der Hauptversammlung beurteilt werden.⁴³³ Die Tages-

427 OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 526 (juris); OLG Frankfurt/M 20.10.2009 – 5 U 22/09, Rdn 149 (juris); KG 16.7.2009 – 23 W 69/08, Rdn 61 (juris); KG 30.6.1994 – 2 W 4531/93, WM 1994, 1479, 1487; KG 26.8.1993 – 2 W 6111/92, ZIP 1993, 1618, 1621; Siemens; OLG Hamburg 12.12.1969 – 11 W 34/69, AG 1970, 50, 51; s auch LG München I 16.4.1986 – 7 HKO 8835/85, AG 1987, 185, 186; KK/Kersting § 131 Rdn 478; Meyer-Löwy, S 125; K Schmidt, Informationsrechte, S 50; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 28; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 34; weitergehend Wilhelm DB 2001, 520, 522; einschränkend MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 46.

428 BGH 21.9.2009 – II ZR 223/08, ZIP 2009, 2203; Springer; OLG Hamburg 12.12.1969 – 11 W 34/69, AG 1970, 50, 51; LG München I 16.4.1986 – 7 HKO 8835/85, AG 1987, 185, 189; vgl auch OLG Frankfurt/M 22.7.1983 – 20 W 843/82, WM 1983, 1071; Heidel/Heidel § 131 Rdn 38; Hüffer/Koch § 131 Rdn 29; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 46; Luther FS Möhring, 221, 239; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 11a; Ziemons/Binnewies Rz I 10.674; krit A Reuter DB 1988, 2615, 2617.

429 Franken/Heinsius FS Budde, 213, 234; Groß AG 1997, 97, 103; Grüner NZG 2000, 770, 772; Kubis ZGR 2014, 608, 623; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 79; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 34; offenlassend BGH 5.11.2013 – II ZB 28/12, BGHZ 198, 354 Rdn 44; abw KG 24.8.1995 – 2 W 1255/95, ZIP 1995, 1585, 1589; Heidel/Heidel § 131 Rdn 38; s auch KK/Kersting § 131 Rdn 162; richtlinienkonforme Auslegung.

430 LG Köln 2.4.1990 – 91 O 132/89, AG 1991, 38; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 39, 47; s auch BGH 15.6.1992 – II ZR 18/91, BGHZ 119, 1, 14; Hüffer ZIP 1996, 401, 407; abw Heidel/Heidel § 131 Rdn 39.

431 BGH 21.9.2009 – II ZR 223/08, ZIP 2009, 2203; OLG Frankfurt/M 5.7.2011 – 5 U 104/10, Rdn 88 (juris); OLG Frankfurt/M 24.6.2009 – 23 U 90/07, BeckRS 2009, 17982; OLG Brandenburg 6.6.2001 – 7 U 145/00, Rdn 35 (juris); OLG München 4.7.2001 – 7 U 5285/00, NZG 2001, 187, 188; BayObLG 21.3.2001 – 3 Z BR 318/00, DB 2001, 1138; Heidel/Heidel § 131 Rdn 39; abw Hüffer ZIP 1996, 401, 407; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 39, 47; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 11a.

432 S Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner § 34 Rdn 50.

433 BGH 15.6.1992 – II ZR 18/91, BGHZ 119, 1, 14; Asea/BBC; OLG Düsseldorf 18.2.2013 – I-26 W 21/12 (AktE), Rdn 46 (juris); OLG Frankfurt/M 8.11.2012 – 21 W 33/11, NZG 2013, 23, 24; OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 357 (juris); KG 3.5.2010 – 23 U 63/09, Rdn 55 (juris); OLG Frankfurt/M 30.1.2006 – 20 W 52/09, Rdn 8 (juris); OLG München 4.7.2001 – 7 U 5285/00, NZG 2002, 187, 188.

ordnungspunkte „Vorlage des Jahresabschlusses“, „Gewinnverwendung“, „Entlastung von Vorstand“, „Entlastung von Aufsichtsrat“ und „Wahl des Abschlußprüfers“ sind zwingende Tagesordnungspunkte einer **ordentlichen Hauptversammlung**. Zusätzlich ist turnusgemäß alle fünf Jahre die Wahl des Aufsichtsrats Gegenstand der ordentlichen Hauptversammlung. Soweit es um die Erforderlichkeit der Auskunft zur sachgemäßen Beurteilung einer ordentlichen Hauptversammlung geht, werden Auskünfte häufig zur Beurteilung mehrerer Tagesordnungspunkte erforderlich sein. Beispielsweise sind Fragen zu dem Tagesordnungspunkt „Vorlage des Jahresabschlusses“ häufig auch für die „Gewinnverwendung“ und die „Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat“ erforderlich.

Daneben können Tagesordnungspunkte mit einer mehrjährigen Geltungsdauer (insbesondere genehmigtes Kapital) sowie anlassbezogene, außergewöhnliche Tagesordnungspunkte gemeinsam mit den üblichen Tagesordnungspunkten Gegenstand einer ordentlichen Hauptversammlung sein. Solche außergewöhnlichen Tagesordnungspunkte wie insbesondere die Beschlussfassung über Grundlagen- und Strukturmaßnahmen können auch allein oder gemeinsam mit anderen Tagesordnungspunkten Gegenstand einer außerordentlichen Hauptversammlung sein. Bei einer **außerordentlichen Hauptversammlung** mit nur einem oder wenigen Tagesordnungspunkten muss die Auskunft zur Beurteilung der konkreten Tagesordnung erforderlich sein. Es genügt nicht, wenn die Erforderlichkeit bei einer ordentlichen Hauptversammlung typischerweise zu bejahen wäre.⁴³⁴

Die **Rechtsprechung** vermittelt ein reichhaltiges Anschauungsmaterial für die Beurteilung der Erforderlichkeit einer Auskunft. Sie belegt die große praktische Bedeutung der Beurteilung der Erforderlichkeit der Auskunft bei Anfechtungs- und Auskunftserzwingungsverfahren und die vielfältigen Zweifelsfragen, die sich bei der rechtlichen Beurteilung ergeben können.⁴³⁵ Auch wenn es jeweils auf den Einzelfall ankommt und hinsichtlich einer Generalisierung von Entscheidungen Vorsicht geboten ist, lassen sich aus der Rechtsprechung doch für einzelne Tagesordnungspunkte einige allgemeine Grundsätze für die Beurteilung ableiten.⁴³⁶ Nachfolgend wird – gegliedert nach einzelnen Tagesordnungspunkten – eine Übersicht über die Spruchpraxis gegeben. Hinsichtlich Einzelheiten s. die alphabetische Übersicht im Anhang.

b) Vorlage des Jahresabschlusses

aa) Grundsätze. Die Vorlage des Jahresabschlusses gemäß §§ 176, 175 Abs 2 berechtigt zur Einholung von Auskünften auch dann, wenn die Hauptversammlung den Jahresabschluss nicht gemäß § 173 Abs 1 festzustellen hat, wenn also zu diesem Tagesordnungspunkt **kein Beschluss** zu fassen ist (Rdn 11).⁴³⁷ Die Erörterung des Jahresabschlusses und der Berichte des Vorstands und des Aufsichtsrats über das Geschäftsjahr soll dem Aktionär das Verstehen, die Prüfung und Bewertung des Jahresabschlusses

⁴³⁴ LG Frankfurt/M 16.5.1966 – 31 O 63/66, AG 1968, 24, 25; *Trouet* NJW 1986, 1302, 1304.

⁴³⁵ Insow krit *Hüffer/Koch* § 131 Rdn 21; s auch *Butzke* G 44.

⁴³⁶ S auch *Butzke* G 48–61; *Heidel/Heidel* § 131 Rdn 85; *Grigoleit/Herrler* § 131 Rdn 23–25; *MünchHdbAG/Hoffmann-Becking* § 38 Rdn 21–30; *KK/Kersting* § 131 Rdn 165–248; *MünchKomm/Kubis* § 131 Rdn 188–250; *Mutter* S 9–87; *Schmidt/Lutter/Spindler* § 131 Rdn 45–58; *Volhard* in *Semler/Volhard/Reichert* § 11 Rdn 55–56; **abw** *Spindler/Stilz/Siems* § 131 Rdn 29.

⁴³⁷ BayObLG 14.7.1999 – 3 Z BR 11/99, NZG 1999, 1218, 1219; OLG Karlsruhe 29.6.1989 – 11 W 57/89, AG 1990, 82; KG 11.2.1972 – 1 W 1672/71, NJW 1972, 2307, 2308; *MünchKomm/Kubis* § 131 Rdn 48.

OLG Hamburg 11.4.1969 – 11 W 77/68, AG 1969, 150, 151; LG München I 16.4.1986 – 7 HKO 8835/85, AG 1987, 185, 186; *Hefermehl* FS Duden, 109, 128; *Wüsthoff* S 28; einschränkend *Trouet* NJW 1986, 1302, 1304; *KK/Kersting* § 131 Rdn 109.

ermöglichen.⁴³⁸ Die Entgegennahme des Jahresabschlusses durch die Hauptversammlung wäre sinnlos, wenn sie nicht auch der kritischen Diskussion Raum geben dürfte, die aber ohne Auskunftspflichten des Vorstands oft nicht weit führen würde.⁴³⁹ Zudem soll die Entgegennahme des Jahresabschlusses den Beschluss über die Gewinnverwendung vorbereiten.⁴⁴⁰ Darüber hinaus soll die Befassung mit dem Jahresabschluss eine Grundlage für die Beurteilung der Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat schaffen.⁴⁴¹ Deshalb können Fragen zum Jahresabschluss zur Beurteilung auch dieser Tagesordnungspunkte erforderlich sein (Rdn 171, 191) und haben in der Praxis **erhebliche Bedeutung**.

158 Zur sachgemäßen Beurteilung der Vorlage des Jahresabschlusses sind Fragen erforderlich, die **unter Beachtung der Bilanzdimensionen** der näheren Erläuterung bedeuternder Bilanzansätze und Geschäftsvorfälle und dem Vergleich mit den Ergebnissen der Vorjahre dienen und für die Beurteilung der Ertragslage der Gesellschaft **wesentlich** bzw die Bilanz der Gesellschaft prägend sind.⁴⁴² Deshalb ist eine Aufschlüsselung der Bilanz bis in letzte Einzelheiten nicht zur Beurteilung der Vorlage des Jahresabschlusses erforderlich.⁴⁴³ Die allgemein für die Erforderlichkeit der Auskunft erforderliche Maßgeblichkeitsschwelle (Rdn 136) ist für die Beurteilung des Jahresabschlusses unter Berücksichtigung der Größe (insbes Höhe der Bilanzsumme und des Umsatzes) der Gesellschaft zu beurteilen.⁴⁴⁴ Für die Beurteilung kann auch der Unternehmensgegenstand eine Rolle spielen, insbesondere der Umstand, ob die Gesellschaft eine Holding oder eine operativ tätige Gesellschaft ist und in welcher Branche sie tätig ist.⁴⁴⁵ Zudem sind der Erforderlichkeit von Auskünften für die Beurteilung der Vorlage des Jahresabschlusses durch deren **Detaillierungsgrad** Grenzen gesetzt (Rdn 137).

159 Eine Auskunft ist zur sachgemäßen Beurteilung des Gegenstandes der Tagesordnung **nicht erforderlich**, wenn in der Hauptversammlung ein Jahresabschluß in nicht abgekürzter Form vorgelegt wird, aus welchem sich eine Beantwortung des Auskunftsbegehrungs ergibt (Rdn 142).⁴⁴⁶ Im Übrigen können die Auskunftsverweigerungsgründe insbes gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 1–3, 6 der Pflicht zur Erteilung an sich zur Vorlage des Jahresabschlusses erforderlicher Auskünfte entgegenstehen (Rdn 383, 394, 401, 424).

160 Zur Beurteilung von Jahresabschluß und Lagebericht sind alle Auskünfte erforderlich, die auf eine **Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage** der

438 OLG Hamburg 24.2.1994 – 11 W 6/94, ZIP 1994, 373, 374.

439 LG München I 16.4.1986 – 7 HKO 8835/85, AG 1987, 185, 186; s auch BayObLG 14.7.1999 – 3 Z BR 11/99, NZG 1999, 1218, 1219.

440 OLG Frankfurt/M 18.2.1981 – 20 W 201/80, AG 1981, 232.

441 OLG Hamburg 6.11.1970 – 11 W 18/70, AG 1970, 372; LG München I 16.4.1986 – 7 HKO 8835/85, AG 1987, 185, 187; Ebenroth S 110; KK/Kersting § 131 Rdn 207.

442 BayObLG 20.3.1996 – 3 Z BR 324/95, WM 1996, 1177, 1179; OLG Frankfurt/M 6.11.1990 – 5 U 191/84, AG 1991, 206; OLG Frankfurt/M 18.2.1981 – 20 W 201/80, AG 1981, 232; OLG Hamburg 6.11.1970 – 11 W 18/70 AG 1970, 372; LG München I 16.4.1986 – 7 HKO 8835/85, AG 1987, 185, 187; Hefermehl FS Duden, 109, 129; Hüffer/Koch § 131 Rdn 30; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 48, 196; Noack DZWiR 1994, 121, 122; A Reuter DB 1988, 2615, 2618; Wüsthoff S 30.

443 BGH 7.4.1960 – II ZR 143/58, BGHZ 32, 159, 163; OLG Frankfurt/M 7.12.2010 – 5 U 29/10, Rdn 287 (juris); BayObLG 22.3.1999 – 3 Z BR 250/98, AG 1999, 320, 321; OLG München 3.12.1997 – 7 U 1849/97, AG 1998, 238, 239; LG Düsseldorf 28.9.2011 – 41 O 40/09, Rdn 53 (juris); MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 22; abw KK/Kersting § 131 Rdn 168: richtlinienkonforme Auslegung (dazu Rdn 124).

444 MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 48, 196.

445 MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 48.

446 OLG Hamburg 12.1.2001 – 11 U 162/00, NZG 2001, 513, 515; OLG Karlsruhe 9.6.1999 – 1 U 288/98, DB 1999, 1998, 1999; OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2153; LG Düsseldorf 28.9.2011 – 41 O 40/09, Rdn 52 (juris); Butzke G 53; MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 22; Hüffer/Koch § 131 Rdn 30; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 49; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 13; s auch OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 404 (juris): Erfüllung.

Gesellschaft abzielen. Dazu gehört die Vermittlung der Kenntnis von der allgemeinen Geschäftsentwicklung, der Ertragskraft und der Konkurrenzfähigkeit der Gesellschaft. Fragen können sich zunächst auf die **bilanzrechtlichen Pflichtangaben** in Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang und Lagebericht beziehen. Sie können aber auch darüber hinausgehen, weil die gesetzlichen Vorschriften nur ein **Mindestmaß** an Publizität festlegen, das auch für die Erforderlichkeit der Auskunft gemäß § 131 maßgeblich ist (Rdn 29).⁴⁴⁷ Beispielsweise können Auskünfte erforderlich sein betreffend die Gründe für einen Umsatzerückgang, die Nennung wesentlicher Verlustquellen, die Konzepte zur Steigerung der Profitabilität oder zu Investitionsplänen nach dem Verkauf von nicht mehr zum Kerngeschäft zählenden Aktivitäten, ferner zum Zeitpunkt der Wiederaufnahme einer Dividendenzahlung.

Jedenfalls seit Einführung der Segmentberichterstattung im Konzernanhang (§ 297 Abs 1 Satz 2 HGB) erstreckt sich das Auskunftsrecht bei börsennotierten Gesellschaften auch auf Umsätze, Ergebnisse, Investitionen, Abschreibungen und das Anlagevermögen im Konzernabschluß der einzelnen **Geschäftsfelder** (Unternehmenssparten) oder auf geographische **Regionen** von einiger Bedeutung.⁴⁴⁸ Eine hinreichend wesentliche Bilanzdimension ist insoweit in Anlehnung an den entsprechenden *Significance Test* von IFRS 8 und SFAS No 131 gegeben, wenn die Umsätze, Gewinn oder Verlust oder das Vermögen des Segments 10% oder mehr aller zusammengefaßten entsprechenden Bezugsgrößen erreichen.⁴⁴⁹ Angaben zu den Bilanzkennzahlen von **verbundenen Unternehmen** sind erforderlich, wenn es sich aufgrund ihrer Bedeutung in der Gruppe oder der Auswirkungen auf die Bilanz der Muttergesellschaft um eine wesentliche Gesellschaft handelt.⁴⁵⁰

Der Jahresabschluss bezieht sich auf den Bilanzstichtag des abgeschlossenen Geschäftsjahres. Dementsprechend sind Auskünfte zum Jahresabschluß grundsätzlich nur dann erforderlich, wenn sie sich auf das **abgeschlossene Geschäftsjahr** und nicht auf weiter zurückliegende Geschäftsjahre beziehen (Rdn 145). Allerdings hat sich der ebenfalls der Hauptversammlung vorzulegende Lagebericht auch auf Vorgänge zu beziehen, die nach dem Schluss des Geschäftsjahrs eingetreten sind, soweit sie von besonderer Bedeutung sind (§ 289 Abs 2 Nr 1 HGB). Dementsprechend kann sich das Auskunftsrecht gemäß § 131 auch auf **Vorgänge des laufenden Geschäftsjahres** von besonderer Bedeutung beziehen (Rdn 150). So können wesentliche aktuelle Geschäftsentwicklungen wie der Gewinn oder der Verlust von Großaufträgen, unerwartete Verlustentwicklungen oder erst recht Gewinnwarnungen Auskünfte erforderlich machen.⁴⁵¹ Erforderlich sein können auch Auskünfte zu **früheren Geschäftsjahren**, insbesondere zum dem Rechnungslegungszeitraum unmittelbar vorangehenden Geschäftsjahr, wenn und weil ein Vergleich mit den Vorjahreszahlen die Behandlung des Jahresabschlusses in der Hauptversammlung ermöglicht oder erleichtert.⁴⁵²

Bei der **KGaA** sind zur Beurteilung der gemäß § 286 zwingenden Beschlussfassung 163 der Hauptversammlung über die Feststellung des Jahresabschlusses auch Auskünfte über den Gewinnanteil des persönlich haftenden Gesellschafters sowie seine Berech-

⁴⁴⁷ MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 22; KK/Kersting § 131 Rdn 167.

⁴⁴⁸ MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 238.

⁴⁴⁹ MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 238; abw Heidel/Heidel § 131 Rdn 85 Fn 497.

⁴⁵⁰ OLG Hamburg 24.2.1994 – 11 W 6/94, ZIP 1994, 373; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 209; enger LG München I 10.12.1998 – 5 HKO 10806/97, NZG 1999, 674, 676; Hypobank/Porta.

⁴⁵¹ BGH 7.4.1960 – II ZR 143/58, BGHZ 32, 159, 165: Begründung für Umsatzerückgang.

⁴⁵² OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2153: Umsatzerlöse; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 50; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 45.

nung zur Beschlussfassung erforderlich.⁴⁵³ Der Umstand, dass der Gewinnanteil des phG der Gewinn- und Verlustrechnung nicht gesondert ausgewiesen ist (§ 286 Abs 3) und auch nicht als Bestandteil der Gesamtbezüge auszuweisen ist (§ 286 Abs 4), steht nicht entgegen: Die Gliederungsvorschriften für die Bilanz und die Gewinn und Verlustrechnung legen nur ein Mindestmaß an Publizität fest (Rdn 29).

- 164 bb) Einzelheiten.** Auskünfte zu **Abschreibungen** auf Anteile oder Wertberichtigungen auf Forderungen können erforderlich sein, sofern diese ungewöhnlich hoch sind;⁴⁵⁴ im Einzelfall kommt allerdings ein Auskunftsverweigerungrecht gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 1 in Betracht (Rdn 364, 401). Zu **Einzelgeschäften** sind Auskünfte grundsätzlich nicht erforderlich, es sei denn, sie prägen die Bilanz⁴⁵⁵ oder es liegen besondere Umstände vor (Rdn 158).⁴⁵⁶ Dieser Maßstab gilt auch für Anschaffungskosten einer Beteiligung⁴⁵⁷ oder eines Grundstücks⁴⁵⁸ sowie für Veräußerungserlöse bei derartigen Geschäften.⁴⁵⁹ Auskünfte betreffend die fünf größten Verlustgeschäfte können bei einem negativen Gesamtergebnis im Effektenbereich in der Höhe des doppelten Grundkapitals verlangt werden.⁴⁶⁰ Auskünfte betreffend **außerordentliche Erträge** aus der Veräußerung von Beteiligungen sind grundsätzlich nicht erforderlich, sofern nicht besondere Umstände vorliegen oder sie keine wesentlichen Auswirkungen auf die Bilanz haben.⁴⁶¹ Für die Beurteilung der Ertragskraft von Unternehmen mitgeteilte **Kennzahlen** bzw Konzernsteuerungsgrößen (zB EBITDA) können hinsichtlich ihrer Ermittlung hinterfragt werden.⁴⁶² Angaben zur **Ertragsstruktur** können bei besonderen Umständen erforderlich sein.⁴⁶³
- 165** Auskünfte zur **Forschung und Entwicklung** sind bei Branchenüblichkeit hinsichtlich der Gesamtkosten erforderlich;⁴⁶⁴ für Einzelkosten ist die Erforderlichkeit vorbehaltlich eines bedeutenden Umfangs zu verneinen.⁴⁶⁵ Fragen zum Buchwert, Einheitswert, Feuerversicherungswert oder Verkehrswert von **Immobilien** sind vorbehaltlich besonderer Umstände regelmäßig nicht zur Beurteilung der Vorlage des Jahresabschlusses

453 OLG Hamm 11.4.1969 – 8 W 22/69, AG 1969, 295; *Barz* FS Möhring, 153, 160.

454 OLG Frankfurt/M 6.11.1990 – 5 U 191/84, AG 1991, 206; OLG Frankfurt/M 15.4.1986 – 3 U 191/84, AG 1986, 233, 234; *Butzke* G 53; Hüffer/Koch § 131 Rdn 30; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 196; *Mutter* S 42; Noack DZWiR 1994, 121, 122; *A Reuter* DB 1988, 2615, 2618.

455 BayObLG 20.3.1996 – 3 Z BR 324/95, WM 1996, 1177, 1179; *Mutter* S 41.

456 OLG Düsseldorf 18.2.2013 – I-26 W 21/12 (AktE), Rdn 45 (juris); OLG Frankfurt/M 5.7.2011 – 5 U 104/10, Rdn 87 (juris); Hüffer/Koch § 131 Rdn 30.

457 OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2155; LG Ingolstadt 12.6.1990 – HKO 763/89, WM 1991, 685; LG Berlin 17.1.1990 – 98 AktE 10/89, WM 1990, 978; Hüffer/Koch § 131 Rdn 30; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 193: Gegenleistung 10% des Grundkapitals; weitergehend Heidel/Heidel § 131 Rdn 85 „Anschaffungskosten“.

458 BayObLG 20.3.1996 – 3 Z BR 324/95, WM 1996, 1177, 1179: Bedeutender Umfang im Verhältnis zum Grundkapital und zum ausgewiesenen Gewinn; Hüffer/Koch § 131 Rdn 30; *Mutter* S 42.

459 LG München I 29.8.1995 – 5 HKO 19424/94, AG 1996, 89; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 245.

460 OLG Düsseldorf 18.2.2013 – I-26 W 21/12 (AktE), Rdn 45 (juris); Hüffer/Koch § 131 Rdn 30; *Mutter* S 42.

461 Enger LG München I 16.4.1986 – 7 HKO 8835/85, AG 1987, 185, 188: Lediglich Gesamtangabe der Gewinne aus Anlageabgängen und Zuschreibungen.

462 LG München I 10.3.1980 – 7 HKO 7427/79, AG 1981, 79, 80: Gewinn je Aktie; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 210.

463 LG München I 16.4.1986 – 7 HKO 8835/85, AG 1987, 185, 187: Verdacht, dass defizitäres Geschäft durch Einnahmen aus Lizenzien und aus Vermietung und Verpachtung subventioniert wurde.

464 Ebenroth S 109; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 211; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 45; **abw** LG Heilbronn 6.3.1967 – KfH AktE 1/67, AG 1967, 81; bei unbedeutendem Umfang KG 11.2.1972 – 1 W 1672/71, NJW 1972, 2308; *Barz* FS Möring, 153, 163.

465 Ebenroth S 109; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 211; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 45.

erforderlich;⁴⁶⁶ anders kann die Beurteilung sein, wenn die Bewertung des Unternehmens im Rahmen einer Grundlagen- und Strukturmaßnahme Gegenstand der Beschlussfassung der Hauptversammlung ist (Rdn 252). Fragen zu **Investitionen** können hinsichtlich ihres Gesamtumfangs zur Beurteilung der Vorlage des Jahresabschlusses erforderlich sein.⁴⁶⁷ Dagegen sind Fragen zu bestimmten Investitionsvorhaben oder Einzelinvestitionen regelmäßig nicht erforderlich.⁴⁶⁸

Bei einem **Jahresfehlbetrag** können kritische Fragen zu dessen Gründen und zum **166** Beitrag von Beteiligungen im In- und Ausland erforderlich sein.⁴⁶⁹ Erforderlich sein kann die Auskunft zum Gesamtverlust im Kerngeschäft⁴⁷⁰ oder inwieweit der Jahresfehlbetrag auf verbundene Unternehmen entfällt.⁴⁷¹ Im Übrigen sind Auskünfte zu einzelnen Verlustgeschäften erforderlich, wenn diese bilanzprägend sind oder sonst wesentliche Bedeutung für den Jahresabschluss haben (Rdn 158, 164). Dementsprechend kann eine Frage zum Verlust aus dem Verkauf einer wesentlichen Beteiligung erforderlich sein.⁴⁷² Fragen zur **Kundenstruktur** können erforderlich sein, wenn sie zur Beurteilung einer etwaigen wirtschaftlichen Abhängigkeit der Gesellschaft erforderlich sind.⁴⁷³ Die Fragen nach **Lizenzeinnahmen** kann bei Wesentlichkeit im Einzelfall ebenso erforderlich sein⁴⁷⁴ wie die Frage nach Lizenzgebühren.⁴⁷⁵ Auskünfte zu einzelnen Produkten oder Produktgruppen sind dagegen insoweit regelmäßig nicht erforderlich.⁴⁷⁶

Eine große Bedeutung hatte zwischenzeitlich in der Rechtsprechung die Frage der **167** Erforderlichkeit von Auskünften zu **Minderheitsbeteiligungen**. Von der Rechtsprechung wurde eine Auskunftspflicht über **Beteiligungen** der AG an **börsennotierten deutschen Gesellschaften bejaht**, wenn diese **mindestens 5%** des Grundkapitals oder der Stimmrechte ausmachen oder bei Beteiligungen von DAX30-Gesellschaften einen **Börsenwert von mindestens EUR 50 Mio**⁴⁷⁷ sowie bei kleineren Gesellschaften einen Börsenwert von EUR 10 Mio haben.⁴⁷⁸ Eine Aufgliederung der Beteiligungen in direkte

466 KG 30.6.1994 – 2 W 4531, 4642/93, WM 1994, 1479, 1487; Allianz; LG Berlin 24.06.1993 – 93 O 244/92, WM 1994, 27, 31; LG Frankfurt/M 16.09.1994 – 3/3 O 83/92, WM 1994, 1929, 1930; *Butzke* G 54; **abw**; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 213.

467 MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 215.

468 LG München I 16.4.1986 – 7 HKO 8835/85, AG 1987, 185, 188: Abwerbung von attraktiven Gaststätten; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 215.

469 LG München I 14.4.1985 – 7 HKO 3971/84, AG 1987, 26, 27; Hüffer/Koch § 131 Rdn 30.

470 LG München I 16.4.1986 – 7 HKO 8835/85, AG 1987, 185, 188; krit A Reuter DB 1988, 2616, 2618.

471 OLG Bremen 20.10.1980 – 2 W 35/80, AG 1981, 229; LG München I 10.12.1998 – 5 HKO 10806/97, NZG 1999, 674, 675.

472 RG 12.6.1941 – II 122/40, RGZ 167, 151, 159; LG München I 10.12.1998 – 5 HKO 10806/97, NZG 1999, 674, 675: Verluste bei Verkauf einer wesentlichen Beteiligung an Braunbrunn AG durch Tochtergesellschaft.

473 Heidel/Heidel § 131 Rdn 85 „Kundenstruktur“; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 221; einschränkend OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2154: Existenz einzelner/Vielzahl von Kunden ja, konkrete Anzahl der Kunden nein.

474 LG München I 16.4.1986 – 7 HKO 8835/85, AG 1987, 185, 187; Paulaner; LG Heilbronn 6.3.1967 – KfH AktE 1/67, AG 1967, 81; Audi/NSU; Barz FS Möring, 153, 157; *Butzke* G 53; Ebenroth S 112; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 223.

475 Ebenroth S 112; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 223; enger KG 11.2.1972 – 1 W 1672/71, NJW 1972, 2307, 2308.

476 MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 223.

477 BayObLG 9.9.1996 – 3 Z BR 36/94, ZIP 1996, 1945, 1948: Hypobank; BayObLG 23.8.1996 – 3 Z BR 130/96, ZIP 1996, 1743, 1745; ebenso schon (für Beteiligung von 10% am Grundkapital bzw. der Stimmrechte) vgl KG 24.8.1995 – 2 W 1255/95, ZIP 1995, 1585, 1587; Allianz; KG 24.8.1995 – 2 W 115/95, ZIP 1995, 1590; Allianz; KG 24.8.1995 – 2 W 4557/94, ZIP 1995, 1592; Siemens; KG 30.6.1994 – 2 W 4531/93, WM 1994, 1479, 1483; KG 26.8.1993 – 2 W 6111/92, ZIP 1993, 1618, 1619; Siemens; **abw** LG Frankfurt/M 16.9.1994 – 3/3 O 83/92, WM 1994, 1929, 1930; LG Frankfurt/M 16.9.1994 – 3/3 O 82/92, WM 1994, 1931, 1932.

478 KG 15.2.2001 – 2 W 3288/00, ZIP 2001, 1200, 1201.

und indirekte Beteiligungen war nach dieser Rechtsprechung nicht erforderlich.⁴⁷⁹ Auch soweit es sich bei Beteiligungen um Handels- oder Spekulationsbestände handelt, bestand danach grundsätzlich eine Auskunftspflicht.⁴⁸⁰ Die Auskunftspflicht wurde **auch für Anteilsbesitz verbundener Unternehmen** an solchen börsennotierten deutschen Gesellschaften bejaht.⁴⁸¹ Für auskunftspflichtig gehalten wurden auch Beteiligungen, soweit sie von konzernfremden **Vermögensverwaltungsgesellschaften für Rechnung** der Gesellschaft oder eines mit ihr verbundenen Unternehmens gehalten werden (§ 16 Abs 2 Satz 3).⁴⁸² Dagegen wurde von der Rechtsprechung abgelehnt eine Auskunftspflicht zu **Beteiligungen von Kapitalanlagegesellschaften**, weil sie für Rechnung der Einleger gesondert vom eigenen Vermögen angelegt werden.⁴⁸³

168 Diese Rechtsprechung wurde hinsichtlich der Pflicht zur Offenlegung von **Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften** in Höhe von 5% der Stimmrechte zwischenzeitlich durch **§ 285 Nr 11 HGB** bestätigt: Durch diese bilanzielle Regelung wird ein Mindestmaß an Publizität begründet, das auch die Beurteilung der Erforderlichkeit einer Auskunft gemäß § 131 beeinflusst (Rdn 29).⁴⁸⁴ Darüber hinausgehend bestätigt **§ 21 WpHG**, dass auch ein Aktionär in der Hauptversammlung eine Auskunft über offenzugangspflichtige **Beteiligungen an börsennotierten Gesellschaften** erwarten darf (Rdn 31).⁴⁸⁵ Nach der Absenkung der Offenlegungspflicht auf Stimmrechte in Höhe von **3%** besteht nunmehr auch insoweit ein Auskunftsrecht gemäß § 131.⁴⁸⁶ Eine **Ausdehnung** des Auskunftsrechts auch auf Minderheitsbeteiligungen an nicht börsennotierten Gesellschaften, börsennotierten ausländischen Gesellschaften oder an kleinen bzw mittleren Kapitalgesellschaften ist jedoch auch bei Erreichen oder Überschreiten eines Stimmanteils bzw Kapitalanteils von 5% **nicht zu befürworten**.⁴⁸⁷ **Abzulehnen** ist auch die Rechtsprechung, dass sich die **Auskunftspflicht** bereits bei einem **Börsenwert** von mindestens **EUR 50** bei DAX30-Gesellschaften oder von EUR 10 Mio bei kleineren Gesellschaften ergeben soll. Insbesondere lässt sich insoweit ein Auskunftsrecht weder unter Hinweis auf die Notwendigkeit der Durchsetzung eines allgemeinen Rechenschaftsanspruchs des Aktionärs noch der Ermöglichung einer Aktien- oder Bilanzanalyse zum Zwecke der Unternehmensbewertung durch den Aktionär begründen (Rdn 15,18).⁴⁸⁸ Eine Auskunftspflicht kann sich vielmehr entsprechend den allgemeinen Anforderungen an die Erforderlichkeit der Auskunft nur dann ergeben, wenn im konkreten Einzelfall

479 KG 30.6.1994 – 2 W 4531/93, WM 1994, 1479, 1485.

480 KG 24.8.1995 – 2 W 1255/95, ZIP 1995, 1585, 1588.

481 BayObLG 9.9.1996 – 3 Z BR 36/94, ZIP 1996, 1945, 1948; BayObLG 23.8.1996 – 3 Z BR 130/96, ZIP 1996, 1743, 1746; KG 24.8.1995 – 2 W 1255/95, ZIP 1995, 1585, 1588; KG 30.6.1994 – 2 W 4531/93, WM 1994, 1479, 1484.

482 BayObLG 9.9.1996 – 3 Z BR 36/94, ZIP 1996, 1945, 1948; KG 30.6.1994 – 2 W 4531/93, WM 1994, 1479, 1485.

483 KG 24.8.1995 – 2 W 1255/95, ZIP 1995, 1585, 1588.

484 Butzke G 55; KK/Kersting § 131 Rdn 174; Hüffer/Koch § 131 Rdn 31; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 228; Spindler/Stilz/Siemss § 131 Rdn 29; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 57.

485 BayObLG 9.9.1996 – 3 Z BR 36/94, ZIP 1996, 1945, 1948; Hypobank; BayObLG 23.8.1996 – 3 Z BR 130/96, ZIP 1996, 1743, 1745; ebenso KG 24.8.1995 – 2 W 1255/95, ZIP 1995, 1585, 1587; Allianz; KG 30.6.1994 – 2 W 4531/93, WM 1994 1479, 1483.

486 Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 10, 14; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 12, 57; **abw** LG Frankfurt/M 16.9.1994 – 3-3 O 83/92, WM 1994, 1931, 1932; Butzke G 55; Ebenroth/Wilcken BB 1993, 818, 820; Hüffer ZIP 1996, 401, 409; KK/Kersting § 131 Rdn 42; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 228; Noack DZWiR 1994, 121, 123; Saenger DB 1997, 145, 149.

487 **Abw** für börsennotierte Gesellschaften und kleine/mittlere Kapitalgesellschaften KK/Kersting § 131 Rdn 175; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 228.

488 **Abw** KG 15.2.2001 – 2 W 3288/00, ZIP 2001, 1200, 1202; Kötitzer Ledertuch; KG 24.8.1995 – 2 W 1255/95, ZIP 1995, 1585, 1587; Allianz.

die Beteiligung eine wesentliche Bedeutung für den Jahresabschluss der Gesellschaft hat (Rdn 158).⁴⁸⁹

Erforderlich sein können Auskünfte über Art, Höhe und Bewertung wesentlicher bilanzieller **Risiken**.⁴⁹⁰ Zu **Rückstellungen** können ebenfalls Auskünfte erforderlich sein, wenn sie für die Bilanz wesentlich sind.⁴⁹¹ Für die Beurteilung der Vorlage des Jahresabschlusses sind hinsichtlich der Maßgeblichkeitsschwelle (Rdn 158) höhere Anforderungen zu stellen als bei der Beschlussfassung über Grundlagen- und Strukturmaßnahmen, in denen Rückstellungen die Barabfindung der Aktionäre mindern können (Rdn 247). Zur Frage nach Erfolgsaussichten und Rückstellungen betreffend einzelne Rechtstreitigkeiten ist bei Nickerreichen der Maßgeblichkeitsschwelle keine Auskunft erforderlich;⁴⁹² im Übrigen kommt insoweit ein Auskunftsverweigerungsrecht gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 1 in Betracht (Rdn 386). Die Gesamtzahl wesentlicher Rechtsstreitigkeiten auf Kläger- und Beklagtenseite (unter Einschluss von behördlichen Verfahren) kann bei Erreichen der Maßgeblichkeitsschwelle erforderlich sein. Details zu den involvierten Parteien und zum Verfahrensgegenstand sind regelmäßig nicht erforderlich. Wesentliche Eckdaten des Verfahrens können bei besonderer Bedeutung des Verfahrens erforderlich sein.

Fragen nach der **Vergütung von Mitarbeitern** sind in der Regel nicht zur Beurteilung des Jahresabschlusses erforderlich. Dies gilt für die Gehaltsstruktur,⁴⁹³ eine Aufschlüsselung der Bezüge⁴⁹⁴ oder für Abfindungen einzelner namentlich genannter Mitarbeiter oder Mitarbeitergruppen,⁴⁹⁵ sofern nicht Anhaltspunkte für überhöhte Vergütungen oder sonstige ungewöhnliche Umstände vorliegen (Rdn 203). Fragen betreffend **Vorstandsbezüge** sind in erster Linie für die Entlastung des Aufsichtsrats erforderlich, s auch § 120 Abs 4 (Rdn 200). Soweit §§ 285 Nr 9, 9 a, § 314 Abs 1 Nr 6 a HGB eine individualisierte Offenlegung der Vorstandsbezüge börsennotierter Gesellschaften sowie eine Offenlegung der Gesamtbezüge und der Gesamtpensionsverpflichtungen sowie der Gesamtbezüge der Vergütungen in Tochtergesellschaften vorsehen, wird damit gleichzeitig ein Mindeststandard auch für die Beurteilung des Jahresabschlusses gemäß § 131 gesetzt (Rdn 29).⁴⁹⁶ Besteht gemäß §§ 288, 285 Nr 9b HGB keine Pflicht zu einem gesonderten Ausweis von Pensionsverpflichtungen, so ist die Frage nach dem Grund für den fehlenden gesonderten Ausweis nicht erforderlich.⁴⁹⁷

489 Butzke G 55; Ebenroth/Wilcken BB 1993, 1818, 1820; Groß AG 1997, 97, 106; Hüffer ZIP 1996, 401, 403; KK/Kersting § 131 Rdn 176; Hüffer/Koch § 131 Rdn 31; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 228; Noack DZWiR 1994, 121, 123; Saenger DB 1997, 145, 147; Schäfer S 124; Spindler/Stilz/Siemens § 131 Rdn 29.

490 OLG Düsseldorf 18.2.2013 – I-26 W 21/12 (AktE), Rdn 45; OLG München 4.7.2001 – 7 U 5285/00, NZG 2002, 187, 188; BayObLG 21.3.2001 – 3 Z BR 318/00, NJW-RR 2002, 104; Heidel/Heidel § 131 Rdn 85 „Risikovorsorge“; Kiethe NZG 2003, 401, 406; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 235; Mutter S 63.

491 LG Heidelberg 7.8.1996 – II KfH O 4/96, AG 1996, 523, 524; Formwechsel Scheidemandel; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 237: 5% der Bilanzsumme; weitergehend Heidel/Heidel § 131 Rdn 85 „Rückstellungen“: 5% des Ergebnisses der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

492 LG Frankfurt/M 28.1.2014 – 3-5 O 162/13, Rdn 122 (juris).

493 LG Frankfurt/M 16.09.1994 – 3/3 O 83/92, WM 1994, 1929, 1931; KK/Kersting § 131 Rdn 185; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 246.

494 BayObLG 30.11.1995 – 3 Z BR 161/93, WM 1996, 119, 123; KG 30.6.1994 – 2 W 4531, 4642/93, WM 1994, 1479, 1487; Mutter S 17.

495 KG 24.8.1995 – 2 W 4557/94, ZIP 1995, 1592, 1594: 10 höchste Abfindungsbeträge bei Siemens; Heidel/Heidel § 131 Rdn 85 „Arbeitnehmervergütung“; KK/Kersting § 131 Rdn 185; Mutter S 17.

496 S zur damals nur für Gesamtbezüge bestehenden Publizität OLG Düsseldorf 5.11.1987 – 19 W 6/87, 1987, 1555, 1557; LG Berlin 17.1.1990 – 98 AktE 10/89, WM 1990, 978, 982; KK/Kersting § 131 Rdn 178; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 248, 249.

497 OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2155.

171 c) Verwendung des Bilanzgewinns. Hinsichtlich der Gewinnverwendung (§ 174 Abs 1) sind Fragen zulässig, die die **Gewinnermittlung** und die **Bildung von Rückstellungen** einschließlich der Reservepolitik betreffen.⁴⁹⁸ Da sich der Bilanzgewinn als letzter Posten der Gewinn- und Verlustrechnung aus dem Saldo aus Jahresüberschuss und Jahresfehlbetrag sowie den übrigen Posten gemäß § 158 Abs 1 Satz 1 ergibt, können sich Fragen grundsätzlich auf sämtliche Posten der Gewinn- und Verlustrechnung gemäß § 275 HGB und § 158 Abs 1 Satz 1 beziehen; darüberhinaus bedürfen die Aktionäre zur Beurteilung des Gewinnverwendungsbeschlusses auch Informationen über die Eigenkapitalsituation einschließlich eines absehbaren Kapitalbedarfs und der Finanzlage der Gesellschaft.⁴⁹⁹ Insoweit überschneiden sich Auskünfte zum Tagesordnungspunkt „Gewinnverwendung“ partiell mit Fragen, die zum Tagesordnungspunkt „Vorlage des Jahresabschlusses“ erforderlich sind (Rdn 160).⁵⁰⁰ Ebenso wie allgemein für die Beurteilung der Erforderlichkeit (Rdn 132) und vergleichbar mit der Behandlung der Vorlage des Jahresabschlusses müssen Auskünfte für die Beurteilung der Gewinnverwendung wesentlich sein (Rdn 132, 158).

172 Im Mittelpunkt des Interesses der Aktionäre stehen bei der Beschlussfassung über die Gewinnverwendung Fragen zur **Dividende**. Dementsprechend können Fragen erforderlich sein, die auf die Möglichkeit einer Erhöhung der vorgeschlagenen Dividende abzielen, auch wenn die Hauptversammlung an den festgestellten Jahresabschluss gebunden ist.⁵⁰¹ Zudem können Fragen zu einer von der Gesellschaft verlautbarten künftigen Dividendenpolitik (angestrebte Dividendenhöhe, Anteil zB am operativen Ergebnis) oder zum Finanzierungsspielraum für die Ausschüttung einer Dividende⁵⁰² erforderlich sein. Ebenso können Fragen zu Rückstellungen erforderlich sein, wenn sie die Gewinnverwendung wesentlich beeinflussen. Im Übrigen können – ebenso wie zur Beurteilung der Vorlage des Jahresabschlusses (Rdn 164ff) – Auskünfte zu außerordentlichen Erträgen⁵⁰³ sowie zu weiteren die Gewinn- und Verlustrechnung wesentlich beeinflussenden Faktoren erforderlich sein. Fragen zu Stimmrechtsmitteilungen einer Großaktionären zuzurechnenden Gesellschaft nach §§ 21, 22 WpHG können mit Blick auf dessen möglichen Dividendenverlust nach § 28 WpHG erforderlich sein.⁵⁰⁴

d) Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat

173 aa) Grundsätze. Die Entlastung bedeutet eine Billigung der Arbeit der Verwaltung für das abgelaufene Geschäftsjahr und eine Vertrauenskundgabe für die künftige Tätigkeit (näher *Mülbert* § 120 Rdn 34ff). Ein Verzicht der AG auf Schadenersatzansprüche gegen die Verwaltung ist mit der Entlastung nicht verbunden, § 120 Abs 2 Satz 2. Trotz ihrer eingeschränkten rechtlichen Bedeutung haben Rügen einer Verletzung des Auskunftsrechts im Zusammenhang mit der Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat in der

498 OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 370 (juris); LG München I 10.3.1980 – 7 HKO 7427/79, AG 1981, 79, 81; KK/Kersting § 131 Rdn 201; Hüffer/Koch § 131 Rdn 32.

499 OLG Frankfurt/M 18.2.1981 – 20 W 201/80, AG 1981, 232; KK/Kersting § 131 Rdn 201; enger MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 52, 196.

500 MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 26; KK/Kersting § 131 Rdn 201.

501 RG 12.6.1941 – II ZR 122/40, RGZ 167, 151, 162; BGH 23.11.1961 – II ZR 4/60, BGHZ 36, 121, 135; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 24; KK/Kersting § 131 Rdn 205; Hüffer/Koch § 131 Rdn 32.

502 KG 3.5.2010 – 23 U 63/09, Rdn 69 (juris).

503 BGH 9.2.1987 – II ZR 119/86, BGHZ 101, 1, 5; Deutsche Bank; OLG Frankfurt/M 18.2.1981 – 20 W 201/80, AG 1981, 232.

504 OLG Düsseldorf 13.6.2013 – I-6 U 148/12, Rdn 167 (juris); Hüffer/Koch § 131 Rdn 32.

Spruchpraxis eine besonders große Bedeutung:⁵⁰⁵ Über den Erfolg oder Misserfolg entscheidet dabei – neben der Frage des Auskunftsverweigerungsrechts gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 1 (Rdn 366,379) – vor allem die Erforderlichkeit der begehrten Auskunft.

In Spruchpraxis und Literatur bestand lange Unsicherheit darüber, ob neben dem **Maßstab** für die Beurteilung der Erforderlichkeit (Rdn 126) bei der Beurteilung der Entlastung ein besonderer Maßstab besteht. Im Hinblick darauf, dass die Entlastung auch eine Vertrauenskundgabe für die künftige Tätigkeit beinhaltet, werden in der Literatur zum Teil eher großzügige Maßstäbe angelegt.⁵⁰⁶ In der Spruchpraxis führt der auch in § 120 Abs 3 zum Ausdruck kommende enge Zusammenhang zwischen den Tagesordnungspunkten Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat, Vorlage des Jahresabschlusses und Gewinnverwendung nicht selten dazu, dass die Erforderlichkeit einer Auskunft bejaht wird, ohne dass diese konkret auf einen Tagesordnungspunkt bezogen wird.⁵⁰⁷ Dahinter steht offenbar die Erwägung, dass die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat in weitgehendem Umfang Fragen ermöglichen.⁵⁰⁸ Andere Gerichte haben aus der eingeschränkten rechtlichen Bedeutung der Entlastung die Schlussfolgerung gezogen, dass bei der Prüfung der Erforderlichkeit einer Auskunft im Hinblick auf die Entlastung der Verwaltung ein strenger Maßstab anzulegen sei.⁵⁰⁹ Die jüngere Spruchpraxis hat sich zu Recht einer Festlegung auf einen weiten oder einen strengen Prüfungsmaßstab der Erforderlichkeit der Auskunft auch zur Entlastung enthalten (Rdn 127). Berücksichtigt man, dass schon mit dem Tatbestandsmerkmal der Erforderlichkeit einer Auskunft eine Einschränkung des Auskunftsrechts verbunden ist (Rdn 122), so bedarf es speziell für die Entlastung keiner weiteren Einschränkungen.⁵¹⁰

Auch für die Erforderlichkeit einer Auskunft zur Beurteilung der Entlastung der **Verwaltung** müssen die begehrten Auskünfte die Maßgeblichkeitsschwelle erreichen (Rdn 132). Über unbedeutendere Geschäftsvorfälle brauchen (auch) im Zusammenhang mit einer Entlastung keine Auskünfte erteilt werden. Es muss sich vielmehr um Fragen handeln, die **Vorgänge oder Angelegenheiten von einigem Gewicht** betreffen.⁵¹¹ Die

505 Baums/Keinath/Gajek ZIP 2007, 1629, 1639; Baums/Vogel/Tacheva ZIP 2000, 1649, 1652; Decher, FS Hopt, 2010, S 499, 502; Kiethe NZG 2003, 401, 404; Hüffer/Koch § 131 Rdn 33; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 53; Mülbert § 120 Rdn 23; Mutter S 32: „Einfallstor“.

506 Hüffer/Koch § 131 Rdn 17; Schwartzkopff Rdn 423; Ziemons/Binnewies, Rz I 10.668; allg LG Köln 7.11.2013 – 91 O 64/13 (nv): Postbank; Heidel/Heidel § 131 Rdn 35; vgl auch Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 10.

507 Exemplarisch die Rechtsprechung des KG und des BayObLG zu Auskünften betreffend Unternehmensbeteiligungen, BayObLG 9.9.1996 – 3 Z BR 36/94, ZIP 1996, 1945, 1948: Hypobank; BayObLG 23.8.1996 – 3 Z BR 130/96, ZIP 1996, 1743, 1745; vgl KG 24.8.1995 – 2 W 1255/95, ZIP 1995, 1585, 1587: Allianz; KG 24.8.1995 – 2 W 115/95, ZIP 1995, 1590: Allianz; KG 24.8.1995 – 2 W 4557/94, ZIP 1995, 1592: Siemens; KG 30.6.1994 – 2 W 4531/93, WM 1994, 1479, 1483; KG 26.8.1993 – 2 W 6111/92, ZIP 1993, 1618, 1619: Siemens, näher Rdn 140.

508 Grage, S 50; vgl auch Butzke G 14, 43; Ziemons/Binnewies Rz I 10.668.
509 OLG Hamburg 24.2.1994 – 11 W 6/94, ZIP 1994, 373, 374; OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2153; LG Frankfurt/M 16.9.1994 – 3/3 O 83/92, WM 1994, 1929, 1930; LG München I 10.3.1980 – 7 HKO 7427/79, AG 1981, 79, 81; vgl auch OLG Frankfurt/M 4.8.1993 – 20 W 295/90, DB 1993, 2274; Groß AG 1997, 97, 100, 106; Hüffer/Koch § 131 Rdn 22, 33; Hessler/Strohn/Liebscher § 131 AktG Rdn 6; Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner § 34 Rdn 50; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 11.

510 BGH 5.11.2013 – II ZB 28/12, BGHZ 198, 354 Rdn 44; Deutsche Bank HV 2010; OLG Frankfurt/M 20.10.2010 – 23 U 121/08, BeckRS 2010, 25449; Deutsche Bank HV 2007.

511 BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 26 (juris); BGH 5.11.2013 – II ZB 28/12, BGHZ 198, 354, Rdn 20; BGH 16.2.2009 – II ZR 185/07, BGHZ 180, 9, Rdn 39; BGH 18.10.2004 – II ZR 250/02, BGHZ 160, 385, Rdn 10; BGH 25.11.2002 – II ZR 133/01, BGHZ 153, 47, Rdn 17; OLG Düsseldorf 13.7.2015 – I-26 W 16/14 (AktE), Rdn 56 (juris); OLG Stuttgart 8.7.2015 – 20 U 2/14, Rdn 333 (juris); OLG Düsseldorf 23.2.2015 – I-26 W 14/14 (AktE), Rdn 24 (juris); OLG Frankfurt/M 26.6.2012 – 5 U 144/09, Rdn 199 (juris); OLG Stuttgart 29.2.2012, 20 W 5/11, Rdn 356 (juris); Hefermehl FS Duden, 109, 123; MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 27; Hüffer/Koch § 131 Rdn 33; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 53; Lutter AG 1985, 117, 122; Wüsthoff S 19.

Auskunft muss ein wesentliches Element dafür sein, ob der Aktionär die Tätigkeit der Verwaltung als im Großen und Ganzen gesetzes- und satzungsmäßig beurteilen kann und ob er ihm für die Zukunft das Vertrauen bekundet. Neben diesem qualitativen Maßstab setzt die Erforderlichkeit der Auskunft auch dem Detailierungsgrad und der Quantität von Fragen Grenzen (Rdn 137, 140).

176 Obwohl die Entlastung von **Vorstand** und **Aufsichtsrat** in der Hauptversammlung zwei verschiedene Tagesordnungspunkte betrifft und es um verschiedene Organe geht, werden in Praxis und Schrifttum im Ausgangspunkt insoweit **keine unterschiedlichen Anforderungen** an die Erforderlichkeit einer Auskunft gestellt.⁵¹² Dennoch muss die Erforderlichkeit mit Blick auf den konkreten Einzelfall beurteilt werden. Dementsprechend sind Fragen zu Sachverhalten, die in die Zuständigkeit des Vorstandes fallen, nicht notwendig auch zur Beurteilung der Entlastung des Aufsichtsrats erforderlich und umgekehrt.⁵¹³

177 Bei der Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat entscheiden die Aktionäre regelmäßig über alle Mitglieder des betreffenden Organs gleichzeitig (**Gesamtentlastung**). Die Entscheidung über die Einzelentlastung einzelner Organmitglieder wird der Hauptversammlung nur selten von der Verwaltung zur Beschlussfassung vorgeschlagen, das Minderheitenquorum des § 120 Abs 1 Satz 2 zur Durchsetzung einer Einzelentlastung wird in der Praxis oft nicht erreicht. Auch wenn es damit regelmäßig nicht zu einer Beschlussfassung über eine Einzelentlastung kommt, rechtfertigt dieser Umstand nicht *per se* die Ablehnung der Erforderlichkeit einer Auskunft zu für die Beurteilung der Vorstandstätigkeit wesentlichen persönlichen Verhältnissen einzelner Vorstandsmitglieder, etwa betreffend Nebentätigkeiten oder Vorstrafen.⁵¹⁴ Ebenso können Fragen, die sich auf die Ressortzuständigkeit oder das Verhalten nur einzelner Vorstandsmitglieder beziehen, gleichwohl zur Beurteilung der Gesamtentlastung erforderlich sein, weil den Vorstand insoweit eine Gesamtverantwortung trifft.

178 Grundsätzlich ist nur die Kenntnis derjenigen Vorfälle oder Tatsachen erforderlich, die sich auf den **Entlastungszeitraum** beziehen. Darüber hinausgehend können auch **Fragen zu wesentlichen Vorgängen des laufenden Geschäftsjahres** zur Beurteilung der Entlastung geeignet sein, zumal diese auch eine Vertrauensbekundung für die Zukunft darstellt (Rdn 150).⁵¹⁵ Auskünfte über **länger zurückliegende Vorfälle** müssen nur ausnahmsweise gegeben werden (Rdn 146). Auskünfte können sich insoweit nur auf die Beurteilung der zu entlastenden Organmitglieder und nicht auf bereits früher ausgeschiedene Organmitglieder beziehen. Auskünfte sind insbesondere erforderlich, wenn die Frage einer pflichtwidrigen Nichtverfolgung von Schadenersatzansprüchen durch die zu entlastenden Organmitglieder gegen frühere Organmitglieder im Raum steht (Rdn 181).⁵¹⁶ Soweit die Organmitglieder einer durch Verschmelzung entstandenen AG mit denjenigen der übertragenden Rechtsträger personengleich sind, kann sich das Informationsrecht eines

512 Beispielauf BGH 5.11.2013 – II ZB 28/12, BGHZ 198, 354 Rdn 39, 40; BGH 18.10.2004 – II ZR 250/02, BGHZ 160, 385, 389; OLG Düsseldorf 13.7.2015 – I-26 W 16/14 (AktE), Rdn 57 (juris); OLG Stuttgart 8.7.2015 – 20 U 2/14, Rdn 335; OLG Düsseldorf 23.2.2015 – I-26 W 14/14 (AktE), Rdn 23, 25; MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 27; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 53.

513 KG 16.7.2009 – 23 W 69/08; OLG Frankfurt/M 24.6.2009 – 23 U 90/07, Rdn 93 (juris); KK/Kersting § 131 Rdn 206.

514 In der Sache ebenso MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 54; Trouet NJW 1986, 1302, 1305; KK/Kersting § 131 Rdn 216 ff; abw OLG Düsseldorf 22.7.1986 – 19 W 2/86, ZIP 1986, 1557, 1559; LG Dortmund 19.2.1987 – 18 AktE 2/86, WM 1987, 376, 377; vgl auch OLG Düsseldorf 5.11.1987 – 19 W 6/87, ZIP 1987, 1555, 1557f; A Reuter DB 1988, 2616, 2619.

515 MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 27; Kiethe NZG 2003, 401, 405; enger MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 55.

516 OLG Düsseldorf 23.2.2015 – I-26 W 14/14 (AktE), Rdn 31 (juris) und OLG Düsseldorf 18.2.2013 – I-26 W 21/12, Rdn 48 (juris); IKB.

Aktionärs des neuen Rechtsträgers im Rahmen der Entlastungsentscheidung auch auf mögliche Pflichtwidrigkeiten im Zusammenhang mit der Verschmelzung erstrecken.⁵¹⁷

**bb) Aufdeckung von Pflichtverletzungen der Verwaltung. In der jüngeren Ge- 179
richtspraxis** haben Fragen von Aktionären zur Aufdeckung von vermuteten Pflichtver-
letzungen der Verwaltung **besondere Bedeutung** gewonnen.⁵¹⁸ Die Spruchpraxis ist
insoweit uneinheitlich. Gesichert ist im Ausgangspunkt, dass dem Aktionär nicht zuge-
mutet werden kann, die Tätigkeit der Verwaltung ohne die dafür erforderlichen Infor-
mationen „abzusegnen“ und ihr das Vertrauen auszusprechen.⁵¹⁹ Daraus folgt jedoch nicht,
dass ein Aktionär ohne weiteres in der Hauptversammlung Auskünfte zur Beurteilung
verlangen kann, ob die Verwaltung pflichtgemäß gehandelt hat oder ob sie für die Zu-
kunft Vertrauen genießt (Rdn 181). Erforderlich sind zudem nur Fragen, die auf die Beur-
teilung eines gesetzes- und satzungsgemäßen Verhaltens der Verwaltung im Großen und
Ganzen (*Müller* § 120 Rdn 36) im Rahmen einer Gesamtbeurteilung⁵²⁰ abzielen.

Aufgrund der allgemein für die Erforderlichkeit der Auskunft geltenden Maßgeb- 180
lichkeitsschwelle (Rdn 132) kann ein Aktionär – ebenso wie zur Vorlage des Jahresab-
schlusses (Rdn 158) – Fragen zu **einzelnen Maßnahmen** oder **Einzelgeschäften** der
Verwaltung nur dann stellen, wenn sie **wesentlich** sind, also die Bilanz prägen. Das
kann insbesondere beim Kauf oder Verkauf bedeutender Unternehmensbeteiligungen
der Fall sein.⁵²¹ Ferner können erhebliche Verluste im abgelaufenen oder aktuellen Ge-
schäftsjahr, eine unbefriedigende Geschäftsentwicklung⁵²² und erst recht objektive An-
haltspunkte für erhebliche Liquiditätsprobleme⁵²³ oder eine existenzbedrohende Krise⁵²⁴
Fragen nach den wesentlichen Ursachen und den Gründen hierfür erforderlich machen.

Die Hinterfragung von Einzelgeschäften und **Einzelmaßnahmen**, die für sich gese- 181
hen **nicht** bilanzprägend sind oder sonst die Unternehmenstätigkeit **wesentlich** beein-
flusst haben, ist ohne das **Vorliegen besonderer Umstände** nicht zur Beurteilung der
Entlastung erforderlich. Aus der aktienrechtlichen **Kompetenzordnung** und der Bedeu-
tung der Entlastung (Rdn 173) folgt, dass die Hauptversammlung **keine allgemeine**
Kontrolle des Verhaltens der Verwaltung ausübt und dementsprechend auch das indi-

517 BGH 18.10.2004 – II ZR 250/02, BGHZ 180, 385, 390; ThyssenKrupp; Hüffer/Koch § 131 Rdn 34; Weitemeyer NZG 2005, 341, 342.

518 Aus jüngerer Zeit BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12 und OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11; Porsche HV 2010; BGH 10.7.2012 – II ZR 48/11; Fresenius; OLG Düsseldorf 13.7.2015 – I-26 W 16/14 (AktE); Postbank; OLG Stuttgart 8.7.2015 – 20 U 2/14; Porsche HV 2013; OLG Düsseldorf 23.2.2015 – I-26 W 14/14 (AktE); IKB HV 2013; OLG München 12.3.2014 – 7 U 476/13; Münchener Rück/“Bonusveranstaltungen“ Ergo; OLG Düsseldorf 18.2.2013 – I-26 W 21/12; IKB HV 2011; OLG Frankfurt/M 8.11.2012 – 21 W 33/11; Deutsche Bank HV 2010; OLG Frankfurt/M 2.10.2012 – 5 U 10/12; Deutsche Bank HV 2011; OLG Frankfurt/M 26.6.2012 – 5 U 114/09; Deutsche Bank HV 2008; OLG Frankfurt/M 15.5.2012 – 5 U 66/11; Deutsche Bank HV 2010; OLG Köln 28.7.2011 – 18 U 213/10; IVG; OLG Frankfurt/M 5.7.2011 – 5 U 104/10; Deutsche Bank HV 2009; OLG Frankfurt/M 7.12.2010 – 5 U 29/10; Commerzbank; OLG Stuttgart 19.7.2012 – 8 W 274/10 und OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10; Porsche HV 2009.

519 BGH 18.10.2004 – II ZR 250/02, BGHZ 160, 385, 390; BGH 5.11.2013 – II ZB 28/12, BGHZ 198, 354, Rdn 39; OLG Düsseldorf 13.7.2015 – I-26 W 16/14 (AktE), Rdn 57 (juris).

520 OLG Frankfurt/M 26.6.2012 – 5 U 144/09, Rdn 199 (juris); Gesamteindruck; s auch *Druey* FS K Schmidt S 249, 266.

521 Beispielauftrag BGH 5.11.2013 – II ZB 28/12 und OLG Frankfurt/M 8.11.2012 – 21 W 33/11; Erwerb Sal Oppenheim durch Deutsche Bank; OLG Frankfurt/M 2.10.2012 – 5 U 10/12 und OLG Frankfurt/M 5.7.2011 – 5 U 104/10; Übernahme der Postbank durch die Deutsche Bank; OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11 und OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10; Versuch der Übernahme von VW durch Porsche; OLG Frankfurt/M 7.12.2010 – 5 U 29/10; Erwerb der Dresdner Bank durch Commerzbank.

522 Beispielauftrag BGH 18.10.2004 – II ZR 250/02; ThyssenKrupp.

523 BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 84 (juris); Porsche HV 2010 (im konkreten Fall verneint).

524 OLG Düsseldorf 23.2.2015 – I-26 W 14/14 und OLG Düsseldorf 18.2.2013 – I-26 W 21/12 (AktE); IKB.

viduelle Auskunftsrecht des Aktionärs hierauf nicht zur Beurteilung der Entlastung der Verwaltung abzielen kann (Rdn 15).⁵²⁵ Deshalb ist die Aufdeckung von Pflichtverletzungen oder Fehlern der Organmitglieder nur Anlass, nicht aber *per se* Rechtfertigung der Erforderlichkeit von Auskünften. Auskünfte betreffend für sich gesehen nicht wesentliche Einzelmaßnahmen der Verwaltung sind vielmehr nur dann zur Beurteilung der Entlastung erforderlich, wenn objektiv die **konkrete Möglichkeit eines Fehlverhaltens** der Verwaltung besteht.⁵²⁶ Bloße Spekulationen, subjektive Überzeugungen und Hinweise auf hypothetische Szenarien reichen nicht. Bei konkreten Anhaltspunkten, die den objektiven Anfangsverdacht einer Pflichtwidrigkeit der Verwaltung begründen, können auch im Einzelfall detailliertere Fragen oder Nachfragen erforderlich werden.⁵²⁷

- 182** Durch diese Maßgeblichkeitsschwelle für die Überprüfung von Pflichtverletzungen der Verwaltung bei für sich gesehen nicht wesentlichen Einzelmaßnahmen oder Einzelgeschäften wird auch dem Umstand Rechnung getragen, dass ein Aktionär die Entlastungsentscheidung der Hauptversammlung nur bei eindeutigen und schwerwiegenden Gesetzes- oder Satzungsverstößen erfolgreich angreifen kann (näher *Mülbert* § 120 Rdn 149).⁵²⁸ Daraus kann zwar nicht geschlossen werden, dass Auskünfte zur Beurteilung der Entlastung nur bei konkreten Anhaltspunkten für eindeutige und schwerwiegende Pflichtverletzungen der Verwaltung zu bejahen sind (vgl auch Rdn 133).⁵²⁹ Es wäre aber nicht wertungskonsistent für die Anfechtbarkeit der Entlastung mit Blick auf Pflichtverletzungen der Verwaltung hohe Anforderungen zu stellen, Auskünfte hierzu aber ohne weiteres für erforderlich zu halten.⁵³⁰
- 183** Ausreichend **konkrete Anhaltspunkte** für ein Fehlverhalten der Verwaltung wurden von der Rechtsprechung **bejaht** bei Vorliegen eines Sonderprüfungsberichts, der Pflichtverstöße der Verwaltung nahelegt⁵³¹ (Rdn 197), bei riskanten und ungewöhnlichen Finanztransaktionen (Kurssicherungsgeschäfte,⁵³² Derivatgeschäfte),⁵³³ die außerhalb des satzungsgemäßen Unternehmensgegenstandes liegen können, bei aufgrund von

525 OLG Stuttgart 8.7.2015 – 20 U 2/14, Rdn 333 (juris); Porsche HV 2013; OLG Stuttgart 2.12.2014 – 20 AktG 1/14, Rdn 119 (juris); OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 357 (juris); Porsche HV 2010; OLG Frankfurt/M 23.7.2010 – 5 W 91/09, Rdn 23 (juris); Fresenius; LG Mannheim 21.9.2009 – 24 O 55/09 (nv); EnBW; vgl auch BVerfG 20.9.1999 – 1 BvR 636/95, ZIP 1999, 1798, 1800; Wenger/Daimler Benz.

526 OLG Düsseldorf 13.7.2015 – I-26 W 16/14 (AktE), Rdn 57, 60, 61 (juris); Postbank; OLG Düsseldorf 23.2.2015 – I-26 W 14/14 (AktE), Rdn 31 (juris); IKB HV 2013; OLG München 12.3.2014 – 7 U 476/13, Rdn 43; Münchener Rück/Ergo „Bonusveranstaltungen“ (juris); OLG Düsseldorf 18.2.2013 – I-26 W 21/12 (AktE), Rdn 45, 49 (juris); IKB HV 2011; OLG Frankfurt/M 26.6.2012 – 5 U 144/09, Rdn 200, 201; Deutsche Bank HV 2008; OLG Frankfurt/M 15.5.2012 – 5 U 66/11, Rdn 137; Deutsche Bank HV 2010; OLG Frankfurt/M 20.10.2010 – 23 U 121/08, Beck RS 2010, 25449; Deutsche Bank HV 2007; OLG Frankfurt/M 23.7.2010 – 5 W 91/09, Rdn 31 (juris); Fresenius; OLG Stuttgart 11.8.2004 – 20 U 3/04, NZG 2004, 966, 968; LG Mannheim 21.9.2009 – 24 O 54/09 (nv); EnBW; LG Hannover 30.5.1995 – 26 AktE 5/90, AG 1996, 37: ADV; LG Frankfurt/M 16.9.1994 – 3/3 O 83/92, WM 1994, 1929, 1931; KK/Kersting § 131 Rdn 222, 223; Zetsche S 143; weitergehend aber etwa LG München I 28.1.2010 – 5 HK O 15937/09, Rdn 57 (juris).

527 OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 359 (juris); beispielhaft OLG Düsseldorf 23.2.2015 – I-26 W 14/14 (AktE), Rdn 27, 31; IKB HV 2013; OLG Düsseldorf 18.2.2013 – I-26 W 21/12 (AktE), Rdn 43, 45, 48 (juris); IKB HV 2011.

528 BGH 10.7.2012 – II ZR 48/11, BGHZ 194, 14; Fresenius; BGH 18.10.2004 – II ZR 250/02, BGHZ 160, 385, 388; ThyssenKrupp; BGH 25.11.2002 – II ZR 133/01, BGHZ 153, 47, 51; Macrotron.

529 OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 359; Porsche HV 2010; OLG Stuttgart 11.8.2004 – 20 U 3/04, NZG 2004, 966, 967; Hüffer/Koch § 131 Rdn 33.

530 Vgl auch OLG Düsseldorf 13.7.2015 – I-26 W 16/14 (AktE), Rdn 61 (juris); Postbank

531 OLG Düsseldorf 23.2.2015 – I-26 W 14/14 (AktE), Rdn 31; IKB HV 2013; OLG Düsseldorf 18.2.2013 – I-26 W 21/12 (AktE), Rdn 49; Gerichtliche Anordnung einer Sonderprüfung.

532 LG Stuttgart 17.5.2011 – 31 O 30/10 KfH; Porsche HV 2010.

533 OLG Düsseldorf 23.2.2015 – I-26 W 14/14 (AktE); IKB HV 2013; OLG Düsseldorf 18.2.2013 – I-26 W 21/12 (AktE); IKB HV 2011.

bekannt gewordenen Ermittlungen der BaFin möglichen Verstößen gegen das WpHG (insbesondere wegen Insiderhandels),⁵³⁴ bei Einführung eines Konzernremiums außerhalb der üblichen Organstruktur,⁵³⁵ bei durch den Vorstand veranlassten Zahlungen ungewöhnlich hoher Abfindungen an Mitarbeiter⁵³⁶ sowie bei Artikeln in der seriösen Wirtschaftspresse, die sich nicht auf Spekulationen beschränken, sondern über konkrete Hinweise auf Pflichtverletzungen berichteten.⁵³⁷

Hinreichend konkrete Anhaltspunkte für ein mögliches pflichtwidriges Verhalten **184** der Verwaltung wurden dagegen **verneint** bei fehlender Ersichtlichkeit eines Schadens oder eines Interessenkonflikts,⁵³⁸ bei einem Hinweis auf einen Presseartikel, der seinerseits auf unbekannte Presse zum Vorwurf der Kursmanipulation verweist⁵³⁹ oder bei einem der Verwaltung bekannten und bei der Anstellung berücksichtigten eingestellten Strafverfahren.⁵⁴⁰

Ob im konkreten Einzelfall eine konkrete Möglichkeit einer Pflichtverletzung vor-**185** liegt, hängt auch davon ab, ob eine unternehmerische Entscheidung der Verwaltung mit der Folge der Anwendbarkeit des § 93 Abs 1 Satz 2 in Rede steht, ob es sich um eine Entscheidung mit einem gewissen Beurteilungsspielraum handelt oder ob sich die Verwaltung bei ihrem Handeln strikt an der Legalitätspflicht orientieren muss. Handelt es sich um unternehmerische Entscheidungen im Rahmen der ***Business Judgement Rule*** wie wesentliche Käufe oder Verkäufe oder Personalentscheidungen, so wird es häufig wegen des weiten Ermessensspielraums der Verwaltung an konkreten Anhaltspunkten für ein pflichtwidriges Verhalten der Verwaltung fehlen.⁵⁴¹ Es können dann Fragen der Aktionäre dazu erforderlich sein, ob die formalen Regeln in Satzung oder Geschäftsordnung für einen ordnungsgemäßen Entscheidungsprozess eingehalten wurden und ob wesentliche Tatsachen für die Entscheidungsfindung bekannt waren und gewürdigt wurden (handeln auf der Grundlage angemessener Information, § 93 Abs 1 Satz 2). Werden diese Fragen beantwortet, so bedürfen die Aktionäre nicht zusätzlicher Detailinformationen.

Umgekehrt kann die Erforderlichkeit detaillierter Fragen der Aktionäre eher zu bejahen sein, wenn ein pflichtwidriges Verhalten der Verwaltung im Bereich der **Legali-tätspflicht** in Rede steht, wie bei einem möglichen Handeln der Verwaltung außerhalb des satzungsgemäßen Unternehmensgegenstandes oder bei möglichen Gesetzesverstößen der Verwaltung (Insiderhandel,⁵⁴² strafrechtlich relevantes Verhalten). Ebenso können bei **related party transactions** (Geschäfte mit Organmitgliedern, Geschäfte mit dem herrschenden Unternehmen) im Einzelfall objektive Anhaltspunkte (zB Interessenkonflikte) für mögliche Pflichtverstöße bestehen, die auch einzelne Detailfragen zur Verprobung ermöglichen (Rdn 193).

Detailauskünfte und Ausforschungen, mit denen das Verhalten der Verwaltung im **187** Einzelnen durch die Aktionäre hinterfragt werden soll, sind auch bei konkreten Anhalts-

534 Weitergehend OLG München 24.9.2008 – 7 U 4230/07, Rdn 39.

535 OLG Frankfurt/M 18.3.2008 – 5 U 171/06; OLG Frankfurt/M 30.1.2006 – 20 W 52/05 und OLG Frankfurt/M 30.1.2006 – 20 W 56/05: *Group Executive Committee Deutsche Bank*.

536 OLG Frankfurt/M 8.11.2012 – 21 W 33/11, Rdn 27 (juris) und OLG Frankfurt/M 15.5.2012 – 5 U 66/11, Rdn 137 (juris); „Spitzelaffäre“ Deutsche Bank.

537 OLG Köln 28.7.2011 – 18 U 213/10, Rdn 67, 72, 74 (juris): IVG (im konkreten Fall zw.).

538 OLG Stuttgart 8.7.2015 – 20 U 2/14, Rdn 373: Porsche HV 2013.

539 OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 482 (juris).

540 OLG Düsseldorf 13.7.2015 – I-26 W 16/14 (AktE), Rdn 62 (juris): Postbank.

541 OLG Düsseldorf 13.7.2015 – I-26 W 16/14 (AktE), Rdn 60 (juris): Personalentscheidungen des Aufsichtsrats; OLG Frankfurt/M 26.6.2012 – 5 U 144/09, Rdn 199 (juris); OLG Frankfurt/M 7.12.2010 – 5 U 29/10, Rdn 194: Erwerb der Dresdner Bank durch Commerzbank.

542 OLG München 24.9.2008 – 7 U 4230/07, Rdn 39 (juris).

punkten für ein pflichtwidriges Verhalten der Verwaltung regelmäßig nicht zur Beurteilung der Entlastung erforderlich.⁵⁴³ Zudem sind Auskünfte zu wirtschaftlich zu vernachlässigenden Sachverhalten, die keine Rückschlüsse auf das Handeln der Verwaltung als im Großen und Ganzen pflichtgemäß zulassen (Rdn 179), nicht erforderlich.⁵⁴⁴ Erst ein **objektiv begründeter Verdacht schwerwiegender Pflichtverletzungen** rechtfertigt nach der Rechtsprechung ein weitreichendes Aufklärungsinteresse der Aktionäre, das sogar ein Auskunftsverweigerungsrecht gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 1 überwinden kann (Rdn 380) und dann auch die Erforderlichkeit einer Auskunft begründen würde. Allerdings hat die Rechtsprechung ein überwiegendes Aufklärungsinteresse der Aktionäre und in diesem Zusammenhang eine Detailkontrolle der Verwaltung mit Hilfe des Auskunftsrechts bislang nur selten bejaht (Rdn 377).

188 Eine Detailkontrolle der Verwaltung durch die Hauptversammlung und erst recht durch das Auskunftsrecht des einzelnen Aktionärs ist auch mit dem aktienrechtlichen Kompetenzgefüge nicht vereinbart. Die Hauptversammlung kann gemäß § 142 Abs 1 durch Mehrheitsbeschluss eine **Sonderprüfung** durchsetzen; zudem kann eine qualifizierte Aktionärminderheit gemäß § 142 Abs 2 bei einem konkreten Verdacht für eine schwerwiegende Pflichtverletzung der Verwaltung die gerichtliche Anordnung einer Sonderprüfung erreichen. Diese hohen Anforderungen an eine subsidiäre Kontrolle durch die Aktionäre dürfen durch das Auskunftsrecht des einzelnen Aktionärs nicht unterlaufen werden: Es dient nicht dazu, wie bei einer Sonderprüfung Einzelfragen zum Verhalten der Verwaltung durch den Vorstand beantworten zu lassen.⁵⁴⁵ Das Auskunftsrecht hat aber auch nicht die Funktion, den Aktionären die Informationen zu verschaffen, die sie für einen Antrag gemäß § 142 Abs 2 benötigen. Im Zusammenhang mit der Entlastung der Verwaltung geht es allein um die Beurteilung des Verhaltens der Verwaltung als im Großen und Ganzen gesetzes- und satzungsgemäß und um die Frage eines ausreichenden zukünftigen Vertrauens, nicht um die Schaffung der Voraussetzungen für gerichtliche Minderheitsanträge. Allenfalls im Zusammenhang mit der Beschlussfassung der Hauptversammlung über einen von einer Aktionärminderheit gemäß § 122 Abs 1 auf die Tagesordnung gesetzten Sonderprüfungsantrag (§ 142 Abs 1) kommen bei einem konkreten Anfangsverdacht (Rdn 181) weitergehende Fragen in Betracht, die die Beurteilung ermöglichen sollen, ob ein konkreter Verdacht auch für eine schwerwiegende Pflichtverletzung der Verwaltung vorliegt.⁵⁴⁶ Auch insoweit ist es aber nicht Sache des Auskunftsrechts, der Hauptversammlung die vom Gericht gemäß § 142 Abs 2 vorzunehmende Beurteilung zu ermöglichen.⁵⁴⁷

189 cc) Einzelheiten. Fragen nach der Anzahl der **Aufsichtsratssitzungen** und der Anzahl der Sitzungen von Aufsichtsratsausschüssen können ebenso erforderlich sein wie Fragen nach der Häufigkeit der Teilnahme einzelner Aufsichtsratsmitglieder, sofern

⁵⁴³ OLG Düsseldorf 13.7.2015 – I-26 W 16/14 (AktE), Rdn 60; OLG Frankfurt/M 7.12.2010 – 5 U 29/10, Rdn 194, 199f, 205, 224, 229, 234 (juris): Erwerb der Dresdner Bank durch Commerzbank; OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 516 (juris): Porsche HV 2009; LG Mannheim 21.9.2009 – 24 O 55/09 (nv): EnBW.

⁵⁴⁴ Vgl auch OLG Frankfurt/M 8.11.2012 – 21 W 33/11, Rdn 81 (juris); LG Mannheim 21.9.2009 – 24 U 54/09 (nv): EnBW; abw LG München I 28.5.2010 – 5 HKO 14307/07, Rdn 33: vierstelliger Kostenerstattungsanspruch aus Anfechtungsklage.

⁵⁴⁵ LG Stuttgart 17.5.2011 – 31 O 30/10 KfH, Rdn 203 (juris): Porsche HV 2010; Hüffer/Koch § 131 Rdn 38; allg zur Überprüfung der Entlastung s OLG Stuttgart 8.7.2015 – 20 U 2/14, Rdn 192 (juris).

⁵⁴⁶ Arnold AG 2004, R 70, 71; Hüffer/Koch § 131 Rdn 38; allg zur Überprüfung der Entlastung s OLG Stuttgart 8.7.2015 – 20 U 2/14, Rdn 192 (juris); vgl auch KK/Rieckers/J Vetter § 142 Rdn 296.

⁵⁴⁷ LG Frankfurt/M 19.6.2008 – 3-05 O 158/07, Rdn 55 (juris); Arnold AG 2004, R 70, 71; Hüffer/Koch § 131 Rdn 38; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 53.

die Angaben nicht bereits im Bericht des Aufsichtsrats gemäß § 171 Abs 2 Satz 2 enthalten sind.⁵⁴⁸ Bei einer niedrigen Teilnahmequote eines Aufsichtsratsmitglieds kann die Frage nach dem Grund hierfür erforderlich sein. Detailfragen zu Vorgängen in Aufsichtsratssitzungen oder Ausschusssitzungen, die über den generellen Gegenstand hinaus gehen⁵⁴⁹, insbesondere Fragen zur Aussprache und den Abstimmungsergebnissen in den Aufsichtsratssitzungen, sind regelmäßig nicht erforderlich; derartige Fragen würden auf eine durch das Auskunftsrecht nicht gedeckte Detailkontrolle des Verhaltens des Aufsichtsrats hinauslaufen (Rdn 181).⁵⁵⁰ Erst recht besteht kein Auskunftsanspruch auf Mitteilung des Inhalts von Aufsichtsratsprotokollen.⁵⁵¹ Zudem besteht insoweit regelmäßig ein Auskunftsverweigerungsrecht gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 1 (Rdn 380).

Zur Beurteilung der Entlastung erforderlich sein können auch Auskünfte zu der **Entsprechenserklärung** der Gesellschaft (§ 161), insbesondere bei Aussagen zur Handhabung von Interessenkonflikten der Aufsichtsratsmitglieder (Ziff 5.5.3 Satz 1 DCGK, s auch Rdn 215).⁵⁵² Nach einer Ermächtigung zum **Erwerb eigener Aktien** gemäß § 71 Abs 1 Nr 8 kann der Vorstand im Rahmen der Unterrichtung der nächsten Hauptversammlung gemäß § 71 Abs 3 Satz 1 zur Beurteilung der Entlastung zur Auskunft gehalten sein, ob von einzelnen Aktionären unter Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz Aktien erworben wurden und zu welchem Preis dies der Fall war.⁵⁵³ Fragen zu monatlichen, wöchentlichen oder gar taggenauen Erwerbs- und Veräußerungsumsätze sind dagegen regelmäßig nicht erforderlich.⁵⁵⁴

Zu Auskünften betreffend einzelne Positionen im **Jahresabschluss** und Angaben im **Lagebericht** gelten die für die Erforderlichkeit der Vorlage des Jahresabschlusses gelgenden Grundsätze (Rdn 158ff). Ohne konkrete Anhaltspunkte für ein nicht sachgerechtes Kostenmanagement ist eine Aufschlüsselung der Verwaltungskosten nicht erforderlich.⁵⁵⁵ Fragen zur Verwendung von Mitteln aus einer **Kapitalerhöhung** können in der nachfolgenden Hauptversammlung zur Beurteilung der Entlastung erforderlich sein

548 OLG Frankfurt/M 15.1.2008 – 3-5 O 144/07, BeckRS 2009, 08314; *Butzke* G 51; *Hoffmann-Becking* NZG 2017, 281, 284; Schmidt/Lutter/*Spindler* § 131 Rdn 52.

549 OLG Frankfurt/M 8.11.2012 – 21 W 33/11, NZG 2013, 23, 25: keine Auskunft über Behandlung vorlagepflichtiger Engagements; LG Mannheim 7.4.2005 – 23 O 102/04, AG 2005 – 780, 781: Kein Anspruch auf Mitteilung der Tagesordnung einer Aufsichtsratssitzung; Schmidt/Lutter/*Spindler* § 131 Rdn 52; s aber *Hoffmann-Becking* NZG 2017, 281, 284 zum Einfluss der Berichterstattung gemäß § 171 zu konkreten Themen der Sitzung (mit Kritik an der neuen Praxis).

550 OLG Frankfurt/M 8.11.2012 – 21 W 33/11, NZG 2013, 23, 25; OLG Frankfurt/M 26.6.2012 – 5 U 144/09, Rdn 104 (juris); OLG Köln 28.7.2011 – 18 U 213/10, Rdn 72, 73 (juris); OLG Stuttgart 15.2.1995 – 3 U 118/94, WM 1995, 617, 620: Daimler Benz/Wenger; *Butzke* G 51; *Ebenroth* S 119; *Hoffmann-Becking* NZG 2017, 281, 284; *Mutter* S 19; Schmidt/Lutter/*Spindler* § 131 Rdn 52; nur für Auskunftsverweigerungsrecht gemäß § 131 Abs 3 Nr 1 BGH 5.11.2013 – II ZB 28/12, Rdn 47; OLG Düsseldorf 13.7.2015 – I-26 W 16/14 (AktE), Rdn 65; OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 521; MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 199; *Wüsthoff* S 26.

551 BGH 6.3.1997 – II ZB 4/96, BGHZ 135, 48, 54; anders bei mitbestimmter GmbH; *Grigoleit/Herrler* § 131 Rdn 24; Schmidt/Lutter/*Spindler* § 131 Rdn 52.

552 OLG Frankfurt/M 5.7.2011 – 5 U 104/10, Rdn 79, 99 (juris); LG Hannover 19.8.2009 – 23 O 90/09, AG 2009, 914, 917: Aufsichtsratswahl (näher Rdn 211); *Butzke* G 52; Heidel/*Heidel* § 131 Rdn 85 „DCGK“; MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 197.

553 BGH 9.2.1987 – II ZR 119/86, BGHZ 101, 1, 17; OLG Frankfurt/M 6.11.1990 – 5 U 191/84, AG 1991, 206; OLG Frankfurt/M 22.7.1983 – 20 W 843/82, WM 1983, 1071; Heidel/*Heidel* § 131 Rdn 85 „Aktien, eigene der AG“; MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 208; Schmidt/Lutter/*Spindler* § 131 Rdn 53.

554 MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 208; vgl auch OLG Frankfurt/M 22.7.1983 – 20 W 843/82, WM 1983, 1071: Rechtsmissbrauch (dazu Rdn 446); **abw** Heidel/*Heidel* § 131 Rdn 85 „Aktien, eigene der AG“.

555 **Abw** LG München I 28.1.2010 – 5 HK O 15937/09, Rdn 57 (juris).

(Rdn 223)⁵⁵⁶, zu einem späteren Zeitpunkt nur bei konkreten Anhaltspunkten für ein pflichtwidriges Verhalten der Verwaltung (Rdn 181).⁵⁵⁷

- 192 Auskünfte zum **Kauf** oder zur **Veräußerung** von **Immobilien**⁵⁵⁸ oder **Unternehmensbeteiligungen**⁵⁵⁹ sind grundsätzlich nur erforderlich, wenn sie bilanzprägend sind (Rdn 158), im Übrigen bei konkreten Anhaltspunkten für ein pflichtwidriges Verhalten der Verwaltung oder für das Vorliegen von Interessenkonflikten (Rdn 186, 193).⁵⁶⁰ Fragen zum *due diligence*-Bericht sind als Detailfragen regelmäßig nicht erforderlich;⁵⁶¹ auch Fragen zu den bei der *due diligence* wichtigsten aufgedeckten Risiken sind jedenfalls dann nicht erforderlich, wenn diese zum großen Teil nicht übernommen worden sind.⁵⁶² Fragen zu Höhe und Einzelheiten eines **Kreditengagements** sind bei Kreditinstituten grundsätzlich nicht erforderlich, sofern nicht die Besorgnis eines pflichtwidrigen Verhaltens der Verwaltung besteht.⁵⁶³

- 193 Bei **Geschäften mit Organmitgliedern** können konkrete **Anhaltspunkte für Interessenkonflikte** Auskünfte dazu erforderlich machen, ob die wesentlichen Vertragskonditionen denjenigen entsprechen, wie sie mit unabhängigen Dritten (*at arm's length*) abgeschlossen werden (Rdn 185, s auch Rdn 190).⁵⁶⁴ Fragen zu Darlehen an Organmitglieder sind erforderlich, sofern sie nicht ohnehin gemäß § 285 Nr 9 c HGB offengelegt sind (Rdn 29).⁵⁶⁵ Bei Anhaltspunkten für Pflichtverletzungen können über gemäß § 285 Nr 9 c HGB hinausgehende Informationen erforderlich sein.⁵⁶⁶ Ebenso können Fragen betreffend eine zu Unrecht bezogene Aufsichtsratsvergütung⁵⁶⁷ und im Hinblick auf §§ 113, 114 zu Beratungsverträgen mit Aufsichtsratsmitgliedern erforderlich sein.⁵⁶⁸ So kann die Frage erforderlich sein, wann und unter welchen Voraussetzung der Aufsichtsrat Zahlungen an eine Rechtsanwaltskanzlei, der ein Mitglied des Aufsichtsrats angehört, zugestimmt hat.⁵⁶⁹

556 OLG Frankfurt/M 5.7.2011 – 5 U 104/10, Rdn 87, 94 (juris).

557 LG Hannover 30.5.1995 – 26 AktE 5/90, AG 1996, 37: ADV: Verdacht auf verdeckte Sacheinlage; KK/Kersting § 131 Rdn 223; OLG Frankfurt/M 5.7.2011 – 5 U 104/10, Rdn 87, 94 (juris).

558 BayObLG 20.3.1996 – 3 Z BR 324/95, WM 1996, 1177, 1179; KG 30.6.1994 – 2 W 4531, 4642/93, WM 1994, 1479, 1487.

559 BGH 5.11.2013 – II ZB 28/12, BGHZ 198, 354 Rdn 42: Erwerb der in existenzieller Krise befindlichen Sal Oppenheim durch Deutsche Bank; OLG Frankfurt/M 2.10.2012 – 5 U 10/12 (nv) und LG Frankfurt/M 20.12.2011 – 3-5 O 37/11, Rdn 84, 85, 92, 93 (juris): Übernahmeangebot Deutsche Bank für Postbank, Vereinbarungen mit Deutsche Post; OLG Frankfurt/M 5.7.2011 – 5 U 104/10, Rdn 87 (juris): Erwerb Postbank durch Deutsche Bank.

560 OLG Hamburg 30.12.2004 – 11 U 98/04, NZG 2005, 218, 219; BayObLG 22.3.1999 – 3 Z BR 250/98, AG 1999, 320, 321; LG Mannheim 22.10.2007 – 24 O 70/07 (nv): Verkauf APCOA durch Salamander; LG Frankfurt/M 16.9.1994 – 3/3 O 83/92, WM 1994, 1931, 1932; LG Berlin 17.1.1990 – 98 AktE 10/89, WM 1990, 978, 981: Springer/Kirch.

561 OLG Frankfurt/M 8.11.2012 – 21 W 33/11, NZG 2013, 23, 25: Erwerb Sal Oppenheim durch Deutsche Bank; OLG Frankfurt/M 7.12.2010 – 5 U 29/10, Rdn 205, 228: Erwerb Dresdner Bank durch Commerzbank.

562 OLG Frankfurt/M 8.11.2012 – 21 W 33/11, NZG 2013, 23, 25.

563 LG Frankfurt/M 16.9.1994 – 3/3 O 83/92, WM 1994, 1929, 1931.

564 OLG Hamburg 30.12.2004 – 11 U 98/04, NZG 2005, 218, 219: Immobilienerwerb; BayObLG 22.3.1999 – 3 Z BR 250/98, AG 1999, 320, 321; ERC Franconia Rückversicherungs AG – Verkauf Grundstück; KK/Kersting § 131 Rdn 221; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 48.

565 BGH 7.4.1960 – II ZR 143/58, BGHZ 32, 159, 166; BayObLG 22.3.1999 – 3 Z BR 250/98, AG 1999, 320, 321; KK/Kersting § 131 Rdn 221; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 220; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 48.

566 S auch MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 220.

567 OLG Koblenz 23.11.2000 – 6 U 1434/95, BeckRS 2000, 30145429.

568 BGH 10.7.2012 – II ZR 48/11, BGHZ 194, 14 Rdn 38 und OLG Frankfurt/M 15.2.2011 – 5 U 30/10, Rdn 25ff: Fresenius; OLG München 24.9.2008 – 7 U 4230/07, Rdn 38 (juris); KK/Kersting § 131 Rdn 221; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 13; Spindler/Stilz/Siemss § 131 Rdn 31; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 48.

569 OLG Frankfurt/M 15.2.2011 – 5 U 30/10, Rdn 87 (juris) und LG Frankfurt/M 2.2.2010 – 3-5 O 178/09, Rdn 51, 57 (juris): Fresenius (bestätigt durch BGH 10.7.2012 – II ZR 48/11, BGHZ 149, 14, Rdn 38).

Auch bei **Geschäften mit dem Großaktionär/herrschenden Unternehmen** können wegen konkreter Anhaltspunkte für einen Konzernkonflikt eher Auskünfte erforderlich sein als bei Geschäften mit unabhängigen Dritten (Rdn 185).⁵⁷⁰ Der Erforderlichkeit von Fragen zu Geschäften mit dem herrschenden Unternehmen steht nicht schon von vorherein die fehlende Verpflichtung zur Offenlegung des Abhängigkeitsberichts entgegen (Rdn 97).⁵⁷¹ Über die Erklärungen des Aufsichtsrats gemäß § 314 Abs 3 hinausgehende Fragen zu **Einzelheiten des Abhängigkeitsberichts** können allerdings nicht erfragt werden (s auch Rdn 98).⁵⁷² Die Auskunft zu einzelnen Vertragsbedingungen von Geschäften mit verbundenen Unternehmen ist regelmäßig erforderlich, sofern es sich um wesentliche Vertragsbedingungen bei wesentlichen Verträgen handelt, Anhaltspunkte für ein pflichtwidriges Verhalten oder für Interessenkonflikte bestehen.⁵⁷³ Dementsprechend können Fragen zur Konzernumlage und zu Konzernverrechnungspreisen erforderlich sein.⁵⁷⁴

Fragen zu **Nebentätigkeiten von Organmitgliedern** können für die Beurteilung der Aktionäre von Bedeutung sein, ob sich die Organmitglieder den Belangen des Unternehmens ausreichend widmen können. Nicht erforderlich ist, dass objektiv begründete Zweifel an der Vereinbarkeit der Nebentätigkeit (zB Aufsichtsratsmandate) mit der Vorstandstätigkeit bestehen, s § 125 Abs 1 Satz 5.⁵⁷⁵ Darüber hinausgehend ist die Auskunft über konzerninterne Aufsichtsratsmandate sowie über Mitgliedschaften in dem Aufsichtsrat vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen zu erwarten.⁵⁷⁶

Im Übrigen können Fragen zu persönlichen Angelegenheiten von Organmitgliedern erforderlich sein, sofern sie die **Eignung** bzw die Qualifikation der Organmitglieder betreffen (vgl auch Rdn 212, 214).⁵⁷⁷ Dies betrifft Fragen zum beruflichen Werdegang eines im für die Entlastung relevanten Geschäftsjahr bestellten Vorstandsmitglieds.⁵⁷⁸ Soweit sich die entsprechenden Informationen der *website* der Gesellschaft entnehmen lassen, sind darüber hinaus gehende Informationen nicht erforderlich (Rdn 142, 212).⁵⁷⁹ Persönliche Angaben wie Familienstand, Religionszugehörigkeit oder Zugehörigkeit zu einer

570 OLG Stuttgart 11.8.2004 – 20 U 3/04, NZG 2004, 966, 968; Grigoleit/*Herrler* § 131 Rdn 24.

571 OLG Stuttgart 11.8.2004 – 20 U 3/04, NZG 2004, 966, 968; *Habersack/Versie AG* 2003, 300, 304; **abw** OLG Frankfurt/M 6.1.2003 – 20 W 449/93, NZG 2003, 223, 225.

572 LG Köln 10.6.1998 – 91 O 15/98, AG 1999, 137, 138; Connex Holding; Hüffer/*Koch* § 131 Rdn 30; MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 189; **abw** Heidel/*Heidel* § 131 Rdn 85 „Abhängigkeitsbericht nach § 312“.

573 *Ebenroth* S 118; weitergehend Heidel/*Heidel* § 131 Rdn 85 „Verbundene Unternehmen, Bedingungen von Geschäften mit“.

574 OLG Karlsruhe 29.6.1989 – 11 W 57/89, AG 1990, 82; *Asea/BBC*; vgl auch BGH 15.6.1992 – II ZR 18/91, BGHZ 119, 1, 13; *Asea/BBC*; OLG Hamburg 6.11.1970 – 11 W 18/70, AG 1970, 372; LG Frankfurt/M 14.10.1993 – 3/3 O 65/93, DB 1993, 2371; Hüffer/*Koch* § 131 Rdn 30; MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 218, 219.

575 BayObLG 30.11.1995 – 3 Z BR 161/93, WM 1996, 119, 121; Allianz; KG 24.8.1995 – 2 W 1255/95, ZIP 1995, 1592, 1594; Siemens; *Butzke* G 50; KK/*Kersting* § 131 Rdn 182; Hüffer/*Koch* § 131 Rdn 35; MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 230; *Nitschke/Bartsch* AG 1969, 95, 97; Schmidt/Lutter/*Spindler* § 131 Rdn 50; *Trouet NJW* 1986, 1302, 1305; *Wenger/Knoll/Knösel* FS D Schneider, 748, 771; **abw** OLG Düsseldorf 22.7.1986 – 19 W 2/86, ZIP 1986, 1557; LG Frankfurt/M 16.9.1994 – 3/3 O 83/92, WM 1994, 1929, 1931; LG München I 24.6.1993 – 17 HKO 20038/90, ZIP 1993, 1630.

576 OLG Düsseldorf 15.11.1987 – 19 W 6/87, AG 1988, 53; Heidel/*Heidel* § 131 Rdn 85 „AR-Mandate“; *Mutter* S 18.

577 OLG Düsseldorf 22.7.1986 – 19 W 2/86, AG 1987, 21, 23; KK/*Kersting* § 131 Rdn 216; Schmidt/Lutter/*Spindler* § 131 Rdn 51.

578 KK/*Kersting* § 131 Rdn 216; Schmidt/Lutter/*Spindler* § 131 Rdn 51; enger OLG Düsseldorf 22.7.1986 – 19 W 2/86, ZIP 1986, 1557, 1559 und LG Dortmund 19.2.1987 – 18 AktE 2/86, WM 1987, 376, 377: nur bei Anhaltspunkten für fehlende hinreichende Qualifizierung.

579 OLG Düsseldorf 22.11.2012 – I-6 U 18/12, NZG 2013, 178, 179.

studentischen Verbindung⁵⁸⁰ sind grundsätzlich nicht erforderlich. Etwas anderes gilt nur bei Vorliegen von konkreten Anzeichen für eine mangelnde Eignung, zB aufgrund fehlender beruflicher Qualifikation (Rdn 214).⁵⁸¹ Fragen zum konkreten Auswahlverfahren und den Vorzügen eines bestellten Organmitglieds gegenüber Mitbewerbern sowie zu den generellen „K.o.-Kriterien“ für die Besetzung von Organpositionen gehen angesichts des weiten Ermessens des Aufsichtsrats bei Personalentscheidungen über das erforderliche Maß hinaus.⁵⁸² Weitere Einzelheiten können zur Beurteilung der Wahl eines Aufsichtsratmitglieds erforderlich sein (Rdn 212, 214).

- 197** Hat die Gesellschaft freiwillig eine **Sonderprüfung** zur Frage der Pflichtgemäßheit des Verhaltens des Vorstands und/oder des Aufsichtsrats in Auftrag gegeben, so ist der vom Sonderprüfer erstattete Bericht – anders als bei der von der Hauptversammlung gemäß § 142 Abs 1 beschlossenen oder durch das Gericht gemäß § 142 Abs 2 angeordneten Sonderprüfung (§ 145 Abs 6 Satz 4) – nicht gegenüber den Aktionären offen zu legen. Es können jedoch Auskünfte zum wesentlichen Inhalt des Sonderprüfungsberichts zur Beurteilung der Entlastung erforderlich sein.⁵⁸³ Weitergehende Fragen zu Einzelheiten des Sonderprüfungsberichtes und erst recht eine Mitteilung des gesamten Sonderprüfungsgutachtens sind jedoch nicht erforderlich, weil sie auf eine unzulässige Detailkontrolle hinaus liefern (Rdn 187).⁵⁸⁴

- 198** Auskünfte zum Gesamtbetrag von **Spenden** oder die Gesamtkosten für **Sponsoring** können zur Beurteilung der Entlastung erforderlich sein.⁵⁸⁵ Fragen zu Einzelbeträgen sind nicht erforderlich, sofern nicht der Betrag die Maßgeblichkeitsschwelle erreicht (Rdn 158), Anhaltspunkte für ein pflichtwidriges Verhalten der Verwaltung oder sonstige ungewöhnliche Umstände vorliegen.⁵⁸⁶ Für Spenden an politische Parteien gelten keine Besonderheiten:⁵⁸⁷ Eine Aufgliederung von Spenden in solche an politische Parteien insgesamt und in sonstige Spenden oder gar in Spenden für einzelne Parteien kann regelmäßig nicht verlangt werden. Die Veröffentlichung von Parteispenden über 50.000 Euro durch den Bundestag führt nicht *per se* zu einer entsprechenden Auskunftspflicht des Unternehmens nach § 131.

- 199** Fragen zur **Unternehmensorganisation** gewinnen im Bereich des *Risk Management* (s § 91 Abs 2, § 322 HGB) und insbesondere im Bereich der *Compliance* zunehmende Bedeutung und können deshalb hinsichtlich Art und Umfang zur Beurteilung der Entlastung erforderlich sein.⁵⁸⁸ Sind in diesem Zusammenhang Schadensfälle aufgrund von Korruption, Kartellverstößen etc bekannt geworden, können auch Fragen erforder-

580 KG 30.6.1994 – 2 W 4531/93, ZIP 1994, 1267, 1274; *Butzke* G 50; KK/Kersting § 131 Rdn 217.

581 OLG Düsseldorf 22.11.2012 – I-6 U 18/12, NZG 2013, 178, 180; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 13.

582 OLG Düsseldorf 13.7.2015 – I-26 W 16/14 (AktE), Rdn 61 (juris); abw noch Vorinstanz LG Köln 7.11.2013 – 91 O 64/13 (nv): Postbank.

583 LG Nürnberg-Fürth 18.10.2007 – 1 HKO 6564/07, Rdn 65 (juris); Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 53; abw MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 240.

584 MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 240; abw OLG Köln 17.2.1998 – 22 U 163/97, ZIP 1998, 994, 996: KHD; Heidel/Heidel § 131 Rdn 85 „Sonderprüfungsberichte“; KK/Kersting § 131 Rdn 220.

585 OLG Frankfurt/M 4.8.1993 – 20 W 295/90, DB 1993, 2274, LG München I 10.3.1980 – 7 HKO 7427/79, AG 1981, 79, 81; Heidel/Heidel § 131 Rdn 85 „Spenden und Sponsoring“; KK/Kersting § 131 Rdn 225; Hüffer/Koch § 131 Rdn 33; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 241; Mutter S 67; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 54.

586 OLG Karlsruhe 9.4.2008 – 7 U 271/06 (nv): SAP Sponsoring der TSG Hoffenheim; OLG Frankfurt/M 4.8.1993 – 20 W 295/90, DB 1993, 2274; KK/Kersting § 131 Rdn 225; Hüffer/Koch § 131 Rdn 33; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 241; Mutter S 68; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 54; abw LG Mannheim 17.9.2007 – 24 O 66/07 (nv): EnBW Ersteigerung des „Lehmann-Fußballzettels“.

587 Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 54; abw Ebenroth S 114; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 241.

588 Hüffer/Koch § 131 Rdn 33; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 49; weitergehend LG München I 28.1.2010 – 5 HK O 15937/09, Rdn 62 (juris): materielle und inhaltliche Kriterien; Kiethe NZG 2003, 401, 405.

lich werden, die darauf abzielen, warum die Organisation diese Schadensfälle nicht verhindert hat und wie auf die Fälle in Zukunft durch Änderung der Organisation reagiert wird. Wird außerhalb des Vorstands ein Konzernleitungsgremium (*group executive committee*) gebildet, können Fragen erforderlich sein, ob und wie der Vorstand seiner Leitungspflicht sowie der Aufsichtsrat seiner Überwachungspflicht nachkommt (s auch Rdn 203).⁵⁸⁹

Auskünfte über die **Vergütung des Vorstands** haben zur Beurteilung der Entlastung des Aufsichtsrats früher eine große praktische Rolle gespielt. Seitdem zunächst gemäß § 285 Nr 9 a HGB eine Verpflichtung zur Offenlegung der Gesamtbezüge und seit 2005 auch für die Bezüge jedes Vorstandsmitglieds einer börsennotierten Gesellschaft (§ 285 Nr 9a Satz 5–8) eingeführt wurde, setzen diese bilanzrechtlichen Publizitätspflichten gleichzeitig den Mindeststandard für Auskünfte gemäß § 131 (Rdn 29). Werden die bilanzrechtlichen Publikationspflichten erfüllt, fehlt es an der Erforderlichkeit entsprechender Auskünfte in der Hauptversammlung gemäß § 131 (Rdn 142). Macht die Hauptversammlung von der Möglichkeit einer Befreiung von der individuellen Offenlegung der Vorstandsbezüge gemäß § 286 Abs 5 HGB Gebrauch, so kann dadurch nicht das individuelle Auskunftsrecht des Aktionärs gemäß § 131 Abs 1 beseitigt werden.⁵⁹⁰ Im Übrigen entspricht die individualisierte Information über die Vorstandsbezüge bei der börsennotierten Gesellschaft mittlerweile einem anerkannten internationalen Standard reifer Kapitalmärkte. Die Erforderlichkeit der Auskunft bezieht sich auch auf eine Aufgliederung der Bezüge in die Vergütungsbestandteile Tantieme und sonstige Vergütungselemente.⁵⁹¹

Die Auskunft zur Gesamthöhe von **Abfindungszahlungen** an ausgeschiedene Vorstandsmitglieder ist erforderlich (§ 285 Nr 9 b HGB), in Abwesenheit von Anhaltspunkten für pflichtwidriges Verhalten oder sonstiger ungewöhnliche Umstände dagegen nicht die Auskunft zum wesentlichen Inhalt von Vereinbarungen mit einzelnen ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern.⁵⁹² Die Auskunftspflicht bezieht sich auch auf die Gesamthöhe der Vergütung von Vorstandsmitgliedern in **Konzernunternehmen**, s § 314 Abs 1 Nr 6 a, b HGB. Auch Auskünfte zur Vergütung von Vorstandsmitgliedern für die Wahrnehmung von Aufsichts- und Beiratsmandaten bei Konzernunternehmen sind hinsichtlich ihrer Gesamthöhe erforderlich, sofern sie nicht bereits gemäß § 314 Abs 1 Nr 6 a HGB offengelegt sind. Ebenso besteht eine Auskunftspflicht über die Gesamthöhe der **Ruhestandsbezüge**, § 285 Nr 9 bHGB.

Angesichts der ausdifferenzierten bilanzrechtlichen Publizitätspflicht sind darüberhinaus gehende Auskünfte betreffend die konkrete Höhe von geldwerten Leistungen an den Vorstand und dessen Rechtfertigung zur Beurteilung der Entlastung des Aufsichtsrats grundsätzlich nicht erforderlich, der bilanzrechtliche Standard setzt insoweit zugleich Grenzen (Rdn 30).⁵⁹³ Etwas anderes gilt nur dann, wenn konkrete Anhaltspunk-

⁵⁸⁹ OLG Frankfurt/M 18.3.2008 – 5 U 171/06, NZG 2008, 429, 431; Deutsche Bank; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 49.

⁵⁹⁰ Für Befreiungsbeschluss gemäß § 286 Abs 4 HGB OLG Düsseldorf 26.6.1997 – 19 W 2/97 AktE, AG 1997, 520; LG Köln 18.12.1996 – 91 O 147/96, AG 1997, 188; Cremer und Breuer; LG Berlin 17.1.1990 – 98 AktE 10/89, WM 1990, 978, 982; Springer; ebenso für Beschluss gemäß § 286 Abs 5 HGB Butzke G 49; Heidel/Heidel § 131 Rdn 85 „Verwaltungsmitglieder, Bezüge einzelner“; KK/Kersting § 131 Rdn 179; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 48; Wandt DStR 2006, 1460, 1463; abw Annuf/Theusinger BB 2009, 2434, 2441; MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 25; Hessler/Strohn/Liebscher § 131 AktG Rdn 8; Hohenstatt/Wagner ZIP 2008, 945, 953; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 13; für Auskunftsverweigerungsrecht MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 248.

⁵⁹¹ Butzke G 49; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 248.

⁵⁹² Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 48; weitergehend MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 248.

⁵⁹³ MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 25; Wandt DStR 2006, 1460, 1464.

te für Pflichtverletzungen des Aufsichtsrats bestehen, wenn die Vorstandsvergütung ungewöhnlich hoch ist oder ungewöhnliche Elemente enthält (Rdn 181).⁵⁹⁴ Möglich bleiben Verständnisfragen zum Vergütungsbericht des Aufsichtsrats. Steht eine Billigung des **Vergütungssystems** gemäß § 120 Abs 4 zur Beschlussfassung der Hauptversammlung, so können zusätzliche Fragen erforderlich werden, etwa zur nachhaltigen Ausgestaltung der Vorstandsvergütung, zu Vergleichswerten im Markt, im Börsensegment oder bei Wettbewerbern, zu Ermessensspielräumen des Aufsichtsrats bei einzelnen Vergütungselementen, zur theoretischen Maximalvergütung pro Vorstandsmitglied bei Unterstellung eines *best case* Szenarios, zur Beratung des Aufsichtsrats durch externe Vergütungsexperten, zur Angemessenheitsprüfung durch den Aufsichtsrat (näher *Mülbert* § 120 Rdn 166).⁵⁹⁵

- 203** Fragen zur Gesamtvergütung und zur Vergütungsstruktur eines Geschäftsleitungspremums außerhalb des Vorstands (*group executive committee*) können zur Beurteilung der Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat erforderlich sein.⁵⁹⁶ Auskünfte zu Einzelvergütungen können jedoch nur dann verlangt werden, wenn Anhaltspunkte für ein pflichtwidriges Verhalten der Verwaltung bestehen (Rdn 181).⁵⁹⁷ Auch der Umstand, dass ein **leitender Mitarbeiter** in den Vorstand berufen wird, ermöglicht nicht Auskünfte über seine individualisierte Vergütung aus der Zeit vor der Vorstandstätigkeit.⁵⁹⁸

e) Bestellung des Abschlußprüfers

- 204 aa) Grundsätze.** Fragen zur Beschlussfassung über die Bestellung des Abschlußprüfers haben in den letzten Jahren zugenommen.⁵⁹⁹ Angesichts der zunehmenden Anforderungen an die Unabhängigkeit der Abschlußprüfer ist damit zu rechnen, dass sie in Zukunft weiter an **Bedeutung gewinnen**. Erforderlich sein können insbesondere Fragen, die die Anforderungen an seine **Eignung** iSv § 319 Abs 2 HGB betreffen.⁶⁰⁰ Angesichts der zunehmenden Konzentration der Wirtschaftsprüfungsbranche können auch Fragen betreffend Interessen- und Branchenkonflikte erforderlich sein.⁶⁰¹ Fragen nach sämtlichen Prüfungsaufträgen des Abschlußprüfers außerhalb der Gesellschaft oder außerhalb des Konzerns der Gesellschaft betreffen schon keine Angelegenheit der Gesellschaft (Rdn 90).

594 OLG Düsseldorf 5.11.1987 – 19 W 6/87, ZIP 1987, 1555, 1558; OLG Koblenz 13.10.1967 – 2 U 614/66, WM 1967, 1288, 1291; Pensionsbezüge; LG Mannheim 21.9.2009 – 24 O 54/09 (nv): Aufschlüsselung Vergütungsvorschüsse an einzelne Mitglieder des Vorstands; LG Berlin 17.1.1990 – 98 AktE 10/89, WM 1990, 978, 982; *Mutter* S 82; *Wandt* DStr 2006, 1460, 1464.

595 *Drinhausen/Keinath* BB 2010, 3, 8; *Schüppen* ZIP 2010, 905, 906; zurückhaltend *Schick* ZIP 2011, 593, 600.

596 OLG Frankfurt/M 20.10.2010 – 23 U 121/08, BeckRS 2010, 25499; OLG Frankfurt/M 24.6.2009 – 23 U 90/07, BeckRS 2009, 17982; OLG Frankfurt/M 30.1.2006 – 20 W 56/05, Rdn 15 (juris); OLG Frankfurt/M 30.1.2006 – 20 W 52/05, Rdn 10 (juris); KK/Kersting § 131 Rdn 184; Hüffer/Koch § 131 Rdn 35; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 246; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 48.

597 OLG Frankfurt/M 15.5.2012 – 5 U 66/11, Rdn 137 (juris): Vom Vorstand veranlasste Zahlungen könnten als Schweigegeld dienen; OLG Frankfurt/M 20.10.2010 – 23 U 121/08, BeckRS 2010, 25499; OLG Frankfurt/M 30.1.2006 – 20 W 52/05 Rdn 9, 11 (juris); KK/Kersting § 131 Rdn 185; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 48.

598 *Butzke* G 49.

599 Hüffer/Koch § 131 Rdn 36; *Marsch-Barner* FS Hommelhoff, S 691, 699; **abw** MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 60.

600 OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 372; *Butzke* G 59; MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 28; Hüffer/Koch § 131 Rdn 36; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 55.

601 OLG Düsseldorf 22.11.2012 – I-64 18/12, Rdn 104 (juris); IKB HV 2010; Hüffer/Koch § 131 Rdn 36; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 60.

Im Fokus der Fragen insbesondere von Aktionärsschutzvereinigungen stehen Nachfragen zum im Anhang (§ 285 Nr 17 HGB) offenzulegenden Verhältnis des Honorarvolumens des Abschlussprüfers bei der Abschlussprüfung zum **Honorarvolumen aus sonstiger Tätigkeit** für die Gesellschaft, weil sich hieraus eine gewisse Abhängigkeit des Abschlußprüfers von der Gesellschaft ergeben könnte.⁶⁰² Insbesondere können Fragen zu den Gründen für hohe Beratungshonorare erforderlich sein. Infolge der für börsennotierte Gesellschaften gemäß § 318 Abs 1 a HGB eingeführten zwingenden Rotation des Abschlussprüfers, erhöhten Anforderungen an die Überprüfung der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers durch den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats und des Rechts einer qualifizierten Minderheit zur Beantragung einer gerichtlichen Ersetzung des Abschlussprüfers (§ 318 Abs 3 Satz 1 HGB) werden hierzu Fragen der Aktionäre zunehmen. So können Fragen erforderlich sein, wie lange der Abschlussprüfer bereits die Gesellschaft geprüft und wann ein Wechsel vorgesehen ist; ebenso können Fragen zum Ausschreibungsverfahren erforderlich sein.

Ein Anspruch auf Informationen über den **Inhalt des Prüfungsberichts** oder gar auf Einsichtnahme in den Prüfungsbericht besteht nicht. Ebenso wenig besteht ein Anspruch auf Auskunft über das Auftragsschreiben der Gesellschaft an den Abschlussprüfer oder über den Inhalt des *Management-Letter* an den Vorstand.⁶⁰³ Der Abschlussprüfer selbst ist nicht verpflichtet, dem Aktionär Auskunft zu erteilen, § 176 Abs 2 Satz 2 (Rdn 67).

Bei Fragen zur **Wiederbestellung** des Abschlußprüfers stehen weniger Fragen zur Eignung des Abschlussprüfers als zu seiner bisherigen Prüfungstätigkeit im Fokus (vgl auch Rdn 213). Sie können sich auf wesentliche oder besonders auffällige Positionen des Jahresabschlusses beziehen⁶⁰⁴ und darauf abzielen, Verstöße gegen Bilanzierungsvorschriften offen zu legen, die vom Abschlussprüfer pflichtwidrig nicht beanstandet wurden.⁶⁰⁵ Dementsprechend kann Anlass zu Fragen bestehen, wenn bilanzielle Unregelmäßigkeiten bekannt werden. Fragen sind insoweit nicht notwendigerweise auf das abgeschlossene Geschäftsjahr beschränkt, sondern können auch einen früheren Zeitraum betreffen, für den der Abschlussprüfer bestellt war (vgl auch Rdn 213).⁶⁰⁶

Die **Anfechtbarkeit** der Bestellung des Abschlussprüfers wegen Informationspflichtverletzungen ist erheblich **eingeschränkt**. Soweit ein gesetzlicher Ausschlussgrund in der Person des Prüfers oder eine Inkompatibilität gemäß §§ 319ff HGB vorliegt, ist das Ersetzungsverfahren nach § 318 Abs 3 HGB vorrangig und die Anfechtung ausgeschlossen, § 243 Abs 3 Nr 3. Der daraus folgende Ausschluss einer Anfechtbarkeit der Bestellung des Abschlussprüfers (auch) wegen einer Auskunftspflichtverletzung betreffend eine Befangenheit des Abschlussprüfers⁶⁰⁷ lässt nicht den Schluss zu, dass insoweit Fragen generell nicht zur Bestellung des Abschlussprüfers erforderlich sind (vgl auch Rdn 133).

bb) Einzelheiten. Fragen zur Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten bei der Bilanzierung sind zur Beurteilung der Wahl des Abschlussprüfers erforderlich, wenn es um we-

602 Butzke G 59; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 60; Marsch-Barner FS Hommelhoff, S 691, 699.

603 Abw Heidel/Heidel § 131 Rdn 85 „Abschlussprüfer, Management-Letter an den Vorstand“: Bei Aussagekraft für den Prüfungsvermerk.

604 MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 28; Marsch-Barner FS Hommelhoff, S 691, 699; vgl auch OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 372 (juris); sehr weitgehend MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 60.

605 Butzke G 59; Marsch-Barner FS Hommelhoff, S 691, 699.

606 LG Braunschweig 6.4.1990 – 22 O 97/89, AG 1991, 36, 37: VW Devisenskandal; Butzke G 59; KK/Kersting § 131 Rdn 226; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 55.

607 Marsch-Barner FS Hommelhoff, S 691, 700; abw Heidel/Heidel § 243 Rdn 36 c.

sentliche Bilanzpositionen (Rdn 132) geht oder wenn konkrete Anhaltspunkte für ein pflichtwidriges Verhalten des Abschlussprüfers bestehen (vgl auch Rdn 181). So können bei ungewöhnlich hohen Abschreibungen Fragen zum Ausweis von Beteiligungen erforderlich sein⁶⁰⁸, ferner Fragen im Zusammenhang mit dem Verhalten des Abschlussprüfers bei einem Devisenskandal in früheren Geschäftsjahren.⁶⁰⁹

210 Fragen zu einem **berufsrechtlichen Verfahren** gegen den Abschlussprüfer betreffen schon keine Angelegenheit der Gesellschaft, sofern sich aus den Ergebnissen des Verfahrens nicht Auswirkungen auf Testat, Ergebnis der Abschlussprüfung oder sonstige Prüfungsergebnisse der Gesellschaft ergeben (Rdn 91).⁶¹⁰ Die Frage, ob Regressforderungen gegen den Abschlussprüfer wegen gegen eine ausländische Tochtergesellschaft verhängten erheblichen Steuerstrafzahlungen geprüft wurden, kann zur Beurteilung der Wahl des Abschlussprüfers erforderlich sein; eine nähere juristische Begründung dafür, warum derartige Ansprüche nach Auffassung der Gesellschaft nicht bestehen, kann jedoch nicht verlangt werden.⁶¹¹ Fragen im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Teilveräußerung von an die Gesellschaft verpfändeten Aktien und daraus vermuteter Pflichtverstöße der Verwaltung sind für die Beurteilung der Eignung und Zuverlässigkeit des erneut zu wählenden Abschlussprüfers irrelevant, weil streitige Schadenersatzansprüche erst bei rechtskräftiger Titulierung in der Bilanz zu aktivieren sind.⁶¹²

f) Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern

211 aa) Grundsätze. Fragen zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern haben angesichts der gesetzlich und durch den DCGK ausgebauten Anforderungen und Empfehlungen hinsichtlich der Eignung und Zusammensetzung des Aufsichtsrats an **Bedeutung gewonnen**. Bei einer **Erstwahl** können insbesondere Fragen erforderlich sein, die sich auf die gesetzlichen und satzungsgemäßen Voraussetzungen für die Wählbarkeit der Aufsichtsratsmitglieder beziehen.⁶¹³ Dementsprechend können Fragen erforderlich sein, soweit sie sich auf Aufsichtsratsmandate in anderen Handelsgesellschaften oder Geschäftsführungsmandate beziehen, die einer Bestellung zum Aufsichtsrat gemäß § 100 Abs 2 oder § 105 entgegenstehen. Über die bei börsennotierten Gesellschaften zur Mitgliedschaft in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten gemäß § 125 Abs 1 Satz 5 erforderlichen Angaben hinausgehend können Fragen auch zu Mandaten in ausländischen Kontrollgremien und in inländischen freiwilligen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen mit Blick auf drohende Mehrfachbelastungen oder die Gefahr von Interessenkollisionen erforderlich sein.⁶¹⁴ Zudem können Fragen erforderlich sein, die sich auf die Entsprechenserklärung der Gesellschaft gemäß § 161 zu Empfehlungen des DCGK betreffend die Zusammensetzung des Aufsichtsrats (Ziff 5.4.1 und 5.4.2) beziehen,⁶¹⁵

608 OLG Frankfurt/M 6.11.1990 – 5 U 191/84, AG 1991, 206.

609 LG Braunschweig 6.4.1990 – 22 O 97/89, AG 1991, 36; *Marsch-Barner* FS Hommelhoff, S 691, 699.

610 LG Frankfurt/M 20.1.1992 – 3/1 O 169/91, AG 1992, 235, 236; *Hornblower Fischer; KK/Kersting* § 131 Rdn 226; *MünchKomm/Kubis* § 131 Rdn 60; *Volhard* in *Semler/Volhard/Reichert* HV-Hdb § 11 Rdn 56.

611 OLG Frankfurt/M 2.10.2012 – 5 U 10/12 (nv); insow **abw** Vorinstanz LG Frankfurt/M 20.12.2011 – 3-5 O 37/11, Rdn 92, 93 (juris); Deutsche Bank HV 2011.

612 BGH 16.2.2009 – II ZR 185/07, BGHZ 180, 9 Rdn 48.

613 LG Hannover 19.8.2009 – 23 O 90/09, AG 2009, 914, 915, 917; *Continental; Heidel/Heidel* § 131 Rdn 85 „AR-Wahlen – Kandidaten“.

614 *Butzke* FS Hoffmann-Becking, 229, 144; *Heidel/Heidel* § 131 Rdn 85 „AR-Mandate“; *MünchHdbAG/Hoffmann-Becking* § 38 Rdn 29; *Hüffer/Koch* § 131 Rdn 37; *MünchKomm/Kubis* § 131 Rdn 197.

615 LG Frankfurt/M 28.1.2014 – 3-5 O 162/13, Rdn 116 (juris); *Heidel/Heidel* § 131 Rdn 85 „AR-Mitglieder – Qualifikation“; *Kocher* GWR 2013, 509.

etwa zur Unabhängigkeit der Kandidaten,⁶¹⁶ zur Frage der Eignung als Finanzexperte, zur Erklärung der Gesellschaft betreffend die Zielgröße für *diversity* und Frauenquote bzw zu den Gründen für ein Verfehlen der Zielgröße des § 96 Abs 2, 3, für das Fehlen weiblicher Kandidaten bei der Aufsichtsratswahl⁶¹⁷ oder zur Überschreitung einer gemäß Ziff 5.4.1 DCGK festgelegten Regelaltersgrenze.⁶¹⁸

Zur Beurteilung der Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern können insbesondere Fragen 212 zur **Eignung** der Aufsichtsratsmitglieder erforderlich sein.⁶¹⁹ In diesem Zusammenhang können – über § 124 Abs 3 Satz 4 (ausgeübter Beruf, Wohnort) hinausgehend – Fragen nach persönlichen Angelegenheiten erforderlich sein (zB beruflicher Werdegang, Branchenkenntnisse) (Rdn 214).⁶²⁰ In der Praxis werden häufig Informationsblätter zum Werdegang und zur beruflichen Qualifikation von Aufsichtsratskandidaten in der Hauptversammlung ausgelegt und mit der Einladung auf der *website* der Gesellschaft veröffentlicht. Zudem wird den Kandidaten und Kandidatinnen nicht selten die Gelegenheit gegeben, sich persönlich den Aktionären in der Hauptversammlung vorzustellen. Insoweit sind dann zur persönlichen Eignung oft keine weiteren Fragen mehr erforderlich⁶²¹ (Rdn 142).

Bei der **Wiederwahl** von Aufsichtsratsmitgliedern stehen weniger Fragen zur Eignung als zur bisherigen Aufsichtsratstätigkeit im Fokus (vgl auch Rdn 207).⁶²² So können Fragen nach Vorgängen im Rahmen der bisherigen Aufsichtsratstätigkeit erforderlich sein, die Rückschlüsse auf Pflichtverletzungen in der Vergangenheit wegen mangelnder Überwachung erlauben,⁶²³ etwa zur Überprüfung des Risikomanagements, der *Compliance* oder der Krisenvorsorge. Derartige Auskünfte sind – insoweit weitergehend als bei der Entlastung (Rdn 145) – nicht grundsätzlich auf die Aufsichtsratstätigkeit im abgeschlossenen Geschäftsjahr beschränkt. Fragen können sich auf Vorgänge in der gesamten Aufsichtsratsperiode beziehen, sofern sie für die Beurteilung der Wiederwahl wesentlich sind, unter Umständen sogar auf Vorgänge in einer vorherigen Aufsichtsratsperiode.⁶²⁴ Ebenso können beim zur Beschlussfassung anstehenden Wechsel eines bisherigen Vorstandsmitglieds in den Aufsichtsrat Fragen zu dessen Vorstandstätigkeit in den letzten Jahren erforderlich sein, wenn sie Rückschlüsse auf die Vertrauenswürdigkeit und Unabhängigkeit als Aufsichtsratsmitglied zulassen.⁶²⁵ Ebenso wie bei der Entlastung (Rdn 181) sind jedoch Fragen, die auf eine allgemeine Kontrolle der bisherigen Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied bzw bisheriges Vorstandsmitglied abzielen, nicht erforderlich;

616 LG Hannover 19.8.2009 – 23 O 90/09, AG 2009, 914, 915, 917.

617 Hüffer/Koch § 131 Rdn 37; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 57.

618 OLG München 6.8.2008 – 7 U 5628/07 Rdn 42 (juris) und LG München I 6.9.2007 – 5 HK O 10614/07, DB 2007, 2759, 2761: MAN.

619 OLG Frankfurt/M 26.6.2012 – 5 U 144/09, Rdn 74 (juris); LG Hannover 19.8.2009 – 23 O 90/09, AG 2009, 914, 915, 917: Continental; LG Frankfurt/M 16.1.2007 – 3-5 O 56/06, BeckRS 2009, 08313: Deutsche Bank HV 2006; MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 29, Hüffer/Koch § 131 Rdn 37.

620 Abw OLG Düsseldorf 22.11.2012 – I-6 U 18/12, Rdn 57 (juris): nur bei Anhaltspunkten für mangelnde Eignung; Hüffer/Koch § 131 Rdn 37; zurückhaltend auch Hoffmann-Becking NZG 2017, 281, 285.

621 Insow zur OLG Düsseldorf 22.11.2012 – I-6 U 18/12, Rdn 55 (juris): IKB HV 2010; Hüffer/Koch § 131 Rdn 37.

622 OLG Frankfurt/M 26.6.2012 – 5 U 144/09, Rdn 79 (juris).

623 BGH 16.2.2009 – II ZR 185/07, BGHZ 180, 9, Rdn 38 und OLG Frankfurt/M 17.7.2007 – 5 U 229/05, Rdn 32 (juris): Kirch/Deutsche Bank; OLG Frankfurt/M 26.6.2012 – 5 U 144/09, Rdn 79 (juris): Deutsche Bank HV 2008; OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 371 (juris): Porsche HV 2010; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 56.

624 OLG Frankfurt/M 26.6.2012 – 5 U 144/09, Rdn 79 (juris): Deutsche Bank HV 2008; OLG Frankfurt/M 20.10.2010 – 23 U 121/08, BeckRS 2010, 25449: Deutsche Bank HV 2007; OLG Frankfurt/M 26.6.2009 – 5 U 144/09, Rdn 78 (juris); Butzke G 15.

625 OLG Frankfurt/M 28.10.2008 – 17 U 176/07, Rdn 144 (juris): Deutsche Bank HV 2006.

es bedarf konkreter Anhaltspunkte für eine fehlende Eignung zur Erstwahl oder zur Wiederwahl.⁶²⁶

- 214 **bb) Einzelheiten.** Fragen nach Verbindungen zwischen den Aufsichtsratskandidaten und dem vorgeschlagenen Abschlussprüfer können erforderlich sein.⁶²⁷ Fragen nach **persönlichen Angelegenheiten** sind erforderlich, wenn und weil sie für die Eignung Rückschlüsse zulassen. Das wird bei langjähriger beruflicher Erfahrung auch hinsichtlich der Frage nach Studienabschlüssen nicht immer zu bejahen sein.⁶²⁸ Grundsätzlich sind Auskünfte nicht erforderlich zu Hobbys, politischer Zugehörigkeit, Zugehörigkeit zu einer Studentenverbindung, Zugehörigkeit zu Vereinen, Religion oder Familienstand (vgl auch Rdn 197),⁶²⁹ sofern nicht konkrete Anzeichen für eine hierdurch bedingte Beeinträchtigung der Eignung für die Aufsichtsratstätigkeit vorliegen.⁶³⁰ Das gilt auch für Fragen zum Gesundheitszustand, zu nicht unternehmensbezogenen Vorstrafen⁶³¹ oder zur Mitgliedschaft in einer konspirativen Vereinigung.⁶³²

- 215 Bei einem zur Wahl anstehenden anwaltlichen Berater des Großaktionärs der Gesellschaft ist die Frage nach den Honorarumsätzen mit diesem nicht zur Beurteilung der Eignung erforderlich.⁶³³ Bei der Wahl des früheren Finanzvorstands in den Aufsichtsrat sollen Fragen nach der Einflussnahme von Käufern und Politikern bei der Verwertung eines Aktienpakets erforderlich sein, weil sie einen Schluss darauf zulassen, ob der Aufsichtsratskandidat eine allein an den wirtschaftlichen Interessen der Gesellschaft orientierte Entscheidung getroffen hat.⁶³⁴ Für die Wiederwahl wurden die entsprechenden Fragen dagegen nicht mehr als erforderlich angesehen.⁶³⁵ Zur Beurteilung der Wiederwahl eines Aufsichtsratsmitglieds sollen Fragen nach hohen bilanziellen Abschreibungen auf Anteile erforderlich sein (zum Jahresabschluss Rdn 164, zur Entlastung Rdn 181, 191, zur Wahl des Abschlussprüfer Rdn 208);⁶³⁶ dem wird man nur bei konkreten Anhaltspunkten für eine unzureichende Kontrolle zustimmen können (Rdn 213). Erforderlich sein können Auskünfte zur Handhabung aufgetretener **Interessenkonflikte** (Ziff 5.5.3 Satz 1 DCGK, s auch Rdn 190).⁶³⁷ Fragen zu einem etwaigen Interessenkonflikt auf-

626 OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 371 (juris); OLG Düsseldorf 22.11.2012 – I-64 18/12, Rdn 57 (juris); OLG Frankfurt/M 26.6.2012 – 5 U 144/09, Rdn 75, 78 (juris): Klärung etwaiger Pflichtverletzungen; weitergehend OLG Frankfurt/M 28.10.2008 – 17 U 176/07, Rdn 144 (juris): öffentliche Aufmerksamkeit und öffentliches Interesse für Geschäftsvorfälle ausreichend; abw LG Frankfurt/M 16.1.2007 – 3-5 O 56/06, BeckRS 2009, 08313 (Vorinstanz): weite Auslegung; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 59: nahezu unbeschränkte Auskunftspflicht.

627 OLG Frankfurt/M 21.3.2006 – 10 U 17/05, Rdn 29 (juris).

628 Weitergehend MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 59 (aber Rdn 56); enger OLG Düsseldorf 22.11.2012 – I-6 U 18/12, Rdn 57 (juris) unter Hinweis auf § 124 Abs 3 S 4 (dazu Rdn 212).

629 KG 30.6.1994 – 2 W 4531 und 4642/93, AG 1994, 469, 473: „Allianz“; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 25; MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 28; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 56.

630 OLG Düsseldorf 22.11.2012 – I-6 U 18/12, Rdn 57; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 56; vgl auch MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 56 (aber Rdn 59).

631 Weitergehend Ebenroth S 113; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 58; Nitschke/Bartsch AG 1969, 95, 97; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 51; Vorauf § 131 Rdn 197.

632 OLG Hamburg 12.1.2001 – 11 U 162/00, NZG 2001, 513, 515: Organisation der „Musketiere“; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 56.

633 Hüffer ZIP 2010, 1979, 1984; Hüffer/Koch § 131 Rdn 37; abw LG Hannover 19.8.2009 – 23 O 90/09, AG 2009, 914, 917: Continental; Heidel/Heidel § 131 Rdn 85 „AR-Mitglieder – Qualifikation“.

634 OLG Frankfurt/M 28.10.2008 – 17 U 176/07, Rdn 144 (juris) und LG Frankfurt/M 16.1.2007 – 3-5 O 56/06, BeckRS 2009, 08313: Deutsche Bank HV 2006.

635 OLG Frankfurt/M 26.6.2012 – 5 U 144/09, Rdn 79ff (juris): Deutsche Bank HV 2008.

636 OLG Frankfurt/M 6.11.1990 – 5 U 191/84, AG 1991, 206; KK/Kersting § 131 Rdn 227.

637 OLG Frankfurt/M 5.7.2011 – 5 U 104/10, Rdn 99 (juris); LG Hannover 19.8.2009 – 23 O 90/09, AG 2009, 914, 917; Butzke FS Hoffmann-Becking, 229, 244; sehr weitgehend MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 197.

grund der Anwaltstätigkeit zu einem mehr als 10 Jahre vor der Wahl zurückliegenden Vorgang sind jedoch nicht zur Beurteilung der Eignung des Aufsichtsratskandidaten erforderlich.⁶³⁸

g) Satzungsänderungen. Die Ausübung des Auskunftsrechts zur Beurteilung der Be- schlussfassung der Hauptversammlung über eine Satzungsänderung (§ 179 Abs 1 Satz 1) hat in der Praxis nur eine **geringe Bedeutung**. In der Einladung der Hauptversammlung wird nicht selten der bisherige Satzungstext dem Wortlaut der vorgeschlagenen Satzungs- änderung gegenübergestellt. Zudem macht der Vorstand im mündlichen Rechenschafts- bericht vor Beginn der Aussprache in der Hauptversammlung häufig Ausführungen zur Sinnhaftigkeit einer Satzungsänderung. Soweit dies nicht der Fall ist, können Auskünfte zum Grund für eine Satzungsänderung zur Beurteilung der Tagesordnung ebenso erfor- derlich sein wie Auskünfte betreffend den Unterschied zur bisherigen Satzungsrege- lung.⁶³⁹ Die schriftliche Vorlage einer Synopse kann jedoch nicht verlangt werden.

Bei einer Beschlussfassung über die Erhöhung der **Aufsichtsratsvergütung** können **217** etwa Auskünfte erforderlich sein, ob und warum die vorgeschlagene Aufsichtsratsvergü- tung die von Wettbewerbern oder von im gleichen Börsenindex gelisteten Gesellschaften übersteigt.

h) Kapitalmaßnahmen

aa) Ordentliche Kapitalerhöhung. Bei einer **Barkapitalerhöhung** können Aus- künfte erforderlich sein zum Kapitalbedarf der Gesellschaft und zur beabsichtigten Ver- wendung des neuen Kapitals.⁶⁴⁰ Weiterhin können Fragen zum Emissionskurs erforder- lich sein.⁶⁴¹ Dagegen müssen dem Aktionär mangels Vergleichbarkeit nicht ebenso wie einem Kreditgeber Auskünfte erteilt werden.⁶⁴² Die Nichtvorlage von Jahresabschlüssen kann im Rahmen einer Kapitalerhöhung selbst dann nicht als Verletzung von Informationsrechten gemäß § 131 geltend gemacht werden, wenn die Aufstellungsfristen abge- laufen sind.⁶⁴³ Fragen zu nicht mit der Kapitalerhöhung in Zusammenhang stehenden steuerlichen Tatbeständen, nach der Steuer- oder Handelsbilanz oder zu finanziellen Verhältnissen von Tochtergesellschaften sind deshalb nicht zur sachgemäßen Beurtei- lung der Kapitalerhöhung erforderlich.⁶⁴⁴

Bei der ohnehin nur unter engen Voraussetzungen zulässigen Barkapitalerhöhung **219** **unter Ausschluss des Bezugsrechts** wird dem Informationsbedürfnis der Aktionäre zunächst durch den mit Einberufung der Hauptversammlung zu veröffentlichten Be- richt über den Ausschluss des Bezugsrechts gemäß § 186 Abs 4 Satz 2 Rechnung getra- gen. Der Bericht, der Angaben über die sachliche Rechtfertigung des Bezugsrechtsaus- schlusses enthält, soll die Hauptversammlung in die Lage versetzen, die Interessen der Gesellschaft an einer Kapitalerhöhung mit Bezugsrechtsausschluss gegenüber anderen

638 LG Frankfurt/M 28.1.2014 – 3-5 O 162/13, AG 2014, 869, 871.

639 KK/Kersting § 131 Rdn 228.

640 LG München I 23.2.2012 – 5 HK O 12377/09, Rdn 110 (juris); HRE; LG Frankfurt/M 16.5.1966 – 31 O 63/66, AG 1968, 24, 25; Ebenroth, S 110; KK/Kersting § 131 Rdn 238; Hüffer/Koch § 131 Rdn 38; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 217.

641 MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 30; Hüffer/Koch § 131 Rdn 38.

642 LG Frankfurt/M 16.5.1966 – 31 O 63/66, AG 1968, 24, 25.

643 OLG München 18.7.2012 – 7 AktG 1/12, Rdn 17 (juris); zurückhaltend Heidel/Heidel § 131 Rdn 85 „Kapitalerhöhung, Jahresabschluss“.

644 LG Frankfurt/M 16.5.1966 – 31 O 63/66, AG 1968, 24, 25; Barz FS Möhring, 153, 159; KK/Kersting § 131 Rdn 238.

Alternativen zu bewerten, die Nachteile für die ausgeschlossenen Aktionäre zu erkennen und beides gegeneinander abzuwägen.⁶⁴⁵ Er ist nicht nur Vorstufe oder Grundlage für die Geltendmachung des Auskunftsrechts gemäß § 131, sondern soll bereits die wesentlichen Informationen für die Beschlussfassung enthalten.⁶⁴⁶ Das bedeutet nicht, dass bei Erstattung eines den rechtlichen Anforderungen entsprechenden Berichts keinerlei Fragen mehr zulässig wären. Raum bleibt insbesondere für Fragen zur Plausibilisierung und für Verständnisfragen (Rdn 27). Der Bericht hat bei ausreichender Information im Vorfeld der Hauptversammlung aber insoweit gleichzeitig eine begrenzende Wirkung (Rdn 28).

220 Bei einer **sanierenden Barkapitalerhöhung** unter Ausschluss des Bezugsrechts können etwa Fragen nach der Fortführungsprognose, nach dem Restrukturierungskonzept und dem wesentlichen Inhalt der Vereinbarung mit einem sanierungswilligen neuen Großaktionär erforderlich sein.⁶⁴⁷ Die Frage nach den Ursachen für die aktuelle Insolvenzgefahr und die Bewertung eventueller Verstöße im Prüfbericht der Deutschen Bundesbank sind jedoch für die Frage der sachlichen Rechtfertigung des Bezugsrechtsausschlusses ebenso wenig erforderlich wie Fragen nach zum Zweck einer Unternehmensbewertung tätigen Wirtschaftsprüfern und/oder Rechtsanwälten.⁶⁴⁸ Fragen zur Aufdeckung der Unzulässigkeit einer Bareinlage als verdeckte Sacheinlage können erforderlich sein.⁶⁴⁹

221 Bei einer **Sachkapitalerhöhung** unter Ausschluss des Bezugsrechts können insbesondere bei Einbringung eines Unternehmens über den Bericht gemäß § 186 Abs 4 Satz 2 hinausgehend ergänzende oder vertiefende Fragen zur Plausibilisierung erforderlich sein.⁶⁵⁰ Insbesondere können Fragen zum einer Sachkapitalerhöhung zugrunde liegenden wesentlichen Inhalt des Kaufvertrages erforderlich sein, sofern sich dieser nicht bereits aus dem Bericht ergibt.⁶⁵¹ Auch Fragen zu wesentlichen Ergebnissen der Bewertung der Sacheinlage können erforderlich sein;⁶⁵² einer Detailkontrolle bedarf es jedoch nicht (Rdn 230, 249). Fragen können zu den letzten drei Jahresabschlüssen der einzubringenden Gesellschaft sowie nach dem Inhalt von Aktienoptionsplänen mit einem möglichen Verwässerungseffekt erforderlich sein.⁶⁵³ Fragen können sich auch darauf beziehen, ob die Sacheinlage durch Eigenkapital ersetzende Mittel erbracht werden soll.⁶⁵⁴ Bei einer Sacheinlage durch die Muttergesellschaft besteht keine Auskunftspflicht über die Geschäftsbeziehungen der Gesellschaft mit sämtlichen Konzerngesellschaften.⁶⁵⁵

645 BGH 19.4.1982 – II ZR 55/81, BGHZ 83, 319, 326: Holzmann.

646 Bayer AG 1988, 323, 327; MünchKomm/Schürnbrand § 186 Rdn 80; Spindler/Stilz/Servatius § 186 Rdn 25, 27.

647 OLG Frankfurt/M 16.12.2014 – 5 U 24/14, Rdn 55 ff (juris): Notwendigkeit gleichzeitiger Kapitalherabsetzung; LG München I 23.2.2012 und LG München I 28.4.2010 – 5 HK O 12377/09, Rdn 111, 117, 120 und Rdn 104 ff (juris): HRE Kapitalerhöhung; LG Berlin 25.5.2005 – 99 O 110/04, Rdn 20: Sanierungskonzept bei Sachkapitalerhöhung; s aber KG 18.5.2010 – 14 AktG 1/10, Rdn 37 (juris): Auskunftsverweigerungsrecht § 131 Abs 3 Nr 1.

648 LG München I 23.2.2012 – 5 HK O 12377/09, Rdn 110, 114 (juris): HRE.

649 S (zur Entlastung bei Mittelverwendung aus Kapitalerhöhung) LG Hannover 30.5.1995 – 26 AktE 5/90, AG 1996, 37: ADV (Rdn 191).

650 LG München I 3.5.2001 – 5 HK O 23950/00, ZIP 2001, 1148, 1151; Heidel/Heidel § 131 Rdn 85 „Kapitalerhöhung, Sacheinlage“; MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 30; KK/Kersting § 131 Rdn 239; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 217.

651 Butzke G 60; KK/Kersting § 131 Rdn 239; weitergehend LG Koblenz 17.5.2000 – 1 HO 156/99, DB 2000, 1606: Auskunft über Wortlaut des Kaufvertrages.

652 Butzke G 60.

653 LG München I 3.5.2001 – 5 HK O 23950/00, ZIP 2001, 1148, 1151: Direktanlage Bank/Self Trade.

654 Vgl auch KG 18.5.2010 – 14 AktG 1/10, Rdn 46 ff (juris).

655 OLG Frankfurt/M 1.7.1998 – 21 U 166/97, AG 1999, 231, 232: SAI Automotive.

bb) Genehmigtes Kapital. Zur Beurteilung der Ermächtigung zur Schaffung eines genehmigten Kapitals können Auskünfte erforderlich sein, ob eine Nutzung des genehmigten Kapitals bereits geplant ist oder unter welchen Voraussetzungen sich die Gesellschaft gezwungen sieht, zur Sicherung des Eigenkapitals von einem genehmigten Kapital Gebrauch zu machen.⁶⁵⁶ Ist das der Fall, so wird man jedenfalls abstrakte Auskünfte erwarten müssen. Dagegen wird der Vorstand eine Auskunft zu konkreten Einzelheiten gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 1 verweigern können, wenn und weil die Offenlegung laufender Vertragsverhandlungen den Erfolg des Vertragsabschlusses gefährden kann (Rdn 393)⁶⁵⁷. Ist seit Einberufung der Hauptversammlung ein Vertragsabschluss erfolgt, so sind insoweit auf Fragen grundsätzlich die wesentlichen Konditionen zu nennen. Wird im Bericht über einen möglichen Bezugsrechtsausschluss sowohl im Rahmen eines genehmigten Kapitals zur Sachkapitalerhöhung als auch zur Barkapitalerhöhung auf eine strategische Neuorientierung bzw mögliche strategisch wichtige Partner verwiesen, so muss diese strategische Neuausrichtung auf Fragen näher erläutert werden.⁶⁵⁸ Zur Beurteilung der Schaffung eines genehmigten Kapitals können auch Auskünfte über den wesentlichen Inhalt einer durch ad hoc-Mitteilung bekannt gemachten Investorenvereinbarung über die Gewinnung eines neuen wesentlichen Aktionärs erforderlich sein.⁶⁵⁹

In der **auf die Ausnutzung des genehmigten Kapitals folgenden Hauptversammlung** hat der Vorstand unaufgefordert die Aktionäre über die Ausnutzung und den Grund für einen Ausschluss des Bezugsrechts zu informieren.⁶⁶⁰ Dementsprechend haben die Aktionäre Anspruch auf Auskunft über die Ausgabebedingungen, insbesondere über den angemessenen Ausgabebetrag⁶⁶¹ und über die Mittelverwendung,⁶⁶² bei einer Sachkapitalerhöhung auch zum Umtauschverhältnis. Diese Auskünfte sind für die Schaffung eines neuen genehmigten Kapitals erforderlich, da zur Beschlussfassung das Vertrauen darauf erforderlich ist, dass der Vorstand den Anforderungen an eine nachträgliche Berichterstattung genügt (s auch Rdn 191).⁶⁶³

Für die Beschlussfassung über die Schaffung eines neuen genehmigten Kapitals soll die **Auskunft** erforderlich sein, wie der Vorstand eine zwei Jahre **früher durchgeführte Kapitalerhöhung** abgewickelt hat.⁶⁶⁴ Zu einer vier Jahre vor der erneuten Schaffung eines genehmigten Kapitals abgewickelten Kapitalerhöhung wurde dagegen die Erforderlichkeit von Auskünften verneint.⁶⁶⁵ Demgegenüber sind Fragen über die Mittelverwendung solcher früheren Kapitalerhöhungen nicht erforderlich, weil insoweit bereits ein Auskunftsrecht in der auf die Ausnutzung des genehmigten Kapitals folgenden Hauptversammlung bestand (Rdn 223, 146). Ohne konkrete Anhaltspunkte für ein

⁶⁵⁶ OLG Frankfurt/M 8.6.2009 – 23 W 3/09, Rdn 30 ff (juris).

⁶⁵⁷ S auch LG Heidelberg 26.6.2001 – 11 O 175/00 KfH, BB 2001, 1809 (mit Anm *Bungert*): Berichtspflicht § 146 Abs 4 S 2 geht analog § 131 Abs 3 Nr 1 nicht weiter als Auskunftsrecht (im Ergebnis bestätigt durch OLG Karlsruhe 28.8.2008 – 7 U 137/01, NZG 2002, 959: MLP).

⁶⁵⁸ LG München I 25.1.2001 – 5 HK O 12702/00, BB 2001, 748, 749: MHM Mode Holding.

⁶⁵⁹ OLG München 11.6.2015 – 23 U 4375/14, BeckRS 2015, 11164, Rdn 18.

⁶⁶⁰ BGH 23.6.1997 – II ZR 132/93, BGHZ 136, 133, 140: Siemens/Nold; BGH 10.10.2005 – II ZR 90/03, Rdn 10: Mangusta II; OLG Frankfurt/M 5.7.2011 – 5 U 104/10, Rdn 72 (juris).

⁶⁶¹ Heidel/Heidel § 131 Rdn 85 „Kapitalerhöhung – Genehmigtes Kapital, Ausnutzung der Ermächtigung“; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 217.

⁶⁶² OLG Frankfurt/M 5.7.2011 – 5 U 104/10, Rdn 94 (juris).

⁶⁶³ Heidel/Heidel § 131 Rdn 85 „Kapitalerhöhung-Genehmigtes Kapital, Ausnutzung der Ermächtigung“; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 217.

⁶⁶⁴ OLG München 24.9.2008 – 7 U 4230/07, Rdn 41 (juris); Heidel/Heidel § 131 Rdn 37, 85 „Kapitalerhöhung, frühere“; MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 30; KK/Kersting § 131 Rdn 153, 240; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 44; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 32.

⁶⁶⁵ OLG Frankfurt/M 15.2.2011 – 5 U 30/10, Rdn 39 (juris).

pflichtwidriges Verhalten der Organe ist eine Überprüfung vergangener Kapitalerhöhungen auf ihre Pflichtgemäßheit zur Beurteilung der Schaffung eines neuen genehmigten Kapitals nicht erforderlich (s auch Rdn 181).⁶⁶⁶ Dementsprechend sind Fragen, die darauf abzielen, ob bei einer im Jahr vor der erneuten Ermächtigung durchgeführten Kapitalerhöhung unter Ausnutzung des damals genehmigten Kapitals „alles mit rechten Dingen“ zugegangen sei, nicht erforderlich.⁶⁶⁷ Dagegen können bei Anhaltspunkten für das Vorliegen einer verdeckten Sacheinlage Fragen zur Mittelverwendung aus einer vorangegangenen Kapitalerhöhung erforderlich sein.⁶⁶⁸

- 225 cc) Bedingte Kapitalerhöhung.** Zur Beurteilung der Beschlussfassung der Hauptversammlung über eine bedingte Kapitalerhöhung zur Unterlegung von **Aktienoptionen für Führungskräfte** können über die gemäß § 193 Abs 2 Nr 4 im Beschluss festzulegenden Eckdaten, die bilanzrechtliche Offenlegungspflicht des § 285 Nr 9 a Satz 4 HGB und den Bericht über das Aktienoptionsprogramm hinausgehend Auskünfte erforderlich sein. Beispielsweise können Auskünfte erforderlich sein zur Aufteilung des Gesamtvolumens eines Aktienoptionsprogramms auf den Vorstand und auf Arbeitnehmer⁶⁶⁹, ferner zur Begründung, warum aus der Sicht der Gesellschaft die erzielte Unternehmenswertsteigerung den negativen Kapitalverwässerungseffekt übersteigt oder zum Grund für einen Verzicht auf ein relatives Erfolgsziel oder zum Grund für die Wahl eines bestimmten Branchenindex als *benchmark*. Auch soweit Angaben zu den voraussichtlichen Auswirkungen eines Aktienoptionsprogramms auf die Gesellschaft bzw auf die vom Bezugsrecht ausgeschlossenen Aktionäre möglich sind, können Auskünfte erforderlich sein. Erforderlich können auch Auskünfte darüber sein, warum statt eines Aktienoptionsprogramms nicht lediglich virtuelle Wertrechte (*phantom stock*) eingeräumt werden sollen, die zu keinem Verwässerungseffekt zu Lasten der Aktionäre führen. Fragen zur Bedienung eines Aktienoptionsprogramms in früheren Jahren sind für die Beurteilung der Beschlussfassung über den Erwerb eigener Aktien nicht erforderlich.⁶⁷⁰

- 226** Hinsichtlich des Gesamtwertes eines Aktienoptionsplans hielt es die Rechtsprechung für ausreichend, wenn der Nominalwert der Option, der Umfang des zu ihrer Bedienung bestimmten bedingten Kapitals und die darauf resultierende Zahl an Aktien mitgeteilt wurde.⁶⁷¹ Seit der Neuregelung des § 285 Nr 9a Satz 4 HGB ist diese Rechtsprechung insofern überholt, als der bei Zuteilung der Aktienoptionen beizulegende Zeitwert publizitätspflichtig ist, und zwar für börsennotierte Gesellschaften individualisiert (Satz 5). Damit wird auch für § 131 der Mindeststandard erhöht (Rdn 29). Die **Angabe des aktuellen Wertes** der auszugebenden Optionen – etwa nach der *Black/Scholes*-Formel – ist dagegen nach wie vor nicht erforderlich.⁶⁷² Dafür lässt sich anführen, dass der Vermö-

666 S auch OLG Frankfurt/M 23.7.2010 – 5 W 91/09, Rdn 58 (juris).

667 OLG Frankfurt/M 23.7.2010 – 5 W 91/09, Rdn 55, 58: Frage nach Provisionszahlungen an namentlich zu nennende Berater unter Angabe der Höhe und des Datums der jeweiligen Überweisung.

668 LG Hannover 30.5.1995 – 26 AktE 5/90, AG 1996, 37: ADV (zur Entlastung); weitergehend MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 217.

669 OLG München 27.2.2002 – 7 U 1906/01, ZIP 2002, 1150, 1151; OLG Stuttgart 12.8.1998 – 20 U 111/97, ZIP 1998, 1482, 1490; Wenger/Daimler Benz; OLG Braunschweig 29.7.1998 – 3 U 75/98, ZIP 1998, 1585, 1590; Wenger/VW; LG Stuttgart 30.10.1997 – 5 KfH O 96/97, AG 1998, 41, 44: Daimler-Benz; LG Heidelberg 24.9.1997 – O 62/96 KfH II, ZIP 1997, 1787, 1791: SAP; Heidel/Heidel § 131 Rdn 85 „Aktienoptionen des Managements“; KK/Kersting § 131 Rdn 241; Mutter S 14.

670 KG 3.5.2010 – 23 U 63/09, Rdn 119 (juris).

671 OLG Stuttgart 12.8.1998 – 20 U 111/97, ZIP 1998, 1482, 1491; OLG Braunschweig 29.7.1998 – 3 U 75/98, ZIP 1998, 1585, 1591.

672 OLG München 27.2.2002 – 7 U 1906/01, ZIP 2002, 1150, 1151; OLG Stuttgart 13.6.2001 – 20 U 75/00, ZIP 2001, 1367, 1371: DaimlerChrysler; OLG Stuttgart 12.8.1998 – 20 U 111/97, ZIP 1998, 1482, 1490, 1491:

gensvorteil für den begünstigten Personenkreis vom aktuellen Börsenkurs zum Ausübungszeitpunkt abhängt und zum Zeitpunkt der Beschlussfassung über das bedingte Kapital hierzu keine Aussagen möglich sind.⁶⁷³ Es bleibt abzuwarten, ob die bilanzrechtlichen Offenlegungspflichten in Anlehnung an anglo-amerikanische Standards zu einer Transparenz auch zum konkreten Zielwert der auszugebenden Optionen ausgebaut werden und dann auch das Auskunftsrecht des § 131 erweitern (Rdn 30).

dd) Kapitalherabsetzung. Bei Beschlüssen über eine Kapitalherabsetzung steht in 227 der Praxis die Beschlussfassung über einen Kapitalschnitt im Vordergrund, bei der das Kapital der Gesellschaft zum Ausgleich von Wertminderungen oder zur Deckung von sonstigen Verlusten gemäß § 229 vereinfacht herabgesetzt und anschließend im Wege der sanierenden Kapitalerhöhung wieder erhöht wird. Zur Beurteilung beider im Zusammenhang stehenden Tagesordnungspunkte sind regelmäßig Auskünfte zu den wesentlichen Eckpunkten eines Sanierungskonzepts erforderlich (Rdn 220). Die Aktionäre müssen zur Beurteilung der Plausibilität eines Sanierungskonzepts in die Lage versetzt werden, da sie mit ihren Mitteln zur Sanierung des Unternehmens beitragen sollen.⁶⁷⁴

i) „Holzmüller“-Beschlüsse. In der Praxis spielten früher Beschlussfassungen 228 über Grundlagen- und Strukturmaßnahmen, die tief in die Mitgliedschaftsrechte der Aktionäre und deren im Anteilseigentum verkörpertes Vermögensinteresse eingreifen und die deshalb im Anschluss an die „Holzmüller“-Entscheidung des BGH⁶⁷⁵ der Hauptversammlung vorgelegt wurden, eine große Rolle. Über den vom BGH entschiedenen Fall einer Ausgliederung des wertvollsten Betriebsteils einer AG auf eine Tochtergesellschaft⁶⁷⁶ hinausgehend wurden in der Praxis aus Gründen äußerster Vorsorge auch die Einbringung von wesentlichen Vermögensgegenständen in ein *Joint Venture* mit Dritten,⁶⁷⁷ der Verkauf wesentlicher Unternehmensbeteiligungen⁶⁷⁸ und – bei gleichzeitiger Satzungsänderung – der Kauf wesentlicher Unternehmensbeteiligungen⁶⁷⁹ der Hauptversammlung zur Zustimmung vorgelegt. Auch bei grenzüberschreitenden Unternehmenszusammenschlüssen wurde im Einzelfall im Zusammenhang mit der Beschlussfassung über eine Strukturmaßnahme auch die Zustimmung der Hauptversammlung zu einem vorhergehenden *Business Combination Agreement* eingeholt oder gefordert (Rdn 191).⁶⁸⁰ Darüber hinaus gehend nahm der BGH zunächst auch die Notwendigkeit

Wenger/Daimler-Benz; OLG Braunschweig 29.7.1998 – 3 U 75/98, ZIP 1998, 1585, 1590, 1591; Wenger/VW; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 231; Mutter S 14; abw LG Bonn 20.2.2001 – 11 O 83/00, Rdn 75 (juris); Knoll ZIP 1998, 413, 414; Knoll/Möller ZBB 1999, 69, 71; Zeidler NZG 1998, 789, 798.

673 OLG München 27.2.2002 – 7 U 1906/01, ZIP 2002, 1150, 1151; LG München I 7.12.2000 – 5 HK O 14099/00, ZIP 2001, 287, 289; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 231.

674 LG Berlin 25.5.2005 – 99 O 110/04, Rdn 20 (juris); KK/Kersting § 131 Rdn 242.

675 BGH 25.2.1982 – II ZR 174/80, BGHZ 83, 122, 131.

676 BGH 25.2.1982 – II ZR 174/80, BGHZ 83, 122, 131; LG Karlsruhe 6.11.1997 – O 43/97 KfH I, AG 1998, 99, 101; Badenwerk.

677 LG München I 3.2.2000 – 5 HK O 16421/99 (nv): SCA Hygiene Products/MoDo.

678 BGH 15.1.2001 – II ZR 124/99, BB 2001, 483; Altana/Milupa; OLG Dresden 23.4.2003 – 18 U 1976/02, Der Konzern 2003, 766; LG Berlin 24.6.1998 – 100 O 62/98 (nv): Verkauf der Unternehmensbereichs Mining durch O&K; LG München I 10.5.1993 – 14 HKO 257/93, AG 1993, 435; Deckel/Wanderer.

679 LG München I 3.5.2001 – 5 HK O 23950/00, ZIP 2001, 1148; Direktanlagebank/Self Trade; Groß AG 1994, 266, 273.

680 Decher FS Lutter, 2000, S 1209, 1222; Zusammenschluss Daimler Benz/Chrysler; s auch OLG

Schleswig 8.12.2005 – 5 U 57/04 und LG Flensburg 7.11.2004 – 6 U 17/03; Vergleichsvereinbarung mobilCom/France Télékom über Beendigung der Zusammenarbeit; LG München I 31.1.2008 – 5 HK O 19782/06: HVB; LG Nürnberg-Fürth 18.12.2008 – 1 HK O 4286/08: WaveLight/Alcon.

einer Beschlussfassung über ein *Delisting* an.⁶⁸¹ Entsprechend hatten Auskunftsbegehren zu diesen (ungeschriebenen) Grundlagen- und Strukturmaßnahmen eine erhebliche praktische Bedeutung.⁶⁸²

- 229** Seitdem der BGH klargestellt hat, dass eine Beschlussfassung nur in engen Ausnahmefällen erforderlich ist⁶⁸³ und weder ein Verkauf wesentlicher Unternehmensbeteiligungen (unterhalb der Schwelle des § 179 a)⁶⁸⁴ noch ein *Delisting* eine Befassung der Hauptversammlung erforderlich machen⁶⁸⁵ (näher *Mülbert* § 119 Rdn 138 ff), gibt es in der Praxis nur noch wenige (freiwillige) „Holzmüller“-Beschlüsse.⁶⁸⁶ Dementsprechend hat auch das Auskunftsrecht insoweit **heute keine wesentliche praktische Bedeutung mehr.**

- 230** Legt der Vorstand der Hauptversammlung freiwillig eine wesentliche unternehmerische Entscheidung zur Beschlussfassung vor, so können aufgrund der damit verbundenen Überantwortung der Entscheidungskompetenz auf die Hauptversammlung (s § 93 Abs 4 Satz 1, § 119 Abs 2) in weiterem Umfang Auskünfte erforderlich sein als bei der Beurteilung der Tätigkeit der Verwaltung im Rahmen der Entlastung (Rdn 173, 181, 185).⁶⁸⁷ Für die Erforderlichkeit von Auskünften ist von Bedeutung, ob der Vorstand über die betreffende Maßnahme bereits einen schriftlichen Bericht erstattet hat (näher *Mülbert* § 119 Rdn 118). Versetzen bereits dieser Bericht und der gemäß § 124 Abs 2 Satz 2 bekannt gemachte wesentliche Inhalt von Verträgen in diesem Zusammenhang die Aktionäre zu einer Plausibilitätskontrolle der Strukturmaßnahme in die Lage, so bedarf er **keiner** Auskünfte, die die Hauptversammlung oder gar den einzelnen Aktionär zu einer **Detailkontrolle** in die Lage versetzen würden (Rdn 28).⁶⁸⁸ Im Einzelfall können Verständnisfragen, ergänzende oder vertiefende Fragen zur Plausibilisierung erforderlich sein. Auch wenn zur Beurteilung einer „Holzmüller“-Maßnahme Auskünfte erforderlich sind, kann sich der Vorstand ggf auf das Vorliegen eines Auskunftsverweigerungsrechts berufen (Rdn 357).

- 231** Beim **Verkauf oder Kauf wesentlicher Unternehmensbeteiligungen** können Auskünfte gemäß § 131 erforderlich sein zum Veräußerungs- bzw Kaufobjekt, dessen wesentlichen Bilanzpositionen, den steuerlichen, bilanziellen und gesellschaftsrechtlichen Auswirkungen des Erwerbs bzw Verkaufs, zu der Finanzierung eines Erwerbs und zu wesentlichen erwarteten Synergieeffekten, soweit nicht bereits ein Vorstandsbericht entsprechende Angaben erhält.⁶⁸⁹ Besondere Bedeutung hat die Auskunft zur **Angemessenheit des Kaufpreises bzw Verkaufspreises**. Insoweit ist Auskunft zu geben über etwa

681 BGH 25.11.2002 25.11.2002 – II ZR 133/01, BGHZ 153, 47: Macrotron.

682 Näher *Voraufl* § 131 Rdn 211–219.

683 BGH 26.4.2004 – II ZR 154/02 und II ZR 155/02, BGHZ 159, 30: Gelatine.

684 BGH 20.11.2006 – II ZR 20/05: Stuttgarter Hofbräu; BVerfG 7.9.2011 – 1 BvR 1460/10 „Strabag“; zu § 179 a s OLG Dresden 23.4.2003 – 18 U 1976/02, Der Konzern 2003, 766.

685 BGH 8.10.2013 – II ZB 26/12, Rdn 3ff (juris): Frosta; vgl auch BVerfG 5.11.2015 – 1 BvR 1667/15, Rdn 13 (juris); BVerfG 11.7.2012 – 1 BvR 3142/07 und 1 BvR 1569/08, Rdn 69 ff (juris).

686 OLG München 22.12.2010 – 7 U 1584/10, BeckRS 2011, 00297 und LG München I 28.1.2008 – 5 HK O 19782/06, ZIP 2008, 555: Verkauf der Bank Austria und osteuropäischer Bankaktivitäten durch HVB an UniCredit.

687 KK/Kersting § 131 Rdn 110; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 30; vgl auch LG München I 10.5.1993 – 14 HKO 257/93, AG 1993, 435.

688 LG München I 29.10.1997, 15 HK O 14613/94 (nv): Viag; LG Frankfurt/M 29.7.1997 – 3-5 O 162/95, ZIP 1997, 1698, 1702: Altana/Milupa; LG Berlin 24.6.1998, 100 O 62/98 (nv): O & K Orenstein & Koppel.

689 OLG Dresden 23.4.2003 – 18 U 1976/02, Der Konzern 2003, 766, 767, 768; LG München I 31.1.2008 – 5 HK O 19782/06, Rdn 343ff (juris): Verkauf der Bank Austria und osteuropäischer Aktivitäten durch HVB an UniCredit; LG Frankfurt/M 29.7.1997 – 3-5 O 162/95, ZIP 1997, 1698, 1702: Altana/Milupa; Groß AG 1996, 111, 117 f; KK/Kersting § 131 Rdn 230; vgl auch LG München I 3.5.2001 – 5 HK O 2395/00, ZIP 2001, 1148, 1150.

angewandte Bewertungsverfahren oder sonstige Anhaltspunkte, aus denen sich die Angemessenheit des Preises ergibt. Erforderlich sein können Fragen zur Einbeziehung bestimmter Beteiligungsgesellschaften in die Bewertung und zur Ertragsdynamik der zu bewertenden Gesellschaft⁶⁹⁰, Fragen nach den wesentlichen Kennziffern von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung des zu erwerbenden Unternehmens⁶⁹¹, zu den wesentlichen Faktoren einer Abdiskontierung geplanter Ertragserwartungen⁶⁹² sowie generell zu den wesentlichen Vermögensverhältnissen der zu erwerbenden Gesellschaft oder zu einem Paketzuschlag bzw einer Kontrollprämie.⁶⁹³ Erforderlich sind Fragen, die eine Plausibilitätskontrolle ermöglichen; dagegen müssen weder der Aktionär noch die Hauptversammlung in die Lage versetzt werden, selbst eine eigene Bewertung der zu erwerbenden oder zu veräußernden Unternehmensbeteiligung vorzunehmen (Rdn 230).⁶⁹⁴ Dementsprechend sind nicht erforderlich Fragen zu von der Gesellschaft im Rahmen der Wertermittlung nicht berücksichtigten Alternativszenarien,⁶⁹⁵ zu einer Bewertung aller Gesellschaften des Konzerns der Gesellschaft und des Vertragspartners oder sonstige Einzelangaben zu allen Beteiligungsgesellschaften.⁶⁹⁶

Bei einem **grenzüberschreitenden Unternehmenszusammenschluss** ist der wesentliche Inhalt eine *Business Combination Agreement* gemäß § 124 Abs 2 Satz 3 den Aktionären mitzuteilen und ergänzend dazu Auskunft erforderlich, wenn der Vertrag der Hauptversammlung zur Zustimmung vorgelegt wird oder in untrennbarem Zusammenhang zu einer anderen, der Hauptversammlung zur Zustimmung vorgelegten Strukturmaßnahme steht (Verschmelzung, Sachkapitalerhöhung, Beherrschungsvertrag).⁶⁹⁷

Bei einer Ausgliederung von wesentlichen Beteiligungen in ein Gemeinschaftsunternehmen (**Joint Venture**) können Fragen erforderlich sein zu den Verkehrswerten der in das Gemeinschaftsunternehmen eingebrachten Vermögensgegenstände, wenn sie für die Bemessung der Beteiligungsverhältnisse von Bedeutung sind und deshalb ermittelt wurden.⁶⁹⁸

Bei einer Beschlussfassung über ein **Delisting** kann die Frage zur Absicht einer Notierung im Freiverkehr erforderlich sein, ebenso die Frage, ob eine Absicht des Großaktionärs zu einem Squeeze-out bekannt ist, oder die Frage nach der beabsichtigten Verwendung eigener Aktien angesichts der nach dem Delisting fehlenden Veräußerungsmöglichkeit über die Börse.⁶⁹⁹ Dagegen ist die Frage nicht erforderlich, ob die Gesellschaft bei einer späteren, noch nicht konkret geplanten Notierung im Freiverkehr

⁶⁹⁰ LG München I 29.10.1997 – 15 HK O 14613/94 (nv): Viag.

⁶⁹¹ LG München I 10.5.1993 – 14 HKO 257/93, AG 1993, 435: Deckel/Wanderer; Hüffer/Koch § 131 Rdn 38.

⁶⁹² LG München I 31.1.2008 – 5 HK O 19782/06, ZIP 2008, 555, 557: HVB HV 2006.

⁶⁹³ LG München I 29.10.1997 – 15 HK O 14613/94 (nv): Viag.

⁶⁹⁴ LG München I 29.10.1997, 15 HKO 14613/94 (nv): Viag; LG Berlin 24.6.1998, 100 O 62/98 (nv): O&K; vgl auch (zur Verschmelzung) LG Essen 3.2.1999 AG 1999, 329, 332: Thyssen/Krupp (näher Rdn 249, 252).

⁶⁹⁵ OLG München 22.2.2010 – 7 U 1584/10, BeckRS 2011, 00297: HVB HV 2008; LG München I 29.10.1997 – 15 HK O 14613/94 (nv): Viag; abw LG München I 31.1.2008 – 5 HK O 19782/06, ZIP 2008, 555, 557; KK/Kersting § 131 Rdn 164; Ziemons/Binnewies Rz I 10.672.

⁶⁹⁶ LG München I 29.10.1997 – 15 HK O 14613/94 (nv): Viag.

⁶⁹⁷ OLG Schleswig 8.12.2005 – 5 U 57/04, WM 2006, 231, 235 und LG Flensburg 7.4.2004 – 6 O 17/03, NZG 2004, 677, 680: MC Settlement Agreement zugrunde liegendes Cooperation Framework Agreement mobilCom/France Télécom; LG München I 31.1.2008 – 5 HK O 19782/06, Rdn 336 (juris): Business Combination Agreement im Zusammenhang mit Veräußerung Bank Austria und osteuropäischer Bankaktivitäten durch HVB an UniCredit; LG Nürnberg-Fürth 18.12.2008 – 1 HK O 4286/08, AG 2010, 179: Business Combination Agreement WaveLight/Alcon im Zusammenhang mit Abschluss eines BGAV (zum fehlenden Sachzusammenhang Decher FS Hüffer, 2009, S 145, 154); ferner OLG München 11.6.2015 – 23 U 4375/14, BeckRS 2015, 11164, Rdn 18: Investorenvereinbarung vor Schaffung genehmigten Kapitals.

⁶⁹⁸ LG München I 3.2.2000 – 5 HK O 16421/99 (nv): SCA Hygiene Products.

⁶⁹⁹ OLG Stuttgart 15.10.2008 – 20 U 19/07, Rdn 139, 141, 143 (juris).

bereit sei, den Aktionären den Emissionsprospekt zu übermitteln.⁷⁰⁰ Fragen zur Ermittlung eines Angebots auf Barabfindung sind nach der Neuregelung des Delisting in § 39 Abs 2–6 BörsG auch bei einer freiwilligen Beschlussfassung (Rdn 228) regelmäßig nur noch zur Plausibilisierung der Aussagekraft des Börsenkurses erforderlich.⁷⁰¹

j) Unternehmensverträge, *Squeeze out*

- 235 **aa) Grundsätze.** Bei der Beschlussfassung über einen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit einer anderen (regelmäßig herrschenden) Gesellschaft sowie bei dem Ausschluss der außenstehenden Aktionäre aus der Gesellschaft (*Squeeze out*) stehen für die außenstehenden Aktionäre die Unternehmensbewertung ihres Unternehmens, die die Grundlage einer Barabfindung (§ 305, § 327b) und (beim Unternehmensvertrag) für eine Garantiedividende (§ 304) bildet, sowie (beim Unternehmensvertrag) die Bonität des zur Zahlung verpflichteten herrschenden Unternehmens im Vordergrund. Die entsprechende Plausibilitätskontrolle soll den außenstehenden Aktionären der Bericht über die Maßnahme (§ 293a, § 327c Abs 2), der (meist gesonderte) Bericht über die Unternehmensbewertung durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft als Erstbewerter sowie der Prüfungsbericht (§§ 293a, e; § 327c Abs 2 Satz 2) ermöglichen.⁷⁰²
- 236 Für die Beurteilung der Erforderlichkeit weiterer Auskünfte in der Hauptversammlung gemäß § 131 ist das durch diese Berichte im Vorfeld der Hauptversammlung geschaffene Informationsniveau zu berücksichtigen (Rdn 28, 142). Das Auskunftsrecht dient nicht dazu, aufbauend auf den Bericht dem Aktionär eine Detailkontrolle zu ermöglichen, indem er die Angaben im Bericht lediglich als Ausgangspunkt für weitergehende Fragen nimmt (s auch Rdn 219).⁷⁰³ Der Schutz der außenstehenden Aktionäre wird durch die Prüfung des gerichtlich bestellten Prüfers sowie im Spruchverfahren gewährleistet. Das Auskunftsrecht dient insoweit schon angesichts der geringen Anforderungen an die Darlegung von Bewertungsrügen nicht dazu, die Aktionäre zur Antragstellung im Spruchverfahren in die Lage zu versetzen.⁷⁰⁴ Möglich bleiben aber Fragen zur Plausibilisierung der im Vorfeld der Hauptversammlung erlangten Informationen sowie Verständnisfragen.
- 237 In der **Hauptversammlungspraxis** hat das Auskunftsrecht zur Hinterfragung der Unternehmensbewertung im Zusammenhang mit Unternehmensverträgen und *Squeeze out* **große Bedeutung**: Nicht selten konzentrieren sich die Fragen auch bei einer ordentlichen Hauptversammlung auf die Angemessenheit von Barabfindung und ggf Garantiedividende, die nicht selten mit hunderten von Fragen beleuchtet werden. Die Fragen zielen dabei darauf ab, Argumente für die Vorbereitung und Durchführung eines Spruchverfahrens zur Überprüfung der Angemessenheit der Unternehmensbewertung zu gewinnen. Dagegen haben Auskunftsrügen in der **Gerichtspraxis** erheblich an **Bedeutung verloren**. Gemäß § 243 Abs 4 Satz 2 sind seit dem UMAG bewertungsbezogene Informationspflichtverletzungen in das Spruchverfahren verwiesen (Rdn 521). Zudem kann

700 Vgl auch OLG Stuttgart 15.10.2008 – 20 U 19/07, Rdn 132, 138 (juris).

701 LG München I 28.5.2010 – 5 HK O 14307/07, Rdn 39 ff (juris) ist insoweit überholt.

702 Zum Unternehmensvertrag KG 9.6.2008 – 2 W 101/07, 3K294774, Absch III.6.1 (cas.jurion.de); zum *Squeeze out* BGH 18.9.2006 – II ZR 225/04, ZIP 2006, 2080, 2083, Rdn 17; OLG Düsseldorf 29.12.2009 – I-6 U 69/08, Rdn 103 (juris); OLG Düsseldorf 10.9.2008 – I-6 W 30/08, ZIP 2009, 170, 174; OLG Stuttgart 3.12.2008 – 20 W 12/08, AG 2009, 204, Rdn 124; OLG München 30.4.2008 – 7 U 3326/07, Rdn 21 (juris).

703 Vgl auch OLG Düsseldorf 29.12.2009 – I-6 U 69/08, Rdn 103 (juris); OLG Düsseldorf 10.9.2008 – I-6 W 30/08, ZIP 2009, 170, 174; OLG München 8.8.1997 – 23 U 1974/97, WM 1997, 1939, 1943: Beherrschungsvertrag SSL/Rieter.

704 Decher FS Hoffmann-Becking, S 299, 302.

die Rüge sonstiger Auskunftspflichtverletzungen bei Klagen gegen Unternehmensverträge und einen Squeeze out seit dem ARUG im Freigabeverfahren überwunden werden, weil sie keine besonders schwere Beeinträchtigung des Aktionärs darstellt (Rdn 534).

bb) Unternehmensverträge. Bei einem **Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag** hat der Vorstand über die im Vorfeld der Hauptversammlung bestehenden Informationspflichten hinausgehend (Rdn 235) den Unternehmensvertrag zu Beginn der Hauptversammlung mündlich zu erläutern, § 293g Abs 2. Für die Beurteilung der Erforderlichkeit weiterer Auskünfte gemäß § 131 sind auch die insoweit in der Hauptversammlung bereits mündlich durch die Gesellschaft gegebenen Informationen zu berücksichtigen. Darüber hinaus ist jedem Aktionäre auf Verlangen Auskunft auch über alle für den Vertragsschluß wesentlichen Angelegenheiten des anderen Vertragsteils zu geben, **§ 293g Abs 3.** Diese Regelung präzisiert lediglich das allgemeine Auskunftsrecht der Aktionäre gemäß § 131 (Rdn 25, 110). Die Rechtsprechung berücksichtigt dieses spezielle Auskunftsrecht häufig kumulativ neben § 131, im Einzelfall aber auch isoliert, wobei sich die Anforderungen im Ergebnis auch hinsichtlich der erforderlichen Maßgeblichkeitschwelle decken.⁷⁰⁵

Fragen zur Ermittlung eines angemessenen Barabfindungsangebots und einer angemessenen Garantiedividende und damit zur zugrunde liegenden **Bewertung** der eigenen Gesellschaft können erforderlich sein etwa betreffend die Grundlagen der Planung einschließlich der Planzahlen wesentlicher Einzelgesellschaften, sofern solche Einzelplanungen vorhanden sind,⁷⁰⁶ ferner Plausibilitätsfragen zur Finanzierung der geplanten Investitionen⁷⁰⁷ oder Auskünfte über die Vergleichbarkeit der in der *peer group* zur Ermittlung des Beta-Faktors aufgenommenen Unternehmen.⁷⁰⁸ Zur Plausibilisierung der Planzahlen können auch Auskünfte zu den Ist-Zahlen erforderlich sein.⁷⁰⁹ Erforderlich sein kann auch die Mitteilung von Ergebnissen von wesentlichen Beteiligungsgesellschaften, sofern diese nicht bereits gemäß § 285 Nr 11 HGB offengelegt wurden.⁷¹⁰ Erforderlich sein können Auskünfte zu Steuerrücklagen in der Bilanz, soweit diese vom Steueraufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung abweichen.⁷¹¹ Zur Beeinflussung des Ist-Ergebnisses der Gesellschaft oder der Planung durch eine Konzernumlage können ebenfalls Auskünfte erforderlich sein.⁷¹²

Auskünfte zu einem dem Abschluss des Unternehmensvertrages vorangegangenen **Erwerb** der qualifizierten Aktienmehrheit **durch das herrschende Unternehmen** sind in der Regel nicht erforderlich, sofern nicht konkrete Zweifel an der Wirksamkeit des Erwerbs bestehen; dies gilt für die Frage nach den Erwerbszeitpunkten, den Erwerbspreisen und nach der Identität des Veräußerers.⁷¹³ Die Auskunft zum Buchwert der vom herrschenden Unternehmen gehaltenen Aktien wurde dagegen für erforderlich gehalten

⁷⁰⁵ BGH 21.7.2003 – II ZR 109/02, BGHZ 156, 38: Deutsche Hypothekenbank.

⁷⁰⁶ Weitergehend LG München I 28.5.2010 – 5 HK O 14307/07, Rdn 36 ff, 43 (juris): Umsätze und Jahresergebnisse verschiedener Gesellschaften aus der Nutzung des Kundenstamms der Gesellschaft.

⁷⁰⁷ LG München I 28.5.2010 – 5 HK O 14307/07, Rdn 44 (juris).

⁷⁰⁸ Sehr weitgehend LG München I 28.5.2010 – 5 HK O 14307/07, Rdn 45 ff (juris): Auskunft auch über unternehmenseigenen Beta, der Bewertung nicht zugrunde lag (zw.).

⁷⁰⁹ OLG Frankfurt/M 16.2.2009 – 5 W 38/08, Rdn 32 (juris).

⁷¹⁰ LG Frankfurt/M 15.2.1989 – 3-8 O 134/88, ZIP 1989, 1062, 1063: Nestlé; KK/Kersting § 131 Rdn 232.

⁷¹¹ BGH 19.6.1995 – II ZR 58/94, ZIP 1995, 1256, 1257; BGH 5.4.1993 – II ZR 238/91, BGHZ 122, 211, 238.

⁷¹² OLG Karlsruhe 29.6.1989 – 11 W 57/89, AG 1990, 82; vgl auch BGH 15.6.1992 – II ZR 18/91, BGHZ 119, 1, 13: Asia/BBC.

⁷¹³ BGH 19.6.1995 – II ZR 58/94, ZIP 1995, 1256, 1258; BGH 5.4.1993 – II ZR 238/91, BGHZ 122, 211, 237: SSI/Rieter; OLG Stuttgart 2.12.2014 – 20 AktG 1/14, Rdn 152 ff (juris): Celerio.

(s aber Rdn 523).⁷¹⁴ Auskünfte zu Stimmrechtsmitteilungen des herrschenden Unternehmens nach §§ 21, 22 WpHG im Anschluss an den Mehrheitserwerb, die von der Gesellschaft veröffentlicht wurden, können zur Plausibilisierung der Stimmberechtigung des herrschenden Unternehmens erforderlich sein.⁷¹⁵

241 Fragen können auch zur **Bonität des herrschenden Unternehmens** erforderlich sein, weil diese zur Zahlung der Barabfindung und der Garantiedividende verpflichtet ist.⁷¹⁶ Dementsprechend können Fragen zur Ertragslage und zur Ertragsentwicklung des anderen Vertragsteils erforderlich sein (vgl auch § 293 f Abs 1 Nr 2).⁷¹⁷ Fragen können auch zur Liquidität des anderen Vertragsteils erforderlich sein, ferner zu den Kapitalverhältnissen des anderen Vertragsteils.⁷¹⁸ Zu Beteiligungen des anderen Vertragsteils an anderen Gesellschaften können Auskünfte erforderlich sein, wenn sich diese auf dessen Vermögenssituation ausgewirkt haben können.⁷¹⁹

242 Im Einzelfall können auch Fragen zur **Muttergesellschaft des anderen Vertragsteils** erforderlich sein, insbesondere wenn diese aufgrund einer Patronatserklärung für die Erfüllung der Verbindlichkeiten des anderen Vertragsteils einsteht. Informationen über einen nicht aufgestellten Einzelabschluss der Muttergesellschaft sind aber nicht erforderlich, wenn das Informationsbedürfnis der Aktionäre über die wesentliche wirtschaftliche Lage der Muttergesellschaft durch Informationen über den Konzernabschluss befriedigt wird.⁷²⁰ In Abwesenheit einer Einstandspflicht der Muttergesellschaft des anderen Vertragsteils sind Auskünfte zu Einzelpositionen in der Bilanz der ausländischen Muttergesellschaft nicht erforderlich.⁷²¹ Ebensowenig sind Auskünfte zu der Ertragssituation von maßgeblichen Gesellschaftern des anderen Vertragsteils erforderlich, sofern sie nicht für die Bonität des anderen Vertragsteils von Bedeutung sind.⁷²² Bei einer **stillen Beteiligung** (Teilgewinnabführungsvertrag, § 292) an einer Gesellschaft sind Fragen nach den geschäftlichen Beziehungen der Großaktionärin zu den stillen Gesellschaftern nicht erforderlich, soweit sie für die Beurteilung des Vertrages und seiner Konditionen nicht wesentlich sind.⁷²³

243 cc) Squeeze out. Bei der Beschlussfassung über einen *Squeeze out* wird der Bericht – anders als zum Unternehmensvertrag – allein durch den Hauptaktionär erstellt, der auch den Erstgutachter für die Unternehmensbewertung beauftragt und die gerichtliche Bestellung des Prüfers beantragt. Dennoch besteht kein Anspruch der Aktionäre auf Auskunftsteilung durch den Hauptaktionär, und zwar auch dann nicht, wenn er gemäß § 327 d Satz 2 die Gelegenheit wahrnimmt, den Übertragungsbeschluss und die Bemessung der Barabfindung mündlich zu erläutern (was in der Praxis ohnehin selten der Fall

714 BGH 19.6.1995 – II ZR 58/94, ZIP 1995, 1256, 1258; BGH 5.4.1993 – II ZR 238/91, BGHZ 122, 211, 237; SSI/Rieter; OLG Koblenz 26.4.2001 – 6 U 746/95, BeckRS 2001, 10422; OLG Koblenz 23.11.2000 – 6 U 1434/95, BeckRS 2000, 30145429.

715 OLG Frankfurt/M 16.2.2009 – 5 W 38/08, Rdn 31 (juris).

716 OLG Koblenz 26.4.2001 – 6 U 746/95, BeckRS 2001, 10422.

717 BGH 19.6.1995 – II ZR 58/94, ZIP 1995, 1256, 1258; BGH 5.4.1993 – II ZR 238/91, BGHZ 122, 211, 238; SSI/Rieter; BGH 15.6.1992 – II ZR 18/91, BGHZ 119, 1, 15; Asia/BBC; OLG Koblenz 26.4.2001 – 6 U 746/95, BeckRS 2001, 10422; BayObLG 25.6.1975 – 2 Z 15/75, AG 1975, 325, 327; BayObLG 8.5.1974 – 2 Z 73/73, AG 1974, 224; KK/Kersting § 131 Rdn 232.

718 BGH 15.6.1992 – II ZR 18/91, BGHZ 119, 1, 15; Asia/BBC; KK/Kersting § 131 Rdn 232.

719 BGH 5.4.1993 – II ZR 238/91, BGHZ 122, 211, 238.

720 KG 9.6.2008 – 2 W 101/07, Rdn 82 (juris).

721 LG Wuppertal 9.2.1999 – 11 O 91/98 (nv): Eingliederung Akzo Nobel Faser/Akzo Nobel Faser Holding.

722 BGH 5.4.1993 – II ZR 238/91, BGHZ 122, 211, 237; KK/Kersting § 131 Rdn 232.

723 BGH 21.7.2003 – II ZR 109/02, BGHZ 156, 38.

ist).⁷²⁴ Daraus folgt jedoch nicht, dass Fragen zum Bericht und zum Bewertungsgutachten schon keine **Angelegenheit der Gesellschaft** darstellen und deshalb nicht beantwortet werden müssen (Rdn 82, 101). Vielmehr können Fragen zur Plausibilisierung des Berichts und der Angemessenheit der Barabfindung auch eine Angelegenheit der Gesellschaft betreffen, weil die Unternehmensbewertung auf deren Planungen beruht und mit ihr abgestimmt wird. Fragen zum Prüfungsbericht des gerichtlich bestellten Prüfers sollen keine Angelegenheit der Gesellschaft sein.⁷²⁵ In der Praxis werden allerdings in weitem Umfang Fragen zur Unternehmensbewertung gestellt und beantwortet, wobei die Gesellschaft auch durch Vertreter des Hauptaktionärs, des Erstbewerters und des gerichtlich bestellten Prüfers unterstützt wird.

Fragen zur **Bonität** des Hauptaktionärs sind ungeachtet der Frage, ob es sich um eine Angelegenheit der Gesellschaft handelt (Rdn 103), angesichts der gemäß § 327a Abs 3 zu stellenden Bankgarantie nicht erforderlich.⁷²⁶ Deshalb sind auch keine Angaben zum letzten Jahresabschluss des Hauptaktionärs erforderlich (Rdn 103).⁷²⁷ Die Frage nach der Kapitalausstattung oder Solvenz des gewährleistenden Kreditinstituts betrifft keine Angelegenheit der Gesellschaft, sofern nicht konkrete Anhaltspunkte für eine Gefährdung der Zahlung der Barabfindung bestehen. Fragen nach den **Motiven** des Hauptaktionärs oder seinen Plänen nach dem *Squeeze out* sind ungeachtet der Frage, ob es sich um eine Angelegenheit der Gesellschaft handelt (Rdn 103), nicht zur Beurteilung der Beschlussfassung erforderlich⁷²⁸ (s auch Rdn 246). Im Einzelfall kann die Frage, ob unmittelbar im Anschluss an die Wirksamkeit des *Squeeze out* ein Börsengang oder ein Verkauf der dann bestehenden alleinigen Beteiligung durch den Hauptaktionär geplant ist, zur Beurteilung über die Sinnhaftigkeit der Maßnahme erforderlich sein. Allerdings muss die Gesellschaft hierzu nur das sagen, was ihr selbst bekannt ist. Fragen zu konkreten Details von Verkaufsgesprächen oder einem angestrebten Verkaufserlös oder zu Konditionen eines Börsengangs sind jedoch für die Beschlussfassung nicht erforderlich.

Fragen können erforderlich sein, ob die **Tatbestandsvoraussetzungen** für einen ²⁴⁵ *Squeeze out* vorliegen.⁷²⁹ Es können Fragen dazu erforderlich sein, ob der Hauptaktionär seinen Mitteilungspflichten gemäß §§ 21, 22 WpHG nachgekommen ist und aus seiner Beteiligung von 95% Mitgliedschaftsrechte ableiten kann, die ihn zur Durchführung des Übertragungsverfahrens legitimieren (Rdn 240).⁷³⁰ Eine Angelegenheit der Gesellschaft ist allerdings nur insoweit betroffen, als ihr Stimmrechtsmitteilungen des Hauptaktionärs sowie die Aktionärsstruktur des Hauptaktionärs mitgeteilt wurden und sie diese Informationen im Rahmen der Durchführung des *Squeeze out*-Verfahren berücksichtigt hat.⁷³¹ Stammt die Beteiligung des Hauptaktionärs aus einer Wertpapierleihe, so können hierzu Fragen erforderlich sein.⁷³² Ebenso können bei Verpfändung von Aktien durch den Hauptaktionär Fragen dazu erforderlich sein, ob davon das Stimmrecht betroffen ist.⁷³³

⁷²⁴ Fehling/Arens, AG 2010, 735, 740.

⁷²⁵ OLG Hamburg 11.4.2003 – 11 U 215/02, NZG 2003, 539, 544.

⁷²⁶ LG Krefeld 20.8.2008 – 11 O 14/08, Rdn 65 (juris).

⁷²⁷ OLG Düsseldorf 19.12.2008 – 17 U 63/08, AG 2009, 535, 538; LG Bonn 9.3.2004 – 11 O 35/03, Rdn 34, 38 (juris).

⁷²⁸ OLG München 28.9.2011 – 7 U 711/11, Rdn 98 (juris); HRE; Hüffer/Koch § 327d Rdn 4.

⁷²⁹ OLG München 28.9.2011 – 7 U 711/11, Rdn 98 (juris); HRE; OLG Düsseldorf 29.12.2009 – I-6 U 69/08, Rdn 128 (juris); OLG Hamburg 11.4.2003 – 11 U 215/02, NZG 2003, 539, 543.

⁷³⁰ OLG Düsseldorf 29.12.2009 – I-6 U 69/08, Rdn 128; LG Frankfurt/M 29.1.2008 – 3-5 O 275/07, Rdn 73 (juris); Eurohypo.

⁷³¹ LG Düsseldorf 25.4.2008 – 39 O 144/07, Rdn 84 (juris).

⁷³² LG München I 28.8.2008 – 5 HK O 2522/08, Rdn 104 (juris).

⁷³³ LG München I 28.8.2008 – 5 HK O 2522/08, Rdn 104 (juris).

Fragen nach dem Buchwert der vom Hauptaktionär gehaltenen Beteiligung betreffen ebenso wenig eine Angelegenheit der Gesellschaft wie Fragen nach den Erwerbspreisen des Hauptaktionärs (Rdn 101); derartige Fragen sind auch für die angemessene Barabfindung irrelevant und damit nicht erforderlich (Rdn 240).

- 246** Auch wenn Fragen zur **Unternehmensbewertung** gemäß § 243 Abs 4 Satz 2 nicht (mehr) anfechtungsrelevant sind (Rdn 521) und deshalb von den Gerichten ohne Prüfung ins Spruchverfahren verwiesen werden, stehen sie nach wie vor in der Hauptversammlungspraxis im Mittelpunkt des Interesses der Aktionäre. Solche Fragen können in begrenztem Umfang auch in Ergänzung eines ausreichenden Berichts zur Plausibilisierung erforderlich sein (Rdn 239).⁷³⁴ Detailfragen nach Planungen für die einzelnen Produktgruppen im In- und Ausland⁷³⁵ sind ebenso wenig erforderlich wie Einzelangaben zu die Erstellung des Bewertungsgutachtens unterstützenden Studien.⁷³⁶ Erforderlich sein können Fragen zur Plausibilisierung der Abzinsung der geplanten Ertragströme auf den Bewertungstichtag einschließlich Fragen zur Erläuterung eines verwendeten Beta-Faktors bzw der angewendeten Marktrisikoprämie.⁷³⁷ Fragen zu tatsächlich nicht durchgeführten Alternativberechnungen sind insoweit jedoch nicht erforderlich (Rdn 135, 231).⁷³⁸ Erforderlich sein können ferner Auskünfte zu bewertungsrelevanten, unechten Synergieeffekten.⁷³⁹ Auskünfte zu einer Restrukturierung nach Wirkserwerben des Squeeze out und ihren Effekten für das Unternehmen sind dagegen als echte Synergieeffekte nicht erforderlich (s auch Rdn 244).⁷⁴⁰ Hinsichtlich der im Rahmen der Unternehmensbewertung an den Hauptaktionär weitergegebenen vielfältigen Informationen besteht kein Auskunftsrecht gemäß § 131 Abs 4 (Rdn 477).
- 247** Zur Plausibilisierung der Unternehmensbewertung können auch Auskünfte zu den Ist-Ergebnissen der Gesellschaft und zu den gemäß § 327d Abs 3 auszulegenden **letzten** drei **Jahresabschlüssen** erforderlich sein.⁷⁴¹ So wurden Auskünfte zur Entwicklung des Anlagevermögens und zur Gewinn- und Verlustrechnung ebenso erforderlich gehalten⁷⁴² wie die Frage nach den Verkehrswerten der Immobilien (zu letzteren s aber Rdn 252).⁷⁴³ Ist der letzte Jahresabschluss noch nicht veröffentlicht und deshalb nicht gemäß § 327d Abs 3 ausgelegt, können sich Fragen auf bestimmte Positionen des Jahresabschlusses beziehen, sofern sie bereits bekannt sind und der Offenlegung kein Auskunftsverweigerungsrecht gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 1 entgegensteht; das gilt auch für die vorläufigen Zahlen des laufenden Geschäftsjahrs.⁷⁴⁴ Im Einzelfall können auch Fragen für die Gründer für einen spürbaren Umsatzrückgang erforderlich sein.⁷⁴⁵

734 OLG Saarbrücken 11.2.2005 – 1 W 293/04-47, AG 2005, 366: Kaufhalle; OLG Hamburg 11.4.2003 – 11 U 215/02, NZG 2003, 539, 543: Philips; sehr weitgehend LG Frankfurt/M 27.8.2003 – 3-13 O 205/02, NZG 2003, 1027, 1028; LG Frankfurt/M 28.5.2003 – 3-13 O 22/03, NZG 2003, 731, 732.

735 S Sachverhalt LG Düsseldorf 25.4.2008 – 39 O 144/07, Rdn 85 (juris).

736 Vgl auch OLG Düsseldorf 29.12.2009 – I-6 U 69/08, Rdn 120; OLG Düsseldorf 10.9.2008 – I-6 W 30/08, ZIP 2009, 170, 175; **abw** LG Frankfurt/M 27.8.2003 – 3-13 O 205/02, NZG 2003, 1027, 1028.

737 S Sachverhalt LG Düsseldorf 25.4.2008 – 39 O 144/07, Rdn 85; LG München I 24.4.2008 – 5 HK O 23244/07, Rdn 354.

738 OLG München 22.12.2010 – 7 U 1584/10, Rdn 99 (juris); HVB; LG Berlin 12.6.2003 – 93 O 84/03, Der Konzern 2003, 483, 488; **abw** LG München I 31.1.2008 – 5 HK O 19782/06, Rdn 346, 348; LG Frankfurt/M 27.8.2003 – 3-13 O 205/02, NZG 2003, 1027, 1028.

739 LG München I 24.4.2008 – 5 HK O 23244/07, Rdn 357 (juris).

740 OLG München 28.9.2011 – 7 U 711/11, Rdn 98, 99 (juris); HRE; Hüffer/Koch § 327d Rdn 4.

741 OLG Saarbrücken 11.2.2005 – 1 W 293/04-47, AG 2005, 366: Kaufhalle; OLG Hamburg 11.4.2003 – 11 U 215/02, NZG 2003, 539, 543: Philips.

742 OLG Hamburg 11.4.2003 – 11 U 215/02, NZG 2003, 539, 543.

743 OLG Saarbrücken 11.2.2005 – 1 W 293/04-47, AG 2005, 366: Kaufhalle.

744 S Sachverhalt LG München I 28.8.2008 – 5 HK O 2522/08, Rdn 106, 108 (juris).

745 S Sachverhalt LG München I 28.8.2008 – 5 HK O 2522/08, Rdn 109 (juris).

Im Einzelfall können Fragen dazu erforderlich sein, ob mögliche **Schadenersatzansprüche** des Unternehmens unternehmenswerterhöhend berücksichtigt worden sind. Wird dies nachvollziehbar verneint, sind Fragen nach Einzelheiten nur bei konkreten Anhaltspunkten für ein pflichtwidriges Verhalten des herrschenden Unternehmens erforderlich (s auch Rdn 181).⁷⁴⁶ Das gilt etwa für die Frage nach Umfang und konkretem Inhalt von Weisungen des herrschenden Unternehmens an den Vorstand im Rahmen einer bestehenden Beherrschungsvertrages. Die Frage nach der Vergütung des Vorstands unter Ausrichtung der variablen Vergütungsbestandteile am Unternehmenserfolg des Hauptaktionärs kann allenfalls dann erforderlich sein, wenn sich hieraus Anhaltspunkte für eine Interesse des Vorstands an einer Unterbewertung der eigenen Gesellschaft ergeben.⁷⁴⁷ Fragen zu den Stundensätzen der vom Hauptaktionär mit der Unternehmensbewertung beauftragten Wirtschaftsprüfer betreffen keine Angelegenheit der Gesellschaft (Rdn 101, 103), sind aber auch nicht erforderlich.⁷⁴⁸ Ebenso wenig erforderlich sind über das Ergebnis hinausgehende Fragen zu einem von der Gesellschaft eingeholten Rechts-gutachten sowie zur Haftpflichtversicherung der Rechtsanwälte.⁷⁴⁹

k) Umwandlungen

aa) Grundsätze. Bei der Beschlussfassung über eine Umwandlung (Verschmelzung, Spaltung, Formwechsel) steht – stärker als bei einem Unternehmensvertrag und anders als bei einem *Squeeze out* – das Interesse der Aktionäre an der wirtschaftlichen Begründung der Maßnahme, ihren Auswirkungen auf die Aktionäre und auf das Unternehmen im Vordergrund, weil die Aktionäre Gesellschafter bleiben und auch nicht auf die Rolle eines Rentnergesellschafters wie beim Unternehmensvertrag verwiesen sind. Daneben steht bei der Verschmelzung die Plausibilität des Umtauschverhältnisses unter Berücksichtigung der Bewertungsmethodik und der Bewertung der beiden Unternehmen im Fokus. Bei der Spaltung spielt der Bewertungsaspekt dagegen keine bzw nur eine geringe Rolle. In allen Fällen wird ein ausführlicher schriftlicher **Bericht** durch den Vorstand bzw die Vorstände der beiden Unternehmen erstattet, der den Aktionären eine Plausibilitätskontrolle ermöglichen soll; dagegen ist es nicht Aufgabe des Berichts, den Aktionären die Nachvollziehbarkeit der Umwandlungsmaßnahme bis in alle Einzelheiten zu ermöglichen.⁷⁵⁰

Für die Beurteilung der Erforderlichkeit weiterer Auskünfte in der Hauptversammlung ist das Informationsniveau der Aktionäre im Vorfeld der Hauptversammlung zu berücksichtigen (Rdn 28, 142). Zusätzliche Auskünfte sind nur begrenzt erforderlich, so weit sie einer **Plausibilisierung** des Berichts sowie Verständnisfragen dienen (s auch Rdn 219, 236). Auch das Auskunftsrecht der Aktionäre dient **nicht** einer **Detailkontrolle** der Umwandlungsmaßnahme oder der Unternehmensbewertung; damit wäre die Hauptversammlung und erst recht der einzelne Aktionär überfordert.⁷⁵¹ Eine Kontrolle der An-

⁷⁴⁶ S Sachverhalt OLG München 28.9.2011 – 7 U 711/11 (juris), Rdn 99; HRE; LG München I 24.4.2008 – 5 HK O 23244/07, Rdn 356 (juris); HVB; LG Frankfurt/M 30.1.2006 – 3–5 O 275/07, Rdn 72 (juris); Eurohypo.

⁷⁴⁷ S Sachverhalt LG München I 24.4.2008 – 5 HK O 23244/07, Rdn 375 (juris).

⁷⁴⁸ S Sachverhalt LG München I 24.4.2008 – 5 HK O 23244/07, Rdn 366 (juris); HVB.

⁷⁴⁹ S Sachverhalt LG München I 24.4.2008 – 5 HK O 23244/07, Rdn 379, 381 (juris).

⁷⁵⁰ S zur Verschmelzung BGH 22.5.1989 – II ZR 206/88; BGHZ 107, 296, 302; Kochs Adler; BGH 18.12.1989 – II ZR 254/88; ZIP 1990, 168, 169; DAT/Altana II; BGH 29.10.1990 – II ZR 146/89; ZIP 1990, 1560, 1562; SEN; OLG Düsseldorf 11.8.2006 – I-15 W 110/05, Rdn 45 (juris); OLG Düsseldorf 20.11.2001 – 19 W 2/00, AG 2002, 398, 400; Kaufhof/Metro; OLG Düsseldorf 15.3.1999 – 17 W 18/99, ZIP 1999, 793, 794 und OLG Hamm 4.3.1999 – 8 W 11/99; ZIP 1999, 798, 801; Thyssen/Krupp.

⁷⁵¹ OLG Celle 7.5.2008 – 9 U 195/07, Rdn 16 ff (juris).

gemessenheit des Umtauschverhältnisses wird durch den gerichtlich bestellten Prüfer und im Spruchverfahren ermöglicht.

251 In der **Spruchpraxis** hat die Regelung des § 243 Abs 4 Satz 2 dazu geführt, dass bewertungsrelevante Informationen in das Spruchverfahren verwiesen werden (Rdn 521). Im Übrigen wird die Rüge einer Auskunftspflichtverletzung seit der Verschärfung des Freigabeverfahrens durch das ARUG mangels Vorliegens eines besonders schweren Rechtsverstoßes regelmäßig verworfen (Rdn 534). Ungeachtet dessen werden in der **Hauptversammlungspraxis** bei einer Verschmelzung eine Vielzahl von Fragen nicht nur zu den Vor- und Nachteilen der Maßnahme und ihren Auswirkungen auf das verschmolzene Unternehmen, sondern auch und vor allem zur Angemessenheit des Umtauschverhältnisses gestellt (s auch Rdn 237).

252 bb) Verschmelzung. Das Auskunftsrecht bezieht sich bei der Verschmelzung auch auf alle für die Verschmelzung wesentlichen Angelegenheiten des oder der an der Verschmelzung beteiligten Rechtsträger, **§ 64 Abs 2 UmwG**. Durch diese Sonderregelung wird das allgemeine Auskunftsrecht gemäß § 131 nicht erweitert, sondern nur präzisiert (Rdn 25). Der Fokus auch auf den Verschmelzungspartner trägt dem Umstand Rechnung, dass für die Angemessenheit des aus der Sicht der Aktionäre besonders wichtigen Umtauschverhältnisses weniger die absolute Bewertung ihres eigenen Unternehmens als die relative Bewertung im Verhältnis zum Verschmelzungspartner von Bedeutung ist. Über nicht für die Relation der Unternehmenswerte relevante Faktoren wie Buchwerte, Feuerversicherungswerte oder Verkehrswerte betriebsnotwendiger Grundstücke braucht keine Auskunft gegeben zu werden, sofern es sich nicht um Immobilienunternehmen handelt.⁷⁵²

253 Deshalb können insbesondere Fragen zu einer im Verschmelzungsbericht dargestellten unterschiedlichen Behandlung der **Verschmelzungspartner** etwa hinsichtlich der Wachstumsperspektiven oder einer unterschiedlichen Risikoeinschätzung zu einem nur bei einem Verschmelzungspartner vorhandenen werterhöhenden Sonderfaktor (zB Verlustvorträge) oder zur Begründung der Abweichung der Wertrelation von einer Eigenkapital- oder Börsenkursrelation erforderlich sein.

254 Angesichts der fortbestehenden Beteiligung der Aktionäre an dem durch die Verschmelzung entstandenen Unternehmenszusammenschluss können auch Fragen zu den im Verschmelzungsbericht regelmäßig zur Begründung des Konzepts dargelegten erwarteten (echten) **Synergieeffekten** erforderlich sein, insbesondere zur Höhe der erwarteten Synergien und deren Zuordnung zu bestimmten Unternehmens- und Produktbereichen.⁷⁵³ Fragen nach einem detaillierten Synergiefahrplan oder einer konkreten Aufgliederung der erwarteten Kostensparnisse und erwarteter Verschmelzungsnachteile mit Blick auf das Verhältnis zu Auftraggebern sind jedoch nicht erforderlich.⁷⁵⁴

255 Bei hinreichend konkretisierten Plänen können im Einzelfall Fragen zu einer Stilllegung von Produktionsstätten nach Verschmelzung und deren Kosten erforderlich sein.⁷⁵⁵ Es kann die Auskunft nach dem Grund für die geplante Wachstumsfinanzierung durch Eigenkapital-Thesaurierung statt durch Fremdfinanzierung verlangt werden, nicht je-

⁷⁵² OLG Düsseldorf 15.3.1999 – 17 W 18/99, ZIP 1999, 793, 796 und OLG Hamm 4.3.1999 – 8 W 11/99, ZIP 1999, 798, 804; Thyssen/Krupp; KK/Kersting § 131 Rdn 234; Hüffer/Koch § 131 Rdn 38; **abw** LG Essen 8.2.1999 – 44 O 249/98, AG 1999, 329, 332 (Vorinstanz): im Ergebnis aber Unzumutbarkeit der Informationserteilung (näher Rdn 446); weitergehend OLG Saarbrücken 11.2.2005 – 1 W 293/04/47, AG 2005, 366: Kaufhalle.

⁷⁵³ S Sachverhalt LG Hamburg 7.12.2005 – 411 O 960/05 (nv): Contitech; KK/Kersting § 131 Rdn 236.

⁷⁵⁴ OLG Düsseldorf 11.8.2006 – I-15 W 110/09, Rdn 34 (juris).

⁷⁵⁵ S Sachverhalt LG Hamburg 7.12.2005 – 411 O 960/05 (nv): Contitech.

doch zu einer Auswirkung dieses Alternativszenarios auf das Umtauschverhältnis.⁷⁵⁶ Nicht erforderlich ist die Frage nach Beraterverträgen oder vertraglichen Beziehungen von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern zur Gesellschaft, dem Verschmelzungs-partner oder deren Aktionären, wenn und weil hieraus keine Rückschlüsse auf das Ver-schmelzungskonzept und die Bewertung möglich sind.⁷⁵⁷

cc) Spaltung. Das Auskunftsrecht der Aktionäre wird für die Spaltung ebenfalls gemäß § 125 UmwG dahingehend präzisiert, dass es sich auch auf die wesentlichen Angele-gehenheiten des abgespaltenen Rechtsträgers bezieht. Entsprechendes würde ohnehin nach § 131 Abs 1 gelten (Rdn 25, 82, 90).⁷⁵⁸ Mangels notwendiger Bewertung stehen Fragen zur Plausibilisierung und zum Verständnis der Angaben im Bericht betreffend die Vor- und Nachteile des Ausgliederungsplans und die betroffenen Aktiva und Passiva im Vordergrund.⁷⁵⁹ Zur Beurteilung der Vor- und Nachteile des Ausgliederungsplans können Aus-künfte über den geplanten Inhalt von mit der durch Spaltung neu gegründeten Gesellschaft zu schließenden Pachtverträgen und der Höhe der zu erwartenden Pachterträge erforderlich sein.⁷⁶⁰ Die Auskunft zum wesentlichen Inhalt und dem Ergebnis von verbindlichen Auskünften der Finanzverwaltung betreffend die steuerliche Behandlung einer Spaltung kann erforderlich sein, soweit diese nicht schon Gegenstand des Spaltungsberichts sind (Rdn 143).⁷⁶¹ Die Auskunft über Beispielsrechnungen zu künftigen Dividenden in verschie-denen Bilanzszenarien nach Wirksamkeit der Spaltung ist nicht erforderlich.⁷⁶²

dd) Formwechsel. Die Beschlussfassung über den Formwechsel einer börsennotier-ten AG in eine GmbH oder Personenhandelsgesellschaft hat seit der Einführung des *Squeeze out* kaum mehr stattgefunden, so dass auch das Auskunftsrecht in diesem Zu-sammenhang stark an **Bedeutung verloren** hat. Beim Formwechsel in eine nicht börsen-notierte Gesellschaft können insbesondere Fragen zur Angemessenheit der **Barabfin-dung** gemäß § 207 UmwG erforderlich sein. Dies gilt für Fragen zu den Voraussetzungen für die Geltendmachung der Barabfindung⁷⁶³ und zum Inhalt des nach der Rechtspre-chung ohnehin offenlegungspflichtigen Prüfungsberichts,⁷⁶⁴ ferner für Angaben zu den der Ermittlung der Barabfindung zugrunde liegenden Unternehmensplanungen, etwa nach einem insoweit angewendeten Umsatzkostenverfahren.⁷⁶⁵ Im Einzelfall wurden auch Fragen zu wesentlichen sonstigen Rückstellungen für erforderlich gehalten.⁷⁶⁶

Fragen können auch zu den Vor- und Nachteilen des Formwechsels erforderlich sein, sofern sie nicht bereits im Umwandlungsbericht enthalten sind. Angesichts des Umstandes, dass allein mit einem Formwechsel typischerweise keine Arbeitsplätze ge-schaffen werden, kann die Frage nach einem dennoch im Bericht enthaltenen entspre-

756 S Sachverhalt LG Berlin 12.6.2003 – 93 O 84/03, Der Konzern 2003, 483, 492: Vattenfall.

757 OLG Düsseldorf 15.3.1999 – 17 W 18/99, ZIP 1999, 793, 796; zurückhaltend KK/Kersting § 131 Rdn 234.

758 Abw KG 17.9.2009 – 23 U 15/09, Rdn 23 (juris): Erweiterung des Auskunftsrechts durch §§ 125, 64 Abs 2 UmwG.

759 S Sachverhalt OLG München 10.4.2013 – 7 AktG 1/13, Rdn 44 (juris).

760 KG 17.9.2009 – 23 U 15/09, Der Konzern 2010, 180, 181; Hüffer/Koch § 131 Rdn 38.

761 S Sachverhalt OLG Düsseldorf 22.6.2017 – I 6 AktG 1/17 (nv): METRO.

762 OLG Düsseldorf 22.6.2017 – I 6 AktG 1/17 (nv): METRO.

763 BGH 29.1.2001 – II ZR 368/98, WM 2001, 467: Aqua Butzke; BGH 18.12.2000 – II ZR 1/99, ZIP 2001, 199: MEZ; KK/Kersting § 131 Rdn 235.

764 BGH 29.1.2001 – II ZR 368/98, WM 2001, 467: Aqua Butzke; BGH 18.12.2000 – II ZR 1/99, ZIP 2001, 199: MEZ; LG Heidelberg 7.8.1996 – II KfH O 4/96, AG 1996, 523, 525; KK/Kersting § 131 Rdn 235.

765 BGH 29.1.2001 II ZR 368/98, WM 2001, 467: Aqua Butzke; BGH 18.12.2000 – II ZR 1/99, ZIP 2001, 199: MEZ.

766 LG Heidelberg 7.8.1996 – II KfH O 4/96, AG 1996, 523, 524; KK/Kersting § 131 Rdn 235.

chenden Hinweis erforderlich sein.⁷⁶⁷ Nicht zur Beurteilung eines Formwechsels erforderlich ist die Angabe zum Buchwert der Beteiligung des Großaktionärs und nach dem vom Großaktionär gezahlten Erwerbspreis und den Zeitpunkt für den Kauf der Aktien.⁷⁶⁸

259 I) Bestätigungsbeschlüsse. Bei einem Bestätigungsbeschluss gemäß § 244 muss der zugrundeliegende Vorgang nicht komplett neu aufgerollt werden. Gegenstand des Bestätigungsbeschlusses ist nicht eine Neuvornahme des ursprünglichen Beschlusses, sondern lediglich die Beseitigung eines möglichen Mangels dieses Beschlusses.⁷⁶⁹ Die Informationsrechte der Aktionäre einschließlich des Auskunftsrechts gemäß § 131 beziehen sich nur auf den Bestätigungsbeschluss.⁷⁷⁰ Erforderlich iSv § 131 für die Beurteilung eines Bestätigungsbeschlusses ist nur die Beantwortung solcher Fragen, welche objektiv denkende Aktionäre in die Lage versetzen, eine Entscheidung darüber zu treffen, ob die mögliche **Anfechtbarkeit** des Bestätigungsbeschlusses **beseitigt werden** soll.⁷⁷¹ Dementsprechend sind die für den Ausgangsbeschluss erforderlichen Informationen nicht nochmals vollständig zu erteilen: Ein umfassendes Auskunftsrecht, das **alle Aspekte des Ausgangsbeschlusses** erfasst, steht den Aktionären **nicht** zu.⁷⁷² In der Praxis der Bestätigungs-Hauptversammlung werden dennoch häufig auch Aspekte des Ausgangsbeschlusses erneut hinterfragt und hierzu häufig auch Auskünfte gegeben.⁷⁷³

260 Soll mit dem Bestätigungsbeschluss auch eine etwaige **Verletzung von Auskunftsansprüchen** gemäß § 131 **geheilt** werden,⁷⁷⁴ so müssen die seinerzeit nicht, nicht vollständig oder unrichtig gegebenen Auskünfte ordnungsgemäß erteilt werden. Dies kann durch proaktive Erteilung der entsprechenden Informationen – zB in einem freiwilligen Bericht zum Bestätigungsbeschluss – oder auf erneute entsprechende Fragen hin geschehen. Entsprechende Fragen müssen erneut in der Bestätigungs-Hauptversammlung gestellt werden (Rdn 72).⁷⁷⁵ Zulässigerweise erneut gestellten Fragen kann regelmäßig nicht entgegengehalten werden, die Fragen seien durch Zeitablauf überholt.⁷⁷⁶

261 Da es im Bestätigungsbeschluss nur um die Entscheidung über die Beseitigung der möglichen Anfechtbarkeit des Ausgangsbeschlusses geht, müssen sonstige, angeblich in

767 LG München I 24.9.2009 – 5 HK O 2697/09, AG 2010, 420, 421: Rapunzel.

768 LG Heidelberg 7.6.1996 – II KfH O 4/96, AG 1996, 523, 525: Scheidemandel; abw LG Hanau 2.11.1995 – 5 O 149/95, DB 1995, 2515.

769 BGH 15.12.2003 – II ZR 194/01, Rdn 9 (juris); OLG Karlsruhe 13.11.1998 NZG 1999, 604, 605: MEZ; OLG München 8.8.1997 – 23 U 1974/97, WM 1997, 1939, 1942: SSI/Rieter III.

770 OLG Dresden 13.6.2001 – 13 U 2639/00, Rdn 149, 152 (juris) und LG Dresden 15.9.2000 3/1 O 129/00, DB 2000, 2159, 2160; OLG München 8.8.1997 – 23 U 1974/97, WM 1997, 1939, 1943; OLG Karlsruhe 13.11.1998 NZG 1999, 604, 605; Bungert NZG 1999, 605, 606.

771 OLG München 8.8.1997 – 23 U 1974/97, WM 1997, 1939, 1943: SSI/Rieter III.

772 OLG Karlsruhe 13.11.1998 – 14 U 24/98, NZG 1999, 604, 605; OLG München 8.8.1997 – 23 U 1974/97, WM 1997, 1939, 1943; LG Frankfurt/M 12.11.2013 – 3-05 O 151/13, Rdn 134 (juris): Deutsche Bank Bestätigungsbeschluss HV 2012; LG Frankfurt/M 15.1.2008 – 3-5 O 144/07, BeckRS 2009, 08314; Bungert NZG 1999, 605, 606; Kiethe NZG 1999, 1086; KK/Kersting § 131 Rdn 237; Kocher NZG 2006, 1, 4; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 61; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 56; abw Grobecker/Kuhlmann NZG 2007, 1, 5; Heidel/Heidel § 244 Rdn 5.

773 Beispielaft LG München I 10.12.2009 – 5 HK O 13261/08: HVB Bestätigungsbeschluss 2008.

774 OLG Dresden 3.6.2001 – 13 U 2639/00, Rdn 155 (juris); OLG München 8.8.1997 – 23 U 1974/97, WM 1997, 1939, 1943.

775 OLG Dresden 13.6.2001 – 13 U 2639/00, Rdn 155 (juris); LG Frankfurt/M 12.11.2013 – 3-5 O 151/13, Rdn 137 (juris).

776 KK/Kersting § 131 Rdn 237; abw OLG München 8.8.1997 – 23 U 1974/97, WM 1997, 1939, 1943: keine Erforderlichkeit einer Auskunft über Bilanzen des persönlich haftenden Gesellschafters des Vertragspartners bei Patronatserklärungen durch die Muttergesellschaft des phG und reibungslose Abwicklung eines Beherrschungsvertrages über Jahre; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 61.

der Hauptversammlung des Ausgangsbeschlusses nicht beantwortete, aber nicht durch Anfechtungsklage gerügte Fragen auch dann nicht beantwortet werden, wenn sie erneut gestellt werden. Auskünfte zu neuen Entwicklungen seit dem Ausgangsbeschluss sind ebenfalls grundsätzlich nicht zur Beurteilung des Bestätigungsbeschlusses erforderlich.⁷⁷⁷ Eine Erheblichkeit ist ausnahmsweise gegeben, wenn zum Ausgangsbeschluss bereits eingetretene Sachverhalte erst nachträglich bekannt werden und dessen (einem Bestätigungsbeschluss entgegenstehende) Nichtigkeit zur Folge haben können oder wenn nachträgliche Veränderungen – etwa hinsichtlich der Stimmberechtigung eines Großaktionärs (Rdn 245) – einer wirksamen Bestätigung entgegenstehen können.⁷⁷⁸ In der Praxis werden dennoch häufig Fragen zu zwischenzeitlichen Entwicklungen gestellt und beantwortet.⁷⁷⁹

V. Anforderungen an die Auskunftserteilung

1. Gewissenhafte und getreue Rechenschaft (§ 131 Abs 2 Satz 1). Gemäß § 131 Abs 2 **262** hat die Auskunft den Grundsätzen einer gewissenhaften und getreuen Rechenschaft zu entsprechen. Diese schon in § 112 Abs 2 AktG 1937 verwendete Formulierung findet sich auch in § 90 Abs 4 Satz 1 für die Berichtspflicht des Vorstands gegenüber dem Aufsichtsrat. Sachlich bestehen gleichwohl erhebliche Unterschiede, weil für die Auskunftspflicht des Vorstands gegenüber dem Aktionär Einschränkungen gelten, insbesondere die Notwendigkeit einer Erforderlichkeit der Auskunft gemäß § 131 Abs 1 Satz 1 und die Möglichkeit einer Auskunftsverweigerung gemäß § 131 Abs 3 Satz 1. Auch im Übrigen wäre es unzutreffend, im Hinblick auf § 131 Abs 2 die Auskunftspflicht als Bestandteil einer Verpflichtung des Vorstands zu allgemeiner Rechenschaftslegung zu verstehen (Rdn 14).

Einer gewissenhaften und treuen Rechenschaft entspricht eine Auskunft, wenn sie **263 vollständig, zutreffend und sachgemäß** ist.⁷⁸⁰ Der Vorstand muss die Auskunft so geben, dass die Aktionäre ein zusammenhängendes und der Wirklichkeit entsprechendes Bild erhalten. Die Auskunft darf – vorberhaltlich mangelnder Erforderlichkeit großer Detailtiefe (Rdn 140) und/oder eines Auskunftsverweigerungsrechts gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 – nicht Halbwahrheiten enthalten,⁷⁸¹ irreführend oder bewußt mißverstehend⁷⁸² sein. Eine Antwort, die lediglich Floskeln oder Allgemeinplätze enthält, ist nicht ausreichend.⁷⁸³ Die Auskunft muss klar und verständlich, nicht aber bis in die letzte Einzelheit ausgearbeitet sein. Auf unnötige – weil durch eine ordnungsgemäße Auskunft vermeidbare – Berechnungen braucht sich der Aktionär nicht verweisen zu lassen.⁷⁸⁴ Lässt sich

⁷⁷⁷ LG Frankfurt/M 12.11.2013 – 3-5 O 151/13, Rdn 134, 140 (juris); s auch OLG Dresden 13.6.2001 – 13 U 2639/00, Rdn 159; **abw** Heidel/*Heidel* § 244 Rdn 5.

⁷⁷⁸ LG Frankfurt/M 12.11.2013 – 3-5 O 151/13, Rdn 140 (juris).

⁷⁷⁹ Beispielhaft OLG München 22.12.2010 – 7 U 1584/10, Rdn 92ff (juris) und LG München I 10.12.2009 – 5 HK O 13261/08, Rdn 285ff: HVB Bestätigungsbeschluss 2008; OLG Frankfurt/M 5.11.2007 – 5 W 22/07, Rdn 90ff (juris).

⁷⁸⁰ OLG Stuttgart 8.7.2015 – 20 U 2/14, Rdn 336 (juris); OLG München 11.6.2015 – 23 U 4375/14, Rdn 46 (juris); OLG Stuttgart 2.12.2014 – 20 AktG 1/14, Rdn 122 (juris); OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 527 (juris); OLG Stuttgart 11.8.2004 – 20 U 3/04, NZG 2004, 966, 968; OLG Braunschweig 29.7.1998 – 3 U 75/98, ZIP 1998, 1585, 1591; VW/Wenger; BayObLG 20.3.1996 – 3 Z BR 324/95, WM 1996, 1177, 1179; LG München I 28.5.2010 – 5 HK O 14307/07, Rdn 34 (juris); LG München I 24.9.2009 – 5 HK O 5697/09, Rdn 186 (juris); LG Braunschweig 6.4.1990 – 22 O 97/89, BB 1991, 856, 857: VW.

⁷⁸¹ In der Sache trotz Bejahung einer Pflicht zur Halbwahrheit ebenso *Druey* FS K Schmidt, S 249, 260 ff.

⁷⁸² LG Hannover 19.8.2009 – 23 O 90/09, AG 2009, 914, 917: Continental

⁷⁸³ MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 81.

⁷⁸⁴ BayObLG 20.3.1996 – 3 Z BR 324/95, WM 1996, 1177, 1179; Heidel/*Heidel* § 131 Rdn 55; KK/*Kersting* § 131 Rdn 266.

einer Auskunft die begehrte Information nicht unmittelbar, sondern nur durch weitergehende Recherchen entnehmen, so ist die Auskunft nur ausreichend, wenn diese Recherche mühelos durch den Aktionär in der Hauptversammlung vorgenommen werden kann.⁷⁸⁵ Die Pflicht zur sachgerechten Auskunft macht es erforderlich, dass der Vorstand auch Einzelheiten oder mit einer Frage zusammenhängende Tatsachen oder sonstige Umstände mitteilt, wenn die Frage des Aktionärs erkennbar darauf abzielt; es ist in solchen Fällen nicht erforderlich, dass der Aktionär ausdrücklich danach gefragt hat (Rdn 68).⁷⁸⁶

264 Ob der Gegenstand der Frage vollständig beantwortet wurde, kann auch durch den Detaillierungsgrad der Frage bestimmt werden. Auf **pauschale Fragen** kann entsprechend pauschal geantwortet werden; besteht das Informationsbedürfnis des Aktionärs danach fort, muss er detaillierter nachfragen (s auch Rdn 531).⁷⁸⁷ **Detaillierte Fragen** sind nur vorbehaltlich der Erforderlichkeit der Auskunfterteilung (Rdn 140) auch detailliert zu beantworten. Dementsprechend genügt für die Frage nach Planzahlen der Gesellschaft für die nächsten drei Jahre (Umsatz und EBIT) nicht der allgemeine Hinweis auf eine Umsatzausweitung und eine Ergebnisverbesserung.⁷⁸⁸ Die Frage, zu welchem Preis ein Aufsichtsratsmitglied eine Immobilie der Gesellschaft erworben hat, wird durch die Auskunft, er habe den Zuschlag zum Höchstgebot erhalten, nicht ausreichend beantwortet (Rdn 191).⁷⁸⁹ Die Frage nach einer im Vorstandsbericht zur Schaffung eines genehmigten Kapitals erwähnten strategischen Neuorientierung der Gesellschaft, nach den strategischen Zielen und strategisch wichtigen Partnern wird durch die Auskunft, dass im Zeitpunkt der Beschlussfassung die Art der strategischen Neuausrichtung noch völlig unklar sei, nicht vollständig beantwortet (Rdn 222).⁷⁹⁰

265 Stellt der Vorstand in der Hauptversammlung fest, dass eine von ihm erteilte Auskunft unrichtig oder unvollständig ist, so hat er die unrichtige oder unvollständige Antwort zu korrigieren. Ergibt sich aus der Addition von durch den Vorstand mitgeteilten Teilbeträgen erkennbar eine gravierende Differenz zwischen geleisteten Zahlungen und einer Einlageverpflichtung, so ist die Antwort entweder falsch oder unvollständig, sofern der Vorstand diese Differenz nicht aufklärt.⁷⁹¹ Zur Beurteilung der Vollständigkeit und Richtigkeit einer Auskunft ist der **Informationsstand** zum **Zeitpunkt** der **Hauptversammlung** zugrunde zu legen; spätere Erkenntnisse können in einem Anfechtungs- oder Auskunftserzwingungsverfahren nicht zur Begründung einer Verletzung des Auskunftsrechts berücksichtigt werden.⁷⁹²

785 Offen lassend BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 40 (juris); Porsche.

786 Heidel/Heidel § 131 Rdn 55; KK/Kersting § 131 Rdn 265; Schaaf Rdn 738.

787 BGH 5.11.2013 – II ZB 28/12, BGHZ 198, 354 Rdn 44; OLG Stuttgart 8.7.2015 – 20 U 2/14 Rdn 336 (juris); OLG München 11.6.2015 – 23 U 4375/14, AG 2015, 677, 679; OLG Stuttgart 2.12.2014 – 20 AktG 1/14, Rdn 122 (juris); OLG Frankfurt/M 23.7.2010 – 5 W 91/09, Rdn 69, 70 (juris); OLG Stuttgart 11.8.2004 – 20 U 3/04, NZG 2004, 966, 968; OLG Hamburg 12.1.2001 – 11 U 162/00, NZG 2001, 513, 514; OLG Stuttgart 12.8.1998 – 20 U 111/97, ZIP 1998, 1482, 1492; Butzke G 38; Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 22; Heidel/Heidel § 131 Rdn 55; Henze/Born/Drescher Rdn 1418; MünchHdB AG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 38; KK/Kersting § 131 Rdn 266; Hüffer/Koch § 131 Rdn 40; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 81; Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner § 34 Rdn 40; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 17; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 69; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 63.

788 LG München I 30.8.2007 – 5 HK O 2797/07, MittBayNot 2008, 143, 145.

789 OLG Hamburg 30.12.2004 – 11 U 98/04, NZG 2005, 518, 519: AGIV.

790 OLG München 15.5.2002 – 7 U 2371/01, NZG 2002, 1113, 1115: MHM Mode.

791 LG München I 16.8.2007 – 5 HK O 17682/06, Rdn 214 (juris).

792 LG Bonn 14.9.1994 – 12 O 12/94, WM 1994, 1933, 1935: Viag; KK/Kersting § 131 Rdn 266; in der Sache **abw** LG Berlin 26.5.1994 – 104 O 19/94, WM 1994, 1246, 1248: Viag (aufgehoben durch KG 31.1.1996 – 23 U 3989/94, AG 1996, 421).

Die Pflicht zu vollständiger und wahrheitsgemäßer **Auskunft** gilt auch dann, wenn **266** der Vorstand **trotz** Bestehens eines **Auskunftsverweigerungsrechts** nach § 131 Abs 3 Satz 1 eine Auskunft erteilt. In diesem Fall darf er schweigen oder die Auskunft verweigern, die Unwahrheit sagen darf er jedoch nie.⁷⁹³ Macht der Vorstand nur für einen Teil der begehrten Auskunft von einem Auskunftsverweigerungsrecht Gebrauch, so muss er deutlich machen, dass für einen Teil der Frage die Antwort verweigert wird und es sich nur um eine teilweise Aufklärung handelt.⁷⁹⁴ Gibt der Vorstand **ohne** ein entsprechendes **Auskunftsbegehren** Auskünfte, so müssen diese ebenfalls zutreffend sein.⁷⁹⁵ Eine Falschauskunft rechtfertigt jedoch nicht eine Anfechtung des Hauptversammlungsbeschlusses unter Berufung auf eine Verletzung des Auskunftsrechts oder einen Antrag nach § 132, sondern ist gemäß § 400 AktG sanktioniert (Rdn 537) und löst ggf Kostenfolgen zu Lasten der Gesellschaft in einem Gerichtsverfahren aus.

Die Verpflichtung zu einer gewissenhaften und getreuen Auskunftserteilung **267** schließt **nicht** ein, dass der Vorstand Auskünfte **begründen** muss.⁷⁹⁶ Davon zu unterscheiden ist die Frage, ob der Vorstand eine Auskunftsverweigerung begründen muss (Rdn 361). Ebenso wenig besteht eine Verpflichtung, die Auskunft mit Nachweisen zu belegen oder mit Unterlagen zu veranschaulichen.⁷⁹⁷ Aktionäre können **nicht** verlangen, dass der Vorstand die Richtigkeit der von ihm erteilten Auskunft **an Eides statt** versichert.⁷⁹⁸

Unklare oder unbestimmte Fragen kann der Vorstand nach ihrem objektiven Gehalt (§§ 133, 157 BGB) **auslegen**.⁷⁹⁹ Erteilt der Vorstand dementsprechend eine Auskunft auf eine Frage, wie er sie verstehen kann, so obliegt es dem Aktionär darauf hinzuweisen, dass er die Frage in einem anderen Sinne gemeint hat und entsprechende Auskunft begehrte. Der Aktionär trägt das Risiko für die Unklarheit von begehrten Auskünften; es ist nicht Sache der Gesellschaft, auftauchende Zweifel und Mißverständnisse aufzuklären (Rdn 68).⁸⁰⁰ Kann die Frage, so wie sie vom Vorstand nach Auslegung verstanden werden darf, nicht beantwortet werden, so muss das dem Aktionär unter Hinweis auf das Verständnis der Frage mitgeteilt werden.

793 Butzke G 37; Heidel/Heidel § 131 Rdn 55; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 26; KK/Kersting § 131 Rdn 267; Hüffer/Koch § 131 Rdn 40; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 81; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 63; Ziemons/Binnewies Rz I 10.722.

794 Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 22; Hüffer/Koch § 131 Rdn 21.

795 Butzke G 37; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 26; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 81.

796 KK/Kersting § 131 Rdn 268; Hüffer/Koch § 131 Rdn 40; abw Schaaf, Rdn 737.

797 OLG Frankfurt/M 7.6.1988 – 5 U 93/87, AG 1989, 330; OLG Stuttgart 21.12.1993 – 10 U 48/93, ZIP 1995, 1515, 1521; Franken/Heinsius FS Budde, 213, 234; Schaaf Rdn 740; Volhard in Semler/Volhard/Reichert § 11 Rdn 27.

798 BayObLG 17. 7. 2002 – 3 Z BR 394/01, NJW-RR 2002, 1558, 1559 f; LG München I 28.5.2010 – 5 HK O 14307/07, ZIP 2010, 2148, 2149; Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 22; Heidel/Heidel § 131 Rdn 55; KK/Kersting § 131 Rdn 498; Hüffer/Koch § 131 Rdn 40; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 81.

799 OLG Stuttgart 8.7.2015 – 20 U 2/14, Rdn 357 (juris); OLG Frankfurt 8.11.2012 – 21 W 33/11, Rdn 42 (juris); OLG Stuttgart 19.7.2012 – 8 W 274/10 (nv) und OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 399 (juris); OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 607 (juris); MünchHdB AG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 38; Hüffer/Koch § 131 Rdn 40; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 77, 81, 28; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 63; abw Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 6; Verständnis der Gesellschaft.

800 OLG Stuttgart 8.7.2015 – 20 U 2/14, Rdn 436 (juris); OLG Frankfurt 8.11.2012 – 21 W 33/11, Rdn 44 (juris) und OLG Frankfurt/M 15.5.2012 – 5 U 66/11, Rdn 91, 92 (juris); OLG Hamburg 12.1.2001 – 11 U 162/00, NZG 2001, 513, 516; Butzke G 47; MünchHdB AG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 38; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 81; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 6; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 63; vgl auch einschränkend Hüffer/Koch § 131 Rdn 35 a): nur bei offenkundigem Missverständnis; abw LG Dortmund 1.10.1998 – 20 AktE 8/98, AG 1999, 133; LG München I 16.4.1986 – 7 HKO 8835/85, AG 1987, 185, 188; Heidel/Heidel § 131 Rdn 55; A Reuter DB 1988, 2615, 2616; vgl auch KK/Kersting § 131 Rdn 267.

269 Das Gebot der Ermittlung des Erklärungsinhalts durch Auslegung aus der Sicht eines objektiven Empfängers gilt auch für die erteilte **Auskunft**. Dabei sind nicht nur diejenigen Erklärungen zu berücksichtigen, die unmittelbar auf die Beantwortung des Auskunftsverlangens gerichtet waren, sondern auch frühere Wortbeiträge des Vorstands in der Hauptversammlung, soweit sie einen erkennbaren Bezug zu der betreffenden Frage aufweisen.⁸⁰¹ Richtet sich die Frage auf eine subjektive Einschätzung des Vorstands, kann deren Mitteilung nicht entgegengehalten werden, die Auskunft sei objektiv falsch.⁸⁰² Kann man über die Richtigkeit einer Aussage geteilter Meinung sein, so genügt der Vorstand der Auskunftspflicht, wenn er die nach seiner Auffassung richtige Antwort vollständig gibt.⁸⁰³ Nicht erforderlich ist, dass die Auskunft den Aktionär zufrieden stellt oder dass er die Auffassung der Gesellschaft teilt.⁸⁰⁴ Bei Unsicherheiten oder Zweifeln muss aber deutlich werden, dass die Auskunft lediglich die Auffassung der Gesellschaft wiedergibt.⁸⁰⁵

270 Ist bei einer Frage **nicht** erkennbar, dass die Auskunft zur sachgemäßen Beurteilung des Gegenstands der Tagesordnung **erforderlich** ist, so hat der Versammlungsleiter oder der Vorstand die Frage als nicht erforderlich zurückzuweisen und so den Fragesteller ggf zu einer Ergänzung zu veranlassen (Rdn 152).⁸⁰⁶ Es besteht keine Pflicht des Vorstands, unzulässige Fragen auf ein zulässiges Maß zu reduzieren und insoweit eine Auskunft zu erteilen.⁸⁰⁷ Jedenfalls dann, wenn eine Frage auf eine Vielzahl von Informationen gerichtet ist, die zumindest teilweise nicht für die Beurteilung der Tagesordnung relevant sind, muss der Aktionär, der auf seine Frage eine aus seiner Sicht unzureichende Pauschalantwort erhält, die Erforderlichkeit der begehrten Detailauskünfte durch eine Nachfrage deutlich machen (Rdn 152, 531) oder seine Frage auf ein zulässiges Maß reduzieren (Rdn 137, 448).⁸⁰⁸

271 **2. Zeitpunkt.** Ebenso wie das Auskunftsverlangen (s Rdn 78) erfolgt die Auskunftserteilung durch die Gesellschaft **in der Hauptversammlung** (zu Auskünften im Vorfeld der Hauptversammlung § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 7, Rdn 429). Die Auskunft dient nicht nur der Unterrichtung des fragenden Aktionärs, sondern aller in der Hauptversammlung anwesender Aktionäre. Die übrigen Aktionäre müssen daher die Möglichkeit haben, von der Antwort Kenntnis zu nehmen (Rdn 7). Aktionäre haben keinen Anspruch darauf, dass die

801 OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 401 (juris); OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, AG 2011, 93.

802 OLG Stuttgart 8.7.2015 – 20 U 2/14, Rdn 337 (juris); OLG Stuttgart 2.12.2014 – 20 AktG 1/14 Rdn 123 (juris); OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 400 (juris); OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10 Rdn 571 (juris); Hüffer/Koch § 131 Rdn 40.

803 OLG Stuttgart 8.7.2015 – 20 U 2/14, Rdn 337 (juris); OLG Stuttgart 2.12.2014 – 20 AktG 1/14 Rdn 123 (juris); OLG Frankfurt/M 7.12.2010 – 5 U 29/10, Rdn 221 (juris); im Ergebnis wohl zutr daher LG Frankenthal 25.10.1990 – 1 (HK) AKT E 3/90 (nv): Überzeugung des Kapitalmarkts von Rentabilität der Investitionen der BASF; **abw** Wenger/Knoll/Knoesel FS D. Schneider, 748, 764.

804 OLG Hamburg 12.1.2001 – 11 U 162/00, NZG 2001, 513, 515; Volhard in Semler/Volhard/Reichert § 11 Rdn 15.

805 Butzke G 37.

806 BGH 21.9.2009 – II ZR 223/08 ZIP 2009, 2203: Springer; OLG Hamburg 12.12.1969 – 11 W 34/69, AG 1970, 50, 51; vgl auch OLG Frankfurt/M 22.7.1983 – 20 W 843/82, WM 1983, 1071; LG München I 16.4.1986 – 7 HK O 8835/85 AG 1987, 185, 189.

807 Franken/Heinsius FS Budde, S 213, 234; Groß AG 1997, 97, 103; Kubis ZGR 2014, 608, 623; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 79, 81; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 34; offenlassend BGH 5.11.2013 – II ZB 28/12 Rdn 44 (juris); **abw** KG 24.8.1995 – 2 W 4557/94, ZIP 1995, 1585, 1589; KG 26.8.1993 – 2 W 6111/92, ZIP 1993, 1618, 1620; Heidel/Heidel § 131 Rdn 38; vgl auch KK/Kersting § 133 Rdn 162: richtlinienkonforme Auslegung.

808 BGH 5.11.2013 – II ZB 28/12, BGHZ 198, 354 Rdn 44.

Fragen jeweils unmittelbar beantwortet werden; es ist zulässig und entspricht bewährter Praxis, wenn die Debatte in mehrere Rede- bzw Fragerunden und Antwortenrunden aufgeteilt wird, so dass erst nach den Beiträgen und Fragen mehrerer Redner die Fragen jeweils **blockweise** beantwortet werden.⁸⁰⁹ Bei der Fragenbeantwortung darf der Vorstand von der Reihenfolge der Fragen abweichen und muss die Fragen nicht getrennt nach Rednern beantworten, sondern er kann auch nach thematischen Bereichen zusammengefaßte Antworten erteilen.⁸¹⁰ Der Vorstand ist bei der Erteilung von Auskünften nicht verpflichtet den die Auskunft begehrenden Aktionär zu benennen.⁸¹¹ Eine in der Hauptversammlung bereits erteilte Auskunft braucht einem anderen, ggf später hinzugekommenen Aktionär auf dessen Frage nicht nochmals erteilt zu werden.⁸¹²

Bedarf die Vorbereitung der Antwort einer Recherche, so kann der Vorstand die Erteilung der Antwort bis zum Vorliegen des Ergebnisses zurückstellen.⁸¹³ Es ist grundsätzlich **ausreichend**, wenn die begehrte Auskunft **im Rahmen der Generaldebatte** erteilt wird. Der Vorstand darf aber die Erteilung von Auskünften nicht bewusst verzögern und damit den Aktionären Nachfragen erschweren, indem er zB Antworten zu unbequemen oder kritischen Fragen zurückhält und er diese erst nach Schließung der Rednerliste (Rdn 340) erteilt.⁸¹⁴

Hat der eine Auskunft begehrende **Aktionär** die **Hauptversammlung** zwischenzeitlich **verlassen**, so liegt darin eine konkludente Rücknahme des Auskunftsverlangens, so dass an sich keine Auskunftspflicht der Gesellschaft mehr besteht. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nur dann, wenn der Aktionär erkennbar an der Erteilung der Auskunft festhält oder er Vollmacht zur Vertretung durch einen weiter anwesenden Aktionär erteilt (s Rdn 81). Der Versammlungsleiter kann anderenfalls die Erteilung der begehrten Auskünfte unter Hinweis auf das vorzeitige Verlassen des Fragestellers ablehnen und dadurch den übrigen Aktionären Gelegenheit geben, sich dessen Fragen zu eigen zu machen (Rdn 81).⁸¹⁵ In der Praxis werden Fragen eines „verschwundenen“ Aktionärs auch dann, wenn sie sich kein anderer Aktionär zu eigen gemacht hat, regelmäßig dennoch beantwortet.⁸¹⁶

Da die Auskunft in der Hauptversammlung zu erteilen ist, braucht sich ein Aktionär auf eine Beantwortung seiner Fragen **im Anschluss an die Hauptversammlung** oder auf eine nachträgliche Übersendung von Unterlagen nicht verweisen zu lassen (zur Vorbereitungspflicht der Gesellschaft Rdn 281).⁸¹⁷ Besteht allerdings **Einverständnis** mit dem die Auskunft begehrenden Aktionär über eine Beantwortung im Anschluss an die

809 LG Frankfurt/M 29.1.2008 – 3-5 O 275/07, Rdn 70 (juris); Hölters/*Drinhausen* § 131 Rdn 23; Hüffer/Koch § 131 Rdn 41; KK/Kersting § 131 Rdn 499; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 82, 83; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 17a; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 66; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 60; Wachter/Wachter § 131 Rdn 19; **abw** Heidel/Heidel § 131 Rdn 12.

810 OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 548 (juris); Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 27; KK/Kersting § 131 Rdn 500; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 84; Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner § 34 Rdn 42; vgl auch Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 66; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 60.

811 OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 548 (juris); MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 84.

812 OLG Stuttgart 19.7.2012 – 8 W 274/10 (nv); MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 76.

813 KK/Kersting § 131 Rdn 500; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 83.

814 Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 27; KK/Kersting § 131 Rdn 500; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 83; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 66; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 60.

815 Butzke G 30; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 11; Hüffer/Koch § 131 Rdn 9; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 34; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 64; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 27; großzügiger KK/Kersting § 131 Rdn 487; Simon AG 1996, 540, 541; **abw** für uneingeschränkte Pflicht zur Beantwortung Heidel/Heidel § 131 Rdn 22; Steiner § 11 Rdn 20.

816 Butzke G 30; Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 14; Wachter/Wachter § 131 Rdn 9.

817 OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2152.

Hauptversammlung, kann der Vorstand von einer Auskunftserteilung in der Hauptversammlung absehen.⁸¹⁸ Andere Aktionäre können sich allerdings die Frage zu eigen machen und auf eine Beantwortung in der Hauptversammlung bestehen (Rdn 68). Selbst wenn alle anwesenden Aktionäre mit einer nachträglichen schriftlichen Auskunfterteilung an die dies begehrenden Aktionäre einverstanden sind, wird eine derartige, in der Praxis nicht seltene Vereinbarung allerdings oft nicht zweckmäßig sein.⁸¹⁹ Aus der Sicht des Aktionärs muss die Auskunft rechtzeitig vor Ablauf der Zwei-Wochen-Frist des § 132 erteilt werden (s auch § 132 Rdn 47); aus der Sicht der Gesellschaft kann es angesichts der insoweit eher großzügigen Praxis der Auskunftserteilung in Hauptversammlungen (Rdn 122) zweifelhaft sein, ob die Zusage Auskünfte betrifft, deren Beantwortung rechtlich erforderlich ist (vgl auch Rdn 74). Die nachträgliche Erteilung von Auskünften an einen Aktionär löst gemäß § 131 Abs 4 einen Anspruch der übrigen Aktionäre auf entsprechende Information in der nächsten Hauptversammlung aus (Rdn 463, 483).

275 3. Form der Auskunft. Die Auskunft auf Fragen der Aktionäre ist in der Hauptversammlung **mündlich** zu erteilen.⁸²⁰ § 131 gewährt **keinen Anspruch auf schriftliche Auskunft**.⁸²¹ Damit entspricht die Form der Auskunft durch die Gesellschaft der Form des Auskunftsverlangens durch den Aktionär (Rdn 74). Aufgelockert wird der Grundsatz der Mündlichkeit durch den Anspruch auf Vorlage des Jahresabschlusses in der Hauptversammlung gemäß § 131 Abs 1 Satz 3 (Rdn 119). Zudem ermöglicht § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 7 die Erteilung von Auskünften auf der Internetseite der Gesellschaft mindestens sieben Tage vor Beginn und in der Hauptversammlung. Aus dieser Regelung kann nicht im Umkehrschluss gefolgert werden, dass die Gesellschaft im übrigen einem Aktionär im Vorfeld der Hauptversammlung und in der Hauptversammlung nicht schriftlich, elektronisch, durch Projektion auf eine Leinwand, Einsichtnahme in Unterlagen oder deren Aushändigung Auskunft erteilen kann (Rdn 430).⁸²² Ein Aktionär braucht sich zwar grundsätzlich nicht auf eine derartige Auskunfterteilung verweisen lassen, er kann sich hiermit jedoch einverstanden erklären.⁸²³ Andere Aktionäre müssen dann ebenfalls auf diesem Wege die Möglichkeit zur Kenntnisnahme haben (Rdn 280). Eine mündlich erteilte Auskunft braucht nicht gleichzeitig durch schriftliche Unterlagen oder Schaubilder auf Projektoren verdeutlicht oder belegt zu werden (Rdn 267).⁸²⁴

818 Heidel/*Heidel* § 131 Rdn 20; Grigoleit/*Herrler* § 131 Rdn 30; KK/*Kersting* § 131 Rdn 493; Hüffer/*Koch* § 131 Rdn 22; MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 89; Spindler/*Stilz/Siems* § 131 Rdn 65; Schmidt/Lutter/*Spindler* § 131 Rdn 62; einschr MünchHdb AG/*Hoffmann-Becking* § 38 Rdn 40: keine Erfüllung der Auskunftspflicht, aber kein Rechtsbehelf des Aktionärs.

819 S auch Hüffer/*Koch* § 131 Rdn 41; MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 89; **abw** Schwartzkopff Rdn 442; vgl auch Wachter/*Wachter* § 131 Rdn 20.

820 BGH 5.4.1993 – II ZR 238/91, BGHZ 122, 211, 236; BGH 9.2.1987 – II ZR 119/86, BGHZ 101, 1, 15; OLG München 11.6.2015 – 23 U 4375/14, AG 2015, 677, 678; OLG Hamburg 22.6.2011 – 11 AktG 2/11 (nv); KG 9.6.2008 – 2 W 101/07, Rdn 77 (juris); LG München I 28.8.2008 – 5 HKO 2522/08, AG 2008, 904, 909; LG München I 24.4.2008 – 5 HKO 0 23244/07 Rdn 379 (juris); LG Heidelberg 7.8.1996 – O 4/96 KfH II, AG 1996, 523, 524; KK/*Kersting* § 131 Rdn 489; Hüffer/*Koch* § 131 Rdn 41; MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 85; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 17a.

821 BGH 9.2.1987 – II ZR 119/86, BGHZ 101, 1, 15; Grigoleit/*Herrler* § 131 Rdn 29; MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 85; Henze/Born/*Drescher* Rdn 1419 Hüffer/*Koch* § 131 Rdn 41; Schmidt/Lutter/*Spindler* § 131 Rdn 61; **abw** im Einzelfall KK/*Kersting* § 131 Rdn 492; Heidel/*Heidel* § 131 Rdn 25.

822 Heidel/*Heidel* § 131 Rdn 24; KK/*Kersting* § 131 Rdn 491; Spindler/*Stilz/Siems* § 131 Rdn 68; **abw** Noack in VGR (Hrsg), Bd 9, S 37, 48; vgl auch Martens AG 2004, 238, 244.

823 Weitergehend für Gleichwertigkeit von mündlicher und schriftlicher Auskunftserteilung Spindler/*Stilz/Siems* § 131 Rdn 68; vgl auch Zetsche S 270.

824 OLG Frankfurt/M 7.6.1988 – 5 U 93/87, AG 1989, 330; s auch KG 9.6.2008 – 2 W 101/07, Rdn 77 (juris); Ebenroth, S 129; Franken/Heinsius FS Budde, 213, 234; Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner § 34

Die Auskunft ist **in deutscher Sprache** zu erteilen, damit sie auch die anderen Hauptversammlungsteilnehmer verstehen können.⁸²⁵ Ist das für die zu erteilende Auskunft sachkundigste Vorstandsmitglied nicht der deutschen Sprache mächtig, so wird sich der Vorstand ggf darauf verständigen, dass Auskünfte nur durch der deutschen Sprache mächtige Vorstandsmitglieder erteilt werden. Alternativ bleibt die Möglichkeit einer Simultanübersetzung der Antwort durch einen von der Gesellschaft beauftragten Dolmetscher oder die Delegation der Erteilung der Auskunft auf geeignete Dritte.⁸²⁶ Ist der die Auskunft begehrnde Aktionär nicht der deutschen Sprache mächtig (zur Notwendigkeit eines Auskunftsverlangens in deutscher Sprache Rdn 76), so muss die Gesellschaft die Auskunft dennoch in deutscher Sprache erteilen. Es liegt im Ermessen der Gesellschaft, ob die Antwort zusätzlich unverbindlich in eine andere Sprache übersetzt wird (Rdn 76).⁸²⁷ Bezieht sich das Auskunftsverlangen auf fremdsprachige Dokumente oder Unterlagen, so ist deren Inhalt dennoch in deutscher Sprache wiederzugeben,⁸²⁸ die Verwendung von auch im deutschen Sprachgebrauch üblichen englischen Begriffen oder Abkürzungen (zB EBIT, US GAAP, etc) ist zulässig, da deren Verständnis von den Hauptversammlungsteilnehmern erwartet werden kann.

Die **Verlesung** einer Urkunde wird als umfassendste Form der Auskunftserteilung²⁷⁷ als zur Erfüllung des Auskunftsanspruchs des Aktionärs geeignet angesehen.⁸²⁹ Ein **Anspruch** des Aktionärs auf Verlesung besteht jedoch regelmäßig nicht.⁸³⁰ Nur **ausnahmsweise** wird von der Rechtsprechung bei Verträgen über lebenswichtige Vorgänge ein Anspruch auf Verlesung **bejaht**.⁸³¹ Weitergehend wird man einen Anspruch auf Verlesung auch dann bejahen müssen, wenn es für die sachgerechte Beantwortung einer Frage gerade auf die genaue Kenntnis des Wortlauts ankommt. In einem solchen Ausnahmefall würde die inhaltliche Wiedergabe nicht ausreichen, den Aktionär zutreffend und vollständig zu unterrichten.⁸³² Zu weitgehend wäre es, einen Anspruch auf Verlesung immer dann zu bejahen, wenn ein Aktionär ohne Verlesung nicht beurteilen kann, ob ihm das Wesentliche mitgeteilt worden ist.⁸³³ Eine solche Auffassung würde

Rdn 42; *Volhard* in Semler/Volhard/Reichert § 11 Rdn 27; **abw** *Burgard*, S 82: Konzernschaubild zur Verdeutlichung von Konzernverflechtungen; KK/Kersting § 131 Rdn 489, 490, 498: komplexe und umfangreiche Daten; noch weitergehend Heidel/Heidel § 131 Rdn 25: Vorlage von Urkunden.

825 OLG Schleswig 8.12.2005 – 5 U 57/04, AG 2006, 120, 125: mobilcom; OLG Dresden 23.4.2003 – 18 U 1976/02, AG 2003, 433, 435; LG München I 12.11.2009 – 5 HKO 12377/09, AG 2010, 378, 383; KK/Kersting § 131 Rdn 497; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 85; Martens, S 73, 75.

826 KK/Kersting § 131 Rdn 497; Hüffer/Koch § 131 Rdn 41.

827 Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 61.

828 OLG Schleswig 8.12.2005 – 5 U 57/04, AG 2006, 120, 125: mobilcom.

829 BGH 30.3.1967 – II ZR 245/63, NJW 1967, 1462, 1463; OLG München 11.6.2015 – 23 U 4375/14, AG 2015, 677, 678; LG Heidelberg 7.8.1996 – II KfH O 4/96, AG 1996, 523, 524; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 85; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 17a; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 61.

830 BGH 30.3.1967 – II ZR 245/63, NJW 1967, 1462, 1463; OLG München 11.6.2015 – 23 U 4375/14, AG 2015, 677, 678; OLG Frankfurt/M 7.12.2010 – 5 U 29/10, Rdn 372 (juris); OLG Stuttgart 11.8.2004 – 20 U 3/04, NZG 2004, 966, 969; Butzke G 34; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 29; KK/Kersting § 131 Rdn 494; **abw** Heidel/Heidel § 131 Rdn 25; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 81.

831 BGH 30.3.1967 – II ZR 245/63, NJW 1967, 1462, 1463; OLG München 11.6.2015 – 23 U 4375/14, AG 2015, 677, 678; OLG Hamburg 10.5.1968 – 11 U 66/67, AG 1968, 190; LG Aachen 27.10.1998 – 41 O 162/97 (nv): AMB; weitergehend für schwierige und umfangreiche Sachverhalte vgl OLG Koblenz 13.10.1967 – 2 U 614/66, WM 1967, 1288, 1293; vgl auch Henze/Born/Drescher Rdn 1422.

832 Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 23; KK/Kersting § 131 Rdn 495; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 17a; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 61; weitergehend Heidel/Heidel § 131 Rdn 25; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 85; **abw** Butzke G 34.

833 S aber OLG München 11.6.2015 – 23 U 4375/14, AG 2015, 677, 678: Investorenvereinbarung; OLG Koblenz 13.10.1967 – 2 U 614/66, WM 1967, 1288, 1293, jeweils unter Hinweis auf BGH 30.3.1967 – II ZR

im Ergebnis dazu führen, dass der Ausnahmefall zur Regel gemacht und ein Anspruch des Aktionärs auf Verlesung bejaht wird.⁸³⁴ Ein Anspruch auf Verlesung kommt daher nur bei konkreten Anhaltspunkten für eine unvollständige oder widersprüchliche mündliche Auskunft in Betracht; allein vom Aktionär geäußerte Zweifel genügen nicht.⁸³⁵

278 Der ausnahmsweise bestehende Anspruch auf Verlesung bezieht sich grundsätzlich **nur** auf **einzelne Passagen** oder Sätze eines Dokuments oder Vertrages und nicht auf das gesamte Dokument.⁸³⁶ Dementsprechend wird es regelmäßig zur sachgemäßen Beurteilung der Entlastung des Vorstands genügen, wenn nur die wesentlichen Ergebnisse eines Sonderprüfungsgutachtens über existenzbedrohende Bilanzmanipulationen verlesen werden.⁸³⁷ Im Allgemeinen wird es jedoch ausreichen und kann aus der Sicht der Aktionäre sogar vorzugswürdig sein, wenn der wesentliche Inhalt umfangreicher Dokumente oder Verträge zusammenfassend mitgeteilt wird.⁸³⁸

279 Ein Anspruch auf Verlesung besteht auch in den dargelegten Ausnahmesituationen nicht, wenn sich die Verlesung wegen der Länge der dafür benötigten Zeit, wegen der vorgerückten Stunde oder aus anderen überragenden Gründen der Verhandlungsführung nicht durchführen lässt.⁸³⁹ In solchen Fällen einer **Unzumutbarkeit** der **Verlesung** eines Dokuments **aus Zeitgründen** wird dem die Auskunft begehrenden Aktionär und den übrigen an der Hauptversammlung teilnehmenden Aktionären ein Anspruch auf **Einsicht** in das betreffende Dokument zugesprochen.⁸⁴⁰ Dem kann nur dann zugestimmt werden, wenn gleichzeitig die Notwendigkeit einer Unterbrechung der Hauptversammlung während der Einsichtnahme abgelehnt wird, weil anderenfalls die Hauptversammlung in gleicher Weise wie bei einer Verlesung unzumutbar in die Länge gezogen würde.

280 Im Unterschied zum GmbH-Recht (§ 51a GmbHG) oder zum Recht der Personengesellschaften (§§ 118, 166 HGB) besteht gemäß § 131 **kein Recht auf Einsichtnahme** in Bücher, Unterlagen oder Gutachten der Gesellschaft.⁸⁴¹ Umgekehrt braucht sich ein Ak-

245/63, NJW 1967, 1462, 1463; Heidel/Heidel § 131 Rdn 25; Hüffer/Koch § 131 Rdn 41; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 85.

834 LG Aachen 27.10.1998 – 41 O 162/97 (nv): AMB; KK/Kersting § 131 Rdn 496; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 61.

835 Insoweit zutreffend OLG München 11.6.2015 – 23 U 4375/14, AG 2015, 677, 678.

836 Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 23; Hüffer/Koch § 131 Rdn 41; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 85; Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner § 34 Rdn 45.

837 Jede Auskunft ablehnend vgl MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 240; **abw** OLG Köln 17.2.1998 – 22 U 163/97, ZIP 1998, 994, 996: Notwendigkeit einer Verlesung des gesamten Sonderprüfungsgutachtens in Sachen „KHD“; s auch OLG Koblenz 13.10.1967 – 2 U 614/66, WM 1967, 1288, 1293: Pensionsvertrag.

838 BGH 30.3.1967 – II ZR 245/63, NJW 1967, 1462, 1463; OLG Schleswig 8.12.2005 – 5 U 57/04, AG 2006, 120, 124; mobilcom; OLG Stuttgart 11. 8. 2004 – 20 U 3/04, NZG 2004, 966, 969; Butzke G 34; MünchHdb AG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 40; Volhard in Semler/Volhard/Reichert § 11 Rdn 27.

839 BGH 30.3.1967 – II ZR 245/63, NJW 1967, 1462, 1463; OLG München 11.6.2015 – 23 U 4375/14, AG 2015, 677, 678; OLG Hamburg 10.5.1968 – 11 U 66/67, AG 1968, 190; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 17a.

840 Henze/Born/Drescher Rdn 1420, 1423; ebenso Heidel/Heidel § 131 Rdn 26; vgl auch OLG Köln 17.2.1998 – 22 U 163/97, ZIP 1998, 994, 998: KHD.

841 BGH 6.3.1997 – II ZB 4/96, BGHZ 135, 48, 54; BGH 5.4.1993 – II ZR 238/91, BGHZ 122, 211, 237; OLG München 11.6.2015 23 U 4375/14, AG 2015, 677, 678; OLG Frankfurt/M 7.12.2010 – 5 U 29/10, Rdn 372 (juris); OLG Düsseldorf 10.9.2008 – I-6 W 30/08, ZIP 2009, 170, 175; OLG Dresden 1.12.1998 – 7 W 426/98, AG 1999, 274, 276; OLG Frankfurt/M 7.6.1988 – 5 U 93/87, AG 1989, 330; LG München I 23.2.2012 – 5 HK O 12377/09, Rdn 120 (juris); HRE Kapitalerhöhung; LG München I 20.1.2011 – 5 HK O 18800/09, Rdn 285 (juris); HRE *Squeeze-out*; LG München I 28.8.2008 – 5 HK O 2522/08, AG 2008, 904, 909; LG München I 28.8.2008 – 5 HK O 12861/07, Rdn 554 (juris) und LG München I 24.4.2008 – 5 HK O 23244/07 Rdn 379 (juris); HVB; LG Berlin 25.5.2005 – 99 O 110/04, DZWIR 2005, 479, 480; Hüffer/Koch § 131 Rdn 41; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 86; **abw** für komplexe Sachverhalte Heidel/Heidel § 131 Rdn 25.

tionär grundsätzlich nicht auf die Vorlage oder Aushändigung von Unterlagen verweisen zu lassen. Anders kann es sich verhalten, wenn zur Beantwortung der Fragen eines Aktionärs eine Vielzahl einzelner Daten mitgeteilt werden muss und ihm durch die Einsicht in eine Auflistung eine **schnellere und zuverlässigere Unterrichtung** möglich ist, als wenn die Daten mündlich vorgetragen werden.⁸⁴² Im übrigen können sich Gesellschaft und Aktionär auch auf eine Einsichtnahme verständigen.⁸⁴³ Voraussetzung ist allerdings stets, dass allen Aktionären die Gelegenheit geboten wird, während der Dauer der Hauptversammlung in diese Aufzeichnungen Einsicht zu nehmen.⁸⁴⁴ Andere Aktionäre können sich die Frage zu eigen machen und auf eine mündliche Beantwortung bestehen, sofern sie nicht ausnahmsweise auf eine Einsichtnahme verwiesen werden dürfen. Eine Einsichtnahme in fremdsprachige Dokumente ist nur ausreichend, wenn zusätzlich eine Übersetzung in die deutsche Sprache vorliegt oder der Inhalt zusammenfassend mündlich mitgeteilt wird.⁸⁴⁵ Einer Unterbrechung der Hauptversammlung während der Einsichtnahme durch den Aktionär bedarf es nicht, dem Aktionär muss aber ausreichend Zeit zur Einsichtnahme gegeben werden.⁸⁴⁶

4. Pflicht zur angemessenen Vorbereitung

a) Grundsatz. Eine gewissenhafte Auskunftserteilung in der Hauptversammlung **281** setzt eine angemessene Vorbereitung durch den Vorstand voraus. Das Auskunftsrecht ist nicht auf einfache und leicht zu beschaffende Auskünfte beschränkt. Vielmehr erfasst es auch Gegenstände, auf die der Vorstand vorhersehbar bei angemessener Vorbereitung und unter Beziehung vorhandener Unterlagen und sachkundiger Mitarbeiter ohne wesentliche Verzögerung der Hauptversammlung eingehen kann.⁸⁴⁷ Der Umfang der Pflicht zur angemessenen Vorbereitung **hängt von** der konkreten **Tagesordnung** ab (Rdn 154). Bei einer normalen Hauptversammlung genügt grundsätzlich eine Vorbereitung auf die – insbesondere aus der Erfahrung vergangener Hauptversammlungen, eigener aktueller Einschätzung sowie nach Richtlinien von Schutzvereinigungen – zu erwartenden Fragen zu den Standard-Tagesordnungspunkten.

842 BGH 9.2.1987 – II ZR 119/86, BGHZ 101, 1, 15; OLG Düsseldorf 29.12.2009 – I-6 U 69/08, Rdn 120 (juris); OLG Düsseldorf 10.9.2008 – I-6 W 30/08, ZIP 2009, 170, 175; KG 9.6.2008 – 2 W 101/07, ZIP 2009, 1223, 1232; OLG Düsseldorf 11.8.2006 – I-15 W 110/05, Rdn 71, 73 (juris); OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2152; KK/Kersting § 131 Rdn 490; Hüffer/Koch § 131 Rdn 41; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 61; Wachter/Wachter § 131 Rdn 18; zur Hinzuziehung eines Sachverständigen Hirte FS Röhricht, S 217, 232.

843 Vgl auch Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 68.

844 BGH 9.2.1987 – II ZR 119/86, BGHZ 101, 1, 16; OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2153; Butzke G 35; MünchHdb AG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 40; Hüffer/Koch § 131 Rdn 41; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 17a; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 61; weitergehend KK/Kersting § 131 Rdn 492; einschränkend MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 88.

845 OLG Schleswig 8.12.2005 – 5 U 57/04, Rdn 166 (juris); Volhard in Semler/Volhard/Reichert § 11 Rdn 27.

846 Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 29; KK/Kersting § 131 Rdn 490; **abw** Heidel/Heidel § 131 Rdn 24

847 BGH 7.4.1960 – II ZR 143/58, BGHZ 32, 159, 165; RG 12.6.1941 – II 122/40, RGZ 167, 151, 169; OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 402 (juris); OLG München 6.8.2008 – 7 U 4972/07, 3K11832 (cas.jurion.de); OLG Celle 24.11.2004 – 9 U 119/04, AG 2005, 438, 439; KG 24.8.1995 – 2 W 1255/95, ZIP 1995, 1585, 1589; KG 30.6.1994 – 2 W 4531, 4642/93, WM 1994, 1479, 1485; OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2152; BayObLG 25.6.1975 – 2 Z 15/75, AG 1975, 325, 327; LG Düsseldorf 28.9.2011 – 41 O 40/09, Rdn 57 (juris); LG München I 28.1.2010 – 5 HK O 15937/09, Rdn 59 (juris); LG Essen 8.2.1999 – 44 O 249/98, AG 1999, 329, 333; KK/Kersting § 131 Rdn 417; Hüffer/Koch § 131 Rdn 10; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 92; Mutter S 57; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 15; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 64; Wachter/Wachter § 131 Rdn 20; zurückhaltend Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 62, 71.

- 282** Bei einer **kritischen Hauptversammlung**, bei der zB eine Grundlagen- und Strukturmaßnahme zur Entscheidung ansteht, ist eine Vorbereitung auch hierzu – ggf unter Einbeziehung einer insoweit durchgeführten Unternehmensbewertung – sowie insgesamt ein erhöhter Diskussions- und Fragenbedarf der Aktionäre in Rechnung zu stellen (Rdn 237).⁸⁴⁸ Die **Vorbereitungspflicht** kann im Einzelfall zudem **gesteigert** sein, wenn der Vorstand im Vorfeld der Hauptversammlung – etwa aufgrund konkreter Kritikpunkte der Schutzvereinigungen, von institutionellen Aktionären oder professionellen Kleinanlegern oder aufgrund kritischer Presseberichterstattung – vorhersehen kann, dass ein bestimmter Themenbereich auf der Hauptversammlung besondere Aufmerksamkeit finden kann.⁸⁴⁹ Kündigen Aktionäre im Vorfeld Fragen an, so kann auch dieser Umstand – vorbehaltlich der Erforderlichkeit der Auskunft – zu einer Steigerung der Vorbereitungspflicht führen (Rdn 70, 286).
- 283** In Erfüllung der Pflicht zu einer angemessenen Vorbereitung werden in der **Praxis** in Vorbereitung der Hauptversammlung mögliche Fragen und Antworten zu den entsprechenden Tagesordnungspunkten vorbereitet.⁸⁵⁰ Wenn auch die Fragen meist nicht genau in der vorbereiteten Form gestellt werden, so dient ein solcher Q&A-Katalog einer umfassenden Vorbereitung und kann die konkrete Auskunftserteilung erleichtern. Zum Zwecke der Auskunftserteilung über Gegenstände, die der Vorstand nicht bereits aus eigener Kenntnis ohne weiteres beantworten kann, muss der Vorstand während der Hauptversammlung das notwendige Personal und geeignete sachliche Hilfsmittel zur Verfügung halten; gleiches gilt für die Ermöglichung einer sachgerechten Aufnahme der Fragen.⁸⁵¹ Der Vorstand muss hierdurch in die Lage versetzt werden, auch nicht vorhersehbare Fragen, die zur Beurteilung der Tagesordnung erforderlich sind, zu beantworten, wenn die notwendigen Unterlagen und Informationen unschwer und ohne wesentliche Verzögerung der Hauptversammlung beschafft werden können.⁸⁵²
- 284** Dementsprechend werden regelmäßig in der Praxis für größere oder bedeutendere Hauptversammlungen *back offices* eingerichtet, in denen Mitarbeiter des Unternehmens und ggf der Muttergesellschaft und von wesentlichen Tochtergesellschaften (Rdn 290) sowie sachkundige externe Berater und Dienstleister (zB Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, Stenographen) zur Aufnahme der Fragen und zur Formulierung von Auskunfts vorschlägen zur Verfügung stehen und die entsprechenden Vorschläge dem Vorstand vorlegen.⁸⁵³ Zur Unterstützung der Antwortenerstellung müssen geeignete sachliche Hilfsmittel zur Verfügung stehen, wozu im Einzelfall die Gesellschaftsakten und Unterlagen über wesentliche Tochtergesellschaften, Jahresabschlüsse und Geschäftsberichte der Gesellschaft und von wesentlichen Tochtergesellschaften der letzten drei Jahre, bedeutsame Verträge oder sonstige bedeutsame rechtliche Dokumente

848 LG München I 30.1.2008 – 5 HK O 19782/06, Rdn 349 (juris); HVB/Veräußerung der Bank Austria und wesentlicher osteuropäischer Beteiligungen.

849 Butzke G 32; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 31; MünchHdb AG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 39; KK/Kersting § 131 Rdn 418; Hüffer/Koch § 131 Rdn 10; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 92; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 15; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 64; Wachter/Wachter § 131 Rdn 20.

850 Schaaf Rdn 715; Schwartzkopff Rdn 436; Volhard in Semler/Volhard/Reichert § 11 Rdn 30.

851 Butzke G 32; KK/Kersting § 131 Rdn 420; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 93; Schwarzkopff Rdn 436; Volhard in Semler/Volhard/Reichert, § 11 Rdn 30.

852 BGH 7.4.1960 – II ZR 143/58, BGHZ 32, 159, 165; OLG Celle 24.11.2004 – 9 U 119/04, AG 2005, 438, 439; LG München I 28.1.2010 – 5 HK O 15937/09, Rdn 59 (juris); LG München I 10.12.2009 – 5 HK O 13261/08, Rdn 288 (juris); LG München I 31.1.2008 – 5 HK O 19782/06, Rdn 349 (juris); LG Frankfurt/M 22.11.2006 – 3-5 O 68/06, NZG 2007, 197, 198; Heidel/Heidel § 131 Rdn 14; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 64.

853 Arnold AG 2004, R423; KK/Kersting § 131 Rdn 420; Hüffer/Koch § 131 Rdn 10; Schaaf Rdn 715; Schwartzkopff Rdn 435; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 64; Wachter/Wachter § 131 Rdn 20.

gehören können, ferner technische Hilfsmittel wie Computer, Telefon (ggf telefonische Standleitungen zur Hauptverwaltung), Kopierer etc.⁸⁵⁴ Das Personal muss jedenfalls bei einer kritischen Hauptversammlung auch außerhalb der üblichen Geschäftszeiten und ggf bis in den späten Abend hinein erreichbar sein (Rdn 305, 310).⁸⁵⁵ Das gilt auch dann, wenn die Hauptversammlung an einem arbeitsfreien Tag (zB Sonnabend) anberaumt ist.⁸⁵⁶

b) Grenzen. Der Vorbereitungspflicht des Vorstands und damit auch der Geltendmachung des Auskunftsanspruchs sind andererseits Grenzen gesetzt. Dem Vorstand ist es weder zumutbar, sich wochenlang auf potentielle Fragen in der Hauptversammlung vorzubereiten noch einen so umfangreichen Beraterstab in der Hauptversammlung vorzuhalten, dass jede theoretisch vorstellbare Frage im Zusammenhang mit der Hauptversammlung beantwortet werden kann. Eine absolute Grenze für die Zumutbarkeit einer personellen und technischen Ausstattung wird man jedoch nur schwer ziehen können.⁸⁵⁷ Auch ist zu bedenken, dass die Auskunftserteilung in der Hauptversammlung zu erfolgen hat, die (deutlich) vor Mitternacht abgewickelt werden darf (Rdn 306). Dabei müssen sich der Versammlungsleiter und der Vorstand darauf einstellen, dass die Hauptversammlung ggf zur Erteilung von Auskünften ein- oder mehrmals unterbrochen werden muss, damit Auskünfte durch das *back office* vorbereitet werden und ggf nicht vorhandene Informationen noch kurzfristig beschafft werden können. Trotz sachgerechter Vorbereitung kann jedoch die Situation eintreten, dass Informationen nicht in angemessener Zeit beschafft werden können. Aus diesen immanenten Grenzen für die Auskunftserteilung folgt, dass ein Auskunftsanspruch ausgeschlossen ist, wenn der Vorstand **trotz angemessener Vorbereitung** zur Erteilung der geforderten Auskünfte **während der Hauptversammlung nicht in der Lage** ist.⁸⁵⁸

Bei unvorhersehbaren Fragen, deren Beantwortung eine besondere Vorbereitung erfordert und die deshalb in der Hauptversammlung auch nicht ohne wesentliche Verzögerung der Hauptversammlung möglich ist, kann eine Vorbereitungspflicht des Vorstands und damit ein Auskunftsanspruch – vorbehaltlich der Erforderlichkeit der Auskunft – ausgelöst werden, wenn der Aktionär solche **Fragen** dem Vorstand **vor der Hauptversammlung bekannt** gibt.⁸⁵⁹ Insoweit bedarf es entgegen der älteren Rechtsprechung

⁸⁵⁴ MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 93.

⁸⁵⁵ Butzke G 32; Heidel/Heidel § 131 Rdn 14; Hüffer/Koch § 131 Rdn 11; Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner § 32 Rdn 7; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 15; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 64; weniger streng KK/Kersting § 131 Rdn 420.

⁸⁵⁶ BGH 7.4.1960 – II ZR 143/58, BGHZ 32, 159, 165; Heidel/Heidel § 131 Rdn 14; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 93; Hüffer/Koch § 131 Rdn 11; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 15; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 64.

⁸⁵⁷ LG Düsseldorf 28.9.2011 – 41 O 40/09, Rdn 57 (juris); Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 31; vgl auch KK/Kersting § 131 Rdn 420; abw Arnold AG 2004, R423; vgl auch Hüffer/Koch § 131 Rdn 10.

⁸⁵⁸ OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 403 (juris); OLG Frankfurt/M 7.12.2010 – 5 U 29/10, Rdn 340 (juris); OLG Celle 24.11.2004 – 9 U 119/04, AG 2005, 438, 440; OLG Brandenburg 6.6.2001 – 7 U 145/00, NZG 2002, 476, 477; BayObLG 30.11.1995 – 3 Z BR 161/93, WM 1996, 119, 123; Butzke G 33; KK/Kersting § 131 Rdn 416; Hüffer/Koch § 131 Rdn 11; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 90, 91, 92; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 15; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 26, 64; Wachter/Wachter § 131 Rdn 20.

⁸⁵⁹ BGH 7.4.1960 – II ZR 143/58, BGHZ 32, 159, 166; OLG Celle 24.11.2004 – 9 U 119/04, AG 2005, 438, 440; OLG Frankfurt/M 1.7.1998 – 21 U 166/97, AG 1999, 231, 232; SAI Automotive; LG Düsseldorf 28.9.2011 – 41 O 40/09, Rdn 57 (juris); LG München I 28.5.2010 – 5 HK O 14307/07, Rdn 53 (juris); LG Bielefeld 10.1.2008 – 10 O 72/07, Rdn 88 (juris); LG Frankfurt/M 22.11.2006 – 3-5 O 68/06, NZG 2007, 197, 198; LG Essen 8.2.1999 – 44 O 249/98, AG 1999, 329, 332; Thyssen/Krupp; Butzke G 33; MünchHdb AG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 39; KK/Kersting § 131 Rdn 39; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 31, 92; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 15; weitergehend Heidel/Heidel § 131 Rdn 14.

nicht der Herleitung einer Treuepflicht des Aktionärs, solche Fragen dem Vorstand im Vorfeld der Hauptversammlung bekanntzugeben (Rdn 70).⁸⁶⁰ Unangekündigte Fragen, mit denen der Vorstand in der Hauptversammlung nicht rechnen musste und zu deren Beantwortung das *back office* in der Hauptversammlung die notwendigen Unterlagen und Informationen auch nicht unschwer und ohne wesentliche Verzögerung der Hauptversammlung beschaffen kann, überschreiten die **immanente Grenze der Anforderungen an die Auskunftserteilung**.⁸⁶¹ Die Erteilung derartigere Auskünfte wird dementsprechend in der jüngeren Rechtsprechung und Literatur als für den Vorstand unmöglich bzw. **unzumutbar** angesehen.⁸⁶²

287 Fragen, die der Vorstand nicht vorhersehen konnte und die auch nicht ohne großen Zeitaufwand in der Hauptversammlung beantwortet werden können, werden in vielen Fällen schon nicht zur Beurteilung der Tagesordnung erforderlich sein, zB weil sie eine Vielzahl von Detailinformationen zum Gegenstand haben (Rdn 140).⁸⁶³ Aus diesem Grund wird die Berufung des Vorstands auf eine Unzumutbarkeit der Vorbereitung nur **selten entscheidungserheblich** sein.⁸⁶⁴ Liegt ein solcher Fall vor, so genügt es, wenn der Vorstand das sagt, was er weiß bzw was zumutbarerweise an Informationen in der Hauptversammlung beschafft werden kann.⁸⁶⁵ Im Übrigen ist ein Hinweis des Vorstands erforderlich, dass keine weitgehenden Informationen gegeben werden können.⁸⁶⁶ Der Erteilung einer Auskunft im Anschluss an die Hauptversammlung nach Beschaffung der erforderlichen Informationen bedarf es nicht.⁸⁶⁷

288 Die **Spruchpraxis** hat beispielsweise den Vorstand für **verpflichtet** gehalten, die Aufschlüsselung einzelner Kostenarten, die sich aus einem Betriebsabrechnungsbogen ergaben, vorzunehmen,⁸⁶⁸ Informationen zu den fünf größten Verlustgeschäften bei einem aus dem Verkauf von Wertpapieren entstandenen Gesamtverlust von 51,4 Mio. DM vorzuhalten oder noch in der Hauptversammlung zu besorgen (s Rdn 164),⁸⁶⁹ die Frage nach der Zahl von Aktien aus früheren Kapitalerhöhungen anlässlich einer neuerlich zur Beschlussfassung stehenden Kapitalerhöhung zu beantworten⁸⁷⁰ oder die Antworten zu

860 So BGH 7.4.1960 – II ZR 143/58, BGHZ 32, 159, 166; OLG Frankfurt/M 1.7.1998 – 21 U 166/97, AG 1999, 231, 232; LG Essen 8.2.1999 – 44 O 249/98, AG 1999, 329, 332; Henze/Born/Drescher Rdn 1416 f; Hüffer/Koch § 131 Rdn 8; Henssler/Strohn/Liebscher § 131 AktG Rdn 11; für Obliegenheit vgl LG Frankfurt/M 22.11.2006 – 3-5 O 68/06, NZG 2007, 197, 198; vgl auch LG Bielefeld 10.1.2008 – 10 O 72/07, Rdn 88 (juris); KK/Kersting § 131 Rdn 423; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 15.

861 LG Düsseldorf 28.9.2011 – 41 O 40/09, Rdn 57 (juris); Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 32; Hüffer/Koch § 131 Rdn 11; vgl auch Butzke G 33.

862 OLG Stuttgart 29.12.2012 – 20 W 5/11, Rdn 403 (juris); OLG Hamm 4.3.1999 – 8 W 11/99, ZIP 1999, 798, 804; Thyssen/Krupp; BayObLG 30.11.1995 – 3 Z BR 161/93, WM 1996, 119, 123; OLG Celle 24.11.2004 – 9 U 119/04, AG 2005, 438, 439; LG München I 10.12.2009 – 5 HK O 13261/08, Rdn 288 (juris); LG München I 31.1.2008 – 5 HK O 19782/06, Rdn 349 (juris); Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 37; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 32; MünchHdb AG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 39; KK/Kersting § 131 Rdn 412, 415, 424; Hüffer/Koch § 131 Rdn 11; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 80, 92; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 64; Wachter/Wachter § 131 Rdn 20.

863 LG Düsseldorf 28.9.2011 – 41 O 40/09, Rdn 57 (juris); MünchHdb AG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 39; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 90.

864 Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 37.

865 Hüffer/Koch § 131 Rdn 11; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 90, 94; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 65.

866 KK/Kersting § 131 Rdn 424; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 90, 94; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 15a.

867 OLG Celle 24.11.2004 – 9 U 119/04, AG 2005, 438, 439; LG Bielefeld 10.1.2008 – 10 O 72/07, Rdn 88 (juris); Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 37; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 32; KK/Kersting § 131 Rdn 425; Hüffer/Koch § 131 Rdn 11; Henssler/Strohn/Liebscher § 131 AktG Rdn 12; abw Heidel/Heidel § 131 Rdn 20.

868 LG München I 28.1.2010 – 5 HK O 15937/09, Rdn 59 (juris).

869 KG 15.2.2001 – 2 W 3288/00, Rdn 71 (juris).

870 LG München I 16.8.2007 – 5 HK O 17682/06, Rdn 212 (juris).

Fragen vorzubereiten, auf die sich in der Vergangenheit ein erfolgloser Antrag auf Sonderprüfung bezogen hatte.⁸⁷¹

Dagegen hat die Rechtsprechung den Vorstand **nicht für verpflichtet** gehalten, zur **289** Vorbereitung einer ordentlichen Hauptversammlung mit den üblichen Tagesordnungspunkten (Vorlage Jahresabschluss, Verwendung Bilanzgewinn und Entlastung von Vorstand/Aufsichtsrat) Bezüge einschließlich aller Zulagen, Tantiemen und konzerninternen Aufsichtsratsvergütungen der Mitarbeiter sämtlicher Tochtergesellschaften zu ermitteln.⁸⁷² Bei einer außerordentlichen Hauptversammlung, die über eine Sachkapitalerhöhung beschließt, ist der Vorstand nicht verpflichtet, sämtliche Geschäftsbeziehungen zwischen sämtlichen Konzerngesellschaften vorzubereiten, und zwar unabhängig davon, ob die Mitteilungen und Erläuterungen ca 1000 oder erheblich weniger Zahlen erfordert.⁸⁷³ Bei einer Beschlussfassung über eine Verschmelzung muss sich der Vorstand nicht auf die Frage nach den Werten der betriebsnotwendigen Grundstücke von 28 teilweise zu veräußernden Tochtergesellschaften vorbereiten.⁸⁷⁴ Ebensowenig muss er Fragen zu Grundstücksgröße und Versicherungswerten vieler hundert Grundstücke vorbereiten, zumal eine sachgerechte Mitteilung die Einholung von Verkehrswertgutachten erforderlich gemacht hätte.⁸⁷⁵ Es bedarf in der Hauptversammlung auch nicht einer Erstellung einer Simultationsrechnung für alternative Planungsszenarien⁸⁷⁶ oder der alternativen Ermittlung eines Unternehmenswertes nach Bewertungsmethoden oder Faktoren, die der konkreten Unternehmensbewertung nicht zugrunde lagen, ebensowenig der Vorbereitung von Angaben zu künftigen Bilanzierungsstandards.⁸⁷⁷ In diesen Fällen waren die begehrten Detailauskünfte ohnehin schon nicht zur Beurteilung der Tagesordnung erforderlich (Rdn 138, 140, 246, 254).

Als ein weiterer Fall der Unmöglichkeit bzw. der Unzumutbarkeit der Auskunftserteilung ist es von der Rechtsprechung anerkannt worden, wenn der Vorstand trotz pflichtgemäßer Bemühungen nicht in der Lage ist, sich eine **Information bei der Muttergesellschaft zu beschaffen**, die gleichzeitig eine Angelegenheit der Gesellschaft betrifft (Rdn 101).⁸⁷⁸ Allerdings sind an die Verpflichtung des Vorstands zur Beschaffung der Information keine geringen Anforderungen zu stellen. Dies gilt insbesondere bei erbetenen Informationen im Zusammenhang mit dem Abschluss eines Unternehmensvertrages mit der Muttergesellschaft, § 293 g Abs 3 (Rdn 101, 110).⁸⁷⁹ Insoweit genügt es nicht, wenn der Vorstand auf eine Bescheinigung der Muttergesellschaft verweist, aus der sich ergibt, dass die Muttergesellschaft nicht willens oder in der Lage ist, dem Vorstand der Tochtergesellschaft die gewünschte Information zu erteilen. Vielmehr muss feststehen, dass sich der Vorstand mit der gebotenen Intensität ernstlich um die Beschaffung der Information bemüht hat, wozu gegebenenfalls auch der Hinweis auf mögliche Ersatzansprüche gehört.⁸⁸⁰ Hinreichend plausibel kann etwa der Hinweis der Mutterge-

871 LG Frankfurt/M 22.11.2006 – 3-4 O 68/06, NZG 2007, 197, 198.

872 BayObLG 30.11.1995 – 3 Z BR 161/93, WM 1996, 119, 123.

873 OLG Frankfurt/M 1.7.1998 – 21 U 166/97, AG 1999, 231, 232: SAI Automotive.

874 OLG Hamm 4.3.1999 – 8 W 11/99, ZIP 1999, 798, 804: Thyssen/Krupp.

875 LG Essen 8.2.1999 – 44 O 249/98, AG 1999, 329, 333: Thyssen/Krupp.

876 LG München I 10.12.2009 – 5 HK O 13261/08, Rdn 288 (juris).

877 OLG Frankfurt/M 7.12.2010 – 5 U 29/10 Rdn 340 (juris).

878 S BayObLG 17.12.1974 – 2 Z 58/74, NJW 1975, 740, 741; BayObLG 25.6.1975 – 2 Z 15/75, AG 1975, 325, 327; Hüffer/Koch § 131 Rdn 11; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 15a; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 65.

879 BGH 5.4.1993 – II ZR 238/91, BGHZ 122, 211, 237; OLG Koblenz 26.4.2001 – 6 U 746/95, ZIP 2001, 1093, 1094.

880 BayObLG 17.12.1974 – 2 Z 58/74, NJW 1975, 740, 741 mit weitreichender Annahme einer Mitwirkungs- und Mitteilungspflicht der Muttergesellschaft aus Beherrschungsvertrag.

sellschaft auf ein entsprechendes Informationsbegehren durch den Vorstand sein, dass die erbetenen Informationen nach dem auf die Muttergesellschaft anwendbaren Recht nicht offengelegt werden dürfen. Auch hinsichtlich der Beschaffung von Informationen bei einer **Tochtergesellschaft** ist die Darlegung eines ausreichenden Bemühens der Muttergesellschaft sowie von plausiblen Gründen dafür erforderlich, die einer Weitergabe der Informationen an die Mutter und deren Offenlegung in der Hauptversammlung gemäß § 131 entgegenstehen.⁸⁸¹ Ein Auskunftsanspruch der Aktionäre der Mutter- oder Tochtergesellschaft gemäß § 131 Abs 4 wird durch eine Weitergabe von Informationen, deren die Mutter- bzw Tochtergesellschaft zur Erfüllung ihrer Auskunftspflichten gemäß § 131 Abs 1 Satz 1, 2 bedarf, nicht ausgelöst (Rdn 472).

VI. Beschränkung des Frage- und Rederechts (§ 131 Abs 2 Satz 2)

1. Grundlagen

- 291 **a) Gesetzeszweck.** § 131 Abs 2 Satz 2 lässt seit dem UMAG⁸⁸² erstmals eine zeitlich angemessene Beschränkung des Frage- und Rederechts des Aktionärs durch den Versammlungsleiter in der Hauptversammlung zu, sofern die Satzung oder die Geschäftsordnung eine entsprechende Ermächtigung enthält. Vor dieser Regelung war die Zulässigkeit einer allgemeinen zeitlichen Beschränkung des Rederechts aufgrund eigener Kompetenz des Versammlungsleiters gesichert (Rdn 294).⁸⁸³ Eine allgemeine zeitliche Beschränkung des Auskunftsrechts durch den Versammlungsleiter war dagegen nach Rechtsprechung und hL nicht zulässig; die Zeit für das Stellen von Fragen wurde nicht auf eine zulässigerweise angeordnete Redezeitbeschränkung angerechnet.⁸⁸⁴ Die Anordnung einer allgemeinen Redezeitbeschränkung durch den Versammlungsleiter blieb wenig effizient, weil professionelle Hauptversammlungsteilnehmer durch extensive Ausübung des Fragerechts die Hauptversammlung in die Länge ziehen konnten. Mit der Regelung des § 131 Abs 2 Satz 2 wurden Forderungen aus der Praxis aufgegriffen, dem Versammlungsleiter ein effizientes Mittel zur zeitgerechten Beendigung einer Hauptversammlung an die Hand zu geben.⁸⁸⁵ Die Regelung dient dazu, die inhaltliche Qualität der **Hauptversammlung** zu verbessern und diese zu einer **straffen**, auf die wesentlichen Entscheidungen konzentrierten Plattform zu machen, die mehr an inhaltlichem Gewicht und **Attraktivität** für Aktionäre mit ernstzunehmenden Stimmenanteilen **gewinnen** soll.⁸⁸⁶
- 292 Die gesetzliche Möglichkeit einer Beschränkung des Frage- und Rederechts liegt auf der Linie der Rechtsprechung des BVerfG: dieses hat die weitreichenden Befugnisse des Versammlungsleiters hervorgehoben und betont, die Gerichte seien gemäß Art 14 Abs 1 gehalten, einer missbräuchlichen Handhabung des Fragerechts durch die Aktionäre ent-

881 Kort ZGR 1987, 46, 70.

882 BGBI I 2005, S 2802 (Art 1 Nr 9 lit a).

883 BVerfG 20.9.1999 – I BvR 168/93, ZIP 1999, 1798, 1800: Wenger/Daimler-Benz; *Vorauf* Rdn 110 mwN.

884 BGH 11.11.1965 – II ZR 122/63, BGHZ 44, 245, 252; OLG Stuttgart 15.2.1995 – 3 U 118/94, WM 1995, 617; LG Frankfurt/M 21.2.2006 – 3-5 O 71/05, Rdn 99 (juris); LG Köln 6.7.2005 – 82 O 150/04, Rdn 127 (juris); **abw** Arnold AG 2003, R329; *Mutter* S 63; eingeschr auch *Vorauf* Rdn 111 (mwN zur hM).

885 Begr RegE BT-Drucks 15/5092, S 17; BGH 8.2.2010 – II ZR 94/08, BGHZ 184, 354 Rdn 11

„Redezeitbeschränkung“; Baums (Hrsg), Regierungskommission Corporate Governance, Rdn 113, 105, 106; Hemeling AG 2004, 462; Hoffmann-Becking (Hrsg), Stellungnahmen DAV-HRA, S 57, 62.

886 Begr RegE BT-Drucks 15/5092, S 17; BGH 5.11.2013 – II ZB 28/12, BGHZ 198, 354 Rdn 34; BGH 8.2.2010 – II ZR 49/08, BGHZ 184, 239 Rdn 11, 12: „Redezeitbeschränkung“; Goette DStR 2010, 2579, 2582; Seibert WM 2005, 157, 160.

gegenzutreten, um eine Abwicklung der Hauptversammlung in angemessener und zuverlässiger Zeit zu ermöglichen.⁸⁸⁷ Dementsprechend ist die Regelung **verfassungsgemäß** und stellt keinen unzulässigen Eingriff in Art 14 Abs 1 GG dar.⁸⁸⁸ Die Regelung ist auch **europarechtlich zulässig**: Art 9 Abs 2 AktionärsrechteRL ermöglicht Einschränkungen des Auskunftsrechts zur Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Ablaufs der Hauptversammlung.⁸⁸⁹

b) Praktische Bedeutung. Die praktische Bedeutung der Regelung ist **hoch**. Börsennotierte Gesellschaften haben weitestgehend von der Ermächtigung des § 131 Abs 2 Satz 2 durch eine entsprechende **Satzungsregelung** Gebrauch gemacht.⁸⁹⁰ Regelungen in einer **Geschäftsordnung** spielen dagegen in der Praxis börsennotierter Gesellschaften **keine Rolle**. Die Anordnung einer allgemeinen Beschränkung des Frage- und Rederechts der Aktionäre ist eine wesentliche **Voraussetzung für eine effiziente und zeitgerechte Abhandlung der Hauptversammlung**. Nicht zuletzt in Folge der gesetzlichen Regelung ist die zeitliche Dauer deutscher Hauptversammlungen deutlich zurückgegangen (Rdn 38, 305). Zweitägige Hauptversammlungen, die früher bei Grundlagen- und Strukturmaßnahmen keine Seltenheit waren, gehören (nahezu) der Vergangenheit an, da durch eine – ggf stufenweise zeitlich verschärzte – Beschränkung des Frage- und Rederechts der Aktionäre, kombiniert mit einer Schließung der Rednerliste (Rdn 340), eine rechtsichere Beendigung der Hauptversammlung (deutlich) vor 24 Uhr erreicht werden kann.

2. Ermächtigung durch Satzung oder Geschäftsordnung

a) Notwendigkeit der Ermächtigung? Im Gesetzgebungsverfahren ist angeregt 294 worden, die Befugnis zu einer zeitlichen Beschränkung des Frage- und Rederechts nicht von einer Ermächtigung durch die Hauptversammlung abhängig zu machen, weil der **Versammlungsleiter** jedenfalls für eine Redezeitbeschränkung eine **originäre Anordnungskompetenz** habe und diese auch für die Beschränkung des Fragerights vorzugsweise sei.⁸⁹¹ Auch wenn der Gesetzgeber diese Anregung nicht aufgegriffen hat, soll § 131 Abs 2 Satz 2 ausweislich der Gesetzesmaterialien bei Fehlen einer Ermächtigung durch Satzung oder Geschäftsordnung eine davon unabhängig bestehende eigene Anordnungskompetenz des Versammlungsleiters nicht beseitigen, sondern erweitern.⁸⁹² Die Hauptversammlung kann durch einen ad hoc-Beschluss Maßnahmen des Versamm-

887 BVerF 20.9.1999 – 1 BvR 168/93, ZIP 1999, 1798, 1800: Wenger/Daimler-Benz; Begr RegE BT-Drucks 15/5092, S 17.

888 BGH 8.2.2010 – II ZR 94/08, BGHZ 184, 354 Rdn 14 „Redezeitbeschränkung“; Goette DStR 2010, 2579, 2583; ebenso Angerer ZGR 2011, 27, 32; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 37; KK/Kersting § 131 Rdn 270; Hüffer/Koch § 131 Rdn 42; Lack, S 124; Schön FS Ulmer, 2003, S 1359, 1378; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 66; abw Heidel/Heidel § 131 Rdn 55b; s auch OLG Frankfurt/M 12.2.2008 – 5 U 8/07, Rdn 39, 42 (juris; Vorinstanz BGHZ 184, 239): Notwendigkeit verfassungskonform einschr Auslegung.

889 Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 37; KK/Kersting § 131 Rdn 270; Hüffer/Koch § 131 Rdn 42; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 66.

890 Butzke G 22; Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 1; Hüffer/Koch § 131 Rdn 42; Wachter/Wachter § 131 Rdn 41.

891 Hoffmann-Becking (Hrsg) Stellungnahmen DAV-HRA, S 74, 78; vgl auch MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 102.

892 Begr RegE BT-Drucks 15/5092, S 17; BGH 8.2.2010 – ZR 49/08, BGHZ 184, 239, Rdn 29

„Redezeitbeschränkung“; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 37; Hüffer/Koch § 131 Rdn 42; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 102; Lack, S 114; Mülbert § 129 Rdn 200; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 18b; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 68.

lungsleiters, die dieser aufgrund seiner originären Kompetenz zur zeitgerechten Beendigung der Hauptversammlung unter Einschränkung des Rede- und Fragerechts anordnet, weder aufheben noch durch die Satzung oder eine Geschäftsordnung entsprechende Maßnahmen untersagen.⁸⁹³

295 Dementsprechend ist der Versammlungsleiter nach wie vor (Rdn 291; *Mülbert* § 129 Rdn 183) aus originärer Kompetenz berechtigt, das **Rederecht** eines Aktionärs **allgemein** zeitlich zu **beschränken**, auch wenn er hierzu nicht durch die Hauptversammlung ermächtigt wurde. Dagegen wird bei Fehlen einer Ermächtigung eine **allgemeine Beschränkung des Fragerechts** der Aktionäre kraft eigener Kompetenz des Versammlungsleiters (ebenso wie schon vor dem UMAG, Rdn 291) überwiegend **abgelehnt** (*Mülbert* § 129 Rdn 202).⁸⁹⁴ Demgegenüber spricht für eine originäre Kompetenz des Versammlungsleiters zur allgemeinen Beschränkung auch des Fragerechts der Aktionäre jedenfalls zur Sicherstellung einer zeitgerechten Beendigung der Hauptversammlung noch am selben Tage der Umstand, dass der Gesetzgeber in den Gesetzesmaterialien zum UMAG vom Leitbild einer eintägigen Hauptversammlung ausgegangen ist (Rdn 306).⁸⁹⁵ Die Streitfrage hat jedoch **geringe praktische Bedeutung**, weil ohnehin weitestgehend in Satzungen von börsennotierten Gesellschaften eine Ermächtigung gemäß § 131 Abs 2 Satz 2 geregelt ist.

296 Das Fehlen einer Ermächtigung gemäß § 131 Abs 2 Satz 2 ändert ebenfalls nichts an der originären Kompetenz des Versammlungsleiters zu einer **individuellen Beschränkung des Rede- und Fragerechts** (Rdn 330).⁸⁹⁶ Eine solche zeitliche Beschränkung (auch) des Fragerechts eines einzelnen Aktionärs kommt allerdings nur bei übermäßiger Inanspruchnahme (Rdn 333) in Betracht.⁸⁹⁷ Ebenso bleiben auch ohne Grundlage in Satzung oder Geschäftsordnung zusätzliche allgemeine Ordnungsmaßnahmen des Versammlungsleiters zur Sicherstellung einer angemessenen zeitlichen Beendigung der Hauptversammlung wie die **Schließung der Rednerliste** und der **Schluss der Debatte** zulässig (Rdn 340, 346).

297 b) Kumulative oder differenzierte Regelung? Wird von der Ermächtigung zur Beschränkung des Frage- und Rederechts des Aktionärs Gebrauch gemacht, so legt die gesetzliche Formulierung des § 131 Abs 2 Satz 2 die Notwendigkeit einer kumulativen Regelung nahe.⁸⁹⁸ Dennoch ist eine kumulative Beschränkung von Frage- und Rederecht nicht zwingend, sondern es ist auch eine individuelle Regelung zulässig.⁸⁹⁹ Dementsprechend können sich die Aktionäre dafür entscheiden, in der Satzung nur eine Ermächtigung für die Beschränkung des Rederechts der Aktionäre vorzusehen, wenn sie dem Fra-

893 *Ihrig* FS Goette, 2011, 205, 216; *MünchKomm/Kubis* § 131 Rdn 102; *Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner* § 34 Rdn 7.

894 LG Frankfurt/M 21.2.2006 – 3-5 O 71/05, Rdn 99 (juris); *Celanese/Fleischer* NJW 2005, 3525, 3530; *Heidel/Heidel* § 131 Rdn 55; KK/*Kersting* § 131 Rdn 284; *MünchKomm/Kubis* § 131 Rdn 103; *Schmidt/Lutter/Spindler* § 131 Rdn 68.

895 BegrE BT-Drucks 15/5092, S 17; s auch *Butzke* G 23; *Grigoleit/Herrler* § 131 Rdn 36; *Hüffer/Koch* § 131 Rdn 50 ff; *Ziemers/Binnewies*, Rz I 10.710: Zulässigkeit unter erhöhten Anforderungen; weitergehend *Mutter AG* 2006, R380, 380.

896 *Butzke* G 23; KK/*Kersting* § 131 Rdn 285; *Bürgers/Körber/Reger* § 131 Rdn 18b; *Weißhaupt* ZIP 2005, 1766, 1767.

897 BVerfG 20.9.1999 – 1 BvR 168/93, ZIP 1999, 1798, 1800; *Wenger/Daimler-Benz*; OLG Stuttgart 15.2.1995 – 3 U 118/94, WM 1995, 617, 619; *Mülbert* § 129 Rdn 202; *Vorauf* Rdn 110, 112.

898 *Seibert* WM 2005, 157, 160; s auch BGH 8.2.2010 – II ZR 94/08, BGHZ 184, 239 Rdn 17: Redereitbeschränkung.

899 *Herrler* DNotZ 2010, 331, 343; KK/*Kersting* § 131 Rdn 271; *Hüffer/Koch* § 131 Rdn 42; *Bürgers/Körber/Reger* § 131 Rdn 18.

gerecht eine höhere Wertigkeit zugestehen wollen. Angesichts des Umstandes, dass das Rederecht ohnehin kraft originärer Kompetenz durch den Versammlungsleiter eingeschränkt werden darf (Rdn 295), wäre eine derartige Ermächtigung in der Satzung allerdings nur eine bekräftigende Legitimation auch durch die Aktionäre. Umgekehrt ist eine Differenzierung zwischen dem Frage- und dem Rederecht etwa dergestalt, dass eine Beschränkung des Fragerechts nur *ultima ratio* sei, nicht geboten (vgl auch Rdn 317).⁹⁰⁰ Weder der Gesetzgeber noch das BVerfG differenzieren hinsichtlich der Möglichkeit einer Beschränkung zwischen dem Rede- und dem Fragerecht.⁹⁰¹ Eine derartige Differenzierung wäre auch wegen der fehlenden Praktikabilität der Handhabung in der Hauptversammlung nicht sinnvoll: Redebeiträge können zur besseren Verständlichkeit einer nachfolgenden Frage vorangestellt sein, mitunter nahtlos in Fragen übergehen oder in Frageform gekleidet sein.⁹⁰² Deshalb ist in der Praxis eine **kumulative Beschränkung** von Frage- und Rederecht **üblich**.

c) Generell-abstrakte oder konkrete Ermächtigung? Die Regelung in der Satzung **298** kann sich auf eine Ermächtigung beschränken, die lediglich den Gesetzeswortlaut wiedergibt.⁹⁰³ Sie kann auch darüber hinausgehend generell-abstrakte Regelungen enthalten, indem auch die Möglichkeit einer anfänglichen oder nachträglichen allgemeinen Beschränkung des Rede- und Fragerechts, einer individuellen Beschränkung des Rede- und Fragerechts sowie weitere Ordnungsmaßnahmen des Versammlungsleiters zur angemessenen Gestaltung des zeitlichen Rahmens der Hauptversammlung wie die Schließung der Rednerliste oder der Schluss der Debatte angesprochen werden.⁹⁰⁴ Dagegen war zunächst streitig, ob konkrete Regelungen in der Satzung etwa zum zeitlichen Rahmen für die Hauptversammlung, zum Zeitpunkt der Beendigung der Hauptversammlung, zur zeitlichen Bemessung einer allgemeinen Beschränkung des Rede- und Fragerechts sowie einzelner Rede- und Fragebeiträge zulässig sind, oder ob sich die Ermächtigung auf eine bloße Regelung des Verfahrens beschränken muss. Der BGH hat derartige **inhaltlich konkrete Beschränkungen des Frage- und Rederechts** für **zulässig** erklärt, wenn und weil es sich um Regelungen handelt, von denen der Versammlungsleiter Gebrauch machen kann (aber nicht muss) und die dann im Einzelfall vom Versammlungsleiter nach pflichtgemäßem Ermessen zu konkretisieren sind (näher Rdn 302).⁹⁰⁵

Konkrete Satzungsregelungen können jedoch **keinen safe harbor** dergestalt schaffen, dass Maßnahmen, die der Versammlungsleiter anordnet und die sich im Rahmen der Satzungsermächtigung halten, in jedem Fall angemessen und rechtswirksam sind.⁹⁰⁶

900 BGH 8.2.2010 – II ZR 94/08, BGHZ 184, 239 Rdn 17; Redezeitbeschränkung; Goette DStR 2010, 2579, 2583; ebenso Hüffer/Koch § 131 Rdn 44; Kremer FS Hoffmann-Becking, 697, 706.

901 Begr RegE BT-Drucks 15/5092, S 17; BVerfG 20.9.1999 – 1 BvR 168/93, ZIP 1999, 1798, 1800: Wenger/Daimler-Benz.

902 BGH 8.2.2010 – II ZR 94/08, BGHZ 184, 239 Rdn 17; Goette DStR 2010, 2579, 2583; ebenso Butzke G 13; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 40; Hüffer/Koch § 131 Rdn 44; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 18.

903 S etwa § 19 der Satzung der BMW AG, www.bmw.de/satzung; Noack in VGR (Hrsg), Bd 9, S 37, 47 f.

904 S etwa § 15 der Satzung der Daimler AG, www.daimler.de/satzung; Butzke G 22; MünchHdb AG/Hoffmann-Becking § 37 Rdn 60.

905 BGH 8.2.2010 – II ZR 94/08, BGHZ 184, 239 Rdn 8; Goette DStR 2010, 2579, 2582; zust etwa Angerer ZGR 2011, 27, 36; Arnold/Gärtner GWR 2010, 288, 290; Herrler DNotZ 2010, 331, 344; Jerczynski NJW 2010, 1566, 1568; Hüffer/Koch § 131 Rdn 42, 45; Henssler/Strohn/Liebscher § 131 AktG Rdn 13; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 67; Wachter DB 2010, 829, 831; abw noch Vorinstanz OLG Frankfurt/M 12.2.2008 – 5 U 8/07, AG 2008, 592, 592f; ebenso Heidel/Heidel § 131 Rdn 55c, d; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 104, 105.

906 BGH 8.2.2010 – II ZR 94/08, BGHZ 184, 239 Rdn 28; Goette DStR 2010, 2579, 2583; insoweit auch OLG Frankfurt/M 12.2.2008 – 5 U 8/07 Rdn 35 (juris); KK/Kersting § 131 Rdn 281; Spindler/Stilz/Siemss § 131

Vielmehr können Ordnungsmaßnahmen des Versammlungsleiters inzident mit dem betreffenden Sachbeschluss auf ihre Angemessenheit hin gerichtlich überprüft werden (näher Rdn 327).⁹⁰⁷ Der BGH legte eine Satzungsregelung, wonach konkrete inhaltliche Beschränkungen des Rede- und Fragerechts als angemessen im Sinne des § 131 Abs 2 Satz 2 gelten, dahingehend aus, dass sie unter dem Vorbehalt einer gerichtlich überprüfbaren, ermessensfehlerfreien Ausübung durch den Versammlungsleiter stehen.⁹⁰⁸ Dennoch erscheinen derartige missverständliche Regelungen mangels Schaffung eines rechtsichereren Rahmens als nicht empfehlenswert. In jedem Fall gefährlich sind konkrete Satzungsregelungen, die dem Versammlungsleiter keinen Ermessensspielraum zur Umsetzung der Ermächtigung belassen, sondern ihn binden sollen.⁹⁰⁹

- 300** Auch unabhängig von der fehlenden Möglichkeit der Schaffung eines rechtsichereren Rahmens sind inhaltlich konkrete Ermächtigungen⁹¹⁰ nicht empfehlenswert; vielmehr sind **generell-abstrakte Ermächtigungen** für die Praxis **besser geeignet**.⁹¹¹ Der Versammlungsleiter muss situationsbedingt in der Hauptversammlung angemessene Anordnungen zur zeitgerechten Beendigung der Hauptversammlung treffen, die allgemeine und/oder individuelle Beschränkungen des Rede- und Fragerechts, die Schließung der Rednerliste und den Schluss der Debatte zur Folge haben können. Es ist ungesichert, ob konkrete inhaltliche Regelungen in der Satzung, die der BGH als „ermessensleitend“ bezeichnet hat,⁹¹² dem Versammlungsleiter den nötigen Freiraum zur inhaltlichen Konkretisierung belassen, sein Ermessen beschränken⁹¹³ oder ihn gar binden.⁹¹⁴ Auch im ersten Fall können konkret-inhaltliche Regelungen in der Satzung jedenfalls einen erhöhten Rechtfertigungsbedarf auslösen, wenn der Versammlungsleiter Maßnahmen anordnet, die über die satzungsmäßigen Regelungen hinausgehen.⁹¹⁵ So kann etwa eine konkrete inhaltliche Regelung wie im BGH-Fall, dass eine allgemeine Redezeitbeschränkung auf 15 Minuten und ab einer bestimmten Rednerzahl auf 10 Minuten vom Versammlungsleiter angeordnet werden kann, unnötige Diskussionen über die Zulässigkeit einer im Einzelfall notwendig werdenden Verschärfung der Redezeitbeschränkung bei fortgeschrittenem Verlauf der Hauptversammlung (Rdn 314) auslösen.⁹¹⁶ In der Praxis

Rdn 55; *Ziemons* in Ziemons/Binnewies, Rz I 10.706; **abw** LG Frankfurt/M 28.11.2006 – 3-5 O 93/06, Rdn 27 (juris; 1. Instanz zu BGHZ 184, 239); vgl auch Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 38; *Seibert* WM 2005, 157, 161; *Weißhaupt* ZIP 2005, 1766, 1768.

907 BGH 8.2.2010 – II ZR 94/08, BGHZ 184, 239, Rdn 16, 28; OLG Frankfurt 16.12.2014 – 5 U 24/14, Rdn 40 (juris); LG München I 20.1.2011 – 5 HK O 18800/09, Rdn 254, 264 (juris); Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 41; Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner § 34 Rdn 12; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 66; Wachter/Wachter § 131 Rdn 42.

908 BGH 8.2.2010 – II ZR 94/08, BGHZ 184, 239 Rdn 28; *Goette* DStR 2010, 2579, 2583; **abw** für Unzulässigkeit OLG Frankfurt 12.2.2008 – 5 U 8/07, Rdn 35, 43 (juris); Unzulässige Fiktion; insow auch *Kersting* NZG 2010, 446, 447; vgl auch *Wilsing/von der Linden* DB 2010, 1277, 1278, Fn 21.

909 *Herrler* DNotZ 2010, 331, 340; *Jerczynski* NJW 2010, 1566, 1568; KK/Kersting § 131 Rdn 281; insow zutr auch MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 100, 104.

910 S § 21 Abs 5–7 der Satzung der Stada AG, www.stada.de/satzung; *Weißhaupt* ZIP 2005, 1766, 1769; für detaillierte Bestimmungen nach dem Vorbild BGHZ 184, 239 *Heider/M Hirte* GWR 2010, 137, 138; *Herrler* DNotZ 2010, 331, 341; *Krause* BB 2015, 852; vgl auch *Goette* DStR 2010, 2579, 2582; *Wachter* DB 2010, 829, 832.

911 *Angerer* ZGR 2011, 27, 36; *Arnold/Gärtner* GWR 2010, 288, 290; *Hölters/Drinhausen* § 131 Rdn 26; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 39; MünchHdb AG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 63; Hüffer/Koch § 131 Rdn 43, 45; *Kremer* FS Hoffmann-Becking, S 697, 705; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 55; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 68a; *Wilsing/von der Linden* DB 2010, 1277, 1280; *Ziemons* in Ziemons/Binnewies, Rz I 10.708.

912 BGH 8.2.2010 – II ZR 94/08, BGHZ 184, 239 Rdn 8, 10, 16; *Goette* DStR 2010, 2579, 2582; Hüffer/Koch § 131 Rdn 43; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 67.

913 *Angerer* ZGR 2011, 27, 37; *Butzke* G 23; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 38.

914 So Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 18.

915 *Arnold/Gärtner* GWR 2010, 288, 290; *Wilsing/von der Linden* DB 2010, 1277, 1280.

916 *Butzke* G 22 Fn 60; *Wilsing/von der Linden* DB 2010, 1277, 1280.

hat dementsprechend die Anerkennung auch inhaltlich konkreter Regelungen in der Satzung durch den BGH nicht zu einer weiten Verbreitung derartiger Regelungen geführt; vielmehr hält die Praxis überwiegend an generell-abstrakten Vorgaben fest (Rdn 298).

In der **Praxis** überwiegen insoweit Satzungsregelungen, die nicht nur den Gesetzeswortlaut des § 131 Abs 2 Satz 2 wiedergeben, sondern ausdrücklich die Möglichkeiten einer allgemeinen Frage- und Redezeitbeschränkung, einer Beschränkung des Frage- und Rederechts des einzelnen Aktionärs und generell Maßnahmen zur zeitlich angemessenen Gestaltung der Hauptversammlung anzusprechen, die die Schließung der Rednerliste und den Schluss der Debatte einschließen. Derartige Regelungen können im Einzelfall dem Versammlungsleiter einen größeren Handlungsspielraum verschaffen,⁹¹⁷ wenn er die Beendigung einer kritischen Hauptversammlung nach 10 Stunden oder einer normalen Hauptversammlung mit großer Teilnehmerzahl innerhalb von sechs bis acht Stunden anstrebt (Rdn 305 f). Die Gerichte haben bei der inzidenten Überprüfung der Angemessenheit von Maßnahmen des Versammlungsleiters auf der Grundlage derartiger generell-abstrakter Vorgaben bislang Augenmaß walten lassen, sodass für die Praxis kein Bedürfnis nach noch detaillierteren Regelungen in der Satzung besteht (Rdn 328).

3. Allgemeine Frage- und Redezeitbeschränkung

a) Angemessenheit. Der Versammlungsleiter kann (nicht muss) in der Hauptversammlung von der Ermächtigung gemäß § 131 Abs 2 Satz 2 Gebrauch machen und im Einzelfall eine allgemeine Beschränkung des Frage- und Rederechts zur Sicherstellung eines zeitgerechten Ablaufs der Hauptversammlung anordnen. Dem Versammlungsleiter obliegt es damit, die Ermächtigung „zeitlich angemessen“ im Sinne des § 131 Abs 2 Satz 2 zu konkretisieren.⁹¹⁸ Der Versammlungsleiter hat sich dabei an den **Geboten der Sachedienlichkeit, Gleichbehandlung, Verhältnismäßigkeit** und **Neutralität** zu orientieren (*Mülbert* § 129 Rdn 186).⁹¹⁹ Der Versammlungsleiter muss dementsprechend die berechtigten Interessen eines Aktionärs, vollinformiert über die Gegenstände der Tagesordnung sein Stimmrecht ausüben zu können und zu diesem Zweck das Rede- und Fragerrecht auszuüben, mit dem Interesse der Gesellschaft und ihrer Aktionäre an einer effizienten, zeitgerechten Beendigung der Hauptversammlung und an einem rechtssicheren Ablauf in Einklang bringen.⁹²⁰

Hinsichtlich der Bestimmung eines angemessenen Zeitrahmens für eine allgemeine Beschränkung des Frage- und Rederechts hat der Versammlungsleiter in der konkreten Hauptversammlung nach pflichtgemäßen Ermessen zu entscheiden,⁹²¹ dem **Versammlungsleiter** steht also ein weiter Handlungsspielraum und eine entsprechende **Ein-**

⁹¹⁷ Begr RegE BT-Drucks 15/5092, S 17, Rdn 38; Goette DStR 2010, 2579, 2582; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 38; Hüffer/Koch § 129 Rdn 29.

⁹¹⁸ BGH 8.2.2010 – II ZR 94/08, BGHZ 184, 239, Rdn 8 „Redezeitbeschränkung“.

⁹¹⁹ BGH 8.2.2010 – II ZR 94/08, BGHZ 184, 239, Rdn 16; OLG Köln 9.3.2017 – 18 U 19/16, Rdn 424 (juris); Strabag; OLG Frankfurt/M 16.12.2014 – 5 U 24/14, Rdn 40 (juris); OLG Stuttgart 2.12.2014 – AktG 1/14, Rdn 109 (juris); OLG Frankfurt/M 20.10.2010 – 23 U 121/08, Rdn 118 (juris); LG München I 20.1.2011 – 5 HK O 18800/09, Rdn 254, 264 (juris); Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 33, 35, 41; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 106; Marsch-Barner FS Brambring, S 267, 275; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 66; Wachter DB 2010, 829, 835; Schmidt/Lutter/Ziemons § 129 Rdn 63,82.

⁹²⁰ LG Frankfurt/M 20.12.2013 – 3-5 O 157/13, Rdn 91 (juris); LG Frankfurt/M 20.12.2011 – 3-5 O 37/11, Rdn 64 (juris).

⁹²¹ BGH 8.2.2010 – II ZR 94/08, BGHZ 184, 239, Rdn 8 „Redezeitbeschränkung“; OLG Düsseldorf 22.6.2017 – 1 6 AktG 1/17 (nv): METRO.

schätzungsprärogative zu (Rdn 327).⁹²² Das Gebot der Sachdienlichkeit, der Gleichbehandlung und der Verhältnismäßigkeit setzen einen ausreichenden rechtlichen Rahmen für die Anordnung von Beschränkungen des Frage- und Rederechts des Aktionärs, dessen Einhaltung durch die Gerichte überprüft werden kann (Rdn 327).

304 Die konkrete Anordnung einer allgemeinen Beschränkung des Frage- und Rederechts der Aktionäre in der Hauptversammlung dient zur effizienten Abhandlung der Hauptversammlung und zu derer zeitgerechter Beendigung. Das bedeutet in aller Regel nicht, dass eine allgemeine Beschränkung des Frage- und Rederechts auf eine Beendigung der Hauptversammlung kurz vor Mitternacht ausgerichtet sein muss. Vielmehr machen die Gesetzesmaterialien zum UMAG sowie Ziff 2.2.4 Satz 4 DCGK deutlich, dass für eine **normale Hauptversammlung** eine zeitliche Dauer von **vier bis sechs Stunden** ausreichend ist.⁹²³ Damit wird auch eine **Leitlinie** dafür gesetzt, in welchem zeitlichen Rahmen sich die Anordnung von Ordnungsmaßnahmen des Versammlungsleiters zur zeitlichen Beendigung der Hauptversammlung orientieren kann.⁹²⁴

305 Allerdings sind stets die Besonderheiten des Einzelfalls zu berücksichtigen. So kann bei einer DAX30-Gesellschaft, bei der mehrere tausend Aktionäre teilnehmen und zahlreiche Aktionäre (zum Teil mehrfach) das Wort ergreifen, eine Hauptversammlungsdauer von sechs Stunden oder mehr zeitlich angemessenen sein. Auch für **große Gesellschaften mit hoher Teilnehmerzahl** kann aber nicht generell eine Untergrenze bestimmt werden. Zwar betrug die Hauptversammlungsdauer aller DAX30-Gesellschaften zuletzt im Durchschnitt etwa sechs Stunden, die Spannbreite war und ist aber groß.⁹²⁵ Es muss zudem berücksichtigt werden, ob ungewöhnliche Tagesordnungspunkte zur Entscheidung durch die Aktionäre anstehen oder die Aktionäre angesichts unbefriedigender Geschäftsentwicklung oder kritischer Geschäftsvorfälle einen erhöhten Diskussionsbedarf haben. In solchen Fällen wird sich der Versammlungsleiter für die Anordnung einer allgemeinen Beschränkung des Frage- und Rederechts der Aktionäre oft nicht an einer Gesamtdauer der Hauptversammlung von vier bis sechs Stunden orientieren können.⁹²⁶

306 Auch bei einer anstehenden Entscheidung der Aktionäre über tiefgreifende **Grundlagen- und Strukturmaßnahmen** oder bei aus sonstigen Gründen ungewöhnlich hoher Diskussionsbedarf der Aktionäre darf sich der Versammlungsleiter aber am **Leitbild einer eintägigen Hauptversammlung**⁹²⁷ für die Anordnung einer allgemeinen Beschränkung des Rede- und Fragerights der Aktionäre orientieren. Die Beschränkung darf also darauf abzielen, dass die Hauptversammlung noch am selben Tag beendet wird;

⁹²² OLG Frankfurt/M 20.10.2010 – 23 U 121/08, Rdn 118 (juris); LG Frankfurt/M 28.11.2006 – 3-5 O 93/06, Rdn 27 (juris); vgl auch OLG Frankfurt/M 16.12.2014 – 5 U 24/14, Rdn 40 (juris); OLG Frankfurt/M 26.6.2012 – 5 U 144/09, Rdn 32 (juris); ausführlich LG Frankfurt/M 19.6.2008 – 3-05 O 158/07, Rdn 48 (juris); sehr weitgehend Weißhaupt ZIP 2005, 1766, 1768; abw Heidel/Heidel § 131 Rdn 55e; KK/Kersting § 131 Rdn 276; Mülbert § 129 Rdn 204; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 66.

⁹²³ Begr Reg-E BT-Drucks 15/5092, S 17.

⁹²⁴ BGH 8.2.2010 – II ZR 94/08, BGHZ 184, 239, Rdn 20; OLG Frankfurt/M 16.12.2014 – 5 U 24/14, Rdn 40 (juris); OLG München 28.9.2011 – 7 U 711/11, Rdn 103 (juris); OLG Frankfurt/M 20.10.2010 – 23 U 121/08, Rdn 118 (juris); Butzke G 21; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 40; Hüffer/Koch § 131 Rdn 45; Lack, S 128; Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner § 34 Rdn 12; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 18a; s aber Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 66: geringe Orientierungsfunktion; abw Heidel/Heidel § 131 Rdn 55f; MünchKomm/Kubis § 121 Rdn 38, § 131 Rdn 105; Mülbert § 129 Rdn 178.

⁹²⁵ Dauer von weniger als drei Stunden (zB Fresenius SE 2015) bis mehr als 13 Stunden (Volkswagen 2016); Quelle: Eigene Auswertung der HV-Protokolle bzw. Auskünfte der Gesellschaft 2014–2016, basierend auf Beginn und Ende der HV; für 2003–2008 s Lack, S 281: Durchschnitt 6,5–7,1 Stunden.

⁹²⁶ Begr Reg-E BT-Drucks 15/5092, S 17: Keine tiefgreifenden unternehmensstrukturellen Maßnahmen zur erörtern; ferner BGH 8.2.2010 – II ZR 94/08, BGHZ 184/239 Rdn 20; Hüffer/Koch § 131 Rdn 45.

⁹²⁷ BGH 8.2.2010 – II ZR 94/08, BGHZ 184, 239, Rdn 24.

einer Einberufung der Hauptversammlung für zwei Tage bedarf es auch in solchen Fällen nicht.⁹²⁸ Wird eine Hauptversammlung dennoch aus Gründen äußerster rechtlicher Vorsorge auf zwei Tage einberufen, so werden Beschränkungen des Frage- und Rederechts der Aktionäre am ersten Tag der Hauptversammlung nicht zulässig sein, weil nur eine zeitgerechte Beendigung am zweiten Tag sichergestellt werden muss.⁹²⁹ Auch deshalb wird sich die Einberufung einer Hauptversammlung auf zwei Tage regelmäßig nicht empfehlen. Es ist auch nicht erforderlich, dass die Anordnung der Frage- und Redezeitbeschränkung, ggf kombiniert mit weiteren Ordnungsmaßnahmen, darauf abzielt, dass die Hauptversammlung erst möglichst kurz vor 24 Uhr endet.

Es wird **regelmäßig angemessen** sein, wenn eine allgemeine Beschränkung des **307** Frage- und Rederechts eine zeitliche Dauer einer kritischen Hauptversammlung von **10 Stunden** in Rechnung stellt.⁹³⁰ In **besonders gelagerten Ausnahmefällen** mag es rechtsicherer sein, wenn sich der Versammlungsleiter an einer Beendigung der Hauptversammlung nach **11 bis 12 Stunden** orientiert (Rdn 328). Solche Ausnahmekonstellationen sind angesichts des mittlerweile etablierten Verfahrens nicht sämtliche Fälle eines *Squeeze out*, sondern ungewöhnlich gelagerte Fälle wie die Notverstaatlichung der *HRE*.

Es handelt sich jedoch stets nur um Richtwerte; entscheidend sind die Umstände des **308** Einzelfalls. Insbesondere ist für die Bestimmung einer angemessenen Hauptversammlungsdauer auch das Verhalten der Gesellschaft selbst (Rdn 310) sowie das Verhalten der anwesenden Aktionäre zu berücksichtigen. Der Umstand, dass die Aktionäre im Vorfeld der Hauptversammlung umfänglich über die Tagesordnung informiert worden sind, rechtfertigt für sich gesehen keine Verkürzung der Angemessenheit der Gesamtdauer der Hauptversammlung oder des Zeitbudgets für Fragen und Redebeiträge durch die Aktionäre,⁹³¹ sondern ist bei der Frage der Erforderlichkeit der konkret begehrten Auskunft zu berücksichtigen (Rdn 142).

Auch für eine **nicht börsennotierte Gesellschaft mit wenigen Aktionären**, die **309** jeweils wesentliche Beteiligungen halten, ist die Zulässigkeit einer allgemeinen Beschränkung des Frage- und Rederechts nicht von vornherein abzulehnen.⁹³² Für derartige Gesellschaften kann das Leitbild einer Hauptversammlung, die innerhalb von vier bis sechs Stunden abgewickelt wird, erst recht Geltung beanspruchen. Ist angesichts zu erwartender (mehrfacher) Frage- und Redebeiträge einiger weniger Aktionäre die Abwicklung der Hauptversammlung in dieser Zeit nicht gewährleistet, kann im Einzelfall eine allgemeine Beschränkung für alle Aktionäre gerechtfertigt sein, wobei der Zeitrahmen für die Rede- und Fragezeit ggf höher ist als bei einer börsennotierten Gesellschaft (Rdn 311). Alternativ kommt eine individuelle Redezeitbeschränkung bei über-

928 LG München I 23.2.2012 und LG München I 8.4.2010 – 5 HK O 12377/09, Rdn 95 und Rdn 90 (juris); HRE Kapitalerhöhung; LG München I 20.1.2011 – 5 HK O 18800/09, Rdn 251 (juris); HRE *Squeeze out*; *Bungert* in VGR (Hrsg), Bd 9, S 59, 85; *Butzke* G 21; *Decher* FS Happ, 2006, 17, 19; *Hüffer/Koch* § 131 Rdn 45; KK/*Noack/Zetsche* § 121 Rdn 70; *Wachter/Wachter* § 131 Rdn 42; *Weißhaupt* ZIP 2005, 1766, 1768; vgl auch *Nagel/Ziegenhahn* WM 2010, 1005, 1008; **abw** MünchKomm/*Kubis* § 121 Rdn 36; zur Notwendigkeit einer zweitägigen HV vor UMAG s LG Mainz 14.4.2005 – 12 HK O 82/04, Rdn 34 (juris).

929 LG München I 28.8.2008 – 5 HK O 12861/07 Rdn 90 (juris); Verkauf der Bank Austria durch HVB an ihren Mehrheitsaktionär UniCredit.

930 Zur Zulässigkeit einer entsprechenden Satzungsregelung BGH 8.2.2010 – II ZR 94/08, BGHZ 184, 239, Rdn 20; vgl auch *Goette* DStR 2010, 2579, 2583; ferner *Grigoleit/Herrler* § 131 Rdn 40; KK/*Kersting* § 131 Rdn 273; *Hüffer/Koch* § 131 Rdn 22c; *Bürgers/Körber/Reger* § 131 Rdn 18a; **abw** *Heidel/Heidel* § 131 Rdn 55f; sehr zurückhaltend *Martens* AG 2004, 238, 242; vgl auch *Müllert* § 129 Rdn 178: 12 Stunden.

931 **Abw** *Grigoleit/Herrler* § 131 Rdn 41.

932 Zurückhaltend auch KK/*Kersting* § 131 Rdn 273; **abw** *Heidel/Heidel* § 131 Rdn 55k; *Lack*, S 155; *Seibert* WM 2005, 157, 161.

mäßiger Inanspruchnahme durch einen einzelnen Aktionär in Betracht (Rdn 330). Die Aktionäre haben es selbst in der Hand, ob sie den Versammlungsleiter gemäß § 131 Abs 2 Satz 2 (auch) zu einer allgemeinen Beschränkung des Fragerechts ermächtigen wollen.

310 **Die Prognose der angemessenen Gesamtdauer der Hauptversammlung durch den Versammlungsleiter** bei Anordnung einer allgemeinen Beschränkung des Frage- und Rederechts der Aktionäre wird zweckmäßig einer Reihe von zeitlich relevanten Faktoren berücksichtigen. Die Beurteilung der Angemessenheit der Frage- und Redezeitbeschränkung setzt neben einer Prognose der Anzahl der Wortmeldungen durch die Aktionäre auch eine Prognose für die Dauer der Antworten der Verwaltung auf Fragen der Aktionäre, für die Dauer der Ausführungen des Versammlungsleiters zu den Formalia, die Rede des Vorstands sowie den Abstimmungsvorgang und etwaige Unterbrechungen zur Vorbereitung ausstehender Antworten voraus.⁹³³ Daraus wird deutlich, dass die Gesellschaft selbst nicht durch überlange Reden des Vorstands oder ausufernde Antwortrunden oder durch unnötig lange Unterbrechungen der Hauptversammlung zur Beantwortung von Fragen der Aktionäre deren Zeit für Fragen und Ausführungen unangemessen beeinträchtigen darf. Das bedeutet nicht, dass bei einer zeitlich angemessenen Dauer einer normalen Hauptversammlung von vier bis sechs Stunden die Rede des Vorstands oder sonstige Zeit, die die Gesellschaft selbst in Anspruch genommen hat, herausgerechnet werden müsste.⁹³⁴ Wohl aber ist im Rahmen der Gesamtwürdigung einer angemessenen Dauer der Hauptversammlung und der insoweit den Aktionären zur Verfügung stehenden Frage- und Redezeit auch die Zeit zu berücksichtigen, die die Verwaltung in Anspruch nimmt.⁹³⁵

311 b) Anordnung der allgemeinen Frage- und Redezeitbeschränkung. Der Versammlungsleiter kann unter Berücksichtigung der dargestellten Leitlinien (Rdn 302, 310) situationsbedingt in der Hauptversammlung eine allgemeine Begrenzung der Frage- und Redezeit der Aktionäre anordnen. In der Praxis orientiert sich der Versammlungsleiter dabei häufig an der Möglichkeit einer **sukzessive gestuften Eskalation**. Danach erfolgt zunächst eine informelle Redezeitbeschränkung dergestalt, dass die Aktionäre gebeten werden, sich mit ihren Ausführungen und Fragen auf eine Zeit von 10 oder 15 Minuten zu beschränken und möglichst konzentriert und gestrafft sowie auf die Tagesordnung bezogen vorzutragen; es wird insoweit klargestellt, dass es sich lediglich um einen **Rednerappell** und nicht um eine formale Beschränkung des Frage- und Rederechts der Aktionäre handelt. Gleichzeitig behält sich der Versammlungsleiter die Anordnung einer formalen allgemeinen Beschränkung des Frage- und Rederechts der Aktionäre vor, sollte diese im Verlauf der Aussprache erforderlich werden, um eine effiziente und zeitlich angemessene Abhandlung der Hauptversammlung sicherzustellen.⁹³⁶

312 Sodann ordnet der Versammlungsleiter – etwa nach der ersten oder zweiten Rednerrunde und der entsprechenden Antwortrunde der Verwaltung – eine **allgemeine Beschränkung des Frage- und Rederechts** der Aktionäre an. Üblich ist in der Praxis eine Beschränkung auf 10 bis 15 Minuten bei kleinen und mittleren Hauptversammlungen

933 Kremer FS Hoffmann-Becking, 697, 706.

934 Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 41; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 18a; für eine entsprechende Satzungsregelung s BGH 8.2.2010 – II ZR 94/08, BGHZ 184, 239, Rdn 1.

935 Begr Reg-E BT-Drucks 15/5092, S 17; BGH 8.2.2010 – II ZR 94/08, BGHZ 184, 239, Rdn 20; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 40; Hüffer/Koch § 131 Rdn 47; Spindler/Stilz/Wicke Anh § 119 Rdn 10; weitergehend Heidel/Heidel § 131 Rdn 55i; MünchKomm/Kubis § 119 Rdn 164; Schmidt/Lutter/Ziemons § 129 Rdn 85: Unzulässigkeit einer Beschränkung bei übermäßigem Zeitverbrauch der Verwaltung.

936 Kremer FS Hoffmann-Becking, 697, 705; Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner § 34 Rdn 8.

und auf 10 Minuten bei größeren Hauptversammlungen.⁹³⁷ Zusätzlich wird nicht selten angeordnet, dass für Zweitredner nur eine Zeit von fünf Minuten zur Verfügung steht.⁹³⁸ Eine derartige Differenzierung insbesondere für Nachfragen von Zweitrednern ist sachgerecht.⁹³⁹

Im weiteren Verlauf der Hauptversammlung kann dann eine weitere Verschärfung **313** der Beschränkung des Frage- und Rederechts der Aktionäre angeordnet werden, wenn dies erforderlich erscheint, um angesichts des fortgeschrittenen Verlaufs der Generaldebatte und der noch zu erwartenden Beiträge von Aktionären eine zeitgerechte Abhandlung der Hauptversammlung erreichen zu können. Sofern diese Prognose des Versammlungsleiters zum Zeitpunkt der Verhängung der weiteren Beschränkung des Frage- und Rederechts vertretbar ist, bedarf es nicht zusätzlich zwingend eines weiteren Ansteigens der Zahl der Wortmeldungen seit Verhängung der ersten Beschränkung, auch wenn ein solches Ansteigen praktisch häufig sein wird.⁹⁴⁰ Eine **weitere Beschränkung** beträgt häufig fünf Minuten für Erstredner und ggf drei Minuten für Zweitredner. Die weitere allgemeine Beschränkung des Frage- und Rederechts der Aktionäre kann kombiniert oder nachfolgend eskaliert werden durch eine **Schließung der Rednerliste** (Rdn 340); ggf folgt als letzte Eskalationsstufe eine Anordnung des Schlusses der Debatte (Rdn 346).

Eine derartige gestufte Eskalation liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Versammelnsleiters und ist grundsätzlich **unter dem Aspekt der Gleichbehandlung** der Aktionäre **nicht zu beanstanden**. Insbesondere ist der Versammlungsleiter nicht grundsätzlich zu einer anfänglichen Beschränkung des Frage- und Rederechts der Aktionäre (Rdn 319) verpflichtet, wenn schon zu Beginn der Aussprache absehbar ist, dass diese Beschränkung zur zeitgerechten Beendigung der Hauptversammlung erforderlich werden dürfte. Ebenso stellt es keinen Verstoß gegen das Gebot der Gleichbehandlung der Aktionäre (Rdn 302) dar, wenn der Versammlungsleiter zunächst eine großzügigere allgemeine Beschränkung des Frage- und Rederechts der Aktionäre und nachfolgend eine weitere Verschärfung der Beschränkung anordnet.⁹⁴¹ Durch die gestufte Vorgehensweise kann zunächst das jeweils mildeste Mittel der Beschränkung des Frage- und Rederechts der Aktionäre gewählt werden. Zugleich wird erreicht, dass die Vertreter der Schutzvereinigungen und von institutionellen Anlegern, die für eine Vielzahl von Aktionären bzw. eine Vielzahl von Stimmen in der Hauptversammlung sprechen und regelmäßig vorrangig aufgerufen werden,⁹⁴² ausreichend Zeit für die Darlegung des Für und Wider der Tagesordnung und für Fragen haben.

Die übrigen Aktionäre werden dadurch nicht unzulässig beeinträchtigt; sie haben **315** keinen Anspruch darauf nach der zeitlichen Reihenfolge ihrer Wortmeldung durch den

937 Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 40; Kremer FS Hoffmann-Becking, 697, 706; Bürgers/Köber/Reger § 131 Rdn 18a; vgl auch Hüffer/Koch § 131 Rdn 52; zurückhaltend Schmidt/Lutter/Ziemons § 129 Rdn 84.

938 MünchHdb AG/Hoffmann-Becking § 37 Rdn 62.

939 OLG Frankfurt/M 15.5.2012 – 5 U 66/11, Rdn 67 (juris); MünchHdb AG/Hoffmann-Becking § 37 Rdn 62; KK/Kersting § 131 Rdn 275; Lack, S 150; Mülbert § 129 Rdn 206; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 18a.

940 Abw Mülbert § 129 Rdn 208.

941 OLG Düsseldorf 22.6.2017 – I 6 1/17 AktG (nv): METRO; OLG Frankfurt/M 16.12.2014 – 5 U 24/14, Rdn 37, 40 (juris); OLG Frankfurt/M 2.10.2012 – 5 U 10/12, Rdn 66 (juris); OLG Frankfurt/M 15.5.2012 – 5 U 66/11, Rdn 67 (juris); OLG München 28.9.2011 – 7 U 711/11, Rdn 89, 90 (juris): HRE *Squeeze-out*; OLG Frankfurt/M 5.7.2011 – 5 U 104/10, Rdn 116 (juris); OLG Frankfurt/M 23.2.2010 – 5 Sch 2/09, Rdn 68 (juris); Fischer/Pickert in Semler/Volhard/Reichert § 9 Rdn 144; Goette DStR 2010, 2579, 2583; Hüffer/Koch § 131 Rdn 46; Mülbert § 129 Rdn 208; Spindler/Stilz/Wicke Anh § 119 Rdn 11; für entsprechende Verpflichtung vgl MünchKomm/Kubis § 119 Rdn 165; **abw** Heidel/Heidel § 131 Rdn 55i.

942 Fischer/Pickert in Semler/Volhard/Reichert § 9 Rdn 98; Kremer FS Hoffmann-Becking, 697, 699; Schwartzkopff Rdn 329.

Versammlungsleiter aufgerufen zu werden (*Mülbert* § 129 Rdn 150).⁹⁴³ Das pflichtgemäße Ermessen des Versammlungsleiters wird nur dann überschritten, wenn das gewählte Vorgehen gezielt dazu missbraucht wird, zB dem Unternehmen „genehme“ Aktionäre aufzurufen und befürchtete „Querulant“ in ihrer Redezeit durch einen späteren Aufruf zu benachteiligen.⁹⁴⁴

316 Nicht erforderlich ist eine **sukzessive** Eskalation der **Beschränkung** dahingehend, dass zunächst das **Rederecht** der Aktionäre und erst nachfolgend das **Fragerecht** eingeschränkt wird oder dass innerhalb eines dem Aktionär eingeräumten Zeitbudgets zwischen einem größeren Teil für Fragen und einem kleineren Teil für Ausführungen differenziert wird.⁹⁴⁵ Der BGH hat anlässlich der Beurteilung einer Satzungsregelung eine insoweit fehlende Differenzierung nicht beanstandet, aber ausgeführt, es obliege dem Versammlungsleiter in hinreichend eindeutig zu bestimmenden Fällen bei der Anordnung einer Beschränkungsmaßnahme zwischen dem gewichtigeren Frage- und dem für die Ausübung der Aktionärsrechte in der Hauptversammlung weniger bedeutsamen Rederecht angemessen zu differenzieren.⁹⁴⁶ Auch in der Literatur wird häufig eine **höhere Wertigkeit des Fragerechts** im Vergleich zum Rederecht angenommen (*Mülbert* § 129 Rdn 201, 202).⁹⁴⁷ Diese Sichtweise entsprach auch der hM vor dem UMAG, die dem Versammlungsleiter ein originäres Recht nur zur allgemeinen Beschränkung des Rederechts, nicht aber des Fragerechts einräumen wollte (Rdn 291, 291).

317 Eine Höherwertigkeit des Fragerechts im Vergleich zum Rederecht ist spätestens seit dem UMAG **zweifelhaft**, weil dort – ebenso wie in der Entscheidung des BVerfG im Fall Daimler/Wenger (Rdn 291) – nicht zwischen Frage- und Rederecht differenziert wird. Es ist auch nicht einsichtig, warum Ausführungen eines Aktionärs, mit denen er für oder gegen die Verwaltung Stellung bezieht, aus der Sicht der Entscheidungsfindung in der Hauptversammlung weniger Gewicht haben sollten als Fragen und deren Beantwortung.⁹⁴⁸ Im Übrigen lässt sich, wie der BGH für die Frage einer satzungsgemäßen Ermächtigung anerkannt hat, eine zeitliche Differenzierung zwischen Fragerecht und Rederecht oft nicht sicher durchhalten, weil allgemeine Ausführungen in Fragen übergehen können, zum Verständnis der Fragen dienen oder in Frageform gekleidet sein können (Rdn 297). Deshalb ist eine **Differenzierung** bei einer allgemeinen Beschränkung nach Fragezeit und Redezeit zwar rechtlich zulässig, aber **nicht empfehlenswert** und wird in der Praxis nicht vorgenommen.⁹⁴⁹ Insoweit ist es ausreichend, wenn sich aus der Anordnung des Versammlungsleiters hinreichend

943 OLG Frankfurt/M 26.6.2012 – 5 U 144/09, Rdn 33 (juris); OLG München 28.9.2011 – 7 U 711/11, Rdn 93 (juris); HRE *Squeeze-out*; LG Frankfurt/M 20.12.2013 – 3-05 O 157/13, Rdn 98 (juris); LG München I 28.8.2008 – 5 HK O 12861/07, Rdn 512 (juris); Butzke G 20; Hüffer/Koch § 129 Rdn 23; Kremer FS Hoffmann-Becking, 697, 699; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 18a; insow auch Heidel/Heidel Vor §§ 129–132 Rdn 32.

944 OLG Düsseldorf 22.6.2017 – I 6 1/17 AktG (nv): METRO; OLG Frankfurt/M 16.12.2014 – 5 U 24/14, Rdn 40 (juris); Commerzbank; OLG Frankfurt/M 2.10.2012 – 5 U 10/12, Rdn 66 (juris); Deutsche Bank HV 2011; OLG Frankfurt/M 15.5.2012 – 5 U 66/11, Rdn 67 (juris); Deutsche Bank HV 2010; OLG München 28.9.2011 – 7 U 711/11, Rdn 93 (juris); OLG Frankfurt/M 23.2.2010 – 5 Sch 2/09, Rdn 70 (juris); Marsch-Barner FS Brambring, S 267, 278; Neutralitätspflicht; *Mülbert* § 129 Rdn 150, 208.

945 Kremer FS Hoffmann-Becking, 697, 706; Lack, S 126; Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner § 34 Rdn 12; Schäfers, S 208; Schwartzkopff Rdn 336; vgl auch Hüffer/Koch § 131 Rdn 52; abw Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 25; Heidel/Heidel § 131 Rdn 55g; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 103; Martens DB 2004, 238, 242; vgl auch KK/Kersting § 131 Rdn 273.

946 BGH 8.2.2010 – II ZR 94/08, BGHZ 184, 239, Rdn 18.

947 Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 25; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 103; Martens AG 2004, 238, 242; Spindler/Stilz/Siemss § 131 Rdn 56; insow auch Hüffer/Koch § 131 Rdn 44.

948 MünchHdb AG/Hoffmann-Becking § 37 Rdn 62; Kremer FS Hoffmann-Becking, 697, 706; Noack in VGR (Hrsg), Bd 9, S 37, 46.

949 Arnold/Gärtner GWR 2010, 288; Kremer FS Hoffmann-Becking, 697, 706.

deutlich für die Aktionäre ergibt, dass die Beschränkung sowohl für die Redezeit als auch für Fragen gelten soll.

Im Einzelfall ist auch eine **anfängliche allgemeine Beschränkung des Frage- und Rederechts** zulässig (aber regelmäßig nicht zwingend geboten, Rdn 314), ohne dass zuvor die weniger einschneidende Möglichkeit einer informellen Redezeitbeschränkung mit Androhung einer formalen Redezeitbeschränkung (Rdn 311) ergriffen wird. Voraussetzung dafür ist, dass sich schon zu Beginn der Aussprache abzeichnet, dass ohne eine anfängliche Beschränkung eine effiziente und zeitgerechte Abhandlung der Hauptversammlung nicht gewährleistet ist.⁹⁵⁰ Anhaltspunkte für die Sachdienlichkeit einer anfänglichen Redezeitbeschränkung können sich etwa ergeben aus einer Vielzahl von in der Rednerliste eingetragenen Rednern und einer hohen Zahl der Teilnehmer der Hauptversammlung. Zweifellos zulässig ist eine anfängliche Redezeitbeschränkung, wenn sich zu Beginn der Aussprache bereits 40 oder mehr Aktionäre in die Rednerliste eingetragen haben.⁹⁵¹ Aber auch bei einer deutlich niedrigeren Zahl von Wortmeldungen kann eine anfängliche Redezeitbeschränkung gerechtfertigt sein, wenn zB die Anwesenheit bekannter Aktionäre erfahrungsgemäß nachfolgende (mehrfache) Wortmeldungen erwarten lässt. Auch Erfahrungswerte zur Länge der Hauptversammlung in der Vergangenheit können insoweit Berücksichtigung finden.⁹⁵²

Stellt sich die Prognose des Versammlungsleiters im Laufe der Hauptversammlung als zweifelsfrei unzutreffend dar, so kann und muss ggf der Versammlungsleiter eine allgemeine Beschränkung des Frage- und Rederechts der Aktionäre wieder aufheben.⁹⁵³ Eine rein **vorsorgliche** anfängliche Redezeitbeschränkung ohne jede Anhaltspunkte dafür, dass diese für eine zeitgerechte Beendigung der Hauptversammlung erforderlich ist, wird dagegen vielfach **unzulässig** sein;⁹⁵⁴ anders kann die Beurteilung sein, wenn mangels Schließung der Rednerliste (Rdn 338) für die Aktionäre die Gelegenheit besteht, sich mehrfach zu Wort zu melden. Unzulässig, weil unverhältnismäßig ist eine anfänglich Redezeitbeschränkung der Redezeit auf fünf Minuten (ohne Anrechnung der auf Fragen entfallenden Zeit), wenn sich nur zwei Aktionäre zu Wort gemeldet haben und die Hauptversammlung nach Beantwortung der Fragen und Abstimmung ohne die Gelegenheit einer erneuten Wortmeldung nach wenig mehr als zwei Stunden beendet wird.⁹⁵⁵

950 BGH 8.2.2010 – II ZR 94/08, BGHZ 184, 239, Rdn 22; OLG Frankfurt/M 16.12.2014 – 5 U 24/14, Rdn 37 (juris); OLG Frankfurt/M 26.6.2012 – 5 U 144/09, Rdn 29 (juris); OLG Frankfurt/M 15.5.2012 – 5 U 66/11, Rdn 65 (juris); OLG München 28.9.2011 – 7 U 711/11, Rdn 86 (juris): HRE *Squeeze-out*; OLG Frankfurt/M 20.10.2010 – 23 U 121/08, Rdn 118 (juris) und LG Frankfurt/M 19.6.2008 – 3-5 O 158/07, Rdn 48 (juris); OLG Frankfurt 23.2.2010 – 5 Sch 2/09, Rdn 68 (juris); OLG Frankfurt/M 8.6.2009 – 23W 3/09, Rdn 19 (juris); OLG Frankfurt/M 5.11.2007 – 5 W 22/07, AG 2008, 167, 171; LG München I 23.2.2012 und LG München I 8.4.2010 – 5 HK O 12377/09, Rdn 107 und Rdn 101 (juris): HRE Kapitalerhöhung; *Bungert* in VGR (Hrsg), Bd 9, S 59, 83; Grigoleit/*Herrler* § 131 Rdn 34; KK/Kersting § 131 Rdn 272; zurückhaltend *Wachter* DB 2010, 829, 834; **abw** *Martens* AG 2004, 238, 242; *Schaaf* Rdn 632, 633.

951 OLG Frankfurt/M 16.12.2014 – 5 U 24/14, Rdn 37 (juris): 45 Wortmeldungen Commerzbank Kapitalerhöhung; OLG München 28.9.2011 – 7 U 711/11, Rdn 86 (juris): 40 Wortmeldungen HRE *Squeeze out*; LG München I 23.2.2012 – 5 HK O 12377/09, Rdn 108 (juris): 50 Wortmeldungen HRE Kapitalerhöhung.

952 Kremer FS Hoffmann-Becking, 697, 707; Schwartzkopff Rdn 335; **abw** Mülbert § 129 Rdn 207.

953 Heidel/Heidel § 131 Rdn 55h; Grigoleit/*Herrler* § 131 Rdn 35; Hüffer/Koch § 131 Rdn 47; MünchKomm/Kubis § 119 Rdn 167; Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner § 34 Rdn 14; Mülbert § 129 Rdn 204; *Wachter* DB 2010, 829, 834.

954 Heidel/Heidel § 131 Rdn 55h; Grigoleit/*Herrler* § 131 Rdn 41; MünchKomm/Kubis § 119 Rdn 165; Mülbert § 129 Rdn 207; *Wachter* DB 2010, 829, 834; Ziemons/Binnewies, Rz I 10.715; zur Rechtslage vor UMAG vgl LG Köln 6.7.2005 – 82 O 150/04, Rdn 124 (juris).

955 LG München I 11.12.2008 – 5 HK O 15201/08, Rdn 45 (juris); Arnold/Carl/Götze AG 2011, 349, 354; KK/Kersting § 131 Rdn 272; Hüffer/Koch § 131 Rdn 48; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 104; *Wachter* DB 2010, 829, 834, 835.

- 320** Eine generelle **Mindestgrenze** für die **Rede- und Fragezeit** der Aktionäre ist entgegen verbreiteter Auffassung **nicht anzuerkennen**.⁹⁵⁶ Dies folgt schon daraus, dass im Rahmen der Eskalation der Beschränkungen auch eine Schließung der Rednerliste und sogar der Schluss der Debatte zulässig sein können, mit der Folge, dass Aktionäre, die sich zu spät zu Wort melden, keinerlei Frage- und Redezeit erhalten. Die Rechtsprechung hat sukzessive Beschränkungen des Frage- und Rederechts bis auf zwei Minuten für zulässig erklärt, wenn und weil diese Beschränkung für eine zeitgerechte Beendigung der Hauptversammlung erforderlich war.⁹⁵⁷ In der Praxis erfolgt meist eine (erste) anfängliche Redezeitbeschränkung von 10 Minuten (Rdn 300). Die Rechtsprechung hat bei hoher Anzahl von Wortmeldungen auch eine anfängliche Redezeitbeschränkung auf 8 Minuten, die sukzessive verschärft wurde, akzeptiert.⁹⁵⁸ Eine erste Beschränkung des Frage- und Rederechts sollte regelmäßig trotz hoher Zahl von Wortmeldungen fünf Minuten nicht unterschreiten.⁹⁵⁹ Bei guter Vorbereitung können auch in fünf Minuten ausreichend viel Stoff vorgetragen bzw Fragen gestellt werden.⁹⁶⁰
- 321** Eine **Differenzierung** nach der **Höhe der Stimmrechte** wird vielfach für unzulässig gehalten.⁹⁶¹ Dem ist nur insoweit zuzustimmen, als nicht Aktionären mit hohem Stimmgewicht generell mehr Frage- und Redezeit eingeräumt werden darf. Dagegen ist es zulässig, wenn vom Versammlungsleiter vorrangig neben den Schutzvereinigungen, die für eine Vielzahl von Aktionären sprechen, Aktionäre aufgerufen werden, deren Beiträge im Hinblick auf ihre substantielle Beteiligung an der Gesellschaft besonderes Gewicht für die Meinungsbildung in der Hauptversammlung haben können. Fallen derartige Aktionäre noch nicht unter eine formelle Frage- und Redezeitbeschränkung oder nur unter eine weniger strenge Beschränkung, so stellt es keine sachwidrige Ungleichbehandlung dar, wenn Streuaktionäre im Ergebnis weniger Zeit für Fragen und Redebeiträge haben, weil sie erst später aufgerufen werden⁹⁶² (Rdn 315).
- 322** Zulässig, aber regelmäßig nicht zweckmäßig ist die Anordnung einer allgemeinen Beschränkung des Frage- und Rederechts nur **für einzelne Tagesordnungspunkte**; in der Praxis wird üblicherweise eine Generaldebatte zu allen Tagesordnungspunkten durchgeführt. Zulässig, aber nicht zweckmäßig ist die Festsetzung einer zeitlichen Obergrenze **für die Generaldebatte** zu den Tagesordnungspunkten.⁹⁶³ Die zeitliche Steue-

956 Lack, S 150; Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner § 34 Rdn 9; **abw** für mindestens 5 Minuten Fischer/Pickert in Semler/Volhard/Reichert § 9 Rdn 149; Heidel/Heidel Vor §§ 129–132 Rdn 53 Fn 188; Mühlbert § 129 Rdn 208; vgl auch Ziemons/Binnewies, Rz I 10.715.

957 OLG Frankfurt/M 15.5.2012 – 5 U 66/11, Rdn 65 (juris) und LG Frankfurt/M 17.5.2011 – 3-5 O 68/10, BeckRS 2013, 21480: Deutsche Bank HV 2010; vgl auch OLG Frankfurt/M 23.2.2010 – 5 Sch 2/09, Rdn 68: 3 Minuten (juris); insow krit Wachter DB 2010, 829, 835; zurückhaltend OLG München 28.9.2011 – 7 U 711/11 Rdn 42 (juris).

958 OLG Frankfurt/M 2.10.2012 – 5 U 10/12, Rdn 66 (juris); OLG Frankfurt/M 15.5.2012 – 5 U 66/11, Rdn 65 (juris).

959 Enger für Unzulässigkeit Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 18a.

960 Für Zweitbeschränkung s OLG Düsseldorf 22.6.2017 – I 6 1/17 AktG (nv): METRO; OLG Frankfurt/M 16.12.2014 – 5 U 24/14, Rdn 40 (juris); OLG Frankfurt/M 20.10.2010 – 23 U 121/08, Rdn 119 (juris); OLG Frankfurt/M 8.6.2009 – 23 W 3/09, Rdn 19 (juris); insow auch Fischer/Pickert in Semler/Volhard/Reichert § 9 Rdn 149; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 18a.

961 Heidel/Heidel § 131 Rdn 55b; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 35, 40; KK/Kersting § 131 Rdn 275; Hüffer/Koch § 131 Rdn 48; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 105; Mühlbert § 129 Rdn 206; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 18a; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 55; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 66; Wachter DB 2010, 829, 835; Schmidt/Lutter/Ziemons § 129 Rdn 84; vgl auch Butzke G 22; **abw** Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 27; Seibert WM 2005, 157, 161; Weißhaupt ZIP 2005, 1766, 1769; für Satzungsautonomie Lack, S 140.

962 Lack, S 151; Mühlbert § 129 Rdn 206; Spindler/Stilz/Wicke Anh § 119 Rdn 10; zurückhaltend Volhard in Semler/Volhard/Reichert § 11 Rdn 9.

963 LG Frankfurt/M 28.11.2006 – 3-5 O 93/06, Rdn 30 (juris).

lung der Generaldebatte lässt sich flexibler und im Einzelfall sachgerechter über eine gestufte Redezeitbeschränkung und ggf eine Schließung der Rednerliste (Rdn 340) erreichen. Dagegen kann sich eine getrennte Debatte für Tagesordnungspunkte empfehlen und zweckmäßig sein, die Aktionäre aufgrund eines Minderheitsverlangens gemäß § 122 Abs 1 auf die Tagesordnung haben setzen lassen.⁹⁶⁴ Ebenso ist es zulässig und zweckmäßig, eine allgemeine Beschränkung des Frage- und Rederechts der Aktionäre für eine **Geschäftsordnungsdebatte** anzurufen, wenn diese etwa beim Antrag auf Abwahl des Versammlungsleiters gewünscht wird und die Verwaltung diesen Antrag zur Abstimmung der Aktionäre stellen will (näher *Mülbert* § 129 Rdn 119). Insoweit dürfte eine zeitliche Obergrenze für die Geschäftsordnungsdebatte, zum Beispiel von 30 bis 45 Minuten, zulässig sein, aus der sich ein entsprechendes Zeitbudget für einzelne Aktionäre ableiten lässt, die sich zu dem Geschäftsordnungsantrag zu Wort gemeldet haben.⁹⁶⁵

c) Durchsetzung der allgemeinen Frage- und Redezeitbeschränkung. Der Versammlungsleiter hat für eine Durchsetzung der von ihm verhängten allgemeinen Beschränkung des Frage- und Rederechts Sorge zu tragen. Auch insoweit hat der Versammlungsleiter nach dem Verhältnismäßigkeitsprinzip (Rdn 302, 311) seine Ordnungsmaßnahmen **sukzessiv** zu verschärfen. Hat ein Aktionär den Zeitrahmen ausgeschöpft, so wird er vom Versammlungsleiter zunächst gebeten, seine Ausführungen zu beenden. Häufig wird ein Aktionär auch optisch durch eine am Rednerpult angebrachte blinkende Lampe auf das nahende Ende der zur Verfügung stehenden Zeit hingewiesen, wobei die Lampe dann bei Erreichen der Zeit auf Dauerlicht schaltet.⁹⁶⁶ Kommt der Aktionär der Aufforderung des Versammlungsleiters zur Beendigung seines Beitrags nicht nach, darf ihm der Versammlungsleiter das **Wort** – etwa durch Abstellen des Mikrofons am Rednerpult – **entziehen**.⁹⁶⁷ Es entspricht pflichtgemäßem Ermessen des Versammlungsleiters, wenn er den Aktionär nach Ermahnung noch eine bereits begonnene Aussage oder Frage innerhalb eines kurzen Zeitraums beenden lässt.⁹⁶⁸ Unter Berücksichtigung von Ermahnung und Beendigung des Beitrags sollte bei einer Beschränkung auf 10 Minuten die Beendigung der Ausführungen regelmäßig spätestens innerhalb von ein bis zwei Minuten durchgesetzt werden.

Folgt der Aktionär nicht der Aufforderung seinen Beitrag zu beenden und das Rednerpult zu verlassen, kann der Versammlungsleiter – ggf nach weiterer Ermahnung – die Saalordner bitten, den Aktionär wieder zu seinem Platz zu geleiten. Wiedersetzt sich der Aktionär dieser Maßnahme, so kann er zunächst vorübergehend mit einem **Saalverweis** belegt und ggf nach erneuter Störung endgültig aus der Hauptversammlung ausgeschlossen werden⁹⁶⁹ (näher *Mülbert* § 129 Rdn 219). Da die Schärfe auch kritischer Haupt-

⁹⁶⁴ OLG Frankfurt/M 20.10.2010 – 23 U 121/08, Rdn 118 (juris).

⁹⁶⁵ Hüffer/Koch § 129 Rdn 29; *Mülbert* § 129 Rdn 207.

⁹⁶⁶ Kremer FS Hoffmann-Becking, 697, 705; Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner § 34 Rdn 8; Schwartzkopff Rdn 336.

⁹⁶⁷ BVerfG 20.9.1999 – 1BvR 168/93, ZIP 1999, 1798, 1800: Wenger/Daimler-Benz; OLG Frankfurt/M 16.12.2014 – 5 U 24/14, Rdn 50 (juris); LG München I 28.8.2008 – 5 HK O 12861/07, Rdn 514 (juris); Kremer FS Hoffmann-Becking, 697, 707.

⁹⁶⁸ OLG Frankfurt/M 26.6.2012 – 5 U 144/09, Rdn 36 (juris); Kremer FS Hoffmann-Becking, 697, 707: „Fingerspitzengefühl gefordert“.

⁹⁶⁹ BVerfG 20.9.1999 – 1 BvR 168/93, ZIP 1999, 1798, 1800 und OLG Stuttgart 15.2.1995 – 3 U 118/94, WM 1995, 617: Daimler-Benz/Wenger; BGH 11.11.1965 – II ZR 122/63, BGHZ 44, 245, Rdn 12, 37, 39; KG 9.6.2008 – 2 W 101/07, 3K294774 (cas.jurion); OLG Bremen 10.4.2007 – 2 U 113/06, AG 2007, 550, 551; LG Köln 6.7.2005 – 82 O 150/04, Rdn 131 (juris); Butzke D 71; Grigoleit/Herrler § 129 Rdn 32; MünchHdb AG/Hoffmann-Becking § 37 Rdn 74, 75; Hüffer/Koch § 129 Rdn 31, 32; MünchKomm/Kubis § 119 Rdn 173; Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner § 34 Rdn 19; Spindler/Stilz/Wicke Anh § 119 Rdn 13.

versammlungen in den letzten Jahren deutlich nachgelassen hat (Rdn 38), kommt es zu einer derartigen Eskalation nur noch selten.

325 Der Versammlungsleiter ist hinsichtlich der Einhaltung der Beschränkung des Frage- und Rederechts gehalten, die Aktionäre **gleich zu behandeln** (Rdn 302).⁹⁷⁰ Eine sekundengenaue Gleichbehandlung kann nicht verlangt werden.⁹⁷¹ Beispielsweise kann die Ermahnung durch den Versammlungsleiter geringfügig später erfolgen, wenn der Aktionär bereits angekündigt hatte, zu Ende zu kommen. Zudem darf der Versammlungsleiter einem Aktionär, der innerhalb der gesetzten Redezeit zusätzlich einen von ihm gestellten Antrag zur Ergänzung der Tagesordnung begründen will, eine Überziehung der Redezeit um zwei Minuten zugestehen.⁹⁷² Ein Aktionär hat aber keinen Anspruch darauf, zunächst die volle Zeit für Fragen und Ausführungen zu nutzen und erst nach Erschöpfung der Zeit mit der Stellung und Begründung von Gegenanträgen oder Tagesordnungsergänzungsanträgen zu beginnen. Im Einzelfall kann auch das unterschiedliche Gewicht der Fragen bzw angesprochenen Themenkomplexe eine Differenzierung rechtfertigen.⁹⁷³ Beispielsweise darf bei der Durchsetzung einer Rede- und Fragezeitbeschränkung durch den Versammlungsleiter berücksichtigt werden, ob einzelne Aktionäre sich mit ihren Redebeiträgen erkennbar aufeinander abgestimmt haben und insgesamt eine vergleichsweise hohe Zeit für einen oder mehrere sich ergänzende Themenkomplexe in Anspruch nehmen oder ob völlig neue Aspekte angesprochen werden.

326 Ein Aktionär, dem der Versammlungsleiter das Wort entziehen will, kann sich nicht darauf berufen, ein anderer noch auf der Wortmeldeliste stehender Aktionär habe ihm sein Zeitbudget ganz oder teilweise übertragen, oder er spreche für mehrere Aktionäre und beanspruche deshalb eine entsprechend erhöhte Frage- und Redezeit.⁹⁷⁴ Setzt ein Aktionär **nach Entziehung** des Rede- und Fragerechts durch den Versammlungsleiter dennoch seine Ausführungen fort und stellt **Fragen**, so sind diese **unbeachtlich** und müssen nicht beantwortet werden.⁹⁷⁵ Es ist nicht erforderlich, dass der Vorstand ausdrücklich die Auskunftserteilung verweigert; dadurch, dass der Versammlungsleiter einem anderen Redner das Wort erteilt oder er erkennbar weitere Ausführungen nach Wortentzug nicht zulässt, wird hinreichend deutlich, dass die Gesellschaft weitere Fragen für unbeachtlich hält.⁹⁷⁶ Derartige unbeachtliche Fragen nach Wortentziehung kann die Gesellschaft aber freiwillig beantworten, sofern insoweit eine Gleichbehandlung der Aktionäre erfolgt.⁹⁷⁷

⁹⁷⁰ OLG München 28.9.2011 – 7 U 711/11 Rdn 88 (juris); HRE; LG München I 28.8.2008 – 5 HKO 12861/07, Rdn 511 (juris); *Bungert* in VGR (Hrsg), Bd 9, S 59, 85; Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 27; Hüffer/Koch § 131 Rdn 46; *Kremer* FS Hoffmann-Becking, 697, 705; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 106; *Marsch-Barner* FS Brambring, S 267, 277.

⁹⁷¹ OLG Frankfurt/M 26.6.2012 – 5 U 144/09, Rdn 36 (juris); *Marsch-Barner* FS Brambring, S 267, 276 Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 18a.

⁹⁷² OLG Frankfurt/M 26.6.2012 – 5 U 144/09, Rdn 37 (juris); OLG Frankfurt/M 8.6.2009 – 23 W 3/09, Rdn 20 (juris); *Marsch-Barner* FS Brambring, S 267, 277.

⁹⁷³ OLG Frankfurt/M 20.10.2010 – 23 U 121/08, Rdn 119 (juris) und LG Frankfurt/M 19.6.2008 – 3/05 O 158/07, Rdn 48; Deutsche Bank HV 2007 (juris).

⁹⁷⁴ OLG München 28.9.2011 – 7 U 711/11 Rdn 84; Heidel/Heidel Vor §§ 129–132 Rdn 52; *Marsch-Barner*/Schäfer/*Marsch-Barner* § 34 Rdn 11.

⁹⁷⁵ *Hoffmann-Becking* (Hrsg), Stellungnahmen DAV-HRA, S 57, 62; Hüffer/Koch § 131 Rdn 22a; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 107; Schäfers, S 215; Seibert WM 2005, 157, 160.

⁹⁷⁶ *Hoffmann-Becking* (Hrsg), Stellungnahmen DAV-HRA, S 57, 62; KK/Kersting § 131 Rdn 277; Hüffer/Koch § 131 Rdn 22a; **abw** Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 69.

⁹⁷⁷ *Hoffmann-Becking* (Hrsg), Stellungnahmen DAV-HRA, S 57, 62; **abw** KK/Kersting § 131 Rdn 277.

d) Gerichtliche Überprüfung. Die konkrete Anordnung einer anfänglichen oder nachträglichen allgemeinen Beschränkung des Frage- und Rederechts der Aktionäre sowie ggf deren Verschärfung durch den Versammlungsleiter können inzident mit dem betreffenden Sachbeschluss gerichtlich überprüft werden.⁹⁷⁸ Die Konkretisierung der Ermächtigung in der Satzung durch den Versammlungsleiter erfolgt nach pflichtgemäßem Ermessen. So hat der Versammlungsleiter bei der Entscheidung, ob er eine allgemeine Beschränkung des Frage- und Rederechts anordnet, eine Reihe von Prognoseentscheidungen in der konkreten Situation der Hauptversammlung über den voraussichtlichen weiteren zeitlichen Ablauf der Hauptversammlung zu treffen (Rdn 310). Bei diesen Einschätzungen gibt es nicht eine einzige richtige Festlegung, sondern es werden sich zeitliche Bandbreiten ergeben und es sind Zweckmäßigkeitssaspekte zu berücksichtigen, wie etwa bei der Frage einer sukzessiven Verschärfung der Beschränkungen (Rdn 311), eines bevorrechtigten Aufrufs einzelner Aktionäre oder des richtigen Zeitpunkts für den Entzug des Frage- und Rederechts bei Überschreitung der Zeit. Diese und andere Entscheidungen des Versammlungsleiters unterliegen nicht einer vollen gerichtlichen Überprüfung. Vielmehr folgt aus der Anerkennung eines Ermessens des Versammlungsleiters eine **Einschätzungsprärogative**: bei der Ausübung des pflichtgemäßen Ermessens hat der Versammlungsleiter einen **Handlungsspielraum** (Rdn 303).⁹⁷⁹

Dementsprechend hat die **Rechtsprechung** insbesondere des OLG Frankfurt/M⁹⁸⁰ – unbeanstandet durch den BGH⁹⁸¹ – davon Abstand genommen, ein eigenes richterliches Ermessen an die Stelle des Ermessens des Versammlungsleiters zu setzen; vielmehr hat sie das Verhalten des Versammlungsleiters zur Frage einer anfänglichen oder nachträglichen Anordnung einer generellen Beschränkung des Frage- und Rederechts oder zur Frage der Gleichbehandlung bei einem nicht strikt an den zeitlichen Wortmeldungen orientierten Aufruf der Redner in der Sache darauf überprüft, ob die Anordnung innerhalb einer Bandbreite vertretbaren Ermessens lag oder ob sie eindeutig fehlerhaft und damit rechtsmissbräuchlich war. Das Urteil eines pflichtgemäßen Verhaltens des Versammlungsleiters haben die Gerichte vielfach auf die tatsächliche Dauer der Hauptversammlung gestützt, wobei bei Hauptversammlungen mit ungewöhnlichen Tagesordnungspunkten oder sonst wesentlich erhöhtem Diskussionsbedarf eine Beendigung der Hauptversammlung innerhalb von 11 bis 12 Stunden nicht beanstandet

978 BGH 8.2.2010 – II ZR 94/08, BGHZ 184, 239, Rdn 8, 16; Goette DStR 2010, 2579, 2583.

979 OLG Frankfurt/M 16.12.2014 – 5 U 24/14, Rdn 40; Commerzbank (juris); OLG Frankfurt/M 26.6.2012 – 5 U 144/09, Rdn 32; Deutsche Bank HV 2008 (juris); OLG Frankfurt/M 20.10.2010 – 23 U 121/08, Rdn 118, 126 und LG Frankfurt/M 19.6.2008 – 3-05 O 158/07 Rdn 48; Deutsche Bank HV 2007 (juris); OLG Frankfurt/M 12.2.2008 – 5 U 8/070, Rdn 35 (juris); näher dazu die Vorinstanzen LG Frankfurt/M 20.12.2013 – 3-05 O 157/13, Rdn 92; Commerzbank (juris); LG Frankfurt/M 20.12.2011, Rdn 65 (juris); LG Frankfurt/M 17.5.2011 – 3-05 O 68/10, BeckRS 2013, 21480; Deutsche Bank HV 2010; Hüffer/Koch § 131 Rdn 43; Marsch-Barner FS Brambring, S 267, 275; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 18a; vgl auch Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 41; weitergehend Weißhaupt ZIP 2005, 1766, 1768; abw Heidel/Heidel § 131 Rdn 55e; KK/Kersting § 131 Rdn 276; Müllert § 129 Rdn 204; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 66; vgl auch Martens AG 2004, 238, 242; MünchKomm/Kubis § 103 Rdn 108.

980 OLG Frankfurt/M 16.12.2014 – 5 U 24/14, Rdn 37ff; Commerzbank (juris); OLG Frankfurt/M 2.10.2012 – 5 U 10/12, Rdn 65ff; Deutsche Bank HV 2011 (juris); OLG Frankfurt/M 26.6.2012 – 5 U 144/09, Rdn 32ff; Deutsche Bank HV 2008 (juris); OLG Frankfurt/M 15.5.2012 – 5 U 66/11, Rdn 65; Deutsche Bank HV 2010 (juris); OLG Frankfurt/M 20.10.2010 – 23 U 121/08, Rdn 117; Deutsche Bank HV 2007 (juris); OLG Frankfurt/M 5.7.2011 – 5 U 104/10, Rdn 116; Deutsche Bank HV 2009 (juris).

981 S die Zurückweisungen der Nichtzulassungsbeschwerden durch BGH 15.12.2015 – II ZR 21/15 (juris); Commerzbank; BGH 14.5.2013 – II ZR 196/12 (juris); Deutsche Bank HV 2010; BGH 8.10.2013 – II ZR 329/12 (juris); Deutsche Bank HV 2011; BGH 23.4.2012 und BGH 13.12.2011 – II ZR 215/10 (juris); Deutsche Bank HV 2007.

wurde.⁹⁸² Bei normalen Hauptversammlungen ohne derartige Besonderheiten (Rdn 304) hat die Rechtsprechung dem Umstand, dass die Hauptversammlung innerhalb von vier bis sechs Stunden beendet wurde, Indizwirkung für die Angemessenheit von Maßnahmen des Versammlungsleiters zur Beschränkung des Frage- und Rederechts zugewiesen.⁹⁸³

329 Soweit ersichtlich, wurde die Anordnung einer allgemeinen Beschränkung des Frage- und Rederechts der Aktionäre auf der Grundlage einer Satzungsregelung gemäß § 131 Abs 2 Satz 2 bislang erst in einem Fall als unverhältnismäßig und rechtswidrig angesehen, weil trotz nur zweier Wortmeldungen und Beendigung der Hauptversammlung in wenig mehr als zwei Stunden eine anfängliche Redezeitbeschränkung angeordnet wurde (Rdn 319).⁹⁸⁴

4. Sonstige Beschränkungen des Frage- und Rederechts

330 **a) Individuelle Beschränkung des Frage- und Rederechts.** Der Versammlungsleiter kann auch individuelle Beschränkungen der Ausführungen der Aktionäre anordnen. Diese knüpfen an ein mit dem ordnungsgemäßen und/oder zeitlichen Ablauf der Hauptversammlung nicht vereinbares Verhalten eines einzelnen Aktionärs an (Rdn 335). Ein derartiges Verhalten wirkt sich zu Lasten der übrigen Hauptversammlungsteilnehmer aus, indem es deren Zeit für Ausführungen und Fragen schmälert, soll eine zeitlich angemessene Beendigung der Hauptversammlung erreicht werden. Eine Reaktion des Versammlungsleiters auf die Überschreitung immanenter Ausübungs-schranken des Rede- und Fragerights zu Lasten der übrigen Hauptversammlungsteilnehmer kann deshalb verfassungsrechtlich (Art 14 GG) geboten sein (Rdn 292).⁹⁸⁵ Die Anordnung individueller Ordnungsmaßnahmen gegenüber einem einzelnen Aktionär folgt aus der **originären Kompetenz des Versammlungsleiters**, für eine sachgerechte und zeitlich angemessene Abhandlung der Hauptversammlung Sorge zu tragen (*Müller* § 129 Rdn 184, 216).⁹⁸⁶

331 Die Kompetenz des Versammlungsleiters zur Durchsetzung einer individuellen Beschränkung des Rederechts und auch des Fragerights eines Aktionärs war unter dem Aspekt des Rechtsmissbrauchs (Übermaßverbot) bzw deren immanenter Ausübungs-schranken (*Müller* § 129 Rdn 197) schon vor dem UMAg anerkannt⁹⁸⁷ und sollte durch § 131 Abs 2 Satz 2 nicht beseitigt werden (Rdn 294). Dementsprechend **bedarf** die Anordnung einer individuellen Beschränkung des Frage- und Rederechts eines Aktionärs nach wie vor **keiner Grundlage in Satzung oder Geschäftsordnung** gemäß § 131 Abs 2 Satz 2.⁹⁸⁸

982 OLG Stuttgart 2.12.2014 – 20 AktG 1/14, Rdn 110 (juris): 12 Stunden; OLG Frankfurt/M 15.5.2012 – 5 U 66/11, Rdn 68: 12 Stunden (juris); OLG Frankfurt/M 20.10.2010 – 23 U 121/08, Rdn 118: knapp 12 Stunden (juris); OLG Frankfurt/M 8.6.2009 – 23 W 3/09, Rdn 19: knapp 11,5 Stunden (juris).

983 OLG Frankfurt/M 20.10.2010 – 23 U 121/08, Rdn 118 (juris); ebenso Grigoleit/*Herrler* § 131 Rdn 38, 41; Hüffer/Koch § 131 Rdn 45; *Mutter* AG 2006, R380, R382.

984 LG München I 11.12.2008 – 5 HK O 15201/08, Rdn 43ff (juris).

985 BVerfG 20.9.1999 – 1BvR 168/93, ZIP 1999, 1798, 1800: Wenger/Daimler-Benz; Grigoleit/*Herrler* § 129 Rdn 31; Hüffer/Koch § 129 Rdn 31; vgl auch *Müller* § 129 Rdn 197.

986 Grigoleit/*Herrler* § 129 Rdn 29, 31; Hüffer/Koch § 129 Rdn 31.

987 BVerfG 20.9.1999 – 1BvR 168/93, ZIP 1999, 1798, 1800: Wenger/Daimler-Benz; BGH 11.11.1965 – II ZR 122/63, BGHZ 44, 245, 252; OLG Stuttgart 15.2.1995 – 3 U 118/94, WM 1995, 617; *Vorauf* Rdn 112 mwN.

988 Grigoleit/*Herrler* § 129 Rdn 31, 33; Hüffer/Koch § 129 Rdn 29; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 18b; Spindler/Stilz/Siemss § 131 Rdn 57, 58.

Dennoch wird in der **Satzung** von börsennotierten Gesellschaften verbreitet die Ermächtigung des Versammlungsleiters gemäß § 131 Abs 2 Satz 2 auch auf individuelle Beschränkungen des Frage- und Rederechts der Aktionäre erstreckt.⁹⁸⁹ Damit ist eine zusätzliche Legitimation durch den Satzungsgeber und im Einzelfall eine Vergrößerung des Handlungsspielraums des Versammlungsleiters zu individuellen Beschränkungen des Frage- und Rederechts der Aktionäre verbunden (Rdn 301). Durch eine Ermächtigung in der Satzung macht die Hauptversammlung deutlich, dass sich der Versammlungsleiter bei der Beurteilung, ob ein einzelner Aktionär sein Frage- und Rederecht rechtsmissbräuchlich wahrnimmt, an einer zeitgerechten Beendigung einer normalen Hauptversammlung innerhalb von vier bis acht Stunden (Rdn 301, 304f) und einer kritischen Hauptversammlung deutlich vor Mitternacht (Rdn 307) orientieren darf. Die Anordnung individueller Beschränkungen des Frage- und Rederechts durch den Versammlungsleiter wird durch eine allgemeine, für alle Aktionäre geltende Beschränkung des Frage- und Rederechts (Rdn 296) nicht ausgeschlossen,⁹⁹⁰ lässt sich aber über eine allgemeine Beschränkung oft vermeiden und hat deshalb in den Fällen eines Verstoßes gegen das Übermaßverbot (Rdn 331, 335) nur bei Fehlen einer allgemeinen Beschränkung größere praktische Bedeutung.

Die individuelle Beschränkung des Frage- und Rederechts hat sich am **Gebot von Sachdienlichkeit, Gleichbehandlung, Verhältnismäßigkeit und Neutralität** zu orientieren (Rdn 302, *Mülbert* § 129 Rdn 133, 186).⁹⁹¹ Bei der **konkreten Durchsetzung** der individuellen Beschränkung des Frage- und Rederechts des einzelnen Aktionärs hat der Versammlungsleiter wegen des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes zunächst das mildeste Mittel zu wählen und seine Ordnungsmaßnahmen **sukzessive** zu verschärfen (Rdn 311, 323).⁹⁹² Er hat insoweit je nach dem Anlass der individuellen Beschränkung differenziert vorzugehen.⁹⁹³

Eine **individuelle Beschränkung des Rederechts** erfolgt bei Ausführungen, die sich nicht auf die Tagesordnung beziehen und damit nicht zur Sache beitragen, bei übermäßiger Inanspruchnahme von Redezeit (*Filibustern*) oder bei störendem, beleidigendem oder ähnlichem Verhalten.⁹⁹⁴ Erforderlich ist in allen Fällen zunächst eine Ermahnung bzw. Verwarnung des betreffenden Aktionärs durch den Versammlungsleiter.⁹⁹⁵ Nur in Ausnahmefällen eines grob beleidigenden Verhaltens kann dem Aktionär sofort das Wort entzogen werden.⁹⁹⁶ Setzt ein Aktionär trotz Ermahnung beleidigendes oder sonstiges störendes Verhalten fort, so kann ihm der Versammlungsleiter sofort das Rederecht entziehen. Bei Ausführungen, die nicht die Tagesordnung betreffen, sollte der Versammlungsleiter den Aktionär auffordern zur Sache zu sprechen oder Fragen zu stellen und ihn zunächst wenige Minuten fortfahren lassen. Kommt der Aktionär dieser Aufruf nicht nach, so kann ihm der Versammlungsleiter das Wort entziehen. Zeichnet

⁹⁸⁹ MünchHdb AG/*Hoffmann-Becking* § 37 Rdn 60; Kremer FS Hoffmann-Becking, 697, 707; s ferner die Satzungsgestaltung Sachverhalt BGH 8.2.2010 – II ZR 94/08, BGHZ 184, 239 Rdn 1.

⁹⁹⁰ Marsch-Barner/Schäfer/*Marsch-Barner* § 34 Rdn 15.

⁹⁹¹ Grigoleit/*Herrler* § 129 Rdn 31; Hüffer/*Koch* § 131 Rdn 53; Schmidt/Lutter/*Ziemons* § 129 Rdn 83.

⁹⁹² Zu den Eskalationsstufen Grigoleit/*Herrler* § 129 Rdn 32; MünchHdb AG/*Hoffmann-Becking* § 37 Rdn 74; MünchKomm/*Kubis* § 119 Rdn 172, 173; Marsch-Barner/Schäfer/*Marsch-Barner* § 34 Rdn 19; Spindler/Stilz/*Wicke* Anh § 119 Rdn 10.

⁹⁹³ MünchKomm/*Kubis* § 119 Rdn 170.

⁹⁹⁴ Butzke G 24; Grigoleit/*Herrler* § 129 Rdn 32; Hüffer/*Koch* § 131 Rdn 53; MünchKomm/*Kubis* § 119 Rdn 170; Bürgers/Körber/*Reger* § 131 Rdn 18a, 27; Ziemons/Binnewies, Rz I 10.823.

⁹⁹⁵ Grigoleit/*Herrler* § 129 Rdn 32; Hüffer/*Koch* 131 Rdn 53; Marsch-Barner/Schäfer/*Marsch-Barner* § 34 Rdn 16; *Mülbert* § 129 Rdn 217.

⁹⁹⁶ *Mülbert* § 129 Rdn 217 (für Entzug des Rederechts).

sich ab, dass ein Aktionär eine übermäßige Redezeit in Anspruch nimmt, so sollte ihn der Versammlungsleiter auffordern, innerhalb weniger Minuten mit seinen Ausführungen zum Ende zu kommen.⁹⁹⁷

335 Eine rechtlich sichere **zeitliche Grenze**, ab deren Überschreitung eine Entziehung des Rederechts zulässig ist, ist schwierig zu ziehen.⁹⁹⁸ Sie ist abhängig von der sonstigen Zahl von Wortmeldungen und der voraussichtlichen zeitlichen Dauer der Hauptversammlung (Rdn 310). Der BGH hat eine Satzungsregelung gemäß § 131 Abs 2 Satz 2 akzeptiert, wonach die individuelle Redezeit pro Aktionär höchstens 45 Minuten betragen soll.⁹⁹⁹ Auch ohne eine Satzungsgrundlage ist die individuelle Ausübungsschranke des Rede- und Fragerechts ab einer Rede- und Fragezeit von 45 Minuten regelmäßig erreicht, sofern noch weitere Aktionäre zu Wort kommen wollen und eine Hauptversammlungsdauer von sechs Stunden bei normaler Tagesordnung (deutlich) überschritten zu werden droht. Darüber hinausgehend kann im konkreten Einzelfall zur Ermöglichung weiterer Wortmeldungen eine Entziehung des Rederechts ab Erreichen einer Gesamtredezeit von 30 Minuten (unter Berücksichtigung ggf mehrfacher Wortmeldungen) und bei weit fortgeschrittener Generaldebatte zur Vermeidung einer unzumutbar langen Hauptversammlungsdauer auch schon ab Erreichen einer Gesamtredezeit von 20 Minuten zulässig sein (Rdn 340).¹⁰⁰⁰

336 Für die **individuelle Beschränkung des Fragerechts** werden verbreitet wegen der angeblich höheren Wertigkeit des Fragerechts (Rdn 316) erhöhte Anforderungen gestellt.¹⁰⁰¹ So soll es erforderlich sein, dass einem Aktionär nach Entziehung des Rederechts noch Zeit für Fragen eingeräumt wird; die Entziehung auch des Fragerechts wird als *ultima ratio* angesehen.¹⁰⁰²

337 Hinsichtlich der Anerkennung einer Höchstzahl von Fragen, ab deren Überschreiten der Aktionär gegen das Übermaßverbot verstößt, sind Rechtsprechung und Literatur zurückhaltend, eine **absolute Grenze ist nicht anerkannt** (Rdn 137, 447).¹⁰⁰³ Ohnehin ist eine zuverlässige Zählung der Fragen angesichts deren häufig rascher Verlesung, der Nummerierung durch die Aktionäre allenfalls nach Themenkomplexen sowie der notwendigen Erfassung auch von Unterfragen bzw abgefragten Detailinformationen (Rdn 451) in der konkreten Hauptversammlungssituation schwierig. Eine differenzierte Behandlung von Rederecht und Fragerecht würde dazu führen, dass eine individuelle Beschränkung der Redezeit unterlaufen werden kann; zudem gehen Ausführungen und Fragen oft ineinander über und sind nicht rechtsicher voneinander zu trennen (Rdn 317).

338 **Zutreffend** erscheint eine **Gleichbehandlung der Beschränkung von Rederecht und Fragerecht** (Rdn 317). Es ist dem Aktionär unbenommen, seine gesamte Redezeit ausschließlich für Fragen zu nutzen. Das Erfordernis eines rechtsmissbräuchlichen oder mindestens sachwidrigen Verhaltens des Aktionärs ist anspruchsvoll und bedarf keiner

997 BGH 11.11.1965 – II ZR 122/63, Rdn 28 (juris); „Noch drei Minuten“; Hüffer/Koch § 131 Rdn 53; vgl auch MünchKomm/Kubis § 119 Rdn 170.

998 Butzke G 24; Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner § 34 Rdn 15.

999 BGH 8.2.2010 – II ZR 94/08, BGHZ 184, 239, Rdn 21.

1000 S auch BGH 11.11.1965 – II ZR 122/63, BGHZ 44, 245, 252: Restzeit drei Minuten nach 20–25 Minuten Redezeit nicht zu beanstanden; MünchKomm/Kubis § 119 Rdn 170; **abw** Martens WM 1981, 1010, 1017; Müllert § 129 Rdn 216.

1001 Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 28; Grigoleit/Herrler § 129 Rdn 33; KK/Kersting § 131 Rdn 284, 285; Kremer FS Hoffmann-Becking, 697, 708; MünchKomm/Kubis § 119 Rdn 171.

1002 Grigoleit/Herrler § 129 Rdn 33; MünchKomm/Kubis § 119 Rdn 171; Müllert § 129 Rdn 218; vgl. auch LG München I 2.9.2010 – 5 HK O 6069/10, Rdn 42 (juris).

1003 LG München I 28.5.2010 – 5 HK O 14307/07, Der Konzern 2010, 379, 384, 385; Butzke G 24; Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner § 34 Rdn 15; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 35; sehr zurückhaltend KK/Kersting § 131 Rdn 382; ganz **abw** Heidel/Heidel § 131 Rdn 40, 43.

weiteren Verschärfung für das Fragerecht. Dementsprechend sollte eine Beschränkung von Rede- und Fragerecht bei übermäßiger zeitlicher Inanspruchnahme durch einen Aktionär unabhängig davon zulässig sein, ob dieser seine Zeit für Ausführungen oder Fragen genutzt hat. Die praktischen Probleme im Zusammenhang mit einer individuellen Frage- und Redezeitbeschränkung lassen sich allerdings durch ein konsequentes Zeitmanagement unter Nutzung einer allgemeinen Beschränkung des Frage- und Rederechts sowie einer Schließung der Rednerliste weitgehend vermeiden.¹⁰⁰⁴

Aus Gründen rechtlicher Vorsorge sollte der Versammlungsleiter dem Aktionär bei absehbar übermäßiger Inanspruchnahme von Rede- und Fragezeit die Möglichkeit geben, etwa innerhalb von drei Minuten nur noch Fragen zu stellen oder sich in dieser Zeit auf die aus seiner Sicht wichtigsten weiteren Fragen zu konzentrieren. In Abwesenheit einer allgemeinen Beschränkung des Frage- und Rederechts kann ein derartiger Hinweis des Versammlungsleiters zweckmäßig sein, damit dem Aktionär der Aspekt einer zeitlich übermäßigen Inanspruchnahme der Hauptversammlung deutlich gemacht wird.¹⁰⁰⁵

b) Schließung der Rednerliste. Zur Gewährleistung einer zeitlich angemessenen Beendigung der Hauptversammlung ist der Versammlungsleiter auch zur Schließung der Rednerliste befugt. Danach werden nur diejenigen Aktionäre und Aktionärsvertreter in der Aussprache aufgerufen, die sich vor Schließung der Rednerliste zu Wort gemeldet haben; Wortmeldungen nach Schließung der Rednerliste werden nicht mehr berücksichtigt.¹⁰⁰⁶ Wegen des damit verbundenen Eingriffs in das Rede- und Fragerecht wurde eine **originäre Kompetenz des Versammlungsleiters** zur Schließung der Rednerliste vor dem UMAG nur anerkannt, wenn andernfalls eine Beendigung der Hauptversammlung vor Ablauf des Tages nicht mehr gewährleistet war.¹⁰⁰⁷ Die Regelung des § 131 Abs 2 Satz 2 hat an dieser Kompetenz des Versammlungsleiters nichts geändert (Rdn 294).¹⁰⁰⁸ Angesichts der in den Gesetzesmaterialien betonten Regeldauer einer normalen Hauptversammlung von vier bis sechs Stunden (Rdn 304) ist eine originäre Kompetenz des Versammlungsleiters zur Anordnung des Schlusses der Debatte unter Einschluss einer Beschränkung des Fragerechts der Aktionäre anzuerkennen, selbst wenn diese nicht einer Beendigung der Hauptversammlung vor Mitternacht, sondern innerhalb von 10 bis 12 Stunden dient (Rdn 335).¹⁰⁰⁹ Dementsprechend hat die Rechtsprechung bei besonders kritischen Hauptversammlungen nicht darauf abgestellt, ob sich die für zulässig gehaltene Schließung der Rednerliste auf eine hinreichende Ermächtigung in der Satzung stützen konnte (Rdn 328).

Durch eine **Ermächtigung in der Satzung** wird der Handlungsspielraum des Versammlungsleiters erweitert¹⁰¹⁰ (Rdn 294, 301, 332). In der Praxis findet sich in den entsprechenden Satzungsermächtigungen oft keine ausdrückliche Erwähnung der Möglichkeit der Schließung der Rednerliste,¹⁰¹¹ wohl aber die Ermächtigung des Versammlungsleiters, den zeitlichen Rahmen der Hauptversammlung angemessen zu gestalten (Rdn 298, 301); damit ist auch die Schließung der Rednerliste erfasst. Die praktische Bedeutung der Schließung der Rednerliste ist seither hoch. In Kombination mit der Anord-

1004 Butzke G 24.

1005 OLG Frankfurt/M 23.7.2010 – 5 W 91/09, Rdn 26, 27 (juris).

1006 Butzke D 63; MünchHdb AG/Hoffmann-Becking § 37 Rdn 64; Hüffer/Koch § 129 Rdn 30; MünchKomm/Kubis § 119 Rdn 168; Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner § 34 Rdn 22.

1007 Vorauf! Rdn 113 mwN.

1008 KG 9.6.2008 – 2 W 101/07, Rdn 78 (juris).

1009 Enger MünchKomm/Kubis § 119 Rdn 168, § 121 Rdn 38; Mülbert § 129 Rdn 210, 178: 12 Stunden.

1010 Begr RegE BT-Drucks 15/5092, S 17.

1011 S aber den Sachverhalt BGH 8.2.2010 – II ZR 94/08, BGHZ 184, 239, Rdn 1.

nung einer allgemeinen Beschränkung des Frage- und Rederechts ist die Schließung der Rednerliste ein **zentrales Mittel** des Versammlungsleiters **zur Steuerung eines zeitlich angemessenen Ablaufs** der Hauptversammlung.¹⁰¹² Aufgrund der Legitimation einer Satzungsgrundlage dürfte eine Schließung der Rednerliste bei einer normalen Tagesordnung zur Beendigung der Hauptversammlung nach sechs bis acht Stunden und einer kritischen Hauptversammlung nach 10 bis 12 Stunden zulässig sein (s auch Rdn 348).

- 342** Wie andere Leitungsmaßnahmen des Versammlungsleiters muss auch die Schließung der Rednerliste dem Gebot der Sachdienlichkeit, Verhältnismäßigkeit, Gleichbehandlung und Neutralität gerecht werden (Rdn 302). Dementsprechend erfolgt in der Hauptversammlung regelmäßig bereits zu Beginn der Aussprache oder bei Anordnung einer allgemeinen Rede- und Fragezeitbeschränkung der Vorbehalt der Schließung der Rednerliste. Im Verlauf der Hauptversammlung kann sodann die konkrete **Ankündigung** der Schließung der Rednerliste erfolgen. Eine derartige Ankündigung ist nach dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz grundsätzlich erforderlich, damit sich Aktionäre ggf noch in die Rednerliste eintragen können.¹⁰¹³ Zwischen Ankündigung und Anordnung der Schließung der Rednerliste ist regelmäßig eine Zeitspanne von 10 bis 15 Minuten ausreichend, bei nur noch geringer Zahl der anwesenden Aktionäre und ohnehin nur noch vereinzelten Wortmeldungen ggf auch eine Zeitspanne von 5 Minuten.¹⁰¹⁴ Einer Ankündigung der Schließung der Rednerliste bedarf es nicht, wenn die Hauptversammlung zeitlich weit fortgeschritten ist, seit längerem keine neuen Wortmeldungen mehr erfolgten und für die Aktionäre erkennbar ist, dass eine zeitliche Beendigung der Hauptversammlung noch am selben Tag ohne eine Schließung der Rednerliste nicht gesichert ist (s auch Rdn 349).
- 343** Hinsichtlich des **Zeitpunkts** der Schließung der Rednerliste bedarf es einer Prognose des Versammlungsleiters über den voraussichtlichen zeitlichen Ablauf der Hauptversammlung (Rdn 318). Dabei entscheidet der Versammlungsleiter nach pflichtgemäßem Ermessen (Rdn 302). Insbesondere bei einer kritischen Hauptversammlung mit einer zu erwartenden Dauer von 10 bis 12 Stunden ist in der Praxis eine frühzeitige Schließung der Rednerliste zulässig.¹⁰¹⁵ Ist schon zu Beginn der Aussprache wegen ungewöhnlich hoher Zahl von Wortmeldungen mit einer Beendigung der Hauptversammlung erst nach 10 bis 12 Stunden zu rechnen, so kann der Versammlungsleiter bereits zu Beginn der Aussprache – gemeinsam mit der Anordnung einer allgemeinen Beschränkung des Frage- und Rederechts – die Schließung der Rednerliste ankündigen und alsbald vollziehen; in der Praxis sind solche Fälle allerdings selten. Erweist sich die Prognose des Versammlungsleiters im Verlauf der Hauptversammlung als unzutreffend, kann und ggf muss er die Schließung der Rednerliste wieder aufheben (Rdn 319).
- 344** Die Schließung der Rednerliste erfordert **nicht zwingend zuvor eine allgemeine Beschränkung des Frage- und Rederechts** der Aktionäre. Es liegt vielmehr im Ermessen des Versammlungsleiters, ob er zunächst möglichst vielen Aktionären Raum für Fra-

1012 Butzke D 63.

1013 OLG Frankfurt/M 5.11.2007 – 5 W 22/07, AG 2008, 167, 171; LG München I 20.1.2011 – 5 HK O 18800/09, Rdn 257 (juris); HRE *Squeeze-out*; LG München I 26.4.2007 – 5 HK O 12848/06, Der Konzern 2007, 448, 456; Butzke D 63; Hölters/Drinhausen Anh § 129 Rdn 15; MünchenHdb AG/Hoffmann-Becking § 37 Rdn 64; Hüffer/Koch § 131 Rdn 49; Mülbert § 129 Rdn 210; Schmidt/Lutter/Ziemons, § 129 Rdn 85; abw Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner § 34 Rdn 22; Schaaf Rdn 658; insowohl auch (bei strengerer Anforderungen an Anordnung) MünchKomm/Kubis § 119 Rdn 168.

1014 OLG Frankfurt/M 16.12.2014 – 5 U 24/14, Rdn 41, 43 (juris); MünchenHdb AG/Hoffmann-Becking § 37 Rdn 64; Schwartzkopff Rdn 339.

1015 OLG Frankfurt/M 16.12.2014 – 5 U 24/14, Rdn 41 (juris): 12.30 Uhr; OLG München 28.9.2011 – 7 U 711/11, Rdn 90 (juris): 14.23 Uhr.

gen und Redebeiträge lässt und er erst in einem fortgeschrittenen Stadium der Generaldebatte und nur noch vereinzelten Wortmeldungen die Rednerliste schließt.¹⁰¹⁶ Die Schließung der Rednerliste kann insoweit dem Zweck dienen, dass die Redner, die noch aufgerufen werden, ausreichend Zeit für ihre Ausführungen und Fragen haben.¹⁰¹⁷ In der Praxis erfolgt die Schließung der Rednerliste allerdings oft erst nach einer allgemeinen Beschränkung des Frage- und Rederechts und wird mit einer verschärften Beschränkung des Frage- und Rederechts der Aktionäre (Rdn 313) kombiniert. Enthält bereits die erste allgemeine Beschränkung eine Differenzierung für Zweitredner (Rdn 311), so ist eine weitere Redezeitbeschränkung vor Schließung der Rednerliste oft nicht zweckmäßig; sie ist auch nicht erforderlich, weil sie nicht notwendig ein mildereres Mittel darstellt. Umgekehrt ist die Schließung der Rednerliste aber auch nicht als mildereres Mittel gegenüber einer weiteren Beschränkung des allgemeinen Frage- und Rederechts anzusehen und geht letzterer nicht zwingend vor.¹⁰¹⁸

Die Schließung der Rednerliste muss einer zeitlich angemessenen Beendigung der Generaldebatte und damit auch der Hauptversammlung dienen; es reicht nicht, dass der Versammlungsleiter den Eindruck hat, in der Generaldebatte seien alle wesentlichen Gesichtspunkte angesprochen worden und es seien nur noch Wiederholungen zu erwarten.¹⁰¹⁹ Der Schluss der Rednerliste kann durch einen Aktionär **nicht** dadurch umgangen werden, dass er sich **nach Ankündigung mehrfach zu Wort meldet**.¹⁰²⁰ Ebenso wenig kann das Rederecht eines rechtzeitig vor Schließung der Rednerliste angemeldeten Aktionärs auf einen nicht mehr rechtzeitig angemeldeten Aktionär übertragen werden.¹⁰²¹ Hat sich ein Aktionär rechtzeitig vor Schließung der Rednerliste gemeldet, so muss er auch aufgerufen werden; erfolgt dies nicht, so liegt ein Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz vor.¹⁰²²

c) Schluss der Debatte. Lässt sich die zeitlich angemessene Beendigung der Hauptversammlung auf andere Weise nicht erreichen, so kann der Versammlungsleiter als *ultima ratio* den Schluss der Debatte anordnen. Danach erfolgt ein Aufruf der Aktionäre auch dann nicht mehr, wenn sie sich vor Schließung der Rednerliste (Rdn 340) zu Wort gemeldet hatten.¹⁰²³ Darin unterscheidet sich der Schluss der Debatte von der Schließung der Aussprache, die nach Abarbeitung sämtlicher Redneraufrufe, ggf nach Schließung der Rednerliste, erfolgt.¹⁰²⁴ Wegen des damit verbundenen Eingriffs in das Rede- und Frageright war eine **originäre Kompetenz des Versammlungsleiters** zur Anordnung des Schlusses der Debatte vor dem UMAG selbst dann bestritten, wenn anders eine zeitgerechte Beendigung der Hauptversammlung vor Ablauf des Tages nicht mehr möglich

1016 Vgl auch Hüffer/Koch § 131 Rdn 49; abw Heidel/Heidel Vor §§ 129–132 Rdn 52; Mülbert § 129 Rdn 210; Ziemons/Binnewies, Rz I 10.715.

1017 OLG München 28.9.2011 – 7 U 711/11, Rdn 88 (juris); Hüffer/Koch § 129 Rdn 30; insow auch Heidel/Heidel Vor §§ 129–132 Rdn 53.

1018 Abw Heidel/Heidel Vor § 129–132 Rdn 53.

1019 Hüffer/Koch § 131 Rdn 49; Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner § 34 Rdn 22; Mülbert § 129 Rdn 210; Schaaf Rdn 660; abw Fischer/Pickert in Semler/Volhard/Reichert § 9 Rdn 157; Martens S 67.

1020 OLG Frankfurt/M 15.5.2012 – 5 U 66/11, Rdn 67 (juris); OLG Frankfurt/M 5.7.2011 – 5 U 104/10, Rdn 122 (juris); OLG Frankfurt/M 8.6.2009 – 23 W 3/09, Rdn 21 (juris).

1021 OLG München 28.9.2011 – 7 U 711/11, AG 2011, 840, 843; Hüffer/Koch § 131 Rdn 49; Mülbert § 129 Rdn 210.

1022 LG Frankfurt/M 18.12.2012 – 3-05 O 93/12, Rdn 21 (juris).

1023 Butzke D 64; Hüffer/Koch § 131 Rdn 49; Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner § 34 Rdn 24; Mülbert § 129 Rdn 211.

1024 Fischer/Pickert in Semler/Volhard/Reichert § 9 Rdn 164; Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner § 34 Rdn 24; Schaaf Rdn 668.

war.¹⁰²⁵ Seit Einfügung des § 131 Abs 2 Satz 2 ist gesichert, dass eine Hauptversammlung an einem Tag beendet werden darf und es keiner vorsorglichen Einberufung einer zweitägigen Hauptversammlung bedarf (Rdn 306). Dementsprechend wird seither die originäre Kompetenz des Versammlungsleiters zur Anordnung des Schlusses der Debatte auch dann anerkannt, wenn es an einer Ermächtigung in der Satzung gemäß § 131 Abs 2 Satz 2 fehlt.¹⁰²⁶

347 Ein Schluss der Debatte ist auch dann zulässig, wenn er dazu führt, dass die Hauptversammlung schon nach 12–13 Stunden und damit deutlich vor Mitternacht beendet wird. Der BGH hat eine Satzungsregelung für zulässig erklärt, wonach der Schluss der Debatte um 22.30 Uhr (also nach 12,5 Stunden) erfolgen kann.¹⁰²⁷ Die Rechtsprechung hat einen Schluss der Debatte auch schon zu einem früheren Zeitpunkt akzeptiert, sofern er auf die Beendigung der Hauptversammlung nach am selben Tage abzielte, ohne kritisch zu hinterfragen, ob die Satzung hierfür eine ausreichende Ermächtigung enthielt.¹⁰²⁸

348 Durch eine Ermächtigung in der Satzung gemäß § 131 Abs 2 Satz 2 wird – ebenso wie bei den übrigen Leitungsmaßnahmen des Versammlungsleiters (vgl Rdn 298, 336) – der Handlungsspielraum des Versammlungsleiters auch für einen Schluss der Debatte erweitert.¹⁰²⁹ Die Legitimation des Schlusses der Debatte durch eine **Satzungsermächtigung** dürfte auch eine Beendigung einer Hauptversammlung nach 10 bis 12 Stunden ermöglichen.¹⁰³⁰ Eine ausdrückliche Ermächtigung zum Schluss der Debatte findet sich in Sitzungen eher selten; die in der Praxis verbreitete allgemeine Ermächtigung an den Versammlungsleiter, den zeitlichen Rahmen der Hauptversammlung angemessen zu gestalten (Rdn 302), schließt den Schluss der Debatte mit ein. Dennoch wird aus Gründen rechtlicher Vorsorge auch in solchen Fällen der Schluss der Debatte nur äußerst zurückhaltend und nur dann angeordnet, wenn anderenfalls eine Beendigung der Hauptversammlung erst nach mehr als 12 Stunden und rechtzeitig vor Mitternacht erforderlich ist.

349 Der Schluss der Debatte bedarf als letzte Stufe der Eskalation von Leitungsmaßnahmen des Versammlungsleiters (erst recht) der Sachdienlichkeit, Verhältnismäßigkeit, Gleichbehandlung und Neutralität (Rdn 309). Dementsprechend bedarf es grundsätzlich einer rechtzeitigen **Ankündigung**, damit sich die Aktionäre bei ihren Ausführungen und Fragen rechtzeitig darauf einstellen können.¹⁰³¹ Ist allerdings die Hauptversammlung zeitlich schon so weit fortgeschritten, dass für die anwesenden Aktionäre erkennbar eine Beendigung der Hauptversammlung noch vor Mitternacht nicht gesichert erscheint, so bedarf es keiner Ankündigung des Schlusses der Debatte (s auch Rdn 342). Der Grund-

1025 Für Zulässigkeit unter diesen engen Voraussetzungen LG München I 14.10.1999 – 5 HKO 8024/98, AG 2000, 139: Macrotron; *Vorauf* Rdn 113 mwN auch zur Gegenauffassung.

1026 LG München I 26.4.2007 – 5 HK O 12848/06, Der Konzern 2007, 448, 456; MünchKomm/Kubis § 119 Rdn 169; Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner § 34 Rdn 24; *Mülbert* § 129 Rdn 212; Schmidt/Lutter/Ziemons § 129 Rdn 85; **abw** Heidel/Heidel Vor § 129–132 Rdn 54.

1027 BGH 8.2.2010 – II ZR 94/09, Rdn 23, 24 (juris); *Mülbert* § 129 Rdn 211.

1028 OLG München 28.9.2011 – 7 U 711/11, Rdn 91, 92 (juris): HRE Squeeze out (Anordnung 18.55 Uhr, Beantwortung offener Fragen bis nach 22 Uhr); OLG Frankfurt/M 5.11.2007 – 5 W 22/07, AG 2008, 167, 171: Anordnung 21.03 Uhr; LG München I 28.8.2008 – 5 HK O 12861/07, Rdn 517 (juris): HVB Squeeze out (Anordnung 20.29 Uhr am 2. Tag der HV); LG München I 26.4.2007 – 5 HK O 12848/06, Der Konzern 2007, 448, 456: Anordnung 21.15 Uhr.

1029 Allgemein Begr RegE BT-Drucks 15/5092 S 17.

1030 **Abw** Schmidt/Lutter/Ziemons § 129 Rdn 85.

1031 LG München I 21.1.2011 – 5 HK O 18800/09, Rdn 257 (juris): HRE Squeeze out; LG München I 26.4.2007 – 5 HK O 12848/06, Der Konzern 2007, 448, 456; MünchKomm/Kubis § 119 Rdn 169; *Mülbert* § 129 Rdn 213; *Wachter* DB 2010, 829, 834; Schmidt/Lutter/Ziemons § 129 Rdn 85; zurückhaltend *Butzke* D 64.

satz der Verhältnismäßigkeit macht es erforderlich, dass der Schluss der Debatte erst angeordnet wird, nachdem mildere Maßnahmen zur zeitlich angemessenen Beendigung der Hauptversammlung wie eine allgemeine Beschränkung des Frage- und Rederechts und die Schließung der Rednerliste bereits angeordnet wurden.¹⁰³² Es reicht für den Schluss der Debatte nicht aus, dass der Versammlungsleiter der Auffassung ist, es sei alles Notwendige gesagt und neue Aspekte seien in der Aussprache nicht zu erwarten (Rdn 345).¹⁰³³ In der Regel ist der Schluss der Debatte bei einem konsequenten Zeitmanagement durch Anordnung einer anfänglichen allgemeinen Beschränkung des Frage- und Rederechts, eine weitere Verschärfung der Beschränkung und eine rechtzeitige Schließung der Rednerliste vermeidbar.

VII. Auskunftsverweigerungsgründe (§ 131 Abs 3)

1. Grundlagen

a) Bedeutung. Auch wenn einem Aktionär an sich ein Auskunftsrecht gemäß § 131 Abs 1 zusteht, die begehrte Auskunft also insbesondere zur Beurteilung der Tagesordnung erforderlich ist, kann gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 die Auskunft vom Vorstand verweigert werden, wenn einer der Auskunftsverweigerungsgründe der Nrn 1 bis 7 vorliegt. Die Berechtigung der Auskunftsverweigerung wird – anders als nach der Vorgängervorschrift des § 112 Abs 3 Satz 2 AktG 1937 – **in vollem Umfang** in die **Überprüfung durch die Gerichte** gestellt.¹⁰³⁴ Die weitaus **größte praktische Bedeutung** hat das Auskunftsverweigerungsrecht der **Nr 1** zur Vermeidung eines Nachteils der Gesellschaft. Die einzelnen Auskunftsverweigerungsgründe des § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 1 bis 7 schließen sich nicht gegenseitig aus, sondern sie können im Einzelfall **kumulativ** eingreifen. Eine Auskunftsverweigerung ist rechtmäßig, wenn nur einer der Auskunftsverweigerungsgründe des Katalogs des § 131 Abs 3 Satz 1 vorliegt, und zwar auch dann, wenn sich der Vorstand zu Unrecht auf das Vorliegen eines bestimmten Auskunftsverweigerungsrechts beruft (Rdn 357).¹⁰³⁵ Wird die Auskunft zu einer Frage begehrt, auf die nur zum Teil die Auskunft gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 verweigert werden kann, so ist die Auskunft im Übrigen zu erteilen.¹⁰³⁶

Die Aktionärsrechte-RL¹⁰³⁷ gewährleistet gemäß Art 9 Abs 1 für börsennotierte Gesellschaften das Auskunftsrecht vorbehaltlich von Maßnahmen, die für einen ordnungsgemäßen Ablauf der Hauptversammlung sowie deren Vorbereitung und vorbehaltlich des Schutzes der Vertraulichkeit und der Geschäftsinteressen der Gesellschaft notwendig sind (**Art 9 Abs 2**). Anders als die Erforderlichkeit der Auskunft gemäß § 131 Abs 1 Satz 1 wird man den Auskunftsverweigerungskatalog der Nrn 1 bis 6 nicht unter den Aspekt der Gewährleistung des ordnungsgemäßen Ablaufs der Hauptversammlung und ihrer Vorbereitung fassen können (Rdn 129).¹⁰³⁸ Für die Auskunftsverweigerungsgründe der **Nrn 1 und 5** entspricht es gesicherter Auffassung, dass sie sich auf den

¹⁰³² LG München I 14.10.1999 – 5 HKO 8024/98, AG 2000, 139; Macrotron; MünchKomm/Kubis § 119 Rdn 169.

¹⁰³³ Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner § 34 Rdn 24; Mülbert § 129 Rdn 211; abw Fischer/Pickert in Semler/Volhard/Reichert § 9 Rdn 162.

¹⁰³⁴ Begr RegE bei Kropff Aktiengesetz 1965, S 188f.

¹⁰³⁵ MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 114.

¹⁰³⁶ Heidel/Heidel § 131 Rdn 56.

¹⁰³⁷ 2007/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rats über die Ausübung bestimmter Rechte von Aktionären in börsennotierten Gesellschaften, AbI Nr L 184.

¹⁰³⁸ So zur Erforderlichkeit der Auskunft s BGH 5.11.2013 – II ZB 28/12, BGHZ 198, 355 Rdn 20.

Schutz der Vertraulichkeit und der Geschäftsinteressen der Gesellschaften stützen können.¹⁰³⁹ Das Auskunftsverweigerungsrecht des § 131 Abs 1 Satz 1 **Nr 7** kann sich auf Art 9 Abs 2 Unterabs 2 Aktionärsrechte-RL stützen, wonach eine Frage als beantwortet gilt, wenn die entsprechende Information bereits in Form von Frage und Antwort auf der Internetseite der Gesellschaft verfügbar ist.¹⁰⁴⁰

352 Auch die Auskunftsverweigerungsgründe der **Nrn 2 bis 4 und 6** sind entgegen einer verbreitete skeptischen Einschätzung **europarechtskonform**: Sie lassen sich ebenfalls mit dem Schutz der Geschäftsinteressen der Gesellschaft rechtfertigen.¹⁰⁴¹ Zudem stellt § 131 angesichts der vollen gerichtlichen Überprüfung und der anders als in den meisten anderen Rechtsordnungen der EU drohenden Anfechtbarkeit eines Hauptversammlungsbeschlusses (Rdn 49) einen insgesamt angemessenen Ausgleich der Informationsinteressen einzelner Aktionäre mit dem Interesse an einer zielgerichteten und sachbezogenen Information im Sinne der EU-Rechtsetzung dar (Rdn 129).¹⁰⁴²

353 Der Katalog der Auskunftsverweigerungsgründe des § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 1 bis 7 **gilt** nicht nur für das allgemeine Auskunftsrecht des § 131 Abs 1 Satz 1, sondern **auch für** das spezielle Auskunftsrecht des **§ 131 Abs 1 Satz 2**.¹⁰⁴³ Darüber hinausgehend besteht das Auskunftsverweigerungsrecht gemäß § 131 Abs 3 entgegen anderslautenden Andeutungen des BGH auch für andere **spezielle aktienrechtliche** (zB § 293g) und **umwandlungsrechtliche Auskunftsrechte** (insbes § 64 Abs 2 UmwG) zu den Angelegenheiten des anderen Vertragsteils (Rdn 25).¹⁰⁴⁴ Bei derartigen **Strukturmaßnahmen** bestehen zwar weitreichende Informations- und Berichtspflichten schon im Vorfeld der Hauptversammlung, etwa betreffend die Unternehmensbewertung (einschl der Offenlegung von detaillierten Planzahlen), zu denen in der Hauptversammlung Verständnisfragen, ergänzende Fragen und Fragen zum anderen Vertragsteil erforderlich werden können (Rdn 243). Der Offenlegung von darüber hinausgehenden Detailinformationen kann jedoch im Einzelfall ebenso wie bei anderen Beschlussgegenständen ein Auskunftsverweigerungsrecht insbes gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 1 entgegenstehen (Rdn 387, 405). Das gilt auch dann, wenn die Hauptversammlung vom Vorstand freiwillig gem § 119 Abs 2 mit einer Entscheidung befasst wird.¹⁰⁴⁵

354 b) Auskunftsverweigerung. Ebenso wie die Auskunftserteilung obliegt die Auskunftsverweigerung nicht dem Hauptversammlungsleiter (s auch Rdn 355), sondern dem **Vorstand** (Rdn 64). Für die Verweigerung der Auskunft gelten die Grundsätze wie

1039 KK/Kersting § 131 Rdn 301, 356; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 111; Lack S 266; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 73.

1040 KK/Kersting § 131 Rdn 369.

1041 Lack S 266; J Schmidt BB 2006, 1641, 1643; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 73 (vgl aber Rdn 78 für Nr 2); im Ergebnis Höfs S 15; **abw** MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 111; Zetsche NZG 2007, 686, 688; Ziemons/Binnewies Rz I 10.720; für § 131 Abs 3 S 1 Nr 2 bis 4 KK/Kersting § 131 Rdn 309, 316, 327, 335; vgl auch Busche FS Reuter, S 939, 948; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 34.

1042 BGH 5.11.2013 – II ZB 28/12, BGHZ 198, Rdn 27, 36: zur Erforderlichkeit iSv § 131 Abs 1 S1.

1043 Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 29; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 37.

1044 Bälz S 176; Butzke G 64; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 42; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 19; zu § 64 Abs 2 UmwG Begr RegE, Ganske Umwandlungsrecht 2. Aufl 1995, S 111; Lutter/Grunewald UmwG § 64 Rdn 13; zu § 293 Abs 4 AktG aF (= § 293g Abs 3 nF) BayObLG 8.5.1974 – 2 Z 73/73, AG 1974, 224, 225; MünchHdb AG/Krieger § 71 Rdn 49; Spitze/Diekmann ZHR 158 (1994), 447, 450; **abw** Heidel/Heidel § 131 Rdn 59; zu § 293g Abs 3 Emmerich/Habersack/Emmerich § 293g Rdn 23; Hüffer/Koch § 293g Rdn 5; KK/Koppensteiner § 293 Rdn 29; sympathisierend, aber letztlich offenlassend BGH 15.6.1992 – II ZR 18/91, BGHZ 119, 1, 16: Asea/BBC.

1045 Zeidler NZG 1998, 91, 93; **abw** OLG München 26.4.1996 – 23 U 4586/95, WM 1996, 1462, 1464: Gebr März; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 154; Volhard in Semler/Volhard/Reichert § 11 Rdn 55.

für die Auskunftserteilung. Als Geschäftsführungsmaßnahme bedarf die Auskunftsverweigerung gemäß § 77 eines einstimmigen Beschlusses des Vorstands, sofern nicht Satzung oder Geschäftsordnung einen Mehrheitsbeschluss vorsehen.¹⁰⁴⁶ Die Willensübereinstimmung über die Auskunftsverweigerung genügt zur Annahme eines Vorstandsbeschlusses, Übereinstimmung in den Gründen für die Entschließung ist nicht erforderlich.¹⁰⁴⁷ Ausreichend ist eine Übereinkunft im Vorstand im Vorfeld der Hauptversammlung, zu bestimmten Themenkomplexen keine Auskunft zu geben, an der durch Nichterteilung der Auskünfte in der Hauptversammlung festgehalten wird.¹⁰⁴⁸

In der Praxis erfolgt die Auskunftsverweigerung typischerweise durch den **Vorstandsvorsitzenden** oder durch das für den von der Frage betroffenen Bereich zuständige Vorstandsmitglied. Darin ist **konkludent** eine Auskunftsverweigerung durch den **Gesamtvorstand** zu sehen.¹⁰⁴⁹ Erklärt im Einzelfall der Aufsichtsratsvorsitzende als **Versammlungsleiter**, eine Auskunft könne nicht gegeben werden, so kann sich der Vorstand konkludent die Auskunftsverweigerung zu Eigen machen.¹⁰⁵⁰ Insoweit sind keine hohen Anforderungen zu stellen; es genügt, wenn der Vorstand der Auskunftsverweigerung durch den Versammlungsleiter nicht widerspricht (Rdn 66).¹⁰⁵¹

Die Verweigerung der Erteilung einer Auskunft kann ausdrücklich erfolgen, sie muss es jedoch nicht. In der Praxis vermeidet der Vorstand oft eine ausdrückliche Auskunftsverweigerung; stattdessen macht er allgemeine, oberflächliche oder ausweichende Ausführungen und bittet ggf um Verständnis darum, dass weitere Einzelheiten nicht bekannt gegeben werden können. Hierin liegt eine **konkludente Auskunftsverweigerung**, wenn und weil damit in der Sache die Frage des Aktionärs nicht beantwortet wird.¹⁰⁵² Eine derartige Vorgehensweise kann im Einzelfall zur Vermeidung einer Eskalation in der Hauptversammlung zweckmäßig sein.¹⁰⁵³ Auch im bewussten Übergehen einer Frage ist eine konkludente Auskunftsverweigerung zu sehen, wenn ein Vorstandsmitglied oder der Versammlungsleiter (Rdn 355) spätestens am Ende der Aussprache deutlich machen, dass einzelne Fragen von Aktionären nicht beantwortet wurden, weil sie nicht zur Beurteilung der Tagesordnung erforderlich waren oder wegen eines Auskunftsverweigerungsrechts nicht zu beantworten waren. Selbst die bloße Nichterteilung einer Auskunft wird man als konkludente Auskunftsverweigerung ansehen können, sofern ein Auskunftsverweigerungsrecht objektiv vorliegt.¹⁰⁵⁴

1046 Heidel/Heidel § 131 Rdn 56; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 42; KK/Kersting § 131 Rdn 503; Hüffer/Koch § 131 Rdn 54; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 110; Hessler/Strohn/Liebscher § 131 AktG Rdn 14; **abw** noch zu § 70 AktG 1937 vgl BGH 23.11.1961 – II ZR 4/60, BGHZ 36, 121, 129.

1047 BGH 23.11.1961 – II ZR 4/60, BGHZ 36, 121, 127; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 19.

1048 OLG Frankfurt/M 15.4.1986 – 5 U 191/84, ZIP 1986, 1244, 1245; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 110; Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner § 34 Rdn 56; Volhard in Semler/Volhard/Reichert § 11 Rdn 40; **abw** KK/Kersting § 131 Rdn 504.

1049 BGH 9.2.1987 – II ZR 119/86, BGHZ 101, 1, 5; OLG Frankfurt/M 15.4.1986 – 5 U 191/84, ZIP 1986, 1244, 1245 (Vorinstanz); Heidel/Heidel § 131 Rdn 56; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 42; Hüffer/Koch § 131 Rdn 54; KK/Kersting § 131 Rdn 503; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 110; Volhard in Semler/Volhard/Reichert § 11 Rdn 40.

1050 KK/Kersting § 131 Rdn 503; Hüffer/Koch § 131 Rdn 54; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 110; Hessler/Strohn/Liebscher § 131 AktG Rdn 14; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 71.

1051 OLG Düsseldorf 5.11.1987 – 19 W 6/87, ZIP 1987, 1555; Butzke G 67; **abw** RG 12.6.1941 – II 122/40, RGZ 167, 151, 161; Vorauf Rdn 289.

1052 Butzke G 67, 82; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 43; zurückhaltend Heidel/Heidel § 131 Rdn 60.

1053 Butzke G 67.

1054 OLG Stuttgart 19.7.2012 – 8 W 274/10 (nv) und OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10 Rdn 591 (juris): Porsche HV 2009; OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 415 (juris): Porsche HV 2010; Spindler/Stilz/Siemss § 131 Rdn 36.

357 c) Begründung. Nach der Rechtslage vor 1965 musste der Vorstand seine Auskunftsverweigerung begründen, weil die Gerichte die Auskunftsverweigerung nur auf eine fehlerhafte Ermessensentscheidung durch den Vorstand überprüfen konnten.¹⁰⁵⁵ Angesichts der seither vollen gerichtlichen Überprüfbarkeit des Vorliegens von Auskunftsverweigerungsgründen (Rdn 350) ist der Vorstand nach der hM in der Hauptversammlung **nicht verpflichtet**, seine Gründe für die Verweigerung der Auskunft zu nennen; es genügt danach, dass er sie – ggf auf Hinweis des Gerichts – im gerichtlichen Verfahren darlegt¹⁰⁵⁶ (§ 132 Rdn 51). Nach anderer Auffassung wird von dem Vorstand wenigstens auf Nachfrage des Aktionärs eine kurze Begründung verlangt.¹⁰⁵⁷

358 Weitgehende Einigkeit besteht darüber, dass eine unrichtige Begründung bei objektiv bestehendem Auskunftsverweigerungsrecht keine Anfechtbarkeit begründet oder zur Auskunftserzwingung im Verfahren nach § 132 führt.¹⁰⁵⁸ Dementsprechend kann der Vorstand im Prozess die eine Auskunftsverweigerung rechtfertigenden Gründe nachschreiben (§ 132 Rdn 52). Die Unterlassung der Begründung kann aber im Einzelfall trotz Obsiegens der Gesellschaft im gerichtlichen Verfahren für diese nachteilige Kostenfolgen auslösen (§ 132 Rdn 103).¹⁰⁵⁹ Deshalb handelt es sich um eine **Obliegenheit** des Vorstandes auf Verlangen des Aktionärs den Grund für die Auskunftsverweigerung mitzuteilen.¹⁰⁶⁰ Dem entspricht das Recht eines Aktionärs gemäß § 131 Abs 5 zu verlangen, dass der Grund für die Auskunftsverweigerung in das notarielle Protokoll aufgenommen wird, wobei eine Weigerung oder eine unrichtige Begründung ebenfalls (nur) Kostenfolgen zu Lasten der Gesellschaft auslösen kann (Rdn 503).

359 d) Pflicht. Nach dem Wortlaut des § 131 Abs 3 Satz 1 „darf“ der Vorstand bei Vorliegen einer der Auskunftsverweigerungsgründe die Auskunft verweigern. Allerdings wird man den Vorstand im **Fall von Nr 1** gemäß **§ 93 Abs 1 Satz 1** zur Verweigerung der Auskunft für verpflichtet halten müssen.¹⁰⁶¹ Darüber hinausgehend ist eine Pflicht zur Auskunftsverweigerung zu bejahen, wenn der Vorstand bei Auskunftserteilung trotz Vorliegens eines Auskunftsverweigerungsgrundes gegen seine **Verschwiegenheitspflicht** gemäß § 93

1055 Vgl BGH 7.4.1960 – II ZR 143/58, BGHZ 32, 159, 168; BGH 23.11.1961 – II ZR 4/60, BGHZ 36, 121, 130.

1056 OLG Stuttgart 19.7.2012 – 8 W 274/10 (nv) und OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10 Rdn 591 (juris); Porsche HV 2009; OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 415 (juris); Porsche HV 2010; KG 24.8.1995 – 2 W 1255/95, ZIP 1995, 1585, 1589; KG 30.6.1994 – 2 W 4531/93, WM 1994, 1479, 1486; OLG Frankfurt/M 15.4.1986 – 5 U 191/84, ZIP 1986, 1244, 1245; LG Köln 2.4.1990 – 91 O 132/89, AG 1991, 38; LG München I 16.4.1986 – 7 HKO 8835/85, AG 1987, 185, 186; MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 42; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 113, 114; offenlassend BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12 Rdn 43 (juris); BGH 9.2.1987 – II ZR 119/86, BGHZ 101, 1, 8.

1057 OLG Dresden 23.4.2003 – 18 U 1976/02, AG 2003, 433, 435; OLG Hamburg 11.4.1969 – 11 W 77/68, AG 1969, 150, 151; LG Frankfurt/M 15.2.1989 – 3-8 O 134/88, ZIP 1989, 1062, 1063; Burgard, S 84; Heidel/Heidel § 131 Rdn 60; Hüffer/Koch § 131 Rdn 54; KK/Kersting § 131 Rdn 505; Hessler/Strohn/Liebscher § 131 Rdn 15; Vorauf § 131 Rdn 291; Wachter/Wachter § 131 Rdn 22; Ziemons/Binnewies RZ I 10.721.

1058 BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 43 (juris); BGH 9.2.1987 – II ZR 119/86, BGHZ 101, 1, 8; OLG Stuttgart 19.7.2012 – 8 W 274/10 (nv) und OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 591 (juris); OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 415 (juris); Henze/Born/Drescher Rdn 1441; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 43; KK/Kersting § 131 Rdn 507; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 114; Ziemons/Binnewies RZ I 10.721; abw Heidel/Heidel § 131 Rdn 60.

1059 Butzke G 67; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 43; MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 42; Hüffer/Koch § 131 Rdn 54; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 19; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 36; Ziemons/Binnewies RZ I 10.721.

1060 Lieder NZG 2014, 601, 603.

1061 Butzke G 67; MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 42; Hüffer/Koch § 131 Rdn 54; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 92.

Abs 1 Satz 3 verstoßen¹⁰⁶² oder wenn er sich bei Auskunftserteilung trotz Bestehens des Auskunftsverweigerungsrechts der **Nr 5** strafbar machen würde (Rdn 408)¹⁰⁶³. Bei den anderen Auskunftsverweigerungsgründen wird sich aus § 93 Abs 1 regelmäßig keine Pflicht zu deren Geltendmachung ergeben. Beruft sich der Vorstand nicht auf ein an sich vorliegendes Auskunftsverweigerungsrecht, sondern macht er gleichwohl Ausführungen zu der Frage, so darf er insoweit nicht die Unwahrheit sagen (Rdn 266).

e) Abschließender Katalog. Gemäß § 131 Abs 3 Satz 2 darf die Auskunft aus anderen Gründen nicht verweigert werden. Der Katalog der Auskunftsverweigerungsgründe gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 1–7 ist also abschließend.¹⁰⁶⁴ Dementsprechend kann eine Auskunft **nicht per se** unter Hinweis auf das **Persönlichkeitsrecht** einzelner Mitglieder des Vorstands, des Aufsichtsrats oder von Dritten verweigert werden.¹⁰⁶⁵ Auch der **Datenschutz** steht einer Auskunftserteilung ebenso wenig von vornherein entgegen (Rdn 385)¹⁰⁶⁶ wie die **Verschwiegenheitspflicht** von Vorstand und Aufsichtsrat gemäß § 93 Abs 1 Satz 3, 404,¹⁰⁶⁷ die **Vertraulichkeit** der Information¹⁰⁶⁸ oder die Vertraulichkeit von Vorgängen in Aufsichtsratssitzungen¹⁰⁶⁹ (Rdn 189, 380). Auch das **Bankgeheimnis** begründet nicht *per se* ein Auskunftsverweigerungsrecht (Rdn 374 381).¹⁰⁷⁰ Ebenso wenig begründet eine Interessenkollision, in die eine begehrte Frage den Vorstand bringt, das Recht zur Verweigerung der Auskunft.¹⁰⁷¹ Die Verweigerung der Auskunft kann auch nicht damit begründet werden, dass eine örtliche Verkehrssitte die Geheimhaltung bestimmter Angaben zum Inhalt habe.¹⁰⁷² Ein Auskunftsverweigerungsrecht besteht auch nicht bezüglich solcher Vorgänge, hinsichtlich derer sich der Vorstand strafbar gemacht hat (Rdn 412).¹⁰⁷³ Im Einzelfall können die vorstehenden Aspekte allerdings insbesondere ein Auskunftsverweigerungsrecht gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 1 auslösen, wenn und weil sie gleichzeitig geeignet sind, einen nicht unerheblichen Nachteil bei der Gesellschaft zu begründen (Rdn 364, 378ff).¹⁰⁷⁴

1062 Nur insoweit für Pflicht zur Auskunftsverweigerung KK/Kersting § 131 Rdn 376; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 112; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 19; Wachter/Wachter § 131 Rdn 22; ferner BGH 23.11.1961 – II ZR 4/60, BGHZ 36, 121, 131; abw Ziemons/Binnewies Rz I 10.734.

1063 Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 29; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 42; MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 42; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 24; Schmidt/Lutter/Siems § 131 Rdn 35; Wohlleben S 157; abw KK/Kersting § 131 Rdn 377.

1064 Begr RegE bei Kropff Aktiengesetz 1965, S 186, ferner statt aller OLG Köln 17.2.1998 – 22 U 163/97, ZIP 1998, 994, 997: KHD.

1065 KK/Kersting § 131 Rdn 371; Wachter/Wachter § 131 Rdn 22; vgl auch OLG Frankfurt/M 8.11.2012 – 21 W 33/11, Rdn 82, 93 (juris).

1066 OLG Frankfurt/M 15.5.2012 – 5 U 66/11, Rdn 131, 133, 142 (juris); Deutsche Bank Spitzelaffäre; LG Dortmund 1.10.1998 – 20 AktE 8/98, AG 1999, 133; Heidel/Heidel § 131 Rdn 58; KK/Kersting § 131 Rdn 371; Wachter/Wachter § 131 Rdn 22; Wohlleben, S 180.

1067 Heidel/Heidel § 131 Rdn 58.

1068 OLG Düsseldorf 18.2.2013 – I-26 W 21/12 (AktE), Rdn 56 (juris); LG Koblenz 23.7.2003 – 3 HO 100/01, DB 2003, 2766; Heidel/Heidel § 131 Rdn 57.

1069 OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 522 (juris); KK/Kersting § 131 Rdn 374; Lieder NZG 2014, 601, 606; vgl aber BVerfG 20.9.1999 – 1 BvR 636/95, ZIP 1999, 1798, 1800; OLG Stuttgart 15.2.1995 – 3 U 118/94, WM 1995, 617, 620; Daimler Benz/Wenger.

1070 BGH 16.2.2009 – II ZR 185/07, BGHZ 180, 9, Rdn 41; Kirch/Deutsche Bank; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 19; Wachter/Wachter § 131 Rdn 22.

1071 Heidel/Heidel § 131 Rdn 58; KK/Kersting § 131 Rdn 371; Spitze/Diekmann ZHR 158 (1994), 447, 468.

1072 BayObLG 20.3.1996 – 3 Z BR 324/95, WM 1996, 1177, 1180; KK/Kersting § 131 Rdn 371.

1073 OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2153; Heidel/Heidel § 131 Rdn 58; KK/Kersting § 131 Rdn 371.

1074 BGH 16.2.2009 – II ZR 185/07, BGHZ 180, 9 Rdn 41; OLG Frankfurt/M 8.11.2012 – 21 W 33/11, Rdn 93, 94; Datenschutz, Persönlichkeitsrecht; KK/Kersting § 131 Rdn 372; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 73.

361 Der abschließende Katalog der Auskunftsverweigerungsgründe des § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 1 bis 7 bedeutet nicht, dass im Übrigen dem Auskunftsrecht des Aktionärs keine Grenzen gesetzt sind. So bleibt im Einzelfall ein **Missbrauch** des Fragerechts oder eine Treuepflichtverletzung bzw ein **Verstoß gegen immanente Ausübungsschranken** durch Geltendmachung des Auskunftsrechts möglich (Rdn 434). Es liegt jedoch in diesen Fällen kein Auskunftsverweigerungsgrund vor, weil es schon an einem Auskunftsanspruch fehlt.¹⁰⁷⁵

2. Auskunftsverweigerung gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 1

362 a) Bedeutung. Gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 1 darf der Vorstand die Auskunft verweigern, soweit die Erteilung der Auskunft nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung geeignet ist, der Gesellschaft oder einem verbundenen Unternehmen einen nicht unerheblichen Nachteil zuzufügen. Die Regelung ist europarechtskonform.¹⁰⁷⁶ In der **Spruchpraxis** hat der Auskunftsverweigerungsgrund des § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 1 **erhebliche Bedeutung**: nach der fehlenden Erforderlichkeit der Auskunft gemäß § 131 Abs 1 Satz 1 (Rdn 122) wird die Nichterteilung von Auskünften von den Gerichten am häufigsten im Hinblick auf diesen Auskunftsverweigerungsgrund als rechtmäßig bestätigt (Rdn 378 ff).

363 Der Auskunftsverweigerungsgrund der Nr 1 ist Ergebnis einer Abwägung von mit der Auskunfterteilung verbundenen drohenden Nachteilen für die Gesellschaft mit etwaigen Vorteilen aus Sicht der Gesellschaft (Rdn 368). Angesichts der nach objektiven Kriterien vorzunehmenden Abwägung ist das Auskunftsverweigerungsrecht der Nr 1 **nicht** als Ausnahme **restriktiv** auszulegen; die Spruchpraxis bestätigt diese Einschätzung (Rdn 362, 378).¹⁰⁷⁷ Umgekehrt bedarf es nicht einer richtlinienkonformen, weiten Auslegung, nachdem der BGH die Erforderlichkeit der Auskunft gem § 131 Abs 1 Satz 1 für mit der Aktionärsrechte-RL vereinbar erklärt hat (Rdn 125, 351).¹⁰⁷⁸

364 b) Eignung zur Nachteilszufügung. Die Auskunftsverweigerung ist nur gerechtfertigt bei Eignung der Auskunfterteilung zur Zufügung eines nicht unerheblichen Nachteils. **Nachteil** muss nicht ein Schaden, sondern kann auch eine Beeinträchtigung von Interessen der Gesellschaft sein.¹⁰⁷⁹ Die Bezifferbarkeit eines Schadens, die Messbarkeit eines Nachteils oder ein konkreter Nachteil für die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft sind nicht erforderlich.¹⁰⁸⁰ Dementsprechend kann auch ein Reputations- oder

1075 Butzke G 81; Casper in: Bayer/Habersack (Hrsg), AktienR im Wandel, Bd II, 12. Kap Rdn 34; KK/Kersting § 131 Rdn 379; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 19; Schäfers S 191; Schwartzkopff Rdn 465; vgl aber MünchHdb AG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 41; Hüffer/Koch § 131 Rdn 54; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 146; Hessler/Strohn/Liebscher § 131 AktG Rdn 16; Volhard in Semler/Volhard/Reichert, § 11 Rdn 52.

1076 MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 111; Lack S 266; Zetsche NZG 2007, 686, 688; Ziemons/Binnewies Rz I 10.720.

1077 Abw LG Hannover 19.8.2009 – 23 O 90/09, Rdn 69 (juris); Heidel/Heidel § 131 Rdn 61; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 73; im Grds auch KK/Kersting § 131 Rdn 300.

1078 BGH 5.11.2013 – II ZB 28/12, BGHZ 198, 354 Rdn 21; im Ergebnis (trotz Ablehnung des BGH) ebenso Heidel/Heidel § 131 Rdn 61; abw KK/Kersting § 131 Rdn 301.

1079 OLG Frankfurt/M 8.11.2012 – 21 W 33/11 Rdn 82 (juris); OLG Stuttgart 29.7.2012 – 8 W 274/10 (nv) und OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10 Rdn 653 (juris); OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 413 (juris); BayObLG 20.3.1996 – 3 Z BR 324/95, WM 1996, 1177, 1179; LG Frankfurt/M 15.11.2011 – 3-5 O 30/11, Rdn 82 (juris); LG Heidelberg 7.8.1996 – O 4/96 KfH II, AG 1996, 523, 525: Scheidemandel.

1080 OLG Stuttgart 29.7.2012 – 8 W 274/10 (nv) und OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10 Rdn 653 (juris); Porsche HV 2009; OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 413 (juris); Porsche HV 2010; Haggeneby/Hausmanns NZG 2016, 814, 816; KK/Kersting § 131 Rdn 291; Hüffer/Koch § 131 Rdn 55; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 115; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 20; Ebenroth S 83; abw Heidel/Heidel § 131 Rdn 61.

Vertrauensverlust gegenüber Geschäftskunden oder Mitarbeitern¹⁰⁸¹ oder die Beeinträchtigung der Kontrahierungsfähigkeit im Wirtschaftsleben¹⁰⁸² (Rdn 371) ein Nachteil sein. Der Nachteil darf **nicht unerheblich** sein. Es ist also ein Schaden oder eine Beeinträchtigung von Interessen der Gesellschaft von einem Gewicht erforderlich. Geringfügige Nachteile rechtfertigen keine Auskunftsverweigerung.

Die Erteilung der begehrten Auskunft muss zur Nachteilszufügung geeignet sein. Es 365 ist nicht erforderlich, dass ein Nachteil unmittelbar mit der Auskunftserteilung herbeigeführt wird. Es genügt, dass die Auskunftserteilung – ggf in Verbindung mit der Weiterleitung der Informationen an Dritte – **konkret geeignet** ist, die Beeinträchtigung hervorzurufen.¹⁰⁸³ Eine absolute Sicherheit ist ebenso wenig zu fordern wie eine an Sicherheit grenzende Wahrscheinlichkeit der Nachteilszufügung (Rdn 372).¹⁰⁸⁴ Durch sachgerechte Anforderungen an die Plausibilisierungslast der Gesellschaft hinsichtlich der konkreten Eignung zur Nachteilszufügung (Rdn 372) wird sichergestellt, dass die Gesellschaft nicht in weitem Umfang die Auskunft auf Fragen zu wirtschaftlichen Risiken verweigern kann.¹⁰⁸⁵ Maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung ist die Hauptversammlung, in der die Auskunft begehrt wird; eine zu einem späteren Zeitpunkt ggf entstehende gesetzliche Offenlegungspflicht ist unbeachtlich, sofern bis dahin eine konkrete Eignung der Nachteilszufügung besteht.¹⁰⁸⁶

Der Nachteil muss der **Gesellschaft** oder einem mit der Gesellschaft **verbundenen** 366 **Unternehmen** drohen. Maßgebend für den Begriff des verbundenen Unternehmens ist § 15 AktG. Es kann sich sowohl um die Muttergesellschaft als auch um Schwester- oder Tochtergesellschaften handeln. Dagegen berechtigen mögliche Nachteile für **Dritte**, etwa Vorstandsmitglieder, Aufsichtsratsmitglieder oder Geschäftskunden, nicht zur Auskunftsverweigerung.¹⁰⁸⁷ Allerdings können Nachteile für Dritte auch zu Nachteilen für die Gesellschaft führen, wenn Schadenersatzansprüche, der Abbruch von Geschäftsbeziehungen oder Beeinträchtigungen aufgrund eines Vertrauensverlustes drohen (Rdn 371).¹⁰⁸⁸

c) Objektive Beurteilung. Maßgeblich für die Feststellung, ob eine Nachteilszufügung im dargelegten Sinne droht, ist nicht die subjektive Überzeugung des Vorstands, sondern eine **vernünftige kaufmännische Beurteilung**, als objektiv verstandener Maßstab.¹⁰⁸⁹ Ob ein Auskunftsverweigerungsrecht besteht, hat der Vorstand in der Hauptver-

1081 OLG Frankfurt/M 8.11.2012, Rdn 93 (juris); MünchHdb AG/*Hoffmann-Becking* § 38 Rdn 43; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 20.

1082 BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 45 (juris); BGH 16.2.2009 – II ZR 185/07, BGHZ 180, 9 Rdn 42; OLG Stuttgart 19.7.2012 – 8 W 274/10 (nv) und OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 740 (juris); OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 436 (juris); *Haggenny/Hausmanns* NZG 2016, 814, 816; MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 117; *Lieder* NZG 2014, 601, 604.

1083 OLG Stuttgart 19.7.2012 – 8 W 274/10 (nv) und OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 653 (juris); OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 413 (juris).

1084 Hüffer/Koch § 131 Rdn 55; MünchHdb AG/*Hoffmann-Becking* § 38 Rdn 43; Schmidt/Lutter/*Spindler* § 131 Rdn 77; *Volhard* in Semler/Volhard/Reichert § 11 Rdn 43; *Wohleben*, S 154; **abw** OLG Karlsruhe 29.6.1989 – 11 W 57/89, AG 1990, 82; LG Frankfurt/M 11.1.2005 – 3-50 100/04, Rdn 116 (juris); LG Mainz 13.7.1987 – 10 HO 141/86, AG 1988, 169, 171; Heidel/*Heidel* § 131 Rdn 61.

1085 OLG Stuttgart 19.7.2012 – 8 W 274/10 (nv) und OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 657 (juris); krit insow Heidel/*Heidel* § 131 Rdn 61.

1086 OLG Stuttgart 19.7.2012 – 8 W 274/10 (nv) und OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 664 (juris).

1087 KK/*Kersting* § 131 Rdn 297; Hüffer/Koch § 131 Rdn 55; MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 115; *Lieder* NZG 2014, 601, 604; Schmidt/Lutter/*Spindler* § 131 Rdn 75; *Volhard* in Semler/Volhard/Reichert § 11 Rdn 43.

1088 KK/*Kersting* § 131 Rdn 297.

1089 Begr RegE bei *Kropff* Aktiengesetz 1965, S 186; BGH 5.11.2013 – II ZB 28/12, BGHZ 198, 355 Rdn 47; OLG Stuttgart 19.7.2012 – 8 W 274/10 (nv) und OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 654 (juris); OLG

sammlung zu entscheiden. Die Einhaltung der Sorgfaltspflicht, die vom Vorstand bei dieser Entscheidung gefordert wird, ist **richterlich in vollem Umfang nachprüfbar** (Rdn 350).¹⁰⁹⁰ Die Gesellschaft muss allerdings die konkrete Eignung einer Auskunft zur Nachteilszufügung nicht zur Überzeugung des Gerichts nachweisen, sondern es genügt eine plausible Darlegung (Rdn 372). Insoweit finden nachvollziehbare Beurteilungen der Gesellschaft Berücksichtigung.¹⁰⁹¹

368 Die Beurteilung, ob der Gesellschaft oder mit ihr verbundenen Unternehmen durch die Auskunftserteilung ein nicht unerheblicher Nachteil droht, macht eine **Abwägung** durch den Vorstand bei seiner Entscheidung über eine Auskunftsverweigerung in der Hauptversammlung erforderlich. Nach § 112 Abs 3 Satz 2 AktG 1937 war eine Auskunftsverweigerung bei einem Überwiegen der Belange der Gesellschaft über diejenigen des die Auskunft begehrenden Aktionärs gerechtfertigt. Für die Beurteilung eines nicht unerheblichen Nachteils iSv § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 1 kommt es auf eine **Abwägung drohender Nachteile für die Gesellschaft mit etwaigen Vorteilen aus der Sicht der Gesellschaft** an.¹⁰⁹² Bei der Abwägung bezieht die Rechtsprechung auch Vorteile für die Gesamtheit der Aktionäre aus einer Auskunft mit ein.¹⁰⁹³ Wiegen die Vorteile aus einer Auskunftserteilung deren drohenden Nachteile auf, so kommt eine Auskunftsverweigerung nicht in Betracht; vielmehr müssen die drohenden Nachteile nach Abwägung die Vorteile überwiegen.¹⁰⁹⁴

369 Wenn eine Auskunft über vorgekommene Unregelmäßigkeiten sowohl nachteilig für die Gesellschaft sein kann als auch wegen der dadurch eingeleiteten Beseitigung von Missständen Vorteile zu bringen geeignet ist, ist es dem Vorstand nicht gestattet, unter dem Vorwand, Nachteile von der Gesellschaft abzuwenden, eigenes Fehlverhalten zu verschleiern.¹⁰⁹⁵ Dementsprechend entspricht es verbreiteter Auffassung, dass bei erheblichen Pflichtverletzungen der Verwaltung die Vorteile der Auskunftserteilung ihre Nachteile überwiegen und ein Auskunftsverweigerungsrecht nicht in Betracht kommt.¹⁰⁹⁶ Ein **vorrangiges Aufklärungsinteresse** ist allerdings nicht schon dann anzunehmen, wenn der die Auskunft begehrende Aktionär lediglich behauptet oder den Verdacht hegt,

Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 441 (juris); LG Heidelberg 7.8.1996 – O 4/96 KfH II, AG 1996, 523, 525; Hüffer/Koch § 131 Rdn 56.

1090 Begr RegE bei *Kropff* Aktiengesetz 1965, S 186; OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2152; OLG Hamburg 11.4.1969 – 11 W 77/68, AG 1969, 150, 151; LG Frankfurt/M. 15.11.2011 – 3 – 5 03/11, Rdn 83 (juris); LG Saarbrücken 14.9.2005 – 7 I O 7/04, Rdn 108 (juris); *Butzke* G 68; Hüffer/Koch § 131 Rdn 56; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 115.

1091 Vgl auch Hüffer/Koch § 131 Rdn 25; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 39; weitergehend MünchHdb AG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 44.

1092 Begr RegE bei *Kropff* Aktiengesetz 1965, S 186; *H Bälz* S 153; *Butzke* G 68 ; Hölters/Driehausen § 131 Rdn 30; *Ebenroth*, S 83; *Hefermehl* FS Duden, 109, 115; MünchHdb AG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 44; KK/Kersting § 131 Rdn 293; Hüffer/Koch § 131 Rdn 58; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 116; *Schaaf* Rdn 646; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 76; *Wohlleben*, S 150.

1093 BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 28 (juris); BGH 29.11.1982 – II ZR 88/81, BGHZ 86, 1, 19; *Henze/Born/Drescher* Rdn 1425; vgl auch KK/Kersting § 131 Rdn 293; *Lieder* NZG 2014, 601, 604.

1094 BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 28 (juris); BGH 29.11.1982 – II ZR 88/81, BGHZ 86, 1, 19; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 116; weitergehend Heidel/Heidel § 131 Rdn 61; KK/Kersting § 131 Rdn 300: Notwendigkeit eines nicht unerheblich überwiegenden Nachteils.

1095 BGH 29.11.1982 – II ZR 88/81, BGHZ 86, 1, 19; OLG Düsseldorf 18.2.2013 – I-26 W 21/12, Rdn 52 (juris); OLG Stuttgart 19.7.2012 – 8 W 274/10 (nv) und OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 669 (juris); OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 439 (juris); OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2153, 2155; *Butzke* G 68; Heidel/Heidel § 131 Rdn 62; KK/Kersting § 131 Rdn 294; *Kiethe* NZG 2003, 401, 407; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 116; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 76; *Ziemons/Binnewies* Rz I 10.732.

1096 BGH 29.11.1982 – II ZR 88/81, BGHZ 86, 1, 19; OLG Düsseldorf 18.2.2013 – I-26 W 21/12, Rdn 52 (juris); *Butzke* G 68; KK/Kersting § 131 Rdn 294; Hüffer/Koch § 131 Rdn 58; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 116; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 76.

die Verwaltung habe ihre Pflichten verletzt; andernfalls könnte das Auskunftsverweigerungsrecht des § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 1 leicht unterlaufen werden. Zur Annahme eines vorrangigen Aufklärungsinteresses bedarf es vielmehr eines **objektiv begründeten Verdachts einer schwerwiegenden Pflichtverletzung**.¹⁰⁹⁷ Insoweit genügt nicht ein bloßer Anfangsverdacht, sondern es ist die Wahrscheinlichkeit einer Pflichtverletzung erforderlich (zur Plausibilisierungslast Rdn 376).¹⁰⁹⁸ Die begehrte Auskunft muss zudem zur Aufklärung der angenommenen Pflichtverletzung beitragen können.¹⁰⁹⁹ Der Aktionär trägt insoweit die Plausibilisierungslast (Rdn 376).

Mit diesen Anforderungen an ein weitreichendes Aufklärungsinteresse der Aktionäre zur Aufdeckung von Pflichtverletzungen der Verwaltung trägt die Rechtsprechung dem Umstand Rechnung, dass eine **Detailkontrolle** der Verwaltung durch die Hauptversammlung und erst recht durch das Auskunftsrecht des einzelnen Aktionärs **mit dem aktienrechtlichen Kompetenzgefüge nicht vereinbar** ist (Rdn 188). Das schließt es nicht aus, dass die Aktionäre insbes zur Beurteilung der Entlastung der Verwaltung nähere Auskünfte zu kritisch beurteilten wesentlichen Maßnahmen und Geschäften erwarten dürfen und bei konkreten Anhaltspunkten für ein Fehlverhalten der Verwaltung auch Einzelmaßnahmen hinterfragen können (Rdn 179, 181). Detailauskünfte, denen ein Diskretionsinteresse der Gesellschaft entgegensteht, sind jedoch nur bei einem überwiegenden Aufklärungsinteresse wegen objektiv begründeten Verdachts schwerwiegender Pflichtverletzungen erforderlich und dann auch nicht durch ein Auskunftsverweigerungsrecht gem § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 1 gesperrt (Rdn 187).

Eine mit einem Dritten vereinbarte **vertragliche Geheimhaltungspflicht** kann für 371 **sich gesehen keine Auskunftsverweigerung begründen**; andernfalls hätte es die Gesellschaft in der Hand, durch weitreichende vertragliche Geheimhaltungsvereinbarungen für seine vertragliche Beziehungen trotz an sich bestehender Erforderlichkeit der Auskunft ein Auskunftsverweigerungsrecht zu begründen. Die Rechtsprechung hat daher zunächst die in der Praxis verbreitete Berufung auf eine vertraglich vereinbarte Geheimhaltungspflicht nur dann als einen Auskunftsverweigerungsgrund des § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 1 anerkannt, wenn eine objektive Notwendigkeit für die Geheimhaltung und deren Vereinbarung gegeben war, weil der Gesellschaft sonst ein nicht unerheblicher Nachteil hätte entstehen können.¹¹⁰⁰ In jüngerer Zeit wird die Frage eines Auskunftsverweigerungsrechts danach beurteilt, ob auch ohne eine vertragliche Geheimhaltungsvereinbarung ein anerkennenswertes Geheimhaltungsinteresse der Gesellschaft

1097 BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 28 (juris) und OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 440 ff (juris); Porsche HV 2010; BGH 5.11.2013 – II ZB 28/12, BGHZ 198, 354 Rdn 48; BGH 16.2.2009 – II ZR 185/07, BGHZ 180, 9 Rdn 43; BGH 29.11.1982 – II ZR 88/81, BGHZ 86, 1, 19; Henze/Born/Drescher Rdn 1426; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 44; Hüffer/Koch § 131 Rdn 55; Lieder NZG 2014, 601, 605; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 20; zurückhaltend Ziemons/Binnewies Rz I 10.732; abw Heidel/Heidel § 131 Rdn 58.

1098 BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 38, 94 (juris) und OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 441 (juris); Porsche HV 2010; OLG Stuttgart 19.7.2012 – 8 W 274/10 (nv) und OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 671, 673 (juris); Porsche HV 2009.

1099 BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 49 (juris) und OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 446 (juris); Porsche HV 2010; BGH 29.11.1982 – II ZR 88/81, BGHZ 86, 1, 19; OLG Stuttgart 19.7.2012 – 8 W 274/10 (nv) und OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 672 (juris); Porsche HV 2009.

1100 BayObLG 14.7.1999 – 3 Z BR 11/99, NZG 1999, 1218, 1219; BayObLG 20.3.1996 – 3 Z BR 324/95, WM 1996, 1177, 1180; OLG Hamburg 11.4.1969 – 11 W 77/68, AG 1969, 150, 152; LG Koblenz 23.7.2003 – 3 HO 100/01, DB 2003, 1766; LG Koblenz 17.5.2000 – 1 HO 156/99, DB 2000, 1606, 1607; LG Berlin 17.1.1990 – 98 AktE 10/89, WM 1990, 978, 981; LG München I 16.4.1987 – 7 HKO 7427/79, AG 1987, 185, 187; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 44; KK/Kersting § 131 Rdn 298; Hüffer/Koch § 131 Rdn 57; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 117; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 20; Spindler/Stilz/Siemss § 131 Rdn 38; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 75; Wachter/Wachter § 131 Rdn 23; für Indizwirkung einer Geheimhaltungsvereinbarung Butzke G 69; Haggene/Hausmanns NZG 2016, 814, 817; Zetzsche S 262.

besteht.¹¹⁰¹ Insoweit hat die Rechtsprechung die **Beeinträchtigung der Kontrahierungsfähigkeit** der Gesellschaft wegen Offenlegung von Informationen unter Verstoß gegen Diskretionsgründe im Wirtschaftsverkehr als einen hinreichenden Nachteil anerkannt.¹¹⁰² Da die Rechtsprechung hinsichtlich der Plausibilisierung keinen strengen Maßstab angelegt (Rdn 373), wird mit der Anerkennung der Kontrahierungsfähigkeit als erheblicher Nachteil in weiterem Umfang als früher die Geheimhaltung der Einzelheiten von vertraglichen Beziehungen der Gesellschaft anerkannt.¹¹⁰³

- 372 d) Plausibilisierungslast.** Der Vorstand muss die Gründe, auf die die Auskunftsverweigerung gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 1 gestützt wird, in der Hauptversammlung nicht darlegen (vgl Rdn 357). Allerdings hat die Gesellschaft in einem auf eine Auskunftspflichtverletzung gestützten Anfechtungsprozess oder in einem Auskunftsverfahren gemäß § 132 die Voraussetzungen für das Vorliegen eines Auskunftsverweigerungsrechts gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 1 darzulegen (Plausibilisierungslast s Rdn 516; § 132 Rdn 53). Die **Gesellschaft** hat die Umstände darzulegen, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung die schädlichen Auswirkungen der begehrten Auskunft deutlich machen.¹¹⁰⁴ Allerdings geht die Verfahrensförderungslast der Gesellschaft nicht so weit, dass sie alle Umstände offenzulegen hätte, aus denen sich die Eignung zur Nachteilszufügung ergibt; damit würde das Auskunftsverweigerungsrecht des § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 1 praktisch beseitigt.¹¹⁰⁵ Es genügt vielmehr, wenn die Gesellschaft konkrete Tatsachen vorträgt, die die Gefahr der Nachteilszufügung hinreichend plausibel erscheinen lassen.¹¹⁰⁶

- 373** Die Gesellschaft genügt ihrer Plausibilisierungslast durch den Vortrag konkreter, auf die Gesellschaft bezogener Tatsachen. Es kann auch eine Darlegung anhand abstrakter, branchentypischer Erwägungen ausreichen.¹¹⁰⁷ Ausreichend war die Darlegung, dass durch die Auskunft geplante Beteiligungskäufe beeinträchtigt werden, durch die Aufde-

1101 OLG Düsseldorf 18.2.2013 – I-26 W 21/12 (AktE), Rdn 56 (juris); ebenso Hölters/*Drinhausen* § 131 Rdn 30; Heidel/*Heidel* § 131 Rdn 57; KK/Kersting § 131 Rdn 298; MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 117; Lieder NZG 2014, 601, 604.

1102 BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 45 (juris) und OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 436 (juris); Porsche HV 2010; BGH 16.2.2009 – II ZR 185/07, BGHZ 180, 9 Rdn 42 und OLG Frankfurt/M 17.7.2007 – 5 U 229/05, Rdn 34; Deutsche Bank/Kirch; OLG Stuttgart 19.7.2012 – 8 W 274/10 (nv) und OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10 Rdn 740 (juris); Porsche HV 2009; Haggeneck/Hausmanns NZG 2016, 814, 816; KK/Kersting § 131 Rdn 298; MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 117; Lieder NZG 2014, 601, 604; insoweit zurückhaltend OLG Düsseldorf 18.2.2013 – I-26 W 21/12 AktE, Rdn 58 (juris); IKB (Rdn 377).

1103 Hüffer/Koch § 131 Rdn 57; vgl auch Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 44.

1104 Begr RegE zu § 132 bei Kropff Aktiengesetz 1965, S 189.

1105 BGH 29.11.1982 – II ZR 88/81, BGHZ 86, 1, 20; OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 440, 488 (juris); OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 654 (juris); KK/Kersting § 131 Rdn 509; Lieder NZG 2014, 601, 607.

1106 BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 42 (juris) und OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11 Rdn 413 (juris); Porsche HV 2010; BayObLG 14.7.1999 – 3 Z BR 11/99, NZG 1999, 1218, 1219; OLG Köln 17.2.1998 – 22 U 163/97, ZIP 1998, 994, 997; OLG Düsseldorf 26.6.1997 – 19 W 2/97 AktE, AG 1997, 520, 521; KG 24.8.1995 – 2 W 1255/95, ZIP 1995, 1585, 1589; KG 30.6.1994 – 2 W 4531/93, WM 1994, 1479, 1486; KG 26.8.1993 – 2 W 6111/92, ZIP 1993, 1618, 1620; LG München I 28.5.2010 – 5 HK O 14307/07, Rdn 42 (juris); LG Frankfurt/M 18.1.2005 – 3-5 O 83/04, ZIP 2005, 302, 304; LG Berlin, 17.1.1990 – 98 AktE 10/89, WM 1990, 978, 981; LG München I 16.4.1986 – 7 HK O 8835/85, AG 1987, 185, 186; vgl auch BGH 15.6.1992 – II ZR 18/91, BGHZ 119, 1, 17; Hüffer/Koch § 131 Rdn 56; MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 118; KK/Kersting § 131 Rdn 289, 510 f; Lieder NZG 2014, 601, 607; **abw** (für Anfechtungsklage) OLG Karlsruhe 29.6.1989 – 11 W 57/89, AG 1990, 82; LG Mainz 13.7.1987 – 10 HO 141/86, AG 1988, 169, 171; Eignung zur Schadenszufügung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit erforderlich (dazu Rdn 365).

1107 OLG Stuttgart 19.7.2012 – 8 W 274/10 (nv) und OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 416 (juris); Porsche HV 2010; OLG Stuttgart 17.10.2010 – 20 U 2/10, Rdn 654 (juris); Porsche HV 2009; Grigoleit/Herrler § 132 Rdn 10; KK/Kersting § 131 Rdn 510; Hüffer/Koch § 132 Rdn 7.

ckung der Anlagepolitik des Unternehmens Kursverluste zu erwarten sind und die Konkurrenz möglicherweise Erkenntnisse über die Unternehmenspolitik gewinnen kann.¹¹⁰⁸ Ebenso wurde der Hinweis auf die konkrete Gefahr von Kursspekulationen zu Lasten der Gesellschaft bei Offenlegung der Einzelheiten von Kurssicherungsgeschäften¹¹⁰⁹ bzw die Nutzung von Informationen durch Kapitalteilnehmer (Rdn 382) zu Lasten der Gesellschaft¹¹¹⁰ für ausreichend gehalten.

Hinsichtlich **typisch sensibler Bereiche**, auf die sich Auskünfte beziehen, stellt die **374** Rechtsprechung **keine hohen Anforderungen** an die Plausibilisierungslast.¹¹¹¹ So hat die Rechtsprechung die Darlegung ausreichen lassen, dass bei Offenlegung von einzelnen Vertragskonditionen die Kontrahierungsfähigkeit des Unternehmens beeinträchtigt sei (Rdn 371).¹¹¹² Für ausreichend gehalten wurde bei der Frage nach Einzelheiten einer Banktransaktion der Hinweis auf die Notwendigkeit des Schutzes von Kundendaten bzw des Bankgeheimnisses (Rdn 381).¹¹¹³ Bei Fragen nach Einzelheiten der Beratungen oder sonstiger Vorgänge in Aufsichtsratssitzungen ist der Hinweis auf die Notwendigkeit der Vertraulichkeit zum Schutz der vertrauensvollen Zusammenarbeit und offenen Diskussion zwischen den Organen ausreichend (Rdn 380).¹¹¹⁴

Die Gesellschaft **genügt nicht** ihrer Plausibilisierungslast durch abstrakte und pauschale Hinweise auf Nachteile.¹¹¹⁵ Der alleinige Hinweis auf eine vertragliche Vertraulichkeitsvereinbarung ist unzureichend (Rdn 371).¹¹¹⁶ Der schlagwortartige Hinweis darauf, dass die begehrte Auskunft Wettbewerbern die Orientierung erleichtern und die interne Kalkulation der Beklagten aufdecken könne, genügt mangels weiteren Sachvortrages nicht.¹¹¹⁷ Ebenso wenig genügt der pauschale Hinweis auf Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse.¹¹¹⁸ Der allgemeine Hinweis auf die Preisgabe von *Knowhow*¹¹¹⁹ genügt ebenso wenig wie der bloße Hinweis auf Konkurrenzgründe.¹¹²⁰ Ebenso wenig wurde der Hinweis auf außerordentlich schwierige Umsatz- und Rentabilitätsprobleme sowie auf kurzfristige negative Ergebnisse aus der Sanierungsphase, die nicht auf dem breiten Markt gehandelt und

1108 KG 24.8.1995 – 2 W 1255/95, ZIP 1995, 1585, 1589; Allianz.

1109 BGH 14.1.2014 – II ZB 512, Rdn 44 (juris) und OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 425 (juris); Porsche HV 2010; OLG Stuttgart 19.7.2012 – 8 W 274/10 (nv) und OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 595, 658 (juris); Porsche HV 2009.

1110 OLG Stuttgart 19.7.2012 – 8 W 274/10 (nv) und OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 658, 661, 805, 810 (juris); *Lieder* NZG 2014 601, 604.

1111 *Lieder* NZG 2014, 601, 607; krit Heidel/*Heidel* § 131 Rdn 58.

1112 BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 45 (juris) und OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 436 (juris); Porsche HV 2010; BGH 16.2.2009 – II ZR 185/07, BGHZ 180, 9 Rdn 42; OLG Stuttgart 19.7.2012 – 8 W 274/10 (nv) und OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 740 (juris); Porsche HV 2009; zurückhaltend aber OLG Düsseldorf 18.2.2013 – I-26 W21/12 (AktE), Rdn 58 (juris); IKB (Rdn 377).

1113 BGH 16.2.2009 – II ZR 185/07, BGHZ 180, 9 Rdn 41.

1114 BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12 Rdn 76 (juris) und OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 523 (juris); Porsche HV 2010; BGH 5.11.2013 – II ZB 28/12, BGHZ 198, 354 Rdn 47; Deutsche Bank HV 2010; OLG Düsseldorf 13.7.2015 – I-26 W 16/14 (AktE), Rdn 65 (juris); Postbank; OLG Frankfurt/M 26.6.2012 – 5 U 144/09, Rdn 104 (juris); Deutsche Bank HV 2008; *Lieder* NZG 2004, 601, 605; krit Schmidt/Lutter/*Spindler* § 131 Rdn 76; **abw** Heidel/*Heidel* § 131 Rdn 58.

1115 OLG Düsseldorf 18.2.2013 – I-26 W 21/12 (AktE) Rdn 57 (juris); IKB HV 2011.

1116 OLG Düsseldorf 23.2.2015 – I-26 W 14/14 (AktE), Rdn 29 (juris); IKB HV 2013; OLG Düsseldorf 18.2.2013 – I-26 W 21/12 (AktE) Rdn 56 (juris); IKB HV 2011; LG Koblenz 23.7.2003 – 3 HO 100/01, DB 2003, 2766.

1117 OLG Stuttgart 19.7.2012 – 8 W 274/10 (nv) und OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 657 (juris); OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2154.

1118 OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 423 (juris); OLG Stuttgart 21.12.1993 – 10 U 48/93, ZIP 1995, 1515, 1521; MotoMeter.

1119 OLG Stuttgart 19.7.2012 – 8 W 274/10 (nv) und OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 656 (juris).

1120 OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2153; Hüffer/Koch § 131 Rdn 56.

der Konkurrenz zugänglich gemacht werden sollten, für ausreichend gehalten.¹¹²¹ Die Gefahr von Abwerbungen von Vorstandsmitgliedern oder Mitarbeitern wurde bei Fragen nach der Gesamtvergütung für unzureichend,¹¹²² bei Fragen zur konkreten Einzelvergütung dagegen für ausreichend gehalten.¹¹²³ Die Darlegung, die Gründe für das Unterbleiben von Bilanzangaben seien dem Abschlussprüfer dargelegt worden und dieser habe den Abschluss testiert, genügte der Plausibilisierungslast nicht.¹¹²⁴ Als nicht ausreichend angesehen wurde der Hinweis auf für eher theoretisch oder fernliegend gehaltene Szenarien wie ein Insolvenzrisiko¹¹²⁵ oder die für eher theoretisch gehaltene Überlegung, dass Dritte Auskünfte mittels einer selektiven Darstellung zur Zeichnung eines fehlerhaften Gesamtbildes in anhängigen Rechtsstreitigkeiten missbrauchen könnten¹¹²⁶ oder die Gesellschaft wegen der Auskunft in einem Rechtsstreit unterliegen könnte.¹¹²⁷

376 Wird die Gesellschaft ihrer Plausibilisierungslast gerecht, so muss der **Aktionär** ein **überwiegendes Aufklärungsinteresse** **dartun**. Dienen die begehrten Auskünfte der Aufdeckung eines pflichtwidrigen Verhaltens der Verwaltung und ist die Gesellschaft ihrer Plausibilisierungslast hinsichtlich der Nachteiligkeit der begehrten Auskünfte nachgekommen, so hat der Aktionär seinerseits die Umstände darzutun, die den Schluss auf einen objektiv begründeten Verdacht einer schwerwiegenden Pflichtverletzung der Verwaltung zulassen.¹¹²⁸ Es genügt nicht, dass Anhaltspunkte für einen Anfangsverdacht dargelegt werden, sondern es ist die Darlegung der Wahrscheinlichkeit einer Pflichtverletzung erforderlich.¹¹²⁹ Deshalb wurde der Hinweis auf ein eingeleitetes Strafverfahren oder ein gegen Zahlung von Geldbuße eingestelltes Strafverfahren nicht für ausreichend gehalten.¹¹³⁰ Ebenso wenig waren Hinweise auf Presseberichte, subjektive Vermutungen oder gar Spekulationen ausreichend.¹¹³¹

377 Angesichts dieser nicht geringen Anforderungen der Rechtsprechung¹¹³² wird Aktionären die Darlegung eines überwiegenden Aufklärungsinteresses nur **selten** gelingen. Im Ergebnis wurde ein überwiegendes Aufklärungsinteresse in Sachen *IKB* bejaht.¹¹³³ Es handelt sich jedoch um eine Ausnahmekonstellation, in der bereits zuvor einem gerichtlichen Antrag auf Sonderprüfung gemäß § 142 Abs 2 wegen des Verdachts schwerwie-

1121 BayObLG 14.7.1999 – 3 Z BR 11/99, NZG 1999, 1218, 1219.

1122 OLG Frankfurt/M 30.1.2006 – 20 W 56/05, Rdn 16 (juris) und LG Frankfurt/M 18.1.2005 – 3-05 O 83/04, Rdn 47 (juris); OLG Düsseldorf 26.6.1997 – 19 W 2/97 AktE, AG 1997, 520, 521.

1123 OLG Frankfurt/M 30.1.2006 – 20 W 52/05, NZG 2007, 74, 75.

1124 LG Frankfurt/M 15.2.1989 – 3-8 O 134/88, ZIP 1989, 1062, 1063, hier: Unterbleiben der Angaben nach § 285 Nr 11 HGB entsprechend § 286 Abs 3 Nr 2 HGB.

1125 OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 592 (juris).

1126 OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 423 (juris).

1127 LG Frankfurt/M 11.1.2005 – 3-5 O 100/04, Rdn 116 (juris).

1128 BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 28 (juris) und OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 440 ff (juris): Porsche HV 2010; BGH 5.11.2013 – II ZB 28/12, BGHZ 198, 354 Rdn 48; BGH 16.2.2009 – II ZR 185/07, BGHZ 180, 9 Rdn 43; OLG Stuttgart 19.7.2012 – 8 W 274/10 (nv) und OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 671 (juris); Porsche HV 2009; vgl auch BGH 29.11.1982 – II ZR 88/81, BGHZ 86, 1, 19; OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2155; KK/Kersting § 131 Rdn 512; Hüffer/Koch § 131 Rdn 56; Lieder NZG 2014, 601, 607.

1129 BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 38 (juris) und OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 441 (juris); Porsche HV 2010; OLG Stuttgart 19.7.2012 – 8 W 274/10 (nv) und OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 671 ff (juris); Porsche HV 2009; Lieder NZG 2014, 601, 607.

1130 OLG Düsseldorf 13.7.2015 – I- 26 W 16/14 (AktE), Rdn 62, 67 (juris): Postbank; OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 484 (juris): Porsche HV 2010.

1131 OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 440 ff (juris); OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 671 (juris).

1132 OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 441 (juris); krit Heidel/Heidel § 131 Rdn 58.

1133 OLG Düsseldorf 23.2.2015 – I-26 W 14/14 (AktE), Rdn 29 ff (juris): IKB HV 2013; OLG Düsseldorf 18.2.2013 – I-26 W 21/12 (AktE), Rdn 51ff (juris): IKB HV 2011.

gender Pflichtverletzungen der Verwaltung im Zusammenhang mit der existentiellen Krise der Gesellschaft stattgegeben worden war und die Aktionäre die Zurückstellung der Verfolgung von Schadenersatzansprüchen gegen frühere Organmitglieder kritisch hinterfragten.¹¹³⁴

e) Einzelheiten. Die Rechtsprechung bietet ein reiches Anschauungsmaterial zur Konkretisierung des Auskunftsverweigerungsrechts gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 1. Auch wenn es stets auf den Einzelfall ankommt und die Entscheidungen wesentlich davon abhängen, ob die Gesellschaft ihrer Plausibilisierungslast nachgekommen ist (Rdn 372), zeigt die Kasuistik doch Tendenzen auf, ob ein Auskunftsverweigerungsrecht in vergleichbaren Fällen in Betracht kommt oder nicht (vgl auch Rdn 156).¹¹³⁵

Die Auskunft zu **persönlichen Angelegenheiten** von **Aufsichtsratsmitgliedern** 379 kann regelmäßig nur dann verweigert werden, wenn sie schon nicht zur Beurteilung der Eignung erforderlich ist (Rdn 189, 208). Die Auskunft zum rechtlichen Gegenstand von Rechtsanwaltsmandaten der Kanzlei, der ein Aufsichtsratsmitglied angehört, kann nicht verweigert werden, sofern nicht näher dargelegt wird, warum die Kenntnis von Standardmandaten ohne Nennung von Personen der Gesellschaft einen nicht unerheblichen Nachteil zufügen soll.¹¹³⁶

Auskünfte zu Vorgängen in **Aufsichtsratssitzungen** dürfen regelmäßig verweigert werden, wenn sich das Auskunftsverlangen auf vertrauliche Vorgänge aus Sitzungen des Gesamtaufsichtsrats oder seiner Ausschüsse richtet, weil anderenfalls die vertrauensvolle Zusammenarbeit und offene Diskussion innerhalb der Organe und zwischen den Organen gefährdet wäre.¹¹³⁷ Das Auskunftsverweigerungsrecht erfasst den Inhalt sämtlicher Aufsichtsratssitzungen, alle Unterlagen wie Berichte oder Tischvorlagen, Meinungsäußerungen und Informationen von Aufsichtsratsmitgliedern und anderen Sitzungsteilnehmern, Abstimmungsergebnisse und Abstimmungsverhalten (s auch Rdn 189).¹¹³⁸ Die Auskunft auf die Frage nach der Teilnahme eines bestimmten Aufsichtsratsmitglieds an einer bestimmten Aufsichtsratssitzung kann verweigert werden, wenn sie Rückschlüsse auf die Aussprache und die Abstimmung zulässt.¹¹³⁹ Es besteht auch ein Auskunftsverweigerungsrecht hinsichtlich der inhaltlichen Ergebnisse der Effizienzprüfung des Aufsichtsrats.¹¹⁴⁰ Nur bei einem objektiv begründeten Verdacht schwerwiegender Pflichtverletzungen des Aufsichtsrats tritt der Vertraulichkeitsschutz hinter ein überwiegendes Aufklärungsinteresse zurück (Rdn 369).¹¹⁴¹

1134 Deutlich OLG Düsseldorf 23.2.2015 – I-26 W 14/14 (AktE), Rdn 2–7 (Sachverhalt), 31, 35 (juris); OLG Düsseldorf 18.2.2013 – I-26 W 21/12 (AktE), Rdn 61 (juris).

1135 S auch Heidel/*Heidel* § 131 Rdn 85; KK/*Kersting* § 131 Rdn 304–307; MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 188–250; *Mutter* S 11, 21; *Volhard* in Semler/*Volhard*/Reichert § 11 Rdn 55, 56; **abw** Spindler/Stilz/*Siems* § 131 Rdn 40.

1136 LG Frankfurt/M 2.2.2010 – 3–5 O 178/09, Rdn 62 (juris).

1137 BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 76 (juris) und OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11 Rdn 521 ff (juris), BGH 5.11.2013 – II ZB 28/12, BGHZ 198, 351 Rdn 47 und OLG Frankfurt/M. 8.11.2012 – 21 W 33/11 Rdn 42 (juris); Deutsche Bank HV 2010; OLG Düsseldorf 13.7.2015 – I-26 W 16/14 (AktE), Rdn 65 (juris); Postbank; OLG Frankfurt/M. 26.6.2012, Rdn 104 (juris); Deutsche Bank HV 2008; LG Mannheim 17.9.2009 – 24 O 55/09 (nv); EnBW; LG München I 24.4.2008 – 5 HK O 23244/07, Rdn 382 (juris); Hoffmann-Becking NZG 2017, 281, 284; KK/*Kersting* § 131 Rdn 244, 374; MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 199; Lieder NZG 2014, 601, 605; krit Schmidt/Lutter/*Spindler* § 131 Rdn 76; **abw** Heidel/*Heidel* § 131 Rdn 58.

1138 OLG Düsseldorf, 13.7.2015 – I-26 W 16/14 (AktE), Rdn 65 (juris); weitergehend Hoffmann-Becking NZG 2017, 281, 284.

1139 Hoffmann-Becking NZG 2017, 281, 284; **abw** MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 199.

1140 LG Mannheim 21.9.2009 – 24 O 55/09 (nv); EnBW

1141 BGH 5.11.2013 – II ZB 28/12, BGHZ 198, 354, Rdn 49; OLG Düsseldorf 13.7.2015 – I-26 W 16/14 (AktE), Rdn 65, 67 (juris).

- 381** Bei Fragen nach **Bankkundendaten** kann wegen drohender Wettbewerbsnachteile gegenüber Mitbewerbern und drohenden Verlusts des Kundenvertrauens ein Auskunftsverweigerungsrecht bestehen. Wegen drohender Beeinträchtigung der Kontrahierungsfähigkeit der Bank können vom Auskunftsverweigerungsrecht erfasst sein Einzelheiten von Geschäften mit Kunden oder Einzelheiten des Engagements einer Bank mit einer in die Insolvenz geratenen anderen Bank.¹¹⁴²
- 382** Einzelheiten zu **Derivatgeschäften** (Basiswerte, Laufzeiten, Rollkosten von Call-Optionen, Ausübungspreise (*Strikes*) etc.) brauchen nicht genannt zu werden, wenn und weil durch die Möglichkeit von Spekulationen auf den Kurs der den Kurssicherungsgeschäften zugrunde liegenden Aktie Spekulationen von Marktteilnehmern zu Lasten der Gesellschaft drohen.¹¹⁴³ Auch insoweit misst die Rechtsprechung einer Gefährdung der Kontrahierungsfähigkeit der Gesellschaft wesentliches Gewicht bei (Rdn 371, 374). Diese Rechtsprechung kann auch für andere Börsengeschäfte und komplexe Finanztransaktionen Bedeutung erlangen.¹¹⁴⁴
- 383** Bei der Frage nach der Marktüblichkeit von **Einkaufspreisen** wurde ein Auskunftsverweigerungsrecht verneint.¹¹⁴⁵ Auskünfte zu **Ertragserwartungen**, die Rückschlüsse für Wettbewerber auf die Unternehmensstrategie zulassen, können ebenso einem Auskunftsverweigerungsrecht unterliegen wie Fragen zu **Finanzierungskonditionen**, deren Kenntnis eine günstigere Finanzierung erschweren kann.¹¹⁴⁶ Auskünfte zu den Kosten von **Forschung und Entwicklung** können verweigert werden, wenn sie Rückschlüsse auf die Preispolitik des Unternehmens zulassen.¹¹⁴⁷ Ebenso können Auskünfte zum Rohertrag¹¹⁴⁸ oder zum niedrigsten, einem Kunden berechneten Strompreis bzw. zu Umsatzerlösannteilen verweigert werden, wenn und weil sie Rückschlüsse auf die unternehmensinterne **Kalkulation** und Preispolitik zulassen.¹¹⁴⁹ Zur Frage nach der Gesamthöhe von **Lizenzeinnahmen** wurde bei größerer Zahl von Lizenznehmern und Verschiedenheit der Märkte ein Auskunftsverweigerungsrecht versagt;¹¹⁵⁰ die Auskunft zu einzelnen Lizenzen kann dagegen verweigert werden, wenn sich daraus Erkenntnisse über Gebühren bei der Vergabe von Lizenzen für die Zukunft ergeben.¹¹⁵¹
- 384** Die Auskunft zu aktuellen **Halbjahres- und Quartalszahlen** kann verweigert werden, wenn nach den Regeln der US-amerikanischen Börsenaufsicht SEC ein Veröffentlichungsverbot für die nachgefragten Zahlen vor der noch anstehenden Publikation

1142 BGH 16.2.2009 – II ZR 185/07, BGHZ 180, 9 Rdn 42; LG Frankfurt/M 15.11.2011 – 3-5 O 30/11 Rdn 84 (juris): Deutsche Bank/Lehman; *Butzke* G 69; KK/Kersting § 131 Rdn 371; abw noch LG Frankfurt/M 24.1.2005 – 3-05 O 61/03, ZIP 2005, 1275, 1276; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 19: Vorrang des Informationsrechts des Aktionärs vor dem Bankgeheimnis.

1143 BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 44, 45 (juris) und OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 425 ff, 436, 680 (juris): Porsche-HV 2010; OLG Stuttgart 19.7.2012 – 8 W 274/10 (nv) und OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 593 ff, 652 ff, 719, 736, 780, 805 ff (juris): Porsche-HV 2009; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 44; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 207; *Lieder* NZG 2014, 601, 604.

1144 *Lieder* NZG 2014, 601, 604, 605.

1145 OLG Hamburg 6.11.1970 – 11 W 18/70, AG 1970, 372, 373.

1146 OLG Köln 8.3.2007 – 18 U 20/06, BeckRS 2007, 12061.

1147 LG Heilbronn 6.3.1967 – KfH AktE 1/67, AG 1967, 81; *Ebenroth* S 119; KK/Kersting § 131 Rdn 304; Ziemons/Binnewies Rz I 10.733.

1148 OLG Zweibrücken 11.12.1989 – 3 W 148/89, AG 1990, 496, 497 und LG Mainz 13.7.1987 – 10 HO 141/86, AG 1988, 169, 171: Kupferberg; KK/Kersting § 131 Rdn 304; vgl auch LG München I 28.5.2010 – 5 HK O 14307/07, AG 2010, 919, 920.

1149 LG Dortmund 19.2.1987 – 18 AktE 2/86, AG 1987, 189 und LG Dortmund 25.10.1985 – 18 AktE 2/85, AG 1987, 27, 22: RWE; *Butzke* G 69; KK/Kersting § 131 Rdn 304.

1150 LG München I 16.4.1986 – 7 HK O 8835/85, AG 1987, 185, 187; einschränkend *Ebenroth* S 112.

1151 *Ebenroth* S 112; weitergehend LG Heilbronn – KfH AktE 1/67, AG 1967, 81, 82.

besteht und empfindliche Sanktionen drohen.¹¹⁵² Bei an sich *ad hoc*-pflichtigen **kursrelevanten Unternehmensinformationen** kann ein gemäß Art 17 Abs 4 MAR zulässiger Aufschub der Veröffentlichung gleichzeitig eine Auskunftsverweigerung gemäß Nr 1 rechtfertigen (Rdn 33).¹¹⁵³ Umgekehrt besteht kein Auskunftsverweigerungsrecht im Hinblick darauf, daß eine gemäß Art 17 MAR unverzüglich vorzunehmende Veröffentlichung noch nicht erfolgt ist; in diesem Fall ist zunächst – ggf aus der Hauptversammlung heraus – eine Veröffentlichung gemäß Art 17 MAR vorzunehmen und sodann ist die Auskunft in der Hauptversammlung zu erteilen (zum fehlenden Auskunftsverweigerungsrecht gemäß Nr 5 s Rdn 416).¹¹⁵⁴ Ein Auskunftsverweigerungsrecht besteht in einem solchen Fall auch nicht wegen einer drohenden Selbstbelastung der Gesellschaft, zB wegen bekanntgewordener *Compliance*-Verstöße.¹¹⁵⁵

Bei Fragen nach **Zahlungen** (Vergütungen, Abfindungszahlungen) an **Mitarbeiter** 385 kann ein Auskunftsverweigerungsrecht bestehen, wenn durch die Auskunft die Gefahr der Abwerbung begründet oder erhöht wird; das wurde für die Frage nach der Gesamtvergütung der Mitglieder eines organexternen Leitungsgremiums verneint, für die Frage nach der Einzelvergütung dagegen bejaht.¹¹⁵⁶ Ebenso kann insoweit ein Auskunftsverweigerungsrecht bestehen, wenn und weil durch die Auskünfte gegen den **Datenschutz** verstoßen würde.¹¹⁵⁷ Das wurde für die Frage nach der konkreten Bezifferung einer gezahlten Abfindung bejaht, für die Frage, ob die vergleichsweise gezahlten Abfindungszahlungen den bis zum regulären altersbedingten Ausscheiden vertragsbedingt geschuldeten Betrag überstiegen, dagegen verneint.¹¹⁵⁸ Zugunsten eines Auskunftsverweigerungsrechts wurde auch der Hinweis auf den Persönlichkeitsschutz der durch die Offenlegung persönlicher Daten Betroffenen berücksichtigt.¹¹⁵⁹

Auskünfte über **laufende Rechtstreitigkeiten** können verweigert werden, wenn der Gegner hieraus Vorteile ziehen könnte.¹¹⁶⁰ Dementsprechend besteht hinsichtlich der Höhe von **Rückstellungen** ein Auskunftsverweigerungsrecht, da diese Rückschlüsse auf die Beurteilung der Erfolgsaussichten eines noch nicht entschiedenen Verfahrens zuließe und bei etwaigen Vergleichsverhandlungen vom Prozessgegner zu Ungunsten der Gesellschaft verwendet werden könnte.¹¹⁶¹ Deshalb darf auch die Auskunft zu möglichen

1152 LG München I 28.8.2008 – 5 HK O 2522/08, NZG 2009, 143, 147.

1153 Franken/Heinsius FS Budde, 213, 241; Hirte in: Das 2. Finanzmarktförderungsgesetz in der praktischen Umsetzung, S 47, 56, 91; KK/Kersting § 131 Rdn 46; Hüffer/Koch § 131 Rdn 27; Wüsthoff S 159; Zetsche S 257; Ziemons/Binnewies Rz I 10.730.

1154 KK/Kersting § 131 Rdn 47; Hüffer/Koch § 131 Rdn 27; Mutter S 11; Ziemons/Binnewies Rz I 10.730.

1155 Seibt/Cziupka AG 2015, 93, 103.

1156 OLG Frankfurt 30.1.2006 – 20 W 52/05, NZG 2007, 74, 75 und OLG Frankfurt 30.11.2006 – 20 W 56/05, Rdn 18 (juris); Deutsche Bank HV 2004.

1157 OLG Frankfurt 8.11.2012 – 21 W 33/11, Rdn 82ff (juris); Spitzelaffäre Deutsche Bank (HV 2010); KK/Kersting § 131 Rdn 372; Reger NZG 2013, 48, 49; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 75; offenlassend OLG Frankfurt 15.5.2012 – 5 U 66/11, Rdn 141 (juris); Spitzelaffäre Deutsche Bank (Anfechtungsklage); einschr Ziemons/Binnewies Rz I 10.727; abw OLG Frankfurt 30.1.2006 – 20 W 56/05, Rdn 17 (juris); Heidel/Heidel § 131 Rdn 61.

1158 OLG Frankfurt 8.11.2012 – 21 W 33/11, Rdn 76, 82ff, 96 (juris) und OLG Frankfurt 15.5.2012 – 5 U 66/11, Rdn 141ff (juris) unter Hinweis auf LG Frankfurt/M. 17.5.2011 – 3-5 O 68/10; Spitzelaffäre Deutsche Bank; ablehnend für Vergütungszahlungen auch OLG Frankfurt 30.1.2006 – 20 W 56/05, Rdn 17 (juris); in der Sache gegen Anwendung BDSG LG Frankfurt/M. 17.5.2011 – 3-5 O 68/10, BeckRS 2013, 21480.

1159 OLG Frankfurt 8.11.2012 – 21 W 33/11, Rdn 94 (juris); KK/Kersting § 131 Rdn 372; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 75; im konkreten Fall ablehnend OLG Frankfurt 15.5.2012 – 5 U 66/11, Rdn 143 (juris).

1160 OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 423 (juris); Butzke G 69; KK/Kersting § 131 Rdn 304.

1161 OLG Frankfurt 19.9.2013 – 21 W 6/13, Rdn 33 (juris); Deutsche Bank HV 2012; OLG Frankfurt/M. 26.6.2012 – 5 U 144/09, Rdn 192, 217 unter Hinweis auf OLG Frankfurt/M. 11.10.2010 – 5 W 56/09 (nv); LG

finanziellen Konzessionen und Rückstellungen im Zusammenhang mit behördlichen Ermittlungen verweigert werden.¹¹⁶² Ebenso kann die Einschätzung von Produkthaftungsrisiken verweigert werden, wenn durch die Offenlegung die Verhandlungsposition der Gesellschaft bzw ihrer Versicherung in Bezug auf vergleichsweise Regelungen verschlechtert werden könnte.¹¹⁶³ Bei vorrangigem Aufklärungsinteresse wegen objektiv begründeten Verdachts schwerwiegender Pflichtverletzungen (Rdn 369, 376) muss bei der Frage, welcher Anspruchsteller von wesentlicher Bedeutung die Gesellschaft im In- und Ausland vorgerichtlich in Anspruch nimmt, ein Auskunftsverweigerungsrecht zurücktreten.¹¹⁶⁴

387 Im Zusammenhang mit der Beschlussfassung über Strukturmaßnahmen, die eine **Unternehmensbewertung** erforderlich machen (Rdn 231, 239, 246), können Fragen zu wesentlichen Planzahlen nur dann verweigert werden, wenn es sich um Einzelplanzahlen handelt und sich hieraus Rückschlüsse auf die interne Kalkulation ziehen lassen (Rdn 378).¹¹⁶⁵ Für die Frage nach den **Verkehrswerten von Immobilien** wurde ein Auskunftsverweigerungsrecht im Zusammenhang mit einem *Squeeze out* verneint.¹¹⁶⁶ Dem kann nur für Immobilienunternehmen zugestimmt werden, sofern es um wesentliche Verkehrswerte betriebsnotwendiger Grundstücke geht. Für andere Unternehmen sind derartige Auskünfte schon zur Beurteilung der Strukturmaßnahmen nicht erforderlich, weil die Unternehmensbewertung regelmäßig keine Verkehrswerte von Gegenständen des Anlagevermögens der Gesellschaft ermittelt (Rdn 247). Für nicht betriebsnotwendige Grundstücke wird auch bei einer Erforderlichkeit der Auskunft wegen Wesentlichkeit mit Blick auf eine anstehende Veräußerung im Einzelfall eine Auskunft verweigert werden können.

388 Zu den **wesentlichen Vertragskonditionen**, insbesondere **Kauf- und Verkaufspreisen** von **Beteiligungen** oder **Immobilien**, besteht kein Auskunftsverweigerungsrecht, wenn Informationen über frühere Verträge keine unmittelbaren Auswirkungen auf spätere Verträge dieser Art haben¹¹⁶⁷, sofern die Auskunft wegen der Bedeutung des Vertrages für die Beurteilung der Tagesordnung erforderlich ist (Rdn 164).

389 Die Auskunft zum Stand laufender **Vertragsverhandlungen** kann verweigert werden, sofern der mögliche Vertragspartner durch deren Kenntnis Vorteile erlangen würde oder die erfolgreiche Fortsetzung der Vertragsverhandlungen gefährdet würde.¹¹⁶⁸ Deshalb muss die Frage nach einer Preisobergrenze in Vertragsverhandlungen nicht beantwortet werden.¹¹⁶⁹

Frankfurt/M. 28.1.2014 – 3-5 O 162/13; BeckRS 2014, 06973: Deutsche Bank HV 2013; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 20; **abw** für Gewährleistungsrückstellungen LG Heidelberg 7.8.1996 – II KfH O 4/96, AG 1996, 523, 525: Scheidemandel.

1162 LG Mannheim 21.9.2009 – 24 O 55/09 (nv): EnBW.

1163 LG Frankfurt/M. 29.7.1997 – 3-5 O 162/95, ZIP 1997, 1698,1702: Altana/Milupa; KK/Kersting § 131 Rdn 304.

1164 OLG Düsseldorf 18.2.2013 – I-26 W 21/12, Rdn 61 (juris): IKB.

1165 LG München I 28.5.2010 – 5 HK O 14307/07, AG 2010, 919, 920.

1166 OLG Saarbrücken 11.2.2005 – 1 W 293/04-47, Rdn 8 (juris); LG Saarbrücken 14.9.2005 – 7 I O 7/04, Rdn 109 ff (juris); LG Saarbrücken 28.7.2004 – 7 I O 24/04, NZG 2004, 1012, 1013.

1167 OLG Hamburg 30.12.2004 – 11 U 98/04, NZG 2005, 218, 220: AGIV; LG Berlin 17.1.1990 – 98 AktE 10/89, WM 1990, 978, 981; Ebenroth S 104; KK/Kersting § 131 Rdn 307; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 245.

1168 Butzke G 69; KK/Kersting § 131 Rdn 304; Hessler/Strohn/Liebscher § 131 Rdn 15; A Reuter DB 1988, 2615, 2616; Spindler/Stilz/Siemss § 131 Rdn 38; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 74; Ziemons/Binnewies Rz I 10.733.

1169 KG 31.1.1996 – 23 U 3989/94, AG 1996, 421, 424: VIAG: Frage nach voraussichtlicher Obergrenze der Barauszahlung an den Freistaat Bayern im Rahmen eines Ringtauschs (Nichtannahmebeschluss BGH 26.5.1997 II ZR 119/96); KK/Kersting § 131 Rdn 304.

3. Auskunftsverweigerung gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 2

a) Bedeutung. Gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 2 darf der Vorstand die Auskunft verweigern, soweit sie sich auf steuerliche Wertansätze oder die Höhe einzelner Steuern bezieht. Zur ***ratio legis*** wird in den Gesetzesmaterialien ausgeführt, durch Auskünfte über die steuerlichen Wertansätze und die Höhe einzelner Steuern erhalte der Aktionär leicht ein falsches Bild und werde zu der Annahme verleitet, der steuerliche Gewinn sei auch der betriebswirtschaftlich erzielte und ggf zur Ausschüttung zur Verfügung stehende Gewinn.¹¹⁷⁰ Diese Begründung wird vielfach als den heutigen Gegebenheiten nicht mehr adäquat kritisiert, sie wird aber *de lege lata* hingenommen.¹¹⁷¹ In der Sache ging es dem Gesetzgeber darum, die – im Unterschied zur Handelsbilanz (Rdn 29) – fehlende Publizität der Steuerbilanz nicht durch Fragen zur Steuerbilanz und ihren Unterschieden zur Handelsbilanz auszuhebeln (zur begrenzenden Wirkung fehlender gesetzlicher Publizität auf das Auskunftsrecht Rdn 30). Letztlich dient das Auskunftsverweigerungsrecht des § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 2 damit dem Schutz des Steuergeheimnisses.¹¹⁷²

Die **praktische Bedeutung** der Regelung ist in der Hauptversammlungspraxis nicht **391** zu unterschätzen. In der Spruchpraxis spielt Nr 2 jedoch nur eine untergeordnete Rolle. Das Auskunftsverweigerungsrecht gemäß Nr 2 ist entgegen verbreiteter Auffassung **europarechtskonform**, weil es in der Sache dem Schutz des Steuergeheimnisses und damit dem Schutz der Geschäftsinteressen der Gesellschaft dient (Rdn 351).¹¹⁷³

b) Umfang. Steuerliche Wertansätze, über die Auskunft gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 **392** Nr 2 verweigert werden kann, betreffen neben der für die Ertragsteuer maßgeblichen **Steuerbilanz** auch Ansätze der Einheitsbewertung nach dem BewG. Auskünfte können auch zur **Höhe einzelner Steuern** verweigert werden. Erfasst sind alle Steuern und steuerlichen Nebenleistungen iSv § 3 AO.¹¹⁷⁴ Das Auskunftsverweigerungsrecht gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 2 greift nicht nur dann ein, wenn sich Auskünfte unmittelbar auf steuerliche Wertansätze oder die Höhe einzelner Steuern beziehen, sondern auch dann, wenn die Antwort **mittelbar Aufschlüsse** hierüber zulassen würde.¹¹⁷⁵ Dementsprechend besteht auch keine Pflicht zur Auskunft über das Ergebnis einer Betriebspflicht. Das Auskunftsverweigerungsrecht ist nicht zeitlich begrenzt, es erstreckt sich also nicht nur auf die im maßgeblichen Geschäftsjahr erstellte Steuerbilanz.¹¹⁷⁶ Fragen zu zeitlich weit zurückliegenden Steuerbilanzen werden allerdings vielfach schon nicht zur Beurteilung der Tagesordnung erforderlich sein (Rdn 145).

Auch wenn der Wortlaut des § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 2 – anders als derjenige der Nr 1 – **393** das Auskunftsverweigerungsrecht nicht auf **verbundene Unternehmen** bezieht, ent-

1170 Begr RegE bei *Kropff*, Aktiengesetz 1965, S 186; ebenso *Ebenroth*, S 85; *Hüffer/Koch* § 131 Rdn 59; *MünchKomm/Kubis* § 131 Rdn 120; *KK/Kersting* § 131 Rdn 315.

1171 BGH 18.9.2006 – II ZR 225/04 NZG 2006, 905 Rdn 25; *Heidel/Heidel* § 131 Rdn 63; *Hüffer/Koch* § 131 Rdn 59; *KK/Kersting* § 131 Rdn 315; *MünchKomm/Kubis* § 131 Rdn 120; *Spindler/Stilz/Stems* § 131 Rdn 42; *Schmidt/Lutter/Spindler* § 131 Rdn 78.

1172 S schon *Geßler* DB 1957, 1254, 1257; ferner *Kamprad* AG 1991, 396; **abw** *Heidel/Heidel* § 131 Rdn 63; *KK/Kersting* § 131 Rdn 314; *MünchKomm/Kubis* § 131 Rdn 120; *Schmidt/Lutter/Spindler* § 131 Rdn 78; *Wachter/Wachter* § 131 Rdn 24; vgl auch *Butzke* G 70; Flankierung von § 131 Abs 3 S 1 Nr 3.

1173 *Lack* S 266; *J Schmidt* BB 2006, 1641, 1643; vgl auch *Höfs* S 15; **abw** *Heidel/Heidel* § 131 Rdn 64; *KK/Kersting* § 131 Rdn 316; *Hüffer/Koch* § 131 Rdn 59; *MünchKomm/Kubis* § 131 Rdn 120; *Schmidt/Lutter/Spindler* § 131 Rdn 78; *Zetsche* NZG 2007, 686, 688; *Ziemons/Binnewies* z I 10.737.

1174 *KK/Kersting* § 131 Rdn 318.

1175 *A Reuter* DB 1988, 2616, 2619.

1176 *MünchKomm/Kubis* § 131 Rdn 121.

spricht es gesicherter Auffassung, dass auch deren steuerliche Wertansätze und Steuern erfasst sind.¹¹⁷⁷ Genauer unterfallen die steuerliche Behandlung des Beteiligungsergebnisses bei der Muttergesellschaft und die Folgen der steuerlichen Zurechnung bei dem Organträger dem Auskunftsverweigerungsrecht.¹¹⁷⁸

394 Soweit der Gesetzgeber durch die Publizität der Handelsbilanz auch einen Mindeststandard für die Reichweite des Auskunftsrechts des § 131 setzt (Rdn 30), wird damit zugleich das Auskunftsverweigerungsrecht des § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 2 eingeschränkt. Es gilt daher trotz des weiterreichenden Wortlauts **nicht, soweit die Ansätze der Steuerbilanz in der Handelsbilanz zu übernehmen sind.**¹¹⁷⁹ Gemäß § 275 Abs 3 Nr 17 und 18 HGB hat in der **handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung** ein Gesamtausweis von Steuern vom Einkommen und vom Ertrag und von sonstigen Steuern zu erfolgen. Hierauf dürfen sich auch Fragen gemäß § 131 beziehen. So kann im Einzelfall Auskunft zu einer Abweichung der in der Handelsbilanz ausgewiesenen Steuerrücklagen von dem in der Gewinn- und Verlustrechnung angesetzten Steueraufwand verlangt werden.¹¹⁸⁰ Auch Fragen zu handelsrechtlich aktivierten Steuererstattungsansprüchen können nicht gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 2 verweigert werden.¹¹⁸¹ Erst recht besteht keine weitreichende Auskunftsverweigerungsmöglichkeit **für alle Fragen, die steuerliche Angelegenheiten** betreffen.¹¹⁸² Für eine darüber hinausgehende teleologische Reduktion, dass das Auskunftsverweigerungsrecht gemäß Nr 2 nur insoweit besteht, als steuerliche Wertansätze betriebswirtschaftliche Gewinne nur vortäuschen oder sonst ein falsches Bild von der Lage der Gesellschaft erwecken, besteht kein Anlass.¹¹⁸³ Fragen nach einer weiteren Aufschlüsselung in einzelne Steuern können daher verweigert werden.¹¹⁸⁴

395 c) Einzelheiten. Ein **Auskunftsverweigerungsrecht** nach § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 2 wurde **bejaht** bei Fragen, wie hoch die stillen versteuerten Reserven einer Bank nach § 26a KWG waren, über welche steuerlichen Verlustvorträge die Bank verfügt oder wie die steuerlichen Verlustvorträge zeitlich aufgeteilt sind.¹¹⁸⁵ Ebenso unterliegt die Frage, wie weit eine handelsrechtliche Abschreibung über das steuerlich zulässige Maß hinausgeht, dem Auskunftsverweigerungsrecht nach Nr 2, da die Frage letztlich auf einen Vergleich zwischen Handelsbilanz und Steuerbilanz hinausläuft.¹¹⁸⁶ Erfasst vom Auskunftsverweigerungsrecht sind ferner in diesem Zusammenhang Fragen zur Höhe der steuerlich anerkannten Wertberichtigungen, zum steuerlichen Einheitswert der Gesellschaft, zum steuerlichen Einheitswert der unbebauten Grundstücke, zur Höhe der steuerlich anerkannten Rückstellungen, zur Höhe der steuerlich anerkannten Abschreibungen und zur Höhe des Saldos des steuerlichen Ausgleichskontos.¹¹⁸⁷ Die Frage, wieviel

1177 BGH 18.9.2006 – II ZR 225/04, NZG 2006, 905 Rdn 25; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 122.

1178 MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 122.

1179 Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 31; KK/Kersting § 131 Rdn 319; Hüffer/Koch § 131 Rdn 59; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 121; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 21; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 79; abw Spindler/Stilz/Siemss § 131 Rdn 42.

1180 BGH 19.6.1995 – II ZR 58/94, ZIP 1995, 1256, 1257: Rieter/SSI II (im Einzelfall allerdings Kausalität der Verletzung der Auskunftspflicht der Beschlussfassung verneint); KK/Kersting § 131 Rdn 319; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 121.

1181 Butzke G 70; Heidel/Heidel § 131 Rdn 64.

1182 Abw Ebenroth, S 85.

1183 Abw Heidel/Heidel § 131 Rdn 64.

1184 KK/Kersting § 131 Rdn 319.

1185 OLG Düsseldorf 11.8.2006 – I 15 W 110/05, Rdn 79 (juris); OLG Düsseldorf 9.12.1993 – 6 U 2/93, WM 1994, 337, 345; Bayerische Vereinsbank/Simon Bank; KK/Kersting § 131 Rdn 321.

1186 LG München I 10.3.1980 – 7 HK O 7427/79, AG 1981, 79, 80: Paulaner.

1187 LG München I 10.3.1980 – 7 HK O 7427/79, AG 1981, 79, 80: Paulaner; KK/Kersting § 131 Rdn 321.

Körperschaftsteuer bei Vollausschüttung gespart worden wäre, unterliegt dem Auskunftsverweigerungsrecht der Nr 2.¹¹⁸⁸ Nach zutreffender, wenn auch bestrittener Auffassung unterliegt auch die Frage nach der **Tarifbelastung** des im Jahresabschluss ausgewiesenen **Eigenkapitals** dem Auskunftsverweigerungsrecht der Nr 2.¹¹⁸⁹

4. Auskunftsverweigerung gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 3

a) Bedeutung. Gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 3 darf der Vorstand auch die Auskunft verweigern über den Unterschied zwischen dem Wert, mit dem Gegenstände in der Jahresbilanz angesetzt worden sind, und einem höheren Wert dieser Gegenstände, es sei denn, dass die Hauptversammlung den Jahresabschluss feststellt. In der Sache geht es damit um eine Auskunftsverweigerung über die **Höhe stiller Reserven**, ohne dass der Begriff ausdrücklich verwendet wurde, weil er mehrdeutig sei und seine Auslegung in der Praxis zu Schwierigkeiten führen könne.¹¹⁹⁰ Modernen internationalen Anforderungen an Publizität und Transparenz entspricht die handelsrechtlich nach wie vor in gewissen Grenzen mögliche Bildung stiller Reserven und die damit einhergehende Möglichkeit der Auskunftsverweigerung über die Höhe solcher stillen Reserven nicht.

Das **BVerfG** hat das Auskunftsverweigerungsrecht gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 3 als **zulässige Inhalts- und Schrankenbestimmung des Eigentums** im Sinne des Art 14 Abs 1 Satz 2 GG angesehen. Die Existenz stiller Reserven sei zwar im Licht der grundrechtlich schutzwürdigen Aktionärsinteressen nicht unproblematisch, weil sie den Blick auf den Wert des Unternehmens trübten. Es handele sich jedoch um eine nicht besonders gravierende Grundrechtseinbuße, da die Möglichkeit zur Bildung stiller Reserven ohnehin eingeschränkt sei und durch die zunehmende Anwendung internationaler Rechnungslegungsregeln weiter an Bedeutung verlieren. Die Bildung stiller Reserven könne im Interesse des Unternehmens und von Großaktionären liegen. Zudem sah sich das Gericht nicht berufen, tragende Prinzipien des deutschen Bilanzrechts, die die Bildung stiller Reserven ermöglichen, durch ein Auskunftsrecht über deren Höhe faktisch außer Kraft zu setzen.¹¹⁹¹ Gegen die Entscheidung des BVerfG sind von betriebswirtschaftlicher Seite fachspezifische Einwände erhoben worden.¹¹⁹² Trotz der wenig überzeugenden Begründung ist es Sache des Gesetzgebers, ob er im Unterschied insbesondere zu anglo-amerikanischen Publizitätsvorschriften weiterhin die Bildung stiller Reserven zulässt. Der verfassungsrechtliche Schutz der Eigentumsstellung der Aktionäre wird dadurch nicht tangiert: Das individuelle Auskunftsrecht des Aktionärs dient weder einer allgemeinen Kontrolle der Verwaltung noch zur Beurteilung der Werthaltigkeit der Anlage (Rdn 14, 17).¹¹⁹³

1188 LG Dortmund 9.1.1987 – 18 AktE 3/86, AG 1987, 190, 191; KK/Kersting § 131 Rdn 318.

1189 Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 31; Kamprad AG 1991, 396, 397; Hüffer/Koch § 131 Rdn 59; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 123; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 21; Schaaf Rdn 772; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 79; **abw** Heidel/Heidel § 131 Rdn 64; Meilicke BB 1991, 241, 242; Ziemons/Binnewies Rz I 10.736.

1190 Ausschußbericht bei Kropff Aktiengesetz 1965, S 187.

1191 BVerfG 20.9.1999 – 1 BvR 168/93, ZIP 1999, 1801; Wenger/Scheidemandel II; ebenso schon KG 30.6.1994 – 2 W 4531, 4642/93, WM 1994, 1479, 1486; LG Frankfurt/M 16.9.1994 – 3/3 O 83/92, WM 1994, 1929, 1930; Ebenroth/Koos BB 1995 Beil 8.

1192 Siegel/Bareis/Rückle/Schneider/Sigloch/Streim/Wagner ZIP 1999, 2077; Kaserer ZIP 1999, 2085.

1193 KG 15.2.2001 – 2 W 3288/00, Rdn 79 (juris); Butzke G 71; Hüffer/Koch § 131 Rdn 60; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 124; Schön FS Ulmer, 2003, S 1359, 1379; im Ergebnis zust Böll S 164; KK/Kersting § 131 Rdn 326; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 45; **abw** Grüner NZG 2000, 197; Heidel/Heidel § 131 Rdn 67, 68.

- 398** Das Auskunftsverweigerungsrecht des § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 3 ist entgegen verbreiteter Auffassung auch **europarechtskonform** (Rdn 351).¹¹⁹⁴ Es lässt sich mit dem Schutz der Geschäftsinteressen der Gesellschaft (Art 9 Abs 2 Aktionärsrechte-RL) rechtfertigen, weil die Offenlegung der stillen Reserven wettbewerbsrelevante Informationen enthalten kann.
- 399** Das Auskunftsverweigerungsrecht des § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 3 hat **an Bedeutung verloren**.¹¹⁹⁵ Viele Gesellschaften erstellen heute ihren Konzernabschluss gemäß §§ 315a, 325 Abs 2a HGB befreiernd nach **IFRS**, die eine Bildung stiller Reserven stärker als nach HGB beschränken. Soweit danach die Möglichkeit der Bildung stiller Reserven verbleibt, gilt § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 3 für diese Gesellschaften entsprechend. Sie können sich aber nicht auf Nr 3 berufen, wenn und weil solche stillen Reserven nach den praktizierten internationalen Rechnungslegungsvorschriften (*IFRS, IAS, US-GAAP*) nicht zulässig sind.¹¹⁹⁶
- 400** Das **Auskunftsverweigerungsrecht** gemäß § 131 Abs 3 Nr 3 besteht **nicht, wenn** die **Hauptversammlung** den **Jahresabschluss feststellt**. Die Hauptversammlung kann nur dann über den Jahresabschluss sachgemäß entscheiden, wenn sie die in ihm enthaltenen stillen Reserven kennt. Sie muss die Höhe der stillen Reserven auch deshalb kennen, weil sie beim Feststellungsbeschluss die Grenzen einhalten muss, die für die Bildung stiller Reserven nach den bilanzrechtlichen Regeln bestehen.¹¹⁹⁷ Bei der börsennotierten AG bildet die Feststellung des Jahresabschlusses durch die Hauptversammlung die Ausnahme. Bei der **KGaA** ist die Feststellung des Jahresabschlusses durch die Hauptversammlung gemäß § 286 Abs 1 Satz 1 vorgeschrieben. Für die KGaA greift das Auskunftsverweigerungsrecht des § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 3 daher nicht.
- 401 b) Umfang.** Das Auskunftsverweigerungsrecht des § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 3 erstreckt sich auf den **Unterschied** zwischen dem **Buchwert** der einzelnen Positionen in der Bilanz und einem wirklichen **höheren Wert**. Über den Wortlaut hinausgehend gilt das Auskunftsverweigerungsrecht der Nr 3 für alle Fragen, die letztlich – ggf durch mittelbare Rückschlüsse – auf eine Ermittlung des wirklichen Werts gerichtet sind.¹¹⁹⁸ Dementsprechend kann auf Fragen nach dem Verkehrswert bzw Zeit- oder Marktwert, einem steuerlichen Teilwert oder einem sonstigen höheren Wert die Auskunft verweigert werden.¹¹⁹⁹ Das Auskunftsverweigerungsrecht des § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 3 bezieht sich – insoweit über den Wortlaut hinausgehend – auch auf stille Reserven in der Handelsbilanz von **verbundenen Unternehmen** (Rdn 393).¹²⁰⁰
- 402** Das Auskunftsverweigerungsrecht des § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 3 bezieht sich nur auf bestehende stillen Reserven. Werden **stille Reserven** aufgelöst und durch Abgang der Wirtschaftsgüter tatsächlich **realisiert**, so besteht **kein Auskunftsverweigerungsrecht**.¹²⁰¹

¹¹⁹⁴ Butzke G 71 Fn 182; Lack S 266; J Schmidt BB 2006, 1641, 1643; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 80; im Ergebnis Höfs S 15; **abw** Heidel/Heidel § 131 Rdn 65, 68; KK/Kersting § 131 Rdn 327; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 124; Ziemons/Binnewies Rz I 10.739; s auch Hüffer/Koch § 131 Rdn 60.

¹¹⁹⁵ Butzke G 72; Hüffer/Koch § 131 Rdn 60; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 124; Spindler/Stilz/Siemss § 131 Rdn 45; positiver MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 46.

¹¹⁹⁶ Butzke G 72 Fn 187; Hüffer/Koch § 131 Rdn 60; **abw** für vollständigen Ausschluß Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 32; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 80; Ziemons/Binnewies Rz I 10. 741.

¹¹⁹⁷ Begr RegE bei Kropff Aktiengesetz 1965, S 186.

¹¹⁹⁸ Butzke G 72; KK/Kersting § 131 Rdn 131; Hüffer/Koch § 131 Rdn 60; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 125; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 22.

¹¹⁹⁹ LG Mannheim 21.12.1992, 23-AktE 1/92 (nv): Scheidemandel II (dazu BVerfG 20.9.1999 – 1 BvR 168/93, ZIP 1999, 1801); MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 125.

¹²⁰⁰ MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 126; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 22; **abw** Ziemons/Binnewies Rz I 10. 739.

¹²⁰¹ KK/Kersting § 131 Rdn 333; Hüffer/Koch § 131 Rdn 60; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 125; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 22; Ziemons/Binnewies Rz I 10. 741.

Das Auskunftsverweigerungsrecht der Nr 3 muss zudem zurücktreten, wenn der begründete **Verdacht** besteht, dass der Vorstand in erheblicher Weise **gegen** seine **kaufmännischen Sorgfaltspflichten verstoßen** hat und die geforderten Auskünfte geeignet sind, diesen Verdacht zu bestätigen oder zu erhärten (Rdn 365, 422).¹²⁰² Ebenso ist eine Berufung auf das Auskunftsverweigerungsrecht der Nr 3 unzulässig, wenn der Wertansatz eindeutig gegen die Rechnungslegungsvorschriften verstößt.¹²⁰³

Das Auskunftsverweigerungsrecht des § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 3 erfasst nach seinem **403** Wortlaut auch **stille Lasten**, sofern diese nicht eindeutig gegen die Rechnungslegungsvorschriften verstößen (Rdn 402); das ist trotz des Niederstwertprinzips des § 253 Abs 4 HGB angesichts im Einzelfall denbarer Beurteilungsspielräume des Vorstands nicht immer leicht festzustellen.¹²⁰⁴ Bei Bestehen einer **Unterbilanz** kann das Auskunftsverweigerungsrecht der Nr 3 der Frage nach der Möglichkeit der Mobilisierung stiller Reserven zu deren Ausgleich nicht entgegengehalten werden.¹²⁰⁵

Das Auskunftsverweigerungsrecht des § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 3 gilt grundsätzlich auch **404** bei **Strukturmaßnahmen**, bei denen die Ermittlung des Unternehmenswerts der Gesellschaft erfolgt (Rdn 353).¹²⁰⁶ Die Aktionäre können zwar Fragen zur Plausibilisierung der Unternehmensbewertung stellen (Rdn 239, 250). Dabei erfolgt jedoch typischerweise gerade keine Ermittlung von über dem Buchwert liegenden stillen Reserven, sondern eine Ertragswertermittlung oder eine Ermittlung des Börsenwertes. Deshalb sind Fragen zur Aufdeckung von stillen Reserven regelmäßig schon zur Beurteilung der Tagesordnung nicht erforderlich (Rdn 246, 252); anders kann die Beurteilung bei Immobilienunternehmen sein (Rdn 387).

c) Einzelheiten. Die Frage, mit welchem Betrag das Unternehmensziel, den Unternehmenswert nachhaltig zu steigern, erreicht werden kann und um wieviel der innere Wert gestiegen ist, zielt auf eine teilweise Offenlegung der stillen Reserven ab, so daß die Auskunft gemäß Nr 3 verweigert werden kann.¹²⁰⁷ Eine Auskunft über die Wertsteigerung der Aktienbestände kann dagegen bei einer Gesellschaft, die ihre Finanzmittel in Aktien anlegt, begehrt werden, da stille Reserven nicht aus der prozentualen Angabe über die Wertentwicklung ihrer Aktienbestände errechnet werden können.¹²⁰⁸ Die Angabe der **Werte des unbeweglichen und des beweglichen Anlagevermögens**, die der Berechnung der Pacht für einen Betriebspachtvertrag eines in einen Unternehmensvertrag eingebundenen Unternehmens zugrunde liegen, kann nicht verlangt werden.¹²⁰⁹ Die Frage nach dem **Buchwert von Beteiligungen** zielt zusammen mit der Frage nach dem Nennwert, aus dem sich der Verkehrswert ohne weiteres errechnen

1202 Zu § 26a KWG aF (§ 131 Abs 1 Nr 1) BGH 28.11.1982 – II ZR 88/81, BGHZ 86, 1, 18; BGH 9.12.1987 – II ZR 119/86, BGHZ 101, 1, 9; *Bälz* S 167; *Schaaf* S 775; Spindler/Stilz/*Siems* § 131 Rdn 46; **abw** *Ebenroth*/Koos BB 1995, Beil. 8, S 1, 6.

1203 *Bälz* S 168; vgl auch KG 15.2.2001 – 2 W 3288/00, Rdn 79 (juris).

1204 Weitergehend für unbeschränkte Erfassung Grigoleit/*Herrler* § 131 Rdn 46; Hüffer/Koch § 131 Rdn 60; MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 127; Bürgers/Körber/*Reger* § 131 Rdn 22; Spindler/Stilz/*Siems* § 131 Rdn 43; Schmidt/Lutter/*Spindler* § 131 Rdn 80; **abw** *Ziemons/Binnewies* Rz I 10. 739.

1205 OLG Stuttgart 7.5.1992 – 13 U 140/91, AG 1992, 459 (ohne Thematisierung von Nr 3); Hölters/*Drinhausen* § 131 Rdn 32; Heidel/*Heidel* § 131 Rdn 69.

1206 MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 126; Bürgers/Körber/*Reger* § 131 Rdn 22; **abw** OLG Dresden 23.4.2013 – 18 U 1976/02, AG 2003, 433, 435; Heidel/*Heidel* § 131 Rdn 69 (für § 255 Abs 2); *Ziemons/Binnewies* Rz I 10. 740.

1207 KG 15.2.2001 – 2 W 3288/00, Rdn 76, 81 (juris).

1208 KG 15.2.2001 – 2 W 3288/00, Rdn 87 (juris).

1209 LG Mannheim 21.12.1992 – 23 AktE 1/1992 (nv): Scheidemandel II; bestätigt durch BVerfG 20.9.1999 – 1 BvR 636/95, ZIP 1999, 1798.

lässt, auf den Unterschied zwischen Buch- und Verkehrswert ab und braucht daher gemäß Nr 3 nicht beantwortet zu werden.¹²¹⁰ Die Frage nach dem **Substanz- und Liquidationswert** einer zu veräußernden Beteiligung darf verweigert werden: Sie gilt letztlich dem Unterschied zwischen dem wahren Wert der Beteiligung und deren Bilanzwert.¹²¹¹ Die Auskunft zur Frage nach den **Feuerversicherungswerten von Betriebsgebäuden** kann verweigert werden: Da die Feuerversicherungssumme im Regelfall eher als die in der Bilanz angesetzten Werte dem tatsächlichen Zeitwert entspricht, würden die beantragten Auskünfte zur Aufdeckung der stillen Reserven führen.¹²¹² Die Auskunft zu **Verkehrswerten** von Grundstücken darf verweigert werden, da die Frage auf den Unterschied zwischen dem Wert, mit dem diese Gegenstände in der Jahresbilanz angesetzt worden sind, und einem ihnen etwa zukommenden höheren Wert iSv Nr 3 abzielt.¹²¹³ Die Auskunft zu der Feuerversicherungssumme für **Maschinen und Einrichtungen** kann verweigert werden.¹²¹⁴

5. Auskunftsverweigerung gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 4

406 Der Vorstand darf eine Auskunft gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 4 verweigern über die **Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**, soweit die Angabe dieser Methoden im Anhang ausreicht, um ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft iSd § 264 Abs 2 HGB zu vermitteln. Die Regelung ist im Zusammenhang mit dem Auskunftsverweigerungsrecht gemäß Nr 3 über stille Reserven zu sehen. Sie zielt darauf ab, die Gesellschaft vor schädlichen Dispositionen durch Wettbewerber und Vertragspartner zu schützen.¹²¹⁵ Die Regelung ist deshalb auch **europarechtskonform** (Rdn 351, 398). Das Auskunftsverweigerungsrecht gilt ebenso wie im Fall der Nr 3 nicht, wenn die Hauptversammlung den Jahresabschluss erstellt (Rdn 400).

407 Das Auskunftsverweigerungsrecht des § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 4 hat in der **Praxis** bislang **kaum Bedeutung** erlangt:¹²¹⁶ Es ist bislang keine Gerichtsentscheidung bekannt geworden, in der die Regelung eine Rolle gespielt hat. Gemäß § 284 Abs 2 Nr 1 HGB müssen die auf die Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ohnehin im Anhang angegeben werden. Gemäß § 264 Abs 2 Satz 2 HGB sind im Anhang Angaben nur bei besonderen Umständen zu machen. Bei Erteilung eines uneingeschränkten Bestätigungsvermerks durch den Abschlussprüfer hat die

1210 BayObLG 9.9.1996 – 3 Z BR 36/94, ZIP 1996, 1945, 1942; KG 30.6.1994 – 2 W 4531/93 und 2 W 4642/93, WM 1994, 1479, 1486; KK/Kersting § 131 Rdn 331; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 229; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 22.

1211 LG Hamburg 8.6.1995 – 405 O 203/94, WM 1996, 168, 171; Butzke G 72; KK/Kersting § 131 Rdn 331.

1212 KG 30.6.1994 – 2 W 4531/93 und 2 W 4642/93, WM 1994, 1479, 1487: Allianz; LG Frankfurt/M 16.9.1994 – 3/3 O 83/92, WM 1994, 1929, 1930; LG Mannheim 21.12.1992, 23-AktE 1/92 (nv): Scheidemandel II (bestätigt durch BVerfG 20.9.1999 – 1 BvR 168/93, ZIP 1999, 1881); LG München I 10.3.1980 – 7 HK O 7427/79, AG 1981, 79, 81; Butzke G 72; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 46; KK/Kersting § 131 Rdn 331; Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner § 34 Rdn 59; s auch OLG Hamm 4.3.1999 – 8 W 11/99, ZIP 1999, 798, 804 und LG Essen 8.2.1999 – 44 O 249/98, AG 1999, 329, 332: keine Erforderlichkeit der Auskunft Verschmelzung Thyssen/Krupp.

1213 KG 30.6.1994 – 2 W 4531/93 und 2 W 4642/93, WM 1994, 1479, 1487: Allianz; KK/Kersting § 131 Rdn 131.

1214 LG Mannheim 21.12.1992, 32-AktE 1/92 (nv): Scheidemandel; bestätigt durch BVerfG 20.9.1999 – 1 BvR 168/93, ZIP 1999, 1801; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 22.

1215 KK/Kersting § 131 Rdn 335; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 129; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 47; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 81; Wachter/Wachter § 131 Rdn 26.

1216 Butzke G 73; Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 33; Heidel/Heidel § 131 Rdn 70; Hüffer/Koch § 131 Rdn 61; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 47.

Gesellschaft in der Regel ausreichenden Anlass zu der Annahme, dass der Anhang die erforderlichen Angaben über die Bewertungs- und Abschreibungsmethoden enthält. In einem solchen Fall sind Auskünfte über die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden regelmäßig nicht zur Beurteilung der Tagesordnung erforderlich (Rdn 142).¹²¹⁷ Die Regelung gilt entsprechend für Gesellschaften, die gemäß § 315a, 325 Abs 2a HGB befreit einen Konzernabschluss nach IAS/IFRS aufstellen; für die ausreichende Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind dann die IFRS-NOTES maßgebend.¹²¹⁸

6. Auskunftsverweigerung gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 5

a) Bedeutung. Gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 5 darf der Vorstand eine Auskunft verweigern, soweit er sich durch die Erteilung der Auskunft strafbar machen würde. Die Regelung betrifft eine Selbstverständlichkeit, wonach niemand zu einer Auskunft gezwungen werden darf, wenn er sich hierdurch strafbar machen würde.¹²¹⁹ Angesichts der bei Auskunftserteilung ausgelösten Strafbarkeit besteht im strafrechtlichen Sinne eine **Pflicht** zur Auskunftsverweigerung (Rdn 359).¹²²⁰

Die **Europarechtskonformität** der Regelung ist deshalb unbestritten, zumal sie sich auch auf die Gründe der Vertraulichkeit und des Schutzes der Geschäftsinteressen der Gesellschaft iSv Art 9 Abs 2 Aktionärsrechte-RL stützen kann.¹²²¹ Die **praktische Bedeutung** der Regelung ist nicht hoch; auch wenn sich die Gesellschaft in Gerichtsverfahren gelegentlich auf § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 5 beruft (zur Möglichkeit eines Nachschiebens der Begründung Rdn 358), sind insoweit positive Entscheidungen in der Gerichtspraxis selten.¹²²²

b) Umfang. Im Ausgangspunkt erfasst § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 5 alle Formen der Strafbarkeit (Täterschaft/Teilnahme) unter Einschluss eines strafbaren Versuchs.¹²²³ In der Sache sind die in Betracht kommenden Straftatbestände allerdings limitiert. Gedacht war bei dieser Regelung etwa an den Verrat von Staatsgeheimnissen (§§ 93ff StGB).¹²²⁴ Daneben kommt eine anderenfalls bestehende Strafbarkeit wegen unbefugter Offenbarung von persönlichen Daten (§ 203 StGB) in Betracht.¹²²⁵ Sonstige Beleidigungsdelikte (§§ 185ff StGB) oder Betrugsdelikte (§§ 263ff StGB) dürften praktisch kaum in Betracht kommen, wenn und weil sie durch eine § 131 Abs 2 Satz 1 entsprechende Auskunftserteilung regelmäßig nicht ausgelöst werden.¹²²⁶ Über den Wortlaut hinausgehend ist auch der Fall erfasst, dass die Erteilung der Auskunft eine **Ordnungswidrigkeit** darstellen würde.¹²²⁷ Vom

1217 KK/Kersting § 131 Rdn 335; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 129; Spindler/Stilz/Siemss § 131 Rdn 47; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 81.

1218 Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 23.

1219 Heidel/Heidel § 131 Rdn 71; Hüffer/Koch § 131 Rdn 62; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 132. Daneben den Aspekt der Einheit der Rechtsordnung betonend KK/Kersting § 131 Rdn 346; Spindler/Stilz/Siemss § 131 Rdn 48 (s aber Rdn 410).

1220 KK/Kersting § 131 Rdn 346; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 137; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 24.

1221 KK/Kersting § 131 Rdn 356; Lack S 266; Zetsche NZG 2007, 686, 688.

1222 OLG Frankfurt 26.6.2012 – 5 U 144/09, Rdn 137 (juris): Verschwiegenheitspflicht gemäß § 404 (dazu Rdn 413).

1223 Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 34; KK/Kersting § 131 Rdn 347; Hüffer/Koch § 131 Rdn 62; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 132.

1224 Begr RegE bei Kropff Aktiengesetz, S 187; Hüffer/Koch § 131 Rdn 62; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 132.

1225 Ebenroth S 94; Heidel/Heidel § 131 Rdn 71; KK/Kersting § 131 Rdn 351; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 71; vgl auch (zu § 51b GmbHG) LG München I 31.5.2017 – 5 HKO 1564/16, ZIP 2017, 1950, 1953.

1226 KK/Kersting § 131 Rdn 351; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 132; Spindler/Stilz/Siemss § 131 Rdn 49.

1227 Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 34; Hefermehl FS Duden, 109, 114; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 48; KK/Kersting § 131 Rdn 347; Hüffer/Koch § 131 Rdn 62; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 132; Bürgers/Körber/

Schutzzweck des § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 5 erfasst ist auch die Vermeidung einer Strafbarkeit nach einer **ausländischen Rechtsordnung**.¹²²⁸

- 411** Ein Auskunftsverweigerungsrecht gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 5 ist nicht schon dann gegeben, wenn der Vorstand subjektiv eine drohende Strafbarkeit vermeiden möchte; erforderlich ist ein **objektiv** strafbares oder ordnungswidriges Verhalten durch Auskunftserteilung.¹²²⁹ Die Strafbarkeit muss zudem dem Vorstand in seiner Eigenschaft als Organ drohen; er kann sich deshalb nicht auf die berufliche Verschwiegenheitspflicht eines Rechtsanwalts berufen, die ein von der Frage betroffenes Aufsichtsratsmitglied in seinem Hauptamt betrifft.¹²³⁰ Ohnehin kann das Auskunftsverweigerungsrecht nicht dadurch ausgelöst werden, dass das nicht zur Auskunft verpflichtete betreffende Aufsichtsratsmitglied (Rdn 66) mit der Beantwortung der Frage betraut wird.¹²³¹
- 412** Das Auskunftsverweigerungsrecht der Nr 5 besteht nur dann, wenn sich der Vorstand gerade **durch die Erteilung der Auskunft** strafbar machen oder ordnungswidrig verhalten würde. Ein Auskunftsverweigerungsrecht bezüglich solcher Vorgänge, hinsichtlich derer der Vorstand oder einzelne Vorstandsmitglieder sich bereits strafbar gemacht haben, besteht dagegen nicht.¹²³² Fragen zur Aufdeckung eines strafbaren Verhaltens der Verwaltung müssen beantwortet werden, wenn und weil sie zur Beurteilung der Tagesordnung erforderlich sind (Rdn 179, 185).
- 413** Vom Wortlaut des § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 5 erfasst ist an sich auch der Fall, dass die Erteilung einer Auskunft eine strafbare Verletzung der **Geheimhaltungspflicht** gemäß § 404 darstellen würde. Angesichts des weiten Begriffes des Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisses würde das Auskunftsverweigerungsrecht gemäß Nr 5 deutlich über dasjenige der Nr 1 hinausreichen. Denn die Mitteilung eines Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisses ist nicht ohne weiteres mit einem nicht unerheblichen Nachteil für die Gesellschaft verbunden. Eine derartig weitreichende, sachwidrige Einschränkung des Auskunftsrechts¹²³³ und gleichzeitig ein Strafbarkeitsrisiko des Vorstands lassen sich dadurch vermeiden, dass ein Vorstand, der einer Auskunftspflicht gemäß § 131 AktG entspricht, kein unbefugtes Offenbaren iSd § 404 vornimmt.¹²³⁴ Der Hinweis auf eine drohende Strafbarkeit gemäß § 404 rechtfertigt deshalb **keine Auskunftsverweige-**

Reger § 131 Rdn 24; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 82; Wachter/Wachter § 131 Rdn 27; **abw** Benner-Heinacher DB 1995, 765, 766; Heidel/Heidel § 131 Rdn 71; Hirte in: Das Zweite Finanzmarktförderungsgesetz in der praktischen Umsetzung, S 47, 58; Ziemons/Binnewies Rz I 10.743.

1228 Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 48; Hüffer/Koch § 131 Rdn 62; Wachter/Wachter § 131 Rdn 27; Ziemons/Binnewies Rz I 10. 746; eingeschr (kein Verstoß gegen *ordre publique*) Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 48; noch enger KK/Kersting § 131 Rdn 355: dem deutschen Recht entsprechendes ausländisches Verbot; **abw** MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 135; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 82: regelmäßig aber Auskunftsverweigerungsrecht gemäß Nr 1; auch hiergegen Heidel/Heidel § 131 Rdn 71.

1229 Heidel/Heidel § 131 Rdn 71; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 48; KK/Kersting § 131 Rdn 348; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 132.

1230 LG Frankfurt/M. 22.2.2010 – 3–05 O 178/09, Rdn 49 (juris); Fresenius; LG Hannover 19.8.2009 – 23 O 90/09, AG 2009, 914, 917: Continental.

1231 LG Hannover 19.8.2009 – 23 O 90/09, AG 2009, 914, 917; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 82; Ziemons/Binnewies Rz I 10. 743.

1232 OLG München 24.9.2008 – 7 U 4230/07, Rdn 39 (juris); OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2153; Heidel/Heidel § 131 Rdn 71; KK/Kersting § 131 Rdn 349; Hüffer/Koch § 131 Rdn 62; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 136; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 24.

1233 MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 133; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 49; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 82; Wachter/Wachter § 131 Rdn 28.

1234 Grage, S 83; MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 48; KK/Kersting § 131 Rdn 352; Hüffer/Koch § 131 Rdn 62; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 133; Wohlleben, S 186; insoweit **abw** Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 49; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 82.

rung gemäß Nr 5.¹²³⁵ Im Einzelfall kommt jedoch eine Auskunftsverweigerung gemäß Nr 1 in Betracht.¹²³⁶

c) Verhältnis zu Insiderverbot, Ad-hoc-Publizität. Von den Aktionären gemäß 414
§ 131 begehrte Auskünfte können Insidertsachen betreffen, deren Weitergabe an sich
gemäß § 38 Abs 1 Nr 2 WpHG strafbewehrt ist. Die Weitergabe einer gemäß § 131 geschul-
deten Auskunft erfolgt jedoch nicht unrechtmäßig iSv Art 10 MAR: es handelt sich um
eine Weitergabe „im Rahmen der normalen Ausübung einer Beschäftigung oder eines
Berufes oder der normalen Erfüllung von Aufgaben“. Mangels Strafbarkeit der Aus-
kunftserteilung besteht deshalb auch kein Auskunftsverweigerungsrecht gemäß § 131
Abs 3 Satz 1 Nr 5.¹²³⁷

Bleibt der Vorstand dementsprechend gemäß § 131 zur Auskunft verpflichtet, so 415
kann die Auskunft eine der *ad hoc*-Publizität gemäß Art 17 MAR unterliegende Infor-
mation darstellen, die vor der Auskunftserteilung in der Hauptversammlung der Öffent-
lichkeit bekanntzumachen ist. Auch dieser Umstand rechtfertigt jedoch regelmäßig keine
Auskunftsverweigerung gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 5. In den meisten Fällen wird es sich
um eine Tatsache handeln, die der Vorstand bereits im Vorfeld der Hauptversammlung
gemäß Art 17 MAR hätte bekanntmachen müssen. Das Unterlassen stellt eine Ordnungs-
widrigkeit gemäß § 39 Abs 2 Nr 5a WpHG dar, die nicht erst durch die Auskunft ausgelöst
wird (Rdn 412).¹²³⁸

Nur in seltenen Fällen wird sich erst aus der Auskunftsverpflichtung gemäß § 131 in 416
der Hauptversammlung zugleich die Verpflichtung zur *ad hoc*-Publizität gemäß Art 17
MAR ergeben. Auch in diesem Fall besteht jedoch **regelmäßig kein Auskunftsverwei-
gerungsrecht** gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 5. Denn es wird zumeist möglich sein, dass der
Vorstand die Insiderinformation zunächst der Öffentlichkeit bekanntmacht und alsdann
die begehrte Auskunft gemäß § 131 erteilt.¹²³⁹ Dementsprechend muss die Gesellschaft
ausreichende organisatorische Vorkehrungen dafür treffen, dass sie notfalls auch aus
der Hauptversammlung heraus der Verpflichtung zur *ad hoc*-Publizität gemäß Art 17

1235 Butzke G 74; Grage, S 83; Heidel/Heidel § 131 Rdn 71; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 48; KK/Kersting § 131 Rdn 352; Hüffer/Koch § 131 Rdn 62; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 133; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 49; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 82; Wachter/Wachter § 131 Rdn 28; abw OLG Frankfurt 26.6.2012 – U 144/09, Rdn 137 (juris); Ebenroth, S 94; Henssler/Strohn/Liebscher GesR § 131 AktG Rdn 17; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 24.

1236 MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 48; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 133; Ziemons/Binnewies Rz I 10. 744; weitergehend für regelmäßiges Vorliegen der Nr 1 KK/Kersting § 131 Rdn 352.

1237 LG Koblenz 23.7.2003 – 3 HO 100/01, DB 2003, 2766; Benner-Heinacher DB 1995, 765, 766; Heidel/Heidel § 131 Rdn 72; Kiethe NZG 2003, 401, 407; Hüffer/Koch § 131 Rdn 62; UHSchneider/Singhof FS Kraft, 585, 597; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 50; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 84; eingeschränkt (bei Verpflichtung zu *ad hoc*-Publizität) Götz DB 1995, 1949, 1951; Hirte in: Das Zweite Finanzmarktförderungsgesetz in der praktischen Umsetzung, S 47, 60; Hopt ZHR 159 (1995), 135, 157; Wüsthoff S 140, 164; im Ergebnis trotz unbefugter Weitergabe auch Bälz S 171; Butzke G 79 Fn 203; KK/Kersting § 131 Rdn 48; abw Joussen DB 1994, 2485, 2486; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 134; Henssler/Strohn/Liebscher § 131 AktG Rdn 17; Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner § 34 Rdn 62; Roschmann/Frey AG 1996, 449, 454.

1238 Bälz S 173; Benner-Heinacher DB 1995, 765, 766; Heidel/Heidel § 131 Rdn 72; Hirte in: Das Zweite Finanzmarktförderungsgesetz in der praktischen Umsetzung, S 47, 58; Hopt ZHR 159 (1995), 135, 157; Kiethe NZG 2003, 401, 407; Hüffer/Koch § 131 Rdn 62; abw Joussen DB 1994, 2485, 2486.

1239 Bälz S 174; Butzke G 79; Götz DB 1995, 1949, 1951; Heidel/Heidel § 131 Rdn 72; Hirte in: Das Zweite Finanzmarktförderungsgesetz in der praktischen Umsetzung, S 47, 57; Hopt ZHR 159 (1995), 135, 157; UH Schneider/Singhof FS Kraft, 585, 598; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 50; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 82; Wachter/Wachter § 131 Rdn 27; Wüsthoff S 163; vgl auch Franken/Heinsius FS Budde, 213, 241.

MAR gerecht werden kann. Nur in **Ausnahmefällen**, in denen die Herstellung der *ad hoc*-Publizität nicht vor einer Auskunftserteilung möglich oder zumutbar ist, kann der Vorstand die Auskunft gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 5 verweigern.¹²⁴⁰

- 417** Ist die Gesellschaft ein **Sekundär-Insider**, weil die Insidertatsache nicht bei ihr, sondern bei einem Drittunternehmen *ad hoc*-pflichtig ist, so kommt in weiterem Umfang die Berufung auf § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 5 in Betracht. In diesem Fall hat es die Gesellschaft nicht selbst in der Hand, die Insiderinformation der Öffentlichkeit bekanntzumachen.¹²⁴¹
- 418** Nach den vorstehenden Grundsätzen ist auch die Auskunftserteilung bei einer Weitergabe von Insidertatsachen bzw. der Herstellung einer *ad hoc*-Publizität nach **ausländischen Rechtsordnungen** zu beurteilen (Rdn 410).¹²⁴²

7. Auskunftsverweigerung gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 6

- 419** **a) Bedeutung.** Gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 6 darf der Vorstand eines **Kreditinstituts** oder **Finanzdienstleistungsinstituts** die Auskunft verweigern, soweit es um Angaben über angewandte **Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden** sowie vorgenommene Verrechnungen geht, die im Jahresabschluss, Lagebericht, Konzernabschluss oder Konzernlagebericht nicht gemacht zu werden brauchen. Die durch das Bank-Bilanzrichtliniengesetz vom 30.11.1990 eingeführte Regelung hat die Rechtsprechung des BGH übernommen. Diese hatte aus den in § 26a Abs 3 Satz 2 KWG aF und § 4 Formblatt VO enthaltenen Verrechnungen von Zuschreibungen und Abschreibungen bei Wertpapieren und der damit verbundenen Bildung stiller Reserven ein Auskunftsverweigerungsrecht gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 1 abgeleitet.¹²⁴³ Darüber hinausgehend wurde § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 6 auf alle Erleichterungen für die Rechnungslegung von Kreditinstituten sowie darüber hinausgehend auf Finanzdienstleistungsinstitute erstreckt. Die Regelung dient der Wahrung des Vertrauens in die besondere volkswirtschaftliche Stellung von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten.¹²⁴⁴ Zugleich soll durch die Regelung klargestellt werden, dass die Auskunftspflicht nicht weiter reicht als die Pflicht zu Angaben im Jahresabschluss und Lagebericht.¹²⁴⁵
- 420** Das Auskunftsverweigerungsrecht des § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 6 ist **europarechtskonform**, weil es angesichts des Regelungszwecks (Rdn 419) im Geschäftsinteresse der Gesellschaft liegt (Art 9 Abs 2 Aktionärsrechte-RL).¹²⁴⁶ Die **praktische Bedeutung** des Auskunftsverweigerungsgrundes der Nr 6 ist entsprechend ihrem Anwendungsbereich limitiert.
- 421** **b) Umfang.** Spezielle Bewertungsvorschriften für Kreditinstitute regeln **§ 340–§ 340 f HGB**. Von besonderer Bedeutung ist die Möglichkeit der Bildung stiller Reserven gemäß §340f Abs 3 HGB durch Überkreuzverrechnung von Zuschreibungen und Abschreibungen. Diese sonst verbotene Saldierung ist zulässig, um die Vertrauensstellung

1240 Bälz S 172, 174; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 82.

1241 Butzke G 80.

1242 Hirte in: Das Zweite Finanzmarktförderungsgesetz in der praktischen Umsetzung, S 47, 58.

1243 BGH 9.2.1987 – II ZR 119/86, BGHZ 101, 1, 6; Deutsche Bank; BGH 29.11.1982 – II ZR 88/81, BGHZ 86, 1, 18; OLG Frankfurt/M 18.2.1981 – 20 W 201/80, AG 1981, 232.

1244 KK/Kersting § 131 Rdn 339; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 138; Spindler/Stilz/Siemss § 131 Rdn 51; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 86.

1245 Begr RegE BT-Drucks 11/6275, S 26.

1246 KK/Kersting § 131 Rdn 340; Lack S 266; J Schmidt BB 2006, 1641, 1643; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 86; abw MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 138; Zetzsche NZG 2007, 686, 688.

der Kreditinstitute nicht unnötig zu gefährden.¹²⁴⁷ Das Auskunftsverweigerungsrecht gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 6 gilt nur insoweit, als ein Kreditinstitut oder ein Finanzdienstleistungsinstitut von den Erleichterungen für die Rechnungslegung auch **tatsächlich Gebrauch macht**.¹²⁴⁸ In einem solchen Fall können Aktionäre auch nicht über § 131 Abs 1 Satz 3 die Vorlage eines vollständigen Jahresabschlusses verlangen.¹²⁴⁹ Die Regelung des § 176 Abs 1 Satz 4, wonach der Vorstand in seinem Rechenschaftsbericht entgegen Satz 3 nicht gesetzlich verpflichtet ist, zu einem Jahresfehlbetrag oder einem Verlust Stellung zu nehmen, der das Jahresergebnis wesentlich beeinträchtigt hat, erweitert nicht das Auskunftsverweigerungsrecht der Nr 6.¹²⁵⁰

Anders als bei den Auskunftsverweigerungsgründen der Nrn 3 und 4 enthält das Auskunftsverweigerungsrecht gemäß Nr 6 **keine Einschränkung** für den Fall, dass die **Hauptversammlung über die Feststellung des Jahresabschlusses** beschließt. Obwohl sich der Auskunftsverweigerungsgrund der Nr 6 nach seinem Wortlaut nicht auf den Jahresabschluss und Lagebericht von **verbundenen Unternehmen** bezieht, gilt er auch insoweit (vgl auch Rdn 401, 407).

Zu § 26a Abs 3 Satz 2 KWG aF hatte der BGH ein Auskunftsverweigerungsrecht von Kreditinstituten nach Nr 1 im Einzelfall verneint, wenn von einer Antwort auf die in der Hauptversammlung gestellten Fragen auch Vorteile für die Gesamtheit der Aktionäre und die Gesellschaft selbst zu erwarten sind, die zu befürchtende Nachteile aufwiegen (Rdn 419). Das könnte insbes bei dem begründeten Verdacht, die Geschäftsleitung habe erheblich gegen ihre kaufmännischen Sorgfaltspflichten verstossen, der Fall sein. Die Auskunftsverweigerung dürfe kein Mittel des Vorstands sein, eigenes pflichtwidriges Fehlverhalten vor der Hauptversammlung zu verbergen und sich dadurch der Verantwortung zu entziehen.¹²⁵¹ Das Auskunftsverweigerungsrecht nach Nr 6 sieht – anders als nach Nr 1 (Rdn 368) – keine Abwägung von Vor- und Nachteilen vor. Auch das Auskunftsverweigerungsrecht der **Nr 6** muss jedoch **zurücktreten**, wenn der begründete Verdacht besteht, dass der Vorstand in erheblicher Weise gegen seine Sorgfaltspflichten verstossen hat und wenn die geforderten Auskünfte gerade dazu dienen, diesen Verdacht zu bestätigen oder zu erhärten¹²⁵² (s auch Rdn 402). Die bloße Behauptung eines Aktionärs, die Verwaltung habe unsorgfältig gearbeitet, reicht insoweit nicht aus, da sonst das gesetzliche Auskunftsverweigerungsrecht des Vorstands leicht unterlaufen werden könnte. Es müssen vielmehr von Aktionären Tatsachen vorgetragen werden, die objektiv geeignet sind, den hinreichenden **Verdacht eines schwerwiegenden**, die Gesellschaft schädigenden oder gefährdenden **Versagens der Verwaltung** zu begründen. Die Anforderungen an die Plausibilisierungslast des Aktionärs sind nicht gering (Rdn 376).

c) Einzelheiten. Dem Auskunftsverweigerungsrecht gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 6 steht nicht entgegen, dass eine Bank das Universalbankgeschäft aufgeben wollte und

¹²⁴⁷ KK/Kersting § 131 Rdn 339; Hüffer/Koch § 131 Rdn 32; vgl auch OLG Düsseldorf 9.12.1993 – 6 U 2/93, WM 1994, 337, 344; OLG Frankfurt/M. 18.2.1981 – 20 W 201/80, AG 1981, 232, 233.

¹²⁴⁸ KK/Kersting § 131 Rdn 341; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 139; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 86.

¹²⁴⁹ KK/Kersting § 131 Rdn 341; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 140.

¹²⁵⁰ MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 139; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 25; abw OLG Düsseldorf 9.12.1993 – 6 U 2/93, WM 1994, 337, 344.

¹²⁵¹ BGH 9.2.1987 – II ZR 94/08, BGHZ 101, 1, 9; BGH 29.11.1982 – II ZR 88/81, BGHZ 86, 1, 19.

¹²⁵² MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 140; Spindler/Stilz/Siemss § 131 Rdn 51; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 87; weitergehend für vollständige Fortgeltung der BGH-Rechtsprechung Heidel/Heidel § 131 Rdn 74; einschr Butzke G 75: nur bei entsprechenden Feststellungen des Abschlußprüfers; abw Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 35; Hüffer/Koch § 131 Rdn 63; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 25.

dies durch die angefochtenen Beschlüsse vorbereitet wurde. Der Schutzzweck der Regelung ist auch dann gegeben, wenn das Kreditinstitut seine Bankgeschäfte auf ein anderes Bankinstitut überträgt.¹²⁵³ Die Frage, wie hoch der **Abschreibungsbedarf auf Wertpapiere und auf Forderungen** im Geschäftsjahr gewesen sei, kann gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 6 verweigert werden.¹²⁵⁴ Das gilt auch für die **Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen** und Eingänge vollständig abgeschriebener oder teilabgeschriebener Forderungen, aus höherer Bewertung oder dem Abgang von Wertpapieren, aus der Auflösung von Wertberichtigungen im Kreditgeschäft und aus sonstigen Erträgen.¹²⁵⁵ Ebenso wenig muss über die **Höhe der Rückstellungen im Kreditgeschäft** Auskunft erteilt werden.¹²⁵⁶ Das Auskunftsverweigerungsrecht gilt insoweit auch im Zusammenhang mit Unternehmensbewertungen bei Strukturmaßnahmen (Rdn 353).¹²⁵⁷ Dagegen deckt das Auskunftsverweigerungsrecht des § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 6 nicht die Frage nach Abschreibungen bzw Wertberichtigungen auf Anteile an branchenfremden Aktiengesellschaften.¹²⁵⁸

8. Auskunftsverweigerung gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 7

- 425 **a) Bedeutung.** Nach § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 7 kann der Vorstand die Auskunft verweigern, soweit die Auskunft auf der Internetseite der Gesellschaft über mindestens sieben Tage vor Beginn und in der Hauptversammlung durchgängig zugänglich ist. Die Regelung wurde mit dem UAG eingeführt.¹²⁵⁹ Sie soll die **Hauptversammlung** von typischen Standardfragen, vom Vortrag von Statistiken, Listen, Regularien und Aufstellungen **entlasten**.¹²⁶⁰ Die Regelung ist europarechtskonform: Art 9 Abs 2 Unterabs 2 Aktionärsrechte-RL erlaubt die Regelung durch die Mitgliedstaaten, dass eine Frage dann als beantwortet gilt, wenn die begehrte Information bereits in Form von Frage und Antwort auf der Internetseite der Gesellschaft verfügbar ist.
- 426 Wie auch Art 9 Abs 2 Unterabs 2 Aktionärsrechte-RL zeigt, handelt es sich in der Sache nicht um einen Auskunftsverweigerungsgrund, da die begehrte Information bereits von der Gesellschaft zur Verfügung gestellt wurde.¹²⁶¹ Soweit die Vorabinformation im Internet typische Standardfragen oder antizipierte Fragen betrifft, sind in der Hauptversammlung gestellte Fragen insoweit zur sachgemäßen Beurteilung der Tagesordnung schon nicht erforderlich (Rdn 136).¹²⁶² Insoweit hat die Regelung der Nr 7 lediglich **klarstellende Funktion**.¹²⁶³ Soweit Fragen von Aktionären im Vorfeld der Hauptversamm-

1253 OLG Düsseldorf 9.12.1993 – 6 U 2/93, WM 1994, 337, 345; Bayerische Vereinsbank/Simon Bank; KK/Kersting § 131 Rdn 344.

1254 BGH 9.2.1987 – II ZR 94/08, BGHZ 101, 1, 6; Deutsche Bank; BGH 29.11.1982 – II ZR 88/81, BGHZ 86, 1, 14 ff; OLG Düsseldorf 9.12.1993 – 6 U 2/93, WM 1994, 337, 345; OLG Frankfurt/M 18.2.1981 – 20 W 201/80, AG 1981, 232; Deutsche Bank; LG München I 28.8.2008 – 5 HK O 12861/07, Rdn 529 (juris) und LG München I 24.4.2008 – 5 HK O 23244/07, Rdn 358 (juris); HVB Squeeze-out.

1255 OLG Frankfurt/M 18.2.1981 – 20 W 201/80, AG 1981, 232; vgl auch BGH 9.2.1987 – II ZR 94/08, BGHZ 101, 1, 6; BGH 29.11.1982 – II ZR 88/81, BGHZ 86, 1, 14.

1256 BGH 9.2.1987 – II ZR 119/86, BGHZ 101, 1, 6; OLG Frankfurt/M 18.2.1981 – 20 W 201/80, AG 1981, 232.

1257 LG München I 28.8.2008 – 5 HK O 12861/07, Rdn 529 (juris) und LG München I 24.4.2008 – 5 HK O 23244/07, Rdn 358 (juris); HVB Squeeze-out.

1258 BGH 9.2.1987 – II ZR 119/86, BGHZ 101, 1, 10; OLG Frankfurt/M 6.11.1990 – 5 U 191/84, AG 1991, 206.

1259 BGBl I 2005, 2802; zuvor Baums (Hrsg), Regierungskommission Corporate Governance, Rdn 105.

1260 Begr RegE BT-Drucks 15/5092 S 17.

1261 KK/Kersting § 131 Rdn 359; Hüffer/Koch § 131 Rdn 65; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 90.

1262 Butzke G 77; Hüffer/Koch § 131 Rdn 65; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 141; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 90; zurückhaltend KK/Kersting § 131 Rdn 360.

1263 Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 51; Hüffer/Koch § 131 Rdn 32b; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 90.

lung gestellt wurden und die Antworten hierauf gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 1 vorab im Internet zugänglich gemacht werden, handelt es sich um eine Erfüllung der Auskunfts-pflicht unter **Einschränkung des Mündlichkeitsgrundsatzes**.¹²⁶⁴

Das Anliegen des Gesetzgebers, die Hauptversammlung durch Informationen im Vorfeld zu entlasten, ist beifallswürdig (Rdn 43). Nach geltendem Recht sind der Entlastungswirkung aber Grenzen gesetzt, weil die konkret in der Hauptversammlung gestellten Fragen kaum antizipiert werden können, ergänzende Fragen und Nachfragen zu vorab zugänglich gemachten Informationen möglich bleiben (Rdn 433) und durch die Vorabinformation im Internet zusätzliche Fragen herausgefordert werden können.¹²⁶⁵ Die Regelung hat daher in der Praxis nur eine **geringe Bedeutung**,¹²⁶⁶ Gerichtsentscheidungen hierzu sind bislang nicht bekanntgeworden.

b) Voraussetzungen. Der Anwendungsbereich der Regelung des § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 7 ist auf **freiwillige Vorabinformationen** beschränkt. Pflichtangaben im Vorfeld der Hauptversammlung gemäß § 124a bei börsennotierten Gesellschaften oder die weitreichenden Informations- und Berichtspflichten im Vorfeld der Hauptversammlung bei Grundlagen- und Strukturmaßnahmen (Rdn 27, 28) sind von ihr nicht erfasst. Im Unterschied dazu liegt es allein im Ermessen des Vorstands, ob und inwieweit er von der Möglichkeit der Vorabinformation Gebrauch macht.¹²⁶⁷ Korrespondierend hierzu haben die Aktionäre auch keinen Rechtsanspruch auf ein Zugänglichmachen der Informationen im Vorfeld der Hauptversammlung.¹²⁶⁸ Umgekehrt sind Aktionäre nicht verpflichtet, im Vorfeld der Hauptversammlung ihre Fragen an die Gesellschaft zu richten (Rdn 64). Die Regelung der Nr 7 gilt auch für die speziellen aktien- und umwandlungsrechtlichen Auskunftsrechte (Rdn 25).¹²⁶⁹

§ 131 Abs 3 Satz 1 Nr 7 setzt ein **durchgängiges Zugänglichmachen** der Auskunft auf der Internetseite der Gesellschaft und in der Hauptversammlung der Gesellschaft voraus. Erforderlich ist zunächst die Einrichtung eines öffentlich allgemein zugänglichen elektronischen Informationsmediums.¹²⁷⁰ Ein Zugänglichmachen in einem separaten Bereich der Internetseite – etwa in einer passwortgeschützten Rubrik oder in einem mit einer sonstigen Zugangsbeschränkung ausgestatteten Bereich – reicht nicht aus.¹²⁷¹ Zugänglich gemacht ist die Information im Sinne des Gesetzes, wenn sie der interessierte Aktionär nach Aufrufen der Startseite der Gesellschaft entweder direkt oder durch eindeutige Verknüpfungen auf die jeweilige Folgeseite (*Links*) problemlos finden kann.¹²⁷² Nicht erforderlich ist, dass die entsprechende Unterseite nicht weiter als ein *Link* entfernt

1264 Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 36; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 51; Hüffer/Koch § 131 Rdn 65; KK/Kersting § 131 Rdn 359 und 489; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 90; vgl auch OLG Frankfurt/M 19.9.2006 – 20 W 55/05, Rdn 16 (juris).

1265 Bayer/Kabella AG 2007, R 79, 80; Butzke G 77, 78; Bungert in VGR (Hrsg), Bd 9, S 59, 77; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 50; Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 36; Hoffmann-Becking (Hrsg), Stellungnahmen DAV-HRA, S 57, 62; Spindler/Stilz/Siemss § 131 Rdn 54; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 88; Ziemons/Binnewies Rz I 10.752.

1266 Bayer/Kabella AG 2007, R 79, 81; MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 50; Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner § 34 Rdn 64.

1267 Butzke G 78; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 141.

1268 Begr RegE BT-Drucks 15/5092 S 17; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 50; KK/Kersting § 131 Rdn 358; Hüffer/Koch § 131 Rdn 64; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 141.

1269 Begr RegE BT-Drucks 15/5092 S 17; Hüffer/Koch § 131 Rdn 65; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 141.

1270 Begr RegE BT-Drucks 15/5092 S 17; KK/Kersting § 131 Rdn 362.

1271 Begr RegE BT-Drucks 15/5092 S 17: geräteseitige, anbieterseitige oder programmseitige Zugangsbeschränkungen.

1272 Begr RegE BT-Drucks 15/5092 S 17.

ist.¹²⁷³ Die Internetseite muss in deutscher Sprache sein. Ein Hinweis auf die Internetseite ist in der Einberufung der Hauptversammlung nicht erforderlich, aber hilfreich und empfehlenswert.¹²⁷⁴

430 Die Vorabinformation auf der Internetseite erfolgt in **Form von Frage und Antwort**, s auch Art 9 Abs 2 Unterabs 2 Aktionärsrechte-RL.¹²⁷⁵ Allerdings muss die entsprechende Unterseite im Internet nicht notwendig so genannt werden, sondern es reicht jede Bezeichnung aus, die deutlich auf eine Vorabinformation iSv § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 7 hinweist.¹²⁷⁶ In der entsprechenden Unterseite dürfen daher nicht gleichzeitig Informationen enthalten sein, die zwingend im Vorfeld der Hauptversammlung gemäß § 124a zu veröffentlichen sind.¹²⁷⁷

431 Die Information muss **mindestens sieben Tage** unmittelbar vor der Hauptversammlung zugänglich gemacht sein, um ausreichende Gelegenheit zur Kenntnisnahme zu geben. Für die Berechnung der Frist gilt § 121 Abs 7.¹²⁷⁸ **Der Zugang** zu den entsprechenden Informationen **muss auch während der Hauptversammlung vorhanden** sein. Damit wird dem Interesse der Aktionäre Rechnung getragen, welche die Hauptversammlung *online* verfolgen und ggf Weisungen an Stimmrechtsvertreter erteilen oder abändern wollen.¹²⁷⁹ Unschädlich ist es zudem, wenn einzelne Aktionäre nicht über einen Internetzugang verfügen.¹²⁸⁰ Geringfügige Störungen des Internetzugangs sind unschädlich und führen nicht zu einer Fristverlängerung.¹²⁸¹ Bei einer erheblichen, tagelangen technischen Störung kann sich die Gesellschaft nur auf § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 7 berufen, wenn die Vorabinformation den Aktionären dennoch insgesamt ununterbrochen mindestens sieben Tage vor der Hauptversammlung zur Verfügung stand.¹²⁸²

432 Für das Zugänglichmachen in der Hauptversammlung ist durch den Gesetzgeber **keine besondere Form** vorgeschrieben. Neben der Schriftform ist auch eine Zurverfügungstellung durch elektronische Medien möglich, beispielsweise durch Infoterminals auf der Hauptversammlung.¹²⁸³ Beruft sich der Vorstand auf Nr 7, genügt eine Bezugnahme auf die Vorabveröffentlichung; eines konkreten Hinweises auf den Inhalt der Vorabveröffentlichung bedarf es nicht.¹²⁸⁴ Die Darlegungslast für die Vorabinformation liegt bei der Gesellschaft.¹²⁸⁵

433 Die Regelung des § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 7 gilt nur insoweit, als in der Hauptversammlung gestellte Fragen vorab bereit beantwortet worden sind, und sei es auch nur sinngemäß.

1273 MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 142; **abw** KK/Kersting § 131 Rdn 363; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 89.

1274 Begr RegE BT-Drucks 15/5092 S 17, 18; Heidel/Heidel § 131 Rdn 74b; Hüffer/Koch § 131 Rdn 64; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 142; **abw** Ziemons/Binnewies Rz I 10.749.

1275 KK/Kersting § 131 Rdn 369.

1276 Butzke G 77.

1277 Vgl auch KK/Kersting § 131 Rdn 369.

1278 KK/Kersting § 131 Rdn 366; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 143.

1279 Begr RegE BT-Drucks 15/5092 S 18; Hüffer/Koch § 131 Rdn 64.

1280 Begr RegE BT-Drucks 15/5092 S 17; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 142; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 26.

1281 Begr RegE BT-Drucks 15/5092 S 18; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 143; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 89; **abw** für Störungen in der Sphäre der Gesellschaft KK/Kersting § 131 Rdn 367; Lack S 1185; Ziemons/Binnewies Rz I 10.750.

1282 Vgl auch Begr RegE BT-Drucks 15/5092 S 18; Lack S 187; **abw** KK/Kersting § 131 Rdn 368: Entfallen der Möglichkeit einer Vorabinformation.

1283 Begr RegE UMAG BT-Drucks 15/5092 S 18.

1284 MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 145.

1285 MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 145.

Weiterführende und vertiefende Fragen sind jedoch zu beantworten.¹²⁸⁶ Die Abgrenzung kann im Einzelfall Schwierigkeiten bereiten. Maßgeblich ist, ob sich die Antwort bereits ausreichend aus der vorab veröffentlichten Information ergibt oder nicht.¹²⁸⁷ Zulässige Zusatz- oder Vertiefungsfragen müssen nur insoweit beantwortet werden, als sich die Informationen nicht bereits aus der vorab zugänglichen Information ergibt, auch wenn darunter im Einzelfall die Verständlichkeit leiden kann.¹²⁸⁸ Eine sehr knappe Zusammenfassung dieser Information kann zur Erhöhung der Verständlichkeit aber sinnvoll sein.

VIII. Weitere Schranken des Auskunftsrechts

1. Grundlagen. Auch wenn die von einem Aktionär begehrte Auskunft die Angelegenheiten der Gesellschaft betrifft und zur sachgerechten Beurteilung der Tagesordnung erforderlich ist, kann trotz Fehlens eines Auskunftsverweigerungsrechts gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 1–7 im Einzelfall ein Auskunftsanspruch nach zu verneinen sein, weil die Schranken für die Ausübung des Auskunftsrechts überschritten werden. Solche Schranken werden überwiegend mit einem **Rechtsmissbrauch** bzw einer **Treuepflichtverletzung** begründet. Eine erste Fallgruppe bildet unter dem Aspekt des Rechtsmissbrauchs die **illoyale, grob eigennützige Rechtsausübung**¹²⁸⁹ (Rdn 437). Daneben bestehen unter dem Aspekt einer Verletzung der Treuepflicht des Aktionärs gegenüber der AG und den Mitaktionären¹²⁹⁰ Schranken des Auskunftsrechts bei **Verfolgung gesellschaftsfremder Interessen** (Rdn 441)¹²⁹¹ sowie bei **übermäßiger Rechtsausübung** (Rdn 443).¹²⁹² Eine vierte Fallgruppe soll das **Verbot des widersprüchlichen Verhaltens** bilden;¹²⁹³ in der Sache handelt es sich insoweit um Verstöße gegen Obliegenheitspflichten des Aktionärs (Rdn 449).

Für das Verbot der Verfolgung gesellschaftsfremder Interessen und übermäßiger Rechtsausübung kann statt auf Treupflichtaspekte auch auf den Gedanken einer **immanenten Ausübungsschranke** für die Geltendmachung des Auskunftsrechts abgestellt werden. Die Aktionäre sind bei der Ausübung des Rede- und Auskunftsrechts in den ordnungsgemäßen und zeitgerechten Ablauf der Hauptversammlung eingebunden. Daraus folgt eine immanente Schranke für die Ausübung des Rede- und Auskunftsrechts des Aktionärs dahingehend, von diesen Rechten nicht zweckwidrig oder übermäßig zu Lasten anderer Aktionäre Gebrauch zu machen (*Mülbert* § 129 Rdn 197).¹²⁹⁴ Zudem kann es schon an der Erforderlichkeit der Auskunft fehlen (Rdn 136, 137).

1286 KK/*Kersting* § 131 Rdn 358; Hüffer/Koch § 131 Rdn 64; MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 145; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 88; einschr Nagel/Ziegenhahn WM 2010, 1005, 1007; *Weißhaupt* ZIP 2005, 1766, 1770.

1287 Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 26; KK/*Kersting* § 131 Rdn 358.

1288 Butzke G 78; MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 145.

1289 Bälz S 178, 180; Casper in: Bayer/Habersack (Hrsg), *AktienR im Wandel*, Bd II, 12. Kap Rdn 29, 34; KK/*Kersting* § 131 Rdn 379, 384, 387; Hüffer/Koch § 131 Rdn 67; Schäfers S 192ff; Spindler/Stilz/Siemss § 131 Rdn 57, 61; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 91, 92.

1290 Groß AG 1997, 97, 104; Henze BB 1996, 489, 495; Hüffer/Koch § 131 Rdn 66; Meyer-Löwy, S 71; Werner FS Semler, S 419, 425; zur Treuepflicht (auch) des Kleinaktionärs vgl BGH 20.3.1995 BGHZ 129, 136, 142ff; Girmes (in der Sache allerdings zurückhaltend zum Auskunftsrecht).

1291 Geißler NZG 2001, 539, 543; Kallmeyer AG 1998, 123, 126; **abw** KK/*Kersting* § 131 Rdn 388; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 92 (dazu Rdn 436).

1292 Bälz S 186; Casper in: Bayer/Habersack (Hrsg), *AktienR im Wandel*, Bd II, 12. Kap Rdn 34; KK/*Kersting* § 131 Rdn 389; Hüffer/Koch § 131 Rdn 67; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 27; Spindler/Stilz/Siemss § 131 Rdn 61; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 93.

1293 Bälz S 188; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 67; Hüffer/Koch § 131 Rdn 67; MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 146; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 27; Schäfers S 196; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 94.

1294 Kallmeyer AG 1998, 123, 126; Martens S 57; Schaaf S 649; Siepelt AG 1995, 254, 255; im Ergebnis auch BGH 7.4.1960 – II ZR 143/58, BGHZ 32, 159, 166.

436 Für Schranken der Ausübung des Auskunftsrechts ist trotz der Begrenzung des Auskunftsrechts durch das Erfordernis der Erforderlichkeit gemäß § 131 Abs 1 Satz 1 und durch den Katalog der Auskunftsverweigerungsgründe des § 131 Abs 1 Satz 1 noch Raum, weil diese nicht alle Fallgruppen abdecken.¹²⁹⁵ Allerdings handelt es sich um **Ausnahmefälle**: Nachdem das Merkmal der Erforderlichkeit in den letzten Jahren durch die Rechtsprechung deutlichere Konturen erhalten hat und sich qualitative und quantitative Grenzen sowie Grenzen des Detaillierungsgrades abzeichnen (Rdn 121), lassen sich insbesondere die Fälle der Verfolgung gesellschaftsfremder Interessen und übermäßiger Rechtsausübung meist hiermit lösen (Rdn 132, 134, 135).¹²⁹⁶ Zudem kann eine übermäßige Ausübung des Auskunftsrechts durch sachgerechte Maßnahmen des Versammlungsleiters zur angemessenen zeitlichen Beendigung der Hauptversammlung eingedämmt werden, wobei insbes die durch § 131 Abs 2 Satz 2 eingefügte Möglichkeit einer allgemeinen Beschränkung des Rede- und Fragerechts bedeutsam ist. Dennoch verbleibt die Notwendigkeit, einer übermäßigen Nutzung des Rede- und Fragerechts, gesellschaftsfremden Beiträgen oder sonstigen Störungen des ordnungsgemäßen Hauptversammlungsablaufs durch individuelle Ordnungsmaßnahmen des Versammlungsleiters unter Einschluss des Entzugs des Fragerechts begegnen zu können (Rdn 328).¹²⁹⁷

2. Fallgruppen

437 a) **Illoyale, grob eigennützige Rechtsausübung.** Als rechtsmissbräuchlich ist die Ausübung des Auskunftsrechts zu beurteilen, wenn **groß selbstsüchtige**, nicht auf eine sachliche Aufklärung gerichtete Zwecke verfolgt werden. Ausreichend ist eine Geltendmachung des Auskunftsrechts, die ganz **überwiegend** durch eigennütziges Verhalten geprägt ist.¹²⁹⁸ Solche Fälle werden allerdings nur **selten** vorliegen, zumal das Auskunftsrecht als eigennütziges Recht zur Verfolgung der eigenen mitgliedschaftlichen Interessen des Aktionärs ausgeübt werden darf (Rdn 9). Zudem liegt die Darlegungslast bei der Gesellschaft (Rdn 525).

438 Eine grob eigennützige Rechtsausübung ist **nicht** schon deshalb anzunehmen, weil ein Aktionär mit dem Auskunftsbegehren (auch) eigene, eventuell auch egoistische Inter-

1295 OLG Stuttgart 29.2.2012 – W 5/11, Rdn 366 (juris); OLG Frankfurt 23.7.2010 – 5 WR 91/09, Rdn 26 (juris); OLG Frankfurt 17.7.2007 – 5 U 229/05, Rdn 40 (juris); BayObLG 21.3.2001 – 3 Z BR 318/00, Rdn 30 (juris); OLG Düsseldorf 26.6.1997 – 19 W 2/97 (AktE), AG 1997, 520; OLG Frankfurt/M 22.7.1983 – 20 W 843/82, WM 1983, 1071; LG Düsseldorf 28.9.2011 – 41 O 40/09, Rdn 48, 60 (juris); LG München I 28.5.2010 – 5 HK O 14307/07, Rdn 52 (juris); LG München I 29.10.1997 – 15 HKO 14613/94 (nv): Viag; LG Heilbronn 6.3.1967 – KFH AktE 1/67, AG 1967, 81, 82; in der Sache auch BVerfG 20.9.1999 – 1 BvR 636/95, ZIP 1999, 1798, 1800; Wenger/Daimler-Benz; Bätz S 178; Casper in: Bayer/Habersack (Hrsg), AktienR im Wandel, Bd II, 12. Kap Rdn 29; Geißler NZG 2001, 539, 541; Groß AG 1997, 97, 104; MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 34; KK/Kersting § 131 Rdn 379; Hüffer/Koch § 131 Rdn 66; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 146; Luther FS Möhring, 221, 246; Schäfers S 190; K Schmidt Informationsrechte, S 42, 49; Spindler/Stilz/Siemss § 131 Rdn 58; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 91; Spitz/Diekmann ZHR 158 (1994), 447, 470; abw Ebenroth, S 36; Heidel/Heidel § 131 Rdn 43; Meyer-Landrut FS Schilling, 235, 242.

1296 Butzke G 81; Geißler NZG 2001, 539, 542; KK/Kersting § 131 Rdn 379; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 146; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 27; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 91.

1297 Vgl auch Casper in: Bayer/Habersack (Hrsg), AktienR im Wandel, Bd II, 12. Kap Rdn 34; Hüffer/Koch § 131 Rdn 68.

1298 BayObLG 21.3.2001 – 3 Z BR 318/00, Rdn 30 (juris); BayObLG 14.7.1999 – 3 Z BR 11/99, NZG 1999, 1218, 1219; OLG Frankfurt/M 22.7.1983 – 20 W 843/82, WM 1983, 1071; Bätz S 183; Geißler NZG 2001, 539, 542; MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 34; KK/Kersting § 131 Rdn 387; Hüffer/Koch § 131 Rdn 67; A Reuter DB 1988, 2615, 2616; Schäfers S 192ff; enger RG 12.6.1941 – II 122/40, RGZ 167, 151, 161: ausschließlich selbstsüchtiges Verhalten; s auch OLG Stuttgart 19.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 366 (juris): allein gesellschaftsfremder Zweck.

ressen verfolgt.¹²⁹⁹ Ebenso wenig ist es rechtsmissbräuchlich, wenn ein Aktionär unbehagene oder sogar polemische Fragen stellt.¹³⁰⁰ Die Stellung von Fragen zum Zwecke der Opposition ist ebenfalls nicht zu beanstanden; das Fragerecht darf auch dazu benutzt werden, andere Aktionäre in der Hauptversammlung von dem eigenen Standpunkt zu überzeugen (s auch Rdn 9).¹³⁰¹ Erst recht ist es nicht missbräuchlich, wenn der Aktionär mit seinen Fragen klären will, warum die Gesellschaft nicht die Zahlung einer höheren Dividende vorgeschlagen hat¹³⁰² oder wenn der Aktionär mit seiner Frage die Grundlage für eine sichere Beurteilung des Rechenwerks schaffen will.¹³⁰³ Die Ausübung des Auskunftsrechts zu dem Zweck, in Anbetracht der gegen den Fragesteller als früheres Organmitglied erhobenen Vorwürfe eine gewisse Rehabilitation zu erlangen, ist ebenfalls nicht rechtsmissbräuchlich.¹³⁰⁴ Die Stellung von Fragen zur Stützung der These, die deutschen Großunternehmen seien einem von außen nicht erkennbaren Netz von Beteiligungsverflechtungen unterworfen, ist nicht rechtsmissbräuchlich (zur ggf fehlenden Erforderlichkeit der Auskunft Rdn 136).¹³⁰⁵

Im typischen Fall eines Rechtsmissbrauchs wird eine Anfechtungsklage mit dem Ziel 439 erhoben, die Gesellschaft in grob eigennütziger Weise zu einer Leistung zu veranlassen, auf die der klagende Aktionär keinen Anspruch hat und billigerweise nicht erheben kann (Rdn 524). In einem solchen Fall ist die Erhebung der **Anfechtungsklage** und **nicht** notwendig die **Geltendmachung** des **Auskunftsrechts** **rechtsmissbräuchlich**.¹³⁰⁶ Dementsprechend ist es grundsätzlich nicht zu beanstanden, wenn das Fragerecht zur Vorbereitung einer Anfechtungsklage ausgeübt wird. Zur Annahme einer Missbräuchlichkeit der Fragestellung reicht es auch nicht aus, wenn der Aktionär seine Aktien erst kurz vor der Hauptversammlung zum Zweck der Erhebung einer Anfechtungsklage erworben hat.¹³⁰⁷

Aus der Spruchpraxis sind bislang kaum Fälle bekannt, in dem das Auskunftsrecht 440 wegen illoyaler, grob eigennütziger Rechtsausübung abgelehnt worden ist.¹³⁰⁸ Ein solcher Fall ist denkbar, wenn die Ausübung des Auskunftsrechts nur zu dem Zweck erfolgt, einem vermeintlichen Anspruch des Aktionärs gegen die Gesellschaft aus einem nicht im Mitgliedschaftsverhältnis begründeten Rechtsverhältnis (zB Vertrag) Nachdruck zu verschaffen. In der Praxis sind Fälle bekanntgeworden, in denen professionelle Ak-

1299 BGH 23.11.1961 – II ZR 4/60, BGHZ 36, 121, 129; RG 12.6.1941 – II 122/40, RGZ 167, 151, 161f; OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2153; BayObLG 21.3.2001 – 3 Z BR 318/00, Rdn 30 (juris); eigene Rehabilitation; BayObLG 14.7.1999 – 3 Z BR 11/99, NZG 1999, 1218, 1219; BayObLG 8.5.1974 – 2 Z 73/73, WM 1974, 224, 225; KK/Kersting § 131 Rdn 385; A Reuter DB 1988, 2615, 2616; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 92.

1300 KK/Kersting § 131 Rdn 385; A Reuter DB 1986, 2615, 2616.

1301 OLG Düsseldorf 22.7.1986 – 19 W 2/86, ZIP 1986, 1555, 1558; RWE; Heidel/Heidel § 131 Rdn 42; KK/Kersting § 131 Rdn 85; Hüffer/Koch § 131 Rdn 67; Nitschke/Bartsch AG 1969, 95, 99; abw A Reuter DB 1988, 2615, 2616; Schäfers S 193; vgl auch LG Frankfurt/M 16.9.1994 – 3/3 O 83/92, WM 1994, 1931, 1932.

1302 BGH 23.11.1961 – II ZR 4/60, BGHZ 36, 121, 135; RG 12.6.1941 – II 122/40, RGZ 167, 151, 164; OLG Karlsruhe 29.6.1989 – 11 W 57/89, AG 1990, 82; KK/Kersting § 131 Rdn 385; vgl aber Geißler NZG 2001, 539, 543.

1303 OLG Hamburg 6.11.1970 – 11 W 188/70, AG 1970, 372, 373; vgl auch OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2153.

1304 BayObLG 21.3.2001 – 3 Z BR 318/00, Rdn 30 (juris); KK/Kersting § 131 Rdn 385.

1305 Noack DZWiR 1994, 121, 122; abw Wittkowski WuB II A § 131 AktG 2.95, 146, 148.

1306 Bälz S 186; KK/Kersting § 131 Rdn 386; Hüffer/Koch § 131 Rdn 67; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 146; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 94; s aber LG Düsseldorf 28.9.2011 – 41 O 40/09, Rdn 60, 69 (juris); abw Geißler NZG 2001, 539, 543; Schäfers S 194.

1307 KG 24.8.1995 – 2 W 1255/95, ZIP 1995, 1592, 1595; Siemens.

1308 S aber LG Düsseldorf 28.9.2011 – 41 O 40/09, Rdn 60, 69 (juris); ablehnend dagegen etwa OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 366 (juris).

tionäre von Dritten dafür engagiert wurden, mehrere Jahre lang hintereinander in Hauptversammlungen aufzutreten und diese durch eine Vielzahl von Fragen in die Länge zu ziehen. Damit sollte Druck auf laufende Verhandlungen über das Bestehen angeblicher Schadenersatzansprüche ausgeübt werden. In eine ähnliche Richtung geht die aus Japan berichtete Praxis, dass durch Androhung von Fragen Unternehmen erpresst wurden (Rdn 56). Allerdings wird der Nachweis eines grob eigenmütigen Verhaltens des Aktionärs durch die Gesellschaft (Rdn 525) häufig schwerfallen: bloße Mutmaßungen, dass der oder die Fragensteller Dritte bei der Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen gegen die Gesellschaft unterstützen würden, wurden als unzureichend zurückgewiesen.¹³⁰⁹ Rechtsmissbräuchlich kann im Einzelfall ein Auskunftsverlangen sein, das zur Verwendung in einem mit der Gesellschaft bereits anhängigen Rechtsstreit gestellt wird.¹³¹⁰

- 441 b) Verfolgung von gesellschaftsfremden Interessen.** Zweckwidrig und die Schranken für die Geltendmachung des Auskunftsrechts überschreitend kann im Einzelfall auch ein Auskunftsverlangen sein, das gesellschaftsfremde Interessen verfolgt.¹³¹¹ Gesellschaftsfremde Interessen können insbesondere **öffentliche** oder **allgemeinpolitische Interessen** einschließen. Wer durch Fragen betreffend die Verschmutzung der Umwelt oder das Verbot von Landminen die Diskussion in der Hauptversammlung thematisch auf diese Bereiche konzentriert, verhindert zu Lasten der übrigen Hauptversammlungsteilnehmer eine auf die spezifischen wirtschaftlichen Interessen des betreffenden Unternehmens fokussierte Diskussion.¹³¹² Solange die Fragen keinen allgemeinpolitischen oder weltanschaulichen Gegenstand haben und zur Beurteilung der Tagesordnung erforderlich sind, dürfen sie allerdings – unabhängig von den Motiven des Fragestellers – gestellt werden (Rdn 132, 136).¹³¹³ Unzulässig können auch Fragen sein, die der **Diskriminierung** der Gesellschaft oder ihrer Organe dienen (zB Frage nach kriminellen Handlungen, ohne dass dafür konkrete Anhaltspunkte bestünden, ehrverletzende Fragen).¹³¹⁴

- 442** In den zuletzt genannten Fällen wird es zwar oft schon an der Erforderlichkeit der Auskunft fehlen (Rdn 136, 175)¹³¹⁵ oder ein Auskunftsverweigerungsrecht nach § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 1 bestehen.¹³¹⁶ Es kann aber zusätzlich das Bedürfnis bestehen, dem Versammlungsleiter wegen individuell rechtswidrigen Verhaltens des Aktionärs die Möglichkeit zum Wortentzug und damit auch zum Entzug des Auskunftsrechts zuzubilligen (Rdn 328).

1309 OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 366 (juris); vgl aber zur Rechtsmissbräuchlichkeit einer Anfechtungsklage LG Mannheim 5.7.2010 – 24 O 59/09 (nv): EnBW; dazu *Decher* in *Veil* (Hrsg), Unternehmensrecht in der Reformdiskussion, 2013, 115, 132.

1310 Weitergehend *A Reuter* DB 1988, 2615, 2616.

1311 OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 366 (juris); OLG Frankfurt/M 22.7.1983 – 20 W 843/82, AG 1994, 25, 26; *Geißler* NZG 2001, 539, 543; *Kallmeyer* AG 1998, 123, 126; **abw** KK/Kersting § 131 Rdn 388; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 92: mangels Erforderlichkeit kein Bedürfnis.

1312 *Kallmeyer* AG 1998, 123, 126.

1313 Im Ergebnis zuträglich OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2153: RWE; OLG Hamburg 6.11.1970 – 11 W 188/70, AG, 372, 373; vgl auch *Quack* AG 1985, 145.

1314 MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 146; *Luther* FS Möhring, 221, 247f; *Schäfers* S 193; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 92; *Trouet* NJW 1986, 1302, 1306; *Volhard* in *Semler/Volhard/Reichert* § 13 Rdn 52; *Werner* FS Semler, 419, 425.

1315 KK/Kersting § 131 Rdn 382; *Hüffer/Koch* § 131 Rdn 67; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 146; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 92.

1316 *A Reuter* DB 1988, 2615, 2616.

c) Übermäßige Rechtsausübung. Jeden Aktionär trifft eine Treuepflicht, den ungestörten, zügigen Fortgang der Hauptversammlung nicht zu stören und insbesondere eine zeitgerechte Beendigung der Hauptversammlung nicht zu verhindern.¹³¹⁷ Dementsprechend darf auch das Auskunftsrecht nicht in einer Weise geltend gemacht werden, dass hierdurch der ordnungsgemäße zeitliche Ablauf der Hauptversammlung gestört wird.¹³¹⁸ Damit ist es nicht vereinbar, wenn einzelne Aktionäre die **Hauptversammlung** durch stundenlange Rede- und Fragebeiträge zu Lasten anderer Hauptversammlungsteilnehmer **monopolisieren**.¹³¹⁹ Der Fragesteller darf die Hauptversammlung nicht durch seine Fragen blockieren und die Verwaltung zur Mitteilung einer langen Reihe von Angaben zwingen, so dass die Rechte der anderen Aktionäre auf eine zügig zu bewältigende Hauptversammlung schon aus den Gegebenheiten, insbesondere der Aufnahmefähigkeit der Teilnehmer, heraus zu kurz kommen.¹³²⁰ Die Rechte der Hauptversammlung als Organ und die Rechte der anderen Aktionäre sowie deren Aufnahmefähigkeit setzen dem individuell übermäßig ausgedehnten Informationsbedürfnis Grenzen.¹³²¹ Dem Vorwurf einer übermäßigen Rechtsausübung entgeht ein Aktionär auch nicht dadurch, dass er mit anderen Aktionären im Team zusammenarbeitet und dieser Aktionärskreis Fragen stellt, die zwar nicht jeder für sich, wohl aber in ihrer Gesamtheit zu einer Blockade der Hauptversammlung führen würden. Auch Aktionäre, die sich trotz einer stundenlangen Diskussions- und Fragenrunde das Verlangen nach weiteren Auskünften bis in den späten Abend aufsparen, handeln treuwidrig bzw rechtsmissbräuchlich.¹³²²

Nach der Einfügung von § 131 Abs 2 Satz 2 ist es allerdings in erster Linie zunächst Sache der Aktionäre, eine Satzungsgrundlage für eine allgemeine Beschränkung des Rede- und Fragerechts zu schaffen und sodann des Versammlungsleiters, auf einen zeitlich angemessenen Ablauf der Hauptversammlung hinzuwirken (Rdn 298ff).¹³²³ Der Versammlungsleiter ist jedoch nicht zur Anordnung einer derartigen allgemeinen Rede- und Fragezeitbeschränkung verpflichtet, wenn und weil sich die große Mehrzahl der das Rede- und Fragerecht ausübenden Hauptversammlungsteilnehmer in einem angemessenen zeitlichen Rahmen bewegen. In solchen Fällen ist es notwendig, dem Versammlungsleiter unter Berufung auf eine übermäßige zeitliche Inanspruchnahme des Rede- und Fragerechts eine **individuelle Rede- und Fragezeitbeschränkung unter Einschluss eines Wortentzugs** zu ermöglichen (Rdn 328).¹³²⁴

Einen Verstoß gegen die Treuepflicht bzw das Übermaßverbot stellt es auch dar, wenn Aktionäre **quantitativ** eine Vielzahl von Fragen stellen oder in ihrem **Detailierungsgrad** Fragen stellen, deren Beantwortung für Stunden zu einer Blockade der

1317 BGH 7.4.1960 1960 – II ZR 143/58, BGHZ 32, 159, 166.

1318 BVerfG 20.9.1999 – 1 BvR 636/95, ZIP 1999, 1798, 1800; Wenger/Daimler-Benz; BGH 8.2.2010 – II ZR 94/08, BGHZ 184, 239, Rdn 14; Redezeitbeschränkung; Martens in Timm (Hrsg) *Mißbräuchliches Aktionärsverhalten*, S 63, 72; Meyer-Löwy, S 86, 88; Wohlleben, S 206; Wachter/Wachter § 131 Rdn 17.

1319 Arnold AG 2003, R 329; Hüffer/Koch § 131 Rdn 68; Müllert § 129 Rdn 105; Mutter S 63; Siepelt AG 1995, 254, 255; vgl auch Spittle/Diekmann ZHR 158 (1994), 447, 466: immanente Schranke der Unzumutbarkeit.

1320 KG 24.8.1995 – 2 W 1255/95, ZIP 1995, 1585, 1588f; Allianz; KG 30.6.1994 – 2 W 4531, 4642/93, ZIP 1994, 1479, 1485; KG 26.8.1993 – 2 W 6111/92, ZIP 1993, 1618, 1620; Siemens.

1321 LG München I 29.10.1997 – 15 HKO 15613/94 (nv): Viag; vgl auch OLG München 8.8.1997 – 23 U 1974/97, WM 1997, 1939, 1943; MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 34; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 27; Schäfers S 195; Trouet NJW 1986, 1301, 1306; Wilde ZGR 1998, 423, 445.

1322 LG Karlsruhe 6.11.1997 – O 43/97 KfH I, AG 1998, 99, 100; Badenwerk; vgl auch Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 53; KK/Kersting § 131 Rdn 393: widersprüchliches Verhalten.

1323 Butzke G 81; KK/Kersting § 131 Rdn 382; Hüffer/Koch § 131 Rdn 68.

1324 Hüffer/Koch § 131 Rdn 68; einschr auf Extremfälle KK/Kersting § 131 Rdn 382.

Hauptversammlung führen würde.¹³²⁵ Einer quantitativ und/oder vom Detailierungsgrad übermäßigen Ausübung des Auskunftsrechts kann nach dessen stärkerer Konturierung durch die Rechtsprechung auch durch das Kriterium der Erforderlichkeit gemäß § 131 Abs 1 Satz 1 in weitem Umfang entgegengewirkt werden, ohne dass es eines Rückgriffs auf einen Verstoß gegen das Übermaßverbot, eine Treuepflicht oder immanente Ausübungsgrenzen bedürfte.¹³²⁶ Allerdings haben quantitative Grenzen bei für sich gesehen qualitativ zur Beurteilung der Tagesordnung erforderlichen Fragen in der Spruchpraxis bislang nicht zur Verneinung der Erforderlichkeit der Auskunft geführt (Rdn 137). Zudem bedarf es des Rückgriffs auf das Übermaßverbot bzw. auf immanente Ausübungsschranken des Auskunftsrechts zur Rechtfertigung eines Wortentzugs durch den Versammelungsleiter (Rdn 328).

446 In der **Spruchpraxis** wird ein Verstoß des Aktionärs gegen das Übermaßverbot nur **selten** anerkannt. So wurde im Einzelfall die Beantwortung von Fragen, die annähernd 5.000 Einzeltvorgänge und damit 25.000 Einzelangaben erfassen, für unzumutbar gehalten.¹³²⁷ Fragen nach der Bewertung einzelner Gesellschaften im Rahmen einer gutachtlichen Bewertung, die die Beantwortung zu 243 Unternehmensbewertungen erforderlich gemacht hätten, sind weder dem Vorstand noch den anderen Teilnehmern der Hauptversammlung zumutbar. Dies gilt insbesondere dann, wenn diese Fragen nicht angekündigt waren und deren Beantwortung eine umfassende Einarbeitung in komplizierte Bewertungsvorgänge erfordert hätte¹³²⁸ (vgl. auch Rdn 279). Auch das Begehen der Mitteilung von Grundstücksgrößen und Versicherungswerten vieler hundert Grundstücke im Zusammenhang mit einem Verschmelzungsvorhaben ist eine übermäßige Ausübung des Auskunftsrechts.¹³²⁹ Die Überreichung eines schriftlichen Fragenkatalogs mit 308 Einzelfragen indiziert einen Missbrauch des Fragerechts.¹³³⁰ Die vorstehenden Fälle lassen sich zwar auch mit der mangelnden Erforderlichkeit der Auskunft bei derartigen zahlreichen Detailfragen lösen (Rdn 134, 135). Der Verstoß gegen das Übermaßverbot rechtfertigt aber zusätzlich einen Entzug des Fragerechts durch den Versammelungsleiter (Rdn 328).

447 Absolute Grenzen, wann Fragen quantitativ oder qualitativ das zumutbare Maß überschreiten, lassen sich nur schwer ziehen. In der Literatur wird zum Teil als absolute Obergrenze ein Katalog von 100 Fragen genannt.¹³³¹ In der Rechtsprechung wird eine absolute quantitative Grenze abgelehnt (vgl. auch Rdn 133).¹³³² Auch sei es bei über 50 Fragen nicht ohne weiteres ersichtlich, dass ihre Beantwortung unzumutbar gewesen

1325 OLG Frankfurt 23.7.2010 – 5 W 91/09, Rdn 26 (juris); OLG Frankfurt 17.7.2007 – 5 U 229/05, Rdn 40 (juris); LG München I 28.5.2010 – 5 HK O 14307/07, Rdn 52 (juris); vgl. auch OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 365 (juris); *Bätz* S 188; *Ebenroth*, S 37; *Hefermehl*, FS Duden, 109, 131; MünchHdbAG/*Hoffmann-Becking* § 38 Rdn 34; insow zurückhaltend *Hüffer/Koch* § 131 Rdn 68; Bürgers/Körber/*Reger* § 131 Rdn 27; *A Reuter* DB 1988, 2615, 2617.

1326 *Bätz* S 186; MünchHdbAG/*Hoffmann-Becking* § 38 Rdn 33; KK/*Kersting* § 131 Rdn 379; MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 146; Bürgers/Körber/*Reger* § 131 Rdn 27; Schmidt/Lutter/*Spindler* § 131 Rdn 93 (Rdn 137).

1327 OLG Frankfurt/M 22.7.1983 – 20 W 843/82, WM 1983, 1071; *Marsch-Barner* WM 1984, 41.

1328 LG München I 29.10.1997 – 15 HKO 14613/94 (nv); Viag; s. auch LG Düsseldorf 28.9.2011 – 41 O 40/09, Rdn 57, 60 (juris).

1329 LG Essen 8.2.1999 – 44 O 249/98, AG 1999, 329, 332; Thyssen/Krupp.

1330 OLG Frankfurt 17.7.2007 – 5 U 229/05, Rdn 40 (juris).

1331 *Franken/Heinsius* FS Budde, 213, 233; *Joussen* AG 2000, 241, 253; *Quack* AG 1985, 145, 148; weitergehend MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 63: Indikation bei mehr als 20 Fragen, Feststehen bei mehr als 50 Fragen; s. auch *Martens* S 64.

1332 OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 365 (juris); LG München I 28.5.2010 – 5 HK O 14307/07, Rdn 52 (juris); ebenso *Burgard* S 86; *Marsch-Barner* in *Marsch-Barner/Schäfer* § 34 Rdn 55.

wäre.¹³³³ Zutreffend ist es, **alle Umstände des Einzelfalls zu berücksichtigen**. So können vergleichsweise wenige Fragen auf Hunderte von Einzelantworten abzielen.¹³³⁴ Auch wird man die Informationsdichte im Vorfeld der Hauptversammlung und in der Hauptversammlung selbst berücksichtigen müssen. So kann es im Einzelfall gegen das Übermaßverbot verstößen, wenn nach nahezu zwölfstündiger Diskussion und der Beantwortung Hunderter von Fragen durch die Verwaltung erstmalig eine Vielzahl weiterer Fragen gestellt wird.¹³³⁵

Die Gesellschaft kann sich auf einen Verstoß des Aktionärs gegen das Übermaßverbot in Hinsicht auf die Quantität und den Detaillierungsgrad seiner Fragen nur berufen, wenn der Vorstand oder der Versammlungsleiter den Aktionär zuvor **aufgefordert** hat, seine **Fragen auf das angemessene Maß zu reduzieren**.¹³³⁶ Nimmt der auskunftbegehrende Aktionär nicht selbst eine Beschränkung seiner Fragen auf die wesentlichen Fragen vor, so ist nicht etwa der Vorstand verpflichtet, eine solche Auswahl vorzunehmen (vgl auch Rdn 145). Nimmt der Aktionär eine Ausdünnung seiner Fragen auf ein quantitativ und qualitativ vertretbares Maß vor, so kann er insoweit seinen Auskunftsanspruch geltend machen, wenn die übrigen Voraussetzungen des § 131 vorliegen.

d) Verbot widersprüchlichen Verhaltens. Als Fallgruppe rechtsmissbräuchlichen bzw treuwidrigen Verhaltens wird auch der Verstoß gegen das Verbot widersprüchlichen Verhaltens durch den die Auskunft begehrenden Aktionärs behandelt.¹³³⁷ Es handelt sich insoweit in der Sache um eine **Obliegenheitsverletzung** durch den Aktionär.¹³³⁸ Die Obliegenheitsverletzung des Aktionärs besteht darin, dass der formale Mangel einer Auskunftspflichtverletzung bei gehöriger Mitwirkung des Aktionärs leicht hätte vermieden werden können. Eine solche Obliegenheitsverletzung rechtfertigt trotz eines an sich bestehenden Auskunftsanspruchs die Abweisung der Anfechtungsklage (Rdn 526) bzw die Zurückweisung eines Antrags auf Auskunftserteilung ein Verfahren nach § 132 (§ 132 Rdn 56).

IX. Erweiterung des Auskunftsanspruchs (§ 131 Abs 4)

1. Grundlagen

a) Gesetzeszweck. Ist einem Aktionär wegen seiner Eigenschaft als Aktionär eine Auskunft außerhalb der Hauptversammlung gegeben worden, so kann jeder andere Aktionär gemäß § 131 Abs 4 Satz 1 in der Hauptversammlung verlangen, dass ihm die Auskunft ebenfalls erteilt wird. § 131 Abs 4 erweitert das Auskunftsrecht der Aktionäre. Anders als das allgemeine Auskunftsrecht der Aktionäre gemäß § 131 Abs 1 besteht gemäß

1333 LG München I 28.5.2010 – 5 HK O 14307/07, Rdn 53 (juris); LG München I 16.4.1986 – 7 HKO 8835/85, AG 1987, 185, 189.

1334 Martens S 65.

1335 LG München I 29.10.1987 – 15 HK O 1461/94 (nv) Viag; Franken/Heinsius FS Budde, S 213, 233; A Reuter DB 1986, 2615, 2617.

1336 OLG Frankfurt 23.7.2010 – 5 W 91/09, Rdn 26 (juris); OLG Frankfurt 17.7.2007 – 5 U 229/05, Rdn 40 (juris); OLG Frankfurt/M 22.7.1983 – 20 W 843/82, WM 1983, 1071; LG München I 28.5.2010 – 5 HK O 14307/07, Rdn 52 (juris); LG München I 16.4.1986 – 7 HK O 8835/85, AG 1987, 185, 189; Franken/Heinsius FS Budde, 213, 233; Marsch-Barner WM 1984, 41, 42; Martens in Timm (Hrsg) Mißbräuchliches Aktionärsverhalten, S 63, 73; Meyer-Löwy, S 87, 117; Quack AG 1985, 145, 148; Schaaf S 656; Trouet NJW 1986, 1303, 1306; einschränkend Steiner § 11 Rdn 49.

1337 Bälz S 188; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 53; Hüffer/Koch § 131 Rdn 69; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 146; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 27; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 94.

1338 Butzke G 82; s auch KK/Kersting § 131 Rdn 387; Volhard in Semler/Volhard/Reichert § 13 Rdn 53.

§ 131 Abs 4 Satz 1 das Auskunftsrecht auch dann, wenn die begehrte Auskunft zur sachgemäßen Beurteilung des Gegenstandes der Tagesordnung nicht erforderlich ist. Zudem darf sich der Vorstand gemäß § 131 Abs 4 Satz 2 auf die Auskunftsverweigerungsgründe gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 1–4 nicht berufen. Die Regelung ist **Ausfluss des Gleichbehandlungsgrundsatzes der Aktionäre**.¹³³⁹

b) Bedeutung

451 aa) **Praktische Bedeutung.** Das Auskunftsrecht gemäß § 131 Abs 4 hat trotz seiner weitgreifenden Formulierung **geringe Wirkkraft**. Zwar wird der Auskunftsanspruch des § 131 Abs 4 in der Hauptversammlungspraxis immer wieder geltend gemacht. In der Konzernpraxis ist er nach erfolgter Übernahme zuweilen ein Argument des Vorstands der abhängigen AG gegen eine weitreichende Einbeziehung des herrschenden Unternehmens in den Informationsfluss (s aber Rdn 468). In der **Spruchpraxis** waren jedoch auf § 131 Abs 4 gestützte Klagen und Verfahren nach § 132 nahezu ausnahmslos erfolglos.¹³⁴⁰ Die geringe Erfolgsquote ist darauf zurückzuführen, dass Aktionäre oft die Anforderungen der Rechtsprechung an die Konkretisierung des Auskunftsverlangens gemäß § 131 Abs 4 nicht erfüllen können (Rdn 485). Darüber hinausgehend wird in Konzernsachverhalten und anderen praktisch wichtigen Bereichen einer Informationserteilung außerhalb der Hauptversammlung eine Anwendung des § 131 Abs 4 mangels Erteilung einer Auskunft wegen der Aktionärseigenschaft verneint (Rdn 468). Es bleibt abzuwarten, ob der von Ziff 5.2 DCGK angeregte Dialog zwischen dem Aufsichtsrat und Investoren der Regelung zu größerer praktischer Bedeutung verhelfen wird (Rdn 482).¹³⁴¹

452 bb) **Verhältnis zum allgemeinen Gleichbehandlungsgrundsatz (§ 53a).** Auch wenn § 131 Abs 4 Ausfluss des allgemeinen Grundsatzes der gleichmäßigen Behandlung aller Aktionäre ist (Rdn 450), **bleibt** die Regelung **hinter § 53a zurück**, weil eine Auskunftserteilung erst in der nächsten Hauptversammlung verlangt werden kann. Die Auskunftserteilung erreicht in der Hauptversammlung nur die anwesenden und damit nur einen kleinen Teil der Aktionäre. Zudem kann zum Zeitpunkt der Hauptversammlung ein Informationsbedürfnis der Aktionäre wegen Zeitablaufs faktisch entfallen sein (s aber Rdn 487).¹³⁴²

453 In der Literatur wird zur Steigerung einer effizienten Gleichbehandlung der Aktionäre aus dem Gleichbehandlungsgrundsatz des § 53a ein Anspruch auch aus § 131 Abs 4 auf **sofortige Auskunftserteilung außerhalb der Hauptversammlung** abgeleitet.

1339 Begr RegE bei *Kropff* Aktiengesetz 1965, S 187.

1340 Exemplarisch BGH 29.11.1982 – II ZR 88/81, BGHZ 86, 1, 7; OLG München 25.8.2008 – 7 U 3326/07, Rdn 21 (juris); OLG München 30.4.2008 – 7 U 3326/07, Rdn 23 (juris); OLG Frankfurt 6.11.2003 – 20 W 449/93, NZG 2003, 224, 226; KG 15.2.2001 – 2 W 3288/00, ZIP 2001, 1200, 1204; OLG Dresden 1.12.1998 – 7 W 426/98, AG 1999, 274, 275; LG Frankfurt/M 16.2.2016 – 3-5 O 132/15, Rdn 24 (juris); LG Potsdam 30.9.2009 – 52 O 21/08, Rdn 49 (juris); LG München I 28.8.2008 – 5 HK O 12861/07, Rdn 531 (juris); LG München I 24.4.2008 – 5 HK O 23244/07, Rdn 361 (juris); LG München I 26.4.2007 – 5 HK O 12848/06, Der Konzern 2007, 448, 455; KK/Kersting § 131 Rdn 428 mwN. § 131 Abs 4 bejaht von BayObLG 17.7.2002 – 3 Z BR 394/01, NJW-RR 2002, 1558, 1559; LG Frankfurt/M 21.2.2006 – 3-5 O 71/05, AG 2007, 48, 50; offensichtliche Unbegründetheit der Klage im Freigabeverfahren ablehnend noch LG München I 22.3.2006 – 5 HK O 19919/06, Rdn 25 (juris).

1341 So *Tüngler* Board 2016, 173, 174.

1342 Duden FS von Caemmerer, 499, 500; KK/Kersting § 131 Rdn 429 f; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 147; Hüffer/Koch § 131 Rdn 70; Wachter/Wachter § 131 Rdn 32; Wilde ZGR 1998, 423, 462.

tet.¹³⁴³ Ein solches Recht ist indes aufgrund der eindeutigen Gesetzeslage und vor dem Hintergrund der Gesetzgebungsgeschichte zu § 131 Abs 4 **nicht begründbar**.¹³⁴⁴ Ein Anspruch auf eine zeitnahe Gleichbehandlung lässt sich auch nicht durch die Notwendigkeit einer richtlinienkonformen Auslegung begründen,¹³⁴⁵ weil es anderenfalls an einer wirksamen Sanktion iSv Art 42 Kapital-RL,¹³⁴⁶ Art 17 Abs 1 Transparenz-RL¹³⁴⁷ fehle. Die Regelung des § 131 Abs 4 ist ausreichend, zumal sie innerhalb ihres Anwendungsbereichs auch über § 53a hinausgeht (Rdn 454) und die Möglichkeit der Sanktion eines Verstoßes gegen § 53a durch sie unberührt bleibt.¹³⁴⁸

Die Regelung des § 131 Abs 4 geht **über § 53a insofern hinaus**, als sie einen Auskunftsanspruch **bei jeder Ungleichbehandlung** gewährt und nicht nur bei einer sachlich nicht zu rechtfertigenden Ungleichbehandlung. Eine entsprechende einschränkende Auslegung des § 131 Abs 4 ist nach geltendem Recht nicht begründbar.¹³⁴⁹ Die Regelung des § 131 Abs 4 differenziert nicht zwischen Groß- und Kleinaktionär und rechtfertigt insoweit keine – an sich ohne Verstoß gegen § 53a begründbare – informationelle Ungleichbehandlung. Zudem würde eine Angleichung an § 53a konsequent auch eine Informationserteilung außerhalb der Hauptversammlung nahelegen (Rdn 453), womit § 131 Abs 4 obsolet würde (s aber *de lege ferenda* Rdn 456).

cc) Kritik. Der geringen Wirkkraft des § 131 Abs 4 entspricht eine verbreitete Skepsis über die **Sinnhaftigkeit der Regelung**. So wird auf den praktischen Nachteil verwiesen, dass bei einer späteren Offenlegung in der Hauptversammlung gemäß § 131 Abs 4 vorhergehende vertrauliche Gespräche zwischen Repräsentanten einer AG und Aktionären außerhalb der Hauptversammlung trotz ihrer im Einzelfall bestehenden Notwendigkeit unmöglich gemacht würden.¹³⁵⁰ Gewichtiger erscheint der Umstand, dass die Hauptversammlung nicht der geeignete Ort ist, um eine Gleichbehandlung der Aktionäre herzustellen. Hauptversammlungen, die immer noch zu lange dauern (s Rdn 40), sollten nicht zusätzlich durch die Notwendigkeit der Offenlegung unter Umständen einer Vielzahl von Gesprächen beispielsweise mit institutionellen Anlegern belastet werden, wenn deren Inhalt mit dem Gegenstand der Hauptversammlung nichts zu tun hat.

Eine strikte Gleichbehandlung aller Aktionäre durch Gewährung eines Anspruchs auf sofortige Auskunftserteilung außerhalb der Hauptversammlung erscheint deshalb auch **de lege ferenda** nicht empfehlenswert. Zudem ist es nicht zwingend, dass private Kleinstanleger in jeder Hinsicht eine Gleichbehandlung mit großen institutionellen An-

1343 Eckardt in Geßler/Hefermehl/Eckardt/Kropff, AktG, 1974, § 131 Rdn 161; Joussen DB 1994, 2485, 2486; s auch Grüner NZG 2000, 770, 778; für kapitalmarktorientierte Informationen Zetzsche S 307, 352; § 132 analog; vgl auch Bachmann FS Schwark S 331, 333, 345.

1344 Burgard, S 87; Butzke G 90; Duden FS von Caemmerer, 499, 503; Hoffmann-Becking FS Rowedder S 155, 158; Hüffer/Koch § 131 Rdn 76; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 158; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 30; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 85; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 105; Wilde ZGR 1998, 423, 462.

1345 KK/Kersting § 131 Rdn 456; Hüffer/Koch § 131 Rdn 76; abw Verse S 514; vgl auch Fleischer ZGR 2009, 505, 521.

1346 Zweite Richtlinie v 13.12.1976 (77/91 EWG), ABI L 26.

1347 Richtlinie 2004/109/EG v 15.12.2004, ABI EU L 390.

1348 Dazu Heidel/Heidel § 131 Rdn 75; U H Schneider/Singhoff FS Kraft, S 585, 600; Verse S 512.

1349 BayObLG 17.7.2002 – 3 Z BR 394/01, NJW-RR 2002, 1558, 1559; LG Frankfurt/M 21.2.2006 – 3-5 O 71/05, AG 2007, 48, 50; Bachmann FS Schwark S 331, 332; Duden FS von Caemmerer, 499, 508; KK/Kersting § 131 Rdn 427; Hüffer/Koch § 131 Rdn 71; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 78; abw Fleischer ZGR 2009, 505, 520; Hemeling ZHR 169 (2005), 274, 288; GroßKomm/Henze/Notz, 4. Aufl, § 53a Rdn 58; Kocher Der Konzern 2008, 611, 612; Pentz ZIP 2007, 2298, 2300; ders FS Priester, S 593, 606; Verse S 511.

1350 Boesebeck AG 1963, 89, 93; Moehring NJW 1966, 87; vgl auch Hoffmann-Becking FS Rowedder, 155, 163; Hüffer/Koch § 131 Rdn 70; abw Heidel/Heidel § 131 Rdn 75.

legern beanspruchen können. Eher erwägenswert erscheint es, außerhalb der Hauptversammlung ein Mindestniveau gleicher Information herzustellen und so die Transparenz generell anzuheben. So sollten insbesondere börsennotierte Aktiengesellschaften verpflichtet werden, Informationen, die anderen Aktionären außerhalb der Hauptversammlung gegeben worden sind, in zusammengefasster Form unverzüglich allen Aktionären zu erteilen, zB auf der *Investor Relations*-Seite des Internetauftritts der Gesellschaft, s auch Ziff 6.1 Satz 2 DCGK (für Informationen an Finanzanalysen und andere Adressaten).¹³⁵¹ Die Verpflichtung zur Auskunftserteilung in der Hauptversammlung gemäß § 131 Abs 4 sollte stattdessen entfallen.¹³⁵²

2. Anspruchsvoraussetzungen

- 457 a) Auskunftserteilung an einen Aktionär.** Einem Aktionär muss Auskunft erteilt worden sein. Ausreichend ist es, wenn der Auskunftssempfänger zum Zeitpunkt der Auskunftserteilung Aktionär ist; er muss es nicht mehr zum Zeitpunkt der Hauptversammlung sein.¹³⁵³ Ausreichend ist auch die Auskunftserteilung an einen **Aktionärsvertreter**, an Aktionärsvereinigungen sowie an einen Legitimationsaktionär.¹³⁵⁴ Der umgekehrte Fall einer Informationserteilung durch einen Aktionär an die Gesellschaft löst keinen Anspruch der anderen Aktionäre auf Information gemäß § 131 Abs 4 aus.¹³⁵⁵
- 458** Auskünfte der Gesellschaft gegenüber **Dritten** wie Banken, Lieferanten, Beratern, Abschlussprüfern oder – von zunehmender praktischer Bedeutung – Informationen gegenüber Finanzanalysten, Ratingagenturen und Investmentfonds (als potentiellen Aktionären) sind vom Anwendungsbereich des § 131 Abs 4 nicht erfasst.¹³⁵⁶ Auch Auskünfte an *Proxy Adviser* unterfallen nicht § 131 Abs 4, da diese den Aktionär beraten, aber nicht vertreten.¹³⁵⁷ Im Einzelfall kann jedoch eine Frage nach Auskünften an Dritte gemäß § 131 Abs 1 zur Beurteilung insbes der Entlastung erforderlich sein (zB bei konkreten Anhaltpunkten für ein pflichtwidriges Verhalten der Verwaltung, Rdn 181).
- 459** An einer Auskunftserteilung an einen Aktionär fehlt es, wenn im Rahmen einer *Due Diligence* Informationen über das Unternehmen an einen potentiellen **Käufer** gegeben werden, der noch kein Aktionär der Gesellschaft ist. Solche Auskünfte erfolgen typischerweise vor Vertragsabschluss und werden dann an einen Dritten und nicht an einen Aktionär erteilt. Auch bei Auskünften nach Abschluss des schuldrechtlichen Kaufvertrages, aber vor dinglicher Übertragung der Aktien, fehlt es an der Aktionärseigenschaft.¹³⁵⁸
- 460 b) Auskunftserteilung durch AG.** Es muss eine Auskunftserteilung durch die Gesellschaft vorliegen. Die Gesellschaft wird durch den **Vorstand** vertreten. Die Auskunft

¹³⁵¹ Bachmann in VGR (Hrsg), Bd 22, S 135, 171; Wilde ZGR 1998, 423; vgl auch Baums, 63. DJT Gutachten F 139; Zetsche S 342.

¹³⁵² Für Einschränkung Baums, 63. DJT Gutachten F 139, 195.

¹³⁵³ KK/Kersting § 131 Rdn 430; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 151; Spindler/Stilz/Siemss § 131 Rdn 79; Treck FS Fikentscher, S 434, 447.

¹³⁵⁴ Hüffer/Koch § 131 Rdn 71; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 151; KK/Kersting § 131 Rdn 430.

¹³⁵⁵ LG München I 10.12.1998 – 5 HK O 10806/97, NZG 1999, 674, 676; KK/Kersting § 131 Rdn 431.

¹³⁵⁶ OLG München 25.8.2008 – 7 U 3926/07, Rdn 21 (juris); BayObLG 17.7.2002 – 3 Z BR 394/01, NJW-RR 2002, 1558, 1559; KK/Kersting § 131 Rdn 430; Hüffer/Koch § 131 Rdn 71.

¹³⁵⁷ Vgl aber Langenbucher FS Hoffmann-Becking, 2013, S 733, 743.

¹³⁵⁸ LG Düsseldorf 25.3.1992 – 34 AktE 6/91, AG 1992, 461, 462; Feldmühle Nobel/Stora; KK/Kersting § 131 Rdn 430; Hüffer/Koch § 131 Rdn 71; Krieger FS Semler 1993, 503, 509; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 151; Treck FS Fikentscher, 434, 447; vgl auch OLG Düsseldorf 22.7.1993 – 6 U 84/92, ZIP 1993, 1791, 1795; Kein Abhängigkeitsbericht; im Ergebnis auch Mertens AG 1997, 541, 547; Ziemons AG 1999, 492, 496;

abw Lutter ZIP 1997, 613, 618.

kann auch durch andere, vom Vorstand autorisierte Personen erteilt worden sein, insbes durch Mitarbeiter aus dem Bereich *Investor Relations*.¹³⁵⁹ Eine ausdrückliche Autorisierung ist nicht erforderlich; es genügt, wenn ein Mitarbeiter der Gesellschaft dem Vorstand zurechenbar die Auskunft erteilt.

Die Auskunftserteilung durch den **Aufsichtsratsvorsitzenden** oder ein sonstiges **Aufsichtsratsmitglied** reicht grundsätzlich nicht aus, sofern die Auskunft nicht mit (ggf konkludenter) Billigung des Vorstands erteilt wurde.¹³⁶⁰ Insoweit genügt nicht die Darlegung, einem Aktionär, der an mehreren Aufsichtsratssitzungen als Gast teilgenommen habe, seien Auskünfte durch den Aufsichtsrat erteilt worden, wobei der Vorstand zuvor den Aufsichtsratsmitgliedern die entsprechenden Informationen gegeben habe (s auch Rdn 484).¹³⁶¹ Für einen mit dem Vorstand abgestimmten Dialog zwischen Aufsichtsrat und Investoren ist § 131 Abs 4 allerdings einschlägig (Rdn 482).

Es muss sich um eine **willentliche Informationsübermittlung** handeln. Postalische Irrläufer oder an einen falschen Adressatenkreis gesandte E-Mails fallen nicht darunter.¹³⁶² Erst recht fehlt es an einer Auskunftserteilung iSv § 131 Abs 4, wenn sich ein Aktionär eine Information betreffend die Gesellschaft selbst verschafft.

c) Auskunftserteilung außerhalb der Hauptversammlung. Außerhalb der Hauptversammlung werden alle Auskünfte erteilt, die nicht in der Aussprache zur Kenntnisnahme durch alle anwesenden Aktionäre erteilt werden. Insbes werden Auskünfte **im Vorfeld** der Hauptversammlung gegenüber Aktionären oder Aktionärsschutzvereinigungen erfasst (Rdn 483). Daneben kommen Auskünfte bei regelmäßigen Investorenterminen, auf *road shows* etc in Betracht (Rdn 481). Es können auch Auskünfte **am Rande** der Hauptversammlung, zB in einer Pause oder in einem persönlichen Gespräch, erteilte Auskünfte erfasst sein.¹³⁶³ Ein Anwendungsfall von § 131 Abs 4 liegt ferner vor, wenn sich in der Hauptversammlung ein Auskunft begehrender Aktionär mit nachträglichen Auskünften durch den Vorstand außerhalb der Hauptversammlung zufrieden gibt (Rdn 274) und solche **Auskünfte dann nachträglich** erteilt werden.¹³⁶⁴ Auch Auskünfte an Aktionäre im Rahmen eines Verfahrens gemäß § 132 oder im Rahmen bzw zur Erledigung einer Anfechtungsklage lösen einen Anspruch der übrigen Aktionäre gemäß § 131 Abs 4 aus.¹³⁶⁵

d) Auskunft wegen seiner Eigenschaft als Aktionär. Eine praktisch bedeutsame **Einschränkung** des Auskunftsanspruchs gemäß § 131 Abs 4 ergibt sich daraus, dass die Auskunft dem Empfänger wegen seiner Eigenschaft als Aktionär gegeben worden sein muss. Es genügt also nicht, dass ein Aktionär eine Auskunft erhält, wenn diese aufgrund

¹³⁵⁹ Hüffer/Koch § 131 Rdn 74; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 149; KK/Kersting § 131 Rdn 433.

¹³⁶⁰ LG Frankfurt/M 16.2.2016 – 3-5 O 132/15, Rdn 24 (juris); Heidel/Heidel § 131 Rdn 79; KK/Kersting § 131 Rdn 433; Hüffer/Koch § 131 Rdn 74; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 149; Mader S 501; Wachter/Wachter § 131 Rdn 31; abw Steiner § 11 Rdn 22.

¹³⁶¹ LG Frankfurt/M 16.2.2016 – 3-5 O 132/15, Rdn 24 (juris); Kraack BB 2016, 2260; abw Bachmann in VGR (Hrsg), Bd 22, S 135, 169.

¹³⁶² KK/Kersting § 131 Rdn 435; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 148; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 28; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 96. Weitergehend Heidel/Heidel § 131 Rdn 79: Fahrlässigkeit zu Lasten der AG.

¹³⁶³ Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 39; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 55; MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 53; KK/Kersting § 131 Rdn 454; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 150; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 28; Spindler/Stilz/Siemss § 131 Rdn 75; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 96.

¹³⁶⁴ Kubis FS Kropff, 171, 188; Luther FS Möhring, 221, 231; Ziemons/Binnewies Rz I 10.698.

¹³⁶⁵ Begr RegE zu § 132, bei Kropff Aktiengesetz 1965, S 190; Heidel/Heidel § 131 Rdn 81; KK/Kersting § 131 Rdn 453; Luther FS Möhring, 221, 240.

gesonderter rechtlicher Beziehungen zur Gesellschaft erteilt worden ist. Die Mitteilung solcher Auskünfte kann ein anderer Aktionär vielmehr nur beanspruchen, wenn der **Grund** für ihre Erteilung **in dem Gesellschaftsverhältnis** liegt.¹³⁶⁶ Ist der Empfänger einer Auskunft Aktionär oder Repräsentant eines Aktionärs und steht er oder die von ihm repräsentierte Gesellschaft gleichzeitig in einer vertraglichen oder sonstigen rechtlichen Beziehung zur AG, so bedarf es einer **Abgrenzung**, in welcher Rolle der Empfänger die Auskunft erhalten hat. Die Abgrenzung ist **objektiv** und nicht nach der schwer feststellbaren subjektiven Motivation vorzunehmen.¹³⁶⁷ Wird eine Auskunft typischerweise durch die Gesellschaft auch ohne Vorliegen der Aktionärseigenschaft erteilt, so scheidet der Auskunftsanspruch des § 131 Abs 4 aus.¹³⁶⁸

465 Auskünfte außerhalb der Hauptversammlung gegenüber einem **Aufsichtsratsmitglied** werden häufig keinen Auskunftsanspruch nach § 131 Abs 4 auslösen, auch wenn das Aufsichtsratsmitglied gleichzeitig Aktionär oder Repräsentant eines Aktionärs ist. Jedenfalls Auskünfte des Vorstands an den Aufsichtsrat im Rahmen der gesetzlichen Regelberichterstattung des § 90, im Vorfeld von zustimmungspflichtigen Maßnahmen oder bei der Teilnahme an Aufsichtsratssitzungen werden dem Aufsichtsratsmitglied typischerweise in seiner Eigenschaft als Organ und nicht in seiner Eigenschaft als Aktionär erteilt.¹³⁶⁹ Auskünfte an den Aufsichtsratsvorsitzenden werden ebenfalls in der Regel in seiner Eigenschaft als Vertreter des Gesamtaufsichtsrats erteilt.¹³⁷⁰ Anders kann die Beurteilung in Einzelfall ausfallen, wenn außerhalb der vorstehenden typischen Informationswege nur einem einzelnen Aufsichtsratsmitglied, das gleichzeitig Repräsentant eines Aktionärs ist, Informationen erteilt werden (zu Konzernsachverhalten Rdn 471).¹³⁷¹ Werden einem Aufsichtsratsmitglied Informationen in seiner Eigenschaft als Organ erteilt, so wird ein Auskunftsanspruch nach § 131 Abs 4 auch nicht dadurch ausgelöst, dass das Aufsichtsratsmitglied diese Information entgegen seiner Verschwiegenheitspflicht an den von ihm repräsentierten Aktionär weitergibt.¹³⁷²

466 Auskünfte an **Bankenvertreter** erfolgen ebenfalls nicht wegen deren Eigenschaft als Repräsentant eines Aktionärs, wenn es sich um typische Auskünfte im Zusammenhang mit einer gesonderten Kreditbeziehung zwischen der AG und der Bank handelt (Rdn 458).¹³⁷³ Insoweit werden sich Auskünfte regelmäßig auf spezielle vertragliche Regelungen im Finanzierungsvertrag stützen lassen. Ähnliche Grundsätze gelten bei Auskünften an Lieferanten, Kunden oder sonstige **Vertragspartner** der AG, die gleichzeitig Aktionäre sind.¹³⁷⁴

1366 Begr RegE bei *Kropff* Aktiengesetz 1965, S 187; BGH 29.11.1982 – II ZR 88/81, BGHZ 86, BGHZ 86, 1, 7.

1367 KK/Kersting § 131 Rdn 437; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 76; abw Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 38; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 29; für Erleichterung der Darlegungslast des Aktionärs durch widerlegliche Vermutung MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 152; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 98.

1368 Butzke G 96; MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 54; KK/Kersting § 131 Rdn 437; weitergehend für widerlegliche Vermutung Heidel/Heidel § 131 Rdn 76; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 152; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 98.

1369 Begr RegE bei *Kropff* Aktiengesetz 1965, S 187; BGH 29.11.1982 – II ZR 88/81, BGHZ 86, BGHZ 86, 1, 7; Henze/Born/Drescher Rdn 1432; KK/Kersting § 131 Rdn 439; Hüffer/Koch § 131 Rdn 71; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 153; Mader S 145; Verse S 517.

1370 KK/Kersting § 131 Rdn 439; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 153.

1371 Butzke G 86 Fn 224; KK/Kersting § 131 Rdn 439; Verse S 517; weitergehend für Vermutung Heidel/Heidel § 131 Rdn 76; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 153; abw Ebenroth, S 100.

1372 Vgl auch Butzke G 86; abw Heidel/Heidel § 131 Rdn 76.

1373 Begr RegE bei *Kropff* Aktiengesetz 1995, S 187; BGH 29.11.1982 – II ZR 88/81, BGHZ 86, BGHZ 86, 1, 7; OLG Hamburg 22.6.2011 – 11 AktG 2/11 (nv): Conergy; Butzke G 86; KK/Kersting § 131 Rdn 438; Hüffer/Koch § 131 Rdn 37; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 154; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 98.

1374 MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 155; Verse S 517.

e) Auskünfte im Konzern. **aa) Grundlagen.** In einem Konzern findet ein beständiger **Informationsfluss zwischen der abhängigen AG und dem herrschenden Unternehmen** statt. Werden Informationen im Rahmen eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags oder eines anderen Unternehmensvertrages erteilt, so scheidet § 131 Abs 4 entsprechend den allgemeinen Grundsätzen für Auskünfte an einen Vertragspartner aus (Rdn 466). Soweit der Informationsfluss an Repräsentanten des herrschenden Unternehmens im Vorstand oder Aufsichtsrat der abhängigen AG erfolgt, scheidet eine Anwendung des § 131 Abs 4 regelmäßig ebenfalls nach den allgemeinen Grundsätzen aus, weil die Information dem betreffenden Organmitglied nicht in seiner Eigenschaft als Repräsentant eines Aktionärs, sondern als Organ erteilt wird (Rdn 465).¹³⁷⁵

Häufig findet allerdings ein unmittelbarer Informationsfluss außerhalb der Organ-ebene direkt zum herrschenden Unternehmen statt. Solche Informationen erfolgen im faktischen Konzern an sich gerade wegen der Eigenschaft als (beherrschender) Aktionär. Gleichwohl findet § 131 Abs 4 auf Informationen im Konzern keine Anwendung. Dieses Ergebnis wird vielfach damit begründet, dass die Auskunft nicht wegen der Eigenschaft als Aktionär, sondern im Hinblick auf die Konzernbeziehung erfolgt.¹³⁷⁶ Überzeugender und umfassender lässt sich die **generelle Bereichsausnahme des Informationsflusses im Konzern von § 131 Abs 4** damit begründen, dass eine **rechtliche Sonderbeziehung** des herrschenden Unternehmens zur AG gemäß §§ 15 ff, 291 ff, 311 ff besteht, die einer Gleichbehandlung der außenstehenden Aktionäre gemäß § 131 Abs 4 entgegensteht und die Vorschrift verdrängt.¹³⁷⁷ Die Regelung des § 131 Abs 4 Satz 3, die für Auskünfte der abhängigen AG im Rahmen der Konzernrechnungslegung ausdrücklich die Anwendbarkeit des § 131 Abs 4 Satz 1 ausschließt, erlaubt keinen Umkehrschluss für andere Informationen innerhalb einer Konzernbeziehung (Rdn 474).¹³⁷⁸

bb) Vertragskonzern. Auskünfte an das herrschende Unternehmen im Vertragskonzern lösen keinen Anspruch der außenstehenden Aktionäre gemäß § 131 Abs 4 aus.¹³⁷⁹ Das herrschende Unternehmen hat bei einem **Beherrschungsvertrag** bereits aufgrund des Weisungsrechts gemäß § 308 Abs 1 Satz 1 die Möglichkeit, von der abhängigen AG Auskünfte zu verlangen. Aufgrund dieses besonderen Rechts und der damit korrespondierenden besonderen Pflichtenstellung des herrschenden Unternehmens (§§ 302, 303) ist eine Gleichbehandlung der außenstehenden Aktionäre über § 131 Abs 4 nicht veranlasst. Auch Informationen im Rahmen eines **Gewinnabführungsvertrages** lösen angesichts der besonderen Pflichtenstellung des Vertragspartners keinen Anspruch der übrigen Aktionäre gemäß § 131 Abs 4 aus. Dagegen ist bei Informationen im Rahmen **anderer Unternehmensverträge** iSv § 292 an einen Vertragspartner eine generelle Bereichsausnahme von § 131 Abs 4 mangels Vorliegens einer konzernrechtlichen

1375 BGH 29.11.1982 – II ZR 88/81, BGHZ 86, 1, 7; Decher ZHR 158 (1994), 473, 479; Hüffer/Koch § 131 Rdn 72.

1376 Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 40; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 58; MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 57.

1377 Decher ZHR 158 (1994), 473, 488; Höfs S 23; KK/Kersting § 131 Rdn 442; Hüffer/Koch § 131 Rdn 72; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 164; Spindler/Stilz/Siemss § 131 Rdn 77; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 100; Verse S 518; Wachter/Wachter § 131 Rdn 31.

1378 Decher ZHR 158 (1994), 473, 485; Hoffmann-Becking FS Rowedder, S 155, 168; Hüffer/Koch § 141 Rdn 39; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 162.

1379 LG München I 28.8.2008 – 5 HK O 12861/07, Rdn 538 (juris); LG München I 4.9.1997 – 5 HK O 14614/96, AG 1999, 138; Vereinte Versicherungs AG; Butzke G 87; Decher, ZHR 158 (1994), 473, 480; Hoffmann-Becking FS Rowedder, S 155, 167; KK/Kersting § 131 Rdn 443; Hüffer/Koch § 131 Rdn 72; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 163; Mader S 140, 145; UH Schneider FS Lutter, S 1193, 1201; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 99; Ziemons/Binnewies Rz I 10.645.

Sonderbeziehung und der besonderen Pflichten der §§ 302, 303 nur schwer zu begründen, wenn der andere Vertragsteil kein herrschendes Unternehmen iSv § 17 ist.¹³⁸⁰ Allerdings erfolgen aufgrund der allgemeinen Grundsätze für Vertragspartner Auskünfte oft nicht wegen deren Eigenschaft als Aktionär (Rdn 466).

470 cc) Faktischer Konzern. Auch im faktischen Konzern ist für Auskünfte, die einem beherrschenden Aktionär gegeben werden, die Anwendung des § 131 Abs 4 nicht veranlasst.¹³⁸¹ Solche Auskünfte werden dem herrschenden Unternehmen im Rahmen der speziellen Sonderbeziehung der §§ 17ff, 311ff gegeben; für eine Gleichbehandlung zwischen dem herrschenden Unternehmen und den außenstehenden Aktionären gemäß § 131 Abs 4 besteht kein Anlass (Rdn 468).¹³⁸² Die generelle Bereichsausnahme von § 131 Abs 4 im faktischen Konzern gilt unabhängig davon, ob der Informationsfluss über Repräsentanten des herrschenden Unternehmens in den Organen der abhängigen AG erfolgt oder unmittelbar an das herrschende Unternehmen. Die Bereichsausnahme ist auch nicht abhängig davon, ob Informationen zur Ausübung von Konzernleitung erteilt werden.¹³⁸³ Im durch einen Aktionärspool begründeten Mehrmütterkonzern ist die Information gegenüber sämtlichen Mitgliedern des Aktionärs pools nicht von § 131 Abs 4 erfasst.¹³⁸⁴ Auch soweit im Rahmen der Konzernbeziehung wesentliche Verträge zwischen herrschendem Unternehmen und abhängiger AG abgeschlossen werden, besteht eine generelle Bereichsausnahme, ohne dass es eines Rückgriffes auf die allgemeine Abgrenzung bei Auskünften an Vertragspartner bedarf.¹³⁸⁵

471 dd) Auskünfte an herrschendes Unternehmen. Denkbar, aber weniger praktisch ist der Fall, dass Auskünfte an ein herrschendes Unternehmen iSv § 17 erteilt werden, das jedoch keine einheitliche Konzernleitung gemäß § 18 ausübt. Auch in diesem Fall besteht nach zutreffender, aber bestrittener Auffassung für einen Anspruch der übrigen Aktionäre auf Informationserteilung gemäß § 131 Abs 4 kein Raum.¹³⁸⁶ Schon die Begrün-

1380 *Abw* MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 163.

1381 OLG München 25.8.2008 – 7 U 3326/07, Rdn 21 (juris); OLG München 30.4.2008 – 7 U 3326/07, Rdn 23 (juris); LG Düsseldorf 25.3.1992 – 34 AktE 6/91, AG 1992, 461, 462; Feldmühle Nobel/Stora; *Decher* ZHR 158 (1994), 473, 483; *Duden FS* von Caemmerer, 499, 505; *Ebenroth*, S 101, *Habersack/Versie* AG 2003, 300, 305; *Hoffmann-Becking* FS Roweder, S 155, 167; KK/*Kersting* § 131 Rdn 444; *Hüffer/Koch* § 131 Rdn 38; *Kocher* Der Konzern 2008, 611, 613; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 164; *Mader* S 456; *Pentz ZIP* 2007, 2298, 2301; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 32; *Spindler/Stilz/Siems* § 131 Rdn 77; Schmidt/Lutter/*Spindler* § 131 Rdn 100; einschr auf Wahrnehmung Konzernleitung LG Frankfurt/M 21.2.2006 – 3-5 O 71/05, AG 2007, 48, 50; Celanese; **abw** Heidel/Heidel § 131 Rdn 76; KK/*Koppensteiner* § 312 Rdn 8; *Kort ZGR* 1987, 46, 60; *UH Schneider* FS Lutter, S 1193, 1201; *Ziemons/Binnewies* Rz I 10.645; vgl auch LG München I 22.3.2006 – 5 HK O 19919/06, Rdn 25 (juris): keine offensichtliche Unbegründetheit im Freigabeverfahren.

1382 OLG München 25.8.2008 – 7 U 3326/07, Rdn 21 (juris); OLG München 30.4.2008 – 7 U 3326/07, Rdn 23 (juris).

1383 OLG München 25.8.2008 – 7 U 3326/07, Rdn 21 (juris); ebenso in der Sache OLG München 30.4.2008 – 7 U 3326/07, Rdn 23 (juris) (trotz Rdn 24 mit Hinweis auf LG Frankfurt/M); **abw** LG Frankfurt/M 21.2.2006 – 3-5 O 71/05, AG 2007, 48, 50.

1384 *Menke* NZG 2004, 697, 700.

1385 Im Ergebnis ebenso, aber unter Rückgriff auf allgemeine Grundsätze LG Potsdam 30.9.2009 – 52 O 21/08, Rdn 49 (juris); LG München I 28.8.2008 – 5 HK O 12861/07, Rdn 533 und LG München I 24.4.2008 – 5 HK O 23244/07, Rdn 362 (juris): HVB Verkauf der Beteiligung an Bank Austria und osteuropäischer Bankaktivitäten an UniCredit.

1386 *H Götz* ZGR 1998, 524, 527; *Emmerich/Habersack* § 312 AktG Rdn 5; *Hüffer* FS Schwark 2009, S 185, 194; *Hüffer/Koch* § 131 Rdn 72; *Kocher* Der Konzern 2008, 611, 613; KK/*Koppensteiner* § 312 Rdn 8; *Löbbe*, Unternehmenskontrolle im Konzern, 2003, S 128; *Mader* S 458; *Pentz ZIP* 2007, 2298, 2301; *ders* FS Priester, S 593, 612; *Versie* S 518; **abw** *Butzke* G 88; *Duden FS* von Caemmerer, 499, 506; KK/*Kersting* § 131 Rdn 446; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 165; *Spindler/Stilz/Siems* § 131 Rdn 78; Schmidt/Lutter/*Spindler* § 131 Rdn 101.

dung einer Konzernabhängigkeit gemäß § 17 löst besondere Rechte und Pflichten des herrschenden Unternehmens gemäß §§ 311ff aus. Eine Gleichbehandlung aller Aktionäre bei Auskunft an das herrschende Unternehmen im Rahmen dieser Sonderbeziehung ist nicht geboten. Ohnehin wird der Erwerb einer beherrschenden Aktionärsstellung regelmäßig der Aufnahme einheitlicher Konzernleitung dienen. Für Auskünfte zur Anbahnung einer einheitlichen Konzernleitung ist die Regelung des § 131 Abs 4 ebenso wie im faktischen Konzern (Rdn 470) nicht anwendbar.¹³⁸⁷

Informationen der AG an den herrschenden Aktionär zum Zwecke der Veräußerung seiner Beteiligung lösen ebenfalls keinen Auskunftsanspruch der außenstehenden Aktionäre gemäß § 131 Abs 4 aus. Die Anwendung von § 131 Abs 4 auf Auskünfte an das herrschende Unternehmen scheidet während der gesamten Dauer der speziellen Sonderbeziehung von der Begründung einer Abhängigkeit (regelmäßig durch Kontrollerwerb) bis hin zu ihrer Beendigung aus.¹³⁸⁸ Auch auf **Auskünfte** an den neuen beherrschenden Aktionär **im Rahmen des Kontrollwechsels** – insbesondere im Rahmen einer Untersuchung des Kaufobjekts (sog *Due Diligence*) – ist § 131 Abs 4 nicht anwendbar. Entweder man verneint die Aktionärseigenschaft, so dass Auskünfte an den Erwerber nicht in der Eigenschaft als Aktionär erteilt worden sind (Rdn 458), oder man bejaht bereits vor der dinglichen Übertragung die Eigenschaft des Käufers als herrschendes Unternehmen,¹³⁸⁹ so dass eine Informationserteilung im Rahmen der speziellen Sonderbeziehung der §§ 17ff, 311ff und außerhalb des § 131 Abs 4 erfolgt (Rdn 471).¹³⁹⁰

ee) Auskünfte beim Squeeze-out. Für Auskünfte an den Hauptaktionär zur Vorbereitung und Durchführung eines *Squeeze-out* entspricht es mittlerweile ebenfalls gesicherter Auffassung, dass diese nicht **von § 131 Abs 4** erfasst sind.¹³⁹¹ Zum Zwecke der Ermittlung und Festlegung der Barabfindung sieht § 327b Abs 1 Satz 2 einen Auskunftsanspruch des Hauptaktionärs gegenüber dem Vorstand der abhängigen AG vor. Aber auch Auskünfte, die sich nicht auf die Unternehmensbewertung beziehen, finden im Rahmen der gesetzlichen Sonderbeziehungen der §§ 327a ff und zudem im Rahmen der dafür erforderlichen Konzernbeziehungen statt.

ff) Auskünfte zur Konzernrechnungslegung, § 131 Abs 4 Satz 3. Gemäß § 131 Abs 4 Satz 3 besteht kein Auskunftsrecht der Aktionäre für außerhalb der Hauptversammlung gegebene Auskünfte, die ein Tochterunternehmen, ein Gemeinschaftsunternehmen oder ein assoziiertes Unternehmen einem Mutterunternehmen zum Zwecke der Einbeziehung der Gesellschaft in den Konzernabschluss des Mutterunternehmens erteilt,

1387 Decher ZHR 158 (1994), 473, 488; insoweit auch KK/Kersting § 131 Rdn 445; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 166; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 32; im Ergebnis auch LG Düsseldorf 25.3.1992 – 34 AktE 6/91, AG 1992, 461, 462 (obiter dictum); **abw** Heidel/Heidel § 131 Rdn 76.

1388 Decher ZHR 158 (1994), 473, 489; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 32; Treck FS Fikentscher, S 434, 449f; **abw** KK/Kersting § 131 Rdn 446; Lutter ZIP 1997, 613, 617, 618; Verse S 547.

1389 So im Einzelfall Lutter FS Steindorff, 1990, S 125, 132; Noack Gesellschaftervereinbarungen bei Kapitalgesellschaften, 1994, S 90; Weber ZIP 1994, 678, 683.

1390 Decher ZHR 158 (1994), 473, 489; KK/Kersting § 131 Rdn 445; Kocher Der Konzern 2008, 611, 614; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 151, 166; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 32; **abw** Heidel/Heidel § 131 Rdn 76.

1391 OLG Düsseldorf 29.12.2009 – 1-6 U 69/08, 121 (juris); OLG Düsseldorf 10.9.2008 – I-6 W 30/08, ZIP 2009, 170, 175; LG München I 20.1.2011 – 5 HK O 18800/09, Rdn 276 (juris); HRE; LG München I 28.8.2008 – 5 HK O 12861/07, Rdn 532 (juris) und LG München I 24.4.2008 – 5 HK O 23244/07, Rdn 361 (juris); HVB; LG Saarbrücken 14.9.2015 – 7 I O 7/04, Rdn 102 (juris); LG Saarbrücken 28.7.2004 – 7 I O 24/04, Rdn 42 (juris); GroßKomm/Fleischer § 327b Rdn 10; Emmerich/Habersack § 327b Rdn 5; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 166; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 98; einschr Ziemons/Binnewies Rz I 10.642; offenlassend LG Frankfurt/M 27.5.2008 – 3-5 O 89/08 (nv): Corealcredit; **abw** Heidel/Heidel § 131 Rdn 76, § 327b Rdn 6.

sofern die Auskunft für diesen Zweck benötigt wird. Die Regelung ist zur Umsetzung der Bankbilanz-RL eingefügt worden.¹³⁹² Aus § 131 Abs 4 Satz 3 kann **nicht** gefolgert werden, dass bei Auskünften der abhängigen AG an das herrschende Unternehmen außerhalb des Bereichs der Konzernrechnungslegung stets gemäß § 131 Abs 4 Satz 1, 2 ein Auskunftsanspruch der außenstehenden Aktionäre bestehe. Für einen solchen **Umkehrschluss** lässt sich zwar auf den ersten Blick die amtliche Begründung zur Einfügung des § 131 Abs 4 Satz 3 anführen, wonach mit der Regelung Nachteile aus einer Anwendung des § 131 Abs 4 vermieden werden sollen.¹³⁹³ Die amtliche Begründung ist jedoch ausschließlich im Kontext der Vorschriften zur Konzernrechnungslegung zu sehen. Sie enthält keinerlei Aussagen für sonstige Auskünfte im Konzern.¹³⁹⁴

475 Für die **Vollkonsolidierung** im Verhältnis von Mutterunternehmen und Tochterunternehmen bestätigt § 131 Abs 4 Satz 3, dass bei Bestehen einer rechtlichen Sonderbeziehung des Auskunftsempfängers zur AG eine Anwendung des § 131 Abs 4 zugunsten der übrigen Aktionäre nicht in Betracht kommt. Diese Sonderbeziehung ergibt sich aus **§ 294 Abs 3 HGB**: danach besteht eine ausdrückliche gesetzliche Verpflichtung der Geschäftsführung eines abhängigen Unternehmens zur Auskunftserteilung an die Muttergesellschaft zum Zwecke der Konzernrechnungslegung. Wegen dieser gesetzlichen Verpflichtung des Vorstands der abhängigen AG gegenüber der Muttergesellschaft ist für eine Gleichbehandlung der außenstehenden Aktionäre gemäß § 131 Abs 4 kein Raum (Rdn 468). Insoweit hat § 131 Abs 4 Satz 3 allenfalls **klarstellende Bedeutung**.¹³⁹⁵

476 Eine eigenständige Bedeutung hat § 131 Abs 4 Satz 3 für Auskünfte im Rahmen einer **anteilmäßigen Konsolidierung** durch ein Gemeinschaftsunternehmen bzw im Rahmen der sog. **Equity-Konsolidierung** durch ein assoziiertes Unternehmen. Jedenfalls beim assoziierten Unternehmen und nach herrschender bilanzrechtlicher Auffassung auch beim Gemeinschaftsunternehmen besteht keine Konzernbeziehung im Sinne der §§ 15 ff.¹³⁹⁶ Zudem besteht in diesen Fällen kein Auskunftsanspruch gemäß § 294 Abs 3 HGB, so dass sich das Bestehen einer die Anwendung von § 131 Abs 4 ausschließenden Sonderbeziehung allenfalls aus § 310, 311 HGB hätte begründen lassen können. Die Einfügung des § 131 Abs 4 Satz 3 beseitigt insoweit etwaige Unsicherheiten.

477 Die Einschränkung des § 131 Abs 4 Satz 3 setzt **objektiv** voraus, dass die Auskunft für die Erstellung des Konzernabschlusses benötigt wird. Sie umfasst damit alle Auskünfte, die im Rahmen einer ordnungsgemäßen Erstellung des Konzernabschlusses gemäß §§ 290ff HGB erforderlich sind. Macht das Mutterunternehmen von den Befreiungsmöglichkeiten der §§ 292, 293, 315a Abs 3 HGB keinen Gebrauch, so bleibt es für Auskünfte zu einer darüber hinausgehenden Konzernpublizität bei der Anwendung des § 131 Abs 4 Satz 3.¹³⁹⁷ **Subjektiv** müssen die Auskünfte zum Zweck der Einbeziehung der Gesellschaft in den Konzernabschluss des Mutterunternehmens erteilt werden. Ist das

1392 Richtlinie 86/635/EWG zum Jahresabschluss und zum konsolidierten Abschluss von Banken v. 8.12.1986, ABI EG L 372, umgesetzt durch BGBl I 1990 S 2570.

1393 BT-Drucks 11/6275 S 26.

1394 LG München I 28.8.2008 – 5 HK O 12861/07, Rdn 538 (juris); LG München I 26.4.2007 – 5 HK O 12848/06, Der Konzern 2007, 448, 455; Decher ZHR 158 (1994), 473, 485; Habersack/Versie AG 2003, 300, 306; Hoffmann-Becking FS Rowedder, S 155, 168; KK/Kersting § 131 Rdn 448; Hüffer/Koch § 131 Rdn 73; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 162; Mader S 451; Pentz ZIP 2007, 2298, 2299; ders FS Priester, S 593, 604; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 32; Spindler/Stilz/Siemss § 131 Rdn 84; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 102; abw Heidel/Heidel § 131 Rdn 77; Ziemons/Binnewies Rz I 10.642, 645.

1395 Decher ZHR 158 (1994), 473, 485; Hoffmann-Becking FS Rowedder, S 155, 169; Hüffer/Koch § 131 Rdn 73; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 167; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 102.

1396 Hoffmann-Becking aaO, mwN.

1397 KK/Kersting § 131 Rdn 449; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 167.

nicht der Fall, so greift § 131 Abs 4 Satz 3 nicht.¹³⁹⁸ Die Auskünfte können jedoch bei Bestehen einer Konzernbeziehung privilegiert sein (Rdn 468).

f) Verbleibender praktischer Anwendungsbereich. Praktischer Raum für einen Auskunftsanspruch gemäß § 131 Abs 4 bleibt vor allem bei Auskünften an **Großaktionäre**, die zwar eine wesentliche Beteiligung (uU sogar eine Mehrheitsbeteiligung) halten, aber dennoch nicht beherrschender Aktionär iSv §§ 17 ff sind (dazu Rdn 471). Solche Großaktionäre befinden sich nicht in einer besonderen Rechtsbeziehung gemäß §§ 17 ff, 311 ff zur AG, so dass der Gleichbehandlungsgedanke des § 131 Abs 4 Anwendung findet. Auskünfte an einen Groß- oder Mehrheitsaktionär lösen auch dann einen entsprechenden Auskunftsanspruch der übrigen Aktionäre in der Hauptversammlung aus, wenn die Auskünfte im Zusammenhang mit der Geltendmachung unternehmerischen Einflusses auf die AG erfolgen.¹³⁹⁹

Nach verbreiterter Auffassung sind **Informationen** an Großaktionäre und an institutionelle Anleger, die die Gesellschaft **zur Ermöglichung wesentlicher Maßnahmen** oder von Hauptversammlungsbeschlüssen gibt, von § 131 Abs 4 ausgenommen.¹⁴⁰⁰ In der Praxis ist es etwa üblich, dass der Vorstand im Vorfeld der Durchführung einer geplanten Kapitalerhöhung oder der Beschlussfassung über wesentliche Strukturmaßnahmen oder anderer wesentlicher Hauptversammlungsbeschlüsse bei bedeutenden Aktionären sondiert, ob diese die Maßnahmen unterstützen. Einer Gleichbehandlung der anderen Aktionäre gemäß § 131 Abs 4 bedarf es in solchen Fällen nicht, wenn und weil die übrigen Aktionäre durch kapitalmarktrechtliche Regeln (zB ad hoc-Publizität, Prospektpflicht) sowie gesetzliche Informationspflichten über die Maßnahme im Vorfeld und in der Hauptversammlung (Rdn 28) ebenfalls ausreichende Informationen erhalten.

Im Rahmen einer *vendor due diligence* erteilte **Auskünfte an einen verkaufswilligen Großaktionär** lösen einen Anspruch der übrigen Aktionäre gemäß § 131 Abs 4 aus. Zwar ließe sich unter Heranziehung der allgemeinen Grundsätze zu § 53a eine Ungleichbehandlung sachlich rechtfertigen. Nach geltendem Recht ermöglicht § 131 Abs 4 aber – anders als bei Beendigung einer Konzernbeziehung mit einem Kontrollwechsel (Rdn 472) – auch im Rahmen des Verkaufs keine Ungleichbehandlung zwischen Großaktionär und Kleinaktionären (Rdn 454).¹⁴⁰¹

Informationen im Rahmen einer *buyer due diligence* lösen dagegen auch unterhalb eines Kontrollerwerbs keinen Anspruch der Aktionäre gemäß § 131 Abs 4 aus, wenn der Interessent zum Zeitpunkt der Informationserteilung nicht Aktionär ist und die Informationserteilung auch nur der Willensbildung dient, ob die Beteiligung erworben wird (Rdn 472). Werden Informationen an einen Aktionär zur **Aufstockung einer bestehenden Beteiligung** gegeben, so erfolgt die Information ebenfalls nicht wegen der Eigen-

1398 KK/Kersting § 131 Rdn 449; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 167,

1399 BayObLG 17.7.2002 – 3 Z BR 394/01, NJW-RR 2002, 1558, 1559; Butzke G 88; Ebenroth, S 98;

Habersack/Verse AG 2003, 300, 307; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 58; Hoffmann-Becking FS Rowedder, S 155, 166; KK/Kersting § 131 Rdn 440, 446; Kocher Der Konzern 2008, 611, 613; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 165; Lutter ZIP 1997, 613, 616; Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner § 34 Rdn 67; Pentz FS Priester, S 593, 614; zurückhaltend Bachmann in VGR (Hrsg), Bd 22, S 135, 165, 168, 170; abw Janberg AG 1965, 191, 193; de lege ferenda Boesebeck AG 1963, 89, 92; eingeschränkt auch Duden FS von Caemmerer, 499, 507.

1400 Duden FS von Caemmerer, S 493, 509; Fleischer ZGR 2009, 505, 521; Hopt ZGR 1997, 1, 26; Janberg AG 1965, 191, 193; Kalss, Anlegerinteressen, 2001, S 314; U H Schneider/Singhof FS Kraft, S 585, 592; Verse S 535; zurückhaltend Zetsche S 368.

1401 Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 56; KK/Kersting § 131 Rdn 446; Lutter ZIP 1997, 613, 616; zurückhaltend Bachmann in VGR (Hrsg), Bd 22, S 135, 168, 170; abw Butzke G 91; Hemeling ZHR 169 (2005), 274, 288; Hüffer/Koch § 131 Rdn 71; Kocher Der Konzern 2008, 611, 615; Krömker NZG 2003, 418, 423; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 29; Wachter/Wachter § 131 Rdn 31.

schaft als Aktionär, sondern wie an andere Kaufinteressenten im Rahmen einer sich anbahnenden Sonderbeziehung (Rdn 466, 472).¹⁴⁰² Werden zusätzliche Informationen zur Ermöglichung eines öffentlichen Übernahmevertrags gegeben, so verdrängen die Informationen im Rahmen der Angebotsunterlage gemäß § 11 WpÜG, § 2 WpÜG-AngebVO und die Stellungnahme der Verwaltung gemäß § 27 WpÜG die Anwendung des § 131 Abs 4. Für eine Anwendung § 131 Abs 4 besteht daneben weder Raum noch Bedarf.¹⁴⁰³

482 Einen zunehmend an Bedeutung gewinnenden Anwendungsbereich von § 131 Abs 4 bilden Auskünfte gegenüber institutionellen Anlegern im Rahmen der Pflege der **Investor Relations**. So werden auf sog *Road Shows* institutionellen Anlegern Auskünfte über das Unternehmen gegeben, die über das übliche Maß kapitalmarktrechtlicher Information in Zwischenberichten oder innerhalb der Hauptversammlung deutlich hinausgehen.¹⁴⁰⁴ Sofern diese institutionellen Anleger nicht nur potentielle, sondern schon gegenwärtige Aktionäre sind, liegt ein Anwendungsfall von § 131 Abs 4 vor.¹⁴⁰⁵ Für den gemäß Ziff 5.2 DCGK angeregten **Dialog zwischen Aufsichtsratsvorsitzendem und Investoren** ist § 131 Abs 4 ebenfalls einschlägig, sofern er mit Wissen und Billigung des Vorstands erfolgt (Rdn 460).¹⁴⁰⁶ Für einen Dialog mit potentiellen Investoren gilt § 131 Abs 4 dagegen nicht (Rdn 459). In allen Fällen eines Investorendialogs ist eine Gleichbehandlung über § 131 Abs 4 durch entsprechende Informationen in der Hauptversammlung an sich nicht sachgerecht, weil sie den im Interesse der Gesellschaft liegenden Investorendialog erschwert. Bei fehlender Mitteilung von Insidertatsachen wird deshalb in der Literatur für den Investorendialog eine Einschränkung des § 131 Abs 4 in Übereinstimmung mit kapitalmarktrechtlichen Wertungen erwogen.¹⁴⁰⁷ Mit dem geltenden Recht ist diese Einschätzung indessen nur schwer vereinbar. *De lege ferenda* wäre in Anlehnung an internationale Standards¹⁴⁰⁸ und an Ziff 6.1 DCGK eine unverzügliche Offenlegung sämtlicher in einem Investorendialog mitgeteilter wesentlicher neuer Tatsachen über die Internetseite der Gesellschaft vorzugswürdig (Rdn 456).

483 Die Anwendung des § 131 Abs 4 kommt bei Auskünften an die **Aktionärsschutzvereinigungen** im Vorfeld einer Hauptversammlung in Betracht, bei der diese als Aktionärsvertreter auftreten.¹⁴⁰⁹ Vielfach dienen die Gespräche mit den Schutzvereinigungen ohnehin gerade dazu, einen etwaigen Informationsbedarf der Aktionäre für die Hauptversammlung zu erkennen und die den Schutzvereinigungen und einzelnen Aktionären gegebenen Informationen ggf auch in die Hauptversammlungsrede des Vorstandsvorsitzenden einfließen zu lassen. Zudem findet § 131 Abs 4 bei Auskünften am Rande und im Nachgang zur Hauptversammlung Anwendung (Rdn 463).

484 g) Konkretes Auskunftsverlangen. Die erweiterte Auskunftspflicht gemäß § 131 Abs 4 besteht nicht unaufgefordert, sondern nur auf Verlangen eines Aktionärs. Der

1402 Butzke G 91; Ziemons/Binnewies Rz I 10.644; **abw** MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 151.

1403 Zetsche S 370.

1404 Franken/Heinsius FS Budde, 213, 219; Grüner NZG 2000, 770, 777; Schiessl in VGR (Hrsg) Bd 2, S 57, 68; Seibt in VGR (Hrsg) Bd 3, S 37, 52; Siebel/Gebauer WM 2001, 118, 124; Wilde ZGR 1998, 423, 460.

1405 Fleischer ZGR 2009, 505, 525; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 78; Zetsche S 342.

1406 Hüffer/Koch § 131 Rdn 74; Koch AG 2017, 123, 138; Tüngler Board 2016, 173, 174; vgl auch Bachmann in VGR (Hrsg), Bd 22, S 135, 169; Fleischer/Bauer/Wansleben DB 2015, 360, 364; **abw** Hirt/Hopt/Mattheus AG 2016, 725, 739; nur Auskünfte des Vorstands erfasst, dazu Rdn 461.

1407 Fleischer ZGR 2009, 505, 526; U H Schneider/Singhof FS Kraft, S 585, 599; Seibt in VGR (Hrsg) Bd 3, S 37, 53; Siebel/Gebauer WM 2001, 118, 133.

1408 Regulation Fair disclosure SEC, Rule 100 (b) (1).

1409 Butzke G 88; Hüffer/Koch § 131 Rdn 71; KK/Kersting § 131 Rdn 430; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 78.

Aktionär muss deutlich machen, dass er die dem anderen Aktionär erteilte Auskunft auch für sich begehrte.¹⁴¹⁰ Die Rechtsprechung stellt hohe Anforderungen an die Konkretisierungspflicht des Aktionärs, die sich im Ergebnis als eine wesentliche Einschränkung der Anwendung des § 131 Abs 4 auswirken. Danach ist die **allgemeine Behauptung**, Aktionären seien außerhalb der Hauptversammlung Auskünfte erteilt worden und das Verlangen, diese Auskünfte nunmehr in der Hauptversammlung zu erteilen, unzureichend.¹⁴¹¹ Häufig kann ein Aktionär nicht wissen, ob und welche Auskünfte der Vorstand anderen Aktionären außerhalb der Hauptversammlung gegeben hat. In solchen Fällen genügt zur Begründung eines Anspruchs gemäß § 131 Abs 4 **nicht eine Ausforschungsfrage** dahingehend, ob und welche Auskünfte einem Aktionär außerhalb der Hauptversammlung erteilt worden seien.¹⁴¹² Eine solche Frage dient überhaupt erst dazu, die Voraussetzungen für ein Auskunftsverlangen nach § 131 Abs 4 zu schaffen. Solche Fragen sind daher nach § 131 Abs 1 zu beurteilen und werden regelmäßig zur sachgemäßen Beurteilung des Gegenstands der Tagesordnung nicht erforderlich sein.¹⁴¹³

Hinsichtlich der **Anforderungen an die Konkretisierungspflicht** des Aktionärs **485** tendiert die Rechtsprechung zu einer strengen Behandlung und verlangt, dass der Aktionär unter Darlegung eines bestimmten Informationsvorgangs außerhalb der Hauptversammlung an einen Aktionär eine entsprechende Auskunft begehrte.¹⁴¹⁴ Darüber hinausgehend wird gelegentlich die Bezeichnung eines bestimmten Aktionärs verlangt, dem die Auskunft gegeben wurde.¹⁴¹⁵ Demgegenüber sollte die Darlegung von Umständen genügen, die die Annahme zumindest nahelegen, dass die AG einem bestimmten Aktionär oder einem Kreis von Aktionären thematisch eingegrenzte Auskünfte außerhalb der Hauptversammlung erteilt hat (§ 132 Rdn 50).¹⁴¹⁶

1410 BayObLG 17.7.2002 – 3 Z BR 394/01, NJW-RR 2002, 1558, 1559; LG Flensburg 7.4.2004 – 6 O 17/03, NZG 2004, 677, 680; KK/Kersting § 131 Rdn 457; Hüffer/Koch § 131 Rdn 75.

1411 BGH 29.11.1982 – II ZR 88/81, BGHZ 86, 1, 7; LG Frankfurt/M. 16.5.1966 – 31 O 63/66, AG 1968, 24; Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 41; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 59; MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 55; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 80.

1412 BayObLG 17.7.2002 – 3 Z BR 394/01, NJW-RR 2002, 1558, 1559; OLG Dresden 1.12.1998 – 7 W 426/98, AG 1999, 274, 276; LG München I 28.8.2008 – 5 HK O 12861/07, Rdn 536 (juris); LG München I 24.4.2008 – 5 HK O 23244/07, Rdn 363 (juris); LG Düsseldorf 25.3.1992 – 34 Akte 6/91, AG 1992, 461, 462; Feldmühle Nobel/Stora; Butzke G 89; Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 41; Hoffmann-Becking FS Rowedder, 155, 160; Hüffer/Koch § 131 Rdn 75; Kocher Der Konzern 2008, 611, 617; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 158; Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner § 34 Rdn 68; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 80; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 103; einschr KK/Kersting § 131 Rdn 463; abw Burgard, S 87; Ebenroth, S 103; Godin-Wilhelmi § 131 Anm 13; Heidel/Heidel § 131 Rdn 80; Ziemons/Binnewies Rz I 10.646; wohl auch U H Schneider FS Lutter, S 1193, 1202.

1413 BayObLG 17.7.2002 – 3 Z BR 394/01, NJW-RR 2002, 1558, 1559; OLG Dresden 1.12.1998 – 7 W 426/98, AG 1999, 274, 275; Hoffmann-Becking FS Rowedder S 155, 160; Hüffer/Koch § 131 Rdn 41; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 80; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 103; vgl aber KK/Kersting § 131 Rdn 463.

1414 BGH 29.11.1982 – II ZR 88/81, BGHZ 86, 1, 7; OLG Dresden 1.12.1998 – 7 W 426/98, AG 1999, 274, 276; LG Frankfurt/M 16.2.2016 – 3-5 U 132/15, Rdn 24 (juris); LG Düsseldorf 25.3.1992 – 34 Akte 6/91, AG 1992, 461, 462; LG Braunschweig 6.4.1990 – 22 O 97/89, BB 1991, 856, 857 LG Frankfurt/M 16.5.1966 – 31 O 63/66, AG 1968, 24; Barz FS Möhring, 153, 168; großzügig aber BayObLG 17.7.2002 – 3 Z BR 394/01, NJW-RR 2002, 1558, 1559.

1415 LG Frankfurt/M 16.5.1966 – 31 O 63/66, AG 1968, 24; vgl auch BayObLG 17.7.2002 – 3 Z BR 394/01, NJW-RR 2002, 1558, 1559; Kocher Der Konzern 2008, 611, 617.

1416 Hoffmann-Becking FS Rowedder S 155, 162; KK/Kersting § 131 Rdn 460; Kocher Der Konzern 2008, 611, 617; Kraack BB 2016, 2260; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 80; vgl auch Butzke G 89; Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 41; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 158; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 30; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 131 Rdn 80; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 103.

- 486 h) Auskunft in der Hauptversammlung.** Liegen die Voraussetzungen für einen Auskunftsanspruch gemäß § 131 Abs 4 vor, so ist dieser in der Hauptversammlung zu erfüllen. Ein Anspruch auf Auskunft auch außerhalb oder vor der nächsten Hauptversammlung lässt sich wegen der Spezialität des § 131 Abs 4 zu § 53a nicht begründen (Rdn 453). Hat die Gesellschaft jedoch die einem anderen Aktionär gegebene Auskunft auch allen anderen Aktionären bereits außerhalb der Hauptversammlung erteilt (zB auf der Website), so entfällt der Anspruch auf nochmalige Auskunftserteilung in der Hauptversammlung (s auch § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 7).¹⁴¹⁷ Für die Form der Auskunftserteilung gemäß § 131 Abs 4 gelten die allgemeinen Grundsätze; sie ist also regelmäßig nur mündlich zu erteilen (Rdn 270ff).¹⁴¹⁸ Das gilt auch dann, wenn die Auskunft einem anderen Aktionär außerhalb der Hauptversammlung in anderer Form erteilt wurde.¹⁴¹⁹
- 487 Zeitliche Beschränkungen** für das Auskunftsbegehren gemäß § 131 Abs 4 bestehen grundsätzlich nicht. Insbesondere muss das Auskunftsverlangen nicht in der nächsten Hauptversammlung nach der Auskunftserteilung gestellt werden;¹⁴²⁰ es kann insbes sinnvoll sein, die nächste ordentliche Hauptversammlung abzuwarten und das Verlangen nicht in einer außerordentlichen Hauptversammlung zu stellen. Im Einzelfall kann ein Auskunftsverlangen bei einer lange zurückliegenden Auskunftserteilung außerhalb der Hauptversammlung aber rechsmisbräuchlich oder treuwidrig sein.¹⁴²¹ Das kann der Fall sein, wenn dem Auskunftsthema jeder aktuelle Bezug zu gesellschaftsrelevanten Vorgängen fehlt.¹⁴²²
- 488** Der Auskunftsanspruch des § 131 Abs 4 ist in der Hauptversammlung zu erfüllen, auch wenn die Auskunft zur sachgemäßen Beurteilung des Gegenstands der Tagesordnung nicht erforderlich ist, § 131 Abs 4 Satz 1 letzter Halbsatz. Es ist nach geltendem Gesetzesrecht auch nicht begründbar, wenigstens einen Zusammenhang mit der Tagesordnung zu verlangen.¹⁴²³ Allerdings muss die Auskunft eine **Angelegenheit der Gesellschaft** betreffen (Rdn 78).¹⁴²⁴

- 489 i) Auskunftsverweigerungsgründe.** Bei Vorliegen eines Anspruchs auf Auskunft in der Hauptversammlung gemäß § 131 Abs 4 Satz 1 kann sich der Vorstand gemäß § 131 Abs 4 Satz 2 nicht auf die Auskunftsverweigerungsgründe des **§ 131 Abs 3 Satz 1 Nr 1–4** berufen. Diese Regelung ist im Hinblick auf den Auskunftsverweigerungsgrund der Nr 1 kritisiert worden. Der Vorstand werde über § 131 Abs 4 gezwungen, Auskünfte in der Hauptversammlung zu erteilen, die der Gesellschaft einen nicht unerheblichen Nachteil zufügen.¹⁴²⁵

1417 Zetsche S 344.

1418 MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 157.

1419 Abw KK/Kersting § 131 Rdn 459.

1420 BayObLG 17.7.2002 – 3 Z BR 394/01, NJW-RR 2002, 1558, 1559; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 156; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 81; abw Godin-Wilhelmi § 131 Anm 14.

1421 BayObLG 17.7.2002 – 3 Z BR 394/01, NJW-RR 2002, 1558, 1559; Butzke G 89; KK/Kersting § 131 Rdn 458; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 156; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 80.

1422 BayObLG 17.7.2002 – 3 Z BR 394/01, NJW-RR 2002, 1558, 1559; MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 53; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 30.

1423 BayObLG 17.7.2002 – 3 Z BR 394/01, NJW-RR 2002, 1558, 1559; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 60; KK/Kersting § 131 Rdn 451; Hüffer/Koch § 131 Rdn 76; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 157, 160; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 30; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 104; Ziemons/Binnewies Rz I 10.641; abw Ebenroth, S 102; MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 53.

1424 Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 60; KK/Kersting § 131 Rdn 452; Hüffer/Koch § 131 Rdn 42; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 160; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 31; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 82; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 104; vgl auch BayObLG 17.7.2002 – 3 Z BR 394/01, NJW-RR 2002, 1558, 1559 (Rdn 487); abw Heidel/Heidel § 131 Rdn 75.

1425 Boesbeck AG 1963, 89, 92; Krehnke AG 1968, 280, 283; KK/Kersting § 131 Rdn 467; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 106.

Gleichwohl kann die gesetzliche Regelung nicht unter Rückgriff auf verfassungsrechtliche Grundsätze überspielt werden.¹⁴²⁶ Wird der Vorstand gemäß § 131 Abs 4 wegen des fehlenden Auskunftsverweigerungsrechts nach § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 1 gezwungen, in der Hauptversammlung für die AG nachteilige Auskünfte zu geben, so macht er sich gleichzeitig gegenüber der Gesellschaft schadenersatzpflichtig.¹⁴²⁷

Zulässig bleibt die Berufung auf das Auskunftsverweigerungsrecht des **§ 131 Abs 3 490** **Satz 1 Nr 5**, soweit sich der Vorstand durch die Erteilung der Auskunft strafbar machen würde. Durch dieses Auskunftsverweigerungsrecht sollen Härten abgemildert werden, die sich aus dem Fehlen des Auskunftsverweigerungsrechts insbes gemäß Nr 1 ergeben könnten.¹⁴²⁸ Ebenso bleibt die Berufung auf das Auskunftsverweigerungsrecht des § 131 Abs 1 Satz 1 **Nr 7** möglich (vgl auch Rdn 486).

Möglich bleibt ferner nach dem Wortlaut des § 131 Abs 4 Satz 2 die Berufung auf **491** das Auskunftsverweigerungsrecht nach **§ 131 Abs 3 Satz 1 Nr 6**, wenn die Gesellschaft ein Kreditinstitut oder Finanzdienstleistungsinstitut ist. Sachliche Gründe hierfür sind allerdings nicht zu erkennen.¹⁴²⁹ Angesichts der Tatsache, dass das Auskunftsverweigerungsrecht gemäß Nr 6 erst nachträglich zum 1.1.1991 eingefügt wurde (Rdn 419), spricht einiges für ein **redaktionelles Abstimmungsversehen** des Gesetzgebers und dementsprechend bei einem Auskunftsanspruch gemäß § 131 Abs 4 für eine Versagung des Auskunftsverweigerungsgrundes der Nr 6.¹⁴³⁰

X. Anspruch auf Protokollierung (§ 131 Abs 5)

1. Bedeutung. Wird einem Aktionär eine Auskunft verweigert, so kann er gemäß **492** § 131 Abs 5 verlangen, dass seine Frage und der Grund, aus dem die Auskunft verweigert worden ist, in die Niederschrift über die Verhandlung aufgenommen werden. Die notarielle Niederschrift dient ausweislich der Gesetzesmaterialien der Vermeidung späterer Auseinandersetzungen darüber, ob und aus welchem Grund der Vorstand die Auskunft verweigert hat; die Regelung **dient** also ausschließlich **Beweiszwecken**. Dagegen ist die Protokollierung nicht Voraussetzung für die gerichtliche Durchsetzung des Auskunftsanspruchs im Wege der Anfechtungsklage oder eines Verfahrens nach § 132 (Rdn 503).¹⁴³¹ Nur für die gerichtliche Bestellung eines Sonderprüfers gemäß § 258 Abs 1 Satz 1 Nr 2 ist Voraussetzung das Verlangen der Aufnahme einer nicht beantworteten Frage in die Niederschrift des Notars.

Die **praktische Bedeutung** der Vorschrift ist hoch: Sowohl Aktionäre als auch die **493** Gesellschaft (Rdn 499) haben oft ein Interesse an der Aufnahme von nach Auffassung des Aktionärs nicht beantworteten Fragen in das notarielle Protokoll.¹⁴³² Weniger häufig wird dagegen die Aufnahme des Grunds für die (angeblich) nicht erteilte Auskunft verlangt (Rdn 498).

1426 Hoffmann-Becking FS Rowedder, 155, 163; KK/Kersting § 131 Rdn 467; Hüffer/Koch § 131 Rdn 76; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 161; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 106.

1427 Hoffmann-Becking FS Rowedder, 155, 165; zurückhaltend KK/Kersting § 131 Rdn 467.

1428 Hüffer/Koch § 131 Rdn 76; zurückhaltend KK/Kersting § 131 Rdn 467; einschr Hoffmann-Becking FS Rowedder S 155, 164.

1429 Vgl insow auch Butzke G 90; Hüffer/Koch § 131 Rdn 76; auch insow **abw** KK/Kersting § 131 Rdn 465.

1430 Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 42; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 60; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 161; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 83; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 106; Ziemons/Binnewies Rz I 10.641; **abw** Heidel/Heidel § 131 Rdn 75; KK/Kersting § 131 Rdn 465; Hüffer/Koch § 131 Rdn 76.

1431 Begr RegE bei Kropff Aktiengesetz 1965, S 188.

1432 Butzke G 83; Krieger FS Priester, 387.

2. Voraussetzungen

- 494 **a) Auskunftsverlangen.** Die Protokollierungspflicht des § 131 Abs 5 setzt zunächst ein Auskunftsverlangen eines Aktionärs voraus. Die zur Aufnahme in das Protokoll vorgesehene Frage muss **in der Hauptversammlung mündlich** gestellt worden sein.¹⁴³³ Ein Anspruch auf Protokollierung besteht ferner nur für den Aktionär, der die Frage gestellt hat.¹⁴³⁴ Andere Aktionäre können die Frage nur dann als unbeantwortet zu Protokoll geben, wenn sie sich die Frage konkret (also nicht nur pauschal) zu eigen gemacht haben (Rdn 63).
- 495 In der Praxis versuchen Aktionäre nicht selten, nur **angeblich gestellte Fragen** protokollieren zu lassen, die sie gar nicht gestellt haben, etwa weil sie sich durch eine Beschränkung des Rede- und Fragerechts (Rdn 298) oder eine Schließung der Rednerliste (Rdn 340) gehindert sahen, die Frage zu stellen.¹⁴³⁵ Trotz insoweit fehlenden Anspruchs auf Protokollierung gemäß § 131 Abs 5 werden in der Praxis oft zur Vermeidung von Auseinandersetzungen mit dem Aktionär und einer zeitlichen Verzögerung der Hauptversammlung auch solche angeblich gestellten Fragen zu Protokoll des Notars genommen (zur Beweiskraft Rdn 504).¹⁴³⁶
- 496 **b) Auskunftsverweigerung.** Weitere Voraussetzung für eine Protokollierungspflicht ist nach dem Gesetzeswortlaut eine Auskunftsverweigerung. Eine solche Auskunftsverweigerung braucht nicht ausdrücklich zu erfolgen; es genügt (und ist in der Praxis häufiger) eine allgemeine oder ausweichende Antwort, eine unvollständige Antwort oder das Übergehen einer Frage (Rdn 356).¹⁴³⁷ Über den Wortlaut hinausgehend wird von § 131 Abs 5 auch der Fall erfasst, dass der Vorstand auf eine Frage eine **Auskunft nicht erteilt** oder verweigert, weil – insbes. mangels Erforderlichkeit – keine Auskunftspflicht bestand.¹⁴³⁸ Über die Frage, ob eine Frage durch die Gesellschaft beantwortet worden ist oder ob die Gesellschaft zur Auskunftserteilung verpflichtigt ist, besteht häufig Uneinigkeit zwischen Gesellschaft und Aktionär. In der **Praxis** wird regelmäßig eine nach Auffassung des Aktionärs nicht, nicht vollständig oder unrichtig beantwortete Frage zu Protokoll des Notars genommen (zur Beweiskraft Rdn 504, zur Protokollierung der Antwort Rdn 502).¹⁴³⁹
- 497 Ein Anspruch auf Protokollierung besteht nur dann, wenn klar ist, dass die Gesellschaft die Auskunft nicht erteilen wird. Dementsprechend besteht kein Anspruch gemäß § 131 Abs 5 auf Protokollierung der Frage zugleich mit der Fragestellung oder auch nur vor Beendigung der letzten Antwortenrunde in der Hauptversammlung.¹⁴⁴⁰ In der Praxis gibt der Versammlungsleiter den Aktionären vor Schließung der Aussprache die Gelegenheit, nach ihrer Auffassung nicht beantwortete Fragen zu Protokoll des Notars zu geben; die Schließung der Aussprache erfolgt dann entweder erst nach Aufnahme der Fragen und Prüfung der bereits erteilten Antworten oder es wird unverzüglich nach der

1433 OLG Frankfurt/M 8.11.2012 – 21 W 33/11, Rdn 56, 61 (juris).

1434 OLG Frankfurt/M 8.11.2012 – 21 W 33/11, Rdn 61 (juris); MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 169; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 33; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 107; abw KK/Kersting § 131 Rdn 516.

1435 Krieger FS Priester, 387, 388.

1436 OLG Düsseldorf 11.8.2006 – I-15W 110/05, Rdn 66 (juris); Krieger FS Priester, 387, 390, 396.

1437 Krieger FS Priester, 389, 392; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 169.

1438 Heidel/Heidel § 131 Rdn 83; KK/Kersting § 131 Rdn 515; Krieger FS Priester, 389, 391; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 169; Luther FS Möhring, 221, 234.

1439 Krieger FS Priester, 387, 394.

1440 KK/Kersting § 131 Rdn 518; Krieger FS Priester, 387, 393; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 170; Volhard in Semler/Volhard/Reichert § 13 Rdn 56.

Aufnahme der Fragen die Aussprache geschlossen und in die Abstimmung eingetreten (s auch Rdn 528, 529).¹⁴⁴¹ Der Anspruch auf Protokollierung besteht **bis zur Schließung der Hauptversammlung** fort,¹⁴⁴² eine Geltendmachung des § 131 Abs 5 kann jedoch im Einzelfall eine Obliegenheitsverletzung darstellen, wenn sie erst nach der Abstimmung und unmittelbar vor der Schließung der Hauptversammlung erfolgt, obwohl der Versammlungsleiter bereits vor Schließung der Aussprache Gelegenheit zur Protokollierung gegeben hat und diese der Verzögerung der Hauptversammlung dient (s auch Rdn 449, 526).

Auch wenn der Wortlaut des § 131 Abs 5 dies nahelegt, ist Voraussetzung für die Protokollierungspflicht nicht, dass der Vorstand einen **Grund für eine Auskunftsverweigerung** genannt hat.¹⁴⁴³ Der Vorstand ist nach hM nicht verpflichtet, in der Hauptversammlung seine Gründe für die Auskunftsverweigerung zu nennen (Rdn 357). Auch über die Regelung des § 131 Abs 5 soll er nicht zu einer Begründung zu Protokoll des Notars gezwungen werden können; vielmehr ist danach lediglich der Umstand der Verweigerung einer Begründung zu protokollieren.¹⁴⁴⁴ Richtiger erscheint es, eine **Obliegenheit** des Vorstands zu bejahen, den rechtlichen Grund (fehlende Erforderlichkeit, Auskunftsrecht nach einer der Nummern von § 131 Abs 3 Satz 1) und eine kurze Begründung für die Verweigerung der Auskunft anzugeben (Rdn 358).¹⁴⁴⁵ Die praktische Auswirkung dieses Meinungsstreites ist gering:¹⁴⁴⁶ Die Verweigerung einer Begründung für die Auskunftsverweigerung kann lediglich Kostenfolgen in einem Gerichtsverfahren nach sich ziehen (§ 132 Rdn 103). In der Praxis bestehen Aktionäre auch nur selten auf eine Begründung der Auskunftsverweigerung. Der Aktionär ist nicht berechtigt, den aus seiner Sicht bestehenden Grund zur Niederschrift zu geben, aus dem heraus der Vorstand die Auskunft nicht erteilt oder verweigert hat.¹⁴⁴⁷

c) Protokollierungsverlangen. Voraussetzung für eine Protokollierungspflicht gemäß § 131 Abs 5 ist schließlich, dass der Aktionär, dessen Frage nicht beantwortet wurde (Rdn 494), vom Notar verlangt, dass er die Nichtbeantwortung von im Einzelnen bezeichneten Fragen durch die Gesellschaft in die notarielle Niederschrift aufnimmt (Rdn 499). Eine Plausibilisierung oder Begründung des Verlangens ist nicht erforderlich.¹⁴⁴⁸

In der Praxis legt häufig auch die **Gesellschaft** Wert auf die Protokollierung von Fragen, die nach Ansicht eines Aktionärs nicht oder nicht vollständig beantwortet wurden sind. Eine solche Protokollierung kann sich insbesondere dann empfehlen, wenn ein Aktionär auf die Frage des Vorstands, ob alle Fragen beantwortet sind, pauschal behauptet, dies sei nicht der Fall. Die Gesellschaft hat jedoch **keinen Rechtsanspruch** auf Protokollierung von Fragen eines Aktionärs durch den Notar (zur Frage einer Obliegenheitsverletzung des Aktionärs bei Weigerung Rdn 503, 526).¹⁴⁴⁹

1441 Butzke G 84.

1442 LG Hannover 19.8.2009 – 23 O 90/09, Rdn 73 (juris): Continental; Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 43; Heidel/Heidel § 131 Rdn 83; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 61; KK/Kersting § 131 Rdn 518; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 170.

1443 Hüffer/Koch § 131 Rdn 77; Krieger FS Priester, 387, 390; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 169.

1444 KK/Kersting § 131 Rdn 514; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 33; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 107; Wachter/Wachter § 131 Rdn 34; abw Heidel/Heidel § 131 Rdn 60, 82.

1445 Krieger FS Priester, 387, 391; eingeschränkt auch Luther FS Möhring, 221, 226; Wohlleben, S 158.

1446 Lieder NZG 2014, 601, 603.

1447 Luther FS Möhring, 221, 226.

1448 MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 169; abw Krieger FS Priester, 387, 393.

1449 KK/Kersting § 131 Rdn 516; Krieger FS Priester, 387, 397; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 168.

- 501 3. Aufnahme durch den Notar.** In das notarielle Protokoll sind aufzunehmen die vom Aktionär gestellte **Frage** und deren **Nichtbeantwortung** (zur Beweiskraft Rdn 504).¹⁴⁵⁰ Die Aufnahme der Fragen in das notarielle Protokoll sollte wortwörtlich entsprechend den Vorgaben des Aktionärs erfolgen. Das Umformulieren von Fragen des Aktionärs durch den Notar wird sich schon mit Blick auf mögliche spätere gerichtliche Auseinandersetzungen weder empfehlen noch wäre es zulässig.¹⁴⁵¹ In der Praxis diktiert der Aktionär dem Notar oder einem von diesem zugezogenen weiteren Notar („Saalnotar“) die Fragen zur Niederschrift. Es liegt im **pflichtgemäßem Ermessen des Notars**, wie er unter Beachtung der gesetzlichen Erfordernisse des § 131 Abs 5 eine zweckmäßige Protokollierung sicherstellt.¹⁴⁵² Der Aktionär hat keinen Anspruch darauf, dass er dem Notar die aufzunehmenden Fragen mündlich diktieren kann.¹⁴⁵³ Zwar muss sich der Aktionär auch bei zahlreichen zu protokollierenden Fragen nicht auf die Einreichung eines schriftlichen Fragenkataloges einlassen; er verletzt aber seine Obliegenheit zur Mitwirkung, wenn er es ablehnt, von der Gesellschaft aufgenommene zahlreiche Fragen als nicht beantwortet zu kennzeichnen oder seine Fragen einem Stenographen oder einer sonstigen Hilfsperson des Notars zu diktieren (s auch Rdn 503, 526).¹⁴⁵⁴
- 502** Neben der Protokollierung der nach Auffassung des Aktionärs nicht oder nicht vollständig beantworteten Fragen und gegebenenfalls der Gründe für eine Auskunftsverweigerung (Rdn 498) gibt der Vorstand entsprechend einer verbreiteten Empfehlung in der Praxis¹⁴⁵⁵ häufig seinerseits die bereits erteilten oder noch auf die entsprechende Protokollierung der Fragen hin erteilten **Antworten** zu Protokoll des Notars. Damit ist allerdings eine (weitere) Zeitverzögerung im Ablauf der Hauptversammlung verbunden. Zudem wird in der Kürze der Zeit nicht immer sichergestellt sein, dass auch die anderen Aktionären zu vergleichbaren Fragen gegebenen Antworten sowie ggf ergänzende Auskünfte berücksichtigt sind. Da § 131 Abs 5 eine Protokollierung von Antworten der Verwaltung auf begehrte Auskünfte nicht vorsieht, hat ein Aktionär auf die Protokollierung der Antworten keinen Anspruch.¹⁴⁵⁶ Aus § 131 Abs 5 lässt sich auch unter dem Gesichtspunkt der Waffengleichheit **kein Anspruch der Gesellschaft** auf Protokollierung ihrer eigenen Antworten herleiten.¹⁴⁵⁷ Eines Schutzes vor der Beweiskraft des notariellen Protokolls hinsichtlich der Nichtbeantwortung der Frage bedarf die Gesellschaft nicht, weil der Notar seine fehlende eigene Wahrnehmung hinsichtlich der Fragestellung und deren (fehlender) Beantwortung zum Ausdruck bringen kann (Rdn 504). Im Übrigen bleibt der Gesellschaft der Gegenbeweis durch Vorlage der typischerweise in der Hauptversammlung in einem Q&A-System festgehaltenen Antworten möglich.

1450 OLG Frankfurt/M 8.11.2012 – 21 W 33/11, Rdn 61 (juris); Hüffer/Koch § 131 Rdn 77.

1451 KK/Kersting § 131 Rdn 517; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 168; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 107.

1452 LG Hannover 19.8.2009 – 23 O 90/09, Rdn 76 (juris); Continental; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 61; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 107; Wachter/Wachter § 131 Rdn 34.

1453 LG Hannover 19.8.2009 – 23 O 90/09, Rdn 76 (juris); Butzke G 84; Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 43; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 61; Hüffer/Koch § 131 Rdn 77; Krieger FS Priester, 387, 402; Priester DNotZ 2001, 661, 666; Wachter/Wachter § 131 Rdn 34; abw Heidel/Heidel § 131 Rdn 82; Ziemons/Binnewies Rz I 10.762; im Grundsatz auch MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 171.

1454 Butzke G 84; eingeschr auch MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 171; weitergehend für Verpflichtung des Aktionärs s Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 43; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 61; Hüffer/Koch § 131 Rdn 77; Krieger FS Priester, 387, 402; Priester DNotZ 2001, 661, 666; Wachter/Wachter § 131 Rdn 34.

1455 Butzke G 84; KK/Kersting § 131 Rdn 515; Krieger FS Priester, 387, 398; Volhard in Semler/Volhard/Reichert § 13 Rdn 57; Ziemons/Binnewies Rz I 10.761.

1456 Heidel/Heidel § 131 Rdn 84; Krieger FS Priester, 387, 394; Volhard in Semler/Volhard/Reichert § 13 Rdn 57; abw MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 169.

1457 Volhard in Semler/Volhard/Reichert § 13 Rdn 57; abw Krieger FS Priester, 387, 398; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 169.

4. Rechtsfolgen. Ein Aktionär ist gemäß § 131 Abs 5 berechtigt, aber nicht verpflichtet, unbeantwortete Fragen zu Protokoll des Notars aufnehmen zu lassen. Die Protokollierung dient nur Beweiszwecken und ist **nicht Voraussetzung für eine gerichtliche Auseinandersetzung**.¹⁴⁵⁸ Unterlässt es ein Aktionär, die Aufnahme seiner Fragen und des Grundes der Auskunftsverweigerung gemäß § 131 Abs 5 protokollieren zu lassen, ergeben sich für ihn dementsprechend bei etwaigen späteren gerichtlichen Auseinandersetzungen grundsätzlich keine negativen Auswirkungen.¹⁴⁵⁹ Ein Aktionär kann auch auf andere Weise – zB durch Zeugenvernehmung – beweisen, dass er entgegen dem Schweigen der Niederschrift eine Frage gestellt hat und diese nicht beantwortet wurde.¹⁴⁶⁰ Rügt ein Aktionär allerdings seine Fragen pauschal als nicht beantwortet und lehnt er die Bitte des Versammlungsleiters auf Protokollierung der nach Auffassung des Aktionärs nicht beantworteten Fragen ab, so kann eine **Obliegenheitsverletzung** des Aktionärs vorliegen, die ihm eine Berufung auf die Auskunftspflichtverletzung versagt (Rdn 501, 526).¹⁴⁶¹ Eine etwaige unberechtigte Weigerung des Notars, bestimmte Fragen bzw die Gründe der Auskunftsverweigerung notariell zu protokollieren, hat ebenfalls für eine gerichtliche Auseinandersetzung keine Folgen und begründet insbesondere nicht eine Anfechtbarkeit eines Hauptversammlungsbeschlusses. Allerdings kann eine Amtspflichtverletzung des Notars vorliegen.

Ist zwischen der Gesellschaft und dem Aktionär im Rahmen einer Anfechtungsklage oder eines Verfahrens nach § 132 streitig, ob eine Frage in der Hauptversammlung gestellt wurde, so spricht die Rechtsprechung der Aufnahme der entsprechenden Frage in das notarielle Protokoll gemäß § 131 Abs 5 **Beweiskraft** gemäß §§ 415 ZPO zu (§ 132 Rdn 45, 55).¹⁴⁶² Die Beweiskraft des notariellen Protokolls erstreckt sich auch auf die Tatsache der Auskunftsverweigerung bzw der Nichterteilung einer Auskunft auf die Frage.¹⁴⁶³ Dahinter steht die Vorstellung der Gerichte, dass der Notar aus eigener Wahrnehmung beurteilen kann, ob eine Frage im Laufe der Aussprache gestellt und beantwortet wurde.¹⁴⁶⁴ Das ist bei Hauptversammlungen mit nicht selten mehr als hundert Fragen eine zu ambitionierte Erwartung.¹⁴⁶⁵ In der Praxis wird nicht selten die Hauptversammlung zur Überprüfung unterbrochen, ob die zu Protokoll gegebenen Fragen tatsächlich gestellt wurden und bejahendenfalls, ob und wie sie beantwortet wur-

1458 Begr RegE bei *Kroppf* Aktiengesetz 1965, S 188; BGH 19.5.2015 – II ZR 181/14, Rdn 19 (juris); BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 43 (juris); OLG Stuttgart 19.7.2012 – 8 W 274/10 (nv) und OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 531 (juris); Heidel/Heidel § 131 Rdn 84; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 61; Hüffer/Koch § 131 Rdn 43; KK/Kersting § 131 Rdn 520; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 86.

1459 KK/Kersting § 131 Rdn 520; Hüffer/Koch § 131 Rdn 77; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 168; Spindler/Stilz/Siems § 131 Rdn 86; s aber OLG München 10.4.2013 – 7 AktG 1/13, Rdn 42 (juris); LG Frankfurt/M 29.1.2008 – 3-5 O 275/07, Rdn 70 (juris); LG München I 13.4.2006 – 5 HK O 4326/05, Rdn 77 (juris); LG Berlin 19.7.2000 – 105 O 32/00, AG 2001, 95, 97.

1460 BGH 19.5.2015 – II ZR 181/14, Rdn 19 (juris); Heidel/Heidel § 131 Rdn 84.

1461 LG München I 20.1.2011 – 5 HK O 1880/09, Rdn 267 (juris); HRE *Squeeze-out*; LG München I 23.4.2009 – 5 HK O 542/09, AG 2009, 632, 635; LG München I 13.4.2006 – 5 HK O 4326/05, AG 2007, 255, 257; LG Krefeld 20.8.2008 – 11 O 14/08, AG 2008, 754, 757; KK/Noack/Zetsche § 130 Rdn 236; im Einzelfall verneinend OLG Köln 28.7.2011 – I-18 U 213/10, Rdn 80 (juris); OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 334 (juris) und LG Stuttgart 28.5.2010 – 31 O 56/09, Rdn 232, 235 (juris); Porsche; abw MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 168.

1462 OLG Frankfurt/M 8.11.2012 – 21 W 33/11, Rdn 61 (juris) und Vorinstanz LG Frankfurt/M 17.5.2011 – 3-5 O 68/10, BeckRS 2013, 21480; Deutsche Bank HV 2010; LG Frankfurt/M 24.1.2005 – 3-5 O 61/03, Rdn 42; Deutsche Bank HV 2003; Heidel/Heidel § 131 Rdn 82 Fn 423.

1463 OLG Frankfurt/M 8.11.2012 – 21 W 33/11, Rdn 61 (juris); Krieger FS Priester, 387, 389.

1464 OLG Frankfurt/M 8.11.2012 – 21 W 33/11, Rdn 61 (juris).

1465 Reger NZG 2013, 48, 49; vgl auch Butzke G 84; Hüffer/Koch § 131 Rdn 77; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 169.

den.¹⁴⁶⁶ Angesichts der damit verbundenen erheblichen Verzögerung der Hauptversammlung und angesichts der ohnehin vom Notar nicht zu leistenden lückenlosen Verfolgung von Fragen und Antworten in der Hauptversammlung wird man auch den ausdrücklichen Vorbehalt des Notars im notariellen Protokoll zulassen müssen, dass er sich nicht selbst davon hat überzeugen können, ob die ihm gemäß § 131 Abs 5 zu Protokoll gegebenen Fragen tatsächlich gestellt und nicht ordnungsgemäß beantwortet wurden.¹⁴⁶⁷ In jedem Fall steht der Gesellschaft der Gegenbeweis offen, dass das notarielle Protokoll unrichtig ist und eine Frage tatsächlich nicht gestellt oder beantwortet wurde (§ 132 Rdn 45, 55).¹⁴⁶⁸

XI. Besonderheiten der elektronischen Teilnahme an der Hauptversammlung

505 Durch das ARUG¹⁴⁶⁹ wurde die in Art 8 Aktionärsrechte-RL¹⁴⁷⁰ vorgesehene Möglichkeit der aktiven elektronischen Teilnahme an der Hauptversammlung in § 118 Abs 1 Satz 2 eingefügt; § 118 Abs 3 (nunmehr Abs 4) ermöglichte lediglich eine passive Teilnahme per Bild- und Tonübertragung an der Hauptversammlung. Durch die aktive elektronische Teilnahme an der Hauptversammlung wird ein Aktionär den an der physischen Hauptversammlung teilnehmenden Aktionären gleichgestellt und für die Hauptversammlungspräsenz berücksichtigt (*Mülbert* § 118 Rdn 100). Da dem Aktionär bei der Online-Teilnahme sämtliche oder einzelne seiner Rechte ganz oder teilweise eingeräumt werden können, ist über § 118 Abs 1 Satz 2 auch die Möglichkeit der Gewährung eines elektronischen Auskunftsrechts eröffnet. Diese Möglichkeit ist – über den auf börsennotierte Gesellschaften beschränkten Adressatenkreis der Aktionärsrechte-RL hinausgehend – auch für nicht börsennotierte Aktiengesellschaften eröffnet.¹⁴⁷¹

506 In der **Praxis** hat die aktive elektronische Teilnahme an der Hauptversammlung mit der Möglichkeit einer Ausübung der Mitgliedschaftsrechte des Aktionärs nur eine **geringe Bedeutung**.¹⁴⁷² Zwar haben eine Reihe von Gesellschaften die Satzungsgrundlage für eine elektronische Teilnahme der Aktionäre an der Hauptversammlung geschaffen. Tatsächlich in Anspruch genommen wurde diese Möglichkeit jedoch bislang nur von wenigen Gesellschaften, wobei die Einräumung eines Auskunftsrechts noch seltener ist.¹⁴⁷³ Jedenfalls bei kritischen Hauptversammlungen oder bei zu erwartender größerer Anzahl von online gestellten Fragen erscheint die Einräumung eines elektronischen Auskunftsrechts während der Hauptversammlung aus organisatorischen Gründen und zur Vermeidung rechtlicher Risiken (Rdn 509) auch nicht empfehlenswert.¹⁴⁷⁴

507 Hinsichtlich der Einbeziehung des Auskunftsrechts der Aktionäre in die elektronische Kommunikation (zu dieser näher *Mülbert* § 118 Rdn 101) hat die Gesellschaft bei entsprechender Satzungsgrundlage **weitgehende Gestaltungsfreiheit**. Ein elektroni-

¹⁴⁶⁶ Butzke G 84.

¹⁴⁶⁷ LG Frankfurt/M 24.1.2005 – 3-5 O 61/03, Rdn 42; Krieger FS Priester, 387, 396.

¹⁴⁶⁸ OLG Frankfurt/M 8.11.2012 – 21 W 33/11, Rdn 62 (juris): Deutsche Bank HV 2010.

¹⁴⁶⁹ BGBl I 2009, 2479.

¹⁴⁷⁰ 2007/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Ausübung bestimmter Rechte von Aktionären in börsennotierten Gesellschaften, ABl Nr L 184.

¹⁴⁷¹ Hüffer/Koch § 118 Rdn 10; Noack WM 2009, 2289, 2293.

¹⁴⁷² Arnold/Carl/Götze AG 2011, 349, 360; MünchHdbAG/Austmann § 40 Rdn 25; Besse GWR 2014, 54; Hüffer/Koch § 118 Rdn 10; Mülbert § 118 Rdn 97.

¹⁴⁷³ Munich RE, SAP und Comdirect Bank gewähren ein Stimmrecht, einzig EQS Group gewährt auch ein Auskunftsrecht, s Besse GWR 2014, 54.

¹⁴⁷⁴ Arnold/Carl/Götze AG 2011, 349, 360; MünchHdbAG/Austmann § 40 Rdn 25; Butzke Q 19; Noack WM 2009, 2289, 2293.

sches Auskunftsrecht kann uneingeschränkt, teilweise oder gar nicht eingeräumt werden (*Mülbert* § 118 Rdn 104).¹⁴⁷⁵ Ein teilweiser oder vollständiger Ausschluss eines elektronischen Auskunftsrechts stellt keinen Verstoß gegen § 53a dar, da dem Aktionär stets die Möglichkeit verbleibt an der Präsenzhauptversammlung teilzunehmen.¹⁴⁷⁶ Zulässig sind Beschränkungen hinsichtlich der Anzahl der Fragen, des Zeitraums für Fragen, der Beschränkung des Gegenstands von Fragen oder für einzelne Tagesordnungspunkte.¹⁴⁷⁷ Auch die Beschränkung des Auskunftsrechts auf bestimmte Tagesordnungspunkte ist zulässig.¹⁴⁷⁸ Unzulässig ist dagegen die Anknüpfung an ein bestimmtes Mindestquorum für die Ausübung des Auskunftsrechts, weil dadurch der Charakter als Individualrecht (Rdn 8) zu einem Minderheitenrecht verändert würde.¹⁴⁷⁹ Auch im Übrigen ist die Schaffung eines *aliud* zum Auskunftsrecht unzulässig.¹⁴⁸⁰ Ebensowenig dürfen die dem Online-Teilnehmer eingeräumten Rechte weiter reichen als das dem Präsenzteilnehmer zustehende Auskunftsrecht gemäß § 131.¹⁴⁸¹

Soweit Aktionären die Möglichkeit eingeräumt wird, das Auskunftsrecht elektronisch auszuüben, muss den in der Hauptversammlung physisch anwesenden Aktionären die Möglichkeit zu einer **Kenntnisnahme** von diesen Fragen gegeben werden.¹⁴⁸² Dies kann etwa dadurch geschehen, dass die Fragen während der Hauptversammlung in einem Internetterminal von den Aktionären eingesehen werden können; alternativ kommt eine Verlesung der elektronisch eingereichten Fragen in der Hauptversammlung in Betracht.¹⁴⁸³

Soweit Aktionären die elektronische Ausübung des Auskunftsrechts ermöglicht wird, gelten bei einer **Verletzung des Auskunftsrechts** grundsätzlich die allgemeinen Regeln (Rdn 510ff).¹⁴⁸⁴ Allerdings kann die für die Anfechtungsbefugnis gemäß § 245 Nr 1 erforderliche Widerspruchsmöglichkeit ausgeschlossen und die Möglichkeit zur Geltendmachung einer Beschlussmängelklage damit erheblich eingeschränkt werden.¹⁴⁸⁵ Selbst wenn Satzung oder statutarisch ermächtigter Vorstand hiervon keinen Gebrauch machen, dürfte die Verletzung von Auskunftsrechten von nur elektronisch teilnehmenden Aktionären Relevanz des Rechtsverstoßes keine Anfechtung rechtfertigen, da

1475 *Drinhausen/Keinath* BB 2009, 2322, 2326; *Spindler/Stilz/Hoffmann* § 118 Rdn 36; *KK/Kersting* § 131 Rdn 522; *Paschos/Goslar* AG 2009, 14, 18; *Seibert/Florstedt* ZIP 2008, 2145, 2146.

1476 BT-Drucks 16/11642 S 26; *Drinhausen/Keinath*, BB 2008, 1238, 1240; *Spindler/Stilz/Hoffmann* § 118 Rdn 36; *KK/Kersting* § 131 Rdn 528; *Noack WM* 2009, 2289, 2293; *Schmidt/Lutter/Spindler* § 131 Rdn 108; von *Nussbaum* GWR 2009, 215; *Ziemons/Binnewies* Rz I 10.1306.

1477 *Arnold/Carl/Götze* AG 2011, 349, 360; *KK/Kersting* § 131 Rdn 530; *Mülbert* § 118 Rdn 104; *Noack NZG* 2008, 441, 444; *Seibert/Florstedt* ZIP 2008, 2145, 2146; von *Nussbaum* GWR 2009, 215.

1478 *KK/Kersting* § 131 Rdn 532; *Mülbert* § 118 Rdn 104; *Schmidt/Lutter/Spindler* § 131 Rdn 111; **abw** *Ziemons/Binnewies* Rz I 10.1310.

1479 *KK/Kersting* § 131 Rdn 528; *Schmidt/Lutter/Spindler* § 131 Rdn 112; *Ziemons/Binnewies* Rz I 10.1310; **abw** *Noack WM* 2009, 2289, 2293.

1480 *KK/Kersting* § 131 Rdn 524.

1481 *KK/Kersting* § 131 Rdn 523; *MünchKomm/Kubis* § 118 Rdn 81; *Mülbert* § 118 Rdn 104; *Schmidt/Lutter/Spindler* § 131 Rdn 110.

1482 *Grigoleit/Herrler* § 118 Rdn 8; *KK/Kersting* § 131 Rdn 522; *MünchKomm/Kubis* § 118 Rdn 19; *Mülbert* § 118 Rdn 101; *Bürgers/Körber/Reger* § 118 Rdn 5b; *Ziemons/Binnewies* Rz I 10.1311.

1483 *Butzke* Q 14; *KK/Kersting* § 131 Rdn 522; *Mülbert* § 118 Rdn 101; *Schmidt/Lutter/Spindler* § 131 Rdn 109; **abw** für Notwendigkeit Verlegung *Ziemons/Binnewies* Rz I 10.1311.

1484 BT-Drucks 16/11642 S 27; *KK/Kersting* § 131 Rdn 537; *MünchKomm/Kubis* § 118 Rdn 81; *Mülbert* § 118 Rdn 115.

1485 BT-Drucks 16/11642 S 26, 27; *Arnold/Carl/Götze* AG 2011, 349, 360; *Hölters/Drinhausen* § 118 Rdn 17; *Hüffer/Koch* § 118 Rdn 13; vorbehaltlich Rechtsmissbrauchs *Mülbert* § 118 Rdn 116; *Spindler/Stilz/Hoffmann* § 118 Rdn 37; zweifelnd *Ziemons/Binnewies* Rz I 10.1312; **abw** *KK/Kersting* § 131 Rdn 527; *Heidel/Krenek/Pluta* § 118 Rdn 9e; *Schmidt/Lutter/Spindler* § 118 Rdn 60.

ihnen zuzumuten ist, an der Präsenzhauptversammlung teilzunehmen.¹⁴⁸⁶ Auf eine im Verlauf der Hauptversammlung eintretende technische Störung kann die Beschlussanfechtung gemäß § 243 Abs 3 Nr 1 ebenfalls nicht gestützt werden, sofern nicht grobe Fahrlässigkeit oder Vorsatz vorliegt (*Mülbert* § 118 Rdn 119).

XII. Rechtsfolgen einer Verletzung des Auskunftsrechts

- 510 1. Auskunftserzwingungsverfahren.** Bei Nichterteilung oder nicht vollständiger Erteilung einer gemäß § 131 geschuldeten Auskunft, nach zutreffender Auffassung aber auch bei einer unrichtigen Auskunft (§ 132 Rdn 10), steht Aktionären das Auskunftserzwingungsverfahren gemäß § 132 offen (zur Antragsberechtigung § 132 Rdn 21ff). Die praktische Bedeutung des Verfahrens nach § 132 ist nicht gering (§ 132 Rdn 7). Im Verfahren des § 132 besteht der Amtsermittlungsgrundsatz (§ 132 Rdn 41). Aufgrund der Verfahrensförderungslast des antragstellenden Aktionärs und im Einzelfall auch der AG als Antragsgegner (§ 132 Rdn 42 f) sind die Unterschiede zu den Verfahrensgrundsätzen bei einer Beschlussanfechtung (Rdn 513) in der Praxis nicht groß. Zur Prüfung des Auskunftsanspruchs im Verfahren gemäß § 132 s die Kommentierung dort (Rdn 49ff).

2. Beschlussanfechtung

- 511 a) Praktische Bedeutung.** Der schneidigste und in der Praxis bedeutendste Rechtsbehelf des Aktionärs bei Verletzung des Auskunftsrechts ist die Anfechtungsklage gemäß § 243. Die praktische Bedeutung von auf die Verletzung des Auskunftsrechts gemäß § 131 gestützten Anfechtungsklagen ist **hoch**: Die entsprechende Rüge findet sich in vielen Anfechtungsklagen und bildet nicht selten einen wesentlichen Anfechtungsgrund (Rdn 36).¹⁴⁸⁷ Die weitreichende Folge einer Unwirksamkeit des Hauptversammlungsbeschlusses bei einer Verletzung des Auskunftsrechts und die damit einhergehende Hauptversammlungspraxis einer extensiven Ausübung des Auskunftsrechts (Rdn 35, 38) haben zu **Einschränkungen** der Anfechtbarkeit bei fehlender Wesentlichkeit der Auskunftspflichtverletzung (§ 243 Abs 4 Satz 1, Rdn 517) und bei bewertungsbezogenen Informationspflichtverletzungen (§ 243 Abs 4 Satz 2, Rdn 521) geführt. Zudem hat die Verschärfung des Freigabeverfahrens (§ 246a, § 16 Abs 3 UmwG) zu Lasten der Anfechtungskläger dazu geführt, dass eine Verletzung des Auskunftsrechts der Wirksamkeit wesentlicher Grundlagen- und Strukturmaßnahmen regelmäßig nicht mehr entgegensteht (Rdn 534). Darauf hinausgehend hat die Rechtsprechung im Einzelfall aus dem individuellen Verhalten des Aktionärs Schranken für die Anfechtbarkeit im Allgemeinen und für die Rüge der Verletzung des Auskunftsrechts im Besonderen entwickelt (Rdn 524, 526). Damit einher geht ein Rückgang von Klagen gegen Grundlagen- und Strukturmaßnahmen und von Auskunftsrügen in diesem Zusammenhang.¹⁴⁸⁸ Die praktische Bedeutung der Rüge einer Verletzung des Auskunftsrechts bleibt jedoch hoch bei der Anfechtung insbes der Entlastung (Rdn 173ff), der Wahl des Abschlussprüfers (Rdn 204ff) und der Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern (Rdn 211ff); allerdings ist auch insoweit seit 2016 ein Rückgang von Gerichtsentscheidungen festzustellen (Rdn 37).

1486 KK/Kersting § 131 Rdn 538; s aber Ziemons/Binnewies Rz I 10.1311: kein genereller Ausschluss Anfechtbarkeit.

1487 Baums (Hrsg), Regierungskommission Corporate Governance, Rdn 139; Butzke G 46, O 24; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 5; Zöllner in Bayer/Habersack (Hrsg), AktienR im Wandel, 2007, 10. Kap Rdn 67, 70.

1488 Bayer/Hoffmann AG 2017 R 155.

Die früher umstrittene Frage nach dem **Verhältnis** der Anfechtungsklage des § 243 **512** zum Verfahren des § 132 ist zwischenzeitlich in dem Sinne entschieden worden, dass beide Klagemöglichkeiten dem Aktionär nebeneinander offenstehen. Ein Aktionär ist nicht gehalten, die Frage, ob der Vorstand zu Unrecht keine Auskünfte gegeben habe, zuvor in dem besonderen Verfahren nach § 132 zur Entscheidung zu stellen.¹⁴⁸⁹ Beide Verfahren haben ein unterschiedliches Ziel. Das Auskunftserzwingungsverfahren des § 132 soll auf einem einfachen, schnellen und billigen Weg das individuelle Informationsbedürfnis eines Aktionärs befriedigen. Dagegen will der Kläger im Anfechtungsprozess wegen Verletzung des Auskunftsrechts erreichen, dass ein Hauptversammlungsschluss mit der erweiterten Rechtskraftwirkung des § 248 von Anfang an für nichtig erklärt wird (§ 132 Rdn 12).

b) Gerichtliche Prüfung im Anfechtungsverfahren. Entsprechend den allgemeinen Grundsätzen im Zivilprozess obliegt dem klagenden **Aktionär** – innerhalb der Anfechtungsfrist des § 246 Abs 1 – die **Darlegung** der Umstände, die die Anfechtbarkeit des Beschlusses begründen. Dementsprechend muss der Kläger vortragen, dass durch einen Aktionär (nicht notwendig den Kläger)¹⁴⁹⁰ eine konkrete Frage in der Hauptversammlung gestellt wurde (s auch § 132 Rdn 45). Weiter bedarf es der konkreten Darlegung, dass die Frage nicht oder unzureichend beantwortet wurde (s auch § 132 Rdn 46).¹⁴⁹¹ Sofern es um Sachfragen geht, die sich in der Sphäre der beklagten Gesellschaft abspielen, können insbesondere in Bezug auf die Unrichtigkeit einer Auskunft die **Grundsätze der sekundären Darlegungslast** Anwendung finden. In einem solchen Fall hat der Kläger zumindest ernsthafte Anhaltspunkte für die von ihm behauptete Unrichtigkeit einer Auskunft aufzuzeigen. Die bloße Behauptung, eine Vielzahl von Fragen seien nicht beantwortet worden, reicht ebenso wenig wie eine pauschale Bezugnahme auf das notarielle Protokoll oder auf von anderen Aktionären gestellte Fragen.¹⁴⁹²

Ist streitig, ob ein behauptetes Auskunftsverlangen in der Hauptversammlung überhaupt oder mit dem behaupteten konkreten Inhalt gestellt wurde, so trägt der klagende Aktionär die **Beweislast**. Eine Aufklärung lässt sich insbesondere durch das notarielle Protokoll (§ 131 Rdn 504)¹⁴⁹³ oder durch Vorlage der in der Praxis meist von Stenografen für die Gesellschaft aufgenommenen und in ein Fragen-Antworten-System eingegebenen Fragen (§ 131 Rdn 284) erreichen,¹⁴⁹⁴ im Einzelfall auch durch Vernehmung von Zeugen¹⁴⁹⁵ (s auch § 132 Rdn 45). Ebenso erhebt das Gericht ggf Beweis über die Frage, ob die ver-

1489 BGH 29.11.1982 – II ZR 88/81, BGHZ 86, 1, 3; Hüffer/Koch § 132 Rdn 2; KK/Kersting § 132 Rdn 10; *de lege ferenda* für exklusiven Rechtsschutz gemäß § 132 Krieger ZHR 163 (1999), 343, 362; Schiessl in VGR (Hrsg) Bd 2, S 57, 68.

1490 BGH 10.7.2012 – II ZR 48/11, BGHZ 194, 14 Rdn 36: Fresenius; BGH 15.6.1992 – II ZR 18/91, BGHZ 119, 1, 13.

1491 S etwa BGH 16.2.2009 – II ZR 185/07, BGHZ 180, 9 Rdn 34 und OLG Frankfurt/M 17.7.2007 – 5 U 229/05, Rdn 30 (juris); Deutsche Bank/Kirch; OLG Stuttgart 8.7.2015 – 20 U 2/14 Rdn 339, 340 (juris); OLG Stuttgart 2.12.2014 – 20 AktG 1/14, Rdn 124 (juris); OLG Düsseldorf 13.6.2013 – I-6 U 148/12, Rdn 165 (juris); OLG Düsseldorf 22.11.2012 – I-6 U 18/12, Rdn 39 (juris); OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 632, 633 (juris).

1492 OLG Stuttgart 8.7.2015 – 20 U 2/14, Rdn 339 (juris); OLG Stuttgart 2.12.2014 – 20 AktG 1/14, Rdn 124 (juris); OLG Stuttgart 15.10.2008 – 20 U 19/07, Rdn 81, 135 (juris); LG Frankfurt/M, 29.1.2008 – 3-5 O 275/08, Rdn 70 (juris).

1493 S etwa OLG Frankfurt 26.6.2012 – 5 U 144/09, Rdn 41 (juris); OLG Stuttgart 15.10.2008 – 20 U 19/07, Rdn 135 (juris).

1494 S etwa OLG Stuttgart 8.7.2015 – 20 U 2/14, Rdn 360, 371, 379, 386, 402, 419, 425, 431 (juris); OLG Frankfurt/M 17.7.2007 – 5 U 229/05, Rdn 31 (juris).

1495 Beispielhaft OLG Frankfurt/M 8.11.2012 – 21 W 33/11, Rdn 12, 52, 62: Deutsche Bank HV 2010 (Auskunftserzwingungsverfahren).

langte Auskunft tatsächlich nicht gegeben worden ist oder ob sie vollständig und inhaltlich zutreffend ist (s auch § 132 Rdn 46, 55 f).

515 Der klagende Aktionär muss ferner konkret darlegen, inwieweit die Auskunft zur Beurteilung des konkret mit der Klage angegriffenen Tagesordnungspunktes **erforderlich** war, wenn die Gesellschaft sich auf die fehlende Erforderlichkeit beruft und diese nicht ohne weiteres erkennbar ist (s auch § 132 Rdn 49).¹⁴⁹⁶ Ist er schon in der Hauptversammlung vom Versammlungsleiter darauf hingewiesen worden, dass die Erforderlichkeit der Auskunft nicht erkennbar ist, und hat er diese daraufhin nicht dargelegt, so war die Auskunft vom Vorstand in der Hauptversammlung nicht zu geben (§ 131 Rdn 152).

516 Beruft sich die beklagte **Gesellschaft** auf ein **Auskunftsverweigerungsrecht** gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 1, so trägt sie auch insoweit eine **sekundäre Darlegungslast** (s auch § 132 Rdn 53). Die Gesellschaft hat die Umstände darzulegen, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung die schädlichen Auswirkungen der begehrten Auskunft deutlich machen. Es genügt, wenn die Gesellschaft konkrete Tatsachen vorträgt, die die Gefahr der Nachteilszufügung hinreichend plausibel erscheinen lassen (Rdn 372).¹⁴⁹⁷ Die Gesellschaft kann sich im Verfahren auch dann auf ein Auskunftsverweigerungsrecht berufen, wenn sie dieses in der Hauptversammlung noch nicht geltend gemacht hatte (Rdn 357, 372).

517 c) Grenzen der Anfechtbarkeit. aa) Wesentlichkeit, § 243 Abs 4 Satz 1. Gemäß § 243 Abs 4 Satz 1 kommt die Beschlussanfechtung wegen einer Verletzung des Auskunftsrechts nur in Betracht, wenn ein objektiv urteilender Aktionär die Erteilung der Information als wesentliche Voraussetzung für die sachgerechte Wahrnehmung seiner Teilnahme- und Mitgliedschaftsrechte angesehen hätte. Es ist ungesichert, ob mit der durch das UMAg¹⁴⁹⁸ eingeführten und für alle Informationspflichtverletzungen gelgenden Wesentlichkeit der Information eine Einschränkung der Anfechtbarkeit bei einer Auskunftspflichtverletzung verbunden ist. Die Gesetzesmaterialien sind nicht eindeutig. Danach soll mit § 243 Abs 4 Satz 1 die Linie des BGH in der ThyssenKrupp-Entscheidung aufgegriffen und verdichtet werden.¹⁴⁹⁹ In dieser Entscheidung hatte der BGH in Fortentwicklung seiner Rechtsprechung für eine Beschlussanfechtung wegen Auskunfts-pflichtverletzung im Anschluss an eine verbreitete Literaturauffassung auf die Relevanz für das Teilnahme- und Mitwirkungsrecht des Aktionärs abgestellt. In der Vorenthalaltung einer zur Beurteilung der Tagesordnung iSv § 131 Abs 1 Satz 1 erforderlichen Auskunft hatte er zugleich einen relevanten Verstoß gesehen.¹⁵⁰⁰ Daraus wird vielfach der Schluss gezogen, dass die Verletzung des Auskunftsrechts, die eine Erforderlichkeit der Auskunft voraussetzt, zugleich das Merkmal der Wesentlichkeit des § 243 Abs 4 Satz 1 erfüllt und mit diesem daher keine weitere Einschränkung der Anfechtbarkeit einer Auskunfts-pflichtverletzung verbunden ist.¹⁵⁰¹

1496 S etwa BGH 21.9.2009 – II ZR 223/08 (juris); OLG Stuttgart 8.7.2015 – 20 U 2/14, Rdn 339 (juris); OLG Stuttgart 2.12.2014 – 20 AktG 1/14, Rdn 124 (juris); OLG Düsseldorf 22.11.2012 – I-6 U 18/12, Rdn 39 (juris); LG Stuttgart 17.5.2011 – 31 O 30/10 KfH, Rdn 339 (juris); LG Frankfurt/M, 29.1.2008 – 3-5 O 275/08, Rdn 70 (juris).

1497 OLG Stuttgart 2.12.2014 – 20 AktG 1/14, Rdn 124 (juris); OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 413 und OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 653 (juris); Porsche HV 2009; LG Stuttgart 17.5.2011 – 31 O 30/10 KfH, Rdn 340 (juris); Porsche HV 2010.

1498 BGBI I 2005, 2802.

1499 Begr RegE BT-Drucks 15/5092, S 26.

1500 BGH 18.10.2004 – II ZR 250/02, BGHZ 160, 385, 391.

1501 OLG Stuttgart 8.7.2015 – 20 U 2/14, Rdn 331 (juris); OLG Stuttgart 2.12.2014 – 20 AktG 1/14, Rdn 117 (juris); OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 513 (juris); LG Stuttgart 17.5.2011 – 31 U 30/10, Rdn 338

Allerdings wurde das Merkmal der Wesentlichkeit erst im Regierungsentwurf auf 518 Anregung des Handelsrechtsausschusses des DAV und im Anschluss an Empfehlungen der Regierungskommission Corporate Governance aufgenommen, die mit dem Kriterium eine selbständige Einschränkung der Anfechtbarkeit verfolgten.¹⁵⁰² Dementsprechend wird die eigenständige Bedeutung des Merkmals der Wesentlichkeit als Einschränkung der Anfechtbarkeit (auch) der Auskunftspflichtverletzung des § 131 betont. Die Bejahung der Erforderlichkeit der Auskunft iSv § 131 Abs 1 Satz 1 und in deren Folge eine Auskunftspflichtverletzung begründet damit nicht *per se* eine Anfechtbarkeit gemäß § 243 Abs 4 Satz 1.¹⁵⁰³

Die praktische Bedeutung des Meinungsstreits ist limitiert. Durch die mit dem 519 UMAG gleichzeitig eingeführte Einschränkung der Anfechtbarkeit von bewertungsbezogenen Informationspflichtverletzungen ist ein bedeutsamer Bereich geklärt, in dem die Beschlusskassation angesichts der Möglichkeit der Verfolgung der vermögensrechtlichen Ansprüche im Spruchverfahren unverhältnismäßig erschien und die Auskunftspflichtverletzung gleichzeitig bei wertender Betrachtung nicht wesentlich war (Rdn 521).¹⁵⁰⁴ Zudem hat die Erforderlichkeit der Auskunft durch die neuere Rechtsprechung deutlichere Konturen gewonnen, indem insbesondere eine qualitative Maßgeblichkeit im Ergebnis der Wesentlichkeit des § 243 Abs 4 Satz 1 mindestens nahekommt (Rdn 132). Schließlich trägt die Rechtsprechung dem Gedanken einer Unverhältnismäßigkeit der Kassation des Hauptversammlungsbeschlusses wegen einer Auskunftspflichtverletzung durch die Erkennung einer Nachfrage- und Rügeobligieheit des Aktionärs bei pauschalen, unklaren oder missverständlichen Fragen Rechnung (Rdn 526 ff).

Damit dürften nur noch seltene Fälle vorstellbar sein, in denen Auskunftspflichtverletzungen Einzel- oder Detailinformationen betreffen, die zwar für sich gesehen (noch) für die Beurteilung der Tagesordnung erforderlich sein mögen, mit Blick auf im Übrigen gegebene Informationen aber das Urteil rechtfertigen, dass die Aktionäre im Großen und Ganzen hinreichend informiert über den entsprechenden Beschlussgegenstand abstimmen könnten.¹⁵⁰⁵ Praktische Bedeutung entwickelt die Wesentlichkeit dagegen in anderen Fällen einer Informationspflichtverletzung, etwa bei (geringfügigen) Verstößen gegen Publikationspflichten oder Erklärungen gemäß § 161.¹⁵⁰⁶

(juris); vgl auch OLG Düsseldorf 13.6.2013 – I-6 U 148/12, Rdn 167 (juris); Heidel/*Heidel* § 243 Rdn 37c; KK/*Kersting* § 131 Rdn 144, 556 (wegen europarechtskonform einschränkender Auslegung der Erforderlich allerdings für Einschränkung der Anfechtbarkeit); Hüffer/*Koch* § 243 Rdn 47 (anders für sonstige Informationspflichtverletzungen, Rdn 47a); MünchHdb GesR Streitigkeiten/*Lieder*; MünchKomm/*Hüffer*/*C Schäfer* § 243 Rdn 117; MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 174; Schmidt/Lutter/*Schwab* § 243 Rdn 35; Spindler/*Stilz/Würthwein* § 243 Rdn 251; Zöllner in Bayer/Habersack AktienR im Wandel, 2007, Bd II, 10. Kap Rdn 70.

1502 Hoffmann-Becking (Hrsg), Stellungnahmen HRA-DAV, S 57, 68; S 74, 81 unter Hinweis auf Baums (Hrsg), Regierungskommission Corporate Governance, Rdn 140; Baums Gutachten F 132; 63. DJT, Leipzig 2001, E: Abt Wirtschaftsrecht Nr I.11.B, DB 2000, 2108, 2109; s auch Vorauf^l § 131 Rdn 389.

1503 OLG München 10.4.2013 – 7 AktG 1/13, Rdn 39 (juris); OLG Frankfurt/M 20.10.2010 – 23 U 131/08, Rdn 132 (juris) und LG Frankfurt/M 19.6.2008 – 3-5 O 158/07, Rdn 53 (juris); Deutsche Bank HV 2007; LG Frankfurt/M 12.11.2013 – 3/5 O 151/13, Rdn 133 (juris); Fleischer NJW 2005, 29, 35; Bürgers/Körber/Göz § 243 Rdn 21; Heinrich/Theusinger BB 2006, 449, 450; MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 67; Marsch-Barner FS K Schmidt, 2009, S 1109, 1116; KK/Noack/Zetzsche § 243 Rdn 658, 661; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 29; Weißhaupt ZIP 2005, 1766, 1771.

1504 Vorauf^l § 131 Rdn 389, 402.

1505 Vorauf^l § 131 Rdn 390.

1506 Insow für Einschränkung des Anfechtungsrechts Hüffer/*Koch* § 131 Rdn 47a; MünchKomm/*Hüffer*/*C Schäfer* § 243 Rdn 117; vgl auch Decher FS Hopt, 2010, S 499, 516.

521 bb) Bewertungsrelevante Auskunftspflichtverletzungen, § 243 Abs 4 Satz 2.

Ebenfalls durch das UMAG wurde ein Anfechtungsausschluss für fehlerhafte bewertungsbezogene Informationen in der Hauptversammlung vorgesehen, sofern das Gesetz für Bewertungsrügen ein Spruchverfahren vorsieht. Anders als bei § 243 Abs 4 Satz 1 gilt der Ausschluss der Anfechtbarkeit nicht für alle Informationspflichtverletzungen, sondern nur für die Auskunftspflichtverletzung in der Hauptversammlung. Damit blieb der Gesetzgeber auf Anregung des Handelsrechtsausschusses des DAV hinter der Rechtsprechung des BGH sowie Empfehlungen der Regierungskommission Corporate Governance zurück.¹⁵⁰⁷ Der Ausschluss der Anfechtbarkeit gilt zudem nur für unrichtige, unvollständige oder unzureichende Informationen und damit nicht für den Fall einer Auskunftsverweigerung. Auch wenn der Gesetzgeber mit der zuletzt genannten Einschränkung Fragen zum Anwendungsbereich des § 243 Abs 4 Satz 2 offen gelassen hat,¹⁵⁰⁸ haben sich daraus für die Praxis letztlich keine Probleme ergeben (Rdn 523).

522 In allen Fällen, in denen die Überprüfung der Angemessenheit der Unternehmensbewertung in das Spruchverfahren verwiesen ist, kann auch die Rüge einer Verletzung **bewertungsrelevanter Auskunftsbegehren** in der Hauptversammlung gemäß § 243 Abs 4 Satz 2 nicht im Wege der Anfechtungsklage verfolgt werden. Dementsprechend können unrichtige, unvollständige oder unzureichende Informationen unter Verstoß gegen § 131 zur Unternehmensbewertung der abhängigen Gesellschaft bei einem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag oder einem *Squeeze out* sowie bei der übertragenden Gesellschaft im Rahmen einer Verschmelzung nicht im Wege der Anfechtungsklage, wohl aber im Verfahren des § 132 verfolgt werden. Vom Anfechtungsanschluss des § 243 Abs 4 Satz 2 erfasst sind auch Auskunftsbegehren, die sich vordergründig auf andere Sachverhalte beziehen, in der Sache aber die Bewertung betreffen (verdeckte Bewertungsfragen). Fehlerhafte Auskünfte in der Hauptversammlung der Obergesellschaft zur Bewertung beim Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag bzw der übernehmenden Gesellschaft bei der Verschmelzung sowie zur Bewertung einer im Wege einer Sachkapitalerhöhung eingebrochenen Gesellschaft können dagegen im Wege der Anfechtungsklage verfolgt werden, weil insoweit das Spruchverfahren nicht eröffnet ist.

523 Die von § 243 Abs 4 Satz 2 nicht erfassste **Auskunftsverweigerung** ist in einem formalen, engen Sinne zu verstehen. Der Anfechtungsausschluss gilt daher auch für inhaltsleere Angaben, die kein ausreichendes Informationsniveau herstellen.¹⁵⁰⁹ Zudem führt nicht jede Auskunftsverweigerung zur Anfechtbarkeit. Die Gesetzesmaterialien lassen erkennen, dass das Anfechtungsrecht nur in extremen Fällen erhalten bleiben soll, um zu verhindern, dass das Auskunftsrecht in gravierendem Ausmaß bewusst missachtet wird.¹⁵¹⁰ Daraus wird deutlich, dass nur eine Totalverweigerung von Auskünften gemäß § 131 vom Anfechtungsausschluss des § 243 Abs 4 Satz 2 ausgenommen ist.

1507 Hoffmann-Becking (Hrsg), Stellungnahmen HRA-DAV, S 57, 68; zuvor HRA-DAV, BB 2003, Beil 4, S 7 zu Ziff 16; näher Decher FS Hoffmann-Becking, S 295; M Winter Liber amicorum Happ, 2006, S 363, 365. Für weitergehende Einschränkungen BGH 18.12.2000 – II ZR 1/99, BGHZ 146, 179, 185; MEZ; BGH 29.1.2001 – II ZR 368/98, WM 2001, 467, 468; Aqua Butzke; 63. DJT, Leipzig 2001, E: Abt Wirtschaftsrecht Nr I.11.B, DB 2000, 2108, 2109; Baums (Hrsg), Regierungskommission Corporate Governance, Rdn 134; ebenso etwa KK/Noack/Zetsche § 243 Rdn 720; MünchKomm/Hüffer/C Schäfer § 243 Rdn 124 ; dazu Vorauf § 131 Rdn 405a.

1508 Insow krit Hoffmann-Becking (Hrsg), Stellungnahme HRA-DAV, S 74, 82; KK/Noack/Zetsche § 243 Rdn 698; Spindler NZG 2005, 825, 829.

1509 Decher FS Hoffmann-Becking, S 295, 308; Hüffer/Koch § 243 Rdn 47c; MünchKomm/Hüffer/C Schäfer § 243 Rdn 24; KK/Noack/Zetsche § 243 Rdn 699; M Winter Liber amicorum Happ, 2006, S 363, 364; abw Heidel/Heidel § 243 Rdn 37e; Spindler/Stilz/Würthwein § 243 Rdn 259.

1510 RegE, BT-Drucks 15/5092 S 26.

Eine solche **Totalverweigerung** liegt erst dann vor, wenn in der Hauptversammlung praktisch jede bewertungsbezogene Auskunft verweigert wird. Insoweit sind zur Beurteilung von Strukturmaßnahmen im Vorfeld der Hauptversammlung im Bericht und im Prüfungsbericht ohnehin eine Vielzahl von bewertungsrelevanten Informationen zu geben, zu denen nur noch ergänzende Fragen oder Verständnisfragen erforderlich sind (Rdn 28, 164, 230 ff). Werden entsprechend verbreiteter Praxis in der Hauptversammlung eine Vielzahl derartiger Fragen zur Unternehmensbewertung beantwortet, so bedeutet auch die Nichtbeantwortung einzelner oder mehrerer Detailfragen keine Totalverweigerung von Informationen, die eine Anfechtbarkeit des Hauptversammlungsbeschlusses rechtfertigen könnte.¹⁵¹¹ In der Gerichtspraxis sind dementsprechend bislang keine Fälle bekannt geworden, in denen eine derartige Totalverweigerung von Informationen bejaht worden wäre.

cc) Rechtsmissbrauch. Die Anfechtbarkeit eines Hauptversammlungsbeschlusses wegen Verletzung eines Auskunftsrechts gemäß § 131 ist auch dann zu verneinen, wenn die Erhebung der **Anfechtungsklage** rechtsmissbräuchlich ist bzw einen Verstoß gegen die Treuepflicht des Aktionärs darstellt. Ein solcher Rechtsmissbrauch wurde in den 1980er Jahren in einigen Fällen bejaht, in denen Anfechtungsklagen mit dem Ziel erhoben wurden, die Gesellschaft in **grob eigennütziger Weise** zu einer Leistung zu veranlassen, auf die die klagenden Aktionäre keinen Anspruch hatten und auch billigerweise nicht erheben konnten.¹⁵¹² In diesen Fällen waren die Klagen wesentlich auf Informationspflichtverletzungen im Vorfeld der Hauptversammlung (Berichtsmängel), aber auch auf die Verletzung des Auskunftsrechts des § 131 gestützt worden. Seither sind kaum noch Gerichtsentscheidungen bekannt geworden, in denen eine Klage wegen Rechtsmissbräuchlichkeit als unbegründet zurückgewiesen worden ist.¹⁵¹³

Ist die Erhebung einer Anfechtungsklage unter dem Aspekt grob eigennütziger Interessenverfolgung rechtsmissbräuchlich, so ist damit nicht notwendig auch die **Geltendmachung des Auskunftsrechts** rechtsmissbräuchlich, auch wenn die Anfechtungsklage auf eine Verletzung des Auskunftsrechts gestützt wird.¹⁵¹⁴ Vielmehr muss die Ausübung des Auskunftsrechts selbst eine illoyale, grob eigennützige Rechtsausübung darstellen (Rdn 437, 439). Die Darlegungs- und Beweislast für das rechtsmissbräuchliche Verhalten des Aktionärs trägt die Gesellschaft;¹⁵¹⁵ die Darlegung wird oft nicht gelingen. In diesen und anderen Ausnahmefällen wie der Verfolgung von gesellschaftsfremden Interessen oder der übermäßigen Ausübung des Auskunftsrechts (Rdn 441, 443) entfällt schon das Auskunftsrecht selbst, so dass auch keine Verletzung des Auskunftsrechts im

1511 Decher FS Hoffmann-Becking S 295, 308; KK/Noack/Zetsche § 243 Rdn 699.

1512 BGH 14.10.1991 – II ZR 249/90, NJW 1992, 569, 570: Deutsche Bank; BGH 29.10.1990 – II ZR 146/89, ZIP 1990, 1560, 1563: SEN; BGH 18.12.1989 – II ZR 254/88, ZIP 1990, 168, 171: DAT/Altana II; BGH 22.5.1989 – II ZR 206/88, BGHZ 107, 296, 297, 31: Kochs Adler; OLG Düsseldorf 9.12.1993 – 6 U 2/93, WM 1994, 337, 341; Simon Bank/Bayerische Vereinsbank.

1513 OLG Stuttgart 23.1.2002 – 20 U 54/01, Rdn 49 (juris); LG Düsseldorf 28.9.2011 – 41 O 40/09, Rdn 69 (juris); LG Mannheim 5.7.2010 – 24 O 59/09 (nv); dazu Decher in Veil (Hrsg), Unternehmensrecht in der Reformdiskussion, 2013, S 115, 133; s auch OLG Frankfurt 13.1.2009 – 5 U 183/07, ZIP 2009, 271 (bestätigt durch BGH 10.8.2010 – VI ZR 47/09, BB 2010, 2249): Schadenersatzpflicht des Anfechtungsklägers wegen rechtsmißbräuchlicher Klage; einen Rechtsmißbrauch ablehnend etwa KG 29.10.2010 – 14 U 96/09, ZIP 2011, 123, 124; OLG Stuttgart 15.3.2006 – 20 U 25/05, Rdn 85 (juris); LG Stuttgart 17.5.2011 – 31 O 30/10 KfH, Rdn 195 (juris); Porsche HV 2010.

1514 Bätz S 186; KK/Kersting § 131 Rdn 386; Hüffer/Koch § 131 Rdn 34; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 146; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 94; s aber LG Düsseldorf 28.9.2011 – 41 O 40/09, Rdn 66, 69 (juris).

1515 S auch BGH 29.10.1990 – II ZR 146/89, ZIP 1990, 1560, 1563; BGH 18.12.1989 – II ZR 254/88, ZIP 1990, 168, 171.

Wege einer Klage gerügt werden kann. Schließlich kann die Geltendmachung der Verletzung des Auskunftsrechts eine Obliegenheitsverletzung wegen widersprüchlichen Verhaltens darstellen, ohne dass die Erhebung der Klage insgesamt rechtsmissbräuchlich sein muss (Rdn 526). Hierunter fällt auch der Fall der Provokation einer Auskunftspflichtverletzung, ohne dass es insoweit eines Rückgriffs auf den Aspekt des Rechtsmissbrauchs bedarf.¹⁵¹⁶

526 dd) Obliegenheitsverletzungen. Die Abweisung einer auf eine Auskunftspflichtverletzung gestützten Anfechtungsklage kann im Einzelfall unter dem Aspekt einer Obliegenheitsverletzung des Aktionärs gerechtfertigt sein. Eine solche Obliegenheitsverletzung liegt vor, wenn der Aktionär eine Anfechtungsklage auf eine Auskunftspflichtverletzung stützt, obwohl dieser formale Mangel bei gehöriger Mitwirkung des Aktionärs leicht hätte vermieden werden können.¹⁵¹⁷ Zu dieser Fallgruppe gehört insbesondere der Fall, dass sich die Erhebung der auf eine Verletzung des Auskunftsrechts gestützten Anfechtungsklage als ein Verstoß gegen das **Verbot widersprüchlichen Verhaltens** darstellt.¹⁵¹⁸ Die Rechtsprechung hat unter diesem Gesichtspunkt oder – sachlich damit übereinstimmend – unter dem Gesichtspunkt des Rechtsmissbrauchs bzw eines konkludenten Verzichts auf das Auskunftsrecht verschiedentlich die Rüge einer Auskunftspflichtverletzung zurückgewiesen (s auch Rdn 449). So setzt sich ein Aktionär, der sich mit einer unzureichenden Antwort auf ein in der Hauptversammlung gestelltes Auskunftsverlangen zufrieden gibt, mit diesem Verhalten in Widerspruch, wenn er später ein Auskunftserzwingungsverfahren oder eine Anfechtungsklage auf die unzulängliche Antwort stützt.¹⁵¹⁹ Ebenso ist es widersprüchlich, wenn ein Aktionär auf die Frage des Versammlungsleiters, ob alle Fragen beantwortet seien, einzelne Fragen als nicht beantwortet rügt, die fehlende Beantwortung anderer Fragen jedoch nicht rügt und gleichwohl auf diese nicht beantworteten Fragen seine Klage stützt.¹⁵²⁰

527 Eine Obliegenheitsverletzung wegen widersprüchlichen Verhaltens kann aber nicht schon darin gesehen werden, dass es ein Aktionär in der Hauptversammlung unterlässt **unaufgefordert** die Unvollständigkeit oder Unrichtigkeit einer ihm erteilten Auskunft zu rügen und er die Anfechtung eines Hauptversammlungsbeschlusses auf eine Verletzung seines Auskunftsrechts stützt: Es besteht **keine allgemeine Nachfrageobliegenheit** des Aktionärs dahingehend, auf eine klare, vollständige und richtige Beantwortung einer Frage hinzuwirken.¹⁵²¹ Es stellt auch keine Obliegenheitsverletzung eines Aktionärs dar, wenn er es unterlässt, aus seiner Sicht nicht oder nicht zureichend beantwortete Fragen gemäß § 131 Abs 5 zur Niederschrift des Notars nehmen zu lassen (Rdn 503).

1516 S aber LG Düsseldorf 28.9.2011 – 41 O 40/09, Rdn 60 (juris).

1517 Butzke G 82; s auch KK/Kersting § 131 Rdn 387; Volhard in Semler/Volhard/Reichert § 13 Rdn 53.

1518 Bätz S 188; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 53; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 146; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 27; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 94; s auch Fleischer FS Stilz, S 143, 156; Hüffer/Koch § 131 Rdn 69; KK/Noack/Zetsche § 243 Rdn 739, 740: Treuepflichtverstoß.

1519 OLG Stuttgart 17.10.2010 – 20 U 2/10, Rdn 532 und LG Stuttgart 28.5.2010 – 31 O 56/09, Rdn 232 (juris): Porsche HV 2009 – im Einzelfall verneinend; LG Braunschweig 6.4.1990 – 22 O 97/89, BB 1991, 856, 857; VW; LG Heidelberg 24.9.1997 – O 62/96 KFH II, ZIP 1997, 1790, 1791: SAP; vgl auch RG 12.6.1941 – II 122/40, RGZ 167, 151, 158.

1520 LG Mainz 13.7.1987 – 10 HO 141/86, AG 1988, 169, 170: konkludenter Verzicht auf die Beantwortung der übrigen Fragen; Hüffer/Koch § 131 Rdn 69.

1521 OLG Köln 28.7.2011 – I-18 U 213/10, Rdn 16; Fleischer, FS Stilz, S 143, 156; Grigoleit/Herrler § 131 Rdn 53; MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 32; KK/Kersting § 131 Rdn 394; Hüffer/Koch § 131 Rdn 69; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 78; Meyer-Löwy, S 60, 128; abw LG Heidelberg 24.9.1997 – O 62/96 KFH II, ZIP 1997, 1787, 1791: SAP; LG Braunschweig 6.4.1990 – 22 O 97/89, BB 1991, 856, 857; s auch RG 12.6.1941 – II 122/40, RGZ 167, 151, 158; Henze/Born/Drescher Rdn 1416, 1417.

Eine **Nachfrage- bzw. Rügeobliegenheit** ist dagegen zu bejahen, sofern aus den Umständen hinreichend deutlich wird, dass die Gesellschaft bemüht ist, alle (rechtlich zu beantwortenden) Fragen zu beantworten. Das ist der Fall, wenn der Vorstand oder der Versammlungsleiter ausdrücklich nachfragen, ob Fragen der Aktionäre noch nicht beantwortet seien.¹⁵²² Dasselbe gilt, wenn der Versammlungsleiter feststellt, dass alle begehrten Auskünfte erteilt worden sind und nachfragt, ob sich gegen diese Feststellung Widerspruch erhebt, oder er sonst zu erkennen gibt, dass bei einem Widerspruch geprüft wird, ob alle Fragen beantwortet sind. Erfahrene professionelle Aktionäre erklären allerdings auf eine entsprechende Frage des Versammlungsleiters vor Eintritt in den Abstimmungsvorgang routinemäßig, dass ihre Fragen nicht beantwortet seien. Es obliegt dann dem Versammlungsleiter nachzufragen, welche Fragen aus Sicht der Aktionäre konkret nicht beantwortet worden sind. Machen die betreffenden Aktionäre insoweit keine weiteren Angaben und beharren auf ihrer pauschalen Rüge, werden sie ihrer Nachfrageobliegenheit nicht gerecht.

Schließt der Versammlungsleiter dagegen trotz der Rüge der Nichtbeantwortung von Fragen durch Aktionäre ohne Nachfrage oder Prüfung die Generaldebatte und eröffnet die Abstimmung, so gibt die Gesellschaft zu erkennen, dass sie weitere Fragen nicht mehr beantworten wollte. In einem solchen Fall verhält sich ein Aktionär nicht widersprüchlich, wenn er, gestützt auf die insoweit offenen Antworten, Klage erhebt.¹⁵²³ Dasselbe gilt, wenn der Versammlungsleiter feststellt, dass alle Fragen beantwortet sind, sogleich danach die Generaldebatte schließt und in den Abstimmungsvorgang eintritt.¹⁵²⁴

Einem Aktionär kann auch nicht generell angesonnen werden, seine Fragen schriftlich einzureichen, um der Gesellschaft die Beantwortung zu erleichtern. Im Einzelfall kann jedoch ein Aktionär, der eine Vielzahl von Fragen stellt, eine Obliegenheitsverletzung begehen, wenn er der Bitte des Vorstands nicht entspricht, einen **schriftlichen Fragenkatalog** einzureichen, obwohl der Vorstand erkennbar bemüht ist, alle Fragen zu beantworten (Rdn 74).¹⁵²⁵

Der BGH hat in einem Fall, in dem eine Frage auf eine Vielzahl von Informationen gerichtet war, die zumindest teilweise nicht für die Beurteilung der Tagesordnung relevant waren, eine Klage wegen Auskunftspflichtverletzung zurückgewiesen, weil der Aktionär, der auf seine Frage eine aus seiner Sicht unzureichende **Pauschalantwort** erhalten, durch eine **Nachfrage** deutlich machen müsse, dass sein Informationsinteresse auf

1522 OLG Frankfurt/M 15.5.2012 – 5 U 66/11, Rdn 91 (juris); OLG Frankfurt/M 20.10.2009 – 5 U 22/09, Rdn 147, 148 (juris); OLG Frankfurt/M 16.2.2009 – 5 W 38/08, Rdn 31 (juris); LG München I 20.1.2011 – 5 HK O 18800/09, Rdn 267 (juris); HRE (offenlassend OLG München 28.9.2011 – 7 U 711/11, Rdn 99 (juris)); LG München I 28.8.2008 – 5 HK O 2522/08, Rdn 106 (juris); LG Krefeld 20.8.2008 – 11 O 14/08, Rdn 67 (juris); LG Frankfurt/M 29.1.2008 – 3-5 U 275/07, Rdn 70 (juris); LG München I 13.4.2006 – 5 HK O 4326/05, Rdn 77 (juris); LG Mainz 13.7.1987 – 10 HO 141/86, AG 1988, 169, 170; s auch OLG Düsseldorf 22.6.2017 – I 6 AktG 1/17 (nv); METRO; *Bredol NZG* 2012, 613, 615; MünchHdbAG/*Hoffmann-Becking* § 38 Rdn 32; KK/*Kersting* § 131 Rdn 394; *Kocher/Löner* AG 2014, 81, 83; MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 78; KK/*Noack*/Zetsche § 243 Rdn 740; *Reger NZG* 2013, 47, 48; *Schaaf* Rdn 802; *Wachter/Wachter* § 131 Rdn 18; *Wettich* AG 2012, 725, 734; **abw** OLG Köln 28.7.2011 – I-18 U 213/10, Rdn 80 (juris, Nichtzulassungsbeschwerde zurückgewiesen, BGH 8.5.2012 – II ZR 187/11); *Heidel/Heidel* § 131 Rdn 16; *Grigoleit/Herrler* § 131 Rdn 53; *Hüffer/Koch* § 131 Rdn 69; *Meyer-Löwy* S 60, 129; *Schmidt/Lutter/Schwab* § 243 Rdn 12; *Spindler/Stilz/Siemss* § 131 Rdn 86.

1523 OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 534 (juris); s auch KG 9.6.2008 – 2 W 101/07, Rdn 86 (juris); *Grigoleit/Herrler* § 131 Rdn 53; *Hüffer/Koch* § 131 Rdn 69.

1524 KG 9.6.2008 – 2 W 101/07, Rdn 86 (juris); insow zu tr auch OLG Köln 28.7.2011 – I-18 U 213/10, Rdn 85 (juris).

1525 LG Aachen 27.10.1998, 41 O 162/97 (nv): AMB

bestimmte Detailauskünfte gerichtet sei. Das Gleiche gelte bei einer pauschalen Antwort auf eine pauschale Frage, bei der der Aktionär ebenfalls ein auf detaillierte Information gerichtetes Auskunftsverlangen durch eine Nachfrage kundtun müsse.¹⁵²⁶

- 532 In der Literatur wird aus dieser Entscheidung in den beiden angesprochenen Fallkonstellationen das Bestehen einer Nachfrageobligieheit des Aktionärs gefolgert.¹⁵²⁷ In der Sache handelt es sich jedoch nicht um eine Obliegenheit, die der Rüge einer Verletzung des Auskunftsrechts entgegensteht. Pauschale Fragen müssen nur pauschal beantwortet werden; begeht der Aktionär Detailauskünfte, muss er eine entsprechende Frage stellen, die sodann vorbehaltlich der Erforderlichkeit der Auskunft auch detailliert zu beantworten ist (Rdn 264). Stellt der Aktionär eine Vielzahl von Fragen, von denen jedenfalls für einen Teil die Erforderlichkeit der Auskünfte nicht erkennbar ist, so muss er die Erforderlichkeit auf einen entsprechenden Hinweis des Versammlungsleiters darlegen. Tut er das nicht, so ist die Auskunft vom Vorstand nicht zu geben; er ist nicht verpflichtet, eine Frage auf ein zulässiges Maß zu reduzieren (Rdn 152). Voraussetzung dafür ist das Vorliegen objektiver Zweifel an der Erforderlichkeit der Auskunft. Ebenso verhält es sich bei unklaren Fragen: Diese kann der Vorstand so beantworten, wie er die Frage verstehen darf (Rdn 268). Ist der Aktionär der Auffassung, dass der Vorstand die Frage missverstanden hat, so muss er seine Frage entsprechend präzisieren. In all diesen Fällen sind Fragen ausreichend beantwortet, ohne dass es noch auf die Frage der Anfechtbarkeit ankäme. Nur durch Nachfragen kann der Aktionär ggf. weitere Informationen verlangen und auf deren Nichtbeantwortung Rechtsbehelfe stützen.¹⁵²⁸
- 533 Stellt der Aktionär in der Hauptversammlung Fragen, die der Vorstand nicht ohne weiteres erwarten musste und deren Beantwortung in der Hauptversammlung die zumutbaren personellen und sachlichen Möglichkeiten übersteigt, so braucht der Vorstand nur zu sagen, was er (ohne aufwendige Nachforschungen) weiß oder unschwer ermitteln kann. Auch insoweit handelt es sich weniger um eine die Anfechtung ausschließende Obliegenheit des Aktionärs zur **Ankündigung von Fragen** als um die immanente Grenzen der Anforderungen an die Auskunftserteilung (Rdn 286). Keinen Fall einer Obliegenheitsverletzung im dargelegten Sinne betreffen schließlich die Fälle der **Überschreitung der immanenten Ausübungsschranken für die Geltendmachung des Auskunftsrechts** wegen illoyaler, grob eigennütziger Rechtsausübung (Rdn 437), Verfolgung gesellschaftsfremder Interessen (Rdn 441) sowie übermäßiger Rechtsausübung (Rdn 443). In diesen Fällen ist ebenfalls schon das Bestehen eines Auskunftsrechts zu verneinen und nicht erst die Möglichkeit der Anfechtung.
- 534 ee) **Abwägung im Freigabeverfahren.** Eine im Ergebnis **praktisch bedeutsame Einschränkung der Rechtsfolgen der Verletzung des Auskunftsrechts** hat die Verschärfung des Freigabeverfahrens in § 246a und § 16 Abs 3 UmWG durch das ARUG¹⁵²⁹ zur Folge. Bei wesentlichen Strukturmaßnahmen, für die das Freigabeverfahren eröffnet ist, kann ein Anfechtungskläger unter Berufung auf eine Verletzung des Auskunftsrechts kaum mehr die Eintragung und damit die Wirksamkeit der Maßnahme verhindern. Denn

1526 BGH 5.11.2013 – II ZB 28/12, BGHZ 198, 354 Rdn 44; Henze/Born/Drescher Rdn 1418; ebenso schon OLG Hamburg 12.1.2001 – 11 U 162/00, NZG 2001, 513, 514; Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 21; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 17.

1527 MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 32; Hüffer/Koch § 131 Rdn 40, 68; Kocher/Lönné AG 2014, 81, 82; KK/Noack/Zetsche § 243 Rdn 740, 742.

1528 Vgl auch Kubis ZGR 2014, 608, 623f; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 79.

1529 Gesetz zur Umsetzung der Aktionärsrechte-RL vom 30.7.2009, BGBl I 2009, 2479.

die Verletzung des Auskunftsanspruchs des Aktionärs stellt regelmäßig keinen besonders schweren Rechtsverstoß dar, der nach der Vorstellung des Gesetzgebers für die Versagung der Freigabeentscheidung erforderlich ist; dies gilt auch dann, wenn die Anfechtungsklage wegen einer eindeutigen Auskunftspflichtverletzung Erfolg haben wird.¹⁵³⁰ Etwas anderes kann allenfalls dann gelten, wenn in der Hauptversammlung praktisch jede Information zu Fragen der Aktionäre verweigert wird (Totalverweigerung der Auskunft, Rdn 523).¹⁵³¹ Der Umstand, dass damit das Auskunftsrecht bei wesentlichen Strukturmaßnahmen zu einem *lex imperfectum* ohne eine scharfe Rechtsfolge bei dessen Verletzung wird, ist hinzunehmen. Der Aktionär kann sich die Verletzung des Auskunftsrechts im Hauptsacheverfahren bescheinigen lassen; zudem kann er eine Auskunftserteilung im Verfahren nach § 132 erreichen.

3. Schadenersatzpflicht

a) gegenüber der Gesellschaft. Bei einer Verletzung der Auskunftspflicht kann sich **535** der **Vorstand** gegenüber der Gesellschaft gemäß § 93 Abs 1 schadenersatzpflichtig machen, sofern der Gesellschaft hieraus ein Schaden entsteht.¹⁵³² Da der Vorstand als Gesamtorgan auskunftsverpflichtet ist (Rdn 64), trifft die Schadenersatzpflicht grundsätzlich alle Vorstandsmitglieder und nicht nur den- oder diejenigen, die pflichtwidrig eine falsche Auskunft oder keine Auskunft erteilt haben.¹⁵³³ Es kann jedoch an einem verschulden einzelner Vorstandsmitglieder fehlen, wenn ihnen die Unrichtigkeit der Auskunft – etwa aufgrund fehlender Ressortzuständigkeit – nicht bekannt sein musste oder wenn sie zumutbare Anstrengungen unternommen haben, eine Verletzung der Auskunftspflicht zu verhindern.¹⁵³⁴ Der Schaden der Gesellschaft wird sich regelmäßig auf Kosten eines Verfahrens gemäß § 132 oder eines Anfechtungsverfahrens beschränken.¹⁵³⁵ **Praktische Bedeutung** hat eine Haftung des Vorstands gegenüber der Gesellschaft wegen Verletzung des § 131 bislang **nicht** erlangt. Eher könnte eine Schadenersatzpflicht des Vorstands praktisch werden, wenn er trotz Bestehens eines Auskunftsverweigerungsrechts gemäß § 131 Abs 3 Nr 1 eine Auskunft erteilt und dadurch der Gesellschaft einen nicht unerheblichen Nachteil zufügt (Rdn 359).

b) gegenüber den Aktionären. Ungesichert ist, ob sich der **Vorstand** durch die **536** Erteilung einer unrichtigen Auskunft oder eine unberechtigte Auskunftsverweigerung auch gegenüber den Aktionären schadenersatzpflichtig machen kann. § 131 Abs 1 wird vielfach als Schutzgesetz im Sinne von § 823 Abs 2 BGB angesehen¹⁵³⁶; alternativ kommt eine Schadenersatzpflicht nur bei einer vorsätzlichen Verletzung des Aus-

1530 KG 18.5.2010 – 14 AktG 1/10 Rdn 37 (juris); KG 12.3.2010 – 24 AktG 1/09, AG 2010, 497, 501; OLG Frankfurt/M 23.2.2010 – 5 SCH 2/09, Rdn 74 (juris); Lutter/*Decher* UmwG, § 16 Rdn 77; KK/*Noack/Zetsche* § 246a Rdn 69; generell für Informationsmängel Kallmeyer/*Marsch-Barner* UmwG, § 16 Rdn 46b; **abw** Schmidt/Lutter/*Schwab* § 246 a Rdn 25.

1531 *Decher* FS Hoffmann-Becking, S 293, 307; s auch Spindler/*Stilz/Dörr* § 246 a Rdn 28; weitergehend Heidel/*Schatz* § 246 a Rdn 74.

1532 *Butzke* G 100; KK/*Kersting* § 131 Rdn 563; Hüffer/*Koch* § 131 Rdn 78; MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 176; Spindler/*Stilz/Siems* § 131 Rdn 90; Schmidt/Lutter/*Spindler* § 131 Rdn 117; Wachter/*Wachter* § 131 Rdn 38.

1533 **Abw** MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 176.

1534 Vgl auch KK/*Kersting* § 131 Rdn 562; MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 176.

1535 KK/*Kersting* § 131 Rdn 561; MünchKomm/*Kubis* § 131 Rdn 176; zu einem denkbaren Vermögensschaden s *Butzke* G 100.

1536 Heidel/*Heidel* § 131 Rdn 5b; Grigoleit/*Herrler* § 131 Rdn 62; Schmidt/Lutter/*Spindler* § 131 Rdn 117; *Vorauf* Rdn 407.

kunftsrechts gemäß § 823 Abs 2 BGB, § 400 Abs 1 Nr 1 in Betracht.¹⁵³⁷ Nachdem die finanziellen Interessen der Aktionäre, insbesondere deren Anlageentscheidung, zunehmend durch das Kapitalmarktrecht geschützt werden und das Aktiengesetz ein eigenes Sanktionssystem für Verletzungen mitgliedschaftlicher Rechte der Aktionäre vorsieht, besteht für die Anerkennung des § 131 als Schutzgesetz **kein Bedürfnis** mehr. Auch ein Schadenersatzanspruch wegen einer nachteiligen Anlageentscheidung gemäß § 823 Abs 2 BGB, § 400 Abs 1 Nr 1 kommt wegen des Vorrangs des kapitalmarktrechtlichen Schutzsystems nicht in Betracht.¹⁵³⁸ Damit bleibt kaum praktischer Raum für eine Schadenersatzpflicht des Vorstands gegenüber den Aktionären wegen fehlerhafter Auskunftserteilung in der Hauptversammlung, zumal dem Aktionär ein eigener Schaden entstanden sein muss, der nicht mit dem Schaden der Gesellschaft identisch sein darf. Dasselbe gilt für die Frage, ob auch eine **Schadenersatzpflicht der Gesellschaft selbst** gegenüber den Aktionären denkbar ist, sofern ausnahmsweise ein eigener Anspruch der Aktionäre zu bejahen ist.¹⁵³⁹ In der Praxis hat eine Schadenersatzpflicht des Vorstands oder der Gesellschaft gegenüber den Aktionären bislang auch keine praktische Bedeutung erlangt.¹⁵⁴⁰

537 4. Strafbarkeit. Durch eine vorsätzliche Verletzung des Auskunftsrechts kann sich der Vorstand im Einzelfall gemäß § 400 Abs 1 Nr 1 strafbar machen, wenn er die Verhältnisse der Gesellschaft einschließlich ihrer Beziehungen zu verbundenen Unternehmen in Auskünften in der Hauptversammlung unrichtig wiedergibt oder verschleiert. Für eine nicht durch § 131 Abs 3 Satz 1 gedeckte Auskunftsverweigerung wird es häufig an einem Vorsatz fehlen.¹⁵⁴¹ Auch wenn diese Strafbarkeitsregelung bislang nur eine geringe Rolle gespielt hat, zeigt die Praxis, dass kritische Aktionäre im Einzelfall von der Möglichkeit einer Strafanzeige Gebrauch machen.¹⁵⁴² Wegen der Einzelheiten wird auf die Kommentierung zu § 400 verwiesen.

538 5. Sonderprüfung. Als Rechtsbehelf wegen einer Verletzung des Auskunftsrechts kommt an sich auch die Sonderprüfung gemäß §§ 142ff in Betracht.¹⁵⁴³ Allerdings ist die Sonderprüfung (vorbehaltlich eines Hauptversammlungsbeschlusses) nur bei einem gerichtlichen Antrag durch 1% der Aktionäre oder Aktionäre, die Aktien in Höhe von 100.000 Euro halten, eröffnet; zudem wird das Gericht dem Antrag nur stattgeben, wenn Tatsachen vorliegen, die den Verdacht von groben Pflichtverstößen der Verwaltung vorliegen, wofür die Aktionäre darlegungspflichtig sind. In der Praxis hat daher ein gerichtlicher Antrag auf Sonderprüfung, ob die Verwaltung mit der Verweigerung einer Auskunft oder der (nicht ordnungsgemäßen) Erteilung einer Auskunft ihre Pflichten verletzt hat, bislang keine Rolle gespielt.

1537 Butzke G 100; KK/Kersting § 131 Rdn 565; Hüffer/Koch § 131 Rdn 78; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 177; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 34; Wachter/Wachter § 131 Rdn 39. Allgemein BGH 4.6.2007 – II ZR 147/05, NJW 2008, 76, 78; BGH 9.5.2006 – II ZR 278/02, NJW 2005, 2450, 2451; BGH 19.7.2004 – II ZR 218/03, BGHZ 160, 134, 140; BGH 17.9.2001 – II ZR 178/99, BGHZ 149, 10, 20.

1538 S auch Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 44.

1539 Bejahend MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 179; Spindler/Stilz/Siemss § 131 Rdn 90; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 117; abw Butzke G 100; KK/Kersting § 131 Rdn 566.

1540 Butzke G 101; Spindler/Stilz/Siemss § 131 Rdn 90; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 117.

1541 Butzke G 101.

1542 S etwa FAZ vom 21.2.1996, S 16: Strafanzeige gegen Vorstand und Aufsichtsrat von Daimler-Benz durch den Aktionär Knoesel wegen Gewinnankündigung in der HV am 24.5.1995 und Ankündigung eines Milliardenverlusts im September 1995; zur Einstellungsverfügung in diesem Fall und zur Praxis insgesamt krit Wenger in Aktienrechtsreform 1997, AG Sonderheft 1997, 57, 64.

1543 Hölters/Drinhausen § 131 Rdn 44; KK/Kersting § 131 Rdn 569; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 180.

Bedeutsamer ist die Sonderprüfung als **Ergänzung des Auskunftsrechts**. Das Auskunftsrecht des § 131 kann insoweit im Vorfeld durch einzelne Aktionäre eingesetzt werden. Es hat zwar nicht die Funktion, den Aktionären die Information zu verschaffen, die sie für einen Antrag gemäß § 142 Abs 2 benötigen (Rdn 188). Bei hinreichend konkreten Anhaltspunkten für ein Fehlverhalten der Verwaltung können die Aktionäre jedoch auch einzelne Maßnahmen oder Einzelgeschäfte hinterfragen, die für sich gesehen nicht bilanzprägend und damit an sich nicht zur Beurteilung der Entlastung oder des Jahresabschlusses erforderlich sind (Rnd 180). Werden insoweit trotz ausreichender Anhaltspunkte Auskünfte verweigert, so kann der Aktionär zunächst das Verfahren des § 132 beschreiten (Rdn 510) und bei Erfolg die erhaltenen Informationen im Rahmen einer Antragstellung gemäß § 142 Abs 2 nutzen. Dasselbe gilt, wenn die Gesellschaft eine Auskunft gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 1 verweigert, wegen des objektiv begründeten Verdachts einer schwerwiegenden Pflichtverletzung aber ein überwiegender Aufklärungsinteresse der Aktionäre besteht (Rdn 376). Auch dann, wenn – wie in der Praxis regelmäßig der Fall – ein überwiegender Aufklärungsinteresse fehlt und die Auskunft daher im Ergebnis zurecht versagt wurde, mögen Aktionäre, die das Quorum erreichen, einen gerichtlichen Antrag gemäß § 142 Abs 2 stellen.

ANHANG: Kasuistik (alphabetisch)

In der Rechtsprechung findet sich eine umfangreiche Kasuistik zum Auskunftsrecht der Aktionäre. Nachfolgend soll eine alphabetische Übersicht über diese Kasuistik gegeben werden, wobei das Bestehen eines Auskunftsrechts mit „ja“ und das Nichtbestehen eines Auskunftsrechts mit „nein“ gekennzeichnet wird. Soweit das Bestehen eines Auskunftsrechts verneint wird, wird nicht danach differenziert, ob schon die Voraussetzungen für ein Auskunftsrecht fehlen (insbes. mangels Erforderlichkeit der Auskunft), oder ob ein Auskunftsverweigerungsgrund vorliegt. Die Aussage „ja“ bzw. „nein“ ist jeweils im Kontext der Kommentierung zu sehen, soweit auf diese verwiesen wird. Im Übrigen können stets Besonderheiten des konkreten Falls eine abweichende Würdigung gerechtfertigen. Soweit keine Nachweise aus der Rechtsprechung gegeben werden, handelt es sich um die Auffassung des Verfassers sowie ggf. in der Kommentierung angeführter Literatur. Die Erforderlichkeit der Auskunft kann nur im Zusammenhang mit dem konkreten Tagesordnungspunkt beurteilt werden (zur nach Tagesordnungspunkten gegliederten Kasuistik Übersicht Rdn 175 ff.). Zur Kasuistik betreffend Angelegenheiten der Gesellschaft Rdn 86 ff., zur Kasuistik betreffend Auskunftsverweigerungsgründe Rdn 378 ff.

Abfindungszahlungen

- an Mitarbeiter, s. Mitarbeiter, Abfindungen
- an ausgeschiedene Vorstandsmitglieder, s. Vorstand, Abfindungszahlungen

Abhängigkeitsbericht, s. auch Herrschendes Unternehmen; Verbundene Unternehmen

- Inhalt: nein¹⁵⁴⁴ (Rdn 98)
- Fehlen von Bestätigungsvermerk/Schlußerklärung Vorstand/Aufsichtsrat, Grund: ja¹⁵⁴⁵
- Prüfungshandlungen Abschlussprüfer/Aufsichtsrat: ja, aber keine Details¹⁵⁴⁶

Abschlusssprüfer

- Auftragschreiben an Abschlusssprüfer: nein (Rdn 206), s. auch Unternehmensbewertung, Verschmelzung
- Ausschreibungsverfahren: ja (Rdn 205) für allgemeine Kriterien, nein für Einzelheiten (zB Nennung angefragter WP-Gesellschaften)
- Berufsrechtliche Verfahren gegen Abschlusssprüfer: nein¹⁵⁴⁷ (Rdn 91, 210)
- Eignung: ja¹⁵⁴⁸ (Rdn 204)
- Honorarvolumen Beratung, Verhältnis zu Honorarvolumen Abschlussprüfung: ja, soweit nicht schon nach § 285 Nr 17 HGB offengelegt; Gründe bei hohem Beratungshonorar: ja (Rdn 205)
- Interessen- und Branchenkollision: ja¹⁵⁴⁹ (Rdn 205)

1544 OLG Frankfurt/M 6.1.2003 – 20 W 449/93 NZG 2003, 224; KG 11.2.1972 – 1 W 1672/71, NJW 1972, 2307, 2309; LG Köln 10.6.1998 – 91 O 15/98, AG 1999, 137, 138: Connex Holding.

1545 OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2152.

1546 OLG Düsseldorf 11.8.2006 – I-15 W 110/05, Rdn 71, 73 (juris).

1547 OLG Frankfurt/M 6.11.1990 – 5 U 191/84, AG 1991, 206; LG Braunschweig 6.4.1990 – 22 O 97/89, AG 1991, 36: VW Devisenskandal.

1548 OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 372 (juris).

1549 OLG Düsseldorf 22.11.2012 – I-64 18/12, Rdn 104 (juris): IKB HV 2010.

- Jahresabschluss, Positionen: ja, soweit wesentliche Bilanzpositionen oder Anzeichen für Pflichtverletzungen¹⁵⁵⁰ (Rdn 207, 209)
- Pflichtverstöße der Verwaltung: nein, soweit nicht Schadenersatzansprüche in der Bilanz zu aktivieren¹⁵⁵¹ (Rdn 210)
- Prüfungsaufträge bei Drittunternehmen: nein: soweit nicht erhebliche Auswirkungen auf Gesellschaft¹⁵⁵² (Rdn 91)
- Prüfungsbericht, Inhalt: nein (Rdn 206)
- Prüfungsdauer für die Gesellschaft: ja (Rdn 205)
- Prüfungstätigkeit, frühere bei Gesellschaft: ja, bei Anhaltspunkten für bilanzielle Unregelmäßigkeiten oder auffällige Positionen des Jahresabschlusses (Rdn 207, 209)
- Regreßforderungen gegen den Abschlussprüfer, Prüfung: ja, wenn konkrete Anhaltspunkte¹⁵⁵³ (Rdn 210)
- Rotation: ja für vorgesehenen Zeitpunkt (Rdn 205); Wechsel: Gründe: ja, wenn außerhalb vorgeschriebener Rotation, nein für Einzelheiten
- Vorschlag durch Prüfungsausschuss: Gründe für fehlenden Vorschlag vom Gesamtaufsichtsrat: ja, aber keine Einzelheiten

Abschreibungen, s auch Bilanz, Jahresabschluss, Kreditinstitute

- Anteile: ja, sofern ungewöhnlich hoch¹⁵⁵⁴ (Rdn 164)
- über das steuerlich zulässig Maß hinaus: nein¹⁵⁵⁵ (Rdn 395)

Abstimmungsempfehlungen von Kreditinstituten: nein¹⁵⁵⁶ (Rdn 91)

ad hoc-publizitätspflichtige Tatsachen, regelmäßig ja, sofern nicht zulässiger Aufschub Art 17 Abs 4 MAR oder Gesellschaft Sekundär-Insider (Rdn 384, 414, Rdn 417)

Aktienbesitz, Vorstand/Aufsichtsrat/Mitglieder Group Executive Committee: ja (Gesamtbesitz), aber nicht individualisiert, sofern nicht publizitätspflichtig¹⁵⁵⁷

Aktienoptionen

- Aufteilung Gesamtvolumen/Kosten des Aktienoptionsprogramms auf Vorstand/Mitarbeiter: ja¹⁵⁵⁸ (Rdn 225)
- Bedienung in früheren Jahren: nein für aktuelle Beschlussfassung über Erwerb eigener Aktien¹⁵⁵⁹

1550 OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 372 (juris); OLG Frankfurt/M 6.11.1990 – 5 U 191/84, AG 1991, 206; LG Braunschweig 6.4.1990 – 22 O 97/89, AG 1991, 36.

1551 BGH 16.2.2009 – II Z R 185/07, BGHZ 180, 9 Rdn 48.

1552 LG Frankfurt/M 20.1.1992 – 3/1 O 169/91, AG 1992, 235, 236: Hornblower Fischer.

1553 OLG Frankfurt/M 2.10.2012 – 5 U 10/12 (nv); insow abw Vorinstanz LG Frankfurt/M 20.12.2011 – 3-5 O 37/11, Rdn 92, 93 (juris); Deutsche Bank HV 2011; jedoch keine nähere Begründung für Verneinung.

1554 OLG Frankfurt/M 6.11.1990 – 5 U 191/84, AG 1991, 206: Deutsche Bank: hier Frage nach Abschreibungen bzw Wertberichtigungen in Höhe von 60,7 Mio DM auf Anteile an branchenfremden Aktiengesellschaften; OLG Frankfurt/M 15.4.1986 – 3 U 191/84, AG 1986, 233, 234; LG Frankfurt/M 15.4.1986 ZIP 1986, 1245, 1246: Erforderlichkeit zweifelhaft bei 0,4% der Bilanzsumme.

1555 LG München I 10.3.1980 – 7 HK O 7427/79, AG 1981, 79, 80: Paulaner

1556 BayObLG 9.9.1996 – 3 Z BR 36/94, ZIP 1996, 1945, 1949: Hypobank.

1557 LG Frankfurt/M 18.1.2005 – 3-5 O 83/04, Rdn 54 (juris).

1558 OLG München 27.2.2002 – 7 U 1906/01, ZIP 2002, 1150, 1151: AAFORTUNA; OLG Stuttgart 12.8.1998 – 20 U 111/97, ZIP 1998, 1482, 1490: Wenger/Daimler Benz; OLG Braunschweig 29.7.1998 – 3 U 75/98, ZIP 1998, 1585, 1590: Wenger/VW; LG Stuttgart 30.10.1997 – 5 KfH O 96/97, AG 1998, 41, 44: Daimler-Benz; LG Heidelberg 24.9.1997 – O 62/96 KfH II, ZIP 1997, 1787, 1791: SAP

1559 KG 3.5.2010 – 23 U 63/09, Rdn 119 (juris).

- Begründung für Verzicht auf relatives Erfolgsziel: ja (Rdn 225)
- Begründung für Wahl eines bestimmten Branchenindex: ja (Rdn 225)
- Begründung für Vorzugswürdigkeit gegenüber virtuellen Wertrechten (*phantom stock*): ja, Rdn 225
- Gesamtwert, Nominalwert, Umfang des erforderlichen bedingten Kapitals, Gesamtzahl an Aktien: ja¹⁵⁶⁰, konkreter Wert: nein¹⁵⁶¹ (Rdn 226)
- Prozentsatz, den Vorstandsmitglieder erhalten sollen oder erhalten haben: ja¹⁵⁶²

Aktionäre, s auch Großaktionär; Herrschendes Unternehmen; Verbundene Unternehmen

- Aktivistische, Erkenntnisse über deren Absichten: ja, wenn Gesellschaft (aber nicht öffentlich) bekannt, sofern nicht laufende vertrauliche Gespräche
- Beteiligungshöhe: grds nein, soweit nicht meldepflichtig¹⁵⁶³ (Rdn 92), meldepflichtige Beteiligungen: ja¹⁵⁶⁴ (Rdn 92)
- Briefwahl, Ergebnisse: nein (Rdn 92)
- Großaktionär, s dort
- Namen: nein, soweit nicht meldepflichtig¹⁵⁶⁵ (Rdn 92)
- Stimmberechtigung: s Großaktionär, Mitteilung über Beteiligungsverhältnisse nach WpHG/AktG; *Squeeze-out*
- Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft, Ergebnis Weisungen: nein (Rdn 92)
- Zusammensetzung (Aktionärskreis/Aktionärsstruktur): unterhalb Mitteilungspflicht WpHG/AktG: nein¹⁵⁶⁶ (Rdn 92)

Aktionärsschutzvereinigungen, Auskünfte an: ja (Rdn 483)

Anderer Vertragsteil

- Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag, s Unternehmensvertrag (Rdn 240ff)
- Verschmelzung, s dort (Rdn 253)

Anlagevermögen

- Anlagepolitik, Zusammensetzung des Wertpapierportefeuilles: nein
- Verkehrswerte beweglich/unbewegliches Anlagevermögen: nein¹⁵⁶⁷ (Rdn 405)
- Wertentwicklung Aktienbestände, prozentuale: ja¹⁵⁶⁸ (Rdn 405)

1560 OLG Stuttgart 12.8.1998 – 20 U 111/97, ZIP 1998, 1482, 1491; OLG Braunschweig 29.7.1998 – 3 U 75/98, ZIP 1998, 1585, 1591.

1561 OLG München 27.2.2002 – 7 U 1906/01, ZIP 2002, 1150, 1151; OLG Stuttgart 13.6.2001 – 20 U 75/00, ZIP 2001, 1367, 1371: DaimlerChrysler.

1562 LG Stuttgart 30.10.1997 – 5 KfH O 96/97, AG 1998, 41, 44: Daimler-Benz; LG Heidelberg 24.9.1997 – O 62/96 KfH II, ZIP 1997, 1787, 1791: SAP.

1563 LG Frankfurt/M 24.4.2007 – 3-5 O 80/06, BeckRS 2007, 16382, Rdn 24; LG Düsseldorf 25.4.2008 – 39 O 144/07, Rdn 84 (juris); LG Bonn 9.3.2004 – 11 O 35/03, Rdn 34 (juris); s auch KG 30.6.1994 – 2 W 4531/93 und 4642/93, WM 1994, 1479, 1487: keine Auskünfte über alle Aktionäre, die mehr als 0,5% des Grundkapitals halten.

1564 LG Düsseldorf 25.4.2008 – 39 O 144/07, Rdn 84 (juris).

1565 KG 30.6.1994 – 2 W 4531/93 und 4642/93, WM 1994, 1479, 1487.

1566 LG Düsseldorf 25.4.2008 – 39 O 144/07, Rdn 84 (juris).

1567 LG Mannheim 21.12.1992 – 23 AktE 1/1992 (nv): Scheidemandel II (bestätigt durch BVerfG 20.9.1999 – 1 BvR 168/93, ZIP 1999, 1881).

1568 KG 15.2.2001 – 2 W 3288/00, Rdn 87 (juris): Gesellschaft, die ihre Finanzmittel in Aktien anlegt.

Anschaffungskosten einer Beteiligung: s Kaufpreis, Beteiligung**Aufsichtsratsausschüsse**, s auch Aufsichtsratssitzungen

- Anzahl der Sitzungen: ja (Rdn 189)
- Existenz bestimmter Ausschüsse: ja
- Teilnahme einzelner Mitglieder an Sitzungen: ja (Rdn 189)
- Aufsichtsratsmandate
- konzernfremde: ja¹⁵⁶⁹ (Rdn 195, 211)
- konzerninterne: ja¹⁵⁷⁰ (Rdn 195)
- in- und ausländische Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen: ja (Rdn 211)

Aufsichtsratsmitglieder

- Alter: ja, s auch persönliche Angelegenheiten
- Auskünfte an: nein¹⁵⁷¹ (Rdn 475)
- Beratervertrag mit Gesellschaft: ja¹⁵⁷² (Rdn 193)
- *Diversity*, s Aufsichtsratswahl, Zielstruktur
- Eignung: ja¹⁵⁷³ (Rdn 106, 212)
- Einflußnahme von Käufern/Politikern auf Kandidaten (in seiner vorherigen Eigenschaft als Finanzvorstand): ja (Erstwahl),¹⁵⁷⁴ nein (Wiederwahl)¹⁵⁷⁵ (Rdn 215)
- Fortbildung: ja
- Gesundheitszustand: nein, es sei denn Anhaltspunkte für Beeinträchtigung der Eignung (Rdn 214)
- Interessenkonflikt: ja¹⁵⁷⁶ (Rdn 190, 211, 215); nach Auffassung des AR nicht aufgetretene Interessenkonflikte: nein¹⁵⁷⁷; anders bei Anhaltspunkten für Pflichtverstöße
- Nebentätigkeit: ja¹⁵⁷⁸ (Rdn 195)
- persönliche Angelegenheiten: ja, soweit sie die Eignung betreffen,¹⁵⁷⁹ (Rdn 212, 379)
- persönliche Auffassungen/Erwägungen: nein¹⁵⁸⁰ (Rdn 88)

1569 BayObLG 30.11.1995 – 3 Z BR 161/93, WM 1996, 119, 121: Allianz; KG 24.8.1995 – 2 W 1255/95, ZIP 1995, 1592, 1594: Siemens; einschr (nur bei objektiv begründetem Zweifel) OLG Düsseldorf 22.7.1986 – 19 W 2/86, ZIP 1986, 1557; LG Frankfurt/M 16.9.1994 – 3/3 O 83/92, WM 1994, 1929, 1931; LG München I 24.6.1993 ZIP 1993, 1630: Allianz.

1570 OLG Düsseldorf 15.11.1987 – 19 W 6/87, AG 1988, 53.

1571 BGH 29.11.1982 – II ZR 88/81, BGHZ 86, 1, 7.

1572 BGH 10.7.2012 – II ZR 48/11, BGHZ 149, 14, Rdn 38 und OLG Frankfurt/M 15.2.2011 – 5 U 30/10, Rdn 25 ff: Fresenius; OLG München 24.9.2008 – 7 U 4230/07, Rdn 38 (juris).

1573 OLG Frankfurt/M 26.6.2012 – 5 U 144/09, Rdn 74 (juris); LG Hannover 19.8.2009 – 23 O 90/09, AG 2009, 914, 915, 917: Continental; LG Frankfurt/M 16.1.2007 – 3-5 O 56/06, BeckRS 2009, 08313: Deutsche Bank HV 2006.

1574 OLG Frankfurt/M 28.10.2008 – 17 U 176/07, Rdn 144 (juris) und LG Frankfurt/M 16.1.2007 – 3-5 I 56/06, BeckRS 2009, 08313: Deutsche Bank HV 2006.

1575 OLG Frankfurt/M 26.6.2012 – 5 U 144/09, Rdn 79 ff (juris); Deutsche Bank HV 2008

1576 OLG Frankfurt/M 5.7.2011 – 5 U 104/10, Rdn 79, 99 (juris); LG Hannover 19.8.2009 – 23 O 90/09, AG 2009, 914, 915, 917: Continental.

1577 S auch OLG München 24.9.2008 – 7 U 4230/07, Rdn 43 (juris).

1578 BayObLG 30.11.1995 – 3 Z BR 161/93, WM 1996, 119, 121: Allianz; KG 24.8.1995 – 2 W 1255/95, ZIP 1995, 1592, 1594: Siemens; **abw** OLG Düsseldorf 22.7.1986 – 19 W 2/86, ZIP 1986, 1557; LG Frankfurt/M 16.9.1994 – 3/3 O 83/92, WM 1994, 1929, 1931; LG München I 24.6.1993 – 17 HKO 20038/90, ZIP 1993, 1630.

1579 OLG Frankfurt/M 26.6.2012 – 5 U 144/09, Rdn 74 (juris); LG Hannover 19.8.2009 – 23 O 90/09, AG 2009, 914, 915, 917: Continental; LG Frankfurt/M 16.1.2007 – 3-5 O 56/06, BeckRS 2009, 08313: Deutsche Bank HV 2006; enger OLG Düsseldorf 22.11.2012 – I-6 U 18/12, Rdn 57 (juris): nur bei Anhaltspunkten für mangelnde Eignung.

1580 BVerfG 20.9.1999 – 1 BvR 636/95, ZIP 1999, 1798, 1800 und OLG Stuttgart 15.2.1995 – 3 U 118/94, WM 1995, 617, 620: Daimler Benz/Wenger; OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20W 5/11, Rdn 519 (juris): Porsche;

- Pflichtverletzungen: ja, bei konkreten Anhaltspunkten (Rdn 179 ff, 183)
- Rechtsanwaltsmandate Kanzlei, der Aufsichtsratsmitglied angehört: ja (Standardmandate)¹⁵⁸¹ (Rdn 379)
- Vorbildung: ja, soweit Bedeutung für Eignung (Rdn 212)¹⁵⁸²
- Vorstandstätigkeit, bisherige: ja, sofern Rückschlüsse auf Eignung zur Erstwahl¹⁵⁸³ (Rdn 213, 215)
- Vorstrafen: ja, bei konkreten Anhaltspunkten (Rdn 214)
- Wirtschaftliche Beziehungen zu Großaktionär (Anteil Honorareinkünfte als Anwalt): nein¹⁵⁸⁴ (Rdn 215)
- Wirtschaftliche Verhältnisse: grds nein, es sei denn, Anhaltspunkte für Beeinträchtigung der Eignung (Rdn 214)
- Aufsichtsratssitzungen
- Anzahl und Häufigkeit der Teilnahme einzelner Aufsichtsratsmitglieder: ja¹⁵⁸⁵ (Rdn 88, 189)
- Aufsichtsratsprotokolle: nein¹⁵⁸⁶ (Rdn 189, 380)
- Effizienzprüfung, Durchführung: ja; letzter Zeitpunkt: ja; inhaltliche Ergebnisse: nein¹⁵⁸⁷ (Rdn 189, 380)
- Gründe für niedrige Teilnahmemequote: ja (Rdn 189)
- Vorgänge in Aufsichtsratssitzungen: nein, sofern vertraulich (Inhalt, Unterlagen, Meinungsäußerungen, Abstimmungsergebnisse, Abstimmungsverhalten)¹⁵⁸⁸ (Rdn 189, 380); ausnahmsweise ja bei überwiegendem Aufklärungsinteresse (Rdn 369)

Aufsichtsratsvergütung

- Erhöhung, Vergleich mit Wettbewerbern/Branchenüblichkeit: ja (Rdn 217),

Aufsichtsratsvorsitzender

- Dialog mit Investoren: ja (Rdn 461, 482), für Tatsache als solche und wesentliche Themen, soweit mit Aktionären; nein für Kommunikation mit Dritten
- Erwägungen, Unterlassungen, Motive und Auffassungen: nein¹⁵⁸⁹ (Rdn 88)

bestätigt durch BGH 14.1.2014 – II Zb 5/12 Rdn 74 (juris); LG München I 28.8.2008 – 5 HK O 12681/07, Rdn 557 (juris); LG München I 24.4.2008 – 5 HKO 23244/07, Rdn 382 (juris).

1581 LG Frankfurt/M 2.2.2010 – 3-5 O 178/09, Rdn 62 (juris).

1582 Enger OLG Düsseldorf 22.11.2012 – I-6 U 18/12, Rdn 57 (juris): nur bei Anhaltspunkten für mangelnde Eignung.

1583 OLG Frankfurt/M 28.10.2008 – 17 U 176/07, Rdn 144 (juris); Deutsche Bank HV 2006.

1584 Abw LG Hannover 19.8.2009 – 23 O 90/09, AG 2009, 914, 917: Continental.

1585 LG Frankfurt/M 15.1.2008 – 3-5 O 144/07, BeckRS 2009, 08314.

1586 BGH 6.3.1997 – II ZB 4/96, BGHZ 135, 48, 54: anders bei mitbestimmter GmbH.

1587 LG Mannheim 21.9.2009 – 24 O 55/09 (nv): EnBW.

1588 BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 76 (juris) und OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11 Rdn 521ff (juris), BGH 5.11.2013 – II ZB 28/12, BGHZ 198, 351 Rdn 47 und OLG Frankfurt/M. 8.11.2012 – 21 W 33/11 Rdn 42 (juris): Deutsche Bank HV 2010; OLG Düsseldorf 13.7.2015 – I-26 W 16/14 (AktE), Rdn 65 (juris): Postbank; OLG Frankfurt/M 8.11.2012 – 21 W 33/11, NZG 2013, 23, 25: keine Auskunft über Behandlung vorlagepflichtiger Engagements; OLG Frankfurt/M. 26.6.2012, Rdn 104 (juris): Deutsche Bank HV 2008; LG Mannheim 17.9.2009 – 24 O 55/09 (nv): EnBW; LG München I 24.4.2008 – 5 HK O 23244/07, Rdn 382 (juris); LG Mannheim 7.4.2005 – 23 O 102/04, AG 2005 – 780, 781: Kein Anspruch auf Mitteilung der Tagesordnung einer Aufsichtsratssitzung.

1589 BVerfG 20.9.1999 – 1 BvR 636/95, ZIP 1999, 1798, 1800 und OLG Stuttgart 15.2.1995 – 3 U 118/94,

WM 1995, 617, 620: Daimler Benz/Wenger; OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20W 5/11, Rdn 519 (juris): Porsche; bestätigt durch BGH 14.1.2014 – II Zb 5/12 Rdn 74 (juris); LG München I 28.8.2008 – 5 HK O 12681/07, Rdn 557 (juris); LG München I 24.4.2008 – 5 HKO 23244/07, Rdn 382 (juris).

Aufsichtsratswahl, s auch Aufsichtsratsmitglieder, Eignung/persönliche Angelegenheiten

- Abschlussprüfer, Beziehungen zu: ja, bei Anhaltspunkten¹⁵⁹⁰
- Bisherige Aufsichtsratstätigkeit: ja, bei Wiederwahl (Rdn 213)
- Bisherige Vorstandstätigkeit: ja, bei Erstwahl¹⁵⁹¹ (Rdn 213, 215)
- Entsprechenserklärung, Vereinbarkeit mit: ja¹⁵⁹² (Rdn 211)
- Finanzexperte, Qualifikation des Kandidaten als: ja
- Interessenkonflikt, s Aufsichtsratsmitglieder
- Kompetenzen/Eignung: ja (Rdn 212, 213)
- Nominierungsprozess: ja für Grundzüge (Auswahlkriterien); Einzelheiten zum Anforderungskatalog/“k.o.-Kriterien“: nein (s auch Rdn 196, 212)
- Unabhängigkeit: ja (s auch Rdn 196, 212)
- Zielstruktur, Erreichen hinsichtlich *Diversity*: ja (Rdn 211)

Back Office – Anzahl der Personen, Kosten: nein

Bankkundendaten: nein¹⁵⁹³ (Rdn 381), s auch Kreditinstitut

Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag, s Unternehmensverträge

Behördliche Ermittlungen, s auch Rechtstreit

- Stand: wesentliche Eckdaten ja, inhaltliche Aussagen nein¹⁵⁹⁴ (Rdn 386)
- Tatsache: grds ja

Beraterverträge

- Aufsichtsratsmitglieder: ja, s auch Aufsichtsratsmitglieder (Rdn 193)
- Vorstandsmitglieder, ausgeschiedene: ja (Existenz), nein (Einzelheiten), soweit nicht Anhaltspunkte für pflichtwidriges Verhalten (Rdn 201), s auch Abfindungszahlungen
Bestätigungsbeschluss (**Rdn 259 ff**)
- Entwicklungen seit Ausgangsbeschluss: grds nein; ja, wenn erst nachträgliches Bekanntwerden oder Auswirkungen auf Möglichkeit Bestätigung¹⁵⁹⁵

Beteiligungen an börsennotierten deutschen Aktiengesellschaften

- Aufgliederung der Beteiligung in direkte und indirekte: nein¹⁵⁹⁶ (Rdn 167)

¹⁵⁹⁰ OLG Frankfurt/M 21.3.2006 – 10 U 17/05, Rdn 29 (juris).

¹⁵⁹¹ OLG Frankfurt/M 28.10.2008 – 17 U 176/07, Rdn 144 (juris) und LG Frankfurt/M 16.1.2007 – 3-5 O 56/06, BeckRS 2009, 08313; Deutsche Bank HV 2006.

¹⁵⁹² LG Frankfurt/M 28.1.2014 – 3-5 O 162/13, Rdn 116 (juris); LG Hannover 19.8.2009 – 23 O 30/09, AG 2009, 914, 915, 917.

¹⁵⁹³ BGH 16.2.2009 – II ZR 185/07; BGHZ 180, 9 Rdn 42; LG Frankfurt/M. 15.11.2011 – 3-5 O 30/11 Rdn 84 (juris); Deutsche Bank/Lehman; abw noch LG Frankfurt/M 24.1.2005 – 3-05 O 61/03, ZIP 2005, 1275, 1276.

¹⁵⁹⁴ LG Mannheim 21.9.2009 – 24 O 55/09 (nv): EnBW: mögliche finanzielle Konzessionen/Rückstellungen.

¹⁵⁹⁵ LG Frankfurt/M 12.11.2013 – 3-5 O 151/13, Rdn 134, 140 (juris); vgl auch OLG Dresden 13.6.2001 – 13 U 2639/00, Rdn 159.

¹⁵⁹⁶ KG 30.6.1994 – 2 W 4531, 4642/93, WM 1994, 1479, 1485; KG 24.8.1995 – 2 W 1255/95, ZIP 1995, 1585, 1588.

- Beteiligung mindestens 3%: ja¹⁵⁹⁷ (Rdn 167, 168); auch bei Handels- oder Spekulationsbeständen¹⁵⁹⁸
- Beteiligungen mit Börsenwert EUR 50 Mio (bei großen Gesellschaften): ja¹⁵⁹⁹ (zw, Rdn 168)
- Beteiligungen mit Börsenwert EUR 10 Mio (bei kleineren Gesellschaften): ja¹⁶⁰⁰ (zw, Rdn 168)
- Beteiligungen von Kapitalanlagegesellschaften: nein¹⁶⁰¹ (Rdn 167)
- Beteiligungen von konzernfremden Vermögensverwaltungsgesellschaften für Rechnung der Gesellschaft oder eines mit ihr verbundenen Unternehmens: ja¹⁶⁰² (Rdn 167)
- Beteiligungen von verbundenen Unternehmen: ja¹⁶⁰³ (Rdn 167)
- Beteiligungen sämtlicher nichtbörsennotierter Zwischenholding-Gesellschaften in Höhe von mindestens 10%: ja, sofern große Kapitalgesellschaften (Rdn 168)
- Ergebnisbeiträge: ja (Beteiligung mehr als 20%) bei Beherrschungsvertrag¹⁶⁰⁴ (Rdn 233, 239), im Übrigen, wenn bilanzprägend (Rdn 158), jeweils sofern nicht bereits nach Rechnungslegungsvorschriften oder im Rahmen einer Unternehmensbewertung offengelegt (Rdn 142, 143)

Beteiligungen, nicht börsennotierte Gesellschaften

- Beteiligung mindestens 3%: nein, mindestens 5%: ja (Rdn 168)
- Substanz und Liquidationswert: nein¹⁶⁰⁵ (Rdn 405)
Beteiligungserwerb, s auch Kaufpreis Beteiligungen
- Kenntnis des Unternehmenswertes (hier: nach Einschätzung des Vorstands): ja¹⁶⁰⁶
Bilanz, s auch Jahresabschluss
- Aufschlüsselung: ja, soweit wesentlich bzw die Bilanz der Gesellschaft prägend;¹⁶⁰⁷ nein, soweit Aufschlüsselung bis in letzte Einzelheiten¹⁶⁰⁸ (Rdn 158)

1597 Für seinerzeit bestehende Mitteilungspflicht ab 5% BayObLG 9.9.1996 – 3 Z BR 36/94, ZIP 1996, 1945, 1948; Hypobank; BayObLG 23.8.1996 – 3 Z BR 130/96, ZIP 1996, 1743, 1745; ebenso KG 24.8.1995 – 2 W 1255/95, ZIP 1995, 1585, 1587; Allianz; KG 30.6.1994 – 2 W 4531/93, WM 1994 1479, 1483.

1598 KG 24.8.1995 – 2 W 1255/95, ZIP 1995, 1585, 1588.

1599 BayObLG 9.9.1996 – 3 Z BR 36/94, ZIP 1996, 1945, 1948; Hypobank; BayObLG 23.8.1996 – 3 Z BR 130/96, ZIP 1996, 1743, 1745; ebenso KG 24.8.1995 – 2 W 1255/95, ZIP 1995, 1585, 1587; Allianz; KG 30.6.1994 – 2 W 4531/93, WM 1994 1479, 1483.

1600 BayObLG 9.9.1996 – 3 Z BR 36/94, ZIP 1996, 1945, 1948; Hypobank; BayObLG 23.8.1996 ZIP 1996, 1743, 1745; ebenso schon (für Beteiligung von 10% am Grundkapital bzw der Stimmrechte) vgl KG 24.8.1995 – 2 W 1255/95, ZIP 1995, 1585, 1587; Allianz; KG 24.8.1995 – 2 W 1255/95, ZIP 1995, 1590: Allianz; KG 24.8.1995 – 2 W 1255/95, ZIP 1995, 1592: Siemens; KG 30.6.1994 – 2 W 4531, 4642/93, WM 1994, 1479, 1483; KG 26.8.1993 – 2 W 6111/92, ZIP 1993, 1618, 1619: Siemens (zw); **abw** LG Frankfurt/M 16.9.1994 – 3/3 O 83/92, WM 1994, 1929, 1930; LG Frankfurt/M 16.9.1994 – 3/3 O 83/92, WM 1994, 1931, 1932; bzgl kleinerer Gesellschaften s KG 15.2.2001 – 2 W 3288/00, ZPI 2001, 1200, 1201.

1601 KG 24.8.1995 – 2 W 1255/95, ZIP 1995, 1585, 1588.

1602 BayObLG 9.9.1996 – 3 Z BR 36/94, ZIP 1996, 1945, 1948; KG 30.6.1994 – 2 W 4531, 4642/93, WM 1994, 1479, 1485.

1603 BayObLG 9.9.1996 – 3 Z BR 36/94, ZIP 1996, 1945, 1948; BayObLG 23.8.1996 – 3 Z BR 130/96, ZIP 1996, 1743, 1746; KG 24.8.1995 – 2 W 1255/95, ZIP 1995, 1585, 1588; KG 30.6.1994 – 2 W 4531/93, WM 1994, 1479, 1484.

1604 LG Frankfurt/M 15.2.1989 – 3-8 O 134/88, ZIP 1989, 1062, 1063.

1605 LG Hamburg 8.6.1995 – 405 O 230/94, WM 1996, 168, 171: zu veräußernde Beteiligung.

1606 LG Berlin 17.1.1990 – 98 AktE 10/89, WM 1990, 978, 981: Springer/Kirch.

1607 BGH 9.2.1987 – II ZR 119/86, BGHZ 101, 1; OLG Düsseldorf 11.8.2006 – I-15 W 110/05, Rdn 74, 75 (juris); OLG München 8.8.1997 – 23 U 1974/97, WM 1997, 1939, 1943: SSI/Rieter III; BayObLG 20.3.1996 – 3 Z BR 324/95, WM 1996, 1177, 1179; OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2154; OLG Hamburg 6.11.1970 – 11 W 18/70, AG 1970, 372; LG Berlin 17.1.1990 – 98 AktE 10/89, WM 1990, 978, 981; LG München I 16.4.1986 – 7 HKO 8835/85, AG 1987, 185, 187.

- anderer Vertragsteil: s Unternehmensverträge, Rdn 238; Verschmelzung, Rdn 252
- Bilanzangaben, Unterbleiben: ja¹⁶⁰⁹ (Rdn 375)
- Bilanzielle Risiken: ja¹⁶¹⁰ (Rdn 169)
- *Goodwill*, Verhältnis zum Eigenkapital: ja; Abschreibungen auf: ja, Einzelheiten nur bei Bilanzprägung (Rdn 158) oder Anhaltspunkten für Pflichtverstöße (Rdn 181)
- Kennziffern, Ermittlung: ja¹⁶¹¹ (Rdn 164)
- verbundene Unternehmen: ja, wenn wesentlich¹⁶¹² (Rdn 160)

Buchwert, s auch Großaktionär, Herrschendes Unternehmen, Unternehmensverträge

- Aktien der AG, von herrschendem Unternehmen gehalten: grds nein, es sei denn, erhebliche Auswirkungen auf die Gesellschaft¹⁶¹³ (Rdn 92, 102); ja (bei Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag)¹⁶¹⁴ (Rdn 240)
- Beteiligungen: grds nein¹⁶¹⁵ (Rdn 405); ja, bei Versicherungsgesellschaft¹⁶¹⁶
- Beteiligung des anderen Vertragsteils an anderen Gesellschaften: ja (bei Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag), wenn sich diese auf die Vermögenssituation des herrschenden Unternehmens ausgewirkt haben kann¹⁶¹⁷ (Rdn 241)
Business Combination Agreement
- Vertragsinhalt: ja, wenn Gegenstand/Zusammenhang Beschlussfassung¹⁶¹⁸ (Rdn 232), andernfalls nein
- Wesentlicher Inhalt: ja, wenn Gegenstand von ad hoc-Vereinbarung¹⁶¹⁹ (Rdn 222)

1608 BGH 7.4.1960 BGHZ 32, 159, 163; OLG Frankfurt/M 6.11.2010 – 5 U 29/10, Rn. 287 (juris); BayObLG 22.3.1999 – 3 Z BR 250/98, AG 1999, 320 321; OLG München 3.12.1997 – 7 U 1849/97, AG 1998, 238, 239; LG Düsseldorf 28.9.2011 – 41 O 40/09, Rdn 53 (juris).

1609 LG Frankfurt/M 15.2.1989 – 3-8 O 134/88, ZIP 1989, 1062, 1063.

1610 OLG Düsseldorf 18.2.2013 – I-26 W 21/12 (AktE), Rdn 45; OLG München 4.7.2001 – 7 U 5285/00, NZG 2002, 187, 188; BayObLG 21.3.2001 – 3 Z Br 318/00, NJW-RR 2002, 104.

1611 LG München I 10.3.1980 – 7 HK O 7427/79, AG 1981, 79, 80.

1612 OLG Hamburg 24.2.1994 – 11 W 6/94, ZIP 1994, 373; enger LG München I 10.12.1998 – 5 HKO 10806/97, NZG 1999, 674, 576: Hypobank/Porta.

1613 OLG Düsseldorf 19.12.2008 – 17 U 63/08, AG 2009, 535, 538; LG Krefeld 20.8.2008 – 110 14/08, Rdn 65 (juris); LG Bonn 9.3.2004 – 11 O 35/03, Rdn 78 (juris); LG Heidelberg 7.8.1996 – II KfH U 4/96, AG 1996, 523, 525: Formwechsel Scheidemandel.

1614 BGH 19.6.1995 – II ZR 58/94; ZIP 1995, 1256, 1258; BGH 5.4.1993 – II ZR 238/91, BGHZ 122, 211, 237: SSI/Rieter; OLG Koblenz 26.4.2001 – 6 U 746/95, BeckRS 2001, 10422; OLG Koblenz 23.11.2000 – 6 U 1434/95, BeckRS 2000, 30145429.

1615 BayObLG 9.9.1996 – 3 Z BR 36/94, ZIP 1996, 1945, 1948; KG 30.06.1994 – 2 W 4531/93, WM 1994 1479, 1486; KG 26.8.1993 – 2 W 6111/92, ZIP 1993, 1618, 1621.

1616 BayObLG 30.11.1995 – 3 Z BR 161/93, WM 1996, 119, 121: Allianz.

1617 BGH 5.4.1993 – II ZR 238/91, BGHZ 122, 211, 238.

1618 OLG Schleswig 8.12.2005 – 5 U 57/04, WM 2006, 231, 235 und LG Flensburg 7.4.2004 – 6 O 17/03, NZG 2004, 677, 680: MC Settlement Agreement zugrunde liegendes Cooperation Framework Agreement mobilCom/France Télécom; LG München I 31.1.2008 – 5 HK O 19782/06, Rdn 336 (juris): Business Combination Agreement im Zusammenhang mit Veräußerung Bank Austria und osteuropäischer Bankaktivitäten durch HVB an UniCredit; LG Nürnberg-Fürth 18.12.2008 – 1 HK O 4286/08, AG 2010, 179; Business Combination Agreement WaveLight/Alcon im Zusammenhang mit Abschluss eines BGAV; ferner OLG München 11.6.2015 – 23 U 4375/14, BeckRS 2015, 11164, Rdn 18: Investorenvereinbarung vor Schaffung genehmigten Kapitals.

1619 OLG München 11.6.2015 – 23 U 4375/14, BeckRS 2015, 11164, Rdn 18.

Compliance, s auch Schadenersatzansprüche gegen Organmitglieder

- Organisation: ja¹⁶²⁰ (Rdn 199)
- Verstöße: Existenz im Geschäftsjahr, Benennung: ja, wenn wesentlich; Untersuchung und Abstellen: ja (Rdn 199); Konsequenzen/Geltendmachung von Ersatzansprüchen: ja (Rdn 199)
- Whistleblower-System, Existenz für Mitarbeiter und Dritte: ja
Corporate Social Responsibility
- Berichterstattung: ja
- Prüfung durch Aufsichtsrat: ja (Rdn 136)
- Steuerungsgrößen/Parameter: ja; Überprüfung/Messung der Erreichung: ja
- Verstöße einzelner Zulieferfirmen: ja, soweit im Bericht nicht abgedeckt, im Übrigen nein, es sei denn, Anhaltspunkte für eigene Pflichtverstöße (Rdn 136, 149)
- Vorstandsvergütung, Einfluss: ja

Datenschutz, s auch *IT-Governance*

- Cyberangriffe (Hackerattacken), Schutz vor: ja, wenn relevant
- Kunden: ja, bei Anhaltspunkten für Gefährdung
- Mitarbeiter: ja, für Grundsätze; Einzelheiten und einzelne Vorfälle nur bei konkreten Anhaltspunkten für pflichtwidriges Verhalten (Rdn 181)

Delisting (Rdn 234)

Derivatgeschäften: riskante: ja, ggf Auskunftsverweigerungsrecht¹⁶²¹ (Rdn 183, 382), s auch Kurssicherungsgeschäfte

Depotanteil, Aufgliederung: nein¹⁶²²

Diversity, Frauenquote, s Aufsichtsratswahl, Zielstruktur (Rdn 211)

Dividende

- Bemessungsgrundlage/Bezugsgröße: ja
- Erhöhung der vorgeschlagenen Dividende: ja¹⁶²³ (Rdn 172, 438)
- Finanzierungsspielraum für Ausschüttung: ja¹⁶²⁴ (Rdn 172)
- Künftige Dividendenpolitik: ja¹⁶²⁵ (Rdn 172)
- Währungseffekte, Einfluss: ja

Due Diligence

- Auskünfte an einen Großaktionär (*vendor due diligence*): ja (Rdn 480)
- Auskünfte an Erwerbsinteressenten (*buyer due diligence*): nein (Rdn 481)

1620 LG München I 28.1.2010 – 5 HK O 15937/09, Rdn 62 (juris): Materielle und inhaltliche Kriterien.

1621 OLG Düsseldorf 23.2.2015 – I-26 W 14/14 (AktE): IKB HV 2013; OLG Düsseldorf 18.2.2013 – I-26 W 21/12 (AktE): IKB HV 2011; zu Kurssicherungsgeschäften BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 44, 45 (juris) und OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 425 ff, 436, 680 (juris); Porsche HV 2010; OLG Stuttgart 19.7.2012 – 8 W 274/10 (nv) und OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 593 ff, 652 ff, 719, 736, 780, 805 ff (juris); Porsche HV 2009.

1622 LG Frankfurt/M 16.9.1994 – 3/3 O 83/92, WM 1994, 1929, 1931.

1623 RG 12.6.1941 – II ZR 122/40, RGZ 167, 151, 162; BGH 23.11.1961 – II ZR 4/60, BGHZ 36, 121, 135; OLG Karlsruhe 29.6.1989 – 11 W 57/89, AG 1990, 82.

1624 KG 3.5.2010 – 23 U 63/09, Rdn 69 (juris).

1625 KG 3.5.2010 – 23 U 63/09, Rdn 69 (juris).

- Durchführung bei wesentlichem Beteiligungserwerb: ja; Einzelheiten: nein¹⁶²⁶ (Rdn 192)
- Risiken, aufgedeckte: nein, wenn zum großen Teil nicht übernommen¹⁶²⁷ (Rdn 192)

Eigene Aktien

- Aktienrückkaufprogramm, Sinnhaftigkeit: ja; Kreditfinanzierung: ja; Erfahrungen in Vergangenheit: ja, wenn relevant für aktuelles Rückkaufprogramm
- Erwerb: ja¹⁶²⁸ (Rdn 190)
- Erwerbs- und Veräußerungsumsätze, monatliche, wöchentliche, taggenaue: nein¹⁶²⁹ (Rdn 190)
- Veräußerung: ja¹⁶³⁰ (Rdn 190)

Eigenkapitalrendite: ja

Einkaufspreise

- Marktüblichkeit: ja¹⁶³¹ (Rdn 383)
- Offenlegung: nein (Rdn 383), s auch Interne Kalkulation

Einzelgeschäfte: grds nein, sofern nicht bilanzprägend¹⁶³² oder Anhaltspunkte für pflichtwidriges Verhalten der Verwaltung¹⁶³³ (Rdn 164, 179 f)

Entsprechenserklärung (DCGK): ja¹⁶³⁴ (Rdn 190), s auch Aufsichtsrat, Unabhängigkeit/Interessenkonflikt

Erträge, außerordentliche, s auch Jahresabschluss

- Auflösung von Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderung: ja, wenn ungewöhnlich hoch; im Einzelfall Auskunftsverweigerungsrecht¹⁶³⁵ (Rdn 164, 401)
- aus Veräußerung bestimmter Beteiligungen: ja, sofern wesentliche Auswirkungen auf Bilanz oder besondere Umstände¹⁶³⁶ (Rdn 164)

1626 OLG Frankfurt/M 8.11.2012 – 21 W 33/11, NZG 2013, 23, 25: Erwerb Sal Oppenheim durch Deutsche Bank; OLG Frankfurt/M 7.12.2010 – 5 U 29/10, Rdn 205, 228: Erwerb Dresdner Bank durch Commerzbank.

1627 OLG Frankfurt/M 8.11.2012 – 21 W 33/11, NZG 2013, 23, 25.

1628 BGH 9.2.1987 – II ZR 119/86, BGHZ 101, 1, 17; OLG Frankfurt/M 6.11.1990 – 5 U 191/84, AG 1991, 206f: Deutsche Bank; OLG Frankfurt/M 22.7.1983 – 20 W 843/82, WM 1983, 1071.

1629 OLG Frankfurt/M 22.7.1983 – 20 W 843/82, WM 1083, 1071: Rechtsmissbrauch

1630 OLG Frankfurt/M 22.7.1983 – 20 W 843/82, WM 1983, 1071.

1631 OLG Hamburg 6.11.1970 – 11 W 18/70, AG 1970, 372, 373.

1632 LG Nürnberg-Fürth 18.10.2007 – 1 HKO 6564/07, Rdn 65 (juris).

1633 BGH 5.11.2013 – II ZB 28/12 und OLG Frankfurt/M 8.11.2012 – 21 W 33/11: Erwerb Sal Oppenheim durch Deutsche Bank; bejahend bei einer unbefriedigenden Geschäftsentwicklung: BGH 18.10.2004 – II ZR 250/02: ThyssenKrupp; bejahend bei objektiven Anhaltspunkten für erhebliche Liquiditätsprobleme BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 84: Porsche HV 2010 (im konkreten Fall verneint); bejahend bei einer existenzbedrohenden Krise: OLG Düsseldorf 23.2.2015 – I-26 W 14/14 und OLG Düsseldorf 18.2.2013 – I-26 W 21/12 (AktE): IKB.

1634 OLG Frankfurt/M 5.7.2011 – 5 U 104/10, Rdn 172 (juris); LG Hannover 19.8.2009 – 23 O 90/09, AG 2009, 914, 917: Aufsichtsratswahl.

1635 OLG Frankfurt/M 18.2.1981 – 20 W 201/80, AG 1981, 232; s auch BGH 9.2.1987 – II ZR 94/08, BGHZ 101, 1, 6; BGH 29.11.1982 – II ZR 88/81, BGHZ 86, 1, 14.

1636 Enger LG München I 16.4.1986 – 7 HKO 8835/85, AG 1987, 185, 188: Gesamtangabe der Gewinne aus Anlageabgängen und Zuschreibungen.

Ertragserwartungen: grds ja, sofern nicht Rückschlüsse für Wettbewerber auf Unternehmensstrategie (Rdn 383), s auch Prognose Geschäftsentwicklung

Ertragsstruktur, Stammgeschäft, Lizenzeinnahmen, Miet- und Pachteinnahmen: grds nein, soweit nicht besondere Umstände¹⁶³⁷ (Rdn 164)

Fairness Opinion:

- Ergebnis ja; genauer Inhalt nein, sofern nicht Ersatz für Bewertungsgutachten bei Strukturmaßnahme¹⁶³⁸
- Valuation Memorandum (zugrunde liegende Bewertung): nein

Finanzamt, Einzelheiten des Schriftverkehrs zur Abklärung steuerlicher Folgen einer Strukturmaßnahme: nein

Finanzanalysten, Informationen an: nein¹⁶³⁹ (Rdn 458), s auch Investor Relations

Finanzierungskonditionen: nein¹⁶⁴⁰ (Rdn 383), s auch Verträge

Formwechsel (Rdn 257)

Forschung und Entwicklung

- Gesamtkosten: ja (es sei denn, unbedeutender Umfang), sofern nicht Rückschlüsse auf Preispolitik möglich¹⁶⁴¹ (Rdn 165, 383)
- Einzelkosten: nein, es sei denn bedeutender Umfang (Rdn 165)
- Sachstand bestimmter Forschungs- und Entwicklungsprojekte: regelmäßig nein (Rdn 383)

Genehmigtes Kapital

- Frühere Kapitalerhöhungen, Abwicklung/Mittelverwendung: ja (nicht älter als zwei Jahre);¹⁶⁴² nein (mehr als vier Jahre zurück)¹⁶⁴³ (Rdn 224)
- Investorenvereinbarung, wesentlicher Inhalt: ja, wenn durch ad hoc-Mitteilung bekannt gemacht¹⁶⁴⁴ (Rdn 222), s auch Business Combination Agreement
- Mittelverwendung, geplante: grds ja,¹⁶⁴⁵ nein bei laufender Vertragsverhandlung (Rdn 222)
- Strategische Neuausrichtung: ja, wenn als Grund genannt¹⁶⁴⁶ (Rdn 222)
- Verwendung des genehmigten Kapitals: ja (folgende HV)¹⁶⁴⁷ (Rdn 223)

1637 LG München I 16.4.1986 – 7 HKO 8835/85, AG 1987, 185, 187: vom Antragsteller geäußerter Verdacht, dass defizitäres Biergeschäft durch die Einnahmen aus Lizenzen und aus VuV subventioniert wurde, ausreichend.

1638 Weitergehend Heidel/*Heidel* § 131 Rdn 85 „Fairness Opinion“.

1639 OLG München 25.8.2008 – 7 U 3926/07, Rdn 21 (juris); BayObLG 17.7.2002 – 3 Z BR 494/01, NJW-RR 2002, 1558, 1559.

1640 OLG Köln 8.3.2007 – 18 U 20/06, BeckRS 2007, 12061.

1641 KG 11.2.1972 – 1 W 1672/71, NJW 1972, 2307, 2308; enger LG Heilbronn 6.3.1967 – KfH AktE 1/67, AG 1967, 81.

1642 OLG München 24.9.2008 – 7 U 4230/07, Rdn 41 (juris).

1643 OLG Frankfurt/M 15.2.2011 – 5 U 30/10, Rdn 39 (juris).

1644 OLG München 11.6.2015 – 23 U 4375/14, BeckRS 2015, 11164, Rdn 18.

1645 OLG Frankfurt/M 8.6.2009 – 23 W 3/09, Rdn 30 ff (juris).

1646 LG München I 25.1.2001 – 5 HK O 12702/00, BB 2001, 748 ,749: MHM Mode Holding.

1647 OLG München 11.6.2015 – 23 U 4375/14, BeckRS 2015, 11164, Rdn 18.

Genehmigungen, behördliche

- Inhalt/Anzahl: ja, wenn wesentlich für Geschäftsbetrieb, soweit Erteilung/Errichtung genehmigter Anlagen im Entlastungszeitraum (Rdn 145)¹⁶⁴⁸

Geschäftsbereiche/geografischen Regionen, Ergebnisse: ja, bei wesentlicher Bilanzdimension¹⁶⁴⁹ (mindestens 10%, Rdn 161, 162)

Geschäftsentwicklung, s auch Geschäftsmodell, Kostensenkungsprogramm

- Auswirkungen Entwicklung Ölpreis/Energiekosten: ja, bei Relevanz bei Geschäft
- Auswirkungen von Währungskursentwicklung: ja, bei Relevanz bei Geschäft
- Auswirkungen von Entwicklung Zinsniveau: ja, bei Relevanz bei Geschäft Geschäftsjahr
- frühere: grds nur vom Entlastungszeitraum erfaßtes Geschäftsjahr; länger zurückliegende nur bei neuen Gesichtspunkten¹⁶⁵⁰/erstmaliger Auswirkung im Entlastungszeitraum¹⁶⁵¹ (Rdn 146)
- laufendes: ja, wenn von besonderer Bedeutung oder wesentliche neue Entwicklung¹⁶⁵² (Rdn 150)
- zukünftige Entwicklungen/Geschäftsjahre: grds nein¹⁶⁵³ (Rdn 151)

Geschäftsmodell, s auch Geschäftsentwicklung

- Digitalisierung, Auswirkungen auf: ja, bei Relevanz für Geschäft
- Stabilität/Rückschlagspotential: ja, bei unsicherem konjunkturellen Umfeld/aktuelle politische Unsicherheiten
Geschäftspartner, s auch Verträge
- Bonität/Solvenz: grds nein, sofern nicht erhebliche Auswirkungen auf die Gesellschaft (Rdn 90)
- Kundenstruktur: ja, wenn Rückschlüsse auf Abhängigkeit von einzelnen Geschäftspartnern/starke geografische Fokussierung (Rdn 90)
- Mißstände bei Geschäftspartner: ja, wenn Bedeutung für *corporate social responsibility*-Erklärung (Rdn 136)

Gewinn je Aktie, Berechnung: ja¹⁶⁵⁴ (Rdn 164)

1648 LG Frankfurt/M 16.2.2016 – 3-5 O 132/15, Rdn 31: Mainova Windkraftanlagen.

1649 OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2154.

1650 BGH 18.10.2004 – II ZR 215/02, BGHZ 160, 385, 391; OLG Stuttgart 8.7.2015 – 20 U 2/14, Rdn 335 (juris); OLG Frankfurt/M 26.6.2012 – 5 U 144/09, Rdn 71, 92, 215 (juris); OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 373 (juris); OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 370; OLG Frankfurt/M 18.12.2007 – 5 U 177/06, Rdn 45 (juris); OLG München 4.7.2001 – 7 U 5285/00, NZG 2002, 187, 188; KG 26.8.1993 – 2 W 6111/92, ZIP 1993, 1618, 1621; OLG Zweibrücken 11.12.1989 – 3 W 148/89, AG 1990, 496.

1651 BGH 18.10.2004 – II ZR 250/02, BGHZ 180, 385, 390: ThyssenKrupp; OLG Düsseldorf 23.2.2015 – I-26 W 14/14 (AktE), Rdn 31 (juris); LG Berlin 2.12.1996 AG 1997, 183, 184; Brau und Brunnen; KG 26.8.1993 – 2 W 6111/92, ZIP 1993, 1618, 1621; OLG Zweibrücken 11.12.1989 – 3 W 148/89, AG 1990, 496; s auch LG Braunschweig 6.4.1990 – 22 O 97/89, BB 1991, 856, 857: VW-Devisenskandal.

1652 RG 12.6.1941 – II 122/40, RGZ 167, 151, 166; BGH 7.4.1960 – II ZR 143/58, BGHZ 32, 159, 164; OLG Frankfurt/M 7.12.2010 – 5 U 29/10, Rdn 316 (juris); OLG Düsseldorf 28.11.1967 – 19 W 2/67, AG 1968, 23, 24.

1653 OLG Frankfurt/M 7.12.2010 – 5 U 29/10, Rdn 317, 322 (juris): Künftige Abschreibungen, Planzahlen für künftige Geschäftsjahre.

1654 LG München I 10.3.1980 – 7 HKO 7427/79, AG 1981, 79, 80: Paulaner.

Großaktionär, s auch Herrschendes Unternehmen, *Squeeze-out*

- Aktionärskreis: ja für wesentliche Aktionäre, soweit bekannt
- Anmeldung zur Hauptversammlung, Zeitpunkt: nein¹⁶⁵⁵ (Rdn 104)
- Auskünfte an: ja¹⁶⁵⁶ (Rdn 478)
- BaFin-Befreiung von Pflichtangebot: nein¹⁶⁵⁷ (Rdn 104)
- Bonität/Solvenz: grds nein, soweit nicht erhebliche Auswirkungen für Gesellschaft¹⁶⁵⁸ (Rdn 103, 244)
- Buchwert der Beteiligung an Gesellschaft: grds nein¹⁶⁵⁹ (Rdn 102); bei Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag: ja, aber nicht einzelne Erwerbskurse/Erwerbszeitpunkte¹⁶⁶⁰ (Rdn 240)
- Buchwert der Beteiligung an anderen Gesellschaften: bei Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag ja, wenn sich dieser auf die Vermögenssituation des herrschenden Unternehmens ausgewirkt haben kann¹⁶⁶¹ (Rdn 102, 104, 241)
- Ertragslage: bei Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag ja¹⁶⁶² (Rdn 241)
- Geschäfte mit Großaktionär: bei Anhaltspunkten für Konzernkonflikt/Interessenkonflikt ja¹⁶⁶³ (Rdn 194)
- Mitteilung über Beteiligungsverhältnisse nach WpHG/AktG: ja¹⁶⁶⁴ (Rdn 172, 245)
- Stille Gesellschaft, Beziehung der Großaktionärin zu stillen Gesellschaftern: grds nein¹⁶⁶⁵ (Rdn 107)
- Vereinbarungen mit Gesellschaft: nein, soweit nicht wesentlich und keine Anhaltpunkte für Sondervorteile (Rdn 94)
- Verhältnis zu stillem Gesellschafter: nein¹⁶⁶⁶ (Rdn 107)

Grundstücke, s auch Kaufpreis, Verträge

- Betriebsgebäude, Feuerversicherungswert: nein¹⁶⁶⁷ (Rdn 405)

1655 LG Frankfurt/M 28.10.2008 – 3-5 O 113/08, Rdn 53 (juris).

1656 BayObLG 17.7.2002 – 3 Z BR 394/01, NJW-RR 2002, 1558, 1559.

1657 OLG Frankfurt/M 16.2.2009 – 5 W 38/08, Rdn 33 (juris).

1658 Zu *Squeeze-out* s OLG Düsseldorf 19.12.2008 – 17 U 63/08, AG 2009, 535, 538; LG Krefeld 20.8.2008 – 110 14/08, Rdn 65 (juris); LG Bonn 9.3.2004 – 11 O 35/03, Rdn 78 (juris).

1659 LG Heidelberg 7.8.1996 – II KfH U 4/96, AG 1996, 523, 525: Scheidemandel.

1660 BGH 19.6.1995 – II ZR 58/94; ZIP 1995, 1256, 1258; BGH 5.4.1993 – II ZR 238/91, BGHZ 122, 211, 237: SSI/Rieter; OLG Koblenz 26.4.2001 – 6 U 746/95, BeckRS 2001, 10422; OLG Koblenz 23.11.2000 – 6 U 1434/95, BeckRS 2000, 30145429.

1661 BGH 5.4.1993 – II ZR 238/91, BGHZ 122, 211, 238.

1662 BGH 19.6.1995 – II ZR 58/94, ZIP 1995, 1256, 1258; BGH 5.4.1993 – II ZR 238/91, BGHZ 122, 211, 238: SSI/Rieter; BGH 15.6.1992 – II ZR 18/91, BGHZ 119, 1, 15: Asia/BBC; OLG Koblenz 26.4.2001 – 6 U 746/95, BeckRS 2001, 10422; BayObLG 25.6.1975 – 2 Z 15/75, AG 1975, 325, 327; BayObLG 8.5.1974 – 2 Z 73/73, AG 1974, 224.

1663 OLG Stuttgart 11.8.2004 – 20 U 3/04, NZG 2004, 966, 968.

1664 OLG Düsseldorf 13.6.2013 – I-6 U 148/12, Rdn 167 (juris); für *Squeeze-out* s OLG Düsseldorf 29.12.2009 – I-6 U 69/08, Rdn 128; LG München I 28.8.2008 – 5 HK O 2522/08, Rdn 104 (juris); LG Frankfurt/M 29.1.2008 – 3-5 O 275/07, Rdn 73 (juris): Eurohypoth; LG Landshut 27.7.2005 – 1 HK O 1446/05, AG 2005, 934, 935.

1665 BGH 21.7.2003 – II ZR 109/02, Rdn 13 (juris).

1666 BGH 21.7.2003 – II ZR 109/02, Rdn 13 (juris).

1667 KG 30.6.1994 – 2 W 4531/93 und 2 W 4642/93, WM 1994, 1479, 1487: Allianz; LG Frankfurt/M 16.9.1994 – 3/3 O 83/92, WM 1994, 1929, 1930; LG Mannheim 21.12.1992, 23-AktE 1/92 (nv): Scheidemandel II (bestätigt durch BVerfG 20.9.1999 – 1 BvR 168/93, ZIP 1999, 1881); LG München I 10.3.1980 – 7 HK O 7427/79, AG 1981, 79, 81; vgl auch OLG Hamm 4.3.1999 – 8 W 11/99, ZIP 1999, 798, 804 und LG Essen 8.2.1999 – 44 O 249/98, AG 1999, 329, 332: keine Erforderlichkeit der Auskunft iS Verschmelzung Thyssen/Krupp.

- Buchwerte, Grund- und Boden ohne Gebäude: nein¹⁶⁶⁸ (Rdn 165); bei Strukturmaßnahmen: nein, sofern nicht Immobilienunternehmen¹⁶⁶⁹ (Rdn 252)
- Einheitswerte – unbebaute Grundstücke: nein (Rdn 165, 395)
- Feuerversicherungswert: nein¹⁶⁷⁰ (Rdn 165, 405); bei Strukturmaßnahmen: nein, sofern nicht Immobilienunternehmen¹⁶⁷¹ (Rdn 252, 405)
- Gattung: nein
- Kosten des Erwerbs, Aufschlüsselung: nein¹⁶⁷², sofern nicht ungewöhnliche Umstände, Anhaltspunkte für pflichtwidriges Verhalten
- Kaufpreis: s dort
- Lage: nein
- Miet- und Pachteinnahmen: s dort
- Mietwerte, kalkulatorische der betriebsnotwendigen Grundstücke: nein (s auch Rdn 165); nein bei Strukturmaßnahmen, sofern nicht Immobilienunternehmen, auch insowine keine Einzelzahlen (Rdn 252)
- Quadratmeter Grundfläche: nein¹⁶⁷³ (Rdn 165, Rdn 446)
- Räume: betriebsnotwendiger Bedarf nein¹⁶⁷⁴
- Umbauter Raum der Gebäude: nein¹⁶⁷⁵
- Verkaufspreis: ja, wenn bilanzprägend (Rdn 158), bei konkreten Anhaltspunkten für pflichtwidriges Verhalten der Verwaltung (Rdn 183) oder für das Vorliegen von Interessenkonflikten¹⁶⁷⁶ (Rdn 192, 193)
- Verkehrswerte: nein¹⁶⁷⁷ (Rdn 165, 387); nein bei Strukturmaßnahmen, ja wenn Immobilienunternehmen (Rdn 252, 387, 405), s auch Verschmelzung

Halbjahres- und Quartalszahlen: ja, wenn veröffentlichtungspflichtig (sofern nicht veröffentlicht); nein, wenn Veröffentlichung nach Regeln der SEC verboten¹⁶⁷⁸ (Rdn 384)

Herrschendes Unternehmen, s auch Großaktionär, Verbundene Unternehmen

- Auskünfte an: nein (Rdn 468)

1668 KG 30.6.1994 – 2 W 4531, 4642/93, WM 1994, 1479, 1487; Allianz; LG Berlin 24.6.1993 – 93 O 244/92, WM 1994, 27, 31; LG Frankfurt/M 16.09.1994 – 3/3 O 83/92, WM 1994, 1929, 1930.

1669 OLG Düsseldorf 15.3.1999 – 17 W 18/99, ZIP 1999, 793, 796 und OLG Hamm 4.3.1999 – 8 W 11/99, ZIP 1999, 798, 804; Thyssen/Krupp.

1670 KG 30.6.1994 – 2 W 4531, 4642/93, WM 1994, 1479, 1487; Allianz; LG Frankfurt/M. 16.9.1994 – 3/3 O 83/92, WM 1994, 1929, 1930; Deutsche Bank.

1671 OLG Düsseldorf 15.3.1999 – 17 W 18/99, ZIP 1999, 793, 796 und OLG Hamm 4.3.1999 – 8 W 11/99, ZIP 1999, 798, 804; Thyssen/Krupp.

1672 LG Düsseldorf 28.9.2011 – 41 O 40/09, Rdn 56, 58 (juris).

1673 KG 30.6.1994 – 2 W 4531, 4642/93, WM 1994, 1479, 1487.

1674 KG aaO.

1675 KG aaO.

1676 OLG Hamburg 30.12.2004 – 11 U 98/04, NZG 2005, 218, 219; BayObLG 22.3.1999 – 3 Z BR 250/98, AG 1999, 320, 321; LG Mannheim 22.10.2007 – 24 O 70/07 (nv): Verkauf APCOA durch Salamander; LG Frankfurt/M 16.9.1994 – 3/3 O 83/92, WM 1994, 1931, 1932; LG Berlin 17.1.1990 – 98 AktE 10/89, WM 1990, 978, 981; Springer/Kirch.

1677 KG 30.6.1994 – 2 W 4531, 4642/93, WM 1994, 1479, 1487; für Verschmelzung OLG Düsseldorf 15.3.1999 – 17 W 18/99, ZIP 1999, 793, 796 und OLG Hamm 4.3.1999 – 8 W 11/99, ZIP 1999, 798, 804; Thyssen/Krupp; **abw** LG Essen 8.2.1999 – 44 O 249/98, AG 1999, 329, 332 (Vorinstanz); im Ergebnis aber Unzumutbarkeit der Informationserteilung, Rdn 446; weitergehend für Squeeze-out OLG Saarbrücken 11.2.2005 – 1 W 293/04-47, AG 2005, 366: Kaufhalle.

1678 LG München I 28.8.2008 – 5 HK O 2522/08, NZG 2009, 143, 147.

- Bonität/Vermögenslage: nein, soweit nicht erhebliche Auswirkungen für Gesellschaft; nein bei Squeeze out¹⁶⁷⁹ (Rdn 103, 244)
- Geschäfte mit: ja, wenn bedeutend oder ungewöhnlich¹⁶⁸⁰ (Rdn 108, 194)
- Konzernumlage/Konzernverrechnungspreise: ja¹⁶⁸¹
- Mithaftung: ja¹⁶⁸² (Rdn 108, 194)
- Vertriebskosten, berechnete: ja¹⁶⁸³

„Holzmüller“-Beschlüsse (Rdn 230 ff)

Industrie 4.0: Auswirkungen auf Lieferantenbeziehungen, Absatzmärkte, Marketing, Kommunikation: ja

Interne Kalkulation: s Rohertrag, Umsatzerlöse, Umsatzanlösanteile

Insiderhandel, Verdacht auf: ja, bei konkreten Anhaltspunkten¹⁶⁸⁴ (Rdn 183, 186)

Investitionen

- Einzelinvestitionen: nein, soweit nicht bilanzprägend oder konkrete Anhaltspunkte für Pflichtverstöße¹⁶⁸⁵ (Rdn 165, 183)
- Gesamtumfang: ja (Rdn 165)

Investor Relations, Auskünfte an institutionelle Investoren: ja (Rdn 482)

IT-Governance, s auch Datenschutz

- Eigene zuständige Abteilung: ja
- Externe Experten, Hinzuziehung: ja
- Prüfung durch Aufsichtsrat: ja

Jahresabschluss, s auch Bilanzpositionen

- Anhang, wesentliche Angaben: nein, wenn Auskünfte zu wesentlichen Positionen Bilanz/GuV¹⁶⁸⁶
- außerordentliche Erträge: nein, es sei denn bilanzprägend oder besondere Umstände¹⁶⁸⁷ (Rdn 164)
- Einzelgeschäfte: nein, es sei denn, bilanzprägend¹⁶⁸⁸ (Rdn 164) oder Bestehen konkreter Anhaltspunkte für Pflichtverletzung Verwaltung (Rdn 181, 183);

1679 OLG Düsseldorf 19.12.2008 – 17 U 63/08, AG 2009, 535, 538; LG Krefeld 20.8.2008 – 11 O 14/08, Rdn 65 (juris); LG Bonn 9.3.2004 – 11 O 35/03, Rdn 78 (juris).

1680 OLG Stuttgart 11.8.2004 – 20U 3/04, NZG 2004, 966, 968: Service Agreement zu Kooperationsverträgen; OLG Hamburg 6.11.1970 – 11 W 18/70, AG 1970, 372: Abrechnungspreise für Rohöl – Übersteigen der Marktpreise.

1681 OLG Karlsruhe 29.6.1989 – 11 W 57/89, AG 1990, 82: Asea/BBC; vgl auch BGH 15.6.1992 – II ZR 18/91, BGHZ 119, 1, 13: Asea/BBC; OLG Hamburg 6.11.1970 – 11 W 18/70, AG 1970, 372; LG Frankfurt/M 14.10.1993 – 3/3 O 65/93, DB 1993, 2371.

1682 LG Frankfurt/M 7.6.1993 – 3/1 O 10/93, ZIP 1994, 784, 785: Diskuswerke/Naxos.

1683 Vgl OLG Stuttgart 11.8.2004 – 20 U 3/04, NZG 2004, 966, 968; abw OLG Frankfurt/M 6.1.2003 – 20 W 449/93, AG 2003, 335, 335f; KG 11.2.1972 – 1 W 1672/71, NJW 1972, 2307, 2309.

1684 Weitergehend OLG München 24.9.2008 – 7 U 4230/07, Rdn 39 (juris).

1685 LG München I 14.4.1986 – 7 HKO 8835/85, AG 1987, 185, 188: Abwerbung von attraktiven Gaststätten.

1686 OLG Düsseldorf 11.8.2006 – I-15 W 110/05, Rdn 75 (juris).

1687 Enger LG München I 16.4.1986 – 7 HKO 8835/85, AG 1987, 185, 188.

1688 BayObLG 20.3.1996 – 3 Z BR 324/95, WM 1996, 1177, 1179; LG München I 29.8.1995 – 5 HKO 19424/94, AG 1996, 89.

- Ertragsstrukturen: ja¹⁶⁸⁹ (Rdn 164)
- Gesamtverlust im Kerngeschäft: ja¹⁶⁹⁰ (Rdn 166)
- Jahresfehlbetrag, Beitrag durch verbundene Unternehmen: ja¹⁶⁹¹ (Rdn 166)
- Jahresfehlbetrag, Gründe: ja¹⁶⁹² (Rdn 166)
- Pensionsrückstellungen, Auswirkungen des Zinsumfeldes: ja, wenn bilanzprägend oder zukünftige erhebliche Auswirkungen; s auch Geschäftsentwicklung
- Rückstellungen: ja, wenn bilanzprägend¹⁶⁹³ (Rdn 169)
- Stille Lasten: nein (Rdn 403)
- Stille Reserven: nein, sofern nicht Anhaltspunkte für pflichtwidriges Verhalten (Rdn 401, 402); ja, sofern wesentlich und realisiert (Rdn 402)
- Umsatzrückgang: ja (Rdn 160)
- Verlustgeschäfte, größte: ja¹⁶⁹⁴ (Rdn 164)
- Verwaltungskosten, Aufschlüsselung: nein, sofern nicht konkrete Anhaltspunkte für nicht sachgerechtes Kostenmanagement¹⁶⁹⁵ (Rdn 191); ja bei Strukturmaßnahmen, wenn bewertungsrelevant (Rdn 246)

Kapitalerhöhung, s auch Genehmigtes Kapital, Sachkapitalerhöhung, Sanierende Kapitalerhöhung

- Bericht über Ausschluß Bezugsrecht, Verständnisfragen/ergänzende Fragen zur Plausibilisierung: ja; darüber hinausgehende Detailfragen: nein (Rdn 219)
- Emissionskurs: ja (Rdn 218)
- Jahresabschlüsse: nein, auch dann nicht, wenn die Aufstellungsfristen abgelaufen sind¹⁶⁹⁶ (Rdn 218)
- Mittelverwendung, beabsichtigte: ja¹⁶⁹⁷ (Rdn 218)
- Tochtergesellschaft, finanzielle Verhältnisse: nein¹⁶⁹⁸ (Rdn 218)
- Verdeckte Sacheinlage: ja, bei Anhaltspunkten¹⁶⁹⁹ (Rdn 220)
- Kapitalherabsetzung, s auch Sanierende Kapitalerhöhung
- Sanierungskonzept: ja¹⁷⁰⁰ (Rdn 227)

Kaufpreis Beteiligungen

- Faktoren für die Bemessung: ja, sofern nicht bilanzprägend,¹⁷⁰¹ ungewöhnliche Umstände¹⁷⁰² oder Anhaltspunkte für Pflichtwidrigkeit¹⁷⁰³ (Rdn 158, 181, 192, 388)

1689 LG München I 16.4.1986 – 7 HKO 8835/85, AG 1987, 185, 187.

1690 LG München I 16.4.1986 – 7 HKO 8835/85, AG 1987, 185, 188.

1691 OLG Bremen 20.10.1980 – 2 W 35/80, AG 1981, 229; LG München I 10.12.1998 – 5 HKO 10806/97, NZG 1999, 674, 675.

1692 LG München I 1.4.1985 – 7 HKO 3971/84, AG 1987, 26, 27.

1693 LG Heidelberg 7.8.1996 – II KfH O 4/96, AG 1996, 523, 524: Formwechsel Scheidemandel.

1694 OLG Düsseldorf 18.2.2013 – I-26 W 21/12 (AktE), Rdn 24 (juris).

1695 Abw LG München I 28.1.2010 – 5 HK O 15937/09, Rdn 57 (juris).

1696 OLG München 18.7.2012 – 7 AktG 1/12, Rdn 17 (juris).

1697 LG Frankfurt/M 16.5.1966 AG 1968, 24, 25; LG München I 23.2.2012 – 5 HK O 12377/09, Rdn 110 (juris): HRE.

1698 LG Frankfurt/M 16.5.1966 – 31 O 63/66, AG 1968, 24, 25.

1699 LG Hannover 30.5.1995 – 26 AktE 5/90, AG 1996, 37: ADV.

1700 LG Berlin 25.5.2005 – 99 O 110/04, Rdn 20 (juris).

1701 BGH 5.11.2013 – II ZB 28/12, BGHZ 198, 354, Rdn 42: Erwerb der in existenzieller Krise befindlichen Sal Oppenheim durch Deutsche Bank; OLG Frankfurt/M 2.10.2012 – 5 U 10/12 (nv) und LG Frankfurt/M 20.12.2011 – 3-5 O 37/11, Rdn 84, 85, 92, 93 (juris): Übernahmeangebot Deutsche Bank für Postbank, Vereinbarungen mit Deutsche Post; OLG Frankfurt/M 5.7.2011 – 5 U 104/10, Rdn 87 (juris): Erwerb Postbank durch Deutsche Bank.

- Höhe: nein, sofern nicht bilanzprägend; ja, wenn ungewöhnliche Umstände oder konkrete Anhaltspunkte für pflichtwidriges Verhalten der Verwaltung (Rdn 158, 181, 192)

Kaufpreis Grundstücke: ja, wenn bedeutend¹⁷⁰⁴ oder konkrete Anhaltspunkte für pflichtwidriges Verhalten (Rdn 192, 388), s auch Grundstücke

Konzernabschluß – Kosten für die Erstellung: ja, wenn unter Berufung auf § 296 Abs 1 Nr 2 HGB nicht erstellt¹⁷⁰⁵

Konzerngeschäftsleitungsgremium (*group executive committee*)

- Auswirkungen auf Leitungspflicht Vorstand/Überwachungspflicht Aufsichtsrat: ja¹⁷⁰⁶ (Rdn 199)
- Gesamtvergütung/Vergütungsstruktur: ja¹⁷⁰⁷ (Rdn 203)
- Vergütungen einzelner Mitglieder: nein, sofern nicht Anhaltspunkte für pflichtwidriges Verhalten der Verwaltung¹⁷⁰⁸ (Rdn 203)

Konzernumlage: ja¹⁷⁰⁹ (Rdn 97, 108, 194)

Konzernverrechnungspreise: ja¹⁷¹⁰ (Rdn 108, 194)

Kosten

- Einsatz von Sicherungskräften zum Schutz der HV: nein¹⁷¹¹
- einer Grundlagen- und Strukturmaßnahme, die der Zustimmung der HV bedarf: ja, aber nicht Aufschlüsselung in alle Einzelheiten

Kostensenkungsprogramm

- Belastungen: ja, aber keine Einzelheiten

1702 OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2155: Ausweislich eines Abfindungsangebotswerts von nicht mehr als 100% des Nominalwerts, tatsächlicher Kaufpreis jedoch 300% des Nominalwerts.

1703 OLG Hamburg 30.12.2004 – 11 U 98/04, NZG 2005, 218, 219; BayObLG 22.3.1999 – 3 Z BR 250/98, AG 1999, 320, 321; LG Mannheim 22.10.2007 – 24 O 70/07 (nv): Verkauf APCOA durch Salamander; LG Frankfurt/M 16.9.1994 – 3/3 O 83/92, WM 1994, 1931, 1932; LG Berlin 17.1.1990 – 98 AktE 10/89, WM 1990, 978, 981; Springer/Kirch: Möglichkeit einer wechselseitigen Beteiligung mit Großaktionär unter Benachteiligung der Aktionäre.

1704 BayObLG 20.3.96 WM 1996, 1177, 1179: Markt- und Kühlhallen AG: Volumen des Grundstücksgeschäfts ca zwei Drittel des Grundkapitals bzw 10fache des Jahresüberschusses; KG 30.6.1994 – 2 W 4531, 4642/93, WM 1994, 1479, 1487.

1705 LG Köln 3.3.1999 AG 1999, 240: Gemeinnützige AG für Wohnungsbau, Köln; einschränkend aber OLG Köln 27.10.1999 AG 2000, 134: keine genaue Bezifferung erforderlich.

1706 OLG Frankfurt/M 18.3.2008 – 5 U 171/06, NZG 2008, 429, 431: Deutsche Bank.

1707 OLG Frankfurt/M 20.10.2010 – 23 U 121/08, BeckRS 2010, 25499; OLG Frankfurt/M 24.6.2009 – 23 U 90/07, BeckRS 2009, 17982; OLG Frankfurt/M 30.1.2006 – 20 W 56/05, Rdn 15 (juris); OLG Frankfurt/M 30.1.2006 – 20 W 52/05, Rdn 10 (juris).

1708 OLG Frankfurt/M 15.5.2012 – 5 U 66/11, Rdn 137 (juris): Vom Vorstand veranlasste Zahlungen könnten als Schweigegeld dienen; OLG Frankfurt/M 20.10.2010 – 23 U 121/08, BeckRS 2010, 25499; OLG Frankfurt/M 30.1.2006 – 20 W 52/05 Rdn 9, 11 (juris).

1709 OLG Karlsruhe 29.6.1989 – 11 W 57/89, AG 1990, 82: Asea/BBC; vgl auch BGH 15.6.1992 – II ZR 18/91, BGHZ 119, 1, 13: Asea/BBC; LG Frankfurt/M 14.10.1993 – 3/3 O 65/93, DB 1993, 2371.

1710 OLG Hamburg 6.11.1970 – 11 W 18/70, AG 1970, 372.

1711 LG Dortmund 19.2.1987 – 18 AktE 2/86, WM 1987, 376, 377: RWE.

- Ergebnisauswirkungen im Geschäftsjahr: ja
- zukünftige Auswirkungen: ja, s auch Prognose künftige Geschäftsentwicklung

Kreditinstitute

- Abschreibungen, auf Anteile an branchenfremden Gesellschaften: ja, wenn erheblich¹⁷¹² (Rdn 424)
- Abschreibungen, auf Wertpapiere und Forderungen: nein¹⁷¹³ (Rdn 424)
- Abstimmungsempfehlungen gegenüber Depotkunden bei anderer AG: nein¹⁷¹⁴ (Rdn 91)
- Auskünfte an Repräsentanten im Aufsichtsrat: nein (Rdn 466)
- Bonität bei Gewährleistung § 327b Abs 3: grds nein¹⁷¹⁵ (Rdn 103, 244)
- Eingänge auf abgeschriebene Forderungen: nein¹⁷¹⁶ (Rdn 424)
- Erwerb/Veräußerung von Kapitalanteilen: grds nein; ja bei Besorgnis eines pflichtwidrigen Verhaltens von Verwaltungsmitgliedern¹⁷¹⁷ (Rdn 192)
- Geschäfte mit Kunden/(später) insolventer Bank: nein (Einzelheiten)¹⁷¹⁸ (Rdn 381)
- Kreditengagements, Höhe und Einzelheiten bestimmter: grds nein; ja bei Besorgnis eines pflichtwidrigen Verhaltens von Verwaltungsmitgliedern¹⁷¹⁹ (Rdn 191)
- Kreditgeschäft, Rückstellungen: nein¹⁷²⁰ (Rdn 424)
- Kundendaten: nein¹⁷²¹ (Rdn 374, 381)

Kundenstruktur: grds nein; ja, wenn Anhaltspunkte für wirtschaftliche Abhängigkeit¹⁷²² (Rdn 192)

Kunstbesitz: nein, soweit nicht bedeutend oder ungewöhnlich;¹⁷²³ ja bei Strukturmaßnahmen, soweit wesentlicher Teil des nicht betriebsnotwendigen Vermögens (vgl auch Rdn 231, 238, 246)

Kurssicherungsgeschäfte, risikante: ja (Rdn 183), ggf Auskunftsverweigerungsrecht¹⁷²⁴ (Rdn 373, 382)

1712 BGH 9.2.1987 – II ZR 119/86, BGHZ 101, 1, 10; OLG Frankfurt/M 6.11.1990 – 5 U 191/84, AG 1991, 260.

1713 BGH 9.2.1987 – II ZR 94/08, BGHZ 101, 1, 6; Deutsche Bank; BGH 29.11.1982 – II ZR 88/81, BGHZ 86, 1, 14 ff; OLG Düsseldorf 9.12.1993 – 6 U 2/93, WM 1994, 337, 345; OLG Frankfurt/M 18.2.1981 – 20 W 201/80, AG 1981, 232; Deutsche Bank; LG München I 28.8.2008 – 5 HK O 12861/07, Rdn 529 (juris) und LG München I 24.4.2008 – 5 HK O 23244/07, Rdn 358 (juris); HVB Squeeze-out.

1714 BayObLG 9.9.1996 – 3 Z BR 36/94, ZIP 1996, 1945, 1949; Hypobank (zust Groß WuB II A § 131 AktG 1.97); vgl auch LG Frankfurt/M 16.9.1994 – 3/3 O 83/92, WM 1994, 1929, 1931.

1715 OLG Düsseldorf 19.12.2008 – 17 U 63/08, AG 2009, 535, 538; LG Krefeld 20.8.2008 – 110 14/08, Rdn 65 (juris); LG Bonn 9.3.2004 – 11 O 35/03, Rdn 78 (juris).

1716 OLG Frankfurt/M 18.2.1981 – 20 W 201/80, AG 1981, 232; vgl BGH 9.2.1987 – II ZR 94/08, BGHZ 101, 1, 6; BGH 29.11.1982 – II ZR 88/81, BGHZ 86, 1, 14.

1717 LG Frankfurt/M 16.9.1994 – 3/3 O 83/92, WM 1994, 1931, 1932.

1718 BGH 16.2.2009 – II ZR 185/07, BGHZ 180, 9 Rdn 42; LG Frankfurt/M 15.11.2011 – 3-5 O 30/11, Rdn 84 (juris); Deutsche Bank/Lehmann; **abw** noch LG Frankfurt/M 24.1.2005 – 3-05 O 61/03, ZIP 2005, 1275, 1276: Vorrang des Informationsrechts des Aktionärs vor dem Bankgeheimnis.

1719 LG Frankfurt/M 16.9.1994 – 3/3 O 83/92, WM 1994, 1929, 1931.

1720 BGH 9.2.1987 – II ZR 119/86, BGHZ 101, 1, 6; OLG Frankfurt/M 18.2.1981 – 20 W 201/80, AG 1981, 232.

1721 BGH 16.2.2009 – II ZR 185/07, BGHZ 180, 9 Rdn 41.

1722 Einschränkend OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2154.

1723 Weitergehend MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 222.

1724 BGH 14.1.2014 – II ZB 512, Rdn 44 (juris) und OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 425 (juris); Porsche HV 2010; OLG Stuttgart 19.7.2012 – 8 W 274/10 (nv) und OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 595, 658 (juris); Porsche HV 2009.

Lizenzgebühren: ja, wenn wesentlich, sofern keine Rückschlüsse auf durchschnittlichen Gewinn möglich¹⁷²⁵ (Rdn 166)

Lizenzeinnahmen

- Gesamthöhe: ja, wenn wesentlich,¹⁷²⁶ sofern keine Rückschlüsse auf interne Kalkulation (Rdn 166, 383)
- Höhe einzelner Lizzenzen: nein¹⁷²⁷ (Rdn 166, 383)
- Produkte/Produktgruppe: nein (Rdn 166)
Miet- und Pachteinnahmen: nein, es sei denn wesentlich¹⁷²⁸ (Rdn 158, 164)
Mitarbeiter
- Abfindungen, konkrete Bezifferung: nein¹⁷²⁹ (Rdn 170, 385), sofern nicht Anhaltspunkte für überhöhte Vergütungen/Pflichtverstöße¹⁷³⁰ (Rdn 183, 203, 385); Übersteigen vertragsbedingter Zahlung durch vergleichsweise gezahlte Abfindung: ja¹⁷³¹ (Rdn 385)
- Aufschlüsselung der Bezüge: nein¹⁷³² (Rdn 170)
- Gehaltsstruktur: nein¹⁷³³ (Rdn 170)
- Gesamtvergütung: ja¹⁷³⁴ (Rdn 375, 385)
- Individuelle Vergütung: nein, sofern nicht Anhaltspunkte für pflichtwidriges Verhalten¹⁷³⁵ (Rdn 375), auch nicht bei nachfolgender Vorstandstätigkeit (Rdn 203)
- Zahl, Aufschlüsselung (über handelsrechtliche Pflichtangaben hinausgehend): nein¹⁷³⁶

Paketzuschlag, s auch Unternehmensbewertung

- Grund für Zahlung über Bewertungsergebnisse von Gutachten hinausgehend: ja¹⁷³⁷ (Rdn 231)

Pflichtverstöße der Verwaltung

- Ahndung, festgestellter, s Schadenersatzansprüche gegen Organmitglieder
- Aufdeckung: ja, bei konkreten Anhaltspunkten (Rdn 179ff)
- Auswirkungen auf Vergütung, *claw-back*-Klauseln: ja, aber keine Einzelheiten

1725 Enger KG 11.2.1972 – 1 W 1672/71, NJW 1972, 2307, 2308.

1726 LG München I 16.4.1986 – 7 HKO 8835/85, AG 1987, 185, 187; Paulaner; LG Heilbronn 6.3.1967 – KfH AktE 1/67, AG 1967, 81; AUDI/NSU.

1727 Weitergehend LG Heilbronn 6.3.1967 – KfH AktE 1/67, AG 1967, 81, 82.

1728 LG München I 16.4.1986 – 7 HKO 8835/85, AG 1987, 185, 189.

1729 KG 24.8.1995 – 2 W 1255/95, ZIP 1995, 1592, 1594; Siemens.

1730 OLG Frankfurt/M 15.5.2012 – 5 U 66/11, Rdn 137 (juris): Vom Vorstand veranlasste Zahlungen könnten als Schweigegeld dienen; OLG Frankfurt/M 20.10.2010 – 23 U 121/08, BeckRS 2010, 25499; OLG Frankfurt/M 30.1.2006 – 20 W 52/05 Rdn 9, 11 (juris)

1731 OLG Frankfurt 8.11.2012 – 21 W 33/11, Rdn 76, 82ff, 96 (juris) und OLG Frankfurt 15.5.2012 – 5 U 66/11, Rdn 141ff (juris) unter Hinweis auf LG Frankfurt/M. 17.5.2011 – 3-5 O 68/10 (juris): Spitzelaffäre Deutsche Bank; für Vergütungszahlungen auch OLG Frankfurt 30.1.2006 – 20 W 56/05, Rdn 17 (juris).

1732 BayOLG 30.11.1995 – 3 Z BR 161/93, WM 1996, 119, 123; KG 30.6.1994 – 2 W 4531, 4642/93, WM 1994, 1479, 1487.

1733 LG Frankfurt/M 16.9.1994 – 3/3 O 83/92, WM 1994, 1929, 1931.

1734 OLG Frankfurt/M 30.1.2006 – 20 W 56/05, Rdn 16 (juris) und LG Frankfurt/M 18.1.2005 – 3-05 O 83/04, Rdn 47 (juris); OLG Düsseldorf 26.6.1997 – 19 W 2/97 AktE, AG 1997, 520, 521.

1735 OLG Frankfurt/M 30.1.2016 – 20 W 52/05, NZG 2007, 174, 175.

1736 OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2154; LG München I 24.6.1993 – 17 HK O 2003/90, WM 1993, 1634, 1636.

1737 LG München I 29.10.1997, 15 HK O 14613/94 (nv): Viag.

Planzahlen, s auch Unternehmensbewertung (Rdn 150, 239, 264, 353)

Politische Fragen, allgemein: nein; bei konkreten Auswirkungen auf Unternehmen: ja¹⁷³⁸ (Rdn 136)

Preispolitik: nein¹⁷³⁹ (Rdn 383), s auch Rohertrag, Umsatzerlösannteile

Produkthaftungsrisiken, s auch Rechtsstreitigkeiten, Rückstellungen

- Frage nach betragsmäßiger Einschätzung: nein¹⁷⁴⁰ (Rdn 386)

Prognose

- Geschäftsentwicklung: ja, für Grundzüge einschließlich potentieller Risiken (Rdn 151)
- Prognosequalität: ja, bei objektiven Bezweifeln

Prüfungsbericht

- Abschlußprüfer: nein (Rdn 67, 206)
- Inhalt (gerichtlich bestellter Prüfer): ja¹⁷⁴¹ (Rdn 257)

Rechtsstreit, s auch Schadenersatzansprüche gegen Organmitglieder

- Anspruchsteller, Konkretisierung: ja, bei wesentlicher Bedeutung oder Verdacht schwerwiegender Pflichtverletzung¹⁷⁴² Rdn 386)
- Anzahl: ja, bei wesentlicher Bedeutung oder Verdacht Pflichtverletzung (Rdn 169, 386)
- Erfolgsaussichten: nein¹⁷⁴³ (Rdn 169, 386)
- Kosten: ja, wenn außerhalb des operativen Geschäfts und Anhaltspunkte für fehlerhafte Einschätzung der Rechtslage¹⁷⁴⁴
- Rückstellungen: nein¹⁷⁴⁵ (Rdn 169, 386)
- Stand, konkreter: nein¹⁷⁴⁶ (Rdn 169); wesentliche Eckdaten des Verfahrens: ja (Rdn 169, 386)
- Tatsache der Geltendmachung von Ansprüchen: grds ja, es sei denn, Gefährdung der Kreditsicherheit durch Geltendmachung überhöhter Ansprüche

1738 OLG Frankfurt/M 26.6.2012 – 5 U 144/09, Rdn 201 (juris); OLG Frankfurt/M 17.7.2007 – 5 U 229/05, Rdn 32 (juris); OLG Stuttgart 12.8.1998 – 20 U 111/97, ZIP 1998, 1482, 1492: Wenger/Daimler-Benz.

1739 LG Dortmund 19.2.1987 – 18 AktE 2/86, AG 1987, 189 und LG Dortmund 25.10.1985 – 18 AktE 2/85, AG 1987, 22, 27: RWE.

1740 LG Frankfurt/M 29.7.1997 – 3-5 O 162/95, ZIP 1997, 1698, 1702: Altana/Milupa.

1741 BGH 29.1.2001 – II ZR 368/98, WM 2001, 467: Aqua Butzke; BGH 18.12.2000 – II ZR 1/99, ZIP 2001, 199: MEZ; BGH 29; LG Heidelberg 7.8.1996 – II KfH O 4/96, AG 1996, 523, 525: Scheidemandel.

1742 OLG Düsseldorf 18.2.2013 – I-26 W 21/12, Rdn 61 (juris): IKB.

1743 LG Frankfurt/M 28.1.2014 – 3-5 O 162/13, Rdn 122 (juris), OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 423 (juris).

1744 LG München I 28.5.2010 – 5 HK O 14307/07, Rdn 32 (juris).

1745 OLG Frankfurt 19.9.2013 – 21 W 6/13, Rdn 33 (juris): Deutsche Bank HV 2012; OLG Frankfurt/M 26.6.2012 – 5 U 144/09, Rdn 192, 217 unter Hinweis auf OLG Frankfurt/M 9.9.2010 – 5 W 56/09 (nv); LG Frankfurt/M. 28.1.2014 – 3-5 O 162/13; BeckRS 2014, 06973: Deutsche Bank HV 2013 abw für Gewährleistungsrückstellungen LG Heidelberg 7.8.1996 – II KfH O 4/96, AG 1996, 523, 525: Scheidemandel.

1746 OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 423 (juris).

Risk Management

- Art und Umfang: ja (Rdn 199)
- Einzelmaßnahmen: nur bei bedeutenden Risiken¹⁷⁴⁷

Rohertrag: nein¹⁷⁴⁸ (Rdn 383), s auch Interne Kalkulation

Rückstellungen

- Behördliche Ermittlungen: nein¹⁷⁴⁹ (Rdn 386)
- Gewährleistung, Höhe: nein¹⁷⁵⁰ (Rdn 386)
- Kreditgeschäft: nein¹⁷⁵¹ (Rdn 424)
- Rechtsstreitigkeiten, s Rechtsstreit
- sonstige Rückstellungen: ja, wenn wesentlich oder unternehmenswertmindernd¹⁷⁵² (Rdn 169, 257)

Sachkapitalerhöhung, s auch Kapitalerhöhung, Sanierende Kapitalerhöhung

- Aktienoptionspläne, Inhalt: ja bei möglichem Verwässerungseffekt¹⁷⁵³ (Rdn 221)
- Eigenkapital ersetzende Mittel: ja, bei Anhaltspunkten¹⁷⁵⁴ (Rdn 221)
- Geschäftsbeziehungen mit sämtlichen Konzerngesellschaften: nein bei Sacheinlage durch Muttergesellschaft¹⁷⁵⁵ (Rdn 221)
- Jahresabschlüsse der einzubringenden Gesellschaft: ja¹⁷⁵⁶ (Rdn 221)
- Kaufvertrag, zugrundeliegender: ja (wesentlicher Inhalt), sofern nicht bereits im Bericht offengelegt (Rdn 221)
- Sacheinlage, Bewertung: ja, wesentliche Ergebnisse (Rdn 221)

Sanierende Kapitalerhöhung, s auch Kapitalerhöhung, Sachkapitalerhöhung

- Fortführungsprognose: ja (Rdn 220)
- Ursachen für Insolvenzgefahr: nein¹⁷⁵⁷ (Rdn 220)
- Wirtschaftsprüfer/Rechtsanwälte, beauftragte: nein¹⁷⁵⁸ (Rdn 220)

Satzungsänderung (Rdn 216 f)

- Aufsichtsratsvergütung, Vergleichbarkeit mit Wettbewerbern/im gleichen Börsenindex gelisteten Gesellschaften: ja (Rdn 217)
- Gründe: ja, soweit nicht aktiv erläutert (Rdn 216)
- Unterschied zur bisherigen Satzungsregelung: ja, aber kein Anspruch auf schriftliche Synopse (Rdn 216)

¹⁷⁴⁷ LG Frankfurt/M 16.2.2016 – 3/50 132/15, Rdn 31 (juris): Mainova.

¹⁷⁴⁸ OLG Zweibrücken 11.12.1989 – 3 W 148/89, AG 1990, 496, 497 und LG Mainz 13.7.1987 – 10 HO 141/86, AG 1988, 169, 171; Kupferberg; vgl auch LG München I 28.5.2010 – 5 HK O 14397/07, AG 2010, 919, 920.

¹⁷⁴⁹ LG Mannheim 21.9.2009 – 24 O 55/09 (nv): EnBW.

¹⁷⁵⁰ OLG Frankfurt 19.9.2013 – 21 W/6/13, Rdn 33 (juris): Deutsche Bank HV 2012; OLG Frankfurt/M. 26.6.2012 – 5 U 144/09, Rdn 192, 217 unter Hinweis auf OLG Frankfurt/M. 9.9.2010 – 5 W 56/09 (nv); LG Frankfurt/M. 28.1.2014 – 3-5 O 162/13; BeckRS 2014, 06973: Deutsche Bank HV 2013; abw für Gewährleistungsrückstellungen LG Heidelberg 7.8.1996 – II KfH O 4/96, AG 1996, 523, 525: Scheidemandel.

¹⁷⁵¹ BGH 9.2.1987 – II ZR 119/86, BGHZ 101, 1, 6; OLG Frankfurt/M 18.2.1981 – 20 W 201/80, AG 1981, 232.

¹⁷⁵² LG Heidelberg 7.8.1996 – II KfH O 4/96, AG 1996 523, 524f: Scheidemandel.

¹⁷⁵³ LG München I 3.5.2001 – 5 HK O 23950/00, ZIP 2001, 1148, 1151: Direktanlage Bank/Self Trade.

¹⁷⁵⁴ KG 18.5.2010 – 14 AktG 1/10, Rdn 46 ff (juris).

¹⁷⁵⁵ OLG Frankfurt/M 1.7.1998 – 21 U 166/97, AG 1999, 231, 232: SAI Automotive.

¹⁷⁵⁶ LG München I 3.5.2001 – 5 HK O 23950/00, ZIP 2001, 1148, 1151: Direktanlage Bank/Self Trade.

¹⁷⁵⁷ LG München I 23.2.2012 – 5 HK O 12377/09, Rdn 110, 114 (juris): HRE.

¹⁷⁵⁸ LG München I 23.2.2012 – 5 HK O 12377/09, Rdn 110, 114 (juris): HRE.

Schadenersatzansprüche gegen Organmitglieder, s auch Rechtsstreit

- D&O-Versicherung: Existenz, Deckungssumme: ja; Einzelheiten nein
- Geltendmachung: ja hinsichtlich Tatsache, aber keine Einzelheiten
- Gründe für Zurückstellung der Verfolgung: ja, bei konkreten Anhaltspunkten für Schadenersatzansprüche¹⁷⁵⁹ (Rdn 181, 183, 377)
- Höhe: ja, sofern nicht Beeinträchtigung der Position im laufenden Verfahren (Rdn 386)
- Interne Untersuchungen: ja, aber keine Einzelheiten bei laufenden Untersuchungen
- Prüfung: ja, aber keine Einzelheiten bei laufenden Untersuchungen
- Stand des Verfahrens: wesentliche Daten des Verfahrens ja, Einzelheiten der rechtlichen Position und des Verfahrens nein (Rdn 386)

Sonderprüfung, s auch Schadenersatzansprüche, interne Untersuchungen

- Gutachten, wesentlicher Inhalt: ja¹⁷⁶⁰; Inhalt des gesamten Gutachtens: nein (soweit nicht gemäss § 145 Abs 6 Satz 4 offenlegungspflichtig)¹⁷⁶¹ (Rdn 197)
- Stand gerichtliches Verfahren: Verfahrensdaten ja, Einzelheiten nein (Rdn 386)
- Stand interne Sonderprüfung: wesentliche Meilensteine ja, Einzelheiten nein (vgl auch Rdn 386)

Spaltung (Rdn 256)

- Pachtverträge mit der durch Spaltung neu gegründeten Gesellschaft/Höhe der zu erwartenden Pachterträge: ja¹⁷⁶²
- Plausibilisierung/Verständnis des Berichts: ja

Spenden/Sponsoring

- Einzelvorgänge: nein, wenn von untergeordneter Bedeutung; ja, soweit ungewöhnliche Umstände¹⁷⁶³ (Rdn 198)
- Gesamtbetrag im letzten Geschäftsjahr: ja¹⁷⁶⁴ (Rdn 198)
- Politische Parteien: es gelten keine Besonderheiten (Rdn 198)

Squeeze-out, s auch Hauptaktionär, Unternehmensbewertung

- Bericht, Plausibilisierung: ja (Rdn 243)
- Bewertungsgutachten, Abzinsung der Ertragsströme, Plausibilisierung: ja (Rdn 246)
- Bewertungsgutachten, Alternativberechnung: nein, soweit nicht durchgeführt¹⁷⁶⁵ (Rdn 246)
- Bewertungsgutachten, Einzelangaben zu unterstützenden Studien: nein¹⁷⁶⁶ (Rdn 246)

1759 OLG Düsseldorf 23.2.2015 – I-26 W 14/14, Rdn 29 ff (juris) und OLG Düsseldorf 18.2.2013 – I-26 W 21/12 (AktE), Rdn 51 ff (juris); IKB.

1760 LG Nürnberg-Fürth 18.10.2007 – 1 HKO 6564/07, Rdn 65 (juris).

1761 Vgl auch KG 18.5.2010 – 14 AktG 1/10, Rdn 46 ff (juris); **abw** OLG Köln 17.2.1998 – 22 U 163/97: KHD.

1762 KG 17.9.2009 – 23 U 15/09, Der Konzern 2010, 180.

1763 OLG Karlsruhe 9.4.2008 – 7 U 271/06 (nv): SAP Sponsoring der TSG Hoffenheim; OLG Frankfurt/M 4.8.1993 – 20 W 295/90, DB 1993, 2274; **abw** LG Mannheim 17.9.2007 – 24 O 66/07 (nv): EnBW Ersteigerung des „Lehmann-Fußballzettels“.

1764 OLG Frankfurt/M 4.8.1993 – 20 W 295/90, DB 1993, 2274; LG München I 10.3.1980 AG 1981, 79, 81.

1765 OLG München 22.12.2010 – 7 U 1584/10, Rdn 99 (juris); HVB; LG Berlin 12.6.2003 – 93 O 84/03, Der Konzern 2003, 483, 488; **abw** LG München I 31.1.2008 – 5 HK O 19782/06, Rdn 346, 348; LG Frankfurt/M 27.8.2003 – 3-13 O 205/02, NZG 2003, 1027, 1028.

1766 Düsseldorf 29.12.2009 – I-6 U 69/08, Rdn 120; OLG Düsseldorf 10.9.2008 – I-6 W 30/08, ZIP 2009, 170, 175; **abw** LG Frankfurt/M 27.8.2003 – 3-13 O 205/02, NZG 2003, 1027, 1028.

- Bewertungsgutachten, Marktrisikoprämie/Beta-Faktor, Erläuterung: ja¹⁷⁶⁷ (Rdn 246)
- Bewertungsgutachten, unechte Synergieeffekte: ja¹⁷⁶⁸; Synergieeffekte nach Wirk-samwerden des Squeeze-out: nein¹⁷⁶⁹ (Rdn 246)
- Bewertungsgutachten, Unternehmensplanungen: ja, soweit Plausibilisierung/Ver-ständnis Bericht¹⁷⁷⁰; Detailfragen betr. Produktgruppen im In- und Ausland: nein (Rdn 246)
- Hauptaktionär, Bonität: nein¹⁷⁷¹ (Rdn 103, 244)
- Hauptaktionär, Buchwert der Beteiligung: nein (Rdn 101, 240, 245)
- Hauptaktionär, Informationen an: nein (Rdn 246, 477)
- Hauptaktionär, Jahresabschluß: nein¹⁷⁷² (Rdn 103, 244)
- Hauptaktionär, Kosten/Stundensätze für beauftragte Wirtschaftsprüfer: nein (Rdn 248)
- Hauptaktionär, Mitteilungen gem §§ 21 fWpHG, § 20: ja¹⁷⁷³ (Rdn 245)
- Hauptaktionär, Verpfändung von Aktien: ja¹⁷⁷⁴
- Hauptaktionär, Wertpapierleihe: ja¹⁷⁷⁵
- Immobilien, Verkehrswerte: nein; ja, sofern Immobilienunternehmen¹⁷⁷⁶ (Rdn 252)
- Jahresabschlüsse, Entwicklung Anlagevermögen/GuV: ja¹⁷⁷⁷
- Jahresabschlüsse, Gründe für spürbaren Umsatzrückgang: ja¹⁷⁷⁸ (Rdn 247)
- Kreditinstitut (§ 327a Abs 3), Kapitalausstattung/Solvenz: nein, sofern nicht konkre-te Anhaltspunkte für Gefährdung Barabfindung (Rdn 244)
- Prüfungsbericht des gerichtlich bestellten Prüfers: ja¹⁷⁷⁹ (Rdn 243)
- Rechtsanwälte, Rechtsgutachten/Haftpflichtversicherung: nein (Rdn 248)
- Restrukturierung nach *Squeeze-out*, Effekte: nein¹⁷⁸⁰ (Rdn 246)
- Schadenersatzansprüche, werterhöhende Berücksichtigung: grds nein; ja, bei kon-kreten Anhaltspunkten¹⁷⁸¹ (Rdn 248)
- Stundensätze Wirtschaftsprüfer: nein (Rdn 248)
- Vergütung Vorstand unter Ausrichtung am Unternehmenserfolg des Hauptaktio-närs: nein, es sei denn, Anhaltspunkte für Interesse des Vorstands an Unterbewer-tung der Gesellschaft (Rdn 248)

1767 LG Düsseldorf 25.4.2008 – 39 O 144/07, Rdn 85; LG München I 24.4.2008 – 5 HK O 23244/07, Rdn 354.

1768 LG München I 24.4.2008 – 5 HK O 23244/07, Rdn 357 (juris).

1769 OLG München 28.9.2011 – 7 U 711/11, Rdn 98, 99 (juris): HRE.

1770 OLG Saarbrücken 11.2.2005 – 1 W 293/04-47, AG 2005, 366: Kaufhalle; OLG Hamburg 11.4.2003 – 11 U 215/02, NZG 2003, 539, 543; Philips; sehr weitgehend LG Frankfurt/M 27.8.2003 – 3-13 O 205/02, NZG 2003, 1027, 1028; LG Frankfurt/M 28.5.2003 – 3-13 O 22/03, NZG 2003, 731, 732.

1771 LG Krefeld 20.8.2008 – 11 O 14/08, Rdn 65 (juris).

1772 OLG Düsseldorf 19.12.2008 – 17 U 63/08, AG 2009, 535, 538; LG Bonn 9.3.2004 – 11 O 35/03, Rdn 34, 38 (juris).

1773 OLG Düsseldorf 29.12.2009 – I-6 U 69/08, Rdn 128; LG Frankfurt/M 29.1.2008 – 3-5 O 275/07, Rdn 73 (juris): Eurohypo.

1774 LG München I 28.8.2008 – 5 HK O 2522/08, Rdn 104 (juris).

1775 LG München I 28.8.2008 – 5 HK O 2522/08, Rdn 104 (juris).

1776 S zur Verschmelzung OLG Düsseldorf 15.3.1999 – 17 W 18/99, ZIP 1999, 793, 796 und OLG Hamm 4.3.1999 – 8 W 11/99, ZIP 1999, 798, 804; Thyssen/Krupp; weitergehend OLG Saarbrücken 11.2.2005 – 1 W 293/04-47, AG 2005, 366: Kaufhalle.

1777 OLG Hamburg 11.4.2003 – 11 U 215/02, NZG 2003, 539, 543.

1778 LG München I 28.8.2008 – 5 HK O 2522/08, Rdn 109 (juris).

1779 Abw OLG Hamburg 11.4.2003 – 11 U 215/02, NZG 2003, 539, 544.

1780 OLG München 28.9.2011 – 7 U 711/11 (juris), Rdn 99: HRE.

1781 OLG München 28.9.2011 – 7 U 711/11 (juris), Rdn 99: HRE; LG München I 24.4.2008 – 5 HK O 23244/07, Rdn 356 (juris): HVB; LG Frankfurt/M 30.1.2006 – 3-5 O 275/07, Rdn 72 (juris): Eurohypo.

Steuern

- Abschreibungen: nein¹⁷⁸² (Rdn 395)
- Ausgleichskonto, steuerliches, Höhe des Saldos: nein¹⁷⁸³ (Rdn 395)
- Betriebsprüfung, Ergebnisse der letzten Jahre: nein (Rdn 392)
- Eigenkapital, Tarifbelastung: nein (Rdn 395)
- Einheitswert, steuerlicher: nein¹⁷⁸⁴ (Rdn 395)
- Höhe: Größenordnung ja, konkrete Höhe nein (Rdn 392)
- Kennzahlen, finanzielle/Konzernsteuerungsgrößen, Zusammensetzung, Berechnung, Anpassung, Veränderung, Vereinigung: ja (Rdn 164)¹⁷⁸⁵
- Körperschaftsteuer, Ersparnis bei Vollausschüttung: nein¹⁷⁸⁶ (Rdn 395)
- Steueraufwand, erwarteter: nein (Rdn 395)
- Steueraufwand, Gründe für wesentliche Veränderungen: ja, aber keine Einzelheiten (Rdn)
- Steuerbilanz, Vergleich mit Handelsbilanz: nein (Rdn 395)
- Steuererstattungsansprüche, handelsrechtlich aktivierte: ja, soweit für Handelsbilanz wesentlich (Rdn 394)
- Steuerrücklagen in Bilanz, soweit von Steueraufwand in GuV abweichend: grds nein; bei Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag ja¹⁷⁸⁷ (Rdn 394)
- Stille Reserven, Höhe der stillen zu versteuernden Reserven: nein¹⁷⁸⁸ (Rdn 395)
- Verbundene Unternehmen, Wertansätze: nein¹⁷⁸⁹ (Rdn 393)
- Verlustvorträge, steuerliche, Höhe/zeitliche Aufteilung: nein¹⁷⁹⁰ (Rdn 395)
- Wertberichtigung, steuerlich anerkannte: nein¹⁷⁹¹ (Rdn 395)

Stille Gesellschaft (Teilgewinnabführungsvertrag), Beziehung der Großaktionärin zu stillen Gesellschaftern: grds nein¹⁷⁹² (Rdn 107)

Stock Options, s Aktienoptionen

Synergien, s auch *Squeeze-out*; Unternehmensbewertung; Verschmelzung

- Synergiepotentiale: ja bei Erwerb wesentlicher Unternehmensbeteiligungen (Rdn 231)
- Berücksichtigung bei Unternehmensbewertung, s Unternehmensverträge (Rdn 238 ff), *Squeeze-out* (Rdn 246)
Umsatzerlöse, s auch Jahresabschluss
- Aufteilung auf einen oder eine Vielzahl von Kunden: ja, auf konkrete Kundenzahl bezogen auf ein bestimmtes Gebiet: nein,¹⁷⁹³ auf Regionen: ja, bei hinreichender Signifikanz (Rdn 161)

1782 LG München I 10.3.1980 – 7 HK O 7427/79, AG 1981, 79, 80: Paulaner.

1783 LG München I 10.3.1980 – 7 HK O 7427/79, AG 1981, 79, 80: Paulaner.

1784 LG München I 10.3.1980 – 7 HK O 7427/79, AG 1981, 79, 80: Paulaner.

1785 LG München I 10.3.1980 – 7 HK O 7427/79, AG 1981, 79, 80: Gewinn je Aktie.

1786 LG Dortmund 9.1.1987 – 18 AktE 3/86, AG 1987, 190, 191.

1787 BGH 19.6.1995 – II ZR 58/94, ZIP 1995, 1256, 1257: Riether/SSI II; BGH 5.4.1993 – II ZR 238/91, BGHZ 122, 211, 238.

1788 OLG Düsseldorf 11.8.2006 – I 15 W 110/05, Rdn 79 (juris); OLG Düsseldorf 9.12.1993 – 6 U 2/93, WM 1994, 337, 345: Bayerische Vereinsbank/Simon Bank.

1789 BGH 18.9.2006 – II ZR 225/04, NZG 2006, 905 Rdn 25.

1790 OLG Düsseldorf 11.8.2006 – I 15 W 110/05, Rdn 79 (juris); OLG Düsseldorf 9.12.1993 – 6 U 2/93, WM 1994, 337, 345: Bayerische Vereinsbank/Simon Bank.

1791 LG München I 10.3.1980 – 7 HK O 7427/79, AG 1981, 79, 80: Paulaner.

1792 BGH 21.7.2003 – II ZR 109/02, Rdn 13 (juris).

1793 OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2154.

- Produkte/Produktgruppen: ja, wenn wesentlich¹⁷⁹⁴
- Umsatzrückgang, Begründung: ja¹⁷⁹⁵
- Umsatzerlösannteile: nein¹⁷⁹⁶ (Rdn 383)
- Verbundene Unternehmen: ja, wenn bedeutend¹⁷⁹⁷ (Rdn 161)
- Vergleich mit den beiden Vorjahresergebnissen für einen Geschäftsbereich: ja¹⁷⁹⁸ (Rdn 162)

Unternehmensbewertung, s auch „Holzmüller“; Sachkapitalerhöhung; *Squeeze-out*; Unternehmensverträge; Verschmelzung

- Alternativszenarien: nein, soweit nicht berücksichtigt¹⁷⁹⁹ (Rdn 231, 246)
- Beta-Faktor, Erläuterung: ja (Rdn 246)
- Ergebnisse von wesentlichen Beteiligungsgesellschaften: ja, sofern diese nicht bereits gemäß § 285 Nr 11 HGB offengelegt¹⁸⁰⁰ (Rdn 239)
- Finanzierung der geplanten Investitionen: ja (Plausibilisierung)¹⁸⁰¹ (Rdn 239)
- Grundlagen der Planung einschließlich Planzahlen wesentlicher Einzelgesellschaften: ja¹⁸⁰² (Rdn 239); einzelne
- Ist-Zahlen: ja¹⁸⁰³ (Rdn 239)
- Konzernumlage: ja¹⁸⁰⁴ (Rdn 239)
- Marktrisikoprämie: ja (246)
- Peer Group, Vergleichbarkeit: ja¹⁸⁰⁵ (Rdn 239)
- Prüfer, Auftragsschreiben an gerichtlich bestellten: nein¹⁸⁰⁶
- Rechenmodelle zur Nachvollziehung: nein (Rdn 231, 246)
- Schadenersatzansprüche, unternehmenswerterhöhende: grds nein, ja bei konkreten Anhaltspunkten (Rdn 248)
- Steuerrücklagen: ja¹⁸⁰⁷ (Rdn 239)
- Studien, Unterstützung des Bewertungsgutachtens: nein¹⁸⁰⁸ (Rdn 231, 246)
- Synergien, echte (nach Wirksamwerden eines Squeeze out): nein¹⁸⁰⁹ (Rdn 246);

1794 OLG Hamburg 11.4.1969 – 11 W 77/68, AG 1969, 150, 152.

1795 BGH 7.4.1960 BGHZ 32, 159, 163.

1796 LG Dortmund 19.2.1987 – II ZR 119/86, WM 1987, 376, 377 und 25.10.1985 – 18 AktE 2/85, AG 1987, 21, 22: RWE.

1797 OLG Hamburg 24.2.1994 – 11 W 6/94, ZIP 1994, 373; enger LG München I 10.12.1998 – 5 HKO 10806/97, NZG 1999, 674, 676: Hypobank/Porta.

1798 OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2154.

1799 OLG München 22.2.2010 – 7 U 1584/10, BeckRS 2011, 00297; HVB HV 2008; LG Berlin 12.6.2003 – 93 U 84/03, Der Konzern 2003, 483, 488; LG München I 29.10.1997, 15 HKO 14615/94 (nv): Viag; abw LG München I 31.3.2008 – 5 HKO 19782/06, ZIP 2008, 555, 557, LG Frankfurt/M 27.8.2003 – 3-13 O 205/02, NZG 2003, 1027, 1028.

1800 LG Frankfurt/M 15.2.1989 – 3-8 O 134/88, ZIP 1989, 1062, 1063: Nestlé.

1801 LG München I 28.5.2010 – 5 HK O 14307/07, Rdn 44 (juris).

1802 Weitergehend LG München I 28.5.2010 – 5 HK O 14307/07, Rdn 36 ff, 43 (juris): Umsätze und Jahresergebnisse verschiedener Gesellschaften aus der Nutzung des Kundenstamms der Gesellschaft.

1803 OLG Frankfurt/M 16.2.2009 – 5 W 38/08, Rdn 32 (juris).

1804 OLG Karlsruhe 29.6.1989 – 11 W 57/89, AG 1990, 82; vgl auch BGH 15.6.1992 – II ZR 18/91, BGHZ 119, 1, 13: Asia/BBC.

1805 Sehr weit gehend LG München I 28.5.2010 – 5 HK O 14307/07, Rdn 45 ff (juris): Auskunft auch über unternehmenseigenen Beta, der Bewertung nicht zugrunde lag (zw).

1806 OLG Düsseldorf 11.8.2006 – I-15 W 110/05, Rdn 76 (juris).

1807 BGH 19.6.1995 – II ZR 58/94, ZIP 1995, 1256, 1257; BGH 5.4.1993 – II ZR 238/91, BGHZ 122, 211, 238.

1808 Vgl auch OLG Düsseldorf 29.12.2009 – I-6 U 69/08, Rdn 120; OLG Düsseldorf 10.9.2008 – I-6 W 30/08, ZIP 2009, 170, 175; abw LG Frankfurt/M 27.8.2003 – 3-13 O 205/02, NZG 2003, 1027, 1028.

1809 OLG München 28.9.2011 – 7 U 711/11, Rdn 98, 99 (juris): HRE.

- Synergien, unechte: ja¹⁸¹⁰ (Rdn 230, 235, 246), aber keine Nachvollziehbarkeit im Einzelnen (Rdn 335);
- Synergien, Unternehmenskauf: ja, sofern wesentliche Transaktion¹⁸¹¹, aber keine Nachvollziehbarkeit im Einzelnen (Rdn 164, 231)

Unternehmensorganisation (Rdn 199), s auch *Compliance*; Konzerngeschäftsleitungsgremium; *Risk Management*

Unternehmensverträge

- Herrschendes Unternehmen, Aktionärskreis und Ertragssituation maßgeblicher Gesellschafter: nein, sofern nicht für Bonität des herrschenden Unternehmens von Bedeutung¹⁸¹² (Rdn 241)
- Herrschendes Unternehmen, Beteiligung an anderen Gesellschaften: ja, wenn Auswirkungen auf Vermögenssituation¹⁸¹³ (Rdn 241)
- Herrschendes Unternehmen, Bonität: ja;¹⁸¹⁴ Ertragsentwicklung/Ertragslage: ja¹⁸¹⁵ (Rdn 241)
- Herrschendes Unternehmen, Buchwert Beteiligung an Unternehmen: ja; einzelne Erwerbspreise und Erwerbszeitpunkte: nein¹⁸¹⁶ (Rdn 241)
- Herrschendes Unternehmen, Ertragsentwicklung: ja¹⁸¹⁷ (Rdn 241)
- Herrschendes Unternehmen, Erwerb qualifizierter Aktienmehrheit: nein, sofern nicht konkrete Zweifel an Wirksamkeit des Erwerbs; Konditionen des Erwerbs/Identität des Veräußerers: nein¹⁸¹⁸
- Herrschendes Unternehmen, Stimmrechtsmitteilungen: ja¹⁸¹⁹ (Rdn 241)
- Herrschendes Unternehmen, Vermögensverhältnisse der Muttergesellschaft bei Patronatserklärung: ja (Rdn 242); bei Fehlen einer Patronatserklärung/Einstandspflicht: nein¹⁸²⁰
- Konzernumlage, Beeinflussung der Ist-Ergebnisse/der Planung: ja¹⁸²¹

1810 LG München I 24.4.2008 – 5 HK O 23244/07, Rdn 357 (juris).

1811 Bei Beschlussfassung der HV s OLG Dresden 23.4.2003 – 18 U 1976/02, Der Konzern 2003, 766, 767, 768; LG München I 31.1.2008 – 5 HK O 19782/06, Rdn 343 ff (juris): Verkauf der Bank Austria und osteuropäischer Aktivitäten durch HVB an UniCredit.

1812 BGH 5.4.1993 – II ZR 238/91, BGHZ 122, 211, 237.

1813 BGH 5.4.1993 – II ZR 238/91, BGHZ 122, 211, 238.

1814 OLG Koblenz 26.4.2001 – 6 U 746/95, BeckRS 2001, 10422.

1815 BGH 19.6.1995 – II ZR 58/94, ZIP 1995, 1256, 1258; BGH 5.4.1993 – II ZR 238/91, BGHZ 122, 211, 238: SSI/Rieter; BGH 15.6.1992 – II ZR 18/91, BGHZ 119, 1, 15: Asia/BBC; OLG Koblenz 26.4.2001 – 6 U 746/95, BeckRS 2001, 10422; BayObLG 25.6.1975 – 2 Z 15/75, AG 1975, 325, 327; BayObLG 8.5.1974 – 2 Z 73/73, AG 1974, 224.

1816 BGH 19.6.1995 – II ZR 58/94, ZIP 1995, 1256, 1258; BGH 5.4.1993 – II ZR 238/91, BGHZ 122, 211, 237: SSI/Rieter; OLG Koblenz 26.4.2001 – 6 U 746/95, BeckRS 2001, 10422; OLG Koblenz 23.11.2000 – 6 U 1434/95, BeckRS 2000, 30145429.

1817 19.6.1995 – II ZR 58/94, ZIP 1995, 1256, 1258; BGH 5.4.1993 – II ZR 238/91, BGHZ 122, 211, 238: SSI/Rieter; BGH 15.6.1992 – II ZR 18/91, BGHZ 119, 1, 15: Asia/BBC; OLG Koblenz 26.4.2001 – 6 U 746/95, BeckRS 2001, 10422; BayObLG 25.6.1975 – 2 Z 15/75, AG 1975, 325, 327; BayObLG 8.5.1974 – 2 Z 73/73, AG 1974, 224.

1818 OLG Stuttgart 2.12.2014 – 20 AktG 1/14, Rdn 152 ff (juris): Celesio: Kondition des Erwerbs einschließlich eines Paketpreises und Identität des Veräußerers.

1819 OLG Frankfurt/M 16.2.2009 – 5 W 38/08, Rdn 31 (juris).

1820 LG Wuppertal 9.2.1999 – 11 O 91/98 (nv): Eingliederung Akzo Nobel Faser/Akzo Nobel Faser Holding.

1821 OLG Karlsruhe 29.6.1989 – 11 W 57/89, AG 1990, 82; vgl auch BGH 15.6.1992 – II ZR 18/91, BGHZ 119, 1, 13: Asia/BBC.

- Liquidität/Kapitalverhältnisse: ja¹⁸²² (Rdn 241)
- Steuerrücklagen in der Bilanz, soweit abweichend vom Steueraufwand in GuV: ja¹⁸²³
- Stille Beteiligung, Beziehung des Großaktionärs zu stillen Gesellschaftern: grds nein¹⁸²⁴
- Unternehmensplanung, Grundlagen/Planzahlen wesentlicher Einzelgesellschaften, sofern vorhanden: ja¹⁸²⁵
- Unternehmensbewertung, Ist-Zahlen: ja¹⁸²⁶
- Unternehmensbewertung, *peer group*, Vergleichbarkeit¹⁸²⁷
- Unternehmensbewertung, Plausibilitätsfragen zur Finanzierung der geplanten Investitionen: ja¹⁸²⁸ (Rdn 236)
- Wesentliche Beteiligungsergebnisse, Gesellschaften, Ergebnisse: ja, sofern nicht bereits gem § 285 Nr 11 HGB offengelegt¹⁸²⁹

Urkunden, Inhalt: ja, wenn wesentlich; Verlesung: grds nein¹⁸³⁰ (Rdn 277)

Verbundene Unternehmen

- Abhängigkeitsbericht, Inhalt: nein¹⁸³¹ (Rdn 98)
- Beteiligungen an und von verbundenen Unternehmen (Rdn 167), s Beteiligungen an börsennotierten deutschen Gesellschaften
- Bilanzkennzahlen, wesentliche: ja, wenn wesentliche Gesellschaft oder wesentliche Auswirkung auf Muttergesellschaft¹⁸³² (Rdn 161)
- Jahresergebnisse der im Konzernabschluß einbezogenen Unternehmen: ja¹⁸³³ (Rdn 114)
- Konzernumlage/Konzernverrechnungspreise: ja¹⁸³⁴ (Rdn 194)
- Mithaftung für verbundene Unternehmen: ja¹⁸³⁵ (Rdn 108)
- Rechtsgeschäfte mit verbundenen Unternehmen: ja, wenn bedeutend (Rdn 108, 166, 194)
- Stimmverhalten in: ja, bei bedeutenden Angelegenheiten und wesentlichen Beteiligungen
- Vergütung des Vorstands: s Vorstand
- Verluste bei verbundenen Unternehmen: ja, soweit bilanzprägend¹⁸³⁶ (Rdn 166)

1822 BGH 15.6.1992 – II ZR 18/91, BGHZ 119, 1, 15: Asia/BBC.

1823 19.6.1995 – II ZR 58/94, ZIP 1995, 1256, 1257; BGH 5.4.1993 – II ZR 238/91, BGHZ 122, 211, 238.

1824 BGH 21.7.2003 – II ZR 109/02, BGHZ 156, 38.

1825 Weitergehend LG München I 28.5.2010 – 5 HK O 14307/07, Rdn 36 ff, 43 (juris): Umsätze und Jahresergebnisse verschiedener Gesellschaften aus der Nutzung des Kundenstamms der Gesellschaft.

1826 OLG Frankfurt/M 16.2.2009 – 5 W 38/08, Rdn 32 (juris).

1827 Sehr weit gehend LG München I 28.5.2010 – 5 HK O 14307/07, Rdn 45 ff (juris): Auskunft auch über unternehmenseigenen Beta, der Bewertung nicht zugrunde lag (zw.).

1828 LG München I 28.5.2010 – 5 HK O 14307/07, Rdn 44 (juris).

1829 LG Frankfurt/M 15.2.1989 – 3-8 O 134/88, ZIP 1989, 1062, 1063; Nestlé.

1830 BGH 30.3.1967 – II ZR 245/63, NJW 1967, 1462, 1463; OLG München 11.6.2015 – 23 U 4375/14, AG 2015, 677, 678; OLG Frankfurt/M 7.12.2010 – 5 U 29/10, Rdn 372 (juris); OLG Stuttgart 11.8.2004 – 20 U 3/04, NZG 2004, 966, 969.

1831 Insow zu OLG Frankfurt/M 6.1.2003 – 20 W 449/93, NZG 2003, 223, 225.

1832 Enger LG München I 10.12.1998 – 5 HKO 10806/97, NZG 1999, 674, 676: Hypobank/Porta.

1833 OLG Hamburg 24.2.1994 – 11 W 6/94, ZIP 1994, 373.

1834 OLG Karlsruhe 29.6.1989 – 11 W 57/89, AG 1990, 82: Asea/BBC; vgl auch BGH 15.6.1992 – II ZR 18/91, BGHZ 119, 1, 13: Asea/BBC; OLG Hamburg 6.11.1970 – 11 W 18/70, AG 1970, 372; LG Frankfurt/M 14.10.1993 – 3/3 O 65/93, DB 1993, 2371.

1835 LG Frankfurt/M 7.6.1993 1993 – 3/1 O 10/93, ZIP 1994, 784, 785: Diskuswerke/Naxos.

1836 OLG Bremen 20.10.1980 – 2 W 35/80, AG 1981, 229.

- Vorgang bei einem verbundenen Unternehmen: ja, wenn Auswirkungen auf Gesellschaft¹⁸³⁷ (Rdn 93 f)

Verflechtungen der Kapitalgesellschaften, nationale und internationale: nein¹⁸³⁸ (Rdn 136), s auch Politische Fragen

Verluste

- Gesamtverlust im Kerngeschäft: ja¹⁸³⁹ (Rdn 166)
- verbundene Unternehmen, s dort
- Verkauf einer wesentlichen Beteiligung: ja¹⁸⁴⁰ (Rdn 231)
- Verlustgeschäfte, einzelne: größte Verlustgeschäfte: ja, sofern erhebliche Auswirkungen auf Bilanz¹⁸⁴¹ (Rdn 164)

Verschmelzung

- Bericht/Plausibilisierung: ja (Rdn 250)
- Grundstücke, Buchwerte, Feuerversicherungswerte, Verkehrswerte betriebsnotwendiger Grundstücke: nein, sofern nicht Immobilienunternehmen¹⁸⁴² (Rdn 252), s auch Unternehmensbewertung
- Konzept/Gründe: ja¹⁸⁴³ (Rdn 249, 252)
- Organmitglieder, Vertragsbeziehungen zu Gesellschaft, Verschmelzungspartner oder Aktionären: nein, wenn keine Rückschlüsse auf Verschmelzungskonzept und Bewertung möglich¹⁸⁴⁴ (Rdn 255)
- Planungstreue: nein¹⁸⁴⁵
- Prüfer, Auftragsschreiben: s Unternehmensbewertung
- Stilllegung von Produktionsstätten nach Verschmelzung/Kosten: ja (Rdn 255)
- Synergien: ja¹⁸⁴⁶ (Rdn 254)
- Synergieeffekte, Höhe und Zuordnung zu bestimmten Unternehmens- und Produktbereichen: ja, wenn quantifizierbar¹⁸⁴⁷ (Rdn 254)
- Synergiefahrplan, konkrete Aufgliederung: nein¹⁸⁴⁸ (Rdn 254)
- Unternehmensbewertung, s dort
- Verschmelzungspartner, unterschiedliche Behandlung hinsichtlich Wachstumsperspektiven, Risikoeinschätzung, Sonderfaktoren: ja (Rdn 253)

1837 BayObLG 23.8.1996 – 3 Z BR 130/96, ZIP 1996, 1743, 1746: Münchener Rück.

1838 KG 26.8.1993 – 2 W 6111/92, ZIP 1993, 1618, 1619: Siemens.

1839 LG München I 16.4.1986 – 7 HKO 8835/85, AG 1987, 185, 188.

1840 RG 12.6.1941 – II 122/40, RGZ 167, 151, 159; LG München I 10.12.1998 – 5 HKO 10806/97, NZG 1999, 674, 675.

1841 OLG Düsseldorf 18.2.2013 – I-26 W 21/12 (AktE), Rdn 45 (juris).

1842 OLG Düsseldorf 15.3.1999 – 17 W 18/99, ZIP 1999, 793, 796 und OLG Hamm 4.3.1999 – 8 W 11/99, ZIP 1999, 798, 804: Thyssen/Krupp; abw LG Essen 8.2.1999 – 44 O 249/98, AG 1999, 329, 332 (Vorinstanz): im Ergebnis aber Unzumutbarkeit der Informationserteilung (Rdn 446); weitergehend OLG Saarbrücken 11.2.2005 – 1 W 293/04-47, AG 2005, 366: Squeeze-out Kaufhalle.

1843 S zur Verschmelzung BGH 22.5.1989 – II ZR 206/88; BGHZ 107, 296, 302: Kochs Adler; BGH 18.12.1989 – II ZR 254/88; ZIP 1990, 168, 169: DAT/Altana II; BGH 29.10.1990 – II ZR 146/89; ZIP 1990, 1560, 1562: SEN; OLG Düsseldorf 11.8.2006 – I-15 W 110/05, Rdn 45 (juris); OLG Düsseldorf 20.11.2001 – 19 W 2/00, AG 2002, 398, 400: Kaufhof/Metro; OLG Düsseldorf 15.3.1999 – 17 W 18/99, ZIP 1999, 793, 794 und OLG Hamm 4.3.1999 – 8 W 11/99; ZIP 1999, 798, 801: Thyssen/Krupp.

1844 OLG Düsseldorf 15.3.1999 – 17 W 18/99, ZIP 1999, 793, 796.

1845 OLG Düsseldorf 11.8.2006 – I-15 W 110/05, Rdn 80 (juris).

1846 LG Hamburg 7.12.2005 – 411 O 960/05 (nv): Contitech.

1847 OLG Düsseldorf 11.8.2006 – I-15 W 110/05, Rdn 146 (juris).

1848 OLG Düsseldorf 11.8.2006 – I-15 W 110/09, Rdn 34 (juris).

- Vorgänge in Vergangenheit: nein, sofern keine Anhaltspunkte für Unregelmäßigkeiten bzw. keine wesentlichen Auswirkungen¹⁸⁴⁹
- Wachstumsfinanzierung, durch Eigenkapital-Thesaurierung statt Fremdfinanzierung: ja¹⁸⁵⁰ (Rdn 255)

Vertragsverhandlungen, Stand laufender/Preisobergrenze: nein¹⁸⁵¹ (Rdn 389)

Verträge, s auch Kaufpreis Immobilien/Beteiligungen

- Inhalt: ja für wesentlichen Vertragsinhalt, sofern wesentlicher Vertrag¹⁸⁵² (Rdn 164, 192, 388); weiterreichendes Auskunftsrecht bei Beschlussfassung der Hauptversammlung über Vertrag¹⁸⁵³ (Rdn 231)
- Pflichtverletzungen der Verwaltung: ja, bei konkreten Anhaltspunkten (Rdn 183, 185)
- *Related party transactions* (mit Unternehmen, deren Repräsentant Aufsichtsratsmitglied ist): nein, wenn unwesentlich, es sei denn, wesentlicher Vertrag oder Anhaltspunkte für Pflichtwidrigkeit (Rdn 186)
- Vertragskonditionen, einzelne: nein¹⁸⁵⁴ (Rdn 374)
- Vertragspartner: ja bei wesentlichen Verträgen oder Anhaltspunkten für Interessenkonflikte bzw. Fehlverhalten der Verwaltung¹⁸⁵⁵

Verwendung des Bilanzgewinns

- Dividende, Erhöhung: ja¹⁸⁵⁶ (Rdn 172)
- Dividende, Finanzierungsspielraum für Ausschüttung: ja¹⁸⁵⁷ (Rdn 172)
- Dividendenpolitik, künftige: ja (Rdn 172)
- Eigenkapitalsituation, Kapitalbedarf, Finanzlage: ja¹⁸⁵⁸ (Rdn 171)
- Gewinnermittlung: ja¹⁸⁵⁹ (Rdn 171)
- Gewinn- und Verlustrechnung, soweit wesentlich: ja (Rdn 158, 171)

1849 OLG Düsseldorf 11.8.2006 – I-15 W 110/05, Rdn 36, 38 (juris): Kosten früherer Anfechtungsklage durch übernehmenden Rechtsträger getragen; frühere Verschmelzungsvorgänge.

1850 LG Berlin 12.6.2003 – 93 O 84/03, Der Konzern 2003, 483, 492: Vattenfall.

1851 KG 31.1.1996 AG 1996, 421, 424: Viag – hier: Frage nach der voraussichtlichen Obergrenze der Barauszahlung an den Freistaat Bayern im Rahmen eines Ringtauschs; bestätigt durch BGH 26.5.1997 – II ZR 119/96 (nv).

1852 OLG Hamburg 30.12.2004 – 11 U 98/04, NZG 2005, 218, 220: AGIV; LG Berlin 17.1.1990 – 98 AktE 10/89, WM 1990, 978, 981; für Beschlussfassung über Vertrag s OLG Dresden 23.4.2003 – 18 U 1976/02, Der Konzern 2003, 766, 767, 768; LG München I 31.1.2008 – 5 HK O 19782/06, Rdn 343 ff (juris): Verkauf der Bank Austria und osteuropäischer Aktivitäten durch HVB an UniCredit; LG Frankfurt/M 29.7.1997 – 3-5 O 162/95, ZIP 1997, 1698, 1702: Altana/Milupa.

1853 LG Frankfurt/M 29.7.1997 – 3-5 O 162/95, ZIP 1997, 1698, 1702: Altana/Milupa.

1854 BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 45 (juris) und OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 436 (juris): Porsche HV 2010; BGH 16.2.2009 – II ZR 185/07, BGHZ 180, 9 Rdn 42; OLG Stuttgart 19.7.2012 – 8 W 274/10 (nv) und OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 740 (juris): Porsche HV 2009; s aber OLG Düsseldorf 18.2.2013 – I-26 W21/12 (AktE), Rdn 58 (juris): IKB (Rdn 377).

1855 OLG München 3.12.1997 – 7 U 1849/97, AG 1988, 238, 239: Frage, ob rückabgewickelte Grundstückskaufgeschäfte, die zu erheblichem Verlust geführt haben, eine bestimmte Firma betreffen, an der Gesellschaft und möglicherweise auch maßgebliche Gesellschafter der Gesellschaft wesentlich beteiligt sind.

1856 OLG Frankfurt/M 18.2.1981 – 20 W 201/80, AG 1981, 232.

1857 KG 3.5.2010 – 23 U 63/09, Rdn 69 (juris).

1858 OLG Frankfurt/M 18.2.1981 – 20 W 201/80, AG 1981, 232.

1859 OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 370 (juris); LG München I 10.3.1980 – 7 HKO 7427/79, AG 1981, 79, 81.

- Rückstellungen/Reservepolitik: ja¹⁸⁶⁰ (Rdn 171)
- Stimmrechtsmitteilungen Großaktionär: ja bei möglichem Dividendenverlust § 28 WpHG¹⁸⁶¹ (Rdn 172)

Vorstand

- Abfindungszahlungen, Gesamthöhe: ja; Einzelheiten zu Regelungen mit einzelnen Vorstandsmitgliedern: grds nein, es sei denn Anhaltspunkte für pflichtwidriges Verhalten (Rdn 201)
- Aktienbesitz: s dort
- Aktienoptionen: s dort
- Ausscheiden, Gründe: ja; Details über Presseinformation/ad hoc-Erklärung hinaus: nein, soweit keine Anhaltspunkte für pflichtwidriges Verhalten (vgl auch Rdn 201)
- Einzelbezüge: ja, sofern nicht offengelegt,¹⁸⁶² nein für nicht börsennotierte Gesellschaft (Rdn 200, 375)
- Gesamtbezüge, Aufgliederung in Gehalt, Tantieme, Ruhestandsbezüge: ja (Rdn 200)
- Geschäfte mit Vorstand, wesentliche Konditionen: ja¹⁸⁶³ (Rdn 193)
- Konzernbezüge, Einzelbezüge: nein, Gesamtbezüge: ja, sofern nicht bereits gemäß § 314 Abs 1 Nr 6a HGB offengelegt¹⁸⁶⁴ (Rdn 201)
- Kriterien für Bestellung: grundlegende ja, Einzelheiten nein¹⁸⁶⁵ (Rdn 196)
- Nebentätigkeiten: ja, sofern nicht unbedeutend¹⁸⁶⁶ (Rdn 195)
- Persönliche Angelegenheiten: ja, sofern für Eignung von Bedeutung;¹⁸⁶⁷ nein, soweit bereits der Website zu entnehmen;¹⁸⁶⁸ nein betreffend Familienstand, Religionszugehörigkeit oder Zugehörigkeit zu einer studentischen Verbindung¹⁸⁶⁹ (Rdn 196)
- Pflichtverstöße, Aufdeckung: ja, bei konkreten Anhaltspunkten (Rdn 179 ff)
- Rückstellungen für Pensionen – Gesamtrückstellungen: ja, sofern nicht bereits gemäß § 285 Abs 1 Nr 9b Satz 2 HGB offengelegt; Einzelaufgliederung: nein¹⁸⁷⁰ (Rdn 170, 201)
- Strafermittlungsverfahren: ja, nach Einleitung; Strafanzeige genügt nicht¹⁸⁷¹ (Rdn 89)
- Strafverteidigungskosten, Übernahme: ja; Rückstellung für: nein¹⁸⁷²
- Vereinbarungen mit ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern: nein, sofern nicht Anhaltspunkte für pflichtwidriges Verhalten/sonstige ungewöhnliche Umstände (Rdn 201)

1860 OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 370 (juris); LG München I 10.3.1980 – 7 HKO 7427/79, AG 1981, 79, 81.

1861 OLG Düsseldorf 13.6.2013 – I-6 U 148/12, Rdn 167 (juris).

1862 S zur damals nur für Gesamtbezüge bestehenden Bilanzpublizität OLG Düsseldorf 5.11.1987 – 19 W 6/87, ZIP 1987, 1555, 1558; LG Berlin 17.1.1990 – 98 AktE 10/89, WM 1990, 978, 982; vgl auch (für Pensionsbezüge) OLG Koblenz, 13.10.1967 – 2 U 614/66, WM 1967, 1288, 1291.

1863 OLG Hamburg 30.12.2004 – 11 U 98/04, NZG 2005, 218, 219: Immobilienerwerb; BayObLG 22.3.1999 – 3 Z BR 250/98, AG 1999, 320, 321: ERC Franconia Rückversicherungs AG – Verkauf Grundstück.

1864 OLG Düsseldorf 5.11.1987 – 19 W 6/87, ZIP 1987, 1555, 1557; LG Dortmund 1.10.1998 AG 1999, 133; LG Köln 18.12.1996 AG 1997, 188.

1865 OLG Düsseldorf 13.7.2015 – I-26 W 16/14 (AktE), Rdn 61 (juris): K.O.-Kriterien.

1866 BayObLG 30.11.1995 – 3 Z BR 161/93, WM 1996, 119, 121: Allianz; KG 24.8.1995 – 2 W 1255/95, ZIP 1995, 1592, 1594; Siemens; **abw** OLG Düsseldorf 22.7.1986 – 19 W 2/86, ZIP 1986, 1557; LG Frankfurt/M 16.9.1994 – 3/3 O 83/92, WM 1994, 1929, 1931; LG München I 24.06.1993 – 17 HKO 20038/90, ZIP 1993, 1630.

1867 Enger OLG Düsseldorf 22.7.1986 – 19 W 2/86, ZIP 1986, 1557, 1559 und LG Dortmund 19.2.1987 – 18 AktE 2/86, WM 1987, 376, 377: nur bei Anhaltspunkten für fehlende hinreichende Qualifizierung.

1868 OLG Düsseldorf 22.11.2012 – I-6 U 18/12, NZG 2013, 178, 179.

1869 KG 30.6.1994 – 2 W 4531/93, ZIP 1994, 1267, 1274.

1870 LG Berlin 17.1.1990 – 98 AktE 10/89, WM 1990, 987, 983: Springer/Kirch.

1871 LG Frankfurt/M 24.1.2005 – 3- 5 O 61/03, Rdn 58 (juris).

1872 LG Frankfurt/M 18.1.2005 – 3-5 O 83/04, Rdn 61 (juris).

- Vergütungsbericht, Verständnisfragen: ja (Rdn 202)
- Vergütungscap, Existenz: ja; Gesamthöhe: ja
- Vergütungssystem: ja bei Beschlusßfassung, § 120 Abs 4 AktG (Rdn 202); Gründe für Nichtvorlage nach fünf Jahren: ja
- Vorstand, künftiges Verhalten: nein¹⁸⁷³
- Wandelschuldverschreibung, Prozentsatz, den Vorstandsmitglieder erhalten haben: ja, s auch Aktienoptionen

Vorzugsaktien, Plausibilisierung eines Bewertungsabschlags: ja, aber keine genaue statistische Herleitung¹⁸⁷⁴ (Rdn 226)

1873 BayObLG 30.11.1995 – 3 Z BR 161/93, WM 1996, 119, 122.

1874 LG Stuttgart 30.10.1997 – 5 KfH O 96/97, AG 1998, 41, 44: Daimler-Benz; LG Heidelberg 24.9.1997 – O 62/96 KfH II, ZIP 1997, 1787, 1791: SAP.

§ 132

Gerichtliche Entscheidung über das Auskunftsrecht

(1) Ob der Vorstand die Auskunft zu geben hat, entscheidet auf Antrag ausschließlich das Landgericht, in dessen Bezirk die Gesellschaft ihren Sitz hat.

(2) Antragsberechtigt ist jeder Aktionär, dem die verlangte Auskunft nicht gegeben worden ist, und wenn über den Gegenstand der Tagesordnung, auf den sich die Auskunft bezog, Beschluss gefasst worden ist, jeder in der Hauptversammlung erschienene Aktionär, der in der Hauptversammlung Widerspruch zur Niederschrift erklärt hat. Der Antrag ist binnen zwei Wochen nach der Hauptversammlung zu stellen, in der die Auskunft abgelehnt worden ist.

(3) § 99 Abs 1, Abs 3 Satz 1, 2, 4 bis 6 und Abs 5 Satz 1 und 3 gilt sinngemäß. Die Beschwerde findet nur statt, wenn das Landgericht sie in der Entscheidung für zulässig erklärt. § 70 Abs 2 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit ist entsprechend anzuwenden.

(4) Wird dem Antrag stattgegeben, so ist die Auskunft auch außerhalb der Hauptversammlung zu geben. Aus der Entscheidung findet die Zwangsvollstreckung nach den Vorschriften der Zivilprozessordnung statt.

(5) Das mit dem Verfahren befasste Gericht bestimmt nach billigem Ermessen, welchem Beteiligten die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen sind.

Übersicht

I. Grundlagen	IV. Gerichtliches Verfahren (§ 132 Abs 3)
1. Gesetzesgeschichte — 1–2	1. Allgemeine Verfahrensregeln
2. Normzweck — 3–6	a) Anwendbare Verfahrensregeln — 37–38
3. Praktische Bedeutung — 7	b) Rechtliches Gehör, Öffentlichkeit — 39–40
4. Gegenstand — 8–10	c) Amtsermittlungsgrund- satz — 41–43
5. Verhältnis zu anderen Klagearten — 11–17	2. Gerichtlicher Prüfungsumfang
a) Verhältnis zur Anfechtungsklage — 11–14	a) Prüfung der Verfahrensvoraussetzungen — 44–48
b) Verhältnis zu allgemeinen zivilprozessualen Rechtsbehelfen — 15–17	b) Prüfung des Auskunftsanspruchs — 49–56
II. Gerichtliche Zuständigkeit (§ 132 Abs 1)	3. Gerichtliche Entscheidung
1. Sachliche Zuständigkeit — 18	a) Formelle Anforderungen — 57
2. Örtliche Zuständigkeit — 19	b) Bindung an den Antrag — 5853
3. Anrufung eines unzuständigen Gerichts — 20	c) Vollstreckungsfähiger Beschluss- tenor — 59
III. Antrag (§ 132 Abs 2)	4. Rechtsmittelverfahren
1. Antragsberechtigung	a) Zulassung der Beschwerde — 60–64
a) Aktionärstellung — 21–23	b) Bindung an Entscheidung — 65–66
b) Teilnahme an der Hauptversammlung — 24	c) Rechtsbehelfe gegen Nichtzulassung der Beschwerde — 67–71
c) Auskunftsverlangen, Auskunftsverweigerung, Widerspruch zu Protokoll — 25–27	d) Einlegung der Beschwerde — 72–77
2. Antragsgegner — 28	e) Entscheidung — 78–79
3. Antragsfrist — 29–32	f) Rechtsbeschwerde — 80–83
4. Form, Inhalt des Antrags — 33–35	5. Rechtskraft — 84–85
5. Rücknahme des Antrags — 36	

<p>V. Folgen einer gerichtlichen Entscheidung (§ 132 Abs 4)</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Publizität — 86 2. Auskunftserteilung — 87–89 3. Zwangsvollstreckung <ol style="list-style-type: none"> a) Verfahrensregeln — 90–91 b) Zwangsmittel — 92 c) Einwendungen — 93–95 d) Rechtsmittel — 96 e) Vollstreckungsgegenantrag — 97 	<p>VI. Kosten des Verfahrens (§ 132 Abs 5) — 98</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Gerichtskosten <ol style="list-style-type: none"> a) Gebühren — 99 b) Geschäftswert — 100–101 c) Kostenentscheidung — 102–103 d) Rechtsmittel — 104 2. Außergerichtliche Kosten — 105–106
--	--

Schrifttum

Back Verfahrensbeschleunigung durch Zuweisung von Leistungsklagen in den Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit? Eine Kritik des Auskunftserzwingungsverfahrens nach geltendem Aktien- und GmbH-Recht, 1986; *Barz* Das Auskunftsrecht nach § 131, 132 AktG in der Rechtsprechung, FS Möhring, 1975, S 153–171; *Baums* Empfiehlt sich eine Neuregelung des aktienrechtlichen Anfechtungs- und Organhaftungsrechts, insbesondere der Klagemöglichkeiten von Aktionären? Gutachten für den 63. Deutschen Juristentag, 2000; *Butzke* Die Hauptversammlung der Aktiengesellschaft, 5. Aufl 2011; *Ebenroth* Das Auskunftsrecht des Aktionärs und seine Durchsetzung im Prozess unter besonderer Berücksichtigung des Rechtes der verbundenen Unternehmen, 1970; *Ebenroth/Wilken* Zum Auskunftsrecht des Aktionärs im Konzern, zugleich Anmerkung zu LG Berlin, Beschl v 24.6.1993 – 93 O 244/92 –, BB 1993, 1827, BB 1993, S 1818–1823; *v Falkenhagen* Das Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit im Aktienrecht, AG 1967, S 309–318; *Hellwig* Der Auskunftsanspruch des Aktionärs nach unrichtiger Auskunftserteilung, FS Budde, 1995, S 265–286; *Henze/Born/Drescher* Aktienrecht – Höchstrichterliche Rechtsprechung, 6. Aufl 2015; *Jänig/Leißring* FamFG: Neues Verfahrensrecht für Streitigkeiten in AG und GmbH, ZIP 2010, S 110–119; *Kollhosser* Probleme konkurrierender aktienrechtlicher Gerichtsverfahren, AG 1977, S 117–129; *Lieder* Auskunftsrecht und Auskunftserzwingung – höchstrichterliche Fingerzeige in Sachen Porsche/VW-Beteiligungsauftakt, NZG 2014, S 601–609; *Lüke* Das Verhältnis von Auskunfts-, Anfechtungs- und Registerverfahren im Aktienrecht, ZGR 1990, S 657–681; *Meyer-Landrut/Miller* Ist das Gericht der auf Auskunftsverweigerung gestützten Anfechtungsklage an die vorhergehende Entscheidung nach § 132 AktG gebunden?, AG 1970, S 157–159; *Mutter* Auskunftsansprüche des Aktionärs in der HV, 2002; *Quack* Unrichtige Auskünfte und das Erzwingungsverfahren des 132 AktG, FS Beusch, 1993, S 663–673; *A Reuter* Das Auskunftsrecht des Aktionärs – neuere Rechtsprechung zu § 131 AktG, DB 1988, S 2615–2620; *K Schmidt* Informationsrechte in Gesellschaften und Verbänden, 1984; *Semler/Volhard/Reichert*, Arbeitshandbuch für die Hauptversammlung, 3. Aufl 2011; *Werner* Fehlentwicklungen in aktienrechtlichen Auskunftsstreitigkeiten – zugleich ein Beitrag über die Zulässigkeit negativer Feststellungsanträge im Auskunftserzwingungsverfahren – FS Heinsius, 1991, S 911–930.

I. Grundlagen

- 1. Gesetzesgeschichte.** Das Auskunftserzwingungsverfahren des § 132 wurde erstmals im AktG 1965 eingeführt. Zuvor war neben der Geltendmachung einer Auskunftspflichtverletzung im Rahmen einer Anfechtungsklage auf Nichtigerklärung eines Hauptversammlungsbeschlusses zwar auch eine Leistungsklage zur Erzwingung einer Auskunft anerkannt.¹ Die Leistungsklage war jedoch ebenso wie die Anfechtungsklage in das zeitaufwändige allgemeine Zivilprozessverfahren eingebunden; der Aktionär konnte die gewünschte Auskunft bei einem positiven Verfahrensausgang oft erst zu einem Zeitpunkt erhalten, zu dem sie aufgrund Zeitalters unter Umständen wesentlich an Bedeutung verloren hatte. Der Gesetzgeber hat deshalb für das Auskunftser-

¹ BGH 7.4.1960 – II ZR 143/58, BGHZ 32, 159, 161; BGH 23.11.1961 – II ZR 4/60, BGHZ 36, 121, 124.

zwingungsverfahren ein besonderes Verfahren vorgesehen, das nach den Grundsätzen der freiwilligen Gerichtsbarkeit durchgeführt wird.

Durch das **FGG-Reformgesetz**² und das Inkrafttreten des FamFG am 1.9.2009 wurde **2** der Gesetzesstext des § 132 wesentlich geändert. So wurden § 132 Abs 1 Sätze 2–4 aufgehoben und § 132 Abs 3 neu gefasst. Inhaltlich ist damit eine **Anpassung** der Regelungen **an** das **FamFG** und eine Verlagerung von Regelungen in das GVG verbunden, da Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit nunmehr Zivilsachen im Sinne von § 13 GVG darstellen. In der Sache ergeben sich insbesondere **Änderungen im Rechtsmittelverfahren** (insbes Beschwerde mit Rechtsmittelfrist von einem Monat statt sofortige Beschwerde innerhalb von zwei Wochen; Beschwerde zum LG mit Möglichkeit einer Abhilfe; zwingende Zulassung der Beschwerde bei Vorliegen der Voraussetzungen statt Sollvorschrift; Einführung der Rechtsbeschwerde zum BGH). Durch das **zweite Kostenrechtsmodernisierungsgesetz**³ wurden mit Wirkung vom 1.8.2013 § 132 Abs 5 Sätze 1–6 aufgehoben und der bisherige Satz 7 alleiniger Wortlaut.

2. Normzweck. Das Verfahren gemäß § 132 soll, wie auch die Anlehnung an das Statusverfahren des § 99 zeigt (§ 132 Abs 3 Satz 1), eine schnelle und sachkundige Entscheidung ermöglichen und dient damit der **Verfahrensbeschleunigung**.⁴ In der Sache ist die Durchschlagskraft des Auskunftserzwingungsverfahrens gegenüber der früheren Leistungsklage wesentlich dadurch erhöht, dass die Entscheidung über eine Auskunftsverweigerung nicht mehr dem pflichtgemäßen Ermessen des Vorstands überlassen wird, das die Gerichte nur beschränkt auf einen Emissensmissbrauch überprüfen konnten.⁵ Vielmehr kann (auch) die Entscheidung des Vorstands über die Auskunftsverweigerung **in vollem Umfang gerichtlich überprüft** werden (§ 131 Rdn 350).⁶

In der Literatur wird verschiedentlich bezweifelt, dass der Normzweck eines beschleunigten Rechtsschutzes mit dem Verfahren des § 132 erreicht wird.⁷ Die seit dem FGG-Reformgesetz (Rdn 2) eröffnete Möglichkeit einer Rechtsbeschwerde zum BGH hat dieser Kritik weiteren Vorschub geleistet.⁸ Demgegenüber ist in der Praxis vielfach festzustellen, dass die Verfahren – oft ohne mündliche Verhandlung (Rdn 39) – vom Landgericht innerhalb von wenigen Monaten abschließend entschieden werden, wenn und weil eine Beschwerde nicht zugelassen wird (Rdn 60). Deshalb wird die von dem Gesetzgeber beabsichtigte Verfahrensbeschleunigung **oft erreicht**.⁹ Eine Verfahrensbeschleunigung auf Kosten eines angemessenen Rechtsschutzes der Verfahrensbeteiligten ist jedoch nicht geboten (Rdn 9, 39, 70). Deshalb ist die nunmehr mit der Zulassung einer Rechtsbeschwerde zum BGH zwangsläufig verbundene Verfahrensverzögerung¹⁰ hinzunehmen,

² BGBI I 2008, 2586.

³ BGBI I 2013, 2586.

⁴ Begr RegE bei *Kroppf* Aktiengesetz 1965, S 189; BayObLG 4.4.2001 – 3 Z BR 70/00, NZG 2002, 608, 609; OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2152.

⁵ BGH 7.4.1960 – II ZR 143/58, BGHZ 32, 159, 168; weitergehend bereits BGH 23.11.1961 – II ZR 4/60, BGHZ 36, 121, 132.

⁶ Begr RegE bei *Kroppf* Aktiengesetz 1965, S 189.

⁷ Back, S 189 ff; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 1 unter Hinweis auf OLG Frankfurt/M 6.1.2003 – 20 W 449/93, ZIP 2003, 761: Verfahrensdauer 10 Jahre; s auch KK/Kersting § 132 Rdn 19; insgesamt krit Scholz/K Schmidt GmbHG § 51b Rdn 3; Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger eV (SdK), AG 1995, R 282, 284.

⁸ MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 1.

⁹ Hölters/Drinhausen § 132 Rdn 1; Spindler/Stilz/Siems § 132 Rdn 1; insges positiv auch MünchKomm/Hillmann GmbHG § 51 a Rdn 3; Ulmer/Hüffer/Schürmbrand GmbHG § 51 b Rdn 1; vgl aber MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 2, 56.

¹⁰ BGH 5.11.2013 – II ZB 28/12: Verfahrensdauer 3 Jahre und 4,5 Monate; BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12: knapp 4 Jahre.

zumal diese im Wesentlichen auf Fälle von grundsätzlicher Bedeutung beschränkt ist (Rdn 80). Es ist eher umgekehrt **fraglich**, ob angesichts der häufig nicht offenkundigen und zuweilen auch vom Antragsteller nicht energisch verfolgten Dringlichkeit der begehrten Auskunft das gesetzliche **Konzept** eines Eilverfahrens berechtigt ist.¹¹

- 5 Jedenfalls ist es positiv, dass Aktionäre wegen der Möglichkeit des Verfahrens des § 132 nicht zur scharfen Waffe einer Anfechtung von Hauptversammlungsbeschlüssen gezwungen werden.¹² Angesichts der für die Antragsgegnerin möglichen negativen Außenwirkung einer negativen gerichtlichen Entscheidung ist auch nicht zu befürchten, dass der Vorstand unliebsame Auskünfte in der Hoffnung zurückhalten könnte, eine Auskunftserteilung im Verfahren des § 132 sei weniger öffentlichkeitswirksam.¹³ Ohnehin wird der Vorstand kaum das Risiko einer Beschlussanfechtung (Rdn 9) wegen Verstoßes gegen § 131 eingehen.
- 6 Für die GmbH wurde mit **§ 51b GmbHG** ein an § 132 angelehntes Verfahren zur Erzwingung des Auskunfts- und Einsichtsrechts eingeführt. Trotz des weitergehenden Auskunfts- und Einsichtsrechts von Gesellschaftern einer GmbH gemäß § 51a GmbHG und der Notwendigkeit eines Gesellschafterbeschlusses zur Verweigerung eines Auskunfts- bzw Einsichtsrechts können Erkenntnisse in Rechtsprechung und Literatur zum Verfahren des § 51b GmbHG auch für das Verständnis des § 132 Bedeutung erlangen.
- 7 **3. Praktische Bedeutung.** Die praktische Bedeutung des Auskunftserzwingungsverfahrens gemäß § 132 ist insbesondere in den ersten Jahren nach Inkrafttreten des AktG 1965 hoch gewesen, wie eine Vielzahl von Gerichtsentscheidungen aus diesen Jahren belegt. Zwischenzeitlich war die Anzahl der Verfahren zurückgegangen. Hierzu dürfte die Klärung der zunächst strittigen Frage beigetragen haben, dass die Einleitung eines Verfahrens nach § 132 nicht zwingend der Rüge von Auskunftspflichtverletzungen im Rahmen einer Anfechtungsklage vorzuschalten ist (Rdn 12).¹⁴ Deshalb wurden Auskunftspflichtverletzungen in erster Linie im Rahmen einer Anfechtungsklage geltend gemacht, die mit der Nichtigerklärung von Hauptversammlungsbeschlüssen erheblich schärfere Sanktionen für die Gesellschaft mit sich bringt. Allerdings hat in den letzten Jahren die praktische Bedeutung von Auskunftserzwingungsverfahren wieder zugenommen¹⁵, wie jüngere Gerichtsentscheidungen zeigen.¹⁶ Dazu hat wesentlich beigetragen, dass Aktionäre vermehrt mit Hilfe des Auskunftsrechts vermutete Pflichtverstöße der Verwaltung aufzudecken versuchen (§ 131 Rdn 179). Durch Auskunftsverfahren parallel zu Anfechtungsklagen wurde der Druck auf die Gesellschaften erhöht. Es sind auch Fälle feststellbar, in denen alleine das Auskunftserzwingungsverfahren ohne eine nachfolgende Anfechtungsklage angestrengt wurde.¹⁷

11 Allg Jäning/Leißring ZIP 2010, 110, 111.

12 Insow auch MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 2.

13 S aber MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 2; vgl auch KK/Kersting § 132 Rdn 19.

14 MünchHdb AG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 58; K Schmidt Informationsrechte, S 52; Werner FS Heinsius, 911, 912.

15 KK/Kersting § 132 Rdn 1; Hüffer/Koch § 132 Rdn 1; s aber MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 2: neuerdings seltener; abw Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 1; Wachter/Wachter § 132 Rdn 2: geringe Bedeutung.

16 Beispielhaft aus jüngerer Zeit BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12; Porsche HV 2010; BGH 5.11.2013 – II ZB 28/12; Deutsche Bank HV 2010; OLG Düsseldorf 13.7.2015 – I-26 W 16/14; Postbank; OLG Düsseldorf 23.2.2015 – I-26 W 14/14; IKB HV 2013; OLG Frankfurt/M 19.9.2013 – 21 W 6/13; Deutsche Bank HV 2012; OLG Düsseldorf 18.2.2013 – I-26 W 21/12; IKB HV 2011; OLG Stuttgart 29.7.2012 – 8 W 274/10; Porsche HV 2009; OLG Frankfurt/M 26.8.2010 – 5 W 3/10; Commerzbank; OLG Frankfurt/M 23.7.2010 – 5 W 91/09; Fresenius; LG Frankfurt/M 16.2.2016 – 3-05 O 132/15; Mainova; LG München I 26.8.2010 – 5 HK O 19003/09; HRE.

17 Beispielhaft OLG Düsseldorf 13.7.2015 – I-26 W 16/14; Postbank; LG Frankfurt/M 16.2.2016 – 3-05 O 132/15; Mainova.

4. Gegenstand. Das Auskunftserzwingungsverfahren des § 132 ist gemäß § 132 Abs 1 **8** Satz 1 auf die **Klärung** der Frage gerichtet, ob der Vorstand eine **Auskunft zu geben** hat. Gegenstand des Auskunftserzwingungsverfahrens ist also nicht die Auskunftserteilung selbst, sondern die Verpflichtung zur Auskunftserteilung.¹⁸ Im Auskunftserzwingungsverfahren ist zu prüfen, ob für eine in der Hauptversammlung begehrte Auskunft die Tatbestandsvoraussetzungen des § 131, insbesondere eine Erforderlichkeit der Auskunft, vorlagen, ob ein Auskunftsverweigerungsgrund gemäß § 131 Abs 3 bestand oder ob sonstige Gründe der Erteilung der Auskunft entgegenstanden. Die Prüfung des Gerichts konzentriert sich also entgegen den insoweit etwas missverständlichen Ausführungen in den Gesetzesmaterialien nicht auf die Frage, ob der Vorstand zu Recht von einem Auskunftsverweigerungsrecht Gebrauch gemacht hat.¹⁹

Das Verfahren des § 132 ist in allen Fällen einer **Nichterteilung** bzw **Verweigerung** **9** der Auskunft eröffnet, darüber hinausgehend aber auch bei nur teilweise erteilten Auskünften oder bei **nicht vollständig** erteilten Auskünften.²⁰

Nach einer vor allem früher weit verbreiteten Auffassung ist dagegen die **Richtigkeit** **10** einer erteilten Auskunft nicht Gegenstand der Prüfung des Gerichts in Verfahren nach § 132. Die Verletzung des Auskunftsrechts durch Erteilung unrichtiger Auskünfte könnte nur im Anfechtungsverfahren gemäß § 243 gerügt und die Erteilung einer richtigen Antwort nur im allgemeinen Zivilprozessverfahren (Feststellungsklage, Anfechtungsklage) durchgesetzt werden; außerdem setze sich der Vorstand dem Strafbarkeitsrisiko des § 400 Nr 1 sowie dem Risiko von Schadenersatzansprüchen des Aktionärs aus.²¹ Mittlerweile überwiegt jedoch zu Recht die Auffassung, dass Gegenstand des Auskunftserzwingungsverfahrens auch unrichtig erteilte Auskünfte sind.²² Besteht ein Auskunftsanspruch, so muss die Auskunft gemäß § 131 Abs 2 vollständig und zutreffend sein (§ 131 Rdn 263). Mit einer unrichtigen Auskunftserteilung ist dem Auskunftsanspruch des Aktionärs nicht Genüge getan. Der Normzweck des § 132, ein beschleunigtes und kostengünstiges Verfahren zur Durchsetzung des Auskunftsanspruchs zu schaffen, rechtfertigt nicht einen Ausschluss der gerichtlichen Überprüfung, ob eine erteilte Auskunft richtig oder unrichtig war (Rdn 3). Die Verweisung auf einen anderweitigen Rechtsschutz im Zivilprozess liefe auf eine wesentliche Erschwerung der Durchsetzung des Auskunftsanspruchs hinaus. Dementsprechend hat im Verfahren des § 132 ebenso wie bei einer auf eine Auskunftspflichtverletzung gestützten Anfechtungsklage eine um-

18 KK/Kersting § 132 AktG Rdn 4.

19 Begr RegE bei Kropff Aktiengesetz 1965, S 188, 189; vgl dazu statt aller LG München I 1.4.1985 – 7 HKO 3971/84, AG 1987, 26, 27; Hellwig FS Budde, 265, 277.

20 KK/Kersting § 132 Rdn 6; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 16; Spindler/Stilz/Siems § 132 Rdn 10; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 9; abw für Unvollständigkeit LG Köln 2.4.1990 – 91 O 132/89, AG 1991, 38.

21 KG 16.7.2009 – 23 W 69/08, Rdn 37, 39 (juris); OLG Dresden 1.12.1998 – 7 W 426/98, AG 1999, 274, 276; LG Mannheim 17.9.2007 – 24 O 66/07 (nv); EnBW; LG Dortmund 1.10.1998 – 20 AktE 8/98, AG 1999, 133; LG Köln 2.4.1990 – 91 O 132/89, AG 1991, 38; LG Berlin 17.1.1990 – 98 AktE 10/89, WM 1990, 978, 983; LG Frankenthal 25.10.1990 – 1 (HK) AKT E 3/90 (nv); BASF; Ebenroth, S 143; Heidel/Heidel § 132 Rdn 10; Hessler/Strohn/Liebscher § 132 Rdn 5; Mutter S 5; zur GmbH Lutter/Hommelhoff/Lutter/Bayer GmbH § 51 b Rdn 18; Scholz/K Schmidt GmbH § 51b Rdn 7; Baumbach/Hueck/Zöllner/Noack GmbH § 51 b Rdn 1.

22 OLG Stuttgart 29.7.2012 – 8 W 274/10 (nv) und OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 406 (juris); Porsche HV 2010; LG München I 28.5.2010 – 5 HK O 14307/07, AG 2010, 919, 920; Butzke G 95; Hölters/Drinhausen § 132 Rdn 5; Hellwig FS Budde, 265; Grigoleit/Herrler § 132 Rdn 6; MünchHdb AG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 60; Hüffer/Koch § 132 Rdn 4a; KK/Kersting § 132 Rdn 6; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 16; Lieder NZG 2014, 601, 608; Marsch-Barner/Schäfer/Marsch-Barner § 34 Rdn 69; Quack FS Beusch, 663, 669; Spindler/Stilz/Siems § 132 Rdn 10; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 9; Wachter/Wachter § 132 Rdn 8; Ziemons/Binnewies, Rz I 7.204; offen lassend BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 83 (juris).

fassende Prüfung zu erfolgen, ob ein Auskunftsanspruch eines Aktionärs verletzt worden ist.

5. Verhältnis zu anderen Klagearten

- 11 **a) Verhältnis zur Anfechtungsklage.** Das Verfahren des § 132 ist kein exklusives Verfahren zur Überprüfung von Auskunftspflichtverletzungen. Vielmehr kann auch eine Anfechtungsklage auf eine Auskunftspflichtverletzung gestützt werden, wobei insoweit allerdings die zusätzlichen Anforderungen des § 243 Abs 4 zu beachten sind (§ 131 Rdn 517ff). Mit dem Auskunftsverzwingungsverfahren des § 132 kann ein Aktionär – anders als bei einer Anfechtungsklage – erreichen, dass ihm eine zu Unrecht nicht erteilte Auskunft gegeben wird. Die Entscheidung im Verfahren gemäß § 132 über die Notwendigkeit der Erteilung einer Auskunft lässt im Unterschied zur Anfechtungsklage die Wirksamkeit von trotz Auskunftspflichtverletzung gefassten Hauptversammlungsbeschlüssen unberührt.
- 12 Das Verhältnis der Auskunftsverzwingungsklage des § 132 zur Anfechtungsklage gemäß § 243 warf lange Zeit Zweifelsfragen auf. Mittlerweile ist geklärt, dass ein Aktionär, der eine Anfechtungsklage auf eine Auskunftspflichtverletzung stützen will, nicht zuvor oder zugleich ein Auskunftsverzwingungsverfahren nach § 132 einleiten muss. Die Gesetzesmaterialien zu § 132, wonach über die Berechtigung der Auskunftsverweigerung „nur“ in diesem besonderen Verfahren entschieden werden, stehen dem Verständnis nicht entgegen, dass **beide Klagemöglichkeiten dem Aktionär nebeneinander offenstehen.**²³ Beide Verfahren haben ein unterschiedliches Ziel und ein ungleiches Gewicht. Das Auskunftsverzwingungsverfahren soll auf einem einfachen, schnellen und billigen Weg das individuelle Informationsbedürfnis eines Aktionärs befriedigen. Dagegen will der Kläger im Anfechtungsprozess wegen Verletzung des § 131 erreichen, dass ein Hauptversammlungsbeschluss mit der erweiterten Rechtskraftwirkung des § 248 von Anfang an für richtig erklärt wird, weil vor dem Beschluss eine bestimmte Auskunft erteilt werden müssen. Es wäre zudem nicht sinnvoll, einen Aktionär, der nur eine Anfechtungsklage erheben will, innerhalb der kurzen Zwei-Wochen-Frist (§ 132 Abs 2 Satz 2) zu einem zusätzlichen gerichtlichen Verfahren mit Kostenrisiko zwingen zu wollen.
- 13 Geklärt ist mittlerweile auch das Verhältnis beider Verfahren zueinander, wenn neben einer auf eine Auskunftspflichtverletzung gestützten Anfechtungsklage auch das Auskunftsverzwingungsverfahren nach § 132 eingeleitet wird. Beide Verfahren sind unabhängig voneinander und es besteht bei einer rechtskräftigen Entscheidung im Verfahren nach § 132 **keine Bindungswirkung** für die Frage einer Auskunftspflichtverletzung im Anfechtungsprozess. Die Gesetzesmaterialien betonen zwar die Gewährleistung einer einheitlichen Rechtsprechung und damit die Gefahr widersprüchlicher Entscheidungen.²⁴ Der BGH hat demgegenüber zunächst für die rechtskräftige Abweisung eines An-

23 BGH 29.11.1982 – II ZR 88/81, BGHZ 86, 1, 3; *Baums*, Gutachten F 135; *Butzke* G 93; *Henze/Born/Drescher* Rdn 1645; MünchHdb AG/*Hoffmann-Becking* § 38 Rdn 62; *Hüffer/Koch* § 132 Rdn 2; KK/*Kersting* § 132 Rdn 10; MünchKomm/*Kubis* § 132 Rdn 60; *Lüke* ZGR 1990, 657, 661; K *Schmidt* Informationsrechte, S 45; ebenso zu § 51 b GmbHG s OLG Schleswig Holstein 29.2.2008 – 5 W 68/07, Rdn 6 (juris); OLG Hamburg 6.7.1984 – 11 U 68/94, GmbHR 1985, 120; vgl auch BGH 7.12.1987 – II ZR 86/87, ZIP 1988, 87, 88; abw *Werner* FS Heinsius, 911, 918.

24 Begr RegE bei *Kropff* Aktiengesetz 1965, S 189; ebenso noch OLG Stuttgart 7.5.1992 – 13 U 140/97, AG 1992, 459 (nur im Ergebnis bestätigt durch BGH 15.3.1993, II ZR 118/92, s *Goette* DStR 1993, 733); OLG Karlsruhe 30.6.1989 – 15 U 76/88, ZIP 1989, 988, 994; SEN; *Ebenroth/Wilken* BB 1993, 1818; MünchHdb AG/*Hoffmann-Becking* § 38 Rdn 62; *Lüke* ZGR 1990, 657, 660f; *Mutter* S 6.

trags nach § 132 betont, die Rechtmäßigkeit eines Vorstandbeschlusses, Auskünfte zu verweigern, sei einer weiteren gerichtlichen Nachprüfung im Anfechtungsverfahren nicht entzogen.²⁵ Seither hat der BGH auch eine Bindungswirkung für die einem Antrag nach § 132 stattgebende Entscheidung abgelehnt.²⁶ Gegen eine Bindungswirkung spricht auch der Gesichtspunkt, dass im Verfahren nach § 132 kein dem Anfechtungsverfahren vergleichbarer Instanzenzug gewährleistet ist (Rdn 60).²⁷ Jedenfalls in den Fällen, in denen dieselben Gerichte über ein Verfahren nach § 132 und eine auf eine Auskunfts-pflichtverletzung gestützte Anfechtungsklage entscheiden, fallen die entsprechenden Entscheidungen inhaltlich übereinstimmend aus. Die Frage hat daher praktische Bedeutung nur in Fällen, in denen wegen der Zuständigkeitskonzentration das Gericht im Verfahren nach § 132 nicht mit dem Gericht im Anfechtungsverfahren identisch ist oder wenn eine Beschwerde oder eine Rechtsbeschwerde im Verfahren nach § 132 zum OLG bzw zum BGH nicht zugelassen wird, im Anfechtungsverfahren aber das Berufungsverfahren bzw die Revision durchgeführt wird.

Mangels einer Bindungswirkung besteht auch **keine Verpflichtung** das Verfahren **14** über eine Anfechtungsklage bis zur Entscheidung nach § 132 **auszusetzen**.²⁸ Das Gericht kann aber gemäß § 148 ZPO nach **pflichtgemäßem Ermessen** eine Aussetzung bis zur rechtskräftigen Entscheidung im Verfahren nach § 132 beschließen.²⁹ Durch eine solche Aussetzung kann die anderenfalls bestehende Gefahr widersprüchlicher Entscheidungen verringert werden. Eine Möglichkeit zur Aussetzung des Anfechtungsverfahrens besteht allerdings nur dann, wenn das Gericht der Anfechtungsklage nicht schon aus anderen Rechtsgründen stattgeben will, weil nur in diesem Fall eine Voreignlichkeit der Entscheidung im Verfahren nach § 132 in Betracht kommt.³⁰ In der Praxis spielt diese Frage nur eine Rolle, wenn das für eine Anfechtungsklage zuständige Prozessgericht nicht mit dem nach § 132 zuständigen Gericht identisch ist (Rdn 13).

b) Verhältnis zu allgemeinen zivilprozessualen Rechtsbehelfen. Die Erhebung **15** einer **allgemeinen Leistungsklage** im ordentlichen Zivilprozess auf Auskunftserteilung ist **unzulässig**.³¹ Eine Leistungsklage auf Auskunftserteilung ist jedoch in einen Antrag

25 BGH 29.11.1982 – II ZR 88/81, BGHZ 86, 1, 5; dazu *Henze/Born/Drescher* Rdn 1646.

26 BGH 21.9.2009 – II ZR 174/08, BGHZ 182, 272 Rdn 22; Umschreibungsstop; BGH 16.2.2009 – II ZR 185/07, BGHZ 180, 9 Tz 35; Kirch/Deutsche Bank; dazu *Henze/Born/Drescher* Rdn 1647; ebenso bereits OLG München 4.7.2001 – 7 U 5285/00, NZG 2002, 187; LG Frankenthal 4.8.1988 – 2 (HK) O 178/87, AG 1989, 253, 255.

27 Hüffer/Koch § 132 Rdn 2; KK/Kersting § 132 Rdn 12; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 62; MünchHdb GesR Streitigkeiten/Lieder § 26 Rdn 62; vgl auch Goette DStR 1993, 733, 734; zur GmbH Lutter/Hommelhoff/Lutter/Bayer GmbHHG § 51b Rdn 19; **abw** Scholz/K Schmidt GmbH § 51a Rdn 47; Baumbach/Hueck/Zöllner/Noack GmbHHG § 51a Rdn 50.

28 Baums, Gutachten F 135; Butzke G 93; KK/Kersting § 132 Rdn 13; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 46; vgl aber Begr RegE bei Kropff Aktiengesetz 1965, S 189; **abw** Ebenroth/Wilken BB 1993, 1818, 1819.

29 Hüffer/Koch § 132 Rdn 2; KK/Kersting § 132 Rdn 13; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 63; Lüke ZGR 1990, 657, 663; MünchKomm/Hüffer/C Schäfer § 243 Rdn 119; KK/Noack/Zetsche § 243 Rdn 750; zu § 51 b GmbHHG vgl OLG Schleswig-Holstein 29.2.2008 – 5 W 68/07, Rdn 11 (juris); OLG Hamm 1.9.2006 – 15 W 125/06, NZG 2007, 110; Lutter/Hommelhoff/Lutter/Bayer GmbHHG § 51b Rdn 16; Scholz/K Schmidt GmbHHG § 51b Rdn 9; zurückhaltend Butzke G 93; Baumbach/Hueck/Zöllner/Noack GmbHHG § 51a Rdn 50; **abw** Heidel/Heidel § 132 Rdn 3.

30 Lüke ZGR 1990, 657, 664.

31 Grigoleit/Herrler § 132 Rdn 1; KK/Kersting § 132 Rdn 14; Hüffer/Koch § 132 Rdn 2; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 65; MünchHdb GesR Streitigkeiten/Lieder § 26 Rdn 64; Spindler/Stilz/Siems § 132 Rdn 3; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 43; Wachter/Wachter § 132 Rdn 2; zu § 51b GmbHHG vgl BGH 22.5.1995 – II ZB 2/95, NJW-RR 1995, 1183, 1184; OLG Saarbrücken 21.9.2010 – 8 W 215/10, Rdn 10 (juris).

nach § 132 umzudeuten.³² Sofern das Prozessgericht unzuständig ist, hat es eine Klage auf Auskunftserteilung an das gemäß § 132 zuständige Gericht (Rdn 18, 19) gemäß § 17a Abs 2, 6 GVG zu verweisen.³³ Auch ein Antrag auf Leistungsverfügung nach §§ 935ff ZPO ist ausgeschlossen.³⁴ Insoweit findet auch keine Umdeutung in einem Antrag nach § 132 statt.³⁵ Durch die Verweisung von § 132 Abs 3 Satz 1, 99 Abs 1 auf das FamFG und dort § 49ff FamFG ist allerdings seit 1.9.2009 auch für das Verfahren nach § 132 grundsätzlich **einstweiliger Rechtsschutz** eröffnet.³⁶ Dennoch dürfte hierfür wegen einer drohenden Vorwegnahme der Hauptsache regelmäßig kein Raum sein.³⁷ Praktische Bedeutung hat diese Möglichkeit bislang nicht erlangt.

- 16** Wird kein Auskunftserzwangsvorverfahren nach § 132 eingeleitet, so ist ein **Rechts-schutzinteresse** der Gesellschaft gemäß § 256 ZPO für eine **negative Feststellungs-klage nicht** anzuerkennen.³⁸ Der Gesellschaft ist das Abwarten der Monatsfrist des § 246 Abs 1 für eine Anfechtungsklage zuzumuten. Bei Unterbleiben einer Anfechtungs-klage besteht erst recht kein Rechtsschutzbedürfnis für eine negative Feststellungs-klage.
- 17** Der Streit über die Verpflichtung zur Erteilung einer Auskunft ist nicht aufgrund einer satzungsgemäßen Schiedsklausel einer Klärung im **Schiedsverfahren** zugänglich. Die Schiedsfähigkeit des Auskunftserzwangsvorverfahrens scheitert an § 23 Abs 5. Reformüberlegungen zur Schiedsfähigkeit von Beschlussmängelstreitigkeiten gemäß §§ 241ff hat der Gesetzgeber nicht aufgegriffen.³⁹ Zugelassen hat der BGH für die GmbH allerdings eine **Schiedsvereinbarung** im Sinne von § 1029f ZPO;⁴⁰ eine Schiedsvereinba- rung sollte auch bei einer AG mit einem geschlossenen Aktionärskreis angesichts der im Verfahren des § 132 ohnehin nicht bestehenden *inter omnes* Wirkung zulässig sein.⁴¹ Ein praktisches Bedürfnis für eine solche Schiedsvereinbarung ist bei dem Auskunftserzwin-gungsverfahren allerdings weniger naheliegend als bei komplexen Anfechtungsklagen mit großer praktischer Bedeutung; derartige Schiedsvereinbarungen sind daher in der Praxis bislang nicht bekannt geworden.

32 BGH 22.5.1995 – II ZB 2/95, NJW-RR 1995, 1183, 1184 (zu § 51 b GmbHG); OLG Hamburg 30.12.2004 – 11 U 98/04, NZG 2005, 218, 224; KK/Kersting § 132 Rdn 14; Hüffer/Koch § 132 Rdn 2.

33 KK/Kersting § 132 Rdn 14; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 65; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 43; allg BGH 29.7.1991 – NotZ 25/90, BGHZ 115, 275, 285; Keidel/Sternal FamFG § 3 Rdn 42.

34 Ebenroth, S 143; KK/Kersting § 132 Rdn 15; Lutter/Hommelhoff/Lutter/Bayer GmbHG § 51b Rdn 10; K Schmidt Informationsrechte, S 44.

35 OLG Saarbrücken 21.9.2010 – 8 W 215/10, Rdn 17 (juris) zu § 51 b GmbHG.

36 Ulmer/Hüffer/Schürnbrand GmbHG § 51 b Rdn 17; Lutter/Hommelhoff/Lutter/Bayer GmbHG § 51b Rdn 10; Werner GmbHHR 2016, 1252, 1253; Baumbach/Hueck/Zöllner/Noack GmbHG § 51b Rdn 10a.

37 MünchKomm/Hillmann GmbHG § 51 b Rdn 30; zurückhaltend auch KK/Kersting § 132 Rdn 15; Baumbach/Hueck/Zöllner/Noack GmbHG § 51 b Rdn 10a; zu GmbH-spezifischen Ausnahmesituationen s Werner GmbHHR 2016, 1252, 1253, 1255.

38 Grigoleit/Herrler § 132 Rdn 1; KK/Kersting § 132 Rdn 17; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 66; Spindler/Stilz/Siems § 132 Rdn 3; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 47; abw Werner FS Heinsius, 911, 922; (nur für GmbH bei Vorliegen besonderer Umstände Baumbach/Hueck/Zöllner/Noack GmbHG § 51b Rdn 5).

39 DAV-HRA 18/1997 Ziff 2 (nv); Hüffer/Koch § 246 Rdn 18.

40 BGH 16.4.2015 – I ZB 3/14, NJW 2015, 3234; BGH 6.4.2009 – II ZR 255/08, BGHZ 180, 221 Tz 13, 21.

41 KK/Kersting § 132 Rdn 18; für die Beschlussmängelklage s Reichert FS Ulmer, 2003, S 511, 531, 540; Riegger/Wilske ZGR 2010, 733, 748; weitergehend Habersack JZ 2009, 797, 799.

II. Gerichtliche Zuständigkeit (§ 132 Abs 1)

1. Sachliche Zuständigkeit. Sachlich zuständig für die gerichtliche Entscheidung **18** über das Auskunftsrecht ist das **Landgericht**, § 132 Abs 1. Ist bei dem Landgericht eine **Kammer für Handelssachen** gebildet, so muss der Antragsteller seit der Streichung von § 132 Abs 1 Satz 2 und der Einführung des § 95 Abs 2 iVm § 71 Abs 2 Nr 4 b GVG die Entscheidung durch die Kammer für Handelssachen beantragen bzw der Antragsgegner die Verweisung an die Kammer für Handelssachen beantragen (§ 98 Abs 1 GVG). Die Zuständigkeit der Kammer für Handelssachen bleibt sachgerecht, weil diese auch für Beschlussmängelklagen, in denen das Auskunftsrecht gemäß § 131 eine große Rolle spielt (§ 131 Rdn 36), zuständig ist; insbesondere für die Prüfung der Erforderlichkeit der Auskunft gemäß § 131 Abs 1 Satz 1 und eines Auskunftsverweigerungsrechts gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 sind kaufmännische Kenntnisse und Erfahrungen sinnvoll.⁴² Bei der Abgrenzung zwischen der Zuständigkeit der Zivilkammer und der Kammer für Handelssachen handelt es sich nicht um eine Frage der sachlichen oder funktionalen Zuständigkeit, sondern um eine bloße Geschäftsverteilungsregelung.⁴³ Eine Entscheidung der Zivilkammer ist daher grundsätzlich nicht unter Hinweis auf deren fehlende Zuständigkeit angreifbar, sofern der Verstoß gegen die Geschäftsverteilung nicht willkürlich erfolgte (Rdn 20).⁴⁴

2. Örtliche Zuständigkeit. Örtlich zuständig ist das Landgericht, in dessen Bezirk **19** die Gesellschaft ihren Sitz hat, § 132 Abs 1. Hat die Gesellschaft ausnahmsweise einen Doppelsitz, so genügt die Anrufung eines zuständigen Landgerichts, vgl § 2 Abs 1 FamFG.⁴⁵ Nach der Streichung von § 132 Abs 1 Satz 3 kann die Landesregierung nunmehr gemäß § 71 Abs 4 GVG die Entscheidung durch Rechtsverordnung für die Bezirke mehrerer Landgerichte zur Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung einem der Landgerichte übertragen. Von dieser Möglichkeit einer **Konzentration** der örtlichen Zuständigkeit haben eine Reihe von Landesregierungen Gebrauch gemacht.⁴⁶ Auf der Grundlage von § 132 Abs 1 Satz 3 aF erlassene Konzentrationsregelungen gelten auch dann fort,

42 Krit Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger (SdK), AG 1995, R 282, 284.

43 OLG Düsseldorf 26.2.1973 – 19 AR 5/73, OLGZ 1973, 243, 244; OLG München 8.5.1967 – 11 Allg. Reg. 76/66, NJW 1967, 2165; KK/Kersting § 132 Rdn 23; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 7; Bürgers/Körber/Reger § 132 Rdn 2; Spindler/Stilz/Siemss § 132 Rdn 4; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 5.

44 KK/Kersting § 132 Rdn 23, 26; Hüffer/Koch § 132 Rdn 3; MünchHdb GesR Streitigkeiten/Lieder § 26 Rdn 67; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 5; allg Zöller/Lückemann ZPO § 16 GVG Rdn 2; abw MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 6; Bürgers/Körber/Reger § 132 Rdn 2.

45 KG 24.8.1995 – 2 W 1255/95, ZIP 1995, 1585, 1586 (zu § 4 FGG); KK/Kersting § 132 Rdn 20; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 4; MünchHdb GesR Streitigkeiten/Lieder § 26 Rdn 66.

46 **Baden-Württemberg:** Mannheim und Stuttgart, ZuVOJu v 20.11.1998 GVBl, S 680
Bayern: München I (für den OLG-Bezirk München) und Nürnberg-Fürth (für die OLG-Bezirke Nürnberg und Bamberg); zentrales Beschwerdegericht ist das OLG München (früher BayObLG), § 14 GZVJu v 11.6.2012 GVBl S 295

Hessen: Frankfurt/M, § 38 Nr 1 c) JuZuV Hessen v. 3.6.2013 GVBl. S 386

Niedersachsen: Hannover, § 2 Nr 3 ZustVO-Justiz v 18.12.2009 GVBl S 66

Nordrhein-Westfalen: Düsseldorf (für die LG-Bezirke Düsseldorf, Duisburg, Cleve, Krefeld, Mönchengladbach und Wuppertal), Dortmund (für die LG-Bezirke Arnsberg, Bielefeld, Bochum, Detmold, Dortmund, Essen, Hagen, Münster, Paderborn, Siegen) und Köln (für die LG-Bezirke Aachen, Bonn, Köln); zentrales Beschwerdegericht ist das OLG Düsseldorf, § 1, 2. KonzVOGesR v 8.6.2010 GV NRW. S 350/SGV NRW 301

Rheinland-Pfalz: Konzentration des Beschwerdegerichts beim OLG Zweibrücken, § 10 VO v 22.11.1985 GVBl S 267, zuletzt geändert durch VO v 19.4.1995 GVBl S 125

Sachsen: Leipzig, s JuZustVO v 14.12.2007 § 10 Nr 3 SächsJOrgVO GVBl S 600 in der Fassung v 7.3.2016 GVBl S 103

In Berlin, Bremen, Hamburg und Saarland bedarf es keiner Konzentration, weil es dort nur ein LG gibt.

wenn sie nicht seit der Einführung der Nachfolgeregelung des § 71 Abs 4 GVG angepaßt worden sind.⁴⁷ Gemäß § 71 Abs 4 Satz 2 GVG (vormals § 132 Abs 1 Satz 4) kann die Landesregierung die Ermächtigung auch auf die Landesjustizverwaltung übertragen.

- 20 3. Anrufung eines unzuständigen Gerichts.** Ist das angerufene Gericht örtlich oder sachlich unzuständig, hat es sich nach Anhörung der Beteiligten durch Beschluss für unzuständig zu erklären und die Sache an das zuständige Gericht zu verweisen, § 3 Abs 1 FamFG. Die von einem örtlich unzuständigen Gericht vorgenommenen gerichtlichen Handlungen sind wirksam, § 2 Abs 3 FamFG. Die zu Unrecht angenommene örtliche Zuständigkeit ist gemäß § 65 Abs 4 FamFG kein Beschwerdegrund. Auch die sachliche Unzuständigkeit des Gerichts ist von § 65 Abs 4 FamFG erfasst und damit kein Beschwerdegrund (Rdn 18).⁴⁸

III. Antrag (§ 132 Abs 2)

1. Antragsberechtigung

- 21 a) Aktionärstellung.** Antragsberechtigt ist zunächst jeder **Aktionär**, § 132 Abs 2 Satz 1, 1. Halbsatz. Ein Mindestbesitz von Aktien ist nicht erforderlich (§ 131 Rdn 58). Die Aktionärseigenschaft als Voraussetzung für die Antragsberechtigung muss **zum Zeitpunkt der Hauptversammlung** bestanden haben, in der die verlangte Auskunft nicht gegeben worden ist (s aber Rdn 27). Der Erwerb der Aktionärseigenschaft nach der Hauptversammlung begründet keine Antragsberechtigung.⁴⁹ Die Eigenschaft als Aktionär muss von der Antragstellung **bis zur Beendigung des Verfahrens** (Rdn 94) vorliegen. Anders als nach der hM zur Anfechtungsklage⁵⁰ ist für eine analoge Anwendung von § 265 ZPO im Auskunftserzwingungsverfahren des § 132 kein Raum,⁵¹ weil für das Betreiben des Verfahrens ein individuelles Rechtsschutzbedürfnis bestehen muss (Rdn 47). Veräußert dementsprechend ein Aktionär seine gesamten Aktien zwischen Hauptversammlung und gerichtlicher Entscheidung, so hat das Gericht den Antrag nach § 132 als unzulässig zurückzuweisen, sofern die Beteiligten die Hauptsache nicht für erledigt erklären.⁵² Die An-

47 Hüffer/Koch § 132 Rdn 3; Preuß/Leuering NJW-Spezial 2009, 671; abw Simons NZG 2012, 609, 612.

48 KK/Kersting § 132 AktG Rdn 27; Hüffer/Koch § 132 Rdn 3; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 40; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 5; s auch Grigoleit/Herrler § 132 Rdn 3; ebenso allg Bumiller/Harders/Schwamb/Bumiller FamFG § 65 Rdn 8; Schulte-Bunert/Weinrich/Unger FamFG § 65 Rdn 12; abw MünchKomm/Kubis § 132 AktG Rdn 6.

49 KK/Kersting § 132 Rdn 30; MünchKomm/Kubis 132 Rdn 10; MünchHdb GesR Streitigkeiten/Lieder § 26 Rdn 71; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 7; Wicke in Semler/Volhard/Reichert § 43 Rdn 8; vgl auch BayObLG 21.5.1992 – 3 Z BR 12/92, AG 1992, 457, 458.

50 Hüffer/Koch § 245 Rdn 8; MünchKomm/Hüffer/C Schäfer § 245 Rdn 27; KK/Noack/Zetsche § 245 Rdn 55; Großkomm/K Schmidt § 245 Rdn 17; vgl auch BGH 9.10.2006 – II ZR 46/05, BGHR 169, 221, Rdn 15.

51 OLG Frankfurt 8.11.2012 – 21 W 33/11, Rdn 49 (juris); LG München I 26.8.2010 – 5 HK O 19003/09, Rdn 9 (juris); HRE; Butzke G 98; Ebenroth, S 157; Grigoleit/Herrler § 132 Rdn 5; KK/Kersting § 132 Rdn 30; Hüffer/Koch § 132 Rdn 4a; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 10; Bürgers/Körber/Reger § 132 Rdn 3; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 7; Wachter/Wachter § 132 Rdn 7; zu § 51b OLG Saarbrücken 21.9.2010 – 8 W 215/10 – 36, 8 W 215/10, GmbHR 2011 33, 34; OLG Schleswig-Holstein 29.2.2008 – 5 W 68/07 Rdn 3 (juris); KG 2.8.1999 – 2 W 509/99, GmbHR 1999, 1202,1203; OLG Thüringen 16.7.1996 – 6 W 415/96, GmbHR 1996, 699; OLG Frankfurt/M 21.8.1995 – 20 W 124/95, WM 1996,160; BayObLG 1.7.1993 – 3 Z BR 96/93, ZIP 1993, 1162, 1163; MünchKomm/Hillmann GmbHG § 51 b Rdn 14; Ulmer/Hüffer/Schürnbrand § 51 b Rdn 10; Scholz/Schmidt GmbHG § 51b Rdn 16; Baumbach/Hueck/Zöllner/Noack GmbHG 51b Rdn 9; für Unbegründetheit Lutter/Hommelhoff/Lutter/Bayer GmbHG § 51b Rdn 14; abw Heidel/Heidel § 132 Rdn 5a.

52 OLG Frankfurt/M 8.11.2012 – 21 W 33/11, Rdn 49 (juris); LG München I 26.8.2010 – 5 HK O 19003/09, Rdn 8 (juris); HRE; Butzke G 98; KK/Kersting § 132 Rdn 30; Hüffer/Koch § 132 Rdn 4a;

tragsbefugnis lebt auch nicht wieder auf, wenn der Aktionär später wieder eine oder mehrere Aktien erwirbt.⁵³ Verstirbt ein Aktionär, der die Voraussetzungen des § 132 Abs 2 Satz 1 erfüllt, nach der Hauptversammlung, so geht die Antragsbefugnis kraft Universal-sukzession auf seine Erben über.⁵⁴ Verstirbt der Antragsteller nach Einleitung des Verfahrens, so geht das Recht, das Verfahren weiterzuführen, gemäß § 239 ff ZPO auf seine Erben über.⁵⁵

Antragsberechtigt ist auch derjenige, der gemäß § 67 Abs 2 wegen seiner Eintragung im Aktienbuch gegenüber der Gesellschaft als Namensaktionär gilt,⁵⁶ ferner ein Treuhandaktionär, ein gesetzlicher Vertreter des Aktionärs, ein Testamentsvollstrecker oder eine sonstige Partei kraft Amtes.⁵⁷ Dagegen ist ein **Legitimationsaktionär**, der in der Hauptversammlung erschienen und Auskünfte begehrte hat, **nur aufgrund einer gesonderten Ermächtigung** durch den Aktionär antragsberechtigt; in Abwesenheit einer solchen besonderen Abrede bleibt der Aktionär antragsberechtigt.⁵⁸ **Ebenso wenig** ist der **Bevollmächtigte** eines Aktionärs **in der Hauptversammlung** ohne weiteres für ein Verfahren nach § 132 antragsberechtigt, und zwar auch dann nicht, wenn ihm eine verlangte Auskunft nicht gegeben worden ist. Die Vollmacht zur Ausübung des Stimmrechts und zur Ausübung des Auskunftsrechts schließt nicht die Geltendmachung eines Verfahrens nach § 132 ein. Der Vertreter bedarf daher für die Einleitung eines Auskunftserzwingungsverfahrens einer besonderen Vollmacht, vgl auch § 13 FGG.⁵⁹

Wird ein Antrag auf Auskunftserzungung gemäß § 132 in **Vollmacht** für einen Aktionär gestellt, so ist das Vertretungsverhältnis offenzulegen. Eine Vertretung für unbekannte Aktionäre oder für den, den es angeht, ist anders als im Fall des § 135 Abs 4 für die Einleitung eines Auskunftserzungungsverfahrens nicht möglich.⁶⁰ Der Kreis der Bevollmächtigten ist durch § 10 Abs 2 FamFG beschränkt. Bevollmächtigter kann insbesondere ein Rechtsanwalt sein, § 10 Abs 1 Satz 1 FamFG. Dagegen ist die Bevollmächtigung einer juristischen Person, insbesondere einer in dieser Rechtsform bestehenden Aktionärsvereinigung, durch § 10 Abs 2 nicht zugelassen.⁶¹ Eine solche Bevollmächtigte

Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 7; für Unbegründetheit (zu § 51 b GmbHG) OLG Schleswig-Holstein 29.2.2008 – 5 W 68/07, Rdn 3, 10 (juris); OLG Karlsruhe 30.12.1998 – 15 W 13/98, NZG 2000, 435; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 10; Lutter/Hommelhoff/Lutter/Bayer GmbHG § 51b Rdn 14; Baumbach/Hueck/Zöllner/Noack GmbHG § 51b Rdn 9; abw Heidel/Heidel § 132 Rdn 5a.

⁵³ Butzke G 98; KK/Kersting § 132 Rdn 30; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 10.

⁵⁴ Butzke G 98; KK/Kersting § 132 Rdn 30; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 10; MünchHdb GesR Streitigkeiten/Lieder § 26 Rdn 71; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 7.

⁵⁵ OLG Frankfurt 8.11.2012 – 21 W 33/11, Rdn 49 (juris); Kirch/Deutsche Bank; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 10; MünchHdb GesR Streitigkeiten/Lieder § 26 Rdn 71; vgl auch Ulmer/Hüffer/Schürnbrand § 51 b Rdn 10; Scholz/Schmidt GmbHG § 51b Rdn 16; Semler/Volhard/Reichert/Wicke Hdb HV § 43 Rdn 8.

⁵⁶ KK/Kersting § 132 Rdn 33; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 10; MünchHdb GesR Streitigkeiten/Lieder § 26 Rdn 70.

⁵⁷ KK/Kersting § 132 Rdn 33; vgl auch Scholz/Schmidt GmbHG § 51b Rdn 11.

⁵⁸ BayObLG 9.9.1996 – 3 ZBR 36/94, ZIP 1996, 1945, 1947; Butzke G 97; Grigoleit/Herrler § 132 Rdn 8; MünchHdb AG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 60; Hüffer/Koch § 132 Rdn 5; KK/Kersting § 132 Rdn 31; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 11; Bürgers/Körber/Reger § 132 Rdn 3; Wachter/Wachter § 132 Rdn 7; Ziemons/Binnewies Rz I 7.203; abw Ebenroth, S 146.

⁵⁹ BayObLG 9.9.1996 – 3 ZBR 36/94, AG 1996 563; OLG Hamburg 12.12.1969 – 11 W 34/69, AG 1970, 50, 51; Barz FS Möhring, 153, 169; Butzke G 97; Ebenroth, S 146; Hüffer/Koch § 132 Rdn 5; KK/Kersting § 132 Rdn 32; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 12; abw LG Heilbronn 6.3.1967 – KfH. AktE 1/67, AG 1967, 81, 82; Heidel/Heidel § 132 Rdn 5.

⁶⁰ OLG Hamburg 12.12.1969 – 11 W 34/69, AG 1970, 50, 51; Butzke G 97; Grigoleit/Herrler § 132 Rdn 8; KK/Kersting § 132 Rdn 32; Bürgers/Körber/Reger § 132 Rdn 3; abw LG Heilbronn 6.3.1967 – KfH. AktE 1/67, AG 1967, 81, 82.

⁶¹ OLG Hamburg 12.12.1969 – 11 W 34/69, AG 1970, 50, 51; KK/Kersting § 132 Rdn 58; allg MünchKomm/Pabst FamFG § 10 Rdn 26.

gung ist aber dahingehend auszulegen, dass sich die Vollmacht auf die zu ihrer Vertretung berufene Person bezieht.⁶²

- 24 b) Teilnahme an der Hauptversammlung.** Antragsberechtigt nach § 132 Abs 2 Satz 1 ist nur ein Aktionär, der an der Hauptversammlung teilgenommen hat. Diese Voraussetzung für die Antragsberechtigung ist in § 132 Abs 2 Satz 1 Halbsatz 2 nur für einen Aktionär ausdrücklich ausgesprochen, der nicht selbst ein Auskunftsverlangen gestellt hat. Sie ergibt sich jedoch auch für den Aktionär, dem die verlangte Auskunft nicht gegeben worden ist (Abs 2 Satz 1 Halbsatz 1) daraus, dass die Auskunft gemäß § 131 Abs 1 Satz 1 in der Hauptversammlung begehrt worden sein muss (§ 131 Rdn 78). Eine Teilnahme an der Hauptversammlung kann nicht nur durch physische Teilnahme, sondern auch durch Online-Teilnahme (§ 118 Abs 1 Satz 2) erfolgen. Ausreichend ist es auch, wenn ein Aktionär nicht persönlich an der Hauptversammlung teilgenommen hat, sondern sich durch einen Bevollmächtigten oder durch einen Legitimationsaktionär vertreten lässt. Nicht antragsberechtigt ist ein Aktionär, der in der Hauptversammlung nicht selbst erschienen oder vertreten war. Anders als gemäß § 245 Nr 2 besteht eine Antragsberechtigung selbst dann nicht, wenn der Aktionär zu der Hauptversammlung zu Unrecht nicht zugelassen worden ist.⁶³

- 25 c) Auskunftsverlangen, Auskunftsverweigerung, Widerspruch zu Protokoll.** Antragsberechtigt ist ein Aktionär, dem die verlangte Auskunft nicht gegeben worden ist, § 132 Abs 2 Satz 1 Halbsatz 1. Erforderlich ist danach zunächst ein **Auskunftsverlangen** in der Hauptversammlung (Rdn 45) und eine **Auskunftsverweigerung** dadurch, dass die Auskunft nicht, nicht vollständig oder unrichtig erteilt wurde (Rdn 9). Die Antragsberechtigung eines Auskunft begehrenden Aktionärs wird nicht davon abhängig gemacht, dass er – insoweit anders als bei der Anfechtungsklage (§ 245 Abs 1 Nr 1) – Widerspruch zu Protokoll erklärt hat (s § 132 Abs 2 Satz 1 Halbsatz 2) (Rdn 26).⁶⁴ Der Aktionär muss die Auskunft nicht selbst begehr haben; es genügt das **Auskunftsbegehr** eines Bevollmächtigten oder Legitimationsaktionärs (Rdn 22).⁶⁵ Der Aktionär kann sich zudem das **Auskunftsbegehr** eines anderen zu eigen machen.⁶⁶ Ein pauschales Zueigen machen der Fragen aller Vorredner oder auch nur eines bestimmten Vorredners genügt nicht; erforderlich ist, dass auf die konkrete Frage eines Vorredners und deren Nichtbeantwortung Bezug genommen wird (§ 131 Rdn 68).⁶⁷ Nicht ausreichend ist, dass eine Auskunft im Vorfeld der Hauptversammlung verlangt worden ist, wenn dieses Verlangen nicht in der Hauptversammlung wiederholt worden ist (§ 131 Rdn 70, 78). Ebenso

62 KK/Kersting § 132 Rdn 58; MünchKomm/Pabst FamFG § 10 Rdn 26; vgl aber OLG Hamburg 12.12.1969 – 11 W 34/69, AG 1970, 50, 51.

63 Butzke G 97; KK/Kersting § 132 Rdn 34; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 13; Bürgers/Körber/Reger § 132 Rdn 3; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 7.

64 Grigoleit/Herrler § 132 Rdn 6; KK/Kersting § 132 Rdn 35; Hüffer/Koch § 132 Rdn 4; **abw** Ziemons/Binnewies, Rz I 7.205.

65 KK/Kersting § 132 Rdn 34; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 7; Ziemons/Binnewies Rz I 7.202.

66 BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 97ff, 103ff; KG 16.7.2009 – 23 W 69/08, Rdn 49 (juris); BayObLG 30.11.1995 – 3 Z BR 161/93, WM 1996, 119, 120; LG Stuttgart 17.5.2011 – 32 O 33/10 MO KfH AktG (nv); LG Frankfurt/M 18.1.2005 – 3-5 O 83/04, ZIP 2005, 302, 303; LG Berlin 24.6.1993 – 93 O 244/92, ZIP 1993, 1632, 1633; KK/Kersting § 132 Rdn 36; Hüffer/Koch § 132 Rdn 4a; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 15; Bürgers/Körber/Reger § 132 Rdn 3b; Spindler/Stilz/Siems § 132 Rdn 9.

67 BGH 16.2.2009 – II ZR 185/07, BGHZ 180, 9, 26 Rz 34; LG Frankfurt/M 24.1.2005 – 3-5 O 61/03, ZIP 2005, 1275, 1276 und 18.1.2005 – 3-5 O 83/04, ZIP 2005, 302, 303; Deutsche Bank; Grigoleit/Herrler § 132 Rdn 6; Hüffer/Koch § 132 Rdn 4; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 15; Bürgers/Körber/Reger § 132 Rdn 3b; Spindler/Stilz/Siems § 132 Rdn 9; Ziemons/Binnewies, Rz I 7.202; **abw** Heidel/Heidel § 132 Rdn 5.

wenig genügt regelmäßig die Aushändigung eines schriftlichen Fragenkatalogs in der Hauptversammlung; die Frage muss vielmehr grundsätzlich mündlich gestellt worden sein (§ 131 Rdn 74).

Auch Aktionäre, die in der Hauptversammlung erschienen sind, aber keine Auskünfte verlangt haben, sind gemäß § 132 Abs 2 Satz 1 Halbsatz 2 antragsberechtigt, sofern sie in der Hauptversammlung **Widerspruch zur Niederschrift** erklärt haben. Das setzt voraus, dass über den Tagesordnungspunkt Beschluss gefasst worden ist. Erforderlich ist, dass sich der Widerspruch gerade auf den Tagesordnungspunkt bezieht, zu dem Auskunft verlangt worden ist.⁶⁸ Sollen Auskunftsverlangen und Widerspruch zugleich für einen von ihm vertretenen Aktionär erfolgen, muss dies hinreichend deutlich gemacht werden, § 164 Abs 2 BGB.⁶⁹ Das Antragsrecht des Aktionärs, der die Auskunft nicht selbst verlangt hat, ist in seinen Voraussetzungen an die Anfechtungsbefugnis des § 245 Nr 1 angelehnt. In der Praxis erklären allerdings zumeist Aktionäre, die beabsichtigen, das Verfahren des § 132 einzuleiten, in der Hauptversammlung Widerspruch zur Niederschrift, um sich auch die Möglichkeit einer Anfechtungsklage offen zu halten (Rdn 12). Es wäre sachgerecht, generell einen Widerspruch zur Niederschrift für die Antragsberechtigung des § 132 vorzusehen.⁷⁰

Der Gesetzgeber hat es in § 132 Abs 2 Satz 1 Halbsatz 2 unterlassen, die nachträglich in § 245 Nr 1 eingefügte zusätzliche Anforderung zu berücksichtigen, dass der Aktionär die **Aktien vor Bekanntmachung der Tagesordnung** und nicht erst zum Tag der Hauptversammlung erworben haben muss. Dieses Versäumnis dürfte als gesetzgeberisches Redaktionsversehen bereits *de lege lata* in dem Sinne korrigierbar sein, dass auch für die Antragsberechtigung des § 132 Abs 2 Satz 1 Halbsatz 2 die Erfordernisse des § 245 Nr 1 vollumfänglich gelten.⁷¹

2. Antragsgegner. Antragsgegner ist die **AG** (bzw KGaA oder SE). Diese wird, anders als bei einer Anfechtungsklage (§ 246 Abs 2 Satz 2), nicht durch Vorstand und Aufsichtsrat, sondern gemäß § 78 Abs 1 allein durch den Vorstand vertreten.⁷² Ist die Antragsgegnerin durch Verschmelzung erloschen, so wird ein gegen sie eingeleitetes Verfahren nach § 132 wegen der Gesamtrechtsnachfolge des § 20 UmwG gegen den übernehmenden Rechtsträger fortgesetzt (Rdn 48).⁷³

3. Antragsfrist. Der Antrag auf Auskunftserzwingung ist binnen **zwei Wochen** nach der Hauptversammlung zu stellen, in der die verlangte Auskunft nicht gegeben worden ist, § 132 Abs 2 Satz 2. Mit dieser kurzen Frist wird dem gesetzgeberischen Anliegen Rechnung getragen, möglichst schnell den Streit über das Auskunftsrecht zu klären.⁷⁴ Die Frist des § 132 Abs 2 Satz 1 ist eine materiell-rechtliche **Ausschlussfrist**; eine Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand bei Fristversäumung kommt deshalb nicht in Betracht.⁷⁵ Wird dem

⁶⁸ Butzke G 96; KK/Kersting § 132 Rdn 37; MünchHdb GesR Streitigkeiten/Lieder § 26 Rdn 75.

⁶⁹ OLG Frankfurt/M 30.1.2006 – 20 W 56/05, ZIP 2006, 610, 611; Bürgers/Körber/Reger § 132 Rdn 3a.

⁷⁰ Weitergehend für Erforderlichkeit Widerspruch *de lege lata* Ziemons/Binnewies, Rz I 7.205.

⁷¹ Abw Grigoleit/Herrler § 132 Rdn 5; KK/Kersting § 132 Rdn 38; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 10; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 7.

⁷² Butzke G 97; MünchHdb AG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 59; KK/Kersting § 132 Rdn 42; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 24; Wachter/Wachter § 132 Rdn 6.

⁷³ LG München I 10.12.1998 – 5 HKO 10806/97, AG 1999, 283; KK/Kersting § 132 Rdn 42; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 24; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 12.

⁷⁴ Begr RegE bei Kropff Aktiengesetz 1965, S 190.

⁷⁵ OLG Düsseldorf 23.10.2009 – I-26 W 5/09, Rdn 7 (juris); OLG Hamburg 30.12.2004 – 11 U 98/04, NZG 2005, 218, 224; BayObLG 4.4.2001 – 3 Z BR 70/00; AG 2002, 290, 291; OLG Dresden 1.12.1998 – 7 W 426/98,

Aktionär eine unrichtige Auskunft erteilt, so kann die Zwei-Wochen-Frist bereits abgelaufen sein, ehe der Aktionär Kenntnis von der Unrichtigkeit erlangt. Gleichwohl wird man in solchen Fällen nicht entgegen der klaren Regelung des § 132 Abs 2 Satz 2 darauf abstehen können, dass die Frist erst mit Kenntnis des Aktionärs von der Auskunfts-pflichtverletzung zu laufen beginnt.⁷⁶ Dem Aktionär bleibt die Möglichkeit einer Anfech-tungsklage binnen eines Monats, § 246 Abs 1.

- 30** Für die **Fristberechnung** gelten die § 186 ff BGB. Für den Fristbeginn wird der Tag der Hauptversammlung nicht mitgerechnet, § 187 Abs 1 BGB. Erstreckt sich die Haupt-versammlung ausnahmsweise über zwei Tage (§ 131 Rdn 306) und wird die begehrte Auskunft am ersten Tag nicht erteilt, so beginnt die Frist gleichwohl erst mit dem auf den zweiten Tag der Hauptversammlung folgenden Tag.⁷⁷ Für das Fristende gilt § 188 BGB.
- 31** Maßgeblich für die **Fristwahrung** ist der Eingang bei dem angerufenen Gericht (zum Fall der Unzuständigkeit vgl Rdn 32).⁷⁸ Gemäß § 25 Abs 3 Satz 2 FamFG genügt zur Frist-wahrung nicht die Erklärung des Antrags zur Niederschrift der Geschäftsstelle eines be-liebigen Amtsgerichts (§ 25 Abs 2 FamFG).⁷⁹ Zur Fristwahrung ist es nicht erforderlich, dass der Antrag gemäß § 132 dem Antragsgegner „demnächst“ zugestellt wird; die Rege-lung des § 270 Abs 3 ZPO ist nicht anwendbar. Deshalb ist es unschädlich, wenn der An-trag der Antragsgegnerin – etwa wegen verspäteter Einzahlung des Kostenvorschusses – erst nach einigen Monaten zugestellt wird.⁸⁰ Einer Beurteilung wie bei einer Anfech-tungsklage, bei der die verspätete Einzahlung des Gerichtskostenvorschusses zu Lasten des Klägers geht,⁸¹ bedarf es für das Verfahren nach § 132 nicht, weil sich eine Verzöge-rung des Verfahrens regelmäßig nicht zu Lasten der Antragsgegnerin auswirkt.
- 32** Angesichts der Konzentration der örtlichen Zuständigkeit in vielen Bundesländern (Rdn 19) und der Möglichkeit einer Antragstellung zu Protokoll der Geschäftsstelle jedes Amtsgerichts (§ 11 FGG) kann es vorkommen, dass innerhalb der Zwei-Wochen-Frist des § 132 Abs 2 Satz 2 ein **Antrag** nach § 132 **bei einem unzuständigen Gericht** eingereicht wird. Auch in den Fällen der örtlichen oder sachlichen Unzuständigkeit des angerufenen Gerichts ist – insoweit in Übereinstimmung mit allgemeinen Rechtsprechungsgrundsätzen – die **Frist** des § 132 Abs 2 Satz 2 **gewahrt**; nicht erforderlich ist, dass der Verwei-sungsantrag oder der Verweisungsbeschluss des Gerichts noch innerhalb der Frist oder alsbald erfolgen.⁸² Dafür spricht schon, dass sogar die Entscheidung eines örtlich und/oder sachlich unzuständigen Gerichts wirksam ist und nicht unter Berufung hierauf mit der Beschwerde angegriffen werden kann (Rdn 20).

AG 1999, 274; BayObLG 8.9.1994 – 3 Z BR 87/94, AG 1995, 328; *Butzke* G 94; *Ebenroth*, S 148; KK/Kersting § 132 Rdn 43; Hüffer/Koch § 132 Rdn 5; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 18; Wachter/Wachter § 132 Rdn 10.

76 KK/Kersting § 132 Rdn 44; **abw** Hellwig FS Budde, 265, 285.

77 *Butzke* G 94 Fn 242; *Ebenroth*, S 148; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 18.

78 KK/Kersting § 132 Rdn 45; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 18.

79 KK/Kersting § 132 Rdn 46.

80 LG Düsseldorf 7.12.1998 – 31 O 94/98 (nv); LG Mannheim 21.12.1992 – 23-AktE 1/92 (nv); **abw** LG Berlin 24.6.1993 – 93 O 244/92, ZIP 1993, 1632, 1634; auf nicht nennenswerte Verzögerung beschränkend OLG Celle 9.7.1969 – 9 Wx 2/69, AG 1969, 328, 329; LG Dortmund 9.1.1987 – 18 AktE 3/86, AG 1987, 190.

81 BGH 8.2.2011 – II ZR 206/08, WM 2011, 749 Tz 13.

82 OLG Düsseldorf 23.10.2009 – I-26 W 5/09 (AktE), AG 2010, 211, 212; BayObLG 4.4.2001 – 3 Z BR 70/00, NZG 2002, 608, 609; OLG Dresden 1.12.1998 – 7 W 426/98, AG 1999, 274; OLG Celle 9.7.1969 – 9 Wx 2/69, AG 1969, 328, 329; LG Mannheim 21.12.1992 23-AktE 1/92 (nv); LG München I 1.4.1985 – 7 HKO 3971/84, AG 1987, 26, 27; Grigoleit/Herrler § 132 Rdn 9; KK/Kersting § 132 Rdn 45; Hüffer/Koch § 132 Rdn 5; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 18; Bürgers/Körber/Reger § 132 Rdn 4; Spindler/Stilz/Siems § 132 Rdn 11; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 11; ebenso zu anderen Ausschlussfristen s BGH 20.2.1986 – III ZR 232/84, BGHZ 97, 155, 161; BGH 17.9.1998 – V ZB 14/98, NJW 1998, 3648; zu § 246 Abs 1 ferner Hüffer/Koch § 246 Rdn 24; **abw** A Reuter BB 1988, 2615, 2620; zum Spruchverfahren KG 22.11.1999 – 2 W 7008/98, ZIP 2000, 498, 500.

4. Form, Inhalt des Antrags. Der Antrag zur Einleitung eines Verfahrens gemäß 33

§ 132 **bedarf keiner besonderen Form**. Er kann auch zu Protokoll der Geschäftsstelle des Gerichts erklärt werden; die Protokollierung kann beim zuständigen Landgericht, aber auch bei jeder Geschäftsstelle eines Amtsgerichts erfolgen, § 25 Abs 1, 2 FamFG (im letzteren Fall ist der Antrag allerdings nicht fristwahrend, Rdn 31). Möglich ist auch ein schriftlicher Antrag, ein Antrag durch Telegramm, durch Telefax⁸³ oder durch telefonische Erklärung.⁸⁴ Gemäß § 14 Abs 2 FamFG ist auch eine elektronische Antragstellung, also per E-Mail, zulässig.⁸⁵ In allen Fällen muss die Person des Erklärenden zweifelsfrei sein. Gemäß § 23 Abs 1 Satz 1 FamFG soll der Antrag begründet werden. Urkunden, auf die Bezug genommen wird, sollen in Urschrift oder Abschrift beigefügt werden, § 23 Abs 1 Satz 4 FamFG. Der Antrag soll von dem Antragsteller oder seinem Bevollmächtigten unterschrieben werden, § 23 Abs 1 Satz 5 FamFG. Werden diese Sollvorschriften nicht eingehalten, so führt dies nicht zur Unwirksamkeit des Antrages.⁸⁶ Trotz der Zuständigkeit des Landgerichts besteht **kein Anwaltszwang** für die Einleitung und Durchführung des Verfahrens nach § 132, § 10 Abs 1 FGG (zur Beschwerde s aber Rdn 72).⁸⁷

Das Auskunftserzwingungsverfahren hat umfassend die Erfüllung eines Auskunftsanspruchs gemäß § 131 zum **Gegenstand** (Rdn 9, 10). Der Antrag kann also auf Erteilung einer Auskunft, auf Erteilung einer vollständigen Auskunft und auf Erteilung einer richtigen Auskunft gerichtet sein. Der Antrag kann sich weiter auch auf Vorlage eines Jahresabschlusses in nicht abgekürzter Form richten. Auch dieser Anspruch gemäß § 131 Abs 1 Satz 3 beinhaltet lediglich eine besondere, genauere Art der Auskunft (§ 131 Rdn 119).⁸⁸ Dagegen ist ein Antrag auf Vorlage von Unterlagen und auf Einsichtnahme – anders als gemäß §§ 51a, 51b GmbHG – nicht durch § 131, 132 gedeckt⁸⁹ (§ 131 Rdn 280). Eine eidestattliche Versicherung der Antragsgegnerin dahingehend, dass die erteilte Auskunft richtig oder vollständig ist, kann nicht verlangt werden (§ 131 Rdn 267).⁹⁰

Für den **Inhalt** des Antrags enthält das über § 132 Abs 3 Satz 1, 99 anwendbare 35 FamFG keine dem § 253 Abs 2 Nr 2 ZPO entsprechende Vorschrift; die dort geregelten Anforderungen an die Angabe des Gegenstands und des Grundes des erhobenen Anspruches sowie an den Antrag gelten auch nicht analog.⁹¹ Ein Antrag ist nach dessen erkennbarer Zielrichtung auszulegen. Hinreichend, aber auch erforderlich ist, dass der Antragsteller eine gerichtliche Entscheidung über eine konkret in der Hauptversammlung nicht erhaltene Auskunft begeht, so dass das Gericht einen hinreichend bestimm-

⁸³ BayObLG 8.9.1994 – 3 Z BR 87/94, AG 1995, 328; LG Berlin 24.6.1993 – 93 O 244/92, ZIP 1993, 1632, 1634; Ebenroth, S 149; allg Bumiller/Harders/Bumiller FamFG § 23 Rdn 14; Keidel/Sternal FamFG § 23 Rdn 19.

⁸⁴ Ebenroth, S 149; KK/Kersting § 132 Rdn 47; vgl allg Prütting/Helms/Ahn-Roth FamFG § 23 Rdn 9; Keidel/Sternal FamFG § 23 Rdn 19.

⁸⁵ OLG Karlsruhe 17.11.2011 – 18 UF 312/11, Rdn 16, 19 (juris); KK/Kersting § 132 Rdn 47; allg Bumiller/Harders/Bumiller FamFG § 23 Rdn 14; Prütting/Helms/Ahn-Roth FamFG § 23 Rdn 9.

⁸⁶ Begr RegE FGG-ReformG BT-Drucks 16/6308 S 185; Schulte-Bunert/Weinreich/Brinkmann FamFG § 23 Rdn 35; KK/Kersting § 132 Rdn 49.

⁸⁷ S etwa OLG Dresden 1.12.1998 – 7 W 426/98, AG 1999, 274; OLG Koblenz 19.7.1995 – 6 W 274/95, ZIP 1995, 1336, 1337; MünchHdb GesR Streitigkeiten/Lieder § 26 Rdn 76.

⁸⁸ OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2151; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 16.

⁸⁹ OLG Dresden, 1.12.1998 – 7 W 426/98, AG 1999, 274, 276.

⁹⁰ BayObLG 17.7.2002 – 3 Z BR 394/01, ZIP 2002, 1804, 1805; LG München I 28.5.2010 – 5 HK O 14307/07, AG 2010, 919, 920; KK/Kersting § 132 Rdn 7; Hüffer/Koch § 132 Rdn 4a; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 16.

⁹¹ OLG Dresden 1.12.1998 – 7 W 426/98, AG 1999, 274; Hüffer/Koch § 132 AktG Rdn 4; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 9; Ulmer/Hüffer/Schürnbrand GmbHG § 51b Rdn 6; abw OLG Frankfurt 15.11.1996 – 20 W 610/94, GmbHR 1997 130 (zu § 51b GmbHG).

ten und vollstreckbaren Tenor formulieren kann (Rdn 90).⁹² Gegebenenfalls muss das Gericht gemäß § 28 Abs 2 FamFG auf eine sachgerechte Antragstellung hinwirken.⁹³ Nicht erforderlich ist, dass ein Leistungsantrag in Form eines Verpflichtungsantrags gestellt wird.⁹⁴ Dementsprechend ist ein Feststellungsantrag nicht als unzulässig zurückzuweisen, sondern als Antrag gemäß § 132 auszulegen.⁹⁵

- 36 5. Rücknahme des Antrags.** Der Antragsteller kann seinen Antrag gemäß § 132 Abs 3 Satz 1, 99 Abs 1 AktG iVm § 22 Abs 1 Satz 1 FamFG jederzeit **zurücknehmen**, solange das Verfahren noch nicht rechtskräftig beendet ist. Gemäß § 22 Abs 1 Satz 2 FamFG bedarf die Rücknahme nach Erlass der Endentscheidung, also des Beschlusses des Landgerichts (vgl auch § 38 Abs 1 Satz 1 FamFG), der Zustimmung der Gesellschaft. Nach der vor dem FGG-Reformgesetz (Rdn 2) geltenden Rechtslage hatte die hM § 269 ZPO analog angewendet und dabei auch im Beschwerdeverfahren eine Zustimmung der Gesellschaft mangels eines notwendigen Schutzes vor einer Verfahrenswiederholung für nicht erforderlich gehalten.⁹⁶ Angesichts der klaren Gesetzesregelung besteht nunmehr im Beschwerdeverfahren die Notwendigkeit einer Zustimmung der Gesellschaft zu einer Rücknahme des Antrages.⁹⁷ Eine bereits ergangene, aber noch nicht rechtskräftige Endentscheidung des Landgerichts wird durch die Antragsrücknahme wirkungslos, ohne dass es einer ausdrücklichen Aufhebung bedarf. Das Gericht stellt gemäß § 22 Abs 2 Satz 2 FamFG auf Antrag die Wirkungslosigkeit durch Beschluss fest. Die Rücknahme des Antrages unterliegt keinen Formerfordernissen.⁹⁸ Die Rücknahme des Antrags ist als verfahrensgestaltende Erklärung bedingungsfeindlich und kann – von engen Ausnahmen abgesehen (vgl §§ 580, 581 ZPO, § 123 BGB) – weder angefochten noch zurückgenommen werden.⁹⁹

IV. Gerichtliches Verfahren (§ 132 Abs 3)

1. Allgemeine Verfahrensregeln

- 37 a) Anwendbare Verfahrensregeln.** Für das gerichtliche Verfahren gelten gemäß **§ 132 Abs 3 Satz 1** bestimmte Regelungen über das Statusverfahren des § 99 sinngemäß. Von besonderer Bedeutung ist die Verweisung auf **§ 99 Abs 1 Satz 1**. Danach ist für das Verfahren des § 132 das **FamFG** anzuwenden. Soweit sich aus § 132 etwas anderes ergibt,

92 LG Frankfurt/M 16.2.2016 – 3-5 O 132/15, Rdn 24, 33 (juris); MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 9; zu § 51b GmbHG OLG Frankfurt/M 15.11.1996 – 20 W 610/94, DB 1997, 85, 86; OLG Düsseldorf 21.6.1995 – 19 W 2/95 AktE, GmbHR 1995, 902, 903; Lutter/Hommelhoff/Lutter/Bayer GmbHG § 51b Rdn 3; Scholz/K Schmidt GmbHG § 51b Rdn 15; Ulmer/Hüffer/Schürnbrand GmbHG § 51b Rdn 9.

93 KK/Kersting § 132 Rdn 48; zu § 51b GmbHG OLG Frankfurt/M 15.11.1996 – 20 W 610/94, DB 1997, 85, 86.

94 OLG Dresden 1.12.1998 – 7 W 426/98, AG 1999, 274; OLG Koblenz 19.7.1995 – 6 W 274/95, ZIP 1995, 1336, 1337; OLG Düsseldorf 21.6.1995 – 19 W 2/95 AktE, GmbHR 1995, 902, 903 (zu § 51b GmbHG); KK/Kersting § 132 Rdn 48; Hüffer/Koch § 132 Rdn 4; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 9; s auch Keidel/Sternal FamFG § 23 Rdn 13: wohlwollende Auslegung von Anträgen.

95 OLG Dresden 1.12.1998 – 7 W 426/98, AG 1999, 274; KK/Kersting § 132 Rdn 48; Hüffer/Koch § 132 Rdn 4.

96 Vorauf § 132 Rdn 29.

97 Grigoleit/Herrler § 132 Rdn 4; KK/Kersting § 132 Rdn 50; Hüffer/Koch § 132 Rdn 4; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 13; allg Jänig/Leißring ZIP 2010, 110, 115; weitergehend Hölters/Drinhausen § 132 Rdn 4: Zustimmung nach Einlassung; abw MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 21.

98 Prütting/Helms/Ahn-Roth FamFG § 22 Rdn 12.

99 Prütting/Helms/Ahn-Roth FamFG § 22 Rdn 12; großzügiger LG München I 1.4.1985 – 7 HKO 3971/84, AG 1987, 26 f.

gehen diese besonderen Regelungen den allgemeinen Regelungen des FamFG vor. Die Regelungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit ermöglichen dem Gericht grundsätzlich einen größeren Gestaltungsspielraum als im ordentlichen Streitverfahren nach der ZPO. Das Verfahren und die Entscheidung liegt bei der Kammer und kann – entgegen einer gelegentlich anzutreffenden Handhabung in der Praxis – nicht auf den Vorsitzenden übertragen werden; §§ 348, 349 ZPO sind nicht anwendbar.¹⁰⁰ Von besonderer Bedeutung ist die Geltung des Amtsermittlungsgrundsatzes, § 16 FamFG (Rdn 41). Für das Verfahren des § 132 besteht in erster Instanz kein Anwaltszwang (Rdn 33). Eine **Nebenintervention** – sei es auf Seiten des Antragstellers, sei es auf Seiten der Gesellschaft – ist im FamFG nicht vorgesehen und damit auch im Verfahren nach § 132 nicht zulässig.¹⁰¹

Relativiert werden der mit dem FamFG verbundene Amtsbetrieb und der Amtsermittlungsgrundsatz (Rdn 41) dadurch, dass es sich bei dem Verfahren des § 132 um ein sog **Streitverfahren** handelt und deshalb **einige Grundsätze der ZPO entsprechend angewendet** werden.¹⁰² Zudem besteht eine Verfahrensförderungspflicht der Beteiligten gemäß § 27 FamFG, die zu einer Annäherung des Verfahrens gemäß § 132 an einen Zivilprozess führt (Rdn 42). Darüber hinaus wird der Grundsatz des Amtsbetriebs durch die **Dispositionsmaxime** eingeschränkt: So beherrschen die Beteiligten wie bei einem echten Streitverfahren das Verfahren, indem sie es durch einen Antrag einleiten, durch Zurücknahme des Antrags (§ 22 Abs 1 FamFG, s Rdn 33) und übereinstimmende Erledigungserklärung (§ 22 Abs 3 FamFG)¹⁰³ beenden oder beschränken können. Auch ein Vergleich ist gemäß § 36 FamFG möglich, soweit die Parteien über den Gegenstand des Verfahrens verfügen können. Im Einzelfall kann die Auskunftsverweigerungspflicht des Vorstands in bestimmten Fällen (§ 131 Rdn 359) einem Vergleich Grenzen setzen.¹⁰⁴ Auch ein Anerkenntnis durch die Gesellschaft ist in Abwesenheit einer Auskunftsverweigerungspflicht möglich.¹⁰⁵

b) Rechtliches Gehör, Öffentlichkeit. Da auch das Verfahren gemäß § 132 zur **Rechtsprechung iSv Art 92 GG** zählt, haben die Verfahrensbeteiligten Anspruch auf rechtliches Gehör.¹⁰⁶ Rechtliches Gehör wird zweckmäßig durch Anberaumung einer **mündlichen Verhandlung** gewährt.¹⁰⁷ Eine Verpflichtung hierzu besteht jedoch ausweislich § 32 Abs 1 Satz 1 FamFG nicht. Das rechtliche Gehör kann danach auch in einem

100 Hüffer/Koch § 132 Rdn 6; zu § 51b GmbHG OLG Hamm 1.9.2006 – 15 W 125/06, NZG 2007, 110, 111; BayObLG 14.11.2000 – 3 Z BR 321/00, GmbHR 2001, 76; BayObLG 16.2.1995 – 3 Z BR 32/95, NJW-RR 1995, 1314, 1315; OLG Koblenz 27.12.1984 – 6 W 768/84, WM 1985, 829, 830; Ulmer/Hüffer/Schürnbrand GmbHG § 51b Rdn 15; **abw** Scholz/K Schmidt GmbHG § 51b Rdn 17.

101 LG Kiel 14.7.2010 – 16 O 95/08 (nv); freenet; **abw** noch LG Kiel 11.3.2009 – 16 O 96/08 (nv); freenet; ferner MünchKomm/Hillmann GmbHG § 51 b Rdn 28; Scholz/K Schmidt GmbHG § 51 b Rdn 20.

102 BayObLG 23.8.1996 – 3 Z BR 130/96, AG 1996, 516; LG Frankfurt/M 23.9.2008 – 3-5 O 110/08, AG 2009, 92; R Emde ZIP 2001, 820, 823; Hüffer/Koch § 132 Rdn 7; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 26; Spindler/Stilz/Siems § 132 Rdn 16; Werner FS Heinsius, 911, 924; Wicke in Semler/Volhard/Reichert § 43 Rdn 4; zu § 51b GmbHG BGH 8.5.2006 – II ZB 10/05, WM 2006, 1365; Scholz/K Schmidt GmbHG § 51b Rdn 6, 22; für weitgehende Annäherung Back, S 38, 189.

103 Zum FGG schon BayObLG 4.4.2001 – 3 Z BR 70/00, NZG 2002, 608, 609; OLG Thüringen 16.7.1996 – 6 W 415/96, GmbHR 1996, 699 (zu § 51b GmbHG); Hellwig FS Budde 265, 286; Lieder NZG 2014, 601, 607.

104 MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 31.

105 KK/Kersting § 132 Rdn 161; Scholz/K Schmidt GmbHG § 51b Rdn 27; allg Prütting/Helms/Prütting FamFG § 26 Rdn 13; MünchKomm/Ulrici FamFG § 26 Rdn 4; **abw** Keidel/Sternal FamFG § 26 Rdn 9.

106 Ebenroth, S 149; v Falkenhausen AG 1967, 309, 315; KK/Kersting § 132 Rdn 54; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 16.

107 KK/Kersting § 132 Rdn 54; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 27; **abw** für regelmäßige Verpflichtung zu mündlicher Verhandlung Heidel/Heidel § 132 Rdn 12; ebenso (zur Rechtslage vor FamFG) Ebenroth, S 149; Vorauf Rdn 31.

schriftlichen Verfahren gewährt werden.¹⁰⁸ In der Praxis machen die Landgerichte von der Möglichkeit einer mündlichen Verhandlung häufig keinen Gebrauch. Angesichts des Charakters des Verfahrens als Streitverfahren und der nicht selten rechtlich schwierigen Beurteilung, ob eine Auskunft erteilt werden muss, sollte die mündliche Verhandlung eher die Regel als die Ausnahme sein. Zudem kann das Unterbleiben einer mündlichen Verhandlung zu bedenklichen Ergebnissen führen, wenn zugleich trotz grundsätzlicher Bedeutung der Sache die Beschwerde zu Unrecht oder gar irrtümlich nicht zugelassen wird (Rdn 64).

- 40** Findet eine mündliche Verhandlung statt, so sollte diese schon nach der Vorstellung des Gesetzgebers von 1965 **nicht öffentlich** sein.¹⁰⁹ Seit dem FGG-ReformG ist in § 170 Satz 1 GVG ausdrücklich die nicht öffentliche Verhandlung in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vorgesehen, sofern die Parteien nicht im allseitigen Einverständnis die Öffentlichkeit zulassen, § 170 Abs 1 Satz 2 GVG. Diese Vorgabe ist auch im Verhältnis zu Art 6 Abs 1 EMRK bindend.¹¹⁰
- 41** **c) Amtsermittlungsgrundsatz.** Für die Prüfung des Gerichts, ob die vom Antragsteller begehrte Auskunft zu erteilen ist, gilt der Amtsermittlungsgrundsatz des § 26 FamFG: Das Gericht hat von Amts wegen die zur Feststellung der entscheidungserheblichen Tatsachen erforderlichen Ermittlungen durchzuführen. Der Antragsteller trägt also nicht die Darlegungs- und Beweisführungslast für das Bestehen eines Auskunftsanspruchs.¹¹¹ Ein Säumnisverfahren findet nicht statt, ein Versäumnisurteil kann nicht ergehen.¹¹² Ebenso wenig kommt eine Präklusion einer Partei wegen verspäteten Vorbringens in Betracht.¹¹³ Dementsprechend ist das Gericht an den Tatsachenvortrag und die Beweisantritte der Parteien nicht gebunden, sondern es kann weitere Tatsachen für aufklärungsbedürftig halten und weitere Beweismittel in geeigneter Form heranziehen, § 29 Abs 1 FamFG. Das Gericht hat durch geeignete Hinweise auf eine vollständige Aufklärung hinzuwirken, § 28 Abs 1 Satz 1 FamFG. Über Umfang und Intensität der Ermittlungen entscheidet das Gericht nach pflichtgemäßem Ermessen.¹¹⁴ Ebenso entscheidet das Gericht nach pflichtgemäßem Ermessen, ob es die entscheidungserheblichen Tatsachen durch eine förmliche Beweisaufnahme feststellt, die sich nach den Regeln der ZPO richtet, § 30 Abs 1 FamFG.
- 42** Der Amtsermittlungsgrundsatz geht nicht so weit, dass das Gericht stets von sich aus die zur Tatsachenermittlung erforderlichen Nachforschungen anstellen muss. Viel-

108 Begr RegE FGG-ReformG BT Drucks 16/6308 S 190; Prütting/Helms/*Abramenko* FamFG § 32 Rdn 1, 7, 12.

109 Begr RegE bei *Kropp* Aktiengesetz 1965, S 189; OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 682 (juris); *Butzke* G 94; *Ebenroth*, S 150; v *Falkenhausen* AG 1967, 309, 315; *Hüffer/Koch* § 132 Rdn 6; *Henssler/Strohn/Liebscher* § 132 Rdn 6; *Spindler/Stilz/Siems* § 132 Rdn 18; *Wachter/Wachter* § 132 Rdn 11; **abw** LG Hannover 19.8.2009 – 23 O 90/09, Rdn 58 (juris); Continental; LG Köln 18.12.1996 – 91 O 147/96, AG 1997, 188; *Heidel/Heidel* § 132 Rdn 13; Bürgers/Körber/Reger § 132 Rdn 6; zu § 51b GmbHG BGH 22.5.1995 – II ZB 2/95, NJW-RR 1995, 1183, 1184.

110 OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 688, 691 (juris); *Porsche; Hölters/Drinhausen* § 132 Rdn 8; allg Prütting/Helms/*Abramenko* FamFG § 32 Rdn 36; *Jänig/Leißring* ZIP 2010, 110, 116; **abw** *Heidel/Heidel* § 132 Rdn 13; *KK/Kersting* § 132 Rdn 55; MünchKomm/*Kubis* § 132 Rdn 28; MünchHdb GesR Streitigkeiten/*Lieder* § 26 Rdn 82; Bürgers/Körber/Reger § 132 Rdn 6; Schmidt/Lutter/*Spindler* § 132 Rdn 16.

111 *Hüffer/Koch* § 132 Rdn 7; *KK/Kersting* § 132 Rdn 60; MünchKomm/*Kubis* § 132 Rdn 32; **abw** LG Heilbronn 6.3.1967 – KfH. AktE 1/67, AG 1967, 81, 82.

112 *KK/Kersting* § 132 Rdn 60; MünchKomm/*Kubis* § 132 Rdn 32; allg *Back* S 175; *Keidel/Sternal* FamFG § 26 Rdn 9.

113 *KK/Kersting* § 132 Rdn 60; allg *Bumiller/Harders/Bumiller* FamFG § 27 Rdn 3.

114 OLG München 5.1.2012 – 34 Wx 369/11, Rdn 16 (juris); näher *Back*, S 52ff, 100 ff; v *Falkenhausen* AG 1967, 309, 316; *Keidel/Sternal* FamFG § 28 Rdn 12; MünchKomm/*Ulrici* FamFG § 26 Rn. 6.

mehr obliegt auch im Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit bei Streitsachen, zu denen auch das Verfahren nach § 132 gehört, dem Antragsteller und dem Antragsgegner eine **Verfahrensförderungslast**: Jeder Beteiligte muss die für ihn günstigen Tatsachenbehauptungen vortragen und Beweismittel bezeichnen.¹¹⁵ Dementsprechend sollen die Beteiligten bei der Ermittlung des Sachverhalts mitwirken, § 27 Abs 1 FamFG. Einen unzutreffenden Tatsachenvortrag der Gegenseite muss der Beteiligte bestreiten; bei unbestrittenem Sachvortrag kann das Gericht von Amtsermittlungen absehen und diesen seiner Entscheidung zugrunde legen.¹¹⁶ Der Antragsteller trägt eine Verfahrensförderungslast insbesondere zur Frage seiner Antragsberechtigung (Rdn 44) sowie zu den Voraussetzungen eines Auskunftsanspruchs gemäß § 131 Abs 1 (Rdn 49). Die Gesellschaft als Antragsgegner trägt eine Förderlast insbesondere zur Frage des Bestehens eines Auskunftsverweigerungsrechts gemäß § 131 Abs 3 (Rdn 52) sowie zu sonstigen Gründen, aus denen ein an sich bestehender Auskunftsanspruch entfällt, soweit sich diese dem Gericht nicht ohne weiteres erschließen.¹¹⁷

Bei der Verfahrensförderungslast handelt es sich um eine **Obliegenheit** des jeweiligen Beteiligten. Kommen die Beteiligten ihrer Verfahrensförderungslast nicht nach, so darf das Gericht daraus geeignete Schlüsse ziehen. Die betreffende Partei trifft dann zwar nicht die Beweislast, das Gericht darf jedoch davon ausgehen, dass weitere entscheidungserhebliche Tatsachen nicht vorhanden sind, soweit der Vortrag der Beteiligten oder der Sachverhalt als solcher nicht Anhaltspunkte für anderweitige Ermittlungsmöglichkeiten geben. Dementsprechend trägt jeder Beteiligte hinsichtlich der Voraussetzungen der für ihn günstigen Normvoraussetzungen die **materielle Feststellungslast**, sofern sich der Sachverhalt nicht aufklären lässt.¹¹⁸ Das fehlende Bestreiten von Tatsachenvortrag der Gegenseite kann als Indiz für die Richtigkeit dieses Vortrags gewertet werden.¹¹⁹ Im Ergebnis sind die praktischen Unterschiede der Amtsermittlung im Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit zur Darlegungs- und Beweisführung im ordentlichen Zivilprozessverfahren damit nicht gravierend.¹²⁰

43

¹¹⁵ BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 42 (juris); BGH 15.6.1992 – II ZR 18/91, BGHZ 119, 1, 17; OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 408 ff(juris); KG 16.7.2009 – 23 W 69/08, Rdn 61 (juris); OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2152; LG Kiel 14.7.2010 – 16 O 95/08 (nv); freenet; LG Frankfurt/M 23.9.2008 – 3-5 O 110/08, AG 2009, 92; Deutsche Bank; LG Frankfurt/M 18.1.2005 – 3-5 O 83/04, ZIP 2005, 302, 303; LG München I 16.4.1986 – 7 HKO 8835/85, AG 1987, 185, 186; *Ebenroth*, S 150f; v *Falkenhausen* AG 1967, 309, 316; *Hellwig* FS Budde, 265, 286; *Grigoleit/Herrler* § 132 Rdn 10; KK/Kersting § 132 Rdn 63; Hüffer/Koch § 132 Rdn 7; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 32; *Lieder* NZG 2014, 601, 607; Bürgers/Körber/Reger § 132 Rdn 6; Spindler/Stilz/Siems § 132 Rdn 17; zu § 51b GmbH BayObLG 27.10.1988 – BReg 3 Z 100/88, WM 1988, 1789, 1792; Ulmer/Hüffer/Schürnbrand GmbHHG § 51b Rdn 16; Scholz/K Schmidt GmbHHG § 51b Rdn 25; allg *Back* S 87 ff.

¹¹⁶ LG Frankfurt/M 18.1.2005 – 3-5 O 83/04, ZIP 2005, 302, 303; Deutsche Bank; v *Falkenhausen* AG 1967, 309, 316; KK/Kersting § 132 Rdn 63; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 32; allg Bumiller/Harders/Bumiller FamFG § 26 Rdn 4; Keidel/Sternal FamFG § 27 Rdn 8; MünchKomm/Ulrich FamFG § 26 Rdn 19.

¹¹⁷ KK/Kersting § 132 Rdn 63, 66; Hüffer/Koch § 132 Rdn 7; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 32.

¹¹⁸ OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2152; LG Frankfurt/M 23.9.2008 – 3-5 O 110/08, AG 2009, 92; KK/Kersting § 132 Rdn 64; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 32; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 17; zur GmbH Ulmer/Hüffer/Schürnbrand GmbHHG § 51b Rdn 16; Scholz/K Schmidt GmbHHG § 51b Rdn 25; allg Keidel/Sternal FamFG § 27 Rdn 5; MünchKomm/Ulrich FamFG § 26 Rdn 20.

¹¹⁹ OLG Schleswig Holstein 21.01.2004 – 2 W 52/03, OLGR 2004, 191; LG Frankfurt/M 18.1.2005 – 3-5 O 83/04, ZIP 2005, 302, 303; Deutsche Bank; MünchHdb GesR Streitigkeiten/*Lieder* § 26 Rdn 86.

¹²⁰ OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 409, 487 (juris); Porsche HV 2010; KK/Kersting § 132 Rdn 64; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 32; Ulmer/Hüffer/Schürnbrand GmbHHG § 51b Rdn 16; Scholz/K Schmidt GmbHHG § 51b Rdn 25; insow auch *Back* S 103; krit *Jänig/Leißring* ZIP 2010, 110, 114.

2. Gerichtlicher Prüfungsumfang

- 44 a) **Prüfung der Verfahrensvoraussetzungen.** Für die Beurteilung, ob dem Antragsteller die begehrte Auskunft zu erteilen ist, hat das Gericht zunächst zu prüfen, ob die Verfahrensvoraussetzungen des § 132 erfüllt sind. Zu prüfen ist die **Antragsberechtigung** des Antragstellers, insbesondere seine Aktionärseigenschaft (Rdn 21f).¹²¹ Handelt der Antragsteller für einen Aktionär, so ist das Vorliegen einer Vollmacht zu prüfen (Rdn 23). Auch die Vertretungsbefugnis des Verfahrensbevollmächtigten ist Gegenstand der Prüfung des Gerichts. Zu beachten ist insoweit die Begrenzung der Vertretungsbefugnis in § 10 Abs 2 FamFG. Der Ausschluss eines Bevollmächtigten wegen eines Verstoßes gegen das Rechtsberatungsgesetz kommt nur in Betracht, wenn die Ordnungswidrigkeit feststeht oder offenkundig ist.¹²² Wenn ein Aktionär einer Gesellschaft einen anderen Aktionär im Verfahren nach § 132 vertritt, liegt die Annahme nahe, dass er nicht eine fremde Rechtsangelegenheit im Sinne des Rechtsberatungsgesetzes besorgt.¹²³
- 45 Zur Antragsberechtigung gehört weiter die Prüfung, ob die **Frage in der Hauptversammlung** gestellt wurde und mit der im Verfahren **verlangten Auskunft identisch** ist (Rdn 25).¹²⁴ Ist das nicht der Fall, so ist der Antrag an sich wegen Fehlens einer Verfahrensvoraussetzung (insoweit) unzulässig; in der Praxis wird er dennoch vielfach als unbegründet behandelt.¹²⁵ Bei der Beurteilung, ob der im Auskunftserzwingungsverfahren gestellte Antrag seinem Inhalt nach dem Auskunftsverlangen entspricht, das in der Hauptversammlung gestellt worden war, gelten strenge Maßstäbe.¹²⁶ Der Inhalt einer bestimmten Frage kann nicht nachträglich in ein Auskunftsverlangen, das Gegenstand eines Verfahrens nach § 132 ist, hineininterpretiert werden. Andernfalls könnte die Ausschlussfrist des § 132 Abs 2 Satz 2 allzu leicht umgangen werden.¹²⁷ Erst recht kann der vom Antragsteller gestellte Antrag nicht dahingehend umformuliert werden, dass er mit einer in der Hauptversammlung gestellten Frage identisch wird.¹²⁸ Eine Aufklärung über die Frage der Identität zwischen Antrag und in der Hauptversammlung gestellter Frage lässt sich insbesondere durch das notarielle Protokoll (§ 131 Rdn 504),¹²⁹ durch Vorlage der in der Praxis meist von Stenografen für die Gesellschaft aufgenommenen und in ein Fragen-Antworten-System eingegebenen Fragen (§ 131 Rdn 284)¹³⁰ oder durch Vernehmung von Zeugen¹³¹ erreichen.

121 OLG Frankfurt/M 8.11.2012 – 21 W 33/11, Rdn 49 (juris); BayObLG 9.9.1996 – 3 Z BR 36/94, AG 1996, 563; OLG Hamburg 12.12.1969 – 11 W 34/69, AG 1970, 50, 51.

122 BayObLG 21.5.1992 – 3 Z BR 12/92, AG 1992, 457, 458; tendenziell gegen jede Ausschlussmöglichkeit LG Frankfurt/M 16.9.1994 – 3/3 O 83/92, WM 1994, 1929, 1930 und – 3/3 O 82/92, WM 1994, 1931, 1932.

123 BayObLG 21.5.1992 – 3 Z BR 12/92, AG 1992, 457, 458.

124 OLG Frankfurt/M 19.9.2013 – 21 W 6/13, Rdn 23, 27 (juris); OLG Frankfurt/M 8.11.2012 – 21 W 33/11, Rdn 56 (juris); OLG Frankfurt/M 19.9.2006 – 20 W 55/05, BeckRS 2007, 00560; LG Kiel 14.7.2010 – 16 O 95/08 (nv); freenet; LG Mannheim 17.9.2007 – 24 O 66/07: EnBW (nv); Mutter S 5; Bürgers/Körber/Reger § 132 Rdn 3b; Spindler/Stilz/Siems § 132 Rdn 10; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 18.

125 OLG Frankfurt/M 19.9.2013 – 21 W 6/13, Rdn 23, 27 (juris); OLG Frankfurt/M 8.11.2012 – 21 W 33/11, Rdn 56 (juris); OLG Frankfurt/M 19.9.2006 – 20 W 55/05, BeckRS 2007, 00560; BayObLG 30.11.1995 – 3 ZBR 161/93, AG 1996, 180, 182; LG München I 24.6.1993 – 17 HKO 20038/90, AG 1993, 519; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 14, 35; MünchHdb GesR Streitigkeiten/Lieder § 26 Rdn 89; für Doppelrelevanz KK/Kersting § 132 Rdn 41.

126 BayObLG 30.11.1995 – 3 Z BR 161/93, WM 1996, 119, 122; Allianz; Bürgers/Körber/Reger § 132 Rdn 3b; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 18; krit MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 35.

127 BayObLG 30.11.1995 – 3 Z BR 161/93, WM 1996, 119, 122.

128 KG 16.7.2009 – 23 W 69/08, Rdn 58 (juris); MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 35; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 18; Spitzel/Diekmann ZHR 158 (1994), 447, 464.

129 OLG Frankfurt/M 8.11.2012 – 21 W 33/11, Rdn 61 (juris); LG Frankfurt/M 24.1.2005 – 3-5 O 61/03, ZIP 2005, 1275, 1276; Deutsche Bank;

130 OLG Düsseldorf 23.2.2015 – I-26 W 14/14 (AktE), Rdn 27 (juris); LG Kiel 14.7.2010 – 16 O 95/08 (nv); freenet; LG Mannheim 17.9.2007 – 24 O 66/07 (nv); EnBW.

Weiterhin prüft das Gericht, ob der Antragsteller schlüssig dargelegt hat, dass die begehrte Auskunft in der Hauptversammlung nicht oder nicht richtig gegeben worden ist (Rdn 9). Die pauschale Behauptung, vom Antragsteller im Einzelnen dargelegte begehrte Auskünfte seien allesamt nicht beantwortet worden, genügt insoweit nicht. Vielmehr muss der Antragsteller im Einzelnen darlegen, in welcher Form die Gesellschaft auf welche einzelne Frage nicht, unvollständig oder fehlerhaft Auskunft gegeben hat. Da sich die Prüfung des Gerichts auch auf die **Richtigkeit einer erteilten Auskunft** bezieht (Rdn 10), trägt der Antragsteller auch insoweit eine Verfahrensförderungslast (Rdn 42). Die schlichte Behauptung, die erteilte Auskunft sei unrichtig gewesen, genügt nicht. Vielmehr muss der Antragsteller ausreichende Tatsachen darlegen, die zumindest vertretbare Zweifel an dem Wahrheitsgehalt der erteilten Auskunft wecken.¹³² Die Frage, ob die Auskunft tatsächlich nicht gegeben worden ist oder ob sie vollständig und inhaltlich zutreffend ist, ist dagegen eine Frage der Begründetheit (Rdn 49, 55).¹³³ Das Gericht prüft zudem im Falle des § 132 Abs 2 Satz 1, 2. Halbsatz, ob ein Aktionär, der nicht selbst eine Auskunft begehrt hat, in der Hauptversammlung **Widerspruch** zur Niederschrift **erklärt** hat und ob sich die Auskunft auf einen Beschlussgegenstand bezog, zu dem der Widerspruch erklärt wurde (Rdn 26).

Das Gericht prüft schließlich, ob für den Antrag gemäß § 132 ein **Rechtsschutzbedürfnis** besteht.¹³⁴ Im Auskunftsverfahren **fehlt** einem Antrag das Rechtsschutzbedürfnis, wenn der Aktionär die begehrte **Auskunft** vor der Antragstellung **auf andere Weise erhalten** hat, etwa durch Auskunftserteilung gegenüber dem Antragsteller im Anschluss an die Hauptversammlung, durch eine Pressemitteilung oder eine sonstige Information an den Kapitalmarkt (und damit auch gegenüber allen Aktionären). Der Antrag ist dann zurückzuweisen, und zwar mangels Rechtsschutzbedürfnisses als unzulässig¹³⁵ (zur Auskunftserteilung nach Antragstellung Rdn 48). Die von der Gegenauffassung befürchtete Gefahr einer sanktionslosen Aushebelung des Verfahrens nach § 132 besteht nicht:¹³⁶ Eine Auskunftserteilung im Anschluss an die Hauptversammlung stellt – sofern sie nicht im Einvernehmen mit dem die Auskunft begehrenden Aktionär erfolgt (§ 131 Rdn 274) – keine ordnungsgemäße Erfüllung des Auskunftsanspruchs gemäß § 131 dar. Es bleibt daher insoweit eine Anfechtungsklage möglich (Rdn 11). Der Umstand, dass außerhalb der Hauptversammlung erteilte Informationen nicht der Information in der Hauptversammlung dienen können (§ 131 Rdn 11), rechtfertigt ebenfalls nicht die Durchführung eines Verfahrens nach § 132: Das Auskunftsrecht ist ein individuelles Recht und lediglich reflexartig hauptversammlungsbezogen (§ 131 Rdn 8).¹³⁷ Jeder Aktionär kann zudem in

131 Beispielhaft OLG Frankfurt/M 8.11.2012 – 21 W 33/11, Rdn 12, 55, 62; Deutsche Bank HV 2010.

132 OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 410 (juris); Hellwig FS Budde, 265, 286; MünchHdb AG/Hoffmann/Becking § 38 Rdn 61; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 32; Bürgers/Köber/Reger § 132 Rdn 3a.

133 MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 16; ferner Ulmer/Hüffer/Schürnbrand GmbHG § 51b Rdn 9; Scholz/K Schmidt GmbHG § 51b Rdn 12.

134 BayObLG 21.3.2001 – 3 Z BR 318/00, DB 2001, 1138, 1139; BayObLG 23.8.1996 – 3 Z BR 130/96, ZIP 1996, 1743, 1744; OLG Düsseldorf 5.11.1987 – 19 W 6/87, ZIP 1987, 1555; LG München I 10.12.1998 – 5 HKO 10806/97, AG 1999, 283; KK/Kersting § 132 Rdn 68; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 25.

135 BayObLG 21.3.2001 – 3 Z BR 318/00, DB 2001, 1138, 1139; BayObLG 23.8.1996 – 3 Z BR 130/96, ZIP 1996, 1743, 1744; LG München I 28.5.2010 – 5 HK O 14307/07, WM 2010, 1699, 1702; Butzke G 99; Hölters/Drinhausen § 132 Rdn 4; Grigoleit/Herrler § 132 Rdn 4; Bürgers/Köber/Reger § 132 Rdn 5; Spindler/Stilz/Siems § 132 Rdn 15; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 14; Wachter/Wachter § 132 Rdn 6; Ziemons/Binnewies, Rz I 7.206; vgl auch LG Berlin 17.1.1990 – 98 AktE 10/89, WM 1990, 978, 983: Unbegründetheit; abw Heidel/Heidel § 132 Rdn 10; KK/Kersting § 132 Rdn 69; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 25.

136 Hölters/Drinhausen § 132 Rdn 4; Spindler/Stilz/Siems § 132 Rdn 15; abw Heidel/Heidel § 132 Rdn 10; KK/Kersting § 132 Rdn 69; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 25.

137 MünchHdb GesR Streitigkeiten/Lieder § 26 Rdn 81; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 14; abw KK/Kersting § 132 Rdn 69; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 25.

der nächsten Hauptversammlung gemäß § 131 Abs 4 verlangen, dass der Hauptversammlung die den einzelnen Aktionär im Nachgang und damit außerhalb der Hauptversammlung gegebenen Informationen gewährt werden (§ 131 Rdn 463).

- 48** Das Rechtsschutzbedürfnis muss bis zum Erlass der Entscheidung im Verfahren **fortbestehen**. Hat die Gesellschaft **nach Einleitung des Verfahrens** die begehrte **Auskunft erteilt**, so wird der Antrag mangels Rechtsschutzbedürfnis als unzulässig zurückgewiesen, sofern der antragstellende Aktionär nicht die Hauptsache für erledigt erklärt.¹³⁸ Dem Interesse des antragstellenden Aktionärs wird ausreichend dadurch Rechnung getragen, dass das Gericht der Gesellschaft die Kosten auferlegen wird (Rdn 102). Gibt sich der Antragsteller mit der Auskunft nicht zufrieden, so hat das Gericht zu prüfen, ob der Auskunftsanspruch ordnungsgemäß erfüllt wurde (Rdn 55). Im Falle einer **Verschmelzung** der Gesellschaft und deren Erlöschen als übertragender Gesellschaft besteht das Rechtsschutzbedürfnis des Antragstellers fort; das Auskunftsrecht besteht gegen die aufnehmende Gesellschaft als Rechtsnachfolgerin der übertragenden Gesellschaft fort.¹³⁹ Dagegen entfällt das Rechtsschutzbedürfnis, wenn ein Aktionär ein Verfahren gemäß § 132 einleitet, trotz jahrelanger Untätigkeit das Gericht aber nicht auf den Fortgang des Verfahrens drängt. Der Aktionär zeigt damit, dass es ihm bei der Verfahrenseinleitung in der Sache nicht um eine Auskunftserteilung ging.
- 49** **b) Prüfung des Auskunftsanspruchs.** Im Rahmen der Prüfung der Begründetheit des Antrags prüft das Gericht, ob ein Anspruch auf Erteilung der begehrten Auskunft besteht. Den **Antragsteller** trifft allgemein zum Bestehen der Tatbestandsvoraussetzungen des § 131 Abs 1 eine **Verfahrensförderungslast** dahingehend, die ihm günstigen Tatsachen und ggf Beweisantritte vorzutragen, sofern sie für das Gericht nicht ohne weiteres erkennbar sind (Rdn 42).¹⁴⁰ Den Schwerpunkt der Prüfung des Gerichts wird regelmäßig die Frage der **Erforderlichkeit der Auskunft** bilden (§ 131 Rdn 123). Ist bei einer Frage nicht erkennbar, dass die Auskunft zur sachgemäßen Beurteilung des Gegenstands der Tagesordnung erforderlich ist, so muss der Aktionär konkret darlegen, inwieweit die erbetene Auskunft nicht nur für ihn, sondern für den Durchschnittsaktionär unabweisbar relevant sein soll.¹⁴¹ Der antragstellende Aktionär ist ferner gehalten, die Beurteilungserheblichkeit seines Auskunftsverlangens darzulegen, wenn die Gesellschaft die Auskunftserteilung unter Berufung auf die fehlende Erforderlichkeit verweigert.¹⁴²

- 50** Macht der Antragsteller die Erteilung einer **Auskunft gemäß § 131 Abs 4** geltend, so muss er darlegen, dass er in der Hauptversammlung ein hinreichend konkretes Auskunftsverlangen gestellt hat. Dementsprechend muss er Umstände dargelegen, die die

138 BayObLG 21.3.2001 – 3 Z BR 318/00, DB 2001, 1138, 1139; BayObLG 23.8.1996 – 3 Z BR 130/96, BB 1997, 330; LG München I 28.5.2010 – 5 HK O 14307/07, ZIP 2010, 2148; vgl auch OLG Frankfurt/M 19.9.2013 – 21 W 6/13, Rdn 22 (juris); KG 16.7.2009 – 23 W 69/08, Rdn 48 (juris); ferner (zu § 51 b GmbHG) OLG München 9.5.2008 – 31 Wx 86/07, Rdn 8 (juris); LG Konstanz 28.3.2012 – 9 O 57/11 KfH, BeckRS 2012, 22849; Butzke G 99; Wachter/Wachter § 132 Rdn 6; Ziemons/Binnewies Rz I 7.206; abw Heidel/Heidel § 132 Rdn 10; KK/Kersting § 132 Rdn 69; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 25.

139 LG München I 10.12.1998 – 5 HKO 10806/97, AG 1999, 283: Bayerische Hypotheken- und Wechselbank; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 25.

140 OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 369, 409 (juris); KG 16.7.2009 – 23 W 69/08, Rdn 48, 61 (juris); LG Kiel 14.7.2010 – 16 O 95/08 (nv): freenet; LG Kiel 11.3.2009 – 16 O 96/08 (nv): freenet; KK/Kersting § 132 Rdn 63; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 32.

141 BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 60 (juris); KG 16.7.2009 – 23 W 69/08, Rdn 61 (juris); OLG Hamburg 12.12.1969 – 11 W 34/69, AG 1970, 50, 51; LG Kiel 14.7.2010 – 16 O 95/08 (nv): freenet; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 32.

142 BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 60 (juris); BGH 21.9.2009 – II ZR 223/08.

Annahme zumindest nahelegen, dass die Gesellschaft einem bestimmten Aktionär oder einem Kreis von Aktionären thematisch eingegrenzte Auskünfte außerhalb der Hauptversammlung erteilt hat und dass er die Erteilung der entsprechenden Auskunft in der Hauptversammlung verlangt hat (§ 131 Rdn 484). Der Hinweis eines Antragstellers, er habe in der Hauptversammlung pauschal die Erteilung von Auskünften begehrt, die anderen Aktionären außerhalb der Hauptversammlung erteilt worden sind, genügt nicht (§ 131 Rdn 485). Nicht ausreichend ist auch der nicht näher spezifizierte Hinweis, dass während einer Aufsichtsratssitzung einem Gast Auskünfte durch den Aufsichtsrat erteilt worden seien (§ 131 Rdn 461).¹⁴³

Sofern das Gericht das Vorliegen der Tatbestandsvoraussetzungen des § 131 Abs 1 bejaht, hat es das **Vorliegen von Auskunftsverweigerungsrechten** gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 zu prüfen. Das gilt insbesondere dann, wenn sich die Gesellschaft in der Hauptversammlung auf ein Auskunftsverweigerungsrecht berufen hat. Die Prüfungspflicht des Gerichts entfällt nicht, wenn sich der Vorstand in der Hauptversammlung oder im Verfahren gemäß § 132 hinsichtlich der konkreten Auskunftsverweigerungsgründe nicht festgelegt hat (zur fehlenden Pflicht einer Begründung in der Hauptversammlung § 131 Rdn 358).¹⁴⁴ Das Gericht hat das Vorliegen eines Auskunftsverweigerungsrechts selbst dann zu prüfen, wenn dieses von der Gesellschaft weder in der Hauptversammlung noch im Verfahren nach § 132 geltend gemacht wurde. Kommt ein Auskunftsverweigerungsgrund nach Auffassung des Gerichts ernsthaft in Betracht, so müsste es ohnehin gemäß § 28 Abs 1 Satz 1 FamFG einen entsprechenden rechtlichen Hinweis erteilen.¹⁴⁵

Erschließt sich das Vorliegen von Auskunftsverweigerungsgründen dem Gericht nicht ohne weiteres, trifft die **Gesellschaft** als Antragsgegnerin eine **Verfahrensförderungslast**, die ihr günstigen Tatsachen und Beweisantritte für das Vorliegen eines Auskunftsverweigerungsrechts darzutun.¹⁴⁶ Dabei ist die Antragsgegnerin nicht darauf beschränkt, in der Hauptversammlung vorgetragene Gründe für eine Auskunftsverweigerung darzulegen und zu erläutern (Rdn 51). Vielmehr kann die Antragsgegnerin **Gründe**, auf die sie sich bei Ablehnung der Auskunft in der Hauptversammlung nicht berufen hat, im Auskunftsverfahren **nachschieben**. Ausschlaggebend ist die objektive Berechtigung der Auskunftsverweigerung und nicht der Umstand, ob sich der Vorstand unter Umständen in der Hauptversammlung ungeschickt verhalten, in der Begründung vergriffen oder die Angabe des wirklichen Grundes gescheut hat.¹⁴⁷ Dem Interesse des Aktionärs, nicht durch die Zulassung des Nachschiebens von Gründen zu einer ggf nutzlosen Auskunftsklage veranlasst worden zu sein, lässt sich hinreichend durch die Kostenentscheidung gemäß § 132 Abs 5 Rechnung tragen (Rdn 102).

Hat der Vorstand die **Auskunft** gemäß § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 1 verweigert, so geht die Verfahrensförderungslast der Gesellschaft nicht so weit, dass sie alle Umstände offenzulegen hätte, aus denen sich die Eignung zur Nachteilszufügung ergibt. Insbesondere braucht die Antragsgegnerin dem Gericht nicht vorzutragen, welche Auskunft der

¹⁴³ LG Frankfurt/M 16.2.2016 – 3-5 O 132/15, Rdn 24 (juris).

¹⁴⁴ BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 42 (juris); OLG Stuttgart 19.7.2012 – 8 W 274/10 (nv): Porsche HV 2009; OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 415; Porsche HV 2010; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 113.

¹⁴⁵ KK/Kersting § 132 Rdn 66; vgl auch Lieder NZG 2014, 601, 607; abw Butzke G 99.

¹⁴⁶ BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 42 (juris); KG 16.7.2009 – 23 W 69/08, Rdn 55 (juris); MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 32; Lieder NZG 2014, 601, 603, 607.

¹⁴⁷ BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 43 (juris); BGH 23.11.1961 – II ZR 4/60, BGHZ 36, 121, 130; KG 24.8.1995 – 2 W 1255/95, ZIP 1995, 1585, 1589; OLG Hamburg 12.12.1969 – 11 W 34/69, AG 1970, 50, 51; LG Köln 2.4.1990 – 91 O 132/89, AG 1991, 38; LG München I 16.4.1986 – 7 HKO 8835/85, AG 1987, 185, 186; KK/Kersting § 132 Rdn 65; Lieder NZG 2014, 601, 607; Schmidt/Lutter/Spindler 132 Rdn 19; krit Schutzgemeinschaft der Kleinaktionäre (SdK) AG 1995, R 282, 284; abw Heidel/Heidel § 131 Rdn 60.

Vorstand erteilen müsste und welche Nachteile der Gesellschaft durch die Erteilung gerade dieser Auskunft entstehen würden. Damit würde das Auskunftsverweigerungsrecht des § 131 Abs 3 Satz 1 Nr 1 praktisch beseitigt.¹⁴⁸ Die Antragsgegnerin wird sich daher in der Regel damit begnügen können, dem Gericht darzulegen, dass Auskünfte der verlangten Art nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung im Allgemeinen geeignet sind, der Gesellschaft Nachteile zuzufügen.¹⁴⁹ Die von der Antragsgegnerin dargelegten schädlichen Auswirkungen müssen für das Gericht deutlich und „einsehbar“ werden (§ 131 Rdn 372).¹⁵⁰ Die **Antragsgegnerin** muss konkrete Tatsachen vortragen, die die Gefahr der Nachteilszufügung hinreichend plausibel erscheinen lassen (**Plausibilisierungslast**). Ausreichend sein kann im Einzelfall auch eine Darlegung anhand abstrakter, branchentypischer Erwägungen (§ 131 Rdn 373).¹⁵¹ Allerdings werden Ausführungen, die sich an der Oberfläche bewegen, das Gericht nicht in die Lage versetzen, sich ein hinreichend sicheres Bild über das Vorliegen des Auskunftsverweigerungsrechts zu machen. Wird die Gesellschaft der Plausibilisierungslast nicht gerecht, so ist das Gericht nicht verpflichtet, nach weiteren, von der Gesellschaft nicht vorgebrachten Gründen zu forschen.¹⁵²

- 54** Wird die Antragsgegnerin ihrer Plausibilisierungslast gerecht, so ist es **Sache des antragstellenden Aktionärs**, diejenigen Umstände darzulegen, aus denen ein **vorrangiges Aufklärungsinteresse** der Gesamtheit der Aktionäre und der Gesellschaft folgt (§ 131 Rdn 376).¹⁵³ Ein derartiges vorrangiges Aufklärungsinteresse kann bestehen, wenn der Aktionär konkrete Anhaltspunkte für den objektiv begründeten Verdacht schwerwiegender Pflichtverletzungen der Verwaltung darlegen kann.¹⁵⁴ An den entsprechenden Vortrag des Aktionärs sind indessen keine geringen Anforderungen zu stellen (§ 131 Rdn 377).
- 55** Das Gericht prüft weiter bei einem Einwand der **Erfüllung** durch die Gesellschaft, ob die begehrte Auskunft nicht oder nicht vollständig gegeben worden ist.¹⁵⁵ Eine Aufklärung des Sachverhalts zur Frage einer ordnungsgemäßen Erfüllung der begehrten Auskunft lässt sich, sofern Fragen und auch Antworten zu Protokoll des Notars gegeben wurden (§ 131 Rdn 502), durch das notarielle Protokoll oder, sofern angefertigt, durch ein stenografisches Protokoll erreichen. In der Praxis werden zudem häufig nicht nur die

148 BGH 29.11.1982 – II ZR 88/81, BGHZ 86, 1; OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 440, 488 (juris); OLG Stuttgart 17.11.2010 – 20 U 2/10, Rdn 654 (juris); Grigoleit/*Herrler* § 132 Rdn 10; Hüffer/*Koch* § 132 Rdn 7; *Lieder* NZG 2014, 601, 607.

149 Begr RegE bei *Kroppff* Aktiengesetz 1965, S 189.

150 BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 42 (juris) und OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 413; Porsche HV 2010; KG 24.8.1995 – 2 W 1255/95, ZIP 1995, 1585, 1589; KG 30.6.1994 – 2 W 4531/93, WM 1994, 1479, 1486; KG 26.8.1993 – 2 W 6111/92, ZIP 1993, 1618, 1620; OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2152; LG München I 28.5.2010 – 5 HKO 14307/07, Rdn 42 (juris); LG Frankfurt/M 18.1.2005 – 3-5 O 83/04, ZIP 2005, 302, 304; LG Berlin 17.1.1990 – 98 Akte 10/89, WM 1990, 978, 981; LG München I 16.4.1986 – 7 HKO 8835/85, AG 1987, 185, 186; **abw** (für Anfechtungsklage) OLG Karlsruhe 29.6.1989 – 11 W 57/89, AG 1990, 82; LG Mainz 13.7.1987 – 10 HO 141/86, AG 1988, 169, 171: Eignung zur Schadenszufügung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit erforderlich.

151 OLG Stuttgart 19.7.2012 – 8 W 274/10 (nv) und OLG Stuttgart 17.10.2010 – 20 U 2/10, Rdn 654 (juris); Porsche HV 2009; OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 416 (juris); Porsche HV 2010; Grigoleit/*Herrler* § 132 Rdn 10; Hüffer/*Koch* § 132 Rdn 7.

152 OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 443 (juris); KG 24.8.1995 – 2 W 1255/95, ZIP 1995, 1585, 1589; LG München I 16.4.1986 – 7 HKO 8835/85, AG 1987, 185, 186.

153 BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 42 (juris); OLG Düsseldorf 13.7.2015 – I-26 W 16/14 (AktE), Rdn 148 (juris); OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 443, 445 (juris); *Lieder* NZG 2014, 601, 604, 606.

154 BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 76 (juris) und OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 441 (juris); Porsche HV 2010; OLG Düsseldorf 18.2.2013 – I-26 W 21/12 (AktE), Rdn 53 (juris); OLG Stuttgart 19.7.2012 – 8 W 274/10 (nv); Porsche HV 2009; *Lieder* NZG 2014, 601, 605.

155 S etwa BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 34, 56, 65, 73 (juris); OLG Düsseldorf 23.2.2015 – I-26 W 14/14, Rdn 28 (juris); OLG Frankfurt/M 8.11.2012 – 21 W 33/11, Rdn 22, 39 (juris); KK/*Kersting* § 132 Rdn 70.

Fragen der Aktionäre stenographisch erfasst und in ein elektronisches System eingegeben, sondern auch die im *back office* vorbereiteten und auf der Bühne von der Verwaltung erteilten Auskünfte (§ 131 Rdn 284). Auch die entsprechenden Ausdrucke können zur Aufklärung des Sachverhaltes dienen.¹⁵⁶ Wird die Richtigkeit der Erfassung vom Antragsteller bestritten, muss ggf eine Beweisaufnahme durchgeführt werden (s auch § 131 Rdn 514).¹⁵⁷ Die Behauptung, die Antworten seien nicht entsprechend den von der Gesellschaft vorgelegten Antwortvorschlägen, sondern in freier Rede und teilweise abweichend gegeben worden, stellt kein zulässiges Bestreiten dar.¹⁵⁸ Hat der Aktionär im Rahmen seiner Verfahrensförderungslast (Rdn 42, 49) das Vorliegen einer unrichtigen Auskunft durch die Gesellschaft plausibel gemacht (Rdn 46), so obliegt der Gesellschaft die Darlegungslast, dass sie eine richtige Auskunft erteilt hat.¹⁵⁹

Sind die in der Hauptversammlung gestellten Fragen **unklar** oder **unbestimmt**, so 56 trägt der Aktionär das Risiko dafür, dass die Frage in einem Sinne beantwortet wurde, wie sie der Vorstand verstehen durfte, auch wenn die Frage vom Aktionär nicht so gemeint war (§ 131 Rdn 268).¹⁶⁰ Kann man über die Richtigkeit einer Aussage geteilter Meinung sein, so ist ein Auskunftsbegehrungen auch dann erfüllt, wenn die Gesellschaft die nach ihrer Auffassung richtige Antwort gegeben hat (§ 131 Rdn 265).¹⁶¹ Zudem muss der Aktionär eine Pauschalantwort als Erfüllung des Auskunftsbegehrens hinnehmen, wenn seine Frage nicht auf detaillierte Informationen gerichtet war¹⁶² (zur Berücksichtigung von Nachfrage- bzw Rügeobligationen des Aktionärs durch das Gericht s § 131 Rdn 528, 531).

3. Gerichtliche Entscheidung

a) Förmliche Anforderungen. Das Landgericht entscheidet durch einen mit Gründen versehenen **Beschluss**, 132 Abs 3 Satz 1, § 99 **Abs 3 Satz 1**. Der Beschluss lautet entweder auf Zurückweisung des Antrags oder auf (vollständige oder teilweise) Verurteilung zur Auskunftserteilung. In der Praxis erfolgt in letzterem Fall gelegentlich stattdessen ungenau die Feststellung einer Verpflichtung zur Auskunftserteilung; diese Tenorierung ist dann ggf im Beschwerdeverfahren abzuändern.¹⁶³ Der Beschluss ist den Beteiligten bekannt zu geben, § 41 Abs 1 Satz 1 FamFG; § 132 Abs 3 Satz 1 verweist insoweit nicht auf § 99 Abs 4 Satz 1. Eine Zustellung erfolgt an sich nur gegenüber dem beschwerten Beteiligten und nur bei Angreifbarkeit des Beschlusses (also an sich nicht bei Nichtzulassung einer Beschwerde, Rdn 60). Zweckmäßig und der Praxis entsprechend ist dennoch eine Zustellung gegenüber beiden Beteiligten.

¹⁵⁶ BGH 16.2.2009 – II ZR 185/07, BGHZ 180.9 Rdn 37; OLG Stuttgart 8.7.2015 – 20 U 2/14, Rdn 357, 371, 386 (juris).

¹⁵⁷ Beispielhaft OLG Frankfurt/M 8.11.2012 – 21 W 33/11, Rdn 12 (juris); OLG Frankfurt 19.9.2006 – 20 W 55/05, Rdn 5 (juris).

¹⁵⁸ OLG Frankfurt/M 17.7.2007 – 5 U 229/05, Rdn 31 (juris): zur Anfechtungsklage.

¹⁵⁹ Quack FS Beusch, 663, 673.

¹⁶⁰ OLG Stuttgart 8.7.2015 – 20 U 2/14, Rdn 337 (juris); OLG Frankfurt/M 15.5.2012 – 5 U 66/11, Rdn 91, 92 (juris); Butzke G 47; MünchHdbAG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 38; Bürgers/Körber/Reger § 131 Rdn 6; Schmidt/Lutter/Spindler § 131 Rdn 63; einschr Hüffer/Koch § 131 Rdn 69; abw OLG Hamburg 6.11.1970 – 11 W 18/70, AG 1970, 372; LG Dortmund 1.10.1998 – 20 AktE 8/98, AG 1999, 133; LG München I 16.4.1986 – 7 HKO 8835/85, AG 1987, 185, 188; Heidel/Heidel § 131 Rdn 55; A Reuter DB 1988, 2615, 2616; vgl auch KK/Kersting § 131 Rdn 267, § 132 Rdn 40; MünchKomm/Kubis § 131 Rdn 81, § 132 Rdn 35.

¹⁶¹ OLG Stuttgart 8.7.2015 – 20 U 2/14, Rdn 337 (juris); OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 406 (juris); vgl auch LG Frankenthal 25.10.1990 – 1 (HK) AKT E 3/90 (nv): BASF; abw OLG Hamburg 6.11.1970 – 11 W 18/70, AG 1970, 372.

¹⁶² BGH 5.11.2013 – II ZB 28/12, BGHZ 198, 354 Rdn 44.

¹⁶³ OLG Frankfurt/M 30.1.2006 – 20 W 56/05, ZIP 2006, 610, 611.

58 **b) Bindung an den Antrag.** Bei der Entscheidung ist das Gericht an den Antrag gebunden.¹⁶⁴ Dies folgt trotz des Amtsermittlungsgrundsatzes aus der Dispositionsmaxime (Rdn 38). Gemäß § 28 Abs 2 FamFG kann das Gericht bei unklaren Anträgen auf eine Klarstellung hinwirken (Rdn 35).

59 **c) Vollstreckungsfähiger Beschlusstenor.** Bei einer Verurteilung auf Antragserteilung muss der Beschlusstenor so präzise gefasst sein, dass aus ihm die Zwangsvollstreckung gemäß § 132 Abs 4 Satz 2 erfolgen kann¹⁶⁵ (Rdn 35, 90). Die Gesellschaft wird dementsprechend zu einer möglichst genau zu umschreibenden Auskunft verpflichtet. Dabei genügt regelmäßig die Formulierung, dass auf bestimmte Fragen des Antragstellers gemäß seinem Antrag Auskunft zu erteilen ist. Wird der Antrag allerdings teilweise zurückgewiesen und betrifft die Zurückweisung (auch) einen Teil einer Frage, so muss das Gericht den Umfang der zu erteilenden Auskunft inhaltlich präzise wiedergeben.¹⁶⁶

4. Rechtsmittelverfahren

60 **a) Zulassung der Beschwerde.** Die Entscheidung wird erst mit der Rechtskraft wirksam, § 132 Abs 3 Satz 1, § 99 Abs 5 Satz 1. Gegen den Beschluss des Landgerichts ist die Beschwerde möglich, allerdings nur dann, wenn das Landgericht sie in der Entscheidung zulässt, **§ 132 Abs 3 Satz 2**. Diese restriktive Regelung hat ausweislich der Gesetzesmaterialien ihren Grund darin, dass der Streit über das Auskunftsrecht möglichst schnell geklärt werden soll.¹⁶⁷ Hinsichtlich der Voraussetzungen für die Zulassung der Beschwerde verweist § 132 Abs 3 Satz 3 auf eine entsprechende Anwendung von § 70 Abs 2 FamFG. Danach ist die Beschwerde zuzulassen, wenn die Rechtssache grundsätzliche Bedeutung hat oder die Fortbildung des Rechts oder die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung eine Entscheidung des Beschwerdegerichts erfordert, § 70 Abs 2 Satz 1 Nr 1, 2 FamFG. Die bis zum 1.9.2009 nur als Soll-Vorschrift vorgesehene Zulassung einer (damals sofortigen) Beschwerde wurde zu einer **Verpflichtung des Landgerichts** aufgewertet.

61 Die **Zulassungsvoraussetzungen** des § 70 Abs 2 Satz 1 Nr 1, 2 FamFG sind wortgleich mit den Voraussetzungen für die Zulassung einer Rechtsbeschwerde nach § 574 Abs 2 ZPO und der Zulassung einer Revision gemäß § 543 Abs 2 ZPO. Die Beurteilung der Zulassungsvoraussetzungen nach § 70 Abs 2 FamFG kann sich insoweit auch an der Rechtsprechung zum Zivilprozess orientieren.¹⁶⁸ Für die Beschwerde im Verfahren nach § 132 ist allerdings die Besonderheit zu beachten, dass sie grundsätzlich den einzigen Rechtsbehelf für einen Beteiligten darstellt und dass eine Überprüfung nicht nur in rechtlicher, sondern auch in tatsächlicher Hinsicht stattfindet (Rdn 67, 77).

62 Die **Rechtssache** hat **grundsätzliche Bedeutung**, wenn sie eine klärungsbedürftige Rechtsfrage aufwirft, die sich in einer unbestimmten Vielzahl weiterer Fälle stellen kann

¹⁶⁴ *v Falkenhausen AG* 1967, 309, 317; KK/Kersting § 132 Rdn 71; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 34; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 21; Spitz/Diekmann ZHR 158 (1994), 447, 464; allg Keidel/Sternal FamFG § 23 Rdn 13; MünchKomm/Ulrich FamFG § 23 Rdn 14.

¹⁶⁵ Hüffer/Koch § 132 Rdn 6; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 36; MünchHdb GesR Streitigkeiten/Lieder § 26 Rdn 89; vgl auch LG Frankfurt/M 16.2.2016 – 3-5 O 132/15, Rdn 33 (juris); Ulmer/Hüffer/Schürnbrand GmbHG § 51b Rdn 15; Scholz/K Schmidt GmbHG § 51b Rdn 26.

¹⁶⁶ MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 36.

¹⁶⁷ Begr RegE bei Kropff Aktiengesetz 1965 S 190.

¹⁶⁸ Prütting/Helms/Abramenko FamFG § 70 Rdn 4; Keidel/Meyer-Holz FamFG § 70 Rdn 20.

und die deshalb das abstrakte Interesse der Allgemeinheit an einer einheitlichen Entwicklung und Handhabung des Rechts berührt.¹⁶⁹ Daneben kann auch die Klärung eines Einzelfalls von grundsätzlicher Bedeutung sein, wenn die Auswirkungen der Rechtssache die Interessen der Allgemeinheit in besonderem Maße berühren.¹⁷⁰ Die **Fortbildung des Rechts oder die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung** im Sinne von § 70 Abs 2 Satz 1 Nr 2 FamFG stellen einen Unterfall der grundsätzlichen Bedeutung im Sinne von § 70 Abs 2 Satz 1 Nr 1 FamFG dar.¹⁷¹ Danach ist eine Entscheidung des Beschwerdegerichts in beiden Fällen erforderlich, wenn die vom Landgericht getroffene Entscheidung von der Entscheidung eines höher- oder gleichrangigen Gerichts abweicht, in der dieselbe Rechtsfrage anders beantwortet wird.¹⁷² Nicht erforderlich ist, dass eine Frage in Rechtsprechung und Literatur umstritten ist; es genügt, dass sie zweifelhaft und bislang höchststrichterlich nicht geklärt ist.¹⁷³ Auch eine verfahrensmäßige Frage kann eine Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung sein.¹⁷⁴ In allen Fällen ist erforderlich, dass es sich um eine entscheidungserhebliche Frage handelt.¹⁷⁵

Die **Zulassung** der Beschwerde muss **in der Entscheidung** des Landgerichts selbst 63 erfolgen, § 132 Abs 3 Satz 2. Die Zulassung muss nicht im Beschlusstenor erfolgen, sondern eine eindeutige Zulassung in den Gründen genügt.¹⁷⁶ Ein Schweigen bedeutet eine Nichtzulassung der Beschwerde.¹⁷⁷ Eine irrtümliche Bezeichnung als sofortige Beschwerde oder als weitere Beschwerde ist unschädlich, weil die gewollte Zulassung des zulässigen Rechtsmittels hinreichend deutlich wird.¹⁷⁸ Die Zulassung der Beschwerde kann durch das Landgericht auf abgrenzbare Teile des Streitgegenstandes beschränkt werden. Die Beschränkung muss allerdings unzweideutig ausgesprochen sein. Ist die Beschrän-

169 BT-Drucks 16/6308 S 209; OLG Stuttgart 29.02.2012 – 20 W 5/11, Rdn 392 (juris); zum Zivilprozess BVerfG 4.7.2017 – 2 BvR 2157/15, Rdn 16 (juris); BVerfG 16.6.2016 – 1 BvR 873/15, ZIP 2016, 1721; BVerfG 20.4.2016 – 1 BvR 2405/14, FamRZ 2016, 1139; BVerfG 4.5.2015 – 2 BvR 2053/14, Rdn 15 (juris); BVerfG 25.3.2015 – 1 BvR 2791/14, Rdn 13 (juris); BVerfG 19.12.2013 – 1 BvR 859/13, Rdn 23 (juris); BVerfG 28.6.2012 – 1 BvR 2952/08, Rdn 24 (juris); BVerfG 7.9.2011 – 1 BvR 1012/11 Rdn 16, 17 (juris); BGH 14.11.2012 – IV ZR 219/12, NJW RR 2013 404; BGH 27.3.2003 – V ZR 291/02, NJW 2003 1943, 1944; BGH 1.10.2002 – XI ZR 71/02, NJW 2003, 65, 67; BGH 4.7.2002 – V ZB 16/02, NJW 2002, 3029; BGH 4.7.2002 – V ZR 75/02, NJW 2002 2957; Prütting/Helms/Abramenko FamFG § 70 Rdn 4; Bumiller/Harders/Bumiller § 70 Rdn 13; Keidel/Meyer-Holz FamFG § 70 Rdn 21.

170 BGH 1.10.2002 – XI ZR 71/02, NJW 2003, 65; Keidel/Meyer-Holz FamFG § 70 Rdn 21.

171 Prütting/Helms/Abramenko FamFG § 70 Rdn 5; Keidel/Meyer-Holz FamFG § 70 Rdn 25.

172 Ebenroth, S 152; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 38; allg Prütting/Helms/Abramenko FamFG § 70 Rdn 5; Keidel/Meyer-Holz FamFG § 70 Rdn 28 f.

173 OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 392 (juris); allg BGH 18.9.2003 – V ZB 9/03, NJW 2003, 3765; Keidel/Meyer-Holz FamFG § 70 Rdn 22.

174 Barz FS Möhring, 153, 170; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 38; abw LG Heilbronn 6.3.1967 – KfH. AktE 1/67, AG 1967, 81, 83; für Frage, wer Förderlast für Auskunftsverweigerungsrecht trägt.

175 BGH 27.11.2013 – VII ZR 371/12, NJW 2014, 456, 457; BGH 4.7.2002 – V ZB 16/02, NJW 2002, 3029; BGH 4.7.2002 – V ZR 75/02, NJW 2002, 2957; BGH 1.10.2002 – XI ZR 71/02, NJW 2003, 65, 67; Prütting/Helms/Abramenko FamFG § 70 Rdn 4; Keidel/Meyer-Holz FamFG § 70 Rdn 21, 22.

176 OLG Düsseldorf 12.5.2014 – I-26 W 7/14 (AktE) Rdn 7 (juris); Postbank; OLG Düsseldorf 22.7.1986 – 19 W 2/86, ZIP 1986, 1557; KK/Kersting § 132 Rdn 75; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 38; allg BGH 13.3.2014 – IX ZB 48/13, Rdn 7 (juris); BGH 14.2.2012 – II ZB 15/11, RPfleger 2012, 390; BGH 20.7.2011 – XII ZB 445/10, NJW-RR 2011, 1569, 1570; Prütting/Helms/Abramenko FamFG § 70 Rdn 8; Keidel/Meyer-Holz FamFG § 70 Rdn 36.

177 OLG Düsseldorf 12.5.2014 – I-26 W 7/14 (AktE) Rdn 7 (juris); Postbank; OLG Düsseldorf 19.3.2003 – 16 W 67/02, NZG 2003, 635 (zu § 51 b GmbHG); OLG Karlsruhe 10.3.1969 – 3 W 12/69, AG 1969, 296; Barz FS Möhring, 153, 170; KK/Kersting § 132 Rdn 75; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 38; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 22; allg BayObLG 20.5.1999 – 3 Z BR 103/99, NJW-RR 2000, 148; OLG Düsseldorf 20.8.1996 – 10 W 71/96, FGPrax 1997, 73; Prütting/Helms/Abramenko FamFG § 70 Rdn 8; Keidel/Meyer-Holz FamFG § 70 Rdn 37.

178 Zu § 51 b GmbHG OLG Schleswig Holstein 29.2.2008 – 5 W 68/07, Rdn 2 (juris).

kung aus der Entscheidung nicht klar ersichtlich, so ist die sofortige Beschwerde uneingeschränkt zugelassen.¹⁷⁹

64 Die Entscheidung über die Zulassung der Beschwerde ergeht **von Amts wegen**. Sie steht **nicht** im freien **Ermessen** des Gerichts; bei Vorliegen der Zulassungsvoraussetzungen ist das Gericht zur Zulassung der Beschwerde verpflichtet.¹⁸⁰ In der Praxis kommt es immer noch vor, dass das Landgericht eine Beschwerde nicht zulässt, weil es irrtümlich davon ausgeht, dass eine Beschwerde von Rechtswegen ohne Zulassung möglich sei oder weil die Zulassung schlicht vergessen wird. Die Praxis in Zivilprozessen und in Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit verfährt in solchen Fällen unnachgiebig. Eine Nachholung durch das Landgericht durch Ergänzung des Beschlusses gemäß § 321 ZPO bzw gemäß § 43 Abs 1 FamFG wird abgelehnt, weil der Beschluss nicht unvollständig war.¹⁸¹ Eine **Berichtigung** des Beschlusses gemäß § 319 ZPO bzw § 42 FamFG wegen versentlichen Unterbleibens der Zulassung der Beschwerde wird nur dann zugelassen, wenn das **Versehen nach außen hervorgetreten** und für einen mit dem Verfahren nicht beteiligten Richter ohne weiteres erkennbar ist.¹⁸² Fehlt es hieran, ist selbst eine unverzüglich vom Landgericht aufgrund eines Berichtigungsbeschlusses erfolgte Zulassung der Beschwerde unter zutreffendem Hinweis auf die grundsätzliche Bedeutung der Sache für das Beschwerdegericht nicht bindend (vgl Rdn 65). Diese strikte Praxis gilt im Ausgangspunkt auch für das Verfahren des § 132.¹⁸³ Sie wirkt sich dort allerdings besonders einschneidend aus, weil – anders als im Zivilprozess und regelmäßig in Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit – in einem solchen Fall der Fehler des Gerichts dazu führt, dass der betroffene Beteiligte grundsätzlich keine Rechtsbehelfe hat (s aber Rdn 68 ff).¹⁸⁴

65 b) Bindung an Entscheidung. Wird die sofortige Beschwerde durch das Landgericht nicht zugelassen, so ist diese Entscheidung bindend, § 132 Abs 3 Satz 3 iVm § 70 Abs 2 Satz 3 FamFG. Umgekehrt ist auch die Zulassung der sofortigen Beschwerde durch das Landgericht regelmäßig für das Beschwerdegericht bindend. Eine Bindung des Be-

179 BayObLG 17.7.2002 – 3 Z BR 394/01, ZIP 2002, 1804; OLG Düsseldorf 17.7.1991 – 19 W 2/91, WM 1991, 2148, 2151; OLG Düsseldorf 22.7.1986 – 19 W 2/86, ZIP 1986, 1557; KK/Kersting § 132 Rdn 76; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 38; allg vgl BGH 19.4.2013 – V ZR 113/12, NJW 2013, 1948; BGH 20.05.2003 – XI ZR 248/02, NJW 2003, 2529; Prütting/Helms/Abramenko FamFG § 70 Rdn 10; Keidel/Meyer-Holz FamFG § 70 Rdn 38.

180 BegrReg BT-Drucks 16/6308 S 209; OLG Düsseldorf 12.5.2014 – I-26 W 7/14 (AktE) Rdn 12 (juris); Postbank; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 22; vgl auch MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 38; allg Bumiller/Harders/Bumiller FamFG § 70 Rdn 12; Keidel/Meyer-Holz FamFG § 70 Rdn 32; **abw** für Beurteilungsspielraum vgl Prütting/Helms/Abramenko § 70 Rdn 9; für freies Ermessen nach altem Recht OLG Düsseldorf 19.3.2003 – 16 W 67/02, NZG 2003, 635 (zu § 51 b GmbHG).

181 OLG Düsseldorf 12.5.2014 – I-26 W 7/14 (AktE) Rdn 12 (juris); Postbank; allg BGH 6.2.2014 – IX ZB 109/12, Rdn 8 (juris); BGH 4.3.2011 – V ZR 123/10, Rdn 4 (juris); BGH 12.3.2009 – IX ZB 193/08, Rdn 7 (juris); BGH 19.5.2004 – IXa ZB 182/03, NJW 2004, 2529; BGH 24.11.2003 – II ZB 37/02, NJW 2004, 779; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 38; allg Bumiller/Harders/Bumiller FamFG § 70 Rdn 4; Keidel/Meyer-Holz FamFG § 61 Rdn 36; krit Prütting/Helms/Abramenko FamFG § 70 Rdn 14.

182 OLG Düsseldorf 12.5.2014 – I-26 W 7/14 (AktE) Rdn 8f (juris); Postbank; allg BGH 1.3.2016 – VIII ZR 287/15, NJW 2016, 2754; BGH 6.2.2014 – IX ZB 114/12, Rdn 10 (juris); BGH 29.4.2013 – VII ZB 54/11, NJW 2013 2124; BGH 4.3.2011 – V ZR 123/10, Rdn 4 (juris); BGH 24.11.2003 – II ZB 37/02, NJW 2004, 779; Prütting/Helms/Abramenko FamFG § 70 Rdn 13; Keidel/Meyer-Holz FamFG § 42 Rdn 8, § 61 Rdn 38.

183 OLG Düsseldorf 12.5.2014 – I-26 W 7/14 (AktE) Rdn 6ff (juris); Postbank; OLG Karlsruhe 10.3.1969 – 3 W 12/69, AG 1969, 296; Barz FS Möhring, 153; Ebenroth S 152f; KK/Kersting § 132 Rdn 75; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 38; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 22.

184 MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 39; im Ergebnis auch Heidel/Heidel § 132 Rdn 14.

schwerdegerichts an die Zulassung oder Nichtzulassung einer Beschwerde durch das Ausgangsgericht besteht auch dann, wenn das Beschwerdegericht insoweit die Auffassung des Ausgangsgerichts nicht teilt.¹⁸⁵ Lässt das Landgericht allerdings entgegen § 132 Abs 3 Satz 2 die Beschwerde nicht im Beschluss selbst zu, sondern unzulässigerweise in einem Ergänzungsbeschluss gemäß § 43 Abs 1 FamFG oder in einem Berichtigungsbeschluss gemäß § 42 FamFG, so ist das Beschwerdegericht hieran nicht gebunden¹⁸⁶ (Rdn 64, s aber Rdn 68ff).

Hat das Landgericht über ein Auskunftsbegehren sachlich durch **Urteil im Zivilprozess** entschieden und dabei die ausschließliche Zuständigkeit des Gerichts der freiwilligen Gerichtsbarkeit übergegangen, findet in dem Verfahren über die dagegen eingelegte **Berufung** § 17a Abs 5 GVG entsprechende Anwendung. Dementsprechend prüft das Berufungsgericht nicht, ob der beschrittene Rechtsweg zulässig ist. Der Zulässigkeit der Berufung steht in einem solchen Fall nicht entgegen, dass das Landgericht keine Entscheidung über die Zulassung eines Rechtsmittels gegen das Urteil getroffen hat.¹⁸⁷ Dagegen ist die Berufung unzulässig, wenn das Verfahren als Klageverfahren eingeleitet und das Gericht zunächst als Gericht der ordentlichen streitigen Gerichtsbarkeit tätig geworden ist, dieser Irrtum jedoch noch im Laufe des Verfahrens korrigiert worden ist.¹⁸⁸

c) Rechtsbehelfe gegen Nichtzulassung der Beschwerde. Lässt das Landgericht die Beschwerde nicht zu, so ist dagegen in Abwesenheit einer § 544 ZPO entsprechenden gesetzlichen Regelung eine **Nichtzulassungsbeschwerde nicht statthaft**.¹⁸⁹ Dem belasteten Beteiligten bleibt lediglich eine **Gehörsrüge** gemäß § 44 FamFG, die aber nur bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör möglich ist und dann innerhalb von zwei Wochen nach Kenntnis hiervon zu erheben ist. Eine Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör liegt jedoch nicht bereits in der fehlenden Durchführung einer mündlichen Verhandlung (vgl Rdn 39) oder der Nichtzulassung einer Beschwerde als solcher. Erforderlich ist vielmehr, dass entscheidungserhebliches Vorbringen eines Beteiligten vom Gericht nicht berücksichtigt oder übergeangen wurde.¹⁹⁰ In der Praxis wird das von den Gerichten regelmäßig verneint. Die Gehörsrüge stellt einen der Wiederaufnahme und Wiedereinsetzung angenäherten, die Rechtskraft durchbrechenden instanzinternen Rechtsbehelf dar. Bei Begründetheit wird das Verfahren vom Landgericht in der Lage fortgesetzt, in der es sich vor Erlass des Beschlusses befand und es ergeht eine neue Sachentscheidung, § 44 Abs 5 FamFG.

Da die Gehörsrüge nur einen auf die Rüge des rechtlichen Gehörs beschränkten Rechtsbehelf darstellt und ihre Erstreckung auf die Verletzung anderer Verfahrens-

¹⁸⁵ KG 16.7.2009 – 23 W 69/08, Rdn 33 (juris); MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 38; allg Prütting/Helms/Abramenko FamFG § 70 Rdn 15; abw Bumiller/Harders/Bumiller FamFG § 70 Rdn 16.

¹⁸⁶ Zum Zivilprozess BGH 6.2.2014 – IX ZB 109/12, NJW-RR 2015, 46; BGH 12.12.2012 – IV ZB 26/12, Rdn 5 (juris); BGH 12.3.2009 – IX ZB 193/08, Rdn 7 (juris); BGH 11.5.2004 – VI ZB 19/04, Rdn 5 (juris).

¹⁸⁷ OLG Hamm 12.1.1998 – 8 U 103/97, GmbHR 1998, 336 (zu § 51b GmbHG).

¹⁸⁸ BGH 22.5.1995 – II ZB 2/95, NJW-RR 1995, 1183, 1184.

¹⁸⁹ OLG Koblenz 19.7.1995 – 6 W 274/95, ZIP 1995, 1336; OLG Düsseldorf 25.3.1974 – 19 W 1/74, AG 1974, 227; BayOblG 22.12.1966 – 2 Z 77/66, AG 1967, 170, 171; vgl auch (zu § 51b GmbHG) OLG Hamm 26.11.1996 – 15 W 405/96, BB 1997, 221; OLG Frankfurt/M 5.5.1995 – 20 W 194/95, NJW-RR 1996, 678; Ebenroth, S 152; v Falkenhäusen AG 1967, 309, 312; KK/Kersting § 132 Rdn 87; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 39; allg Prütting/Helms/Abramenko FamFG § 70 Rdn 11.

¹⁹⁰ OLG Düsseldorf 12.5.2014 – I-26 W 7/14 (AktE), Rdn 15 (juris); Postbank; allg BGH 4.3.2011 – V ZR 123/10, Rdn 6 (juris); Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann ZPO § 321a Rdn 19; Prütting/Helms/Abramenko FamFG § 44 Rdn 3ff; Keidel/Meyer-Holz FamFG § 44 Rdn 37ff; MünchKomm/Musielak ZPO § 321 a Rdn 12f.

grundrechte von der Rechtsprechung abgelehnt wird,¹⁹¹ besteht für das Verfahren nach § 132 wenigstens in Ausnahmefällen ein praktisches Bedürfnis für einen zusätzlichen Rechtsschutz. Ein derartiger Ausnahmefall wurde von der Rechtsprechung bejaht und eine **Beschwerde** gewährt bei **greifbarer Gesetzeswidrigkeit**.¹⁹² Greifbar gesetzeswidrig war danach eine Entscheidung, wenn sie jeder gesetzlichen Grundlage entbehrte und inhaltlich dem Gesetz fremd war. Es ging darum, eine Entscheidung zu beseitigen, die mit der Rechtsordnung schlechthin unvereinbar war; die Zulassung des Rechtsmittels musste erforderlich sein, um offensichtlich krasses Unrecht zu beseitigen.¹⁹³ Eine greifbare Gesetzeswidrigkeit wurde bejaht bei Abweisung eines Antrags als unzulässig wegen seiner Formulierung als Feststellungs- anstatt als Leistungsantrag¹⁹⁴ und verneint bei einer nicht vorschriftsmäßigen Besetzung des erkennenden Gerichts,¹⁹⁵ einer fehlenden Begründung oder dem Unterlassen eines feststellenden Ausspruchs zur Erlidigung der Hauptsache.¹⁹⁶

- 69** Seit **Inkrafttreten des ZPO-Reformgesetzes** vom 27.7.2001 wird die Statthaftigkeit einer auf greifbare Gesetzeswidrigkeit gestützten außerordentlichen Beschwerde von der Rechtsprechung in Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit und in allgemeinen Zivilrechtssachen allerdings unter Hinweis auf den Willen des Gesetzgebers, ein Rechtsmittel nur noch in den im Gesetz geregelten Fällen eröffnen zu wollen, abgelehnt.¹⁹⁷ Für das Verfahren nach § 132 ist der Fortbestand der Möglichkeit einer Beschwerde wegen greifbarer Gesetzeswidrigkeit mangels entsprechender Rechtsprechung ungeklärt; in der Literatur wird die Rechtsprechung zum allgemeinen Zivilprozess und zur freiwilligen Gerichtsbarkeit auf das nur in einer einzigen Instanz durchgeführte Verfahren nach § 132 für nicht übertragbar gehalten und für den Fortbestand der Beschwerde wegen greifbarer Gesetzeswidrigkeit plädiert.¹⁹⁸ Ein **Bedürfnis** für den Fortbestand der Beschwerde wegen greifbarer Gesetzeswidrigkeit dürfte indessen auch im Verfahren gemäß § 132 **nicht mehr** bestehen, weil der beschwerte Verfahrensbeteiligte nach der neueren **Rechtsprechung des BVerfG** zusätzlich zu der Gehörsrüge auch die Verletzung anderer Verfahrensgrundrechte rügen kann.¹⁹⁹

191 BGH 10.7.2008 – V ZR 149/07, NJW-RR 2009, 144; BGH 13.12.2007 – I ZR 47/06, NJW 2008, 2126; LG Konstanz 24.3.2010 – 61 S 40/09 C, Rdn 2 (juris); Keidel/*Meyer-Holz FamFG* § 44 Rdn 8.

192 OLG Koblenz 19.7.1995 – 6 W 274/95, ZIP 1995, 1336; zu § 51b GmbH vgl OLG Düsseldorf 19.3.2003 – 16 W 67/02, NZG 2003, 635; OLG Frankfurt/M 5.5.1995 – 20 W 194/95, NJW-RR 1996, 678; BayObLG 16.2.1995 – 3 Z BR 32/95, NJW-RR 1995, 1314, 1315; BayObLG 3.8.1989 – 3 Z 97/89, DB 1989, 2013, 2014; BayObLG 28.4.1988 – Breg. 3 Z 46/88, DB 1988, 1209; OLG Koblenz 27.12.1984 – 6 W 768/84, WM 1995, 829; allg BGH 4.3.1993 – V ZB 5/93, BGHZ 121, 397, 398; vgl auch schon OLG Karlsruhe 10.3.1969 – 3 W 12/69, AG 1969, 296; Willkür; **abw Barz FS Möhring**, 153, 170.

193 Zu § 51b GmbH OLG Hamm 26.11.1996 – 15 W 405/96, BB 1997, 221, 222; BayObLG 16.2.1995 – 3 Z BR 32/95, NJW-RR 1995, 1314, 1315.

194 OLG Koblenz 19.7.1995 – 6 W 274/95, ZIP 1995, 1336, 1337.

195 Vgl BGH 8.5.2006 – II ZB 10/05, WM 2006, 1365, 1366; BayObLG 16.2.1995 – 3 Z BR 32/95, NJW-RR 1995, 1314, 1315; **abw** OLG Koblenz 27.12.1984 – 6 W 768/84, WM 1985, 829; vgl auch *Ebenroth*, S 152.

196 OLG Frankfurt/M 5.5.1995 – 20 W 194/95, NJW-RR 1996, 678.

197 BGH 6.2.2014 – IX ZB 114/12, Rdn 13 (juris); BGH 17.10.2012 – BLw 1/12, NJOZ 2013, 402; BGH 23.5.2007 FamRZ 2007, 1315; BGH 8.5.2006 – II ZB 10/05, WM 2006, 1365, 1366; BGH 7.3.2002 – IX ZB 11/02, BGHZ 150, 133, 135; Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann ZPO § 321a Rdn 14; Keidel/*Meyer-Holz FamFG* Anh § 58 Rdn 58.

198 Hölters/*Drinhausen* § 132 Rdn 9; Grigoleit/*Herrler* § 132 Rdn 11; KK/*Kersting* § 132 Rdn 89; MünchKomm/*Kubis* § 132 Rdn 39; Spindler/Stilz/*Siems* § 132 Rdn 20; Schmidt/Lutter/*Spindler* § 132 Rdn 23; **abw** Heidel/*Heidel* § 132 Rdn 14; Baumbach/Hueck/Zöllner/*Noack* GmbH § 51 b Rdn 12.

199 BVerfG 4.7.2017 – 2 BvR 2157/15, Rdn 13 (juris); BVerfG 12.8.2014 – 2 BvR 176/12, ZIP 2014, 2141; BVerfG 19.12.2013 – 1 BvR 859/13, Rdn 21, 23 (juris); BVerfG 4.5.2015 – 2 BvR 2053/14, Rdn 13 (juris); BVerfG 25.3.2015 – 1 BvR 2791/14, Rdn 10 (juris); BVerfG 28.6.2012 – 1 BvR 2952/08, Rdn 24 f(juris); BVerfG 21.3.2012 – 1 BvR 2365/11, NJW 2012, 1715; BVerfG 7.9.2011 – 1 BvR 1012/11, Rdn 13, 19 (juris); BVerfG 8.12.2010 – 1 BvR

Die Verletzung verfassungsrechtlicher Verfahrensgrundrechte kann – ebenso wie 70 die Gehörsrüge (Rdn 67) – im Wege der **Gegenvorstellung** gegenüber dem Landgericht binnen zwei Wochen geltend gemacht werden.²⁰⁰ Eine **Verletzung von verfahrensrechtlichen Grundrechten** liegt insbesondere vor bei einer willkürlichen Nichtzulassung eines Rechtsbehelfs. Durch die unberechtigte Versagung der Zulassung der Beschwerde wird das Gebot effektiven Rechtsschutzes aus dem allgemeinen Justizgewährungsanspruchs des Art 2 Abs 1 iVm Art 20 Abs 3 GG und der Gewährleistung des gesetzlichen Richters gemäß Art 101 Abs 1 Satz 2 GG verletzt, sodass die Berichtigung des Beschlusses und die Zulassung der Beschwerde durch das Landgericht geboten ist. Sieht die Verfahrensordnung – wie vorliegend in § 132 Abs 2 Satz 3, § 70 Abs 2 FamFG – die Zulassung eines Rechtsmittels vor, so darf der Zugang dazu nicht in unzumutbarer, aus Sachgründen nicht mehr zu rechtfertigender Weise erschwert werden. Hat das Landgericht von einer Zulassung der Beschwerde abgesehen, obwohl es wegen grundsätzlicher Bedeutung und zur Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung zur Zulassung der Rechtsbeschwerde verpflichtet gewesen wäre (Rdn 64), liegt eine objektiv willkürliche Versagung des Rechtsschutzes vor, die zur nachträglichen Zulassung einer Beschwerde zwingt. Eine objektiv willkürliche Nichtzulassung der Beschwerde unter Verstoß gegen verfahrensrechtliche Grundrechte kann nicht nur bei ausdrücklicher Nichtzulassung vorliegen, sondern auch dann, wenn das Gericht die Zulassung vergessen hat: Angesichts der auch damit verbundenen Nichtzulassung der Beschwerde (Rdn 63) ist es zur Wahrung der Verfahrensgrundrechte des beschwerten Beteiligten nicht hinnehmbar, diesem einen Fehler des Gerichts anzulasten.²⁰¹

Statt der Gegenvorstellung wegen Verletzung grundrechtlicher Verfahrensrechte 71 kann der Beschwerde auch sogleich **Verfassungsbeschwerde** einlegen; angesichts der Unsicherheiten über die Frage, ob dieser rechtlich nicht geregelte Rechtsbehelf zur Erschöpfung des Rechtsweges vor Einlegung der Verfassungsbeschwerde ergriffen werden muss, fordert das BVerfG keine Gegenvorstellung zur Erschöpfung des Rechtsweges vor einer Verfassungsbeschwerde.²⁰²

d) Einlegung der Beschwerde. Die Einlegung der Beschwerde erfolgt seit dem 72 1.9.2009 (Rdn 2) nur noch beim Landgericht (und nicht mehr alternativ beim Oberlandesgericht), § 132 Abs 3 Satz 1, 99 Abs 1, § 64 Abs 1 Satz 1 FamFG. Die Beschwerdeschrift muss von einem Rechtsanwalt unterzeichnet sein, § 132 Abs 3 Satz 1, § 99 Abs 3 Satz 4. Die Einlegung der Beschwerde zu Protokoll der Geschäftsstelle genügt also entgegen § 64 Abs 2 Satz 1 FamFG nicht. Mit Ausnahme der Unterzeichnung der Beschwerdeschrift durch einen Rechtsanwalt besteht kein Anwaltszwang im Beschwerdeverfahren.²⁰³ Für

381/10, Rdn 10 (juris); BVerfG 27.5.2010 – I BvR 2643/07, Rdn 13 (juris); BVerfG 26.4.2010 – I BvR 1991/09, Rdn 16 (juris); BVerfG 4.11.2008 – I BvR 2587/06, Rdn 16 f(juris); BVerfG 7.1.2004 – I BvR 31/01, Rdn 11 (juris); BGH 12.12.2012 – IV ZB 26/12, Rdn 6 (juris); BGH 11.7.2007 – ZB 38/06 VersR 2008, 274 Rdn 4; BGH 4.7.2007 – VII ZB 28/07, NJW-RR 2007, 1654 Rdn 6; Musielak/BARTH/BARTH/GRANDL FamFG § 70 Rdn 5;

Keidel/Meyer-Holz FamFG Anh § 58 Rdn 48, 55; vgl auch Prütting/Helms/Abramenko FamFG § 70 Rdn 9, 11.

200 OLG Düsseldorf 13.7.2015 – I-26 W 16/14 (AktE), Rdn 47 (juris): Postbank: analog § 44 FamFG, § 321 a ZPO; OLG Düsseldorf 12.5.2014 – I-26 W 7/14 (AktE), Rdn 13,15 (juris): Postbank; allg

Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann ZPO § 321a Rdn 65; Keidel/Meyer-Holz FamFG Anh § 58 Rdn 48; im Ergebnis ähnlich Prütting/Helms/Abramenko FamFG § 70 Rdn 9, 11: Gehörsrüge.

201 OLG Düsseldorf 13.7.2015 – I-26 W 16/14 (AktE), Rdn 47 (juris): Postbank; OLG Düsseldorf 12.5.2014 – I-26 W 7/14 (AktE), AG 2014, 755: Postbank; LG Köln 30.7.2014 – 91 O 64/13 (nv): Postbank; allg BGH 4.7.2007 – VII ZB 28/07, Rdn 3 ff (juris).

202 BVerfG 6.9.2016 – I BvR 173/15 Rdn 11 (juris); BVerfG 25.11.2008 – I BvR 848/07, Rdn 36 (juris); Keidel/Meyer-Holz FamFG Anh § 58 Rdn 54.

203 KK/Kersting § 132 Rdn 78; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 40 Fn 118.

den Beschwerdegegner besteht nicht einmal die Notwendigkeit einer Unterzeichnung der Beschwerdeerwiderung durch einen Rechtsanwalt.

- 73** Die **Frist** für die Einlegung der Beschwerde beträgt gemäß § 63 Abs 1 FamFG einen Monat (früher zwei Wochen). Sie beginnt, wenn die Entscheidung des Landgerichts dem Beschwerdeführer schriftlich bekannt gemacht worden ist, § 63 Abs 3 Satz 1 FamFG (Rdn 57). Eine bei einem unzuständigen Gericht eingelegte Beschwerde wirkt – anders als bei Antragstellung (Rdn 32) – wegen der Rechtsmittelbelehrung im erstinstanzlichen Beschluss nicht fristwährend.²⁰⁴ Bei Fristversäumung ist unter den Voraussetzungen des § 17 FamFG die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand möglich.
- 74** Die Beschwerde soll gemäß § 65 Abs 1 FamFG **begründet** werden. Das Beschwerdegericht oder der Vorsitzende des Ausgangsgerichts kann dem Beschwerdeführer eine Frist zur Begründung der Beschwerde einräumen, § 65 Abs 2 FamFG. Da § 132 Abs 3 Satz 1 nicht auf § 99 Abs 3 Satz 3 verweist und § 132 Abs 3 Satz 1 nur auf die Zulassungsvoraussetzungen des § 70 Abs 2 für die Rechtsbeschwerde verweist, kann die Beschwerde gemäß § 65 Abs 3 FamFG auch auf neue Tatsachen und Beweismittel gestützt werden und es findet im Beschwerdeverfahren eine volle Überprüfung der tatsächlichen Feststellungen statt (Rdn 78).
- 75** Aus Gründen der Waffengleichheit und der Verfahrensökonomie ist gemäß § 66 FamFG eine **unselbstständige Anschlussbeschwerde** des Beschwerdegegners zugelassen.²⁰⁵ Die Anschlussbeschwerde muss sich auf das Auskunftsverlangen beziehen, das auch Gegenstand der Beschwerde ist.²⁰⁶ Die Anschlussbeschwerde ist auch noch nach Ablauf der Beschwerdefrist möglich. Sie kann solange eingelegt werden, bis über die Beschwerde entschieden worden ist.²⁰⁷ Die Anschlussbeschwerde ist wie die Beschwerde von einem Rechtsanwalt zu unterschreiben; im Übrigen besteht ebenfalls kein Anwaltszwang.²⁰⁸ Die Anschlussbeschwerde wird als unselbstständige Beschwerde unwirksam, wenn der Beschwerdeführer seine Beschwerde zurücknimmt, § 66 Satz 2 FamFG.
- 76** Das Landgericht kann durch Beschluss der Kammer der Beschwerde abhelfen. Die Entscheidung über die Abhilfe oder die Nichtabhilfe ergeht durch Beschluss, der begründet werden muss. Hilft das Landgericht der Beschwerde – in der Praxis die Regel – nicht ab, so legt es die Beschwerde unverzüglich dem Beschwerdegericht vor, § 68 Abs 1 Satz 1 FamFG. Zuständig zur Entscheidung über die Beschwerde ist grundsätzlich das dem Landgericht übergeordnete **Oberlandesgericht**, § 132 Abs 3 Satz 1, § 99 Abs 1 Satz 1, § 68 Abs 3 Satz 1 FamFG. Die Landesregierungen können gemäß § 99 Abs 3 Satz 5 auch die Zuständigkeit für die Entscheidung über die Beschwerde für die Bezirke mehrerer Oberlandesgerichte bei einem der Oberlandesgerichte konzentrieren, wenn dies der Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung dient. Davon haben eine Reihe von Landesregierungen Gebrauch gemacht (Rdn 19).

204 OLG Düsseldorf 23.10.2009 – I-26 W 5/09 (AktE), AG 2010, 211, 212; BayObLG 28.4.1988 – Breg 3 Z 46/88, GmbHR 1988, 263, 264 (zu § 51b GmbHG); Ulmer/Hüffer/Schürnbrand GmbHG § 51b Rdn 18; KK/Kersting § 132 Rdn 81; Bürgers/Körber/Reger § 132 Rdn 6; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 24; allg Bumiller/Harders/Bumiller FamFG § 64 Rdn 1; abw Heidel/Heidel § 132 Rdn 14a; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 41.

205 Schon zum Recht vor dem 1.9.2009 s BayObLG 9.9.1996 – 3 Z BR 36/94, ZIP 1996, 1945, 1949; KG 11.2.1972 – 1 W 1672/71, NJW 1972, 2307, Ebenroth, S 154 ff.

206 MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 44; s auch BayObLG 9.9.1996 – 3 Z BR 36/94, ZIP 1996, 1945 (offenlascend).

207 KG 11.2.1972 – 1 W 1672/71, NJW 1972, 2307; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 44; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 25.

208 MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 44; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 25.

Die Einlegung der Beschwerde hat **aufschiebende Wirkung**. Diese Wirkung folgt 77 aus § 132 Abs 3 Satz 1, § 99 Abs 5 Satz 1, wonach die Entscheidung über das Auskunftseruchen erst mit Rechtskraft (Rdn 86) wirksam wird. Dementsprechend ist eine Aussetzung der Vollziehung durch das Landgericht oder eine einstweilige Anordnung des Beschwerdegerichts gemäß § 64 Abs 3 FamFG entbehrlich.

e) Entscheidung. Sofern das Landgericht der Beschwerde nicht ausnahmsweise abgeholfen hat (Rdn 76), überprüft das Oberlandesgericht zunächst die Zulässigkeit der Beschwerde. An eine durch das Landgericht unzulässigerweise nachträglich zugelassene Beschwerde (Rdn 64) ist das Oberlandesgericht grundsätzlich nicht gebunden (Rdn 65) und weist dann die Beschwerde als unzulässig zurück. Bei zulässiger Beschwerde überprüft das Oberlandesgericht die Entscheidung des Landgerichts vollumfänglich in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht unter Berücksichtigung neuen Tatsachenvortrags (Rdn 74). Im Verfahren nach § 132 gilt wie in sonstigen echten Streitsachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit die **reformatio in peius**, also ein Verbot der Schlechterstellung des Beschwerdeführers.²⁰⁹ Der Beschwerdegegner kann sich hiergegen durch die unselbstständige Anschlussbeschwerde schützen (Rdn 75).

Das Oberlandesgericht entscheidet grundsätzlich selbst, § 69 Abs 1 Satz 1 FamFG. 79 Eine unterlassene oder fehlerhafte Abhilfeentscheidung des Ausgangsgerichts gemäß § 68 Abs 1 Satz FamFG hindert das Beschwerdegericht nicht an einer eigenen Sachentscheidung. Es darf die Sache unter Aufhebung des angegriffenen Beschlusses nur dann an das Landgericht zurückverweisen, wenn dieses in der Sache noch nicht entschieden hat, § 69 Abs 1 Satz 2 FamFG. Das gleiche gilt auf Antrag eines Beteiligten, soweit das Verfahren an einem wesentlichen Mangel leidet und zur Entscheidung eine umfangreiche oder aufwendige Beweiserhebung notwendig wäre, § 69 Abs 1 Satz 3 FamFG. Einer Zurückverweisung an das Ausgangsgericht bedarf es nicht, wenn eine Behandlung der Sache durch das Ausgangsgericht nicht zweckmäßig erscheint.²¹⁰ Der **Beschluss** des Beschwerdegerichts ist zu begründen, § 69 Abs 2 FamFG. Im Übrigen gelten die Vorschriften für den Beschluss des Landgerichts entsprechend, § 69 Abs 3 FamFG. Eine Vorlage an den BGH für den Fall, dass das Oberlandesgericht von einer Entscheidung eines anderen Oberlandesgerichts oder des BGH abweichen will (früher § 28 Abs 2, 3 FGG), kommt nicht mehr in Betracht; stattdessen besteht nunmehr die Möglichkeit der Zulassung einer Rechtsbeschwerde.

f) Rechtsbeschwerde. Seit dem 1.9.2009 findet gegen die Beschwerdeentscheidung 80 des Oberlandesgerichts die Rechtsbeschwerde statt, wenn sie in dem Beschluss zugelassen wurde, § 70 Abs 1 FamFG. Damit reagierte der Gesetzgeber darauf, dass die Oberlandesgerichte von der nach § 28 Abs 2, 3 FGG vorgesehene Möglichkeit einer Divergenzvorlage zum BGH nur sehr zurückhaltend Gebrauch gemacht hatten.²¹¹ Die Zulassungsgründe für die Rechtsbeschwerde einer grundsätzlichen Bedeutung der Sache oder einer Fortbildung des Rechts bzw einer Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung

²⁰⁹ BayObLG 9.9.1996 – 3 Z BR 36/94, AG 1996, 563, 564; KG 11.2.1972 – 1 W 1672/71, AG 1973, 25; allg. BGH 27.6.1984 – IV b ZB 767/80, NJW 1984, 2879, 2880; BGH 27.10.1982 – IV b ZB 719/81, NJW 1983, 173, 174; KK/Kersting § 132 Rdn 83; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 44; Spindler/Stilz/Siemss § 132 Rdn 21; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 27; allg Bumiller/Harders/Bumiller FamFG § 69 Rdn 5; Keidel/Meyer-Holz FamFG § 69 Rdn 22.

²¹⁰ OLG Frankfurt/M 8.11.2012 – 21 W 33/11, Rdn 15 (juris); Prütting/Helms/Abramenko FamFG § 69 Rdn 13; Keidel/Sternal FamFG § 68 Rdn 34; ebenso zu § 572 Abs 1 ZPO s OLG Stuttgart 27.8.2002 – 14 W 3/02, Rdn 6 (juris); OLG Frankfurt/M 24.5.2002 – 5 W 4/02, Rdn 4 (juris); Zöller/Heßler ZPO § 572 Rdn 4.

²¹¹ Begr RegE FGG-RG, BT-Drucks 16/6308 S 209.

gemäß § 70 Abs 2 FamFG entsprechen den Zulassungsvoraussetzungen für eine Beschwerde gegen den erstinstanzlichen Beschluss des Landgerichts (Rdn 60). Ebenso wie die Beschwerde muss die Rechtsbeschwerde durch das OLG ausdrücklich im Beschluss zugelassen werden, Schweigen bedeutet eine Nichtzulassung der Rechtsbeschwerde (Rdn 63). Die Entscheidung über die Zulassung der Rechtsbeschwerde ergeht von Amts wegen und steht nicht im freien Ermessen des Gerichts; bei Vorliegen der Zulassungsvoraussetzungen ist das OLG also zur Zulassung der Rechtsbeschwerde verpflichtet (Rdn 64).

- 81 Die zugelassene Rechtsbeschwerde ist **innerhalb von einem Monat** nach der schriftlichen Bekanntgabe des Beschlusses **beim BGH** einzulegen, § 71 Abs 1 Satz 1 FamFG. Sofern sie nicht mit Einlegung der Beschwerde begründet wurde, muss die Rechtsbeschwerde binnen eines weiteren Monats begründet werden, § 71 Abs 2 Satz 1 FamFG. Anders als die Beschwerde gegen den erstinstanzlichen Beschluss kann die Rechtsbeschwerde nur darauf gestützt werden, dass die angefochtene Entscheidung auf einer Verletzung des Rechts beruht, § 72 Abs 1 Satz 1 FamFG. Im Rechtsbeschwerdeverfahren besteht Anwaltszwang, § 10 Abs 4 FamFG. Ebenso wie bei der Beschwerde (Rdn 75) besteht die Möglichkeit einer unselbstständigen Anschlussrechtsbeschwerde, § 73 FamFG.
- 82 Eine **Nichtzulassungsbeschwerde** gegen die Beschwerdeentscheidung ist nach dem FamFG **nicht** vorgesehen. Dem belasteten Beteiligten bleibt lediglich die Möglichkeit einer Gehörsrüge gemäß § 44 FamFG (Rdn 67) oder einer Gegenvorstellung wegen einer Verletzung von verfahrensrechtlichen Grundrechten bzw eine Verfassungsbeschwerde (Rdn 70, 71).
- 83 Der BGH ist an die Zulassung der Rechtsbeschwerde gebunden, § 70 Abs 2 Satz 2 FamFG. Die Rechtsbeschwerde kann aber durch einstimmigen Beschluss ohne mündliche Verhandlung zurückgewiesen werden, wenn die Voraussetzungen für die Zulassung der Rechtsbeschwerde nicht vorliegen und die Rechtsbeschwerde keine Aussicht auf Erfolg hat, § 74a Abs 1 FamFG. Der BGH hat gemäß § 74 Abs 3 Satz 4 FamFG, § 559 Abs 2 ZPO bei der Beurteilung, ob eine Auskunft zu erteilen ist, grundsätzlich von dem Sachverhalt auszugehen, den das OLG festgestellt hat. Die den Feststellungen zugrundeliegende Beweiswürdigung ist Sache des Taträchters und im Rechtsbeschwerdeverfahren nur daraufhin zu überprüfen, ob der Taträchter die Voraussetzungen für die Erteilung einer Auskunft zutreffend erfasst hat und sich mit dem Prozessstoff und etwaigen Beweisergebnissen umfassend und widerspruchsfrei auseinandergesetzt hat.²¹²
- 84 **5. Rechtskraft.** Die Entscheidung im Verfahren gemäß § 132 erlangt **formelle Rechtskraft**, wenn sie mit Rechtsmitteln nicht mehr angegriffen werden kann. Das ist zum einen der Fall, wenn das Landgericht die Beschwerde bzw das OLG die Rechtsbeschwerde nicht zugelassen hat, sofern nicht ausnahmsweise hiergegen Rechtsbehelfe möglich sind (Rdn 68 ff). Zum anderen tritt formelle Rechtskraft ein mit Verstreichen der Frist für die Einlegung eines zulässigen Rechtsmittels, § 45 Satz 1 FamFG. Mit der formellen Rechtskraft wird die Entscheidung wirksam, § 132 Abs 3 Satz 1, § 99 Abs 5 Satz 1.
- 85 Die Entscheidung im Verfahren nach § 132 entfaltet auch **materielle Rechtskraft** dahingehend, dass sie für und gegen die Beteiligten des Verfahrens bindend ist. Zwar führen formell rechtskräftige Entscheidungen nach dem FamFG häufig nicht zur materiellen Rechtskraft; in echten Streitverfahren, zu denen das Auskunftserzwingungsverfahren gehört, ist eine materielle Bindungswirkung unter den Beteiligten jedoch aner-

²¹² BGH 14.1.2014 – II ZB 5/12, Rdn 30 (juris); MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 46.

kannt.²¹³ Dagegen hat die Entscheidung nicht Wirkung für und gegen alle; auf die Regelung des § 99 Abs 5 Satz 2 wird in § 132 Abs 3 Satz 1 nicht verwiesen. Eine Bindungswirkung besteht auch nicht für das Gericht in einem parallelen Anfechtungsverfahren, das auf eine Auskunftspflichtverletzung gestützt ist (Rdn 13).

V. Folgen einer gerichtlichen Entscheidung

1. Publizität. Der Vorstand hat die rechtskräftige Entscheidung unverzüglich zum **86** **Handelsregister** einzureichen, **§ 132 Abs 3 Satz 1**, § 99 Abs 5 Satz 3. Die Entscheidung nimmt damit an der Registerpublizität teil und kann von jedem Aktionär eingesehen werden. Zudem sind die Dokumente auch über das Unternehmensregister elektronisch zugänglich, § 8 b Abs 2 Nr 1 Alt 2 HGB. Diese Möglichkeit zur Unterrichtung über die Entscheidung soll die Aktionäre in die Lage versetzen, die Erteilung derselben Auskunft in der Hauptversammlung gemäß § 131 Abs 4 verlangen zu können (§ 131 Rdn 463).²¹⁴ Eine Bekanntmachung der Entscheidung im Bundesanzeiger ist dagegen nicht erforderlich; auf § 99 Abs 4 Satz 2 wird in § 132 Abs 3 Satz 1 nicht verwiesen.²¹⁵

2. Auskunftserteilung. Wird dem Antrag stattgegeben, so ist die Auskunft auch außerhalb der Hauptversammlung zu geben, **§ 132 Abs 4 Satz 1**. Dem Aktionär ist meist nicht damit gedient, wenn er erst in der nächsten Hauptversammlung die Auskunft erhält.²¹⁶ Aus der Gesetzesformulierung folgt, dass dem Aktionär ein **Wahlrecht** zusteht, ob er die Auskunft im Anschluss an die rechtskräftige gerichtliche Entscheidung außerhalb der Hauptversammlung erhält oder in der nächsten Hauptversammlung.²¹⁷ Entscheidet sich der Antragsteller für eine Auskunftserteilung außerhalb der Hauptversammlung, so ist diese **unverzüglich** zu erteilen.²¹⁸ Der Antragsteller kann nicht darauf verwiesen werden, dass die Auskunft in der nächsten Hauptversammlung erteilt werde, mag diese auch kurzfristig bevorstehen.²¹⁹

Die Gesellschaft wird den Antragsteller zweckmäßigerweise unverzüglich nach **88** Rechtskraft der Entscheidung unter Fristsetzung zur Ausübung seines Wahlrechts auffordern. Äußert sich der Antragsteller auf eine solche Aufforderung nicht innerhalb einer angemessen kurzen Frist und verfügt die Gesellschaft nicht über gesicherte entgegenstehende Erkenntnisse, ist die Auskunft außerhalb der Hauptversammlung zu geben. Die Auskunftserteilung außerhalb der Hauptversammlung erfolgt nach Wahl der Gesellschaft **mündlich oder schriftlich**.²²⁰ Bei komplexeren Sachverhalten empfiehlt sich allerdings eine schriftliche Auskunftserteilung. Die Gesellschaft wird dabei

²¹³ KK/Kersting § 132 Rdn 91; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 47; Spindler/Stilz/Siemss § 132 Rdn 23; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 33; zu § 51 b GmbHG s BGH 8.5.2006 – II ZB 10/05, WM 2006, 1365; allg Prütting/Helms/Abramenko FamFG § 45 Rdn 12.

²¹⁴ Ausschußbericht bei Kropff Aktiengesetz 1965 S 190.

²¹⁵ MünchHdb AG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 63; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 48; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 39.

²¹⁶ Begr RegE bei Kropff Aktiengesetz 1965 S 190.

²¹⁷ Butzke G 99; Grigoleit/Herrler § 132 Rdn 12; KK/Kersting § 132 Rdn 93; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 49; MünchHdb GesR Streitigkeiten/Lieder § 26 Rdn 93; Spindler/Stilz/Siemss § 132 Rdn 24; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 34.

²¹⁸ Hüffer/Koch § 132 Rdn 9; KK/Kersting § 132 Rdn 94; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 49; MünchHdb GesR Streitigkeiten/Lieder § 26 Rdn 93; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 34.

²¹⁹ Butzke G 99; KK/Kersting § 132 Rdn 93; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 49.

²²⁰ BayObLG 17.12.1974 – 2 Z 58/74, NJW 1975, 740; Butzke G 99; Grigoleit/Herrler § 132 Rdn 12; MünchHdb GesR Streitigkeiten/Lieder § 26 Rdn 93; abw MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 51: Recht des Aktionärs auf schriftliche Beantwortung.

durch den Vorstand vertreten. Die Auskunftserteilung an den Antragsteller außerhalb der Hauptversammlung löst gemäß § 131 Abs 4 einen Anspruch der übrigen Aktionäre auf entsprechende Auskunftserteilung in der Hauptversammlung aus (§ 131 Rdn 463). Der Anspruch gemäß § 131 Abs 4 entsteht erst nach Erteilung der Auskunft außerhalb der Hauptversammlung und nicht schon aufgrund einer rechtskräftigen Verurteilung.

- 89** **Inhaltlich** hat der Vorstand die Auskunft so zu erteilen, wie es der Antragsgegnerin durch das Gericht im Tenor aufgegeben worden ist (zu Unklarheiten Rdn 90). Wurde die Auskunft nicht erteilt, muss sie vollständig gegeben werden. Wurde die Auskunft teilweise erteilt, muss der bislang unbeantwortete Teil beantwortet werden; der Wiederholung einer bereits gegebenen Teilauswahl bedarf es nicht, sofern der unbeantwortete Antwortteil hierdurch nicht unverständlich wird.²²¹ Ist die Antwort unrichtig erteilt worden, so bedarf es einer zutreffenden Auskunft, wobei auch insoweit bereits erteilte Teilauskünfte grundsätzlich nicht wiederholt werden müssen.²²²

3. Zwangsvollstreckung

- 90** **a) Verfahrensregeln.** Aus der Entscheidung findet gemäß **§ 132 Abs 4 Satz 2** die Zwangsvollstreckung statt. Die Zwangsvollstreckung richtet sich dabei nicht nach den Vorschriften des FGG, sondern nach den Vorschriften der **ZPO**. Die Zwangsvollstreckung ist wegen § 132 Abs 3 Satz 1, § 99 Abs 5 Satz 1 erst mit Eintritt der Rechtskraft möglich. Eine vorläufige Vollstreckung findet also nicht statt, und zwar auch nicht gegen Sicherheitsleistung.²²³ Grundlage für die Vollstreckung ist der Beschlusstenor, der insoweit als Vollstreckungstitel gemäß § 794 Nr 3 ZPO dient. Art und Umfang der Auskunftspflicht müssen sich aus dem Beschlusstenor selbst ergeben; nicht titulierte Bereiche einer Auskunftserteilung können selbst dann nicht vollstreckt werden, wenn sie ausweislich der Entscheidungsgründe Gegenstand der Auskunft sein müssten. Im Rahmen der Zwangsvollstreckung darf die Auskunftsverpflichtung nicht über den Inhalt des Titels hinaus sachlich erweitert werden.²²⁴

- 91** Die Vollstreckung setzt ferner voraus, dass der Titel bestimmt genug und damit **vollstreckungsfähig** ist.²²⁵ Die Auskunftserteilung betrifft eine unvertretbare Handlung. Die Vollstreckung richtet sich deshalb nach § 888 ZPO.²²⁶ **Zuständig** für die Festsetzung von Zwangsmitteln ist das Prozessgericht des ersten Rechtszuges, also das für das Verfahren gemäß § 132 zuständige Landgericht, § 888 Abs 1 Satz 1 ZPO.

- 92** **b) Zwangsmittel.** Als Zwangsmittel kommen die Verhängung von Zwangsgeld gegen die Gesellschaft bzw die Anordnung einer Zwangshaft in Betracht, § 888 Abs 1 Satz 1 ZPO. Die Verhängung von Zwangsmitteln bedarf eines Antrags des Aktionärs. Der Antrag des Aktionärs auf Vollstreckung muss kein konkretes Zwangsmittel bezeichnen; dessen

²²¹ LG Nürnberg-Fürth 18.12.2008 – 1 HK O 4286/08 (nv): Wavelight.

²²² MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 50; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 34.

²²³ KK/Kersting § 132 Rdn 96; Hüffer/Koch § 132 Rdn 9; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 53; Bürgers/Körber/Reger § 132 Rdn 7.

²²⁴ BayObLG 22.12.1988 – BReg 3 Z 157/88, GmbHR 1989, 204, 205 (zu § 51b GmbHG).

²²⁵ MünchKomm/Gruber ZPO § 888 Rdn 17; Musielak/Lackmann ZPO § 888 Rdn 4.

²²⁶ BayObLG 25.6.1975 – 2 Z 15/75, AG 1975, 325, 327; BayObLG 17.12.1974 – 2 Z 58/74, NJW 1975, 740, 741; ebenso (zu § 51b GmbHG) OLG München 4.1.2008 – 31 Wx 82/07, Rdn 6 (juris); BayObLG 25.3.1996 – 3 Z BR 50/96, ZIP 1996, 1039; OLG Frankfurt/M 17.7.1991 – 20 W 43/91, GmbHR 1991, 577; BayObLG 22.12.1988 – BReg 3 Z 157/88, GmbHR 1989, 204; OLG Koblenz 27.12.1984 – 6 W 768/84, WM 1985, 829, 830; Griegleit/Herrler § 132 Rdn 12; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 53; Bürgers/Körber/Reger § 132 Rdn 7.

Verhängung steht vielmehr im Ermessen des Gerichts.²²⁷ Eine Androhung der Zwangsmittel findet nicht statt, § 888 Abs 2 ZPO. Das einzelne Zwangsgeld darf den Betrag von 25.000 Euro nicht übersteigen, § 888 Abs 1 Satz 2 ZPO. Ein Zwangsgeld wird gegen die verpflichtete Gesellschaft verhängt.²²⁸ Eine Zwangshaft muss gegen eine vertretungsberechtigte Anzahl vom Gericht namentlich zu benennender Vorstandsmitglieder verhängt werden.²²⁹ Bei der Ermessensausübung über die Wahl zwischen Zwangsgeld und Zwangshaft ist das Gericht an den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gebunden.²³⁰ Dementsprechend kommt die Anordnung von Zwangshaft solange nicht in Betracht, als ein Zwangsgeld als ausreichend erscheint, um die Auskunftserteilung zu erzwingen.²³¹ Beide Zwangsmittel können nach Vollstreckung des zunächst festgesetzten Mittels wiederholt angeordnet werden.²³²

c) Einwendungen. Voraussetzung für die Verhängung eines Zwangsmittels im Verfahren nach § 888 ZPO ist, dass die Antragsgegnerin die Auskunftserteilung bisher nicht vorgenommen hat. Deshalb ist der Einwand, der im Auskunftserzwingungsverfahren rechtskräftig titulierte Auskunftsanspruch sei erfüllt, im Verfahren nach § 888 ZPO zu beachten.²³³ Bei einem Streit über eine ordnungsgemäße **Erfüllung** ist zu berücksichtigen, dass bei einer allgemeinen Titulierung entsprechend dem Antrag des Antragstellers auch eine allgemeine Auskunft dem Titel noch gerecht werden kann.²³⁴ Bei Erteilung einer unrichtigen Auskunft kann im Zwangsvollstreckungsverfahren eine richtige Auskunft erzwungen werden²³⁵ (Rdn 10). Die Darlegungs- und Beweislast für eine ordnungsgemäße Erfüllung trägt nach den allgemeinen Grundsätzen der Schuldner, also die Gesellschaft.²³⁶

Die Zulässigkeit der Zwangsmaßnahmen nach § 888 ZPO setzt voraus, dass die vorzunehmende Handlung ausschließlich von dem Willen des Verpflichteten abhängt. Hieran fehlt es, wenn die Handlung dem Verpflichteten **unmöglich** ist, wenn also der ernstlich gewollten Vornahme unüberwindliche Hindernisse entgegenstehen. Für den Fall der Auskunftserteilung kommt eine solche tatsächliche Unmöglichkeit ausnahmsweise in Betracht, wenn der Vorstand trotz pflichtgemäßer Bemühungen nicht in der

²²⁷ KK/Kersting § 132 Rdn 98; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 54.

²²⁸ MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 54; zu § 51 b GmbHG OLG München 4.1.2008 – 31 Wx 82/07, Rdn 7 (juris).

²²⁹ MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 54; zu § 51 b GmbHG OLG München 4.1.2008 – 31 Wx 82/07, Rdn 7 (juris); Ulmer/Hüffer/Schürnbrand GmbHG § 51b Rdn 21.

²³⁰ MünchKomm/Gruber ZPO § 888 Rdn 27; BeckOK/Stürner ZPO § 888 Rdn 25.

²³¹ Allg LSG Hessen 19.1.2007 – L 7 AS 10/07, BeckRS 2007, 41215; OLG Zweibrücken 21.3.2003 – 3 W 51/03, JurBüro 2003, 494; MünchKomm/Gruber ZPO § 888 Rdn 27; **abw** für Zwangshaft bei Auskunftsähnlichkeit des Vorstands KK/Kersting § 132 Rdn 98; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 54.

²³² Allg OLG Brandenburg 13.6.1997 – 10 W 37/96, FamRZ 1998, 180; OLG Karlsruhe 11.8.1993 – 16 WF 24/93, FamRZ 1994, 1274; MünchKomm/Gruber ZPO § 888 Rdn 28.

²³³ Hellwig FS Budde, 265, 286; KK/Kersting § 132 Rdn 99; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 54; vgl auch (zu § 51b GmbHG) OLG München 4.1.2008 – 31 Wx 82/07, Rdn 8 (juris); OLG Frankfurt/M 17.7.1991 – 20 W 43/91, GmbHR 1991, 577; BayObLG 22.12.1988 – BReg. 3 Z 157/88, GmbHR 1989, 204, 206; allg BGH 6.6.2013 – I ZB 56/12, WM 2013, 1611; MünchKomm/Gruber ZPO § 888 Rdn 12; Musielak/Lackmann ZPO § 888 Rdn 8; ferner (zu § 887 ZPO) BGH 5.11.2004 – IXa ZB 32/04, NJW 2005, 367, 369.

²³⁴ Zu § 51b GmbHG BayObLG 22.12.1988 – BReg. 3 Z 157/88, GmbHR 1989, 204, 206.

²³⁵ MünchHdb AG/Hoffmann-Becking § 38 Rdn 63; KK/Kersting § 132 Rdn 99; **abw** allg MünchKomm/Gruber ZPO § 888 Rdn 12; Musielak/Lackmann ZPO § 888 Rdn 8: Prüfung im Verfahren nach § 888 nur bei erkennbaren Lücken bzw erkennbarem Unrichtigkeit.

²³⁶ Allg OLG Nürnberg 26.8.2009 – 12 W 1364/09, FamRZ 2010, 584; ebenso zum Verfahren nach § 887 ZPO BGH 5.11.2004 – IXa ZB 32/04, NJW 2005, 367, 369; BGH 26.4.2007 – I ZB 82/06, NJW-RR 2007, 1475, 1477; MünchKomm/Gruber ZPO § 888 Rdn 13, § 887 Rdn 18.

Lage ist, sich eine Information bei der Muttergesellschaft zu beschaffen.²³⁷ Allerdings sind an die Verpflichtung des Vorstands zur Beschaffung der Information keine geringen Anforderungen zu stellen, weshalb die Unmöglichkeit einer Auskunftserteilung nur selten vorliegen wird²³⁸ (§ 131 Rdn 290). Zulässig ist auch der Einwand einer (anfänglichen oder nachträglichen) rechtlichen Unmöglichkeit.²³⁹ Dem Einwand der tatsächlichen oder rechtlichen Unmöglichkeit steht im Vollstreckungsverfahren des § 888 ZPO – anders als beim Vollstreckungsantrag analog § 767 ZPO (Rdn 97) – nicht entgegen, dass schon eine Verurteilung im Verfahren nach § 132 unrichtig war: ein dennoch rechtskräftig gewordener Titel ist nicht vollstreckungsfähig.²⁴⁰ Hinsichtlich des Einwands der Unmöglichkeit trägt der Schuldner die Darlegungs- und Beweislast.²⁴¹

95 Der Antragsteller muss auch im Vollstreckungsverfahren noch Aktionär der Gesellschaft sein (Rdn 21). Hat er seine **Aktionärseigenschaft** nach Rechtskraft der Entscheidung, aber vor Vollstreckung verloren, so hat eine Zwangsvollstreckung zu unterbleiben.²⁴²

96 **d) Rechtsmittel.** Gegen die Entscheidung des Landgerichts im Vollstreckungsverfahren ist die **sofortige Beschwerde** gemäß § 87 Abs 4 FamFG, 567 Abs 1 ZPO möglich.²⁴³ Die Zulässigkeit der sofortigen Beschwerde ist nicht von einer Zulassung durch das Landgericht abhängig. Die Möglichkeit der sofortigen Beschwerde im Verfahren nach § 888 ZPO steht neben einem Vollstreckungsgegenantrag analog § 767 ZPO zur Verfügung (Rdn 97). Die Beschwerdefrist beträgt zwei Wochen, § 577 Abs 2 ZPO. Auch für die Entscheidung über die sofortige Beschwerde sind die Gerichte der freiwilligen Gerichtsbarkeit trotz Anwendung der ZPO auf das Vollstreckungsverfahren zuständig. Dementsprechend ist das für das Verfahren nach § 132 zuständige Oberlandesgericht zuständig. Eine Rechtsbeschwerde gegen die Entscheidung des Beschwerdegerichts ist nur im Fall ihrer Zulassung statthaft, § 574 Abs 1 Nr 2 ZPO.

97 **e) Vollstreckungsgegenantrag.** Einwendungen gegen die Vollstreckung kann die Gesellschaft als Vollstreckungsschuldnerin nicht nur im Verfahren gemäß § 888 ZPO,

²³⁷ BayObLG 25.6.1975 – 2 Z 15/75, AG 1975, 325, 327; BayObLG 17.12.1974 – 2 Z 58/74, NJW 1975, 740, 741; KK/Kersting § 132 Rdn 100; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 37; allg BGH 27.11.2008 – I ZB 46/08, NJW-RR 2009, 443, 444; MünchKomm/Gruber ZPO § 888 Rdn 13; Musielak/Lackmann ZPO 572 Rdn 9.

²³⁸ BayObLG 17.12.1974 – 2 Z 58/74, NJW 1975, 740, 741; ebenso (zu § 51b GmbHG) OLG München 4.1.2008 – 31 Wx 82/07, Rdn 13 ff (juris); OLG Frankfurt/M 17.7.1991 – 20 W 43/91, GmbHR 1991, 577, 578; KK/Kersting § 132 Rdn 100; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 37; zu § 51 b GmbHG Lutter/Hommelhoff/Lutter/Bayer GmbHG § 51b Rdn 9; Scholz/Schmidt GmbHG § 51b Rdn 28.

²³⁹ Allg MünchKomm/Gruber ZPO § 888 Rdn 13; Musielak/Lackmann ZPO § 888 Rdn 9.

²⁴⁰ OLG München 4.1.2008 – 31 Wx 82/07, Rdn 13 (juris); Musielak/Lackmann ZPO § 888 Rdn 9; s aber (für den Fall der Unzumutbarkeit) BGH 7.4.2005 – I ZB 2/05; NZM 2005, 678; OLG Saarbrücken 14.11.2008 – 9 W 91/08, FamRZ 2009, 1003; Einwendungen nur analog § 767 ZPO zu berücksichtigen.

²⁴¹ Allg OLG Stuttgart 4.11.2004 – 13 U 57/04, JZ 2005, 277; zur Darlegungslast auch OLG Celle 31.10.2012 – 13 W 87/12, BeckRS 2012, 22321; OLG Brandenburg 11.8.2006 – 7 W 50/06, BeckRS 2006, 19294; MünchKomm/Gruber ZPO § 888 Rdn 16; offen lassend BGH 18.12.2008 – I ZB 68/08, NJW 2009, 2308, 2310; abw Stein/Jonas/Brehm ZPO § 888 Rdn 9.

²⁴² Ebenroth, S 157; KK/Kersting § 132 Rdn 101; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 52, 55; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 37; abw (zu § 51 b GmbHG) OLG München 4.1.2008 – 31 Wx 82/07, Rdn 8 (juris); Einwendung ausschließlich durch Vollstreckungsgegenantrag analog § 767 ZPO (dazu Rdn 97); Lutter/Hommelhoff/Lutter/Bayer GmbHG § 51b Rdn 9; Baumbach/Hueck/Zöllner/Noack GmbHG § 51 b Rdn 18; allg BeckOK/Stürmer ZPO § 888 Rdn 20.

²⁴³ KK/Kersting § 132 Rdn 103; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 54; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 37; ebenso schon zum Rechtszustand bis zum 31.8.2009 (zu § 51 b GmbHG) BayObLG 25.3.1996 – 3 Z BR 50/96, ZIP 1996, 1039; BayObLG 22.12.1988 – BReg. 3 Z 157/88, GmbHR 1989, 204.

sondern auch außerhalb eines Antrags des Aktionärs auf Zwangsvollstreckung im Wege eines Vollstreckungsgegenantrags **analog § 767 ZPO** geltend machen.²⁴⁴ Im Unterschied zu dem Verfahren nach § 888 ZPO können Einwendungen analog § 767 ZPO allerdings nur dann geltend gemacht werden, wenn die Gründe hierfür erst nach dem Schluss der mündlichen Verhandlung im Auskunftserzwingungsverfahren und bei Fehlen einer mündlichen Verhandlung bei letztmaliger Gelegenheit hierzu entstanden sind und dementsprechend im Verfahren nach § 132 nicht mehr geltend gemacht werden konnten.²⁴⁵ Zuständig für die Entscheidung über einen Vollstreckungsgegenantrag ist ebenfalls das Prozessgericht des ersten Rechtszuges, also das für das Verfahren nach § 132 zuständige Gericht.²⁴⁶

VI. Kosten des Verfahrens (§ 132 Abs 5)

Gemäß § 133 Abs 5 bestimmt das Gericht nach billigem Ermessen, welchem Beteiligten die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen sind. Die Regelung wurde durch das zweite Kostenrechtsmodernisierungsgesetz vom 23.7.2013 neu gefasst (Rdn 2). Die Regelung hat trotz der über § 132 Abs 3 Satz 1 iVm § 99 Abs 1 anwendbaren Kostenregelung des § 81 Abs 1 Satz 1 FamFG eigenständige Bedeutung, weil dort die Kostenentscheidung in das Ermessen des Gerichts gestellt ist.²⁴⁷ Die Kostenentscheidung des § 132 Abs 5 betrifft nur die Gerichtskosten. Über die Erstattung der außergerichtlichen Kosten entscheidet das Gericht gemäß § 81 Abs 1 FamFG (Rdn 105).

1. Gerichtskosten

a) Gebühren. Die Gebühren für gerichtliche Entscheidungen im Verfahren nach § 132 werden nach § 1 Abs 2 Nr 1 GNotKG erhoben. Für das Verfahren des ersten Rechtszuges wird gemäß Kostenverzeichnis (KV Anlage I Nr 13500) zu § 3 Abs 2 GNotKG das Doppelte der vollen Gebühr erhoben, für eine zugelassene Beschwerde zum Oberlandesgericht das Dreifache der vollen Gebühr (KV Anlage I Nr 13610) und für eine zugelassene Rechtsbeschwerde zum BGH das Vierfache der vollen Gebühr (KV Anlage I Nr 13620). Durch eine Antrags- bzw. Beschwerderücknahme reduziert sich die Gebühr abhängig vom Zeitpunkt der Rücknahme (KV Anlage I Nrn 13502, 13611, 13621). Eine Ermäßigung auf die Hälfte der Gebühr findet also anders als nach § 132 Abs 5 Satz 4 aF nicht mehr pauschal statt.

b) Geschäftswert. Der Geschäftswert ist von Amts wegen festzusetzen, § 79 Abs 1 Satz 1 GNotKG. Es ist gemäß § 36 Abs 3 GNotKG von einem Geschäftswert von 5.000 Euro auszugehen, wenn keine genügenden Anhaltspunkte für die Bestimmung des Wertes bestehen. Auch wenn damit an sich das frühere Regel-Ausnahmeverhältnis des § 132 Abs 5 Satz 5 aF umgekehrt wurde²⁴⁸, hat diese Regelung in der Praxis nichts daran geändert, dass die Gerichte regelmäßig einen Geschäftswert von 5.000 Euro zugrunde legen.²⁴⁹

²⁴⁴ Butzke G 98; Ebenroth, S 157; KK/Kersting § 132 Rdn 103; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 55; Scholz/Schmidt GmbHG § 51b Rdn 28; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 38; ebenso schon (zu § 51b GmbHG) BayObLG 22.12.1988 – BReg 3 Z 157/88, GmbHHR 1989, 204, 206.

²⁴⁵ KK/Kersting § 132 Rdn 5; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 55.

²⁴⁶ MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 55; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 38.

²⁴⁷ Begr RegE BT-Drucks 17/11471 S 287; Hüffer/Koch § 132 Rdn 10; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 56; Siemons AG 2014, 182, 186.

²⁴⁸ Siemons AG 2014, 182, 186.

²⁴⁹ Beispielhaft OLG Düsseldorf 13.7.2015 – I-26 W 16/14 (AktE), Rdn 76 (juris); LG Frankfurt/M 16.2.2016 – 3-05 O 132/15, Rdn 35 (juris).

101 Die Gerichtspraxis verfährt in dem häufigen Fall, dass ein Antragsteller Auskünfte auf **mehrere Fragen** begehrte, uneinheitlich. Zum Teil verbleibt es trotz einer Mehrzahl von Fragen bei einem Geschäftswert von 5.000 Euro.²⁵⁰ Soweit eine solche Kostenentscheidung begründet wird, wird dabei auf einen engen Zusammenhang zwischen mehreren Auskunftsbegehren abgestellt, der es rechtfertige, den Geschäftswert von 5.000 Euro nicht zu erhöhen.²⁵¹ In anderen Fällen orientieren sich die Gerichte bei einer Vielzahl von geltend gemachten Unterfragen an thematischen Fragenkomplexen und multiplizieren diese mit dem Geschäftswert von 5.000 Euro.²⁵² Dagegen wird in der Spruchpraxis regelmäßig nicht die Anzahl sämtlicher erfragten Einzelinformationen oder Unterfragen mit dem Geschäftswert von 5.000 Euro multipliziert, sondern es wird eine angemessene Erhöhung des Geschäftswerts vorgenommen.²⁵³ Gelegentlich findet sich eine angemessene Erhöhung dergestalt, dass die Anzahl der gestellten Fragen mit der Hälfte des Regelgeschäftswertes multipliziert werden.²⁵⁴ Sind **mehrere Antragsteller** vorhanden, so führt dieser Umstand nicht notwendig zu einer Erhöhung des Geschäftswerts von 5.000 Euro. Eine solche Erhöhung ist aber regelmäßig angemessen, wenn jeder der Antragsteller mehrere selbständige Anträge gestellt hat.²⁵⁵

102 c) Kostenentscheidung. Das mit dem Verfahren befasste Gericht bestimmt **nach billigem Ermessen**, welchen Beteiligten die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen sind. Bei der Ermessensentscheidung orientieren sich die Gerichte in erster Linie am Verfahrensausgang.²⁵⁶ In der Regel werden die Kosten des Verfahrens dem unterliegenden Teil aufzuerlegen sein.²⁵⁷ Um besonders gelagerten Einzelfällen Rechnung tragen zu können, ist eine (volle) Kostentragung durch den unterliegenden Antragsteller nicht als starre Norm bestimmt.²⁵⁸

103 **Trotz Zurückweisung** des Auskunftsersuchens kann es aufgrund der Umstände des Einzelfalls gerechtfertigt sein, der **Gesellschaft** die Kosten ganz oder teilweise aufzuerlegen. Beispielsweise kommt eine derartige Belastung der Gesellschaft trotz Obsiegens in Betracht bei Verlust der Aktionärseigenschaft²⁵⁹ oder bei Erfüllung des Auskunftsbegehrens durch die Gesellschaft im Laufe des Verfahrens (Rdn 48).²⁶⁰ In solchen Fällen der Erledigung der Hauptsache kann das Gericht ebenso wie im Rahmen des § 91a ZPO durch

250 Beispielhaft OLG Düsseldorf 13.7.2015 – I-26 W 16/14 (AktE), Rdn 76 (juris); Postbank.

251 LG Mannheim 21.12.1992 – 23-AktE 1/92 (nv); ebenso (zu § 51b GmbHG) BayObLG 28.3.1991 – 3 Z 2/91, GmbHR 1991, 576.

252 BGH 5.11.2013 – II ZB 28/12; OLG Frankfurt/M 21.8.1992 – 20 W 300/92, AG 1992, 461; LG Frankfurt/M 16.2.2016 – 3-05 O 132/15, Rdn 35 (juris).

253 Beispielhaft OLG Frankfurt/M 8.11.2012 – 21 W 33/11, Rdn 98 (juris); BayObLG 27.5.1993 – 3 Z BR 55/93, ZIP 1993, 1617, 1618; vgl auch OLG Stuttgart 8.5.1992 – 8 W 344/91, AG 1992, 460; LG Frankfurt 28.1.2014 – 3-05 O 162/13, Rdn 132 (juris); (zu § 51 GmbHG) BayObLG 15.2.2000 – 3 Z BR 2/00, DB 2000, 1116; Barz FS Möhring, 153, 171; Heidel/Heidel § 132 Rdn 16.

254 OLG Frankfurt/M 16.5.1966 – 31 O 63/66, AG 1968, 24, 25; LG Berlin 24.6.1993 – 93 O 244/92, ZIP 1993, 1632, 1636; abw (zu schematisch) BayObLG 27.5.1993 – 3 Z BR 55/93, ZIP 1993, 1617, 1618; Barz FS Möhring, 153, 171.

255 OLG Stuttgart 8.5.1992 – 8 W 344/91, AG 1992, 460; (zu § 51b GmbHG) BayObLG 14.11.2000 – 3 Z BR 321/00, GmbHR 2001, 76; mit wechselnden Parteirollen gestellte Anträge; MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 57.

256 Beispielhaft OLG Düsseldorf 13.7.2015 – I-26 W 16/14 (AktE), Rdn 75 (juris); OLG Düsseldorf 23.2.2015 – I-26 W 14/14 (AktE), Rdn 49 (juris); OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 704 (juris); Heidel/Heidel § 132 Rdn 16; Bürgers/Körber/Reger § 132 Rdn 8.

257 Beispielhaft OLG Düsseldorf 13.7.2015 – I-26 W 16/14 (AktE), Rdn 75 (juris); Postbank; OLG Düsseldorf 23.2.2015 – I-26 W 14/14 (AktE), Rdn 49, 50 (juris).

258 Begr RegE bei Kropff Aktiengesetz 1965 S 190.

259 Bei der GmbH Lutter/Hommelhoff/Lutter/Bayer GmbHG § 51b Rdn 22.

260 LG Hannover 30.5.1995 – 26 AktE 5/90, AG 1996, 37.

Ausübung des billigen Ermessens nach § 132 Abs 5 derjenigen Partei die Kosten auferlegen, die bei streitiger Entscheidung voraussichtlich unterlegen wäre.²⁶¹ Hat die Antragsgegnerin in der Hauptversammlung eine Auskunftsverweigerung nicht begründet und schiebt sie die Begründung erst im Verfahren nach § 132 nach und wird der Antrag aufgrund dieser Darlegung zurückgewiesen, so kann der Gesellschaft ebenfalls im Einzelfall die Kostentragung ganz oder teilweise auferlegt werden, etwa wenn der Aktionär mit der Berufung auf einen Auskunftsverweigerungsgrund nicht zu rechnen brauchte (Rdn 51).

d) Rechtsmittel. Gegen die Kostenentscheidung des Landgerichts ist die Beschwerde gem § 83 GNotKG statthaft. Anders als gegen die Entscheidung über den Auskunftsanspruch selbst ist die Beschwerde gegen die Kostenentscheidung nicht nur dann möglich, wenn sie ausdrücklich zugelassen wurde (Rdn 60); die (isolierte) Kostenbeschwerde ist darüber hinaus statthaft, wenn der Wert des Beschwerdegegenstands 200 Euro übersteigt.

2. Außergerichtliche Kosten. Über die außergerichtlichen Kosten der Beteiligten (Anwaltskosten, Fahrtkosten usw) entscheidet das Gericht gemäß § 132 Abs 3 Satz 1 iVm § 99 Abs 1, § 81 Abs 1 Satz 1 FamFG. Unter „Kosten des Verfahrens“ gemäß § 132 Abs 5 sind nur die Gerichtskosten zu verstehen.²⁶² Gemäß § 81 Abs 1, 2 FamFG kann das Gericht nach billigem Ermessen anordnen, dass die außergerichtlichen Kosten einem der Beteiligten ganz oder zum Teil auferlegt werden. Das Gesetz geht also nicht davon aus, dass ein Sieg in der Hauptsache regelmäßig einen Anspruch auf Erstattung der außergerichtlichen Kosten einschließt. Dementsprechend kann die Ermessensentscheidung des Gerichts gemäß § 132 Abs 5 und diejenige gemäß § 81 Abs 1 FamFG zu unterschiedlichen Ergebnissen führen.²⁶³ Insbesondere hat der Antragsteller trotz Obsiegens in der Hauptsache nach der Spruchpraxis häufig seine außergerichtlichen Kosten zu tragen, wenn er nicht anwaltlich vertreten war. Ist eine Anordnung über die Erstattung der außergerichtlichen Kosten unterblieben, so kann eine Ergänzung der Entscheidung nur innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung beantragt werden.²⁶⁴

Die **Anwaltskosten** eines Beteiligten sind nicht stets erstattungsfähig, sondern nur im Einzelfall. § 80 Abs 1 Satz 2 FamFG erklärt lediglich § 91 Abs 1 Satz 2 ZPO für entsprechend anwendbar, nicht jedoch § 91 Abs 2 Satz 1 ZPO.²⁶⁵ Auch für die Anwaltsgebühren ist der vom Gericht für die Gerichtskosten festgesetzte Geschäftswert (Rdn 100) zugrunde zu legen. Es entsteht eine 1,3 fache Verfahrensgebühr nach Nr 3100, bei Durchführung einer mündlichen Verhandlung (Rdn 39) eine 1,2 fache Terminsgebühr gemäß Nr 3104 VV RVG und bei einer vergleichsweisen Einigung eine 1,0 fache Einigungsgebühr nach Nr 10003, 1000 VV RVG.

²⁶¹ LG München I 1.4.1985 – 7 HKO 3971/84, AG 1987, 26.

²⁶² Beispielhaft OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 705; LG Frankfurt/M 16.2.2016 – 3-5 O 132/15, Rdn 34 (juris); Heidel/Heidel § 132 Rdn 17; KK/Kersting § 132 Rdn 115; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 41; abw MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 59: auch außergerichtliche Kosten.

²⁶³ OLG Stuttgart 29.2.2012 – 20 W 5/11, Rdn 705; LG Frankfurt/M 16.2.2016 – 3-5 O 132/15, Rdn 34 (juris); KK/Kersting § 132 Rdn 116; Siemons AG 2014, 182, 185; insowohl auch MünchKomm/Kubis § 132 Rdn 59 Fn 169.

²⁶⁴ OLG Frankfurt 28.11.1986 – 20 W 401/86, GmbHR 1987, 432; Gustavus GmbHR 1989, 181, 186.

²⁶⁵ OLG Koblenz 18.12.1995 – 14 W 743/95, WM 1996, 820; Hölters/Drinhausen § 132 Rdn 11; Gustavus GmbHR 1989, 181, 186; Schmidt/Lutter/Spindler § 132 Rdn 40; abw Heidel/Heidel § 132 Rdn 17.

